einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 14.01.2008 1/08

DGB

inhalt

Seite 3
Hartz IV mit ARGEn Problemen
Nach dem Karlsruher Urteil: DGB fordert klare Verantwortung des Bundes für die Arbeitslosen

Seite 5
Beschäftigungsbrücke wankt
2009 läuft die BA-Förderung für die Altersteilzeit aus. Eine Nachfolgeregelung ist nicht in Sicht

Seite 7
„Klaut Bücher, Genossen?"
Wer Bücher lesen, Musik hören oder Filme sehen will, muss dafür zahlen. Das muss auch für elektronische Kopien gelten, meint Urheberrechtler Wolfgang Schimmel

Tarifrunde 2008

Deutlich mehr als der Inflationsausgleich

Die Tarifrunde 2008 hat nicht nur ungewöhnlich früh begonnen, sondern soll nach Jahren der Zurückhaltung wieder zu Lohnerhöhungen deutlich oberhalb der Inflationsrate führen: Quer durch alle Branchen fordern die Gewerkschaften Tariferhöhungen zwischen fünf (Kfz-Handwerk) und acht Prozent (Eisen- und Stahlindustrie). Den Auftakt der Tarifrunde 2008 hat bereits der öffentliche Dienst gemacht, wo seit dem 10. Januar ver.di, GEW, GdP und der Deutsche Beamtenbund (dbb) gemeinsam eine achtprozentige Gehaltssteigerung für die 1,3 Millionen Tarifangestellten bei Bund und Kommunen durchsetzen wollen. Am 21. Januar beginnen die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Eisen- und Stahlindustrie, Mitte Februar folgt die Chemische Industrie.

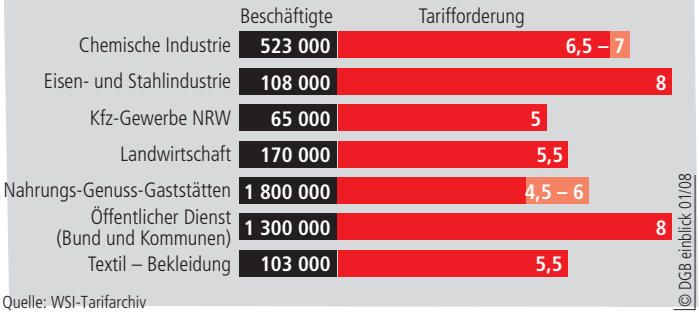
In welcher Branche den Gewerkschaften als erstes ein Tarifabschluss gelingt, wird sich erst in den kommenden Wochen zeigen. Aber bereits jetzt ist klar: Die Gewerkschaften wollen 2008 in allen Branchen nicht nur Lohnerhöhungen durchsetzen, die den Beschäftigten einen gerechten Anteil an dem von ihnen in den vergangenen Jahren erwirtschafteten Produktivitätsfortschritt sichern, sondern sie drängen auch auf schnelle Tarifabschlüsse. „Wir sind nicht bei der Bahn, wir haben nicht vor, monatelang zu verhandeln", erklärte Oliver Burkhard, seit Dezember amtierender Bezirksleiter der IG Metall in Nordrhein-Westfalen.

Auch für den öffentlichen Dienst gibt es einen engen Zeitplan. Falls bis Anfang März keine Einigung erzielt wird, streben ver.di und dbb eine Schlichtung an. Scheitert sie, drohen ab April massive Streiks. Dass die öffentlichen Arbeitgeber versuchen könnten, Tariferhöhungen mit dem Hinweis auf die hohe Staatsverschuldung zu verhindern, schreckt die Gewerkschaften nicht. Zum einen sind die Steuereinnahmen in den letzten Jahren rasant gestiegen, von 442 Milliarden Euro (2003) auf 556 Milliarden Euro (2007). Zum anderen müssten die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wieder Anschluss an die allgemeine Einkommensentwicklung finden. Die letzte nominale Tariferhöhung gab es bei Bund und Kommunen im August 2004 – von gerade einmal einem Prozent.

ver.di-Verhandlungsführer Achim Mehrkamp sieht deshalb in der Acht-Prozent-Forderung kein Risiko, überzogene Erwartungen bei den Beschäftigten zu wecken. Im Gegenteil: Mit einer niedrigeren Forderung wären die Gewerkschaften „nicht mobilisierungsfähig". Auch die anderen Gewerkschaften schätzen die Erwartungshaltung der Mitglieder ähnlich ein. „Ganz offensichtlich ist das Jahr 2008 ein Mega-Tarifjahr", kündigte der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber Anfang Januar in einem Interview im *Deutschlandradio Kultur* an. •

Ende der Bescheidenheit

Erste Forderungen der Gewerkschaften für die Tarifrunde 2008 (in Prozent)



Quelle: WSI-Tarifarchiv

2008 soll ein Mega-Tarifjahr werden – mit Tarifabschlüssen deutlich oberhalb der Inflationsrate. Je nach Branche fordern die Gewerkschaften Tariferhöhungen zwischen fünf und acht Prozent.

plusminusBERLIN

+ ***Werner Dreibus, Bundestagsabgeordneter (Die Linke), hat mit Fraktionskollegen eine Ausweitung der Mitbestimmung bei Unternehmensübernahmen durch Private Equtiy-Fonds gefordert. Ab einem Anteil von 30 Prozent sollen sie als Betriebsänderung gelten.***

– ***Hamburgs Bürgermeister Ole von Beust (CDU) blockiert Pläne der Bundesländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein zur Aufnahme des Wattenmeers in die Unesco-Liste des „Weltnaturerbes". Hamburg sieht dadurch die geplante Elbvertiefung gefährdet.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.familie.dgb.de
Bündnis des DGB zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Die neuen Grenzwerte in der Sozialversicherung (Datenblatt der Zeitschrift Soziale Sicherheit)

Sie studiert!
Wir zahlen.



➔ Wir fördern junge Menschen, die sich ein Studium nicht leisten können, mit einem Stipendium. Das ist unser Beitrag zu mehr Chancengleichheit in der Bildung.

Infos: www.boeckler.de/stipendium

Böckler-Aktion Bildung: Mut machen, Perspektiven schaffen

Hans Böckler Stiftung

Hochschulen

Erfolgreicher ohne Gebühren

In der Mehrzahl der Bundesländer, in denen Studiengebühren erhoben werden, geht die Zahl der Studienanfänger zurück oder liegt prozentual unter dem Bundesdurchschnitt. Länder ohne Gebühren konnten dagegen bei den Erstsemesterzahlen überdurchschnittlich zulegen. Das zeigen aktuelle Daten des Statistischen Bundesamtes.

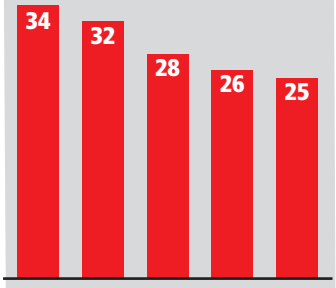
Die Zahlen bestätigen, was der DGB bereits im letzten Jahr im Rahmen der Debatte um einen drohenden Fachkräftemangel beklagt hatte: „Studiengebühren sind absolut kontraproduktiv, wenn man Akademiker auf dem Arbeitsmarkt braucht“, meint die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock.

Der DGB fordert als bildungspolitische Maßnahme gegen Fachkräftemangel außerdem: Mehr Menschen mit beruflicher Erfahrung auch ohne formale Hochschulreife den Zugang zu Universitäten und Fachhochschulen ermöglichen. Auch die Vorsitzende des Bildungsausschusses des Bundestags, Ulla Burchardt (SPD), hat Anfang Januar erweiterte Zugangsmöglichkeiten gefordert. Sie spricht sich dafür aus, mehr qualifizierte Berufstätige ohne „klassischen Abitur-Zugang“ zum Studium zuzulassen. Der Bund habe auch nach der Föderalismusreform die Hoheit für bundeseinheitliche Regelungen des Hochschulzugangs und müsse diese Kompetenz nutzen, so Burchardt.

Dass ein erleichterter Zugang zu Hochschulen auf dem „zweiten Bildungsweg“ Not tut, zeigt die letzte Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks. Seit Mitte der 90er Jahre ist der Anteil der Studierenden mit beruflicher Ausbildung stetig gesunken. •

Seltener mit Ausbildung

Anteil der Studierenden mit beruflicher Ausbildung an deutschen Hochschulen (in Prozent)



Quelle: 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks

© DGB einblick 01/08

Immer weniger Studierende kommen mit einer beruflichen Ausbildung an deutsche Hochschulen – inzwischen nur noch ein Viertel aller StudentInnen. Zwischen 1994 und 2006 nahm laut Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks außerdem der Anteil von Universitäts-StudentInnen mit „hoher sozialer Herkunft“ von 32 auf 42 Prozent zu, der Anteil aller anderen sozialen Gruppen sank.

Gesundheitsreform

Ziel verfehlt

Nach einem Bericht der *Rheinischen Post* hat die Gesundheitsreform der großen Koalition im Jahr 2007 ihr Ziel verfehlt, einen Großteil der nicht krankenversicherten Bürger wieder ins gesetzliche oder private Versicherungssystem zurückzuholen. Mit 200 000 „Rückkehrern“ hatte die Bundesregierung ursprünglich beim Start der Reform gerechnet. Bisher seien aber nur 70 000 Nichtversicherte wieder bei den gesetzlichen Krankenkassen gemeldet, weitere 3300 bei den privaten Versicherern, zitiert die Zeitung einen Vertreter des Verbandes der Angestellten-Krankenkassen (VdAK). •

Verfassungsgerichtsurteil

Hartz IV mit ARGEn Problemen

Ende Dezember hat das Bundesverfassungsgericht ein Kernstück der Hartz-Reformen gekippt: Die Zusammenarbeit von Kommunen und Bundesagentur für Arbeit in Arbeitsgemeinschaften, den so genannten ARGEn, verstößt gegen das Grundgesetz. Bis Ende 2010 haben die RichterInnen der Politik jetzt Zeit gegeben, ein neues Modell zu finden. Der DGB ist für eine klare Verantwortung des Bundes für die Arbeitsvermittlung, die Union plädiert für eine Dezentralisierung.

Das Verfassungsgericht hat beanstandet, dass die Kooperation von Bund und Kommunen in den ARGEn dem „Grundsatz eigenverantwortlicher Aufgabenwahrnehmung" widerspricht. Das Grundgesetz schließe eine solche „Mischverwaltung" grundsätzlich aus. Für Leistungen aus dem Sozialgesetzbuch II, wie der Auszahlung von Alg II, sowie für die Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt gäbe es demnach verschiedene zulässige Modelle: Entweder die Kommunen beziehungsweise die Bundesagentur für Arbeit wären allein zuständig oder ihre Aufgabenbereiche werden klar getrennt definiert.

Der DGB befürchtet, dass sich für viele Langzeitarbeitslose in Zukunft der bürokratische Aufwand bei Anträgen und Gewährung von Leistungen voraussichtlich erhöhen wird. Zudem hat sich der DGB-Vorsitzende Michael Sommer bereits dafür ausgesprochen, „dass die Verantwortung für die Arbeitslosen auch künftig eindeutig beim Bund und der Bundesagentur für Arbeit bleibt."

Das sieht auch Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) so: Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen „bleiben Aufgaben des Bundes", machte Scholz nach dem Urteil klar. Er favorisiert als Alternative zu den ARGEn das Modell der „Aufgabenwahrnehmung in getrennter Trägerschaft", das bereits in 21 Kommunen praktiziert wird. Die Bundesagentur übernimmt hier Arbeitsvermittlung und Alg II-Auszahlung, die Kommune ist für weitere Leistungen (Kosten für Unterkunft und Heizung) sowie für begleitende Hilfen (etwa Schuldnerberatung oder Kinderbetreuung) zuständig. Die Aufgaben wären so klar getrennt, würden aber „meist unter einem Dach" wahrgenommen, erklärte Scholz.

Ob Scholz sich damit in der großen Koalition durchsetzen kann, ist noch unklar. Mehrere UnionspolitikerInnen haben sich für das so genannte Optionsmodell ausgesprochen, bei dem ausschließlich die Kommunen zuständig sind. Auf Drängen von CDU und CSU wird das dezentrale Modell seit der Einführung von Hartz IV in 69 Städten und Gemeinden erprobt.

„Per Saldo ist das Optionsmodell keinesfalls besser als die anderen Modelle", meint dazu Wilhelm Adamy, Bereichsleiter für Arbeitsmarktpolitik beim DGB-Bundesvorstand. Im Gegenteil: Bei den Optionskommunen sei nicht einmal eine einheitliche Rechtsanwendung gewährleistet. Das Urteil des Verfassungsgerichts eröffne die Chance, klare Verantwortlichkeiten und klare Strukturen zu schaffen. Die Politik sollte zugleich aber dezentrale Spielräume sicherstellen.

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hat sich darüber hinaus für weitere Änderungen an den Hartz-Gesetzen ausgesprochen. Wenn der Kern der Reform für verfassungswidrig erklärt worden sei, könne man „gleich auch die anderen Konstruktionsfehler beseitigen", erklärte Sommer gegenüber dem *Spiegel*. Nötig seien etwa eine Erhöhung der Alg II-Regelsätze, eine Anhebung der Kinderzuschläge sowie die Einführung von Schülerzuschlägen.

Für welches der diskutierten künftigen Verwaltungsmodelle die Politik sich nach dem Verfassungsgerichtsurteil auch entscheidet: Ob es den betroffenen LeistungsbezieherInnen eher Vor- oder Nachteile bringen wird, lässt sich kaum belegen. Eine Studie des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung bescheinigt dem gesamten Hartz IV-System Mängel: Es gäbe bisher „keine Anhaltspunkte dafür", dass die eine oder andere Form der Aufgabenwahrnehmung – ARGE oder Optionsmodell – „qualitativ höherwertige oder wirksamere Dienstleistungen erbringen würde". Hartz IV habe ein „zwar behäbiges", aber in sich „einigermaßen konsistentes System" der Leistungserbringung abgeschafft und durch ein „keineswegs konsistentes System ersetzt". •

Hohe Arbeitsdichte

So viel Prozent der Personalräte* in Arbeitsagenturen und/oder Kommunen sehen beim ARGE-Modell eine Belastung der Mitarbeiter durch…



*Befragung von 250 Personalräten

Quelle: Hans-Böckler-Stiftung, 2007

© DGB einblick 01/08

Die seit 2005 im Zuge von Hartz IV mögliche Zusammenarbeit von Bundesagentur für Arbeit (BA) und Kommunen in Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) bringt auch für die Beschäftigten von BA, Städten und Gemeinden Belastungen mit sich. Rund drei Viertel der Personalräte beklagen die hohe Arbeitsdichte und die hohe Zahl der zu bearbeitenden Fälle. Über 60 Prozent sehen Belastungen der MitarbeiterInnen durch bürokratischen Aufwand.

353 Problemfälle

Derzeit gibt es drei Modelle der Betreuung von LeistungsbezieherInnen und Arbeitslosen nach Hartz IV:

ARGEn

In den Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) nehmen Bundesagentur für Arbeit (BA) und Kommunen die entsprechenden Aufgaben gemeinsam wahr. Das Modell ist das am weitesten verbreitete, in insgesamt 353 Städten und Gemeinden haben seit 2005 ARGEn ihre Arbeit aufgenommen. Für diese Kommunen müssen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts jetzt alternative Modelle gefunden werden.

Optionskommunen

Beim Optionsmodell, das bei der Hartz IV-Einführung von den damaligen Oppositionsparteien CDU und CSU als „Feldversuch" durchgesetzt wurde, nehmen die Kommunen in alleiniger Trägerschaft die entsprechenden Aufgaben wahr. Derzeit wird das Modell in 69 Städten und Gemeinden praktiziert.

Getrennte Trägerschaft

In diesem Modell übernimmt die BA Arbeitsvermittlung und Auszahlung von Alg II, die Gemeinden die übrigen Aufgaben. Derzeit wird in 21 Kommunen nach diesem Prinzip gearbeitet.

Wo gibt es welches Modell? Eine Liste aller deutschen Städte und Landkreise:

www.einblick.dgb.de

PROJEKTE UND PARTNER

Weiterqualifizierung

Pluspunkt Erfahrung

Der demografische Wandel wirkt sich zunehmend auch auf den Einzelhandel aus. Eine älter werdende Gesellschaft wird auch dort zu neuen Ansätzen für die Arbeitswelt führen müssen. Hier setzt das Projekt „Pluspunkt Erfahrung: Ein Gewinn für alle!" an, das gemeinsam von der Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit & Leben und dem Hauptverband des Deutschen Einzelhandels ins Leben gerufen worden ist. Ältere ArbeitnehmerInnen sollen mit Hilfe des Projektes in den Arbeitsmarkt des Dienstleistungsbereiches integriert werden. Das Projekt soll ältere kaufmännisch ausgebildete Arbeitslose und ältere im Einzelhandel Beschäftigte qualifizieren, die Kundengruppe der über 50-Jährigen gezielt anzusprechen und zu beraten. Die Qualifizierungsangebote finden an acht Standorten statt: In Hamburg, Göttingen, Magdeburg und Leipzig werden sie von Arbeit & Leben durchgeführt, in München, Stuttgart, Frankfurt/M. und Recklinghausen führt der Einzelhandelsverband Regie. •

www.arbeitundleben.de

Jahrbuch werden

50. Ausgabe erschienen

werden, das Jahrbuch für die Gewerkschaften, ist kurz vor dem Jahreswechsel zum fünfzigsten Mal erschienen. In *werden 2008* schreiben der DGB-Vorsitzende Michael Sommer über die Erfolgsstory „Gute Arbeit" und der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber über das Vermächtnis Otto Brenners. Franz Alt skizziert das Ende des Öl- und den Beginn des Solarzeitalters. Umweltminister Sigmar Gabriel, der stellvertretende EGB-Generalsekretär Reiner Hoffmann, der ehemalige IG Medien-Vorsitzende Detlef Hensche, der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske, DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach und Wolfgang Lieb, Mitherausgeber der *Nachdenkseiten (www.nachdenkseiten.de)* gehören zu den weiteren AutorInnen der Jubiläumsausgabe.



Einzelexemplare von *werden* können gegen einen Unkostenbeitrag von sechs Euro beim einblick Verlag bestellt werden. •

redaktion@einblick.info

Tarifpolitik

2007 auf einen Blick

Für den schnellen Zugriff auf die tarifpolitischen Daten und Fakten des zurückliegenden Jahres hat das WSI-Tarifarchiv die wichtigsten Tarifergebnisse aus 2007 in einer kleinen Broschüre zusammengestellt. Darüber hinaus begleitet das Tarifarchiv auch die gerade begonnene Tarifrunde 2008 mit einem aktuellen Informationsangebot. •

www.tarifvertrag.de

Arbeit & Leben

Jugendprogramm 2008

Das *Jugendprogramm 2008* der Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit & Leben (A&L) listet etwa 100 Seminare und Projekte politischer Jugendbildung aus dem bundesweiten Angebot auf. Sie richten sich an junge Menschen im Übergang von der Schule in das Arbeitsleben und an junge ArbeitnehmerInnen und Auszubildende. A&L bietet eine Palette von Zukunftsthemen an, die von Arbeit und Bildung, interkulturellem Dialog und Migration, Globalisierung und sozialer Gerechtigkeit bis zu Zivilcourage und Persönlichkeitsentwicklung reichen.

Dazu gehören auch Angebote, in denen der „Profilpass" für junge Menschen eingesetzt wird. Der Profilpass soll Kompetenzen sichtbar machen und Selbstbewusstsein stärken. •

Tel. 0202 / 974040, www.arbeitundleben.de

Alg I-Bezugsdauer

Materialien gegen Zwangsrente

Zwar soll die Zwangsverrentung älterer Alg I-BezieherInnen nach dem Willen der Koalition widerrufen werden, wer aber in der Übergangsphase nicht aufpasst, kann seinen Anspruch auf längere Zahlung von Alg I noch verlieren. Da die Gesetzesänderung ins Jahr 2008 geschoben wurde, können die ARGEn/Jobcenter ALG-Bezieher auffordern, ihren vorzeitigen Rentenantrag mit entsprechenden Abschlägen zu stellen. Kommen die Betroffenen dem nicht nach, können ARGE/Jobcenter dies gegen den Willen der Betroffenen selbst durchführen. Materialien im Umgang mit den Arbeitsagenturen für solche Fälle haben der Wuppertaler Sozialhilfeverein Tacheles und die Koordinationsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen gemeinsam erarbeitet.

Die Materialien unter dem Titel „Zwangsverrentung – Soforthilfe für die Übergangszeit" werden im Internet bereitgestellt. Zu den Materialien gehört ein Musterwiderspruch, mit dem der Prozess der Zwangsverrentung gestoppt werden soll, sowie ein Antrag auf einstweilige Anordnung beim Sozialgericht. •

www.tacheles-sozialhilfe.de
www.erwerbslos.de

interregio

••• Der ***DGB Hessen*** hat in einem ***Positionspapier*** Eckpunkte für eine zukunftsfähige Industriepolitik benannt. Dazu gehören die Stärkung der Mitbestimmung sowie vorausschauende Strategien gegen einen drohenden Fachkräftemangel.
Die hessischen Gewerkschaften wollen so eine Debatte über die Ausgestaltung einer Industriepolitik in Hessen anstoßen, die Arbeitsplätze sichert und neue schafft, so der DGB-Bezirksvorsitzende Stefan Körzell. Eine wettbewerbsfähige Industrie sei auch die Basis für die Weiterentwicklung des Dienstleistungssektors.

Download: www.hessen.dgb.de/themen/industriepolitik/index3/

••• Der ***DGB Niedersachsen*** und die vier großen Umweltverbände BUND, NABU, LBU und BBN haben gemeinsam zwölf ***Leitlinien*** für eine gute Umweltpolitik in Niedersachsen formuliert. Die Umweltpolitik müsse als Motor für Innovation und Beschäftigung genutzt werden. Dabei dürften ökonomische und ökologische Anforderungen nicht gegeneinander aufgewogen und ausgespielt werden.
Das Papier benennt als Ziele „saubere" Energiegewinnung, ein umweltschonendes Verkehrswesen, den Schutz der biologischen Vielfalt sowie eine Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung.

Download: www.niedersachsen.dgb.de/index_html

Neue Altersteilzeit

Die Beschäftigungsbrücke wankt

Die Zeit drängt: Die Bundesagentur für Arbeit fördert die Altersteilzeit nur noch bis Ende 2009. Der DGB pocht deshalb auf eine Nachfolgeregelung. Die aber ist nicht in Sicht.

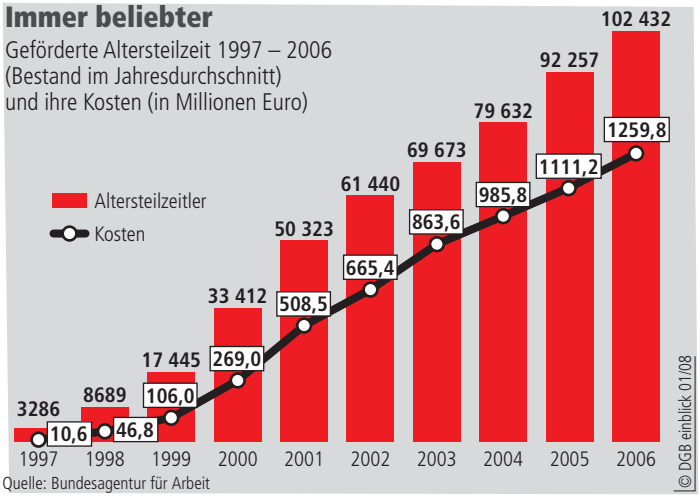
Um der Forderung nach einem neuen Altersteilzeitgesetz Nachdruck zu verleihen hat die IG Metall eine Kampagne gestartet. Ihr Motto lautet: „Für jung. Für alt. Für alle. Neue Altersteilzeit." Denn die Altersteilzeit kommt nicht nur älteren Beschäftigten zugute. Junge und Arbeitslose profitieren gleichermaßen. So machten die 105 000 ArbeitnehmerInnen, die sich im Dezember 2006 in geförderter Altersteilzeit befanden, Platz für 60 000 Auszubildende und Ausgebildete sowie für 45 000 Arbeitslose. „Ohne neue Formen eines flexiblen Ausstiegs aus dem Erwerbsleben würde die Rente mit 67 schnell zur Sperre für die Einstellung Jüngerer", argumentiert der DGB.

Für den Hannoveraner IG Metall-Bezirksleiter Hartmut Meine ist es „völlig unverständlich", warum die Bundesregierung eine Fortsetzung der Altersteilzeitförderung blockiert und damit den Zusammenbruch der bewährten Beschäftigungsbrücke zwischen Jung und Alt riskiert. Die SPD spricht sich zwar für einen flexiblen Übergang in die Rente aus, den sie „mithilfe von Altersteilzeit und Teilrente" bewerkstelligen will, erklärt aber nicht konkret, wie. Für CDU und CSU ist das Auslaufen der geförderten Altersteilzeit überhaupt kein Thema. Nur der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) hat das Problem erkannt: „Ich kann mir vorstellen", sagte er Mitte Oktober bei einem Treffen mit IG Metall und Metallarbeitern, „dass flexible Übergänge in die Rente auch mit einem geringeren Zuschuss zu machen sind. Für die Lücke müssten die Tarifpartner in die Bresche springen."

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) zahlt dem Arbeitgeber bislang einen Zuschuss von 20 Prozent zum Altersteilzeit-Entgelt. Weitere Aufstockungsbeträge haben die Tarifparteien in mehr als 900 Tarifverträgen vereinbart. Danach verdienen Altersteilzeitler bis zu 89 Prozent ihres früheren Netto-Einkommens. Ohne BA-Förderung wäre das aber kaum machbar. Eine Neuauflage der Tarifverträge zur Altersteilzeit ohne den Lohnkostenzuschuss aus Nürnberg kann sich Kay Ohl, Bereichsleiter Tarifpolitik der IG Metall, „nur schwer vorstellen". Gleichwohl wollen IG Metall und Gesamtmetall bis Juni 2008 ihre Tarifregelung zum Übergang in die Rente weiterentwickeln; dazu haben sich beide Seiten in der Tarifrunde 2007 verpflichtet.

Auch wenn sich in Berlin niemand für die Fortsetzung der Altersteilzeitförderung ab 2010 stark macht – eine andere gewerkschaftliche Forderung hat der Bundestag erfüllt. Ohne großes Aufsehen zu erregen hat er im November 2007 im Rahmen des Jahressteuergesetzes 2008 beschlossen, dass die Aufstockungsbeiträge zum Altersteilzeitentgelt weiterhin steuer- und sozialabgabenfrei bleiben. Die Altersteilzeit bleibe damit „das für Beschäftigte wichtigste und attraktivste Instrument zur Flexibilisierung des Übergangs vom Erwerbsleben in die Rente", schreibt Judith Kerschbaumer, Bereichsleiterin Sozialpolitik von ver.di, in der jüngsten Ausgabe von „sopoaktuell". Mit zunehmender Tendenz: Im Jahr 2000 verabschiedeten sich drei Prozent der Neurentner über die Altersteilzeit aus dem Erwerbsleben. 2005 waren es schon 14 Prozent. Das belegt der Altersübergangs-Report 2007 des Instituts Arbeit und Qualifikation.

Teilrenten-Modelle werden derzeit, so ver.di-Expertin Kerschbaumer, „wieder verstärkt diskutiert". Der DGB will sie „gängiger machen", beispielsweise durch verbesserte Hinzuverdienstgrenzen. Die Möglichkeit, eine Altersrente als Teilrente zu beziehen, wird nämlich kaum genutzt, die so genannten allgemeinen Hinzuverdienstgrenzen liegen bei einer Halb-Teilrente – es gibt sie auch als Ein- und als Zwei-Drittel-Teilrente – bei 708 Euro (West) beziehungsweise bei 622 Euro (Ost) im Monat. Darüber hinaus gibt es zwar auch individuelle Hinzuverdienstgrenzen, die vom letzten Entgelt abhängen. Aber attraktiv ist anders. •



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Altersteilzeit ist stärker verbreitet, als ihre Förderung vermuten lässt. Rund 400 000 ArbeitnehmerInnen nehmen sie derzeit in Anspruch, aber nur jede vierte Altersteilzeit wird von der Bundesagentur für Arbeit gefördert.

Ende 2009 ist vorläufig Schluss

In Altersteilzeit gehen können Beschäftigte ab dem 55. Lebensjahr; vorausgesetzt sie waren in den vorangegangenen fünf Jahren mindestens drei Jahre sozialversicherungspflichtig beschäftigt, heißt es im Altersteilzeitgesetz. Die Dauer der Altersteilzeit kann maximal zwölf Jahre betragen, eine Mindestdauer sieht das Gesetz nicht vor. Ihr Beginn muss so vereinbart werden, dass im Anschluss eine Altersrente – mit oder ohne Abschläge – in Anspruch genommen werden kann.

Der Arbeitgeber muss das Altersteilzeitentgelt – das ist regelmäßig die Hälfte des bisherigen Einkommens – um mindestens 20 Prozent aufstocken. Besetzt er den frei gewordenen Arbeitsplatz wieder und ermöglicht auf diese Weise die Einstellung eines sonst arbeitslosen Arbeitnehmers, erstattet ihm die Bundesagentur für Arbeit diesen Aufstockungsbetrag. Allerdings längstens für sechs Jahre.

Die Förderung kann nur für Altersteilzeitverträge beantragt werden, die bis 31. Dezember 2009 beginnen. Sie läuft dann – so der Rechtsstand heute – Ende 2015 aus. Nicht jedoch die Altersteilzeit selbst.

kurz&bündig

Die R+V Versicherung AG hat zum Jahreswechsel als neuer Eigentümer den Chemie-Pensionsfonds von der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank übernommen. Der Chemie-Pensionsfonds ist Bestandteil der von IG BCE und dem Bundesarbeitgeberverband Chemie vereinbarten tariflichen Altersvorsorge. Alle Mitarbeiter des Fonds werden von R+V übernommen.

Die Homepage der GEW präsentiert sich in neuem Design und mit neuer Struktur. Die vereinfachte Navigation bietet schnellen Zugang zu thematischen Schwerpunkten wie „Schule", „Jugendhilfe" oder „Weiterbildung". www.gew.de

TRANSNET will mithilfe einer Fragebogenaktion erfahren, wie die Ingenieure der DB AG ihre Arbeitsbedingungen wahrnehmen und welche Themen sie bewegen, um Lösungsmöglichkeiten für eventuell bestehende Probleme zu entwickeln. Download: www.transnet.org/.Kampagnen-Texte/Umfrage_Ingenieure/

ver.di betreibt unter dem Titel „Die Sendung zur Arbeit" die Homepage www.streik.tv. Das Internet-Fernsehformat informiert über die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst. In den Clips werden Hintergrundberichte gezeigt, Nachrichten informieren über aktuelle Ereignisse. In einem Forum können Kommentare zu einzelnen Sendung verfasst werden.

EM 2008

Fairplay at work

Der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) hat – ähnlich wie der DGB zur Fußball-WM 2006 in Deutschland – eine Kampagne zur diesjährigen Fußballeuropameisterschaft gestartet. Österreich ist gemeinsam mit der Schweiz Gastgeberland der EM.

Unter dem Motto „Fairplay at work" bietet der ÖGB Informationen rund um Arbeitnehmerfragen zur Europameisterschaft und will deutlich machen: Es sind tausende Beschäftigte, die vor, während und nach dem Turnier für das größte europäische Sportereignis des Jahres aktiv sind.

Auf der Kampagnen-Homepage *(www.fairplayatwork.at)* finden sich



deshalb eine Vielzahl von Serviceangeboten und Hintergrundinfos. ArbeitnehmerInnen stellen sich und ihre Arbeit als „EM-MacherInnen" vor. Zum Beispiel die Wiener Krankenschwester Conchita Sable, die mit einer Urlaubssperre während der EM rechnet und sich als Fan der deutschen Nationalmannschaft „outet". Außerdem berichten BetriebsrätInnen in Kurz-Porträts, mit welchen speziellen Angeboten und Betriebsvereinbarungen sie ihre Belegschaft in den Turnierwochen unterstützen. Auch Tipps zum künftigen Europameister geben die österreichischen Arbeitnehmervertreter ab: Ihre Favoriten für den Finalsieg sind Italien und Deutschland. •

2008: Das Gewerkschaftsjahr auf einem Blick

27.1.	Landtagswahl, Hessen
27.1.	Landtagswahl, Niedersachsen
5./6.2.	Hans-Böckler-Stiftung, Europäisches Gespräch, Berlin
24.2.	Bürgerschaftswahl, Hamburg
8.3.	Internationaler Frauentag
1.5.	DGB, zentrale 1. Mai-Kundgebung, Mainz
	Eröffnung der Ruhrfestspiele 2008, Recklinghausen
1. – 4.5.	GEW, Mai-Meeting 2008, Rotenburg an der Fulda
12. – 15.6.	IG BAU, Bundesjugend-Treffen, Thalmässing/Mittelfranken
28.9.	Landtagswahl, Bayern
20. – 24.10.	NGG, Gewerkschaftstag, Berlin
22./23.10.	Jahrestagung der Otto-Brenner-Stiftung, Berlin
11./12.11.	DGB, Schöneberger Forum, Berlin
23./24.11.	TRANSNET, Gewerkschaftstag, Berlin

2008 wird für die Gewerkschaften ein spannendes Jahr. Nicht nur, weil sie in der Tarifpolitik deutlich höhere Einkommen durchsetzen wollen, sondern auch, weil die große Koalition 2008 etliche Reformprojekte abschließen will, die die Interessen der Beschäftigten unmittelbar berühren: von Reformen der Pflege- und Unfallversicherung über ein Präventionsgesetz, die Überprüfung der Hartz-Reformen und die Entscheidung über die Ausweitung des Mindestlohns auf weitere Branchen bis zur Vorbereitung des 2009 startenden Gesundheitsfonds. Was dabei mit der großen Koalition geht und was nicht, entscheidet sich auch bei den Landtagswahlen in Hessen, Niedersachsen, Hamburg (Januar/Februar) sowie in Bayern (September). Zudem haben zwei Gewerkschaften, NGG und TRANSNET, im Herbst 2008 ihren Gewerkschaftstag.
Weitere Termine: www.einblick.dgb.de

Jugendgewalt

Personalabbau mitverantwortlich

Der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg hat zu einer Versachlichung der vom hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU) aus Wahlkampfgründen angestoßenen Debatte über Jugendgewalt aufgerufen. Die Häufung von Gewalttaten in Bussen und Bahnen sei auch auf den drastischen Personalabbau bei den Nahverkehrsbetrieben zurückzuführen. „Es gibt so gut wie kein Aufsichtspersonal mehr", klagt Freiberg. „Für die Bürger werden Bus-, U-Bahn und S-Bahnfahrten vor allem in den Abend- und Nachtstunden immer mehr zum Albtraum." Es sei unverständlich, dass die Verkehrsbetriebe es zwar schaffen, Heerscharen von Fahrgastkontrolleuren zu den Berufsverkehrszeiten durch die Wagons zu schicken, aber niemanden, der auf den Schutz der Fahrgäste achtet.

Auch der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hat vor einer parteipolitischen Instrumentalisierung des Themas gewarnt. Es sei unredlich, wenn Politiker über Jugendgewalt klagen, gleichzeitig aber durch jahrelange Sparmaßnahmen diese Entwicklung praktisch befördert hätten. Oft genug fehle es an ausreichendem Personal, an SozialarbeiterInnen, ErzieherInnen und LehrerInnen, um Jugendliche erfolgreich in die Gesellschaft einzugliedern. •

Debatte um das Urheberrecht

„Klaut Bücher, Genossen?“

Das Urheberrecht, das den überwiegend selbstständig arbeitenden Journalisten, AutorInnen und KünstlerInnen die Haupteinkommensquelle sichert, gerät zunehmend in die Diskussion: Nutzer klagen über eine „gefühlte Behinderung“ beim Zugang zu Wissen und Information oder über angebliche Übertreibungen im Urheberrecht. Urheberrechtler Wolfgang Schimmel hält dagegen: Er fordert eine angemessene Vergütung für Urheber und ausübende Künstler.

Dass die UrheberInnen von Kunstwerken und Publikationen bezahlt werden müssen, war lange unumstritten. Im IT-Zeitalter ist diese Selbstverständlichkeit scheinbar in Vergessenheit geraten. **Beispiel Informationsfreiheit:** BibliothekarInnen und WissenschaftlerInnen klagen über hohe Preise von Fachzeitschriften und digitalen Kopien einzelner Beiträge. So fordert das Aktionsbündnis „Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft“ „Zugang für jedermann zu jeder Zeit von jedem Ort“. Dazu soll das Urheberrecht eingeschränkt werden. Die Verlage können aber nur deshalb hohe Preise und Zugangshürden im Internet durchsetzen, weil sie an den Beiträgen ein „ausschließliches Recht“ zur Vervielfältigung, Verbreitung gedruckter Ausgaben und zur öffentlichen Zugänglichmachung im Internet haben. **Dieses Exklusiv-Recht räumen ihnen die AutorInnen vertraglich ein,** viele davon selbst Wissenschaftlerinnen, manche auch Bibliothekare. Und beschweren sich anschließend über das „Monopol“ einiger Großverlage, das ihnen angeblich den „freien Zugang“ zu anderen Werken verwehrt. Ein Federstrich durch das Wort „ausschließlich“ im eigenen Vertrag – und das „Monopol“ wäre erledigt.

Beispiel Tauschbörsen: Schon das Wort ist eine Lüge. Beim Tausch hat vorher die eine ein Buch und der andere eine Musik-CD – und nachher ist es umgekehrt. In Tauschbörsen aber wird nicht getauscht, sondern kopiert und weitergegeben. Am Ende haben alle alles. Richtig tauschen darf man auch Exemplare urheberrechtlich geschützter Werke oder Darbietungen. Wer aber Musikaufnahmen oder Filme in „Tauschbörsen“ einstellt, maßt sich das Weltvertriebsrecht an, **nutzt schöpferische Leistungen anderer, ohne dafür zu bezahlen.**

Behauptet wird von den AnhängerInnen der Tauschbörsen jedoch, das Urheberrecht behindere den „Nutzer“ – ein unklarer und gern verwendeter Begriff. Er verschleiert, dass sich weniger das Urheberrecht geändert hat als das Verhalten und die Ansprüche eben dieser „Nutzer“. Bücher zu lesen, Musik zu hören, Filme anzusehen, also Wissen zu erwerben oder Kunstwerke zu genießen, reicht vielen heute nicht mehr. Wie selbstverständlich verlangen



Foto: Joachim Röttgers

Wolfgang Schimmel, 59, ist Gewerkschaftssekretär der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Er ist zuständig für Selbstständige, speziell für das Urheberrecht und für ausübende KünstlerInnen.

„Nutzer“, dass sie von allen urheberrechtlich geschützten Werken, derer sie habhaft werden, Kopien in bester digitaler Qualität anfertigen dürfen. Wird das durch einen Kopierschutz – ohnehin ein Auslaufmodell – verhindert, **ist angeblich die Freiheit von Information und Kultur in Gefahr.**

Andere tun sich schwer, Rechte von UrheberInnen und InterpretInnen zu respektieren, weil diese Rechte zumeist als abgeleitete Rechte von Medienunternehmen in Erscheinung treten. So fühlt sich mancher wie **Robin Hood im Kampf gegen die Weltkonzerne der Kulturindustrie,** wenn er illegal Kopien ins Netz stellt oder daraus herunterlädt. Der Kalauer „Klaut Bücher, Genossen!“ aus dem vergangenen Jahrhundert geht wieder um und gibt sich als seriöser Debattenbeitrag zum Urheberrecht in der Informationsgesellschaft aus. Dabei ist das im Witz steckende Wissen von Recht und Unrecht sichtlich abhanden gekommen.

Dass das massenhafte Kopieren und Verteilen über das Internet Verlagen und Produzenten nicht behagt, leuchtet ein, wird aber gern damit abgetan, es ginge beim Kopieren nur um den Widerstand gegen die Geschäftsmodelle der Musikindustrie. Das ist zu kurz gegriffen: Es ist tragendes Prinzip des Urheberrechts, **dass Urheber und ausübende Künstlerinnen am Erlös aus dem Vertrieb beteiligt werden** (§ 11 UrhG), um daraus ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können.

Deshalb sollte auch die Position des DGB klar sein: Nicht der Konsument ist maßgeblich, der sich selbst bedienen und für genutzte Leistungen nicht mehr zahlen will. Es ist gewerkschaftliche Aufgabe, **für existenzsichernde Einkommen zu sorgen.** Und – wenn es mit der Informationsversorgung hakt – für die Lehr- und Lernmittelfreiheit sowie ein ordentlich finanziertes öffentliches Bibliothekswesen. •

Fachgespräch als Wegweiser

Der DGB sucht nach einer Position: Mit einem Fachgespräch hat er Anfang Dezember vergangenen Jahres den Aufschlag zu einer neuen Runde im fortwährenden Streit um das Urheberrecht im digitalen Zeitalter gemacht.

Zuvor hatte der Jurist Till Kreutzer für den DGB ein Gutachten über das gerade erst reformierte Urheberrecht vorgelegt. Er bescheinigt dem Gesetz darin eine Reihe von Unfertigkeiten und Ungereimtheiten – so unter anderem das grundsätzliche Verbot jeder privaten Kopie, wenn dabei ein Kopierschutz umgangen wird.

Diese Restriktion gilt eben auch für eine Sicherheitskopie eines rechtmäßig erworbenen Werkes oder die einfache Vervielfältigung zum Zwecke des Abspielens etwa im eigenen Auto.

einblick stellt in den kommenden Ausgaben in loser Folge verschiedene Positionen aus dem Fachgespräch zum Thema „Digitales Urheberrecht“ vor.

Mehr Infos:
www.dgb.de/themen/geistiges_eigentum/

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

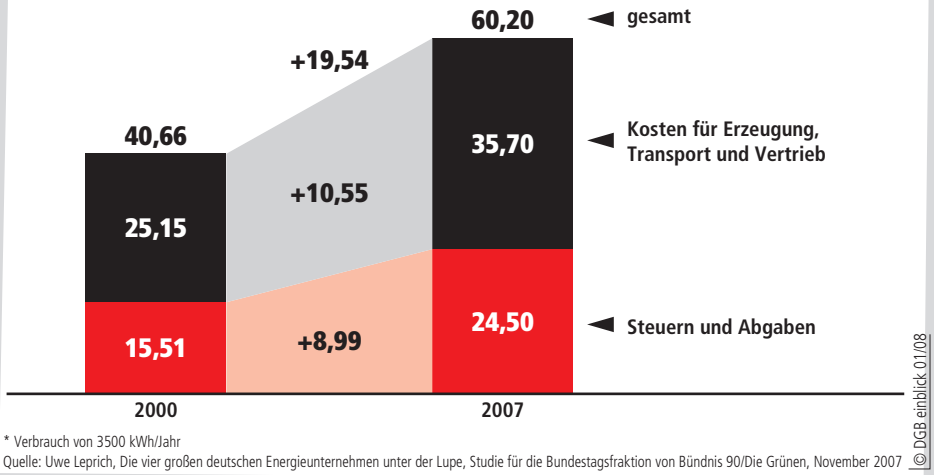
DIES & DAS

die DGB grafik

ENERGIEKOSTEN: Preisanstieg um 50 Prozent

Seit 2000 sind die Gewinne der vier großen deutschen Energieunternehmen, E.on, RWE, EnBW und Vattenfall, von acht auf 20 Milliarden Euro gestiegen. Die Zeche dafür zahlen vor allem die Privathaushalte. Deren Stromrechnung war 2007 um fast fünfzig Prozent höher als im Jahr 2000. Mehr als die Hälfte des Preisanstiegs (10,55 Euro/Monat) geht auf Tariferhöhungen der Energiekonzerne zurück. Der übrige Kostenanstieg (8,99 Euro/Monat) hängt mit der gestiegenen Steuer- und Abgabenbelastung zusammen.

Entwicklung der Stromkosten eines durchschnittlichen Privathaushalts* 2000 – 2007 (in Euro/Monat)



* Verbrauch von 3500 kWh/Jahr

Quelle: Uwe Leprich, Die vier großen deutschen Energieunternehmen unter der Lupe, Studie für die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, November 2007

© DGB einblick 01/08

personalien

••• ***Claudia Meyer,*** 37, Referatsleiterin für Wachstums- und Beschäftigungspolitik auf nationaler Ebene/Globalisierung und Geldpolitik beim DGB-Bundesvorstand, ist ab dem 17. Januar Sozialreferentin an der Deutschen Botschaft in Brasilia.

••• ***Oliver Burkhard,*** 35, Leiter des Funktionsbereichs Tarifpolitik der IG Metall, ist am 10. Dezember vom IG Metall-Vorstand zum Leiter des Bezirks Nordrhein-Westfalen ernannt worden. Er folgt ***Detlef Wetzel,*** 57, der Anfang November vergangenen Jahres auf dem Leipziger Gewerkschaftstag zum Zweiten Vorsitzenden gewählt worden war. Als neuen Leiter des Funktionsbereichs Tarifpolitik hat der IG Metall-Vorstand den Tariffachmann des Bezirks Frankfurt/M., ***Kay Ohl,*** 53, ernannt.

••• ***Michael Guggemos,*** 51, Leiter des Hauptstadtbüros der IG Metall in Berlin, ist zum Koordinator für Vorstandsaufgaben beim Ersten Vorsitzenden der IG Metall ernannt worden.

14 TAGE

14./15.1. DGB, Klausursitzung des Geschäftsführenden Bundesvorstands (GBV), Potsdam

17.1. DGB Berlin-Brandenburg und Gewerkschaft Solidarnosc, „Arbeitnehmerfreizügigkeit – Arbeitsmarktentwicklung", Fachgespräch im Rahmen des Projekts Oderregion, Cottbus

18.1. Netzwerk Hessischer Erwerbsloseninitiativen, Hartz IV-Tribunal „Betroffene klagen an!", Frankfurt/M.

23./24.1. DGB, Klausursitzung des Bundesvorstands (BV), Neu-Hardenberg

25.1. Kooperationsstelle Hochschule/Gewerkschaften Oldenburg, Tagung „Das Ende des Co-Managements?", Oldenburg

26.1. ver.di Bayern, erster bayerischer IT-Tag, Ingolstadt

27.1. Landtagswahl Hessen

27.1. Landtagswahl Niedersachsen

Tipp

***Buch:* Sarah Bormann, *Angriff auf die Mitbestimmung, Unternehmensstrategien gegen Betriebsräte – der Fall Schlecker,* edition sigma, Berlin 2007, 148 Seiten, 12,90 Euro**

Die betriebliche Mitbestimmung ist in Deutschland gesetzlich verankert. Was aber geschieht, wenn ein Konzern die formalen Rechte von Beschäftigten und Betriebsräten systematisch missachtet? Sarah Bormann analysiert die „Anti-Betriebsrats-Strategien" der Drogeriemarkt-Kette Schlecker und zeigt, wie konsequentes gewerkschaftliches Organizing und Kampagnen-Druck von außen helfen können, wenn juristische Schritte wirkungslos bleiben.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Harald Lötsch **Redaktion:** Udo Böhlefeld (verantwortlich für diese Ausgabe), Anne Graef, Stephan Hegger, Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionelle MitarbeiterInnen:** Lena Clausen, Norbert Hüsson **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

Angaben nach § 7 a des Berliner Pressegesetzes: An der einblick Verlagsgesellschaft mbH ist die BGAG Info & Know GmbH, Frankfurt am Main, zu hundert Prozent beteiligt. Die BGAG Info & Know GmbH ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der BGAG Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften GmbH, Frankfurt am Main.

Schlusspunkt

„Angela Richtungslos"

Die Wochenzeitung „Die Zeit" am 7. Januar auf ihrer Homepage über den Meinungsschwenk von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), junge Kriminelle härter zu bestrafen statt weiter auf Integration zu setzen

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 28.01.2008 2/08

DGB

inhalt

Seite 3
Sinnvoll – aber in der Sackgasse
Das Präventionsgesetz, mit dem die große Koalition der Gesundheitsförderung mehr Gewicht geben will, kommt nicht voran

Seite 5
Trendwende greift
2007 hat sich der Mitgliederrückgang im DGB weiter abgeschwächt. Bei den Erwerbstätigen und den Jüngeren bis 27 Jahre konnten die Gewerkschaften sogar zulegen

Seite 7
Chance nutzen
Die materielle Beteiligung der Beschäftigten an ihren Unternehmen ist für die Gewerkschaften ein wichtiges Thema, meint DGB-Bereichsleiterin Heike Kauls

DGB 2008

Trendwende zu mehr Gerechtigkeit

Mindestlöhne, Altersarmut, Leiharbeit – mit diesen Themen wird der DGB 2008 politische Akzente setzen. Auf der Neujahrspressekonferenz des Gewerkschaftsbundes forderte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer die Politik auf, jetzt die Weichen für eine „Trendwende zu mehr Gerechtigkeit" zu stellen.

Die drei Schwerpunkte seien zentrale Themen des DGB für die kommenden beiden Jahre – also auch Themen im Bundestagswahljahr 2009. „Die Gewerkschaften sind und bleiben Gestaltungsmacht für Arbeit", betonte Sommer. Wo aber soziale Missstände beseitigt werden müssten, sei auch die Politik gefragt.



Mit vier verschiedenen Plakatmotiven wirbt der DGB für die Beteiligung an den gewerkschaftlichen Aktivitäten am 1. Mai. Das Motto in diesem Jahr: Gute Arbeit muss drin sein!

Die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns nicht unter 7,50 Euro bleibt zentrale Forderung von DGB und Gewerkschaften. Die Kampagne für den gesetzlichen Mindestlohn laufe weiter „und zwar in verstärktem Maße", machte Sommer klar. Mit den Vorschlägen von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) zum Entsendegesetz sei der DGB weitgehend einverstanden. An der geplanten Neufassung des Mindestarbeitsbedingungengesetzes gebe es allerdings noch „erheblichen Verbesserungsbedarf". Der im Gesetz vorgesehene Hauptausschuss dürfe nicht mit Ökonomen als „Experten" besetzt werden, sondern mit „wirklichen Tarifexperten" aus Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. Beide Gesetze würden aber „nicht reichen, um Hungerlöhne und Lohndumping zu verhindern", erklärte Sommer. Man sei sich mit Arbeitsminister Scholz einig, dass zusätzlich der gesetzliche Mindestlohn kommen müsse. Das würden auch dessen „erbitterte Gegner" bald erkennen: Spätestens, wenn die Freizügigkeit für ArbeitnehmerInnen aus den osteuropäischen Beitrittsländern der EU Realität werde und mittelständische Dienstleistungs- und Handwerksunternehmen in „existenzielle Schwierigkeiten bringt", betonte Sommer.

Die Zahl der Menschen, die im Alter Grundsicherung beziehen müssen und damit von Altersarmut betroffen sind, werde in den kommenden Jahren „dramatisch steigen" – voraussichtlich auf eine Million. Ein Grund dafür sei auch die Rente mit 67. Spätestens 2010, wenn die gesetzliche Überprüfung anstehe, müsse die Politik deshalb umsteuern und die Rente mit 67 zurücknehmen.

Für LeiharbeiterInnen fordert der DGB: gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen wie im entleihenden Betrieb. Nur so könne verhindert werden, dass Stammbelegschaften zunehmend durch ZeitarbeitnehmerInnen ersetzt würden, betonte der DGB-Vorsitzende.

Sommer kündigte auf der Neujahrspressekonferenz außerdem einen „Frühjahrsputz" an: Gemeinsam mit den DGB-Regionen plane man, Städte und Gemeinden von fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Schmierereien zu befreien. •

plusminusBERLIN

+ ***Kerstin Andreae, wirtschaftspolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, hält nicht viel von den diskutierten Sozialtarifen großer Stromkonzerne. Vielmehr müsse der Staat die Sozialleistungen dem tatsächlichen Bedarf anpassen – also auch den steigenden Stromkosten.***

– ***Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) will Familien von straffällig gewordenen Jugendlichen das Kindergeld streichen. Wenn Jugendliche eine Gefängnisstrafe absitzen, sei der Staat für ihren Unterhalt verantwortlich, erklärte Oettinger in der Bild-Zeitung.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.ruhrfestspiele.de
Das Programm der Ruhrfestspiel-Saison 2008

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Forderungen des DGB zum Jahreswirtschaftsbericht 2008

Nokia Bochum

IG Metall erhöht Druck

Der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber hat dem finnischen Handyhersteller Nokia einen Kampf „auf Hauen und Stechen" angedroht, falls er seine Entscheidung nicht zurücknehme, den Standort Bochum Mitte 2008 zu schließen. Komme es zu dieser Auseinandersetzung, werde das „die Marke Nokia nicht ungeschoren lassen", sagte Huber vor 15 000 Demonstranten auf einer Kundgebung in Bochum. Für Hartmut Schauerte (CDU), Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, kann der Vorstandsbeschluss von Nokia „so nicht das letzte Wort sein". Die IG Metall will notfalls auch für einen Sozialtarifvertrag streiken und die Betriebsschließung „zu der teuersten machen, die je in Deutschland stattgefunden hat", so ihr Zweiter Vorsitzender Detlef Wetzel.

Ein Boykott-Aufruf gegen das weltweit größte Mobilfunkunternehmen ist „derzeit kein Thema", erklärte der IG Metall-Bezirksleiter von Nordrhein-Westfalen, Oliver Burkhard. Jetzt gehe es darum, das Nokia-Werk zu retten. Von der geplanten Schließung sind – direkt und indirekt – rund 4000 Beschäftigte betroffen. Begründet wird sie mit fehlender Wettbewerbsfähigkeit. Der Standort Bochum erwirtschaftet zwar eine Kapitalrendite von 15 Prozent, erfüllt damit aber nicht die Vorgabe des Konzerns, der eine Rendite von 20 Prozent fordert. Gleichwohl muss der Vorstand den Erhalt des Standorts für möglich gehalten haben. Laut Tagesordnung der Aufsichtsratssitzung vom 15. Januar sollte in Bochum ein zweistelliger Millionen-Betrag investiert werden.

Das *Manager-Magazin* bezweifelt, dass die geplante Produktionsverlagerung nach Rumänien eine unternehmerisch richtige Entscheidung ist. Die Lohnkosten dort seien zwar noch niedriger, aber es sei fraglich, ob die benötigten Arbeitskräfte vor Ort auch verfügbar und alle Zusatzkosten der Verlagerung berücksichtigt worden sind. Der Betriebsrat von Nokia Bochum will per Einstweiliger Verfügung verhindern, dass vorzeitig Aufträge abgezogen werden; der Aufsichtsrat hat die Schließungspläne des Vorstands noch nicht abgesegnet. Zudem hat die Arbeitnehmervertretung das Info-Institut Saarbrücken und die Essener Beratungsgesellschaft PCG beauftragt, ein alternatives Standortentwicklungskonzept zu erarbeiten. Die IG Metall und der Betriebsrat wollen das in Helsinki begonnene Gespräch mit dem Nokia-Vorstand fortsetzen.

Nokia hat für den Standort von Bund und Land 88 Millionen Euro erhalten. Die NRW-Landesregierung prüft, ob sie einen Teil der Gelder zurückfordern kann. Der DGB-Bundesvorstand fordert höhere gesetzliche Hürden gegen Standortverlagerungen. Dafür solle künftig eine Zweidrittelmehrheit im Aufsichtsrat nötig sein. In seiner Solidaritätserklärung heißt es, dass die Beschäftigten „jetzt kalt abserviert" werden sollen, sei „nicht hinnehmbar". •

www.igmetall-nokia.de

Flüchtlinge

Deutschlands Grenzen immer dichter

Deutschlands Grenzen werden für Flüchtlinge aus aller Welt immer dichter. 2007 haben offiziell nur noch 19 164 aus ethnischen, politischen, religiösen oder sexuellen Gründen Verfolgte die Bundesrepublik erreicht und konnten einen Antrag auf Asyl stellen. Das ist die niedrigste Zahl seit 1977. Nur 1,1 Prozent von ihnen wurden als asylberechtigt anerkannt.

Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl macht die fehlende Transparenz bei den Kriterien für die Anerkennung als Flüchtling für die geringe Quote erfolgreicher Asylanträge mit verantwortlich. Pro Asyl hat deshalb das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf Offenlegung der Anerkennungskriterien verklagt. Grundlage der Klage ist das 2006 vom Bundestag beschlossene Informationsfreiheitsgesetz, mit dem Behörden zur Offenlegung ihrer Akten gezwungen werden können. •

Unzureichende Integration

16 Milliarden Euro weniger

Die unzureichende Integration vieler in Deutschland lebender Zuwanderer führt zu Steuerausfällen und geringeren Einnahmen für die Sozialversicherungssysteme von 16 Milliarden Euro jährlich. Zu diesem Ergebnis kommt eine von der Bertelsmann-Stiftung in Auftrag gegebene Studie, in der die Einkommen von integrierten und nicht integrierten Migranten verglichen werden. Integrierte Zuwanderer verdienen bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit je nach unterstellter Modellvariante im Schnitt zwischen 4900 und 7500 Euro mehr als nicht integrierte Zuwanderer. Hochgerechnet auf die darauf anfallende Einkommenssteuer und Sozialabgaben kommt die Studie zu Mindereinnahmen bei Bund, Ländern und Gemeinden von 8,5 Milliarden Euro. Den Sozialversicherungen gehen weitere 7,8 Milliarden Euro verloren. •

EGB

Klima-Zoll gefordert

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat einen Klima-Zoll für Produkte aus Ländern ohne strenge Energiespar-Regeln gefordert. Dies sei nötig, um europäische Arbeitsplätze angesichts der von der EU-Kommission geplanten Einführung strikter Klimaschutz-Vorgaben zu schützen, erklärte EGB-Generalsekretär John Monks. Wenn die EU andere unter Druck setze, könnten weltweite Klimaschutz-Standards gesetzt werden. Mit den Regeln der Welthandelsorganisation WTO sei ein solcher Klima-Zoll vereinbar, so der EGB. •

?...nachgefragt



DGB-Chefökonom Dierk Hirschel, 36, zu den Folgen der aktuellen Krise der Finanzmärkte

Der jüngste Absturz der internationalen Finanzmärkte ist das Ergebnis eines gigantischen Marktversagens. Bis zuletzt verheimlichten Banken und Versicherungen die wirklichen Ausmaße ihres Missmanagements. Jetzt wo die Katze aus dem Sack ist, rettet sich, wer kann. Der Herdentrieb der Investoren lässt die Kurse ins Bodenlose fallen. Die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen verschlechtern sich. Der Abschwung wird beschleunigt. Zentralbanker und Finanzpolitiker können jedoch noch das Schlimmste verhindern. Niedrigere Zinsen und mehr öffentliche Investitionen würden den Schaden begrenzen. Darüber hinaus verdeutlicht der aktuelle Flächenbrand, dass wir dringend ein besseres Regelwerk für die Finanzmärkte benötigen.

Präventionsgesetz

Sinnvoll – aber in der Sackgasse

Mit einem Präventionsgesetz will die große Koalition der Gesundheitsförderung und der gesundheitlichen Prävention in Deutschland mehr Gewicht verleihen und sie effektiver gestalten. Jetzt steckt das Reformprojekt in der Sackgasse.

Prävention zu einer „eigenständigen Säule der gesundheitlichen Versorgung" zu machen, war das erklärte Ziel des Koalitionsvertrages von Union und SPD, das das Bundeskabinett auf seiner Klausur in Meseberg im August 2007 noch einmal bekräftigte.

Der aktuelle Referentenentwurf des Bundesgesundheitsministeriums sieht vor, die gesundheitliche Prävention innerhalb der Sozialversicherungen zu stärken – und besser zu koordinieren. Bisher sind Präventionsaufgaben sowohl den Trägern der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung als auch den Pflege-, Unfall- und Rentenversicherungsträgern zugewiesen. Kernstück des Entwurfs ist jetzt ein neu einzurichtender „Nationaler Präventionsrat", der – mit eigenen Finanzmitteln ausgestattet – „zielgerichtet und qualitätsgesichert" über Präventionsmaßnahmen entscheiden soll. Seine Finanzierung sollen die gesetzlichen Sozialversicherungsträger (mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung) übernehmen – und deshalb auch Sitze im Rat erhalten. Hinzu kommen Vertreter von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden.

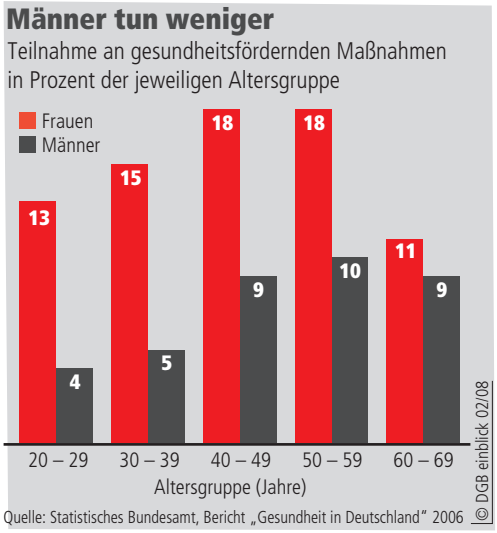
Die Union lehnt den Referentenentwurf derzeit aus zwei Gründen ab. Zum einen habe das von Ulla Schmidt (SPD) geführte Gesundheitsministerium den Entwurf im Vorfeld nicht mit den Koalitionspartnern abgestimmt. Zum anderen halten CDU und CSU den Präventionsrat für einen unnötigen Bürokratieaufbau. Außerdem könne man den mit der gemeinsamen Finanzierung durch die Versicherungsträger beschrittenen Weg in die „Einheitskasse Deutsche Sozialversicherung" nicht mitgehen, so Steffen Kampeter, haushaltspolitischer Sprecher der Unionsfraktion.

Der DGB begrüßt grundsätzlich die Ziele des geplanten Gesetzes – sieht aber noch Änderungsbedarf am Entwurf. In einer Stellungnahme des Gewerkschaftsbundes heißt es, dass „Steuerung und Finanzierung weitgehend parallel geregelt werden sollten". Wer im Präventionsrat mitbestimmt, soll ihn also auch mitfinanzieren. Das gilt nämlich im Entwurf bisher nicht für alle Mitglieder des Rates. Länder und Kommunen haben dort einen Sitz, sollen sich aber nicht an den Kosten beteiligen. Der DGB möchte das ändern, schließlich würden Länder und Kommunen auch „immer mehr gesetzgeberische Kompetenzen in diesen Bereichen" für sich beanspruchen. Seitens des Ministeriums hofft man mit der jetzigen Regelung aber wohl, die Gegenwehr der Länder im Bundesrat zu minimieren.

Der DGB befürwortet außerdem, alle für Prävention relevanten sozialen Sicherungssysteme – auch die steuerfinanzierten – an der Finanzierung und der Mitarbeit im Präventionsrat zu beteiligen. Dazu würden dann etwa auch die Träger der Sozialhilfe, der Kinder- und Jugendhilfe sowie die öffentlichen Gesundheitsdienste gehören.

Ein deutlicher Kritikpunkt des DGB am Referentenentwurf ist der Schwerpunkt auf Verhaltensprävention. Dieser Präventionsgedanke setzt etwa auf mehr Bewegung oder bessere Ernährung und damit auf aktive Verhaltensänderungen der Versicherten. „Viel zu kurz kommt in den Planungen die Verhältnisprävention", meint Knut Lambertin, Referent für Gesundheitspolitik beim DGB-Bundesvorstand. Viele gesundheitsgefährdende Aspekte im Lebens- und Arbeitsumfeld seien eher ein „Schichtenproblem" und ließen sich von den Betroffenen selbst nicht beeinflussen: ein Einkommen, das keinen Raum für individuelle Präventionsaktivitäten lässt, ebenso wie krankmachende Arbeit oder Probleme im Wohnumfeld.

In seiner Stellungnahme spricht sich der DGB zudem dafür aus, die Maßnahmen zur „integrierten Versorgung" (medizinische Versorgungszentren, Hausarztmodelle), die mit der letzten Gesundheitsreform eingeführt wurden, auch in die Präventionsarbeit einzubinden. Entsprechende Ansätze finden sich im Entwurf bisher aber nicht. •



Frauen nehmen in Deutschland in fast allen Altersgruppen wesentlich häufiger an gesundheitsfördernden Maßnahmen teil als Männer. Nur bei den über 60-Jährigen sind Männer und Frauen fast gleichauf.

Unendliche Geschichte

Bereits 2004 haben Bund und Länder sich auf Eckpunkte für ein Präventionsgesetz geeinigt. Das Gesetz sollte unter anderem verbindliche Präventionsziele festlegen und die Verteilung der Finanzmittel für Präventionsmaßnahmen regeln.

Ein erster Gesetzentwurf von Februar 2005 scheiterte im Bundesrat – vor allem an der Rechtsform des neuen koordinierenden Gremiums. Das Bundesgesundheitsministerium hatte die Einrichtung einer Stiftung „Prävention und Gesundheitsförderung" vorgeschlagen.

Nach der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 hat die große Koalition das Präventionsgesetz mit dem Koalitionsvertrag erneut auf die Agenda gesetzt. In den Eckpunkten zur Gesundheitsreform (2006) und auf der Kabinettsklausur in Meseberg im August 2007 bekräftigten Koalition und Bundesregierung ihren Willen, das Gesetz noch in der laufenden Legislatur zu verabschieden.

Der Referentenentwurf des Bundesgesundheitsministeriums, der statt einer Stiftung jetzt einen „Nationalen Präventionsrat" vorsieht, liegt seit Herbst 2007 vor – nun stehen weitere Verhandlungen innerhalb der Koalition an.

Der Entwurf und weitere Infos:
www.einblick.dgb.de

PROJEKTE UND PARTNER

Hans-Böckler-Stiftung

Unternehmen mit Verantwortung

Wie hoch ist die Bereitschaft von Unternehmen, nicht nur ihrer ökonomischen, sondern auch ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden? Und welche Anreize oder Vorgaben kann die Politik dafür setzen? Nur zwei Fragen, denen die Hans-Böckler-Stiftung und die Evangelischen Akademien in Deutschland in einem gemeinsamen Projekt nachgehen. Am 25. Februar werden in Kassel auf einer Tagung erste Ergebnisse rund ums Thema CSR (Corporate Social Responsibility) vorgestellt. Konkret geht es etwa um „Verantwortliches Investieren – CSR auf dem Finanzmarkt" und neue Formen der politischen Steuerung. •

Beate-Feuchte@boeckler.de

WSI-Mitteilungen

Gewerkschaftliche Erneuerung

Auch 2007 hat sich der Rückgang der Mitgliederzahlen bei den Gewerkschaften erneut abgeschwächt, trotzdem ist weiterer Handlungsbedarf unbestritten.

Das Januar-Heft der WSI-Mitteilungen enthält Beiträge, die Anregungen zur Diskussion um gewerkschaftliche Strategien der Erneuerung geben – vom Prinzip „Organizing" bis zu grenzüberschreitender Gewerkschaftsarbeit. Im Mittelpunkt stehen dabei immer die Gewerkschaften als Gestalter ihrer eigenen Zukunft – mit Beispielen aus Deutschland, Europa und den USA. •

www.wsi-mitteilungen.de

Analyse

Die Rechte und der Sozialabbau

Wahlerfolge rechtsextremer oder rechtspopulistischer Parteien sind kein Zufall. Geschickt knüpfen Neonazis mit ihrer Argumentation an Erfahrungen „ganz normaler" Menschen mit Sozialabbau, Armut und prekärer Beschäftigung an. Verbirgt sich dahinter ein grundlegender, längerfristig angelegter Strategiewechsel der Rechten in Europa?

Die PolitikwissenschaftlerInnen Christoph Butterwegge und Gudrun Hentges analysieren in ihrem Buch „Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut" dieses Phänomen an Beispielen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage: Hängen die Erfolge rechter Parteien mit ökonomischen Krisen und sozialen Verwerfungen zusammen? Ziel der beiden Autoren ist es auch, Antworten darauf zu geben, wie die politische und gewerkschaftliche Bildungsarbeit darauf reagieren kann. Budrich-Verlag, 306 Seiten, 24,90 Euro. •

forum zukunftsökonomie

Forum Zukunftsökonomie

PR-Trick Klimaschutz?

Das „Forum Zukunftsökonomie" – eine Medieninitiative von acht Zeitungen und Zeitschriften, die sich kritisch in die Debatte um die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen einmischen – startet im Jahr 2008 eine Reihe von Diskussionsveranstaltungen. Am 18. Februar diskutiert das Forum, an dem auch der *einblick* beteiligt ist, im Berliner taz-Café (Kochstr. 18) die Frage „Klimaneutrale Unternehmen – Problemlösung oder PR-Trick?". ExpertInnen, Unternehmensvertreter und interessierte Gäste werden gemeinsam ergründen, wie ernsthaft die unterschiedlichen Unternehmensstrategien für den Klimaschutz sind. Was ist ein sinnvoller Beitrag und was nur PR-Trick im Rahmen der Klimadebatte? Und wie lässt sich das eine vom anderen unterscheiden? Beginn der Veranstaltung ist um 19.30 Uhr, der Eintritt ist frei. •

www.forum-zukunftsoekonomie.de

ver.di

Drehbuch für Balance

Der Begriff „Work-Life Balance" – also die Vereinbarkeit von Familie und Privatleben mit der Arbeitswelt – steht derzeit im Mittelpunkt vieler Debatten. Konkrete Beispiele guter Praxis hingegen sind seltener. Im Rahmen des Projektes „in balance: gutes leben – gute arbeit" hat ver.di jetzt das „Drehbuch für Balance" zusammengestellt. Es bietet einen kompakten Überblick über die Aktivitäten und Ansätze von ver.di zur besseren Vereinbarkeit von Arbeit und Privatem.

Das Handbuch fasst bereits bestehende betriebliche Regelungen und politische Ansätze der Gewerkschaft zusammen und präsentiert



Maßnahmen und Initiativen zum Thema: von neuen Modellen der Arbeitszeitgestaltung bis zu Instrumenten für die Gesundheitsprävention. Das „Drehbuch für Balance" kann für 15 Euro beim ver.di-Bereich Genderpolitik bestellt werden. •

Tel. 030 / 69 56 - 1173

E-Mail: gender-politik@verdi.de

interregio

••• Der ***DGB Hessen*** will mit der Homepage ***www.niedriglohn-in-hessen.de*** Informationen und Fallbeispiele zum Niedriglohnsektor im Bundesland sammeln. Betroffene können online ihre Erfahrungen mit Niedriglöhnen und prekärer Beschäftigung schildern. „Armut und prekäre Verhältnisse machen sich leider oft unsichtbar", erklärt der DGB-Bezirksvorsitzende Stefan Körzell die Aktion. Die Homepage soll das ändern. „Niemand bekennt sich gerne öffentlich zu einer für ihn selbst unangenehmen Situation", ist sich Körzell dabei bewusst. Deshalb sichert der DGB Hessen allen, die sich mit einem Beitrag auf der Homepage beteiligen, Vertraulichkeit zu.

www.niedriglohn-in-hessen.de

••• Der ***DGB Niedersachsen,*** der Arbeitgeberverband Lüneburg-Nordostniedersachsen und die Freie Wohlfahrtspflege beteiligen sich mit ***Europa-Büros*** an der Arbeitsmarktförderung im ehemaligen Regierungsbezirk Lüneburg. Die Region ist das einzige so genannte „Ziel-1-Fördergebiet" der EU in Westdeutschland. Damit stehen bis 2013 über 200 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds für Förderprogramme zur Verfügung. Die Büros sollen Unternehmen, Betriebsräte und Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege dabei unterstützen, Projekte zu entwickeln und dafür Fördergelder aus dem Fonds zu beantragen.

EU-Beratungsstelle der Gewerkschaften in Lüneburg

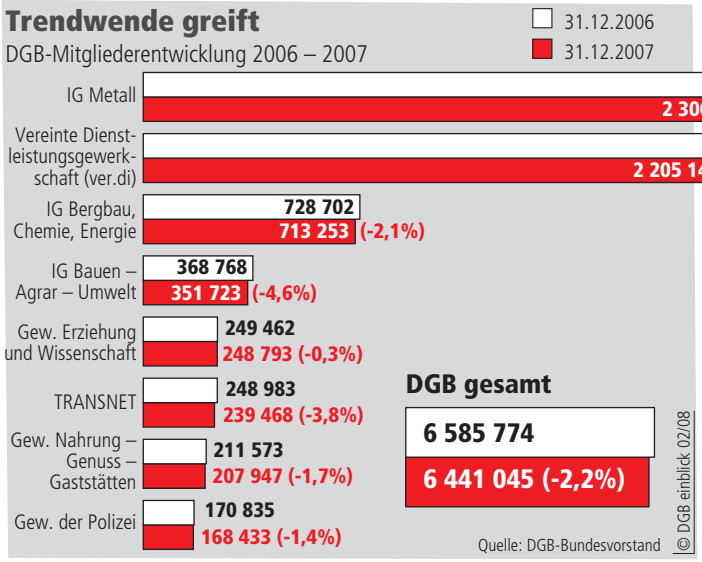
Tel. 0 41 31 / 223 96 - 15

E-Mail: lars.niggemeyer@dgb.de

Mitgliederentwicklung

Zuwachs bei den Erwerbstätigen

2007 hat sich der Mitgliederrückgang im DGB erneut weiter abgeschwächt, auf 2,2 Prozent. Bei den Erwerbstätigen und bei den Jüngeren bis 27 Jahre konnten die Gewerkschaften sogar zulegen.



2007 ist es allen DGB-Gewerkschaften gelungen, ihren Mitgliederrückgang weiter zu reduzieren. Den geringsten Rückgang – absolut und prozentual – gab es erneut bei der GEW. Sie verlor im Vergleich zum Vorjahr lediglich 669 Mitglieder (-0,3 Prozent). 2006 lag der Verlust noch bei 2124 Mitgliedern (-0,8 Prozent).

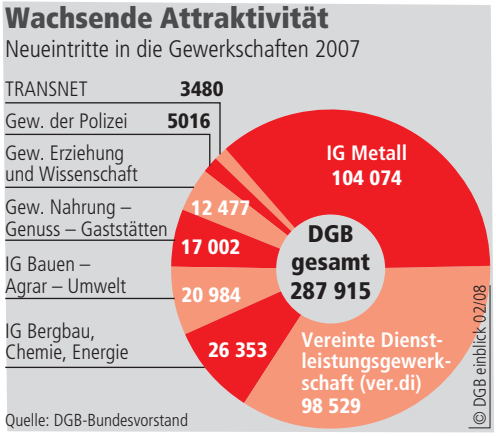
Ende 2007 zählten die acht DGB-Gewerkschaften insgesamt 6 441 045 Mitglieder. Das sind zwar erneut 145 000 weniger als ein Jahr zuvor, dennoch kommt die von den Gewerkschaften angepeilte Trendwende bei der Mitgliederentwicklung in Sicht. Ausschlaggebend für den positiven Trend ist vor allem die Entwicklung bei den beiden großen Gewerkschaften, IG Metall und ver.di, auf die zwei Drittel aller DGB-Mitglieder entfallen. Während ver.di seinen Mitgliederrückgang 2006 zum dritten Mal in Folge reduzieren konnte, von 5,7 Prozent (2004) auf 3,1 Prozent (2007), gelang das der IG Metall sogar zum fünften Mal hintereinander. Dort sank der Mitgliederverlust von 4,5 Prozent (2003) auf 1,1 Prozent (2007). Im Bezirk Bayern und in NRW gibt es noch günstigere Zahlen.

Ein echtes Plus hat auch die IG Metall noch nicht erreicht, aber bundesweit halten sich bei ihr Neuzugänge und Austritte inzwischen die Waage. Ins Negative rutscht die Mitgliederzahl nur deshalb, weil zu den Austritten die Mitgliederverluste aus anderen Gründen hinzugezählt werden müssen. Dazu zählen neben den Übertritten in andere Gewerkschaften zum Beispiel Austritte beim Übergang zur Rente oder Todesfälle.

Bei den Erwerbstätigen ist die Entwicklung im Saldo bereits positiv. Das gilt auch für die Jüngeren bis 27. Allein im Bezirk Bayern konnte die IG Metall im vergangenen Jahr 19 065 neue Mitglieder gewinnen, 2000 mehr als noch ein Jahr zuvor. Fast die Hälfte davon waren junge Mitglieder bis 27 Jahre.

Einen positiven Trend gibt es in allen Gewerkschaften. Überall sind 2007 die Mitgliederverluste gesunken. Das gilt auch für die beiden mittelgroßen Gewerkschaften, IG BCE und IG BAU, und für die vier Kleineren im DGB: GEW, TRANSNET, NGG und GdP. Zwar liegt die IG BAU wegen der noch immer nicht vollständig überwundenen Krise in der Baubranche mit einem Minus von 4,6 Prozent über dem DGB-Durchschnitt – 2006 lag das Minus aber noch bei 5,8 Prozent. Daten für das vierte Quartal 2007 deuten zudem darauf hin, dass auch bei der IG BAU die Talsohle durchschritten ist.

Bei der IG BCE sank der Mitgliederrückgang von 2,7 Prozent (2006) auf 2,1 Prozent (2007). Noch erfolgreicher waren GEW (-0,3 Prozent), GdP (-1,4 Prozent) und NGG (-1,7 Prozent). Das gilt auch für die Neueintritte. So konnte etwa die NGG 2007 mehr als 17 000 neue Mitglieder gewinnen. Das sind immerhin über acht Prozent ihres Mitgliederbestands. •



287 915 ArbeitnehmerInnen sind im vergangenen Jahr in eine DGB-Gewerkschaft eingetreten, 1,8 Prozent mehr als 2006. In vier der acht Gewerkschaften stieg die Zahl der Neueintritte sogar zweistellig: IG Metall (13,2 Prozent), IG BCE (10,8 Prozent), GEW (11,3 Prozent) und GdP (17 Prozent). Bei ver.di und TRANSNET ging sie zurück.

Jünger, aber nicht weiblicher

Wenn die Gewerkschaften eine Zukunft haben wollen, müssen sie nicht nur mehr Mitglieder gewinnen, sondern jünger und weiblicher werden. Dass sie zumindest bei den Jüngeren zunehmend besser ankommen, zeigt ein Blick in die Mitgliederstatistik. 2007 stieg der Anteil der bis 27-Jährigen von 7,0 auf 7,2 Prozent. Allerdings war der Trend nicht durchgängig positiv: Größere Zuwächse konnten vor allem IG BCE (von 8,6 auf 9,6 Prozent), IG Metall (von 8,4 auf 8,8 Prozent) und NGG (von 6,6 auf 7,8 Prozent) verbuchen. Dagegen sank bei ver.di der Anteil Jüngerer – von 4,9 auf 4,8 Prozent.

Bei den Frauen fehlt noch der Durchbruch: Ihr Anteil stagniert im DGB bei 31,9 Prozent. Zwar gibt es neben der IG BAU, die ihren Frauenanteil innerhalb eines Jahres von 16,4 auf 17,3 Prozent steigern konnte, auch bei GdP, GEW, IG BCE, NGG, TRANSNET und ver.di 2007 mehr weibliche Mitglieder. Aber bei der IG Metall ist ihr Anteil weiter zurückgegangen – von 18,1 auf 17,9 Prozent.

kurz&bündig

Die GEW informiert künftig mit einem E-Mail-Newsletter über Aktuelles aus Hochschulen und Wissenschaft – von der Studienfinanzierung bis zu Hochschulreformen.
http://wissenschaft.gew.de

ver.di hat den Verkauf von sechs Call-Centern eines Telekom-Tochterunternehmens an Arvato (Bertelsmann-Konzern) scharf kritisiert und will Aktionen unter den Beschäftigten organisieren. Arvato sei nicht tarifgebunden, die Telekom leiste damit einen „strategischen Offenbarungseid" und verabschiede sich komplett aus der sozialen Verantwortung.

Angesichts der angekündigten Schließung des Nokia-Werks in Bochum hat der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber gesetzliche Barrieren bei Standortverlagerungen gefordert: eine Beteiligung der Unternehmen an den gesellschaftlichen Kosten von Verlagerungen und eine Zustimmung des Aufsichtsrats zum Standortwechsel mit Zwei-Drittel-Mehrheit.

Die GEW will den „Arbeitsplatz Wissenschaft" in Europa attraktiver machen. Forschungs- und Lehrerfahrungen von WissenschaftlerInnen müssten grenzüberschreitend anerkannt und der Schutz sozialer Sicherungssysteme bei einem Wechsel ins Ausland mitgenommen werden können. Zudem müssten die Arbeitsbedingungen des Hochschulpersonals zum Thema des „Bologna-Prozesses" werden.

Europäischer Wanderarbeiterverband

IG BAU übernimmt operative Arbeit

Der 2004 auf Initiative der IG BAU gegründete Europäische Verband der Wanderarbeiter (EVW) wird in Zukunft nur noch als Verein arbeiten, aber nicht mehr als eigenständiger Berufsverband. Die operative Tätigkeit des Verbands, die Vertretung der in Deutschland eingesetzten osteuropäischen Wanderarbeiter in der Baubranche, in der Landwirtschaft und im Gemüseanbau, übernimmt die IG BAU.

Mit dem organisatorischen Neuzuschnitt reagiert die IG BAU auf die zurückhaltende Mitgliederentwicklung des EVW. „Entgegen unseren ursprünglichen Erwartungen ist es nicht gelungen, die osteuropäischen Wanderarbeiter in größerem Umfang in einem eigenen Verband zu organisieren", erklärte IG BAU-Sprecherin Sigrun Heil gegenüber *einblick*. Um die vorhandenen Ressourcen besser zu nutzen, wird die IG BAU die Interessenvertretung der vorübergehend hier arbeitenden osteuropäischen Gewerkschaftsmitglieder wieder selbst übernehmen.

Trotz der Umstrukturierung bewertet die IG BAU die Arbeit des EVW positiv. „Der Europäische Verband der Wanderarbeiter hat wesentlich dazu beigetragen, dass die oft prekäre soziale Situation der in Deutschland tätigen Wanderarbeiter in den letzten Jahren überhaupt ins öffentliche Bewusstsein gelangt ist." Diese Arbeit werde der Verband fortsetzen. •

Böckler-Stipendium

Auch direkt nach der Schule

Ab dem Beginn des Sommersemesters 2008 fördert die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) auch Stipendiaten, die direkt von der Schule ins Studium wechseln und sich deshalb nicht zuvor gewerkschaftlich engagieren konnten. Mit dem neuen, zusätzlichen Förderprogramm will die HBS junge Menschen aus Familien unterstützen, die sich ein Studium ihrer Kinder sonst nicht leisten können.

Für die ab Anfang April geförderte erste Stipendiatengruppe hat die HBS 201 junge Menschen ausgewählt. Mehr als die Hälfte von ihnen sind höchsten 20 Jahre alt, ein weiteres Drittel ist zwischen 21 und 25 Jahren. Viele der Neu-Stipendiaten haben sich als Schüler politisch oder sozial engagiert, aber anders als die „klassischen Böckler-Stipendiaten" nicht im Betrieb, sondern zum Beispiel bei einer Schülerzeitung, im Natur- und Umweltschutz oder bei der Feuerwehr. Bewerbungsschluss für die nächste Auswahlgruppe ist der 30. April. •
www.boeckler.de

Exportbranchen vorn

Tarifsteigerung 2007 gegenüber dem Vorjahr nach Branchen (in Prozent)



Die Tarifentwicklung in Deutschland verläuft weiterhin gespalten. Während die Tarife in exportorientierten Branchen 2007 stärker stiegen als die Preissteigerungsrate, blieben die Tarifzuwächse in den binnenmarktabhängigen Bereichen zum Teil weit darunter. Das ergibt sich aus der Bilanz der Tarifpolitik des Jahres 2007, die das WSI-Tarifarchiv vorgelegt hat. Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt sind die tariflichen Grundvergütungen der Beschäftigten 2007 genau wie die Lebenshaltungskosten um 2,2 Prozent gestiegen. Die Tarifsteigerungen haben also lediglich die Preissteigerungsrate ausgeglichen. Bei den effektiven Bruttoeinkommen je Arbeitnehmer/in sieht die Entwicklung schlechter aus: Sie sind im vergangenen Jahr nominal lediglich um 1,3 Prozent gestiegen. Real sind die Einkommen also um fast ein Prozent gesunken. Das Jahr 2007 war damit das vierte Jahr in Folge, in dem die Beschäftigten Reallohnverluste hinnehmen mussten.
Mehr: www.boeckler.de/cps/rde/xchg/hbs/hs.xsl/547_90004.html

Broschüre

Orientierung für Schüler

Die Berufswahl ist eine ernste Angelegenheit – schließlich geht es um die Zukunft. Aber wichtige Entscheidungen fallen oft leichter, wenn man sie spielerisch angeht. Wie das geht, welche Ausbildungswege und Berufe es gibt und worauf es bei der Bewerbung ankommt, steht in der Broschüre *Montag!* der DGB-Jugend. Ein Schwerpunkt: ein Überblick über die wichtigsten 150 Ausbildungsberufe. Was ist gut an ihnen, was ist weniger toll? Was muss ich dafür mitbringen? Und was verdiene ich? *Montag!* erscheint Ende Januar. •
www.dgb-jugend.de

Arbeitnehmerbeteiligung am Kapital

Eine Chance für die Gewerkschaften

Mit unterschiedlichen Modellen planen SPD und CDU, die ArbeitnehmerInnen am wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen zu beteiligen. Heike Kauls, DGB, beschreibt, warum die materielle Beteiligung von Beschäftigten an ihren Unternehmen gerade auch für die Gewerkschaften ein wichtiges Thema ist.

An der materiellen Beteiligung von ArbeitnehmerInnen **scheiden sich in den Gewerkschaften die Geister.** Fragt man die TarifpolitikerInnen, bekommt man zur Antwort: „Alles Teufelszeug! Arbeitnehmer sollen durch Lohn- und Gehaltssteigerungen am Wertzuwachs der Unternehmen beteiligt werden." Fragt man Mitbestimmungs- und BetriebspolitikerInnen, sagen sie: „Wir wollen nicht die betriebliche Mitbestimmung gefährden." Nur wenige wollen sich dem Thema nähern, noch weniger sehen darin ein wirkliches Zukunftsthema für die Gewerkschaften.

Mitbestimmung und Teilhabe heißt eines der sieben Projekte, die der DGB gemeinsam mit seinen Mitgliedsgewerkschaften im Rahmen der Initiative Trendwende ins Leben gerufen hat. Um Mitbestimmung und Teilhabe geht es auch, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt werden. Es ist offenkundig: Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich in den letzten Jahrzehnten immer mehr geöffnet, die Einkommen aus Kapital und Vermögen sind im Vergleich zu den Arbeitnehmereinkommen drastisch gestiegen, das Vermögen konzentriert sich zunehmend bei den oberen zehn Prozent der Bevölkerung. Insbesondere die Entwicklungen auf den Finanz- und Kapitalmärkten **führen zu eklatanten verteilungspolitischen Missständen.** Da man davon ausgehen kann, dass auch in Zukunft die Einkommen aus Vermögen und Kapital sehr viel stärker steigen werden als die der ArbeitnehmerInnen, bleibt die Frage offen: Wie können Beschäftigte künftig an diesen Wertzuwächsen angemessen beteiligt werden? Die Tarifpolitik allein wird keine hinreichende Antwort geben können.

Die fortschreitende Internationalisierung der Wirtschaft und die damit einhergehende wachsende Bedeutung der Kapitalmärkte machen den Ausbau an Teilhabemöglichkeiten für ArbeitnehmerInnen an ihren Unternehmen so nötig. Dieser Wandel impliziert auch, dass **der Mensch wieder zum eigentlichen Wertschöpfer und entscheidenden Produktionsfaktor wird.** Denn die Qualität von Leistungen und Produkten hängt zunehmend stärker von der Qualifikation und dem persönlichen Einsatz der Beschäftigten ab – insbesondere in einem Land, das nur mit dem Know-how seiner Belegschaften im internationalen Wettbewerb bestehen kann. Dieses Engagement muss sich auch bei ihren Teilhabemöglichkeiten und der gerechten Verteilung von Vermögen niederschlagen. Die finanzielle Beteiligung der ArbeitnehmerInnen am Kapital ihrer Unternehmen kann dazu ein wichtiger Baustein sein.

Ich verstehe die Bedenken der Gewerkschaften, dass tarifpolitische Instrumente ausgehöhlt, die Position von Betriebsräten geschwächt, den ArbeitnehmerInnen neben ihrem Arbeitsplatz- auch noch das Kapitalrisiko übertragen werden könnten. Deshalb ist



Heike Kauls, 44, Bereichsleiterin für Energie- und Umweltpolitik beim DGB-Bundesvorstand, leitet das Projekt „Mitbestimmung und Teilhabe" im Rahmen der gewerkschaftsübergreifenden Initiative Trendwende.

es so wichtig, dass die für Gewerkschaften wesentlichen Voraussetzungen für eine Arbeitnehmerkapitalbeteiligung erfüllt werden müssen. Das heißt: **Alle Beteiligungsmodelle sind zusätzlich zu den Tarifeinkommen zu entwickeln.** Jede Kapitalbeteiligung der ArbeitnehmerInnen muss risikoarm abgesichert werden, und Arbeitnehmeranteile müssen in geeigneter Form übertragen werden können.

Der von der SPD vorgeschlagene Deutschlandfonds ist ein solides Modell und erfüllt einige wichtige Mindestkriterien, sodass bei ihm die Vorteile einer Kapitalbeteiligung für Beschäftigte überwiegen – wie etwa ihre dauerhafte Beteiligung am Wertzuwachs. Wünschenswert wäre noch, die Mitbestimmungsrechte der ArbeitnehmerInnen, die sich am Kapital beteiligen, auszubauen. Damit würde auch ihrer stärkeren Verantwortung im Unternehmen Rechnung getragen werden.

Wir sollten **die Chance ergreifen, uns auf einem so wichtigen Feld einzubringen** und der Öffentlichkeit zu zeigen: Wir stellen uns den gesellschaftlichen Herausforderungen und nehmen im Sinne der ArbeitnehmerInnen Einfluss. Damit würden wir uns nicht nur in einer veränderten Rolle präsentieren, sondern auch dazu beitragen, dass mehr nachhaltiger Besitz und eine andere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu einer Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von ArbeitnehmerInnen führt. •

Projekt: Mitbestimmung und Teilhabe

Fit für die Zukunft – das wollen DGB und Gewerkschaften mit der Initiative Trendwende werden.

Das Trendwende-Projekt Mitbestimmung und Teilhabe setzt auf ein verändertes gewerkschaftliches Rollenverständnis – weg von der Stellvertreterpolitik hin zu einer Beteiligungskultur, die die Beschäftigten mit ihren Interessen und Bedürfnissen ernst nimmt. Ziel ist es, neue Formen materieller wie immaterieller Beteiligung für die und mit den Beschäftigten zu entwickeln.

Mitbestimmung am Arbeitsplatz betont den immateriellen Aspekt von Teilhabe. Ziel ist es, beteiligungsorientierte Ansätze zwischen Betriebsräten und Beschäftigten zu verbreitern und passende Formen gewerkschaftlicher Betreuungsarbeit zu entwickeln.

Mit dem Teilprojekt Materielle Arbeitnehmerbeteiligung wollen die Gewerkschaften ein gewerkschaftliches Zukunftsthema kompetent besetzen und eine breite Diskussion über die Teilhabemöglichkeiten von ArbeitnehmerInnen in der Gesellschaft initiieren.

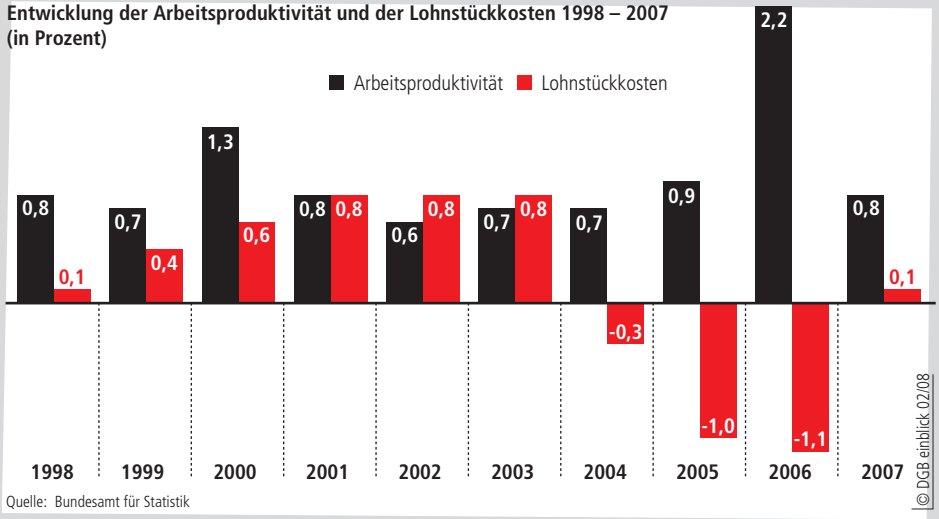
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT: Lohnstückkosten kaum gestiegen

In den letzten zehn Jahren sind die Lohnstückkosten in Deutschland erheblich geringer gestiegen als die Arbeitsproduktivität. Zwischen 2004 und 2006 sind sie sogar gesunken. Ein Grund: Die Einkommen der Beschäftigten sind weniger stark gestiegen als die Summe der von ihnen erwirtschafteten Güter und Dienstleistungen. Um das zu ändern, wollen die Gewerkschaften den Beschäftigten 2008 durch deutliche Lohnsteigerungen wieder einen größeren Anteil am Produktivitätsfortschritt sichern.



Quelle: Bundesamt für Statistik

Tipp

***Buch:* Stefan Collignon, Bundesrepublik Europa? Die demokratische Herausforderung und Europas Krise, vorwärts buch, Berlin 2007, 187 Seiten, 19,80 Euro**

Viele Inhalte der geplanten europäischen Verfassung sind in den EU-Grundlagenvertrag hinübergerettet worden – eine eigene Verfassung hat Europa damit aber immer noch nicht. Das Scheitern der Ratifizierung liegt aber nicht daran, dass der Entwurf zu ehrgeizig war – sondern daran, dass ihm der Ehrgeiz fehlte. Das ist der Grundgedanke des Buches von Stefan Collignon, Professor der London School of Economics.

Collignon plädiert für eine „Europäische Republik", die durch das Miteinander der BürgerInnen mit Leben gefüllt wird. Und die ein wesentlich sozialeres Gesicht haben soll als die Europäische Union heute. Statt Marktliberalismus will Collignon „die Wirtschaft regieren", und er skizziert Wege einer europäischen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, die die „Geißel Europas" wirksam bekämpft: die Arbeitslosigkeit.

Die „Republik Europa" beschreibt er dabei nicht als Utopie, sondern als Konsequenz einer „inneren Logik", die immer noch vorhandene Blockaden innerhalb Europas beseitigt.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Harald Lötsch **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionelle MitarbeiterInnen:** Lena Clausen, Norbert Hüsson **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

personalien

••• ***Dr. Jürgen Eckl,*** 65, Referatsleiter für den Bereich Internationaler Gewerkschaftsbund (IGB), internationale Organisationen sowie außereuropäische Gewerkschaften beim DGB-Bundesvorstand, geht am 31. Januar nach fast dreißig Jahren Arbeit für den DGB in den Ruhestand. Von 1988 bis 1993 war Eckl Gewerkschaftskoordinator der Friedrich-Ebert-Stiftung für Lateinamerika mit Sitz in Quito/Ekuador und von 1999 bis 2003 Sozialreferent an der Deutschen Botschaft in Santiago/Chile.

••• ***Dr. Thomas Klebe,*** 59, Leiter des Funktionsbereichs Betriebspolitik und Mitbestimmung der IG Metall, ist am 15. Januar zum Leiter des Justiziariats der IG Metall bestellt worden. Klebe, der vor seinem Wechsel zur IG Metall bis 1982 DGB-Rechtsschutzsekretär in Köln war, folgt ***Olaf Kunz,*** 47, der in den IG Metall-Bezirk Küste wechselt.

••• ***Matthias von Randow,*** 48, seit 2003 Leiter der Grundsatzabteilung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, ist mit Wirkung zum 16. Januar zum Staatssekretär für Verkehr bestellt worden. Vor seinem Wechsel ins Verkehrsministerium war von Randow von 1990 bis 1996 Referatsleiter in der Grundsatzabteilung des DGB.

14 TAGE

30.1. Hans-Böckler-Stiftung, Abschlusstagung des Projektes „Die Bedeutung von Mitbestimmung im betrieblichen Innovationsprozess am Beispiel der Schmiedeindustrie", Düsseldorf

5./6.2. Hans-Böckler-Stiftung, Europäisches Gespräch 2008 „Europas soziale Dimension", Berlin

Schlusspunkt.

„Nur elf Prozent für die Lokführer"

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) am 14. Januar über den Tarifabschluss von Bahn und GDL

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 11.02.2008 3/08

DGB

inhalt

Seite 3
SPD vorn
Bei den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen wählten jeweils rund zwei Drittel der Gewerkschaftsmitglieder SPD, Grüne oder Linkspartei

Seite 5
Chance verkannt
Der öffentliche Dienst ist unterbezahlt. Aber noch zieren sich Bund und Kommunen, ein solides Tarifangebot zu machen

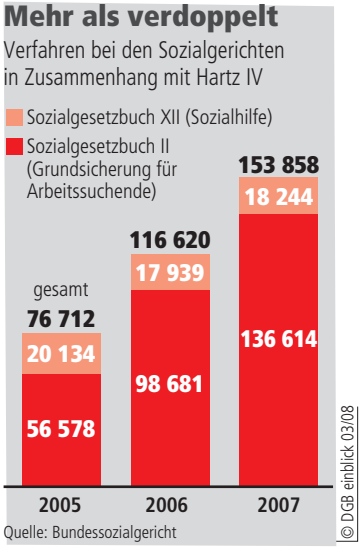
Seite 7
Gegenteil versprochen
Der zivile Schwerpunkt des deutschen Engagements in Afghanistan schwindet immer mehr, warnt der Politikwissenschaftler Peter Strutynski

Hartz IV

Klagen über Klagen

Immer mehr „Hartz-IV-Klagen" gehen bei den deutschen Sozialgerichten ein. Der Trend, der sich bereits im letzten Jahr abzeichnete, hat sich damit unvermindert fortgesetzt: Das Bundessozialgericht (BSG) in Kassel meldete auf seiner Jahrespressekonferenz Ende Januar für 2007 einen Anstieg der Verfahren zum Sozialgesetzbuch II (SGB II), in dem die Grundsicherung für Arbeitssuchende geregelt ist, um 38 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Damit steht nach Schätzung der Kasseler Richter inzwischen etwa jeder dritte Fall bei der Sozialgerichtsbarkeit in Zusammenhang mit der 2005 eingeführten Arbeitsmarktreform. BSG-Sprecher Thomas Voelzke wies zudem auf ein regionales Gefälle bei den Verfahrenszahlen mit einem Schwerpunkt im Osten Deutschlands hin. Mit über 25 000 Klagen in erster Instanz lagen 2007 Berlin und Brandenburg – wie auch schon im Vorjahr – an der Spitze. In Bayern und Baden-Württemberg, die zusammen vier Mal mehr Einwohner als die beiden „Spitzenreiter" haben, waren es hingegen nur rund 18 000 Verfahren.



Seit dem Start der Arbeitsmarktreform Hartz IV hat sich die Zahl von Verfahren vor deutschen Sozialgerichten, die mit den Neuregelungen zusammenhängen, mehr als verdoppelt.

Auffällig auch: Obwohl nach den ersten drei Jahren Hartz IV bereits Grundsatzurteile des BSG als oberster Instanz vorliegen, steigt die Verfahrenszahl weiter drastisch. Nach Ansicht des Kasseler Gerichts könne das daran liegen, dass es inzwischen immer häufiger nicht mehr um grundsätzliche, sondern um Detail-Fragen zum Sozialgesetzbuch II geht.

Es bestünden „keine Zweifel", dass die Sozialgerichte insbesondere durch die zahlreichen Verfahren zu Hartz IV „stark belastet" seien, erklärte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat inzwischen einen Gesetzentwurf zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) vorgelegt, um für Entlastung zu sorgen.

Der DGB sieht an einigen Punkten des Entwurfs aber noch Änderungsbedarf – und will den bei einer Anhörung vor dem Arbeits- und Sozialausschuss des Bundestags am 11. Februar anmelden. Auf Kritik des Gewerkschaftsbunds stößt etwa, dass die so genannte „Berufungssumme" angehoben werden soll. Sie regelt, ab welchem Streitwert ein Verfahren in die zweite Instanz gehen kann. Derzeit beträgt sie 500 Euro, künftig sollen es 750 Euro sein. Der DGB hat anhand von Verfahren, die der DGB Rechtsschutz für Gewerkschaftsmitglieder geführt hat, die Auswirkungen der geplanten Neuregelung geprüft und kommt zu dem Schluss: Für viele ALG II-EmpfängerInnen wäre das eine zu hohe Hürde, um in ihren Verfahren Berufung einlegen zu können. Leistungen der Grundsicherung werden in der Praxis nur für sechs Monate bewilligt und könnten, so die Befürchtung des DGB, womöglich nicht zu den für die Berufungssumme relevanten „laufenden Leistungen" gezählt werden. Für diese Fälle soll deshalb eine Ausnahmeregelung gelten. •

plusminusBERLIN

+ *Ingrid Fischbach (CDU) meint: Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf reiche es nicht aus, gleiche Rechte für Frauen zu fordern – sondern auch gleiche Pflichten für Männer. Auch sie könnten flexible Arbeitszeit-Konzepte, Telearbeit und Elternzeit in Anspruch nehmen.*

– *Cornelia Pieper, forschungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, fordert eine weitere Aufspaltung der Tariflandschaft. Deutschland könne im globalen Konkurrenzkampf um exzellente WissenschaftlerInnen nur bestehen, wenn ein eigenständiger Wissenschaftstarifvertrag geschaffen wird.*

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.sozialpolitik-aktuell.de
Internetportal zu zentralen Themenfeldern, Beiträgen und Daten der Sozialpolitik

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Informationen zum Arbeits- und Sozialrecht: „Quo vadis Sozialgerichtsbarkeit?"

Sie studiert!
Wir zahlen.



Bewerbungsschluss 30. April

➔ Wir fördern junge Menschen, die sich ein Studium nicht leisten können, mit einem Stipendium. Das ist unser Beitrag zu mehr Chancengleichheit in der Bildung.

Infos: www.boeckler.de/stipendium

Böckler-Aktion Bildung: Mut machen, Perspektiven schaffen

Hans Böckler Stiftung

Zeitarbeit

Kein Schlupfloch für Christliche

Das Arbeitsgericht Berlin hat in einer Entscheidung über die Bezahlung von Zeitarbeitern Zweifel an der Tariffähigkeit der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit (CGZP) erkennen lassen. Nach Ansicht des Gerichts müssten dafür alle an der Tarifgemeinschaft beteiligten Gewerkschaften tarifmächtig sein. Ob diese Voraussetzung erfüllt ist, hat das Arbeitsgericht allerdings nicht geprüft, weil das bei ihm anhängige Verfahren aus formalen Gründen eingestellt worden ist.

Der DGB bewertet diese Einschätzung positiv. „Der DGB sieht seine Zweifel an der Tariffähigkeit der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften durch das Gericht bestätigt", erklärte Claus Matecki, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands. •

Kinderzuschlag

Kaum Wirkung

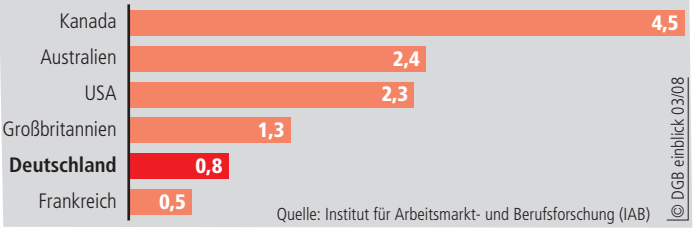
Der Kinderzuschlag, der im Zuge von Hartz IV eingeführt wurde und Eltern mit geringem Einkommen vor einem Abrutschen in den ALG II-Bezug schützen soll, ist zu bürokratisch und wirkt kaum. Das ist das Resümee der Wirtschaftswissenschaftler Irene Becker und Richard Hauser, die im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung ein Reformmodell entwickelt haben. Grund für die Kritik: Anträge und Prüfungsverfahren seien zu kompliziert und restriktiv. Außerdem sei die Mehrzahl der abgelehnten Anträge von Eltern mit „zu niedrigen" Einkommen gestellt worden. Derzeit können sie nicht den Kinderzuschlag, sondern stattdessen nur ALG II in Kombination mit Sozialgeld beantragen.

Die Folge der „mangelnden Effizienz": Gerade einmal 90 000 Kinder bekommen den Zuschlag. Die beiden WissenschaftlerInnen schlagen deshalb unter anderem vor, allen Eltern mit einem Einkommen unterhalb des Existenzminimums pauschal den vollen Zuschlag zu gewähren. So könne in kurzer Zeit die Kinderarmutsquote von 18 auf 14 Prozent gesenkt werden. •

www.einblick.dgb.de

Niedriger als in klassischen Einwanderungsländern

Anteil der hoch Qualifizierten anderer Länder, die als Migranten zugewandert sind, im Vergleich zur Migrationsrate der mittel- und gering Qualifizierten 1975 – 2000



Klassischen Einwanderungsländern wie Kanada und den USA gelingt es wesentlich besser als den europäischen Einwanderungsländern, Migranten mit hoher Qualifikation für sich zu gewinnen. In Deutschland und Frankreich ist es genau umgekehrt. Sie ziehen mehr Zuwanderer mit einem geringeren Qualifikationsniveau an, als es dem Anteil gering Qualifizierter in den Herkunftsländern entspricht. Um diesen Negativtrend umzukehren, muss die Zuwanderung nach Deutschland nach Meinung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung stärker auf die Qualifikation der Migranten hin ausgerichtet werden. Aus Sicht des DGB ist es wichtiger, statt auf eine verstärkte Zuwanderung Hochqualifizierter zu setzen, die Aus- und Weiterbildung der bereits hier lebenden MigrantInnen zu verbessern.

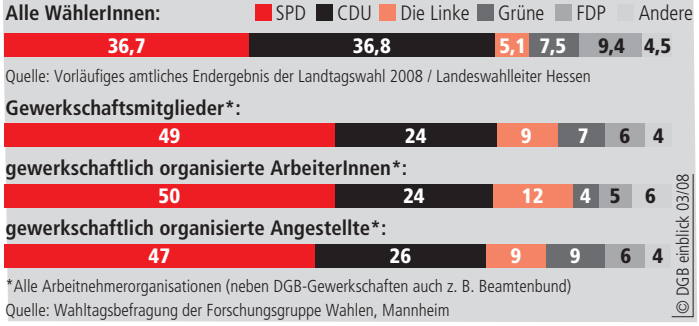
Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern

SPD bleibt stärkste Kraft

Seit den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen sind sich viele Experten in ihrer Analyse einig: Deutschland ist auf dem Weg zu einer linken Mehrheit. „In Deutschland entwickelt sich eine strukturelle linke Mehrheit innerhalb eines Fünf-Parteien-Systems", hat der DGB-Vorsitzende Michael Sommer festgestellt. Für Gewerkschaftsmitglieder gilt das längst. Addiert man die Stimmenanteile der gewerkschaftlich organisierten WählerInnen für SPD, Linke und Grüne, erreichen sie in Hessen zusammen satte 65 Prozent und in Niedersachsen 64 Prozent.

Gewerkschafter: Knapp 50 Prozent für SPD

Zweitstimmen bei der Landtagswahl in **Hessen** vom 27. Januar 2008 (in Prozent)



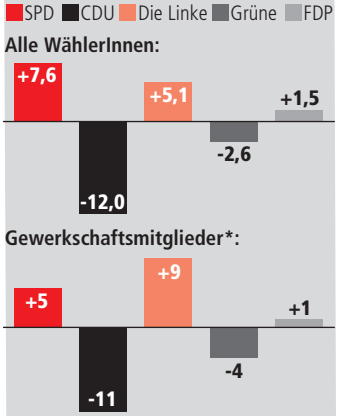
Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2008 / Landeswahlleiter Hessen

*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

© DGB einblick 03/08

Gewerkschafter: Union und Grüne verlieren

Hessen-Wahl 2008: Veränderungen gegenüber 2003 (in Prozent)



*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)
Quellen: Landeswahlleiter Hessen / Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

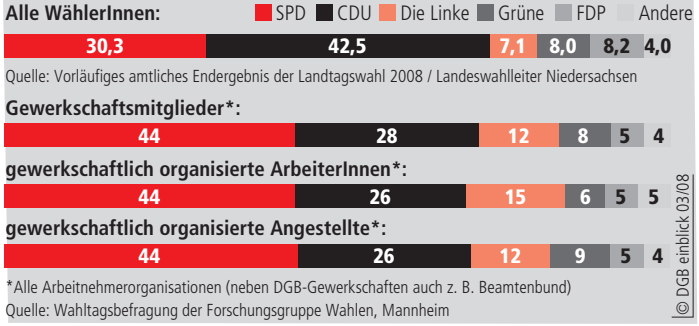
© DGB einblick 03/08

Gewinne für die SPD und die Linke, hohe Verluste für die CDU und geringere für die Grünen – das Votum der gewerkschaftlich organisierten WählerInnen bei der Landtagswahl in **HESSEN** liegt im Trend. Das hat die Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen ergeben. Mit 49 Prozent erreichen die Sozialdemokraten unter den GewerkschafterInnen mehr als doppelt so viele Stimmanteile wie die CDU.

Während aber die SPD bei den Gewerkschaftsmitgliedern mit einem Plus von fünf Prozentpunkten nur unterdurchschnittlich gegenüber 2003 zulegen konnte, wuchs der Stimmenanteil für die Linke unter den GewerkschafterInnen überdurchschnittlich – plus neun Prozentpunkte. •

Gewerkschafter: Linke erreicht 12 Prozent

Zweitstimmen bei der Landtagswahl in **Niedersachsen** vom 27. Januar 2008 (in Prozent)



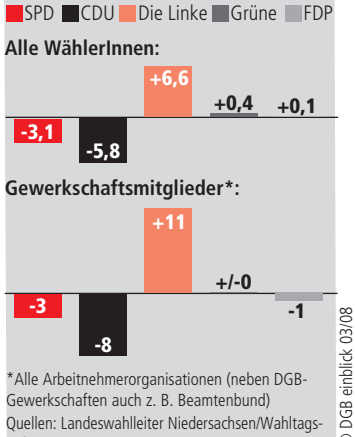
Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2008 / Landeswahlleiter Niedersachsen

*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

© DGB einblick 03/08

Gewerkschafter: Nur Linkspartei gewinnt

Niedersachsen-Wahl 2008: Veränderungen gegenüber 2003 (in Prozent)



*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)
Quellen: Landeswahlleiter Niedersachsen/Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

© DGB einblick 03/08

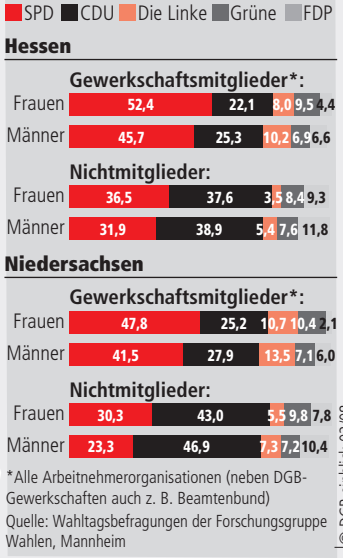
Auch bei der Landtagswahl in **NIEDERSACHSEN** bleibt die SPD mit einem Stimmenanteil von 44 Prozent die von den GewerkschafterInnen bevorzugte Partei.

Überdurchschnittliche Verluste musste die CDU bei den Gewerkschaftsmitgliedern mit einem Minus von acht Prozentpunkten gegenüber der Wahl 2003 hinnehmen.

Am wenigsten Vertrauen in die Union haben Arbeitslose. Lediglich 24 Prozent von ihnen stimmten in Niedersachsen für die CDU, dagegen 33 Prozent für die SPD und 25 Prozent für die Linke. Das ist für die CDU ein Minus von 21 Prozentpunkten gegenüber 2003. •

Frauen wählen anders

Zweitstimmenanteile bei den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen 2008 nach Geschlecht und Gewerkschaftszugehörigkeit (in Prozent)



*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragungen der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

© DGB einblick 03/08

***FRAUEN** entscheiden sich bei Wahlen häufiger als Männer für SPD und Grüne, dagegen wählen Männer eher CDU, Linkspartei und FDP. Das gilt sowohl für Gewerkschaftsmitglieder als auch für Nichtorganisierte. Diesen Trend aus früheren Wahlen haben auch die Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen bestätigt.*

Besonders groß sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei den SPD-WählerInnen in Hessen. Dort konnten die Sozialdemokraten mit ihrer Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti besonders bei den Gewerkschafterinnen punkten: Unter den gewerkschaftlich organisierten Frauen erreichte die hessische SPD fast sieben Prozent mehr Stimmanteile als bei deren männlichen Kollegen.

PROJEKTE UND PARTNER

Seminar

Schule und Arbeitswelt

Vom 5. bis zum 7. März will sich ein Kooperationsseminar des DGB, der IG Metall, ver.di, IG BCE und GEW im IG Metall-Bildungszentrum Sprockhövel mit aktuellen Fragen zum Themenkomplex „Schule und Arbeitswelt" befassen. Die Problematik, dass Schulen nicht ausreichend auf Ausbildung und Beruf vorbereiten und zu wenig Orientierung für das spätere Berufsleben geben, steht dabei im Mittelpunkt der Veranstaltung. Der Dialog zwischen Arbeitswelt und Schule soll gefördert werden, um Schüler besser auf künftige Berufsphasen vorzubereiten. Themen rund um die Arbeitswelt sollen im Unterricht mehr Raum bekommen. •

Anmeldung: tanja.ebel@dgb.de

Arbeitsmarktkonferenz

Chance für die Wirtschaft

Vertreter aus Wirtschaft und Gesellschaft diskutieren auf Einladung des DGB-Bildungswerks und der DGB-Region NRW Süd-West am 14. Februar in Düren über Möglichkeiten der wirtschaftlichen Integration von Migrantinnen und Migranten durch Qualifizierungsmaßnahmen. Im Programm sind neben einer Projektvorstellung durch das DGB-Bildungswerk und einem Statement des DGB-Regionsvorsitzenden drei Vorträge vorgesehen: Dr. Lutz Bellmann, Bereichsleiter Betriebe und Beschäftigung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), liefert in seinem Referat Grundlagenwissen zum Thema Weiterbildung. Uwe Loß, Referatsleiter Berufliche Weiterbildung im Arbeitsministerium NRW, veranschaulicht die Fördermöglichkeiten für Betriebe im Bereich der Weiterbildung von Migrantinnen und Migranten, und Robert Gereci vom DGB-Bildungswerk gibt einen Überblick über Weiterbildungsnetzwerke.

Die Arbeitsmarktkonferenz findet im Rahmen des Xenos-Projektes „Die 2. Chance – Interkulturell und gemeinsam vor Ort" statt. •

www.migration-online.de/am_konferenz_dueren

Filme

Heuschrecken und schwarze Kassen

DVD mal anders – gleich drei aktuelle Silberscheiben rund um Themen aus Arbeitswelt und Politik versprechen Spannung und Bildung zugleich.

Der Kurzspielfilm **„15 Minuten Wahrheit"** beschäftigt sich mit der Frage, wie weit man im Falle eines Falles gehen darf. Dabei setzt ein Angestellter in einem Gesprächsduell seinen Chef unter Druck, der auf Geheiß der Unternehmensleitung mit schwarzen Konten hantiert. Als die Beschäftigten entlassen und die Produktion trotz satter Gewinne verlagert werden soll, schaffen die aufmerksamen Beschäftigten mit Druck und List eine lohnende Abfindung beiseite. Der Film aus der Produktion des Katholischen Filmwerks kommt mit Arbeitsmaterial für Schüler ab dem 14. Lebensjahr, ist aber auch in der außerschulischen und gewerkschaftlichen Bildungsarbeit einsetzbar.

Mit Private Equity und dem Schicksal der Firma Grohe, einem Qualitätsproduzenten von Badezimmerarmaturen, beschäftigt sich die Dokumentation **„Und du bist raus"**. Am Beispiel des ehemaligen Familienunternehmens aus dem Sauerland wird die Skrupellosigkeit profitgieriger Finanzinvestoren gezeigt, die Tausende von Arbeitsplätzen in einem funktionierenden deutschen Unternehmen streichen, um Produktionskapazitäten in Billiglohnländer zu verlagern. Dabei läuft der Prozess immer gleich ab: Finanzinvestoren kaufen ein Unternehmen, lassen die Belegschaft anschließend für den Kaufpreis zur Ader und verlagern dann die Produktion. Der ehemalige Arbeitsminister Franz Müntefering hatte diese Art der Investoren nicht von ungefähr als „Heuschrecken" bezeichnet.

Heuschrecken, die uns gegebenenfalls noch ins Haus stehen, nimmt der Dokumentarfilm **„Börsenbahn gestoppt?"** aufs Korn. Der Film von Herdolor Lorenz zeigt, dass die Privatisierung der Deutschen Bahn AG nach wie vor nicht vom Tisch ist. Im Gegenteil: Lorenz, der bereits mit dem Film „Bahn unterm Hammer" eindringlich auf die Probleme der drohenden Privatisierung hingewiesen hatte, zeigt darin, wie es zu der privatisierungskritischen Haltung auf dem Hamburger SPD-Parteitag gekommen ist und wie seitdem der „Privatisierung auf Umwegen" das Feld bereitet wird. Denn wenn die Bahn in Fahrweg und Transport aufgespalten und der Bahnbetrieb privatisiert wird, bedarf es weder eines neuen Gesetzes noch der Zustimmung auf einem neuen SPD-Parteitag. •

„15 Minuten Wahrheit", 25 Euro, kfw, www.filmwerk.de

„Und du bist raus", inkl. Arbeitsmaterial, 25 Euro, kfw, www.filmwerk.de

„Börsenbahn gestoppt?", 16,45 Euro inkl. Versand, Kern Filmproduktion, www.bahn-unterm-hammer.de

interregio



••• Der ***DGB Sachsen-Anhalt*** hat als Mitglied des „Bündnis Mindestlohn Sachsen-Anhalt" eine ***Postkartenaktion*** gestartet. Ziel ist, die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen zu unterstützen. Unter dem Motto „Schreib mal wieder dem Ministerpräsidenten" können die TeilnehmerInnen der Aktion die Karten an Wolfgang Böhmer (CDU) versenden – bis zu 40 000 Postkarten stehen zur Verfügung. Die Absender erklären mit der Postkarte, dass sie nicht „für'n Appel und'n Ei" arbeiten möchten, was sich auch im Motiv der Postkarte widerspiegelt.

www.buendnis-mindestlohn.de

••• Die ***DGB-Jugend NRW*** will mit der ***Kampagne*** „schlauer statt rechts" Aktionen gegen eine erstarkende rechte Jugendszene anstoßen und unterstützen. Initiatoren der Kampagne sind neben der DGB-Jugend, die Landesverbände NRW des Jugendwerks AWO, der Naturfreundejugend und der Falken. Bei der Eröffnungsveranstaltung am Holocaust-Gedenktag warnte Guntram Schneider, Vorsitzender des DGB NRW, davor, tatenlos zuzusehen, wie rechtsextremes Gedankengut wieder hoffähig gemacht werde. Es sei wichtig, dass Jugendliche die Initiative ergreifen und sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagieren. „schlauer statt rechts" soll daher eine Plattform zum Erfahrungsaustausch sein. Ein erster Erfolg: Mehr als 40 Jugendgruppen haben sich bereits mit Aktionsvorschlägen gemeldet. „schlauer statt rechts" bietet in den nächsten Monaten außerdem eine Reihe von Veranstaltungen an: Gedenkstättenfahrten, Konflikttrainings und ein Konzert im Oktober.

www.schlauer-statt-rechts.de
Aktionstelefon: 0211 / 3683555 (täglich 15 bis 20 Uhr)

Tarifrunde öffentlicher Dienst

Chance verkannt

Bis vor kurzem haben selbst Spitzenpolitiker der großen Koalition gefordert, dass der öffentliche Dienst in diesem Jahr wieder Anschluss an die allgemeine Einkommensentwicklung finden muss. Dass den Tarifparteien bei ihrem nächsten Treffen am 11./12. Februar in Potsdam der Durchbruch gelingt, ist trotzdem mehr als unwahrscheinlich.

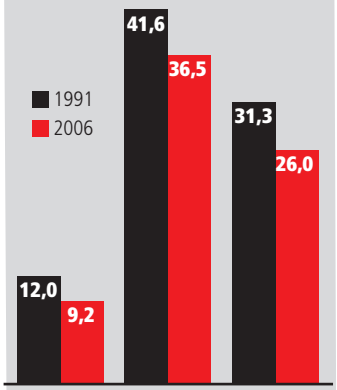
Drei Nullrunden haben die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hinter sich. 2005 gab es beim Bund und den Kommunen im April, Juni und Oktober lediglich eine Einmalzahlung von 100 Euro. 2006 und 2007 gab es zweimal 150 Euro. Tabellenwirksam waren diese Zahlungen nicht. Außerdem sind mehr als zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des neuen Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) im Oktober 2005 zahlreiche Übergangsbestimmungen zur Anpassung der alten BAT-Strukturen auf das neue Tarifsystem immer noch nicht durch eine verbindliche Vereinbarung abgelöst worden. Auch bei der Eingruppierung, die eigentlich bis Ende 2007 stehen sollte, sind noch viele Fragen strittig. Die öffentlichen Arbeitgeber haben diese Situation bislang genutzt, um ihre Beschäftigten in großem Umfang zu niedrig einzugruppieren. Vor allem bei Versetzungen und bei Höhergruppierungen gehen den Beschäftigten auf diesem Weg zurzeit zum Teil bis zu 20 Prozent des Einkommens verloren, auf das sie nach dem geltenden Tarifvertrag eigentlich Anspruch haben.

2008 wollen die Gewerkschaften diesen Negativtrend umkehren. Bereits im August 2007 hatten ver.di und der Deutsche Beamtenbund (dbb) deshalb unter dem Slogan „Genug gespart" eine gemeinsame Kampagne gestartet, mit der sie in der Öffentlichkeit für mehr Geld für den Erhalt eines leistungsfähigen öffentlichen Dienstes werben (*www.genuggespart.de*). Und für eine bessere Bezahlung der Beschäftigten. Diese Botschaft ist inzwischen in der Politik angekommen. Auch dort hat sich herumgesprochen, dass es dem öffentlichen Dienst zunehmend schwerer fällt, gut qualifizierte ArbeitnehmerInnen zu gewinnen. Schlicht, weil seine Tarifstrukturen nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Selbst Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte sich deshalb im Oktober als Gastrednerin auf dem dbb-Gewerkschaftstag offen für moderate Gehaltserhöhungen gezeigt.

Das Angebot, das Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende Januar als Verhandlungsführer der Arbeitgeber präsentiert hat, weist hingegen in eine andere Richtung. 2,5 Prozent sollen die Beschäftigen ab Februar erhalten, weitere 0,5 Prozent ab Oktober. Und im März 2009 soll es noch mal 0,5 Prozent mehr geben. Was Schäuble als ein Gehaltsangebot von „fünf Prozent" hochrechnete, haben die vier beteiligten Gewerkschaften, ver.di, GEW, GdP und dbb tarifunion, umgehend als „Rosstäuscherei" (Frank Bsirske) zurückgewiesen. Denn umgerechnet auf die von Schäuble ins Gespräch gebrachte Laufzeit von zwei Jahren brächte die Tariferhöhung in diesem Jahr gerade einmal 2,5 Prozent. 2009 wären es sogar nur 0,4 Prozent. Die soziale Komponente – die Gewerkschaften fordern einen Sockelbetrag von mindestens 200 Euro pro Monat, um auch in den unteren Entgeltgruppen die Einkommen deutlich zu verbessern – soll ganz wegfallen. Was die Gewerkschaften noch mehr verärgert hat, ist die Forderung der öffentlichen Arbeitgeber nach einer Verlängerung der Arbeitszeit. Sie soll 2008 auf 39,5 Stunden steigen, 2009 sogar auf 40 Stunden. Damit würde die angebotene Lohnerhöhung mehr als kompensiert: Die Beschäftigen würden ihre Tariferhöhung über eine Arbeitszeitverlängerung selbst finanzieren. •

Genug gespart

Personalkostenquote von Bund, Ländern und Gemeinden (in Prozent)



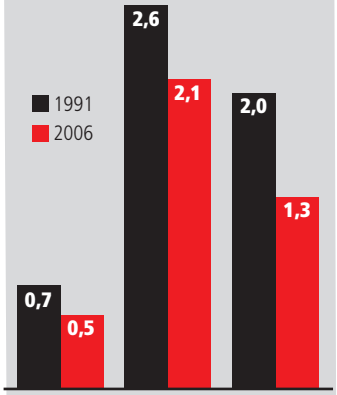
Quelle: Statisches Bundesamt

© DGB einblick 03/08

In den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst argumentieren der Bund und die Kommunen, dass größere Lohnerhöhungen für die Beschäftigten nicht finanzierbar wären. Ein Blick auf die Entwicklung der Personalkostenquote zeigt hingegen, dass der Anteil der Personalausgaben an den öffentlichen Haushalten in den vergangenen Jahren massiv gesunken ist.

1,4 Millionen weniger

Beschäftigte im öffentlichen Dienst 1991 – 2006 (in Millionen)



Quelle: Statisches Bundesamt

© DGB einblick 03/08

Seit dem Beginn der neunziger Jahre haben Bund, Länder und Gemeinden fast 1,5 Millionen Arbeitsplätze abgebaut. Die Folge: In vielen staatlichen Dienstleistungsbereichen gibt es inzwischen zu wenig Personal. Neueinstellungen sind deshalb unvermeidbar – unabhängig vom Ausgang der aktuellen Tarifrunde. Das gilt nicht nur für Krankenhäuser, Schulen und die Polizei.

11 Prozent mehr

1974 setzte der damalige ÖTV-Vorsitzende Heinz Kluncker für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst eine Gehaltserhöhung von 11 Prozent durch. Auch eine Sozialkomponente wurde vereinbart: mindestens 170 DM Erhöhung für jeden. Der Tarifabschluss löste nicht nur ein politisches Erdbeben aus, sondern ist auch in dieser Höhe im öffentlichen Dienst bislang nicht wieder erreicht worden. Eine isolierte Ausnahmeerscheinung ist der 1974er Tarifabschluss dennoch nicht. Auch in den übrigen 70er Jahren haben die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst beachtliche Lohnerhöhungen durchgesetzt. 1971 gab es 7 Prozent mehr. 1973 und 1975 waren es 6 Prozent und 1977 immerhin noch 5,3 Prozent. Selbst 1980 gab es noch einmal 6,3 Prozent mehr. Erst danach sind die Tariferhöhungen deutlich zurückgegangen. Die Folge: Im Vergleich zur Privatwirtschaft ist der öffentliche Dienst für Beschäftigte immer unattraktiver geworden. Die letzte tabellenwirksame Tariferhöhung gab es für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen am 1. Mai 2004: ganze 1 Prozent.

www.einblick.dgb.de
Forderungen und Ergebnisse der Tarifrunden im öffentlichen Dienst 1971 – 2006

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Die IG BAU tritt der „Klima-Allianz" bei, um den Arbeitnehmerinteressen „im klimapolitischen Prozess eine Stimme" zu geben. Außerdem wird die Gewerkschaft den Stromanbieter wechseln und ihre Büros bundesweit auf regenerative Energien umstellen. Mitglieder der 2007 gegründeten Allianz sind unter anderem bereits der BUND, Greenpeace und Attac.

Die Senioren in TRANSNET haben die Postkartenaktion „Leben braucht Geld" gestartet. Sie soll die Forderung an die Politik unterstreichen, die Renten und Pensionen mindestens in Höhe der Inflationsrate anzuheben. Die Bundesregierung entscheidet voraussichtlich im Mai über eine Rentenerhöhung. www.transnet.org

ver.di unterstützt die von der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) empfohlene Rundfunkgebührenerhöhung von monatlich 95 Cent. Es seien Investitionen nötig, um die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im digitalen Zeitalter zu sichern. Die Mehrbelastung der Rundfunkteilnehmer sei „angemessen".

Die DGB-Jugend lehnt die vom Bundesfamilienministerium geplante Möglichkeit zur freiwilligen Verlängerung des Zivildienstes um sechs Monate ab. So würden Zivis zu „subventionierten Konkurrenten" für tarifgebundene ArbeitnehmerInnen.

Frauenpolitische DGB-Initiative

Ich bin mehr wert

Zum Internationalen Frauentag 2008 am 8. März starten DGB und Mitgliedsgewerkschaften die frauenpolitische Initiative „Ich bin mehr wert". Geplant ist, über einen Zeitraum von 13 Monaten bis zum Frauentag 2009 mithilfe von Öffentlichkeitsarbeit, verschiedenen Materialien und Aktionen die Benachteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt sowie gängige Rollenbilder und Klischees in der Öffentlichkeit zu thematisieren, versteckte Diskriminierungen aufzudecken sowie Gegenentwürfe zu den gängigen Stereotypen zu propagieren. Ziel ist es, berufstätige Frauen zu motivieren und zu unterstützen, selbstbewusster für ihre Rechte und ihre Selbstbestimmung einzutreten. „Ich bin mehr wert" soll eine Einladung an alle Frauen sein, mit vielfältigen Aktionen der Politik, den Unternehmen und der Öffentlichkeit zu sagen, was sie wollen. Der DGB und die Gewerkschaften wollen ihnen dazu eine Aktionsplattform bieten.
Thematisch setzt die Initiative in einer ersten Phase von März bis Mai 2008 einen Schwerpunkt auf Entgeltgleichheit und Niedriglöhne von Frauen. Im Mittelpunkt der zweiten Phase von Mai bis September steht das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie, und von September 2008 bis März 2009 soll es vor allem um gleiche Karrierechancen für Frauen und Männer gehen. Die Initiative soll eng mit der Mindestlohnkampagne des DGB sowie mit dem DGB-Index Gute Arbeit verknüpft werden. •

DGB-Workshops

Vereinbarkeit gestalten

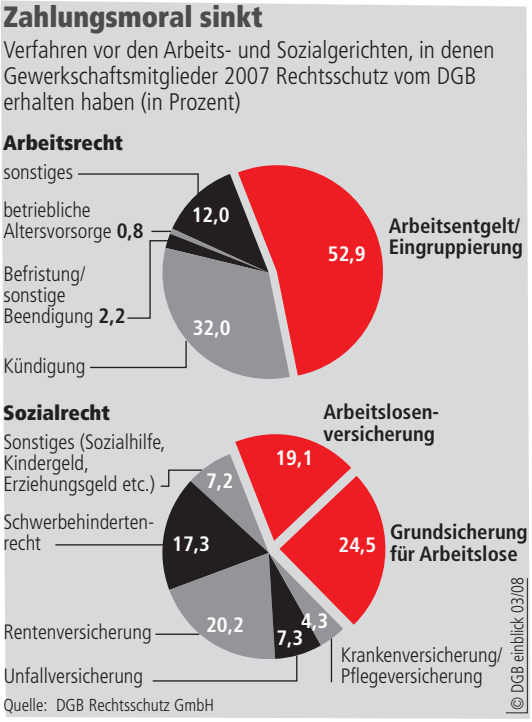
Gerade mal in sieben Prozent aller Betriebe existieren Betriebsvereinbarungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Handlungsbedarf ist groß, doch viele betriebliche Akteure sind noch immer kaum für die Thematik sensibilisiert. Das will das DGB-Projekt „Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestalten" ändern. An Akteure in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit richten sich vier regionale Workshops des Projektes am 14. März in Berlin, am 28. März in Hannover, am 31. März in Frankfurt/M. sowie am 7. April in München. Im Mittelpunkt der Workshops steht die Frage, wie sich das Querschnittsthema Vereinbarkeit in Schulungen für Betriebs- und Personalräte optimal integrieren lässt. •
www.familie.dgb.de

Nokia Bochum

Europaweiter Protest

Bei einem vom Europäischen Metallgewerkschaftsbund (EMB) organisierten Treffen haben GewerkschaftsvertreterInnen und Betriebsräte der europäischen Nokia-Standorte in einer gemeinsamen Erklärung gegen die Schließung des Werkes in Bochum protestiert. Außerdem will der EMB rechtlich prüfen, ob Nokia die Konsultationsrechte missachtet hat, die der Arbeitnehmerseite laut der EU-Richtlinie über Europäische Betriebsräte zustehen. Der EMB wird in einem Info-Brief an alle Nokia-Beschäftigten über die aktuellen Entwicklungen informieren. Auch auf der Internetseite des EMB gibt es das Neueste aus europäischer Sicht zum „Fall Nokia" und Solidaritätsschreiben vieler internationaler Gewerkschaften. •
www.emf-fem.org/press/hot_topics/nokia

2007 hat die DGB Rechtsschutz GmbH 141 152 Gewerkschaftsmitglieder in arbeits- und sozialrechtlichen Auseinandersetzungen vor den Arbeits- und Sozialgerichten vertreten. Der Erfolgswert lag bei 355 Millionen Euro – rund 2800 Euro für jedes vertretene Mitglied. Die größten Unterschiede im Fallaufkommen gab es im Vergleich zu 2006 bei der Zahl der Auseinandersetzungen um das Arbeitsentgelt. Ihr Anteil stieg 2007 auf fast 53 Prozent. 2006 waren es nur 48 Prozent: ein Indiz für die sinkende Zahlungsmoral der Arbeitgeber – trotz boomender Konjunktur. Im Sozialrecht gab es wie 2006 auch im vergangenen Jahr erneut den stärksten Zuwachs bei Auseinandersetzungen um die Grundsicherung von Arbeitslosen (ALG II). Ihr Anteil stieg auf 24,5 Prozent. Ein weiteres Fünftel aller Verfahren (19,1 Prozent) betrifft das Arbeitslosengeld.



MEINUNG

Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr

Versprochen war das Gegenteil

Die NATO hat Deutschland um die Entsendung einer „Schnellen Eingreiftruppe" nach Afghanistan gebeten. 250 zusätzliche deutsche Soldaten sollen abziehende norwegische Truppen ersetzen. Das geht nicht nur eindeutig über das bisherige ISAF-Mandat hinaus, sondern verschiebt auch den Schwerpunkt des deutschen Engagements, meint der Politikwissenschaftler und Friedensaktivist Peter Strutynski: Statt die zivile Komponente zu stärken, würde Deutschland so noch enger in die Kriegsführungsstrategie der USA eingebunden.

In ihrem Afghanistan-Konzept vom 5. September 2007 hat die Bundesregierung den Schwerpunkt auf die Verstärkung der zivilen Wiederaufbauhilfe für Afghanistan gelegt. Damit sollten offenbar auch die Abgeordneten in den Reihen der Koalition für die Verlängerung des Mandats gewonnen werden, die dem ISAF-Einsatz skeptisch gegenüberstanden.

Die beabsichtigte Entsendung eines zusätzlichen Kampfverbands an den Hindukusch ist aber **das genaue Gegenteil von dem, was versprochen wurde.** Nicht die zivile Komponente des Engagements wird verstärkt, sondern die militärische. Bereits heute existiert ein eklatantes Missverhältnis zwischen den Aufwendungen für den Bundeswehreinsatz (bisher rund 2,5 Mrd. EUR) und den Aufwendungen für den zivilen Wiederaufbau (rund 0,15 Mrd. EUR). Die vorgesehene Entsendung einer Kampftruppe mit rund 250 Soldaten als Ersatz für die norwegische Truppe, die sich aus Afghanistan zurückzieht, wirft darüber hinaus die Frage auf: Deckt das ISAF-Mandat den erweiterten Kampfeinsatz der Schnellen Einsatztruppe („Quick Reaction Force") ab, wie die Bundesregierung und alle Parteien außer der Linken letzte Woche in einer aktuellen Stunde des Bundestags behauptet haben?

Zweifel sind angebracht. Der Auftrag von ISAF liegt in der Stabilisierung der Regierung Karsai und in der Unterstützung der Wiederaufbauteams. Da es sich um ein robustes Mandat handelt, können die ISAF-Truppen ausnahmsweise, das heißt wenn „Gefahr in Verzug ist", zur Unterstützung anderer ISAF-Soldaten in Kämpfe eingreifen.

Das dürfen seit 2006 auch die deutschen ISAF-Verbände, und sie tun das auch. Die neue Kampftruppe **soll aber ausschließlich kämpfen,** so wie das die norwegische Einheit bisher getan hat. Diese Quick Reaction Force war zum Beispiel auch an offensiven Operationen gegen die Taliban beteiligt. Zuletzt im vergangenen Herbst. Die Soldaten standen dabei in vorderster Linie. Damals zitierte die Osloer Tageszeitung *Aftenposten* den Kommandeur des norwegischen ISAF-Kontingents mit den Worten, seit dem Zweiten Weltkrieg seien norwegische Soldaten nicht mehr in derart schwere Kämpfe verwickelt gewesen.



Dr. Peter Strutynski ist Politikwissenschaftler an der Uni Kassel und Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag.

Wenn die Unterscheidung zwischen den beiden Afghanistan-Missionen – die von den Vereinten Nationen mandatierte ISAF auf der einen Seite und die von den USA geführte „Operation Enduring Freedom" (OEF) auf der anderen Seite – überhaupt noch einen Funken Sinn machen soll, dann wäre es ehrlicher zu sagen, die neue Kampftruppe solle im Rahmen von OEF operieren. Dies will Berlin aber vermeiden, weil OEF selbst in den eigenen Koalitionsreihen auf größeren Widerstand trifft. **Die Regierung versucht also zu tricksen,** um zu vermeiden, dass das Thema den Bundestag beschäftigt.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag und andere Friedensorganisationen haben gegen die Entsendung weiterer deutscher Soldaten zahlreiche Einwände formuliert.

ERSTENS: Die Entsendung einer Schnellen Eingreiftruppe **geht eindeutig über das bisherige ISAF-Mandat** vom 12. Oktober 2007 hinaus und muss demnach im Bundestag neu verhandelt und abgestimmt werden.

ZWEITENS: Die Entsendung einer solchen Kampftruppe stellt einen weiteren **Schritt zur Destabilisierung Afghanistans** und zur Verschärfung der dortigen Konflikte dar.

DRITTENS: Mit der Entsendung der Schnellen Eingreiftruppe wird Deutschland **noch enger in die Kriegführungsstrategie der USA eingebunden.** Außerdem ist zu befürchten, dass im Herbst die Bundeswehrtruppe über die bisher im Rahmen von ISAF genehmigte Grenze von 3500 Soldaten weiter aufgestockt wird.

Aus all diesen Gründen halten wir an der Losung der Friedensbewegung fest: „Dem Frieden eine Chance – Truppen raus aus Afghanistan!" •

Chronologie des Afghanistan-Einsatzes

***Oktober 2001** Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) erklärt die „uneingeschränkte Solidarität Deutschlands" mit den USA.*

***21. Dezember 2001** Das Bundeskabinett beschließt unter Führung des SPD-Kanzlers Schröder die Beteiligung der Bundeswehr an der UN-Schutztruppe ISAF.*

***24. Februar 2002** Die ARD-Tagesschau meldet, es seien mehr als 200 Elitekämpfer des Kommandos Spezialkräfte im Einsatz. Gleichzeitig sind inzwischen rund 1200 Soldaten im Rahmen von ISAF in den Krieg verwickelt.*

***5. Juni 2003** Die Truppe soll um rund 80 Soldaten aufgestockt werden. Es sind nun 1400 deutsche Soldaten in Afghanistan stationiert.*

***Im Februar 2004** übernimmt die Bundeswehr das ISAF-Kommando. Die deutschen Truppen umfassen 2500 Soldaten.*

***28. September 2005** Die Personalobergrenze der Bundeswehr bei ISAF wird auf 3000 Soldaten erhöht. Ferner können deutsche ISAF-Soldaten ab jetzt in allen Landesteilen eingesetzt werden.*

***19. Mai 2007** Bei einem Selbstmordanschlag werden im Stadtzentrum von Kunduz drei Bundeswehrsoldaten getötet und fünf weitere sowie ein afghanischer Übersetzer zum Teil schwer verletzt.*

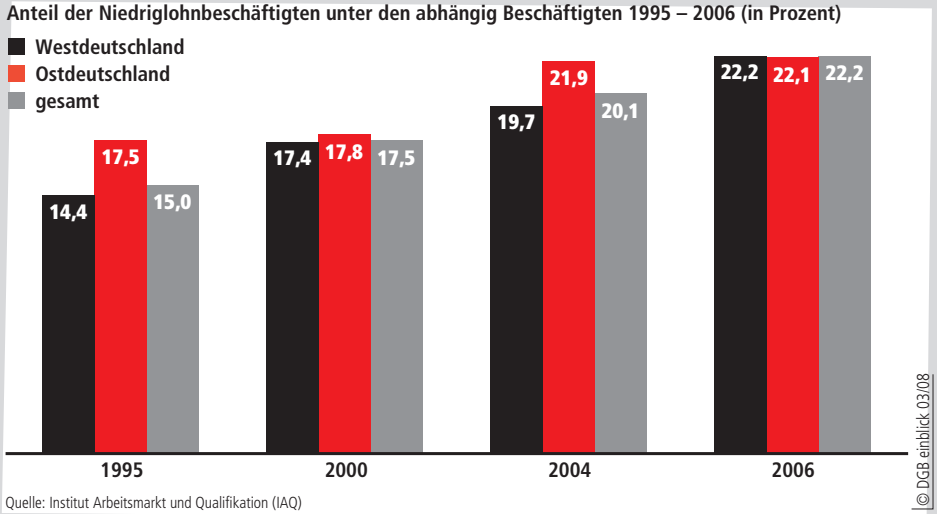
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

EINKOMMEN: Fast jeder vierte Arbeitnehmer erhält Niedriglohn

Seit 1995 ist die Zahl der Beschäftigten im Niedriglohnsektor kontinuierlich gestiegen, von 15 Prozent auf über 22 Prozent. Mit 22,2 Prozent liegt der Anteil der Geringverdiener im Westen inzwischen sogar über dem im Osten. Ihr Einkommen ist in den vergangenen Jahren sogar noch weiter gesunken, von im Schnitt 7,25 Euro/Stunde (2004) auf 6,89 Euro/Stunde (2006) im Westen bzw. von 5,48 Euro/Stunde auf 4,86 Euro/Stunde im Osten.



Quelle: Institut Arbeitsmarkt und Qualifikation (IAQ)

Tipp

***Buch:* Nadine Schlömer u.a., *Mittelstand und Mitbestimmung. Unternehmensführung, Mitbestimmung und Beteiligung in mittelständischen Betrieben*, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2007, 254 Seiten, 27,90 Euro**

Nur zehn Prozent der klein- und mittelständischen Betriebe zwischen fünf und 500 Beschäftigten haben einen Betriebsrat. Ob für das Fehlen von Betriebsräten die größere soziale Nähe von Inhabern und MitarbeiterInnen in kleineren Unternehmen oder die dort oft vorherrschenden patriarchalen Strukturen verantwortlich sind, ist empirisch kaum untersucht. Zwei von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studien des Instituts für Mittelstandsforschung in Bonn und des Büros für Sozialforschung in Kassel schließen jetzt diese Wissenslücke.

Die in dem Band vorgestellten Studien belegen, dass die Wahrscheinlichkeit für die Existenz eines Betriebsrats nicht nur von der Zahl der Beschäftigten abhängt. Wichtiger sind die Einstellung des Geschäftsführers und die interne Führungsstruktur. Gibt ein Inhaber seine Alleinführung an eine Gruppe von Managern ab, sind Betriebsräte in der Regel integriertes Element von Entscheidungsfindung und Interessenausgleich.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Harald Lötsch **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionelle MitarbeiterInnen:** Lena Clausen, Norbert Hüsson **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

personalien

••• ***Doris Schneider-Zugowski,*** 61, Referatsleiterin für Wohnungs- und Städtebaupolitik sowie Verbraucherpolitik beim DGB-Bundesvorstand, geht Ende Februar nach fast 40 Jahren Referententätigkeit beim DGB in die Freistellungsphase der Altersteilzeit. Sie bleibt Mitglied im Verwaltungsrat von „Verbraucherzentrale Bundesverband".

14 TAGE

12.2. Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Hochschulräte – eine neue Form der Steuerung von Hochschulen?", Bochum

13.-15.2. ver.di-innotec, Fachtagung „SAP im betrieblichen Spannungsfeld – Möglichkeiten aktiver Mitgestaltung", Berlin

14.2. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Die Europäische Aktiengesellschaft", Düsseldorf

14.-16.2. Heinrich-Böll-Stiftung, Tagung „Schule mit Migrationshintergrund", Hamburg

18.2. Forum Zukunftsökonomie, Diskussion „Klimaneutrale Unternehmen – Problemlösung oder PR-Trick?", Berlin

18.2. Hans-Böckler-Stiftung, IMK-Konjunkturforum „Woher kommt der Aufschwung?", Berlin

21.2. GEW, DGB NRW und Universität Duisburg-Essen, Kongress „Arbeitsplatz Bildung", Essen

23.2. DGB Bayern, Niederbayerischer Gewerkschaftstag, Straubing

24.2. Bürgerschaftswahl Hamburg

Schlusspunkt.

„Wir befinden uns verkehrspolitisch in einer Sackgasse, aber die wird achtspurig ausgebaut."

Der Kabarettist Urban Priol am 29. Januar in der ZDF-Sendung „Neues aus der Anstalt" über Bundeswirtschaftsminister Michael Glos' Einstellung zur Debatte um den Klimaschutz und die deutsche Autoindustrie.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 25.02.2008 4/08

DGB

inhalt

Seite 3
Stunde der Trickser
Der Koalition fehlt der gemeinsame Wille zur Ausweitung des Entsendegesetzes. Stattdessen hat in der Union die Stunde der Trickser begonnen

Seite 5
Strategie ist klar
DGB-Vorstand Dietmar Hexel im einblick-Interview zum Trendwende-Projekt „Weiterentwicklung Organisationsstrukturen“

Seite 7
Frauenarbeit ist mehr wert
Mit einer frauenpolitischen Initiative wollen DGB und Gewerkschaften für frischen Wind in der Chancengleichheitspolitik sorgen. Warum, erklärt DGB-Vize Ingrid Sehrbrock

Kooperative Jobcenter

Brauchbarer Ansatz

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) hat Mitte Februar seine Alternative zu den im Dezember 2007 vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärten Jobcentern vorgestellt, in denen Bundesagentur für Arbeit und Kommunen in Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) gemeinsam die Betreuung von Hartz IV-Empfängern wahrnehmen. „Eckpunkte für kooperative Jobcenter“ heißt der Vorschlag, der sich an der bereits in 21 Kommunen praktizierten „getrennten Trägerschaft“ orientiert: Die Bundesagentur für Arbeit (BA) übernimmt Arbeitsvermittlung und Alg II-Leistungen, die Kommune die übrigen Aufgaben – etwa die Erstattung von Wohn- und Heizkosten.

Das erklärte Ziel des Ministeriums: Der Umbau des Hartz IV-Systems soll ohne Gesetzesänderung vonstatten gehen. Und für die LeistungsbezieherInnen soll sich möglichst wenig ändern. Dazu bleiben die Jobcenter als zentrale Anlaufstelle bestehen, nur die Zusammenarbeit von BA und Kommunen wird neu organisiert: Die ARGEn sollen aufgelöst werden, BA und Kommune schließen dann umgehend einen Kooperationsvertrag. Ihre Leistungen stimmen die beiden Träger in einem Kooperationsausschuss ab. Insbesondere soll der Ausschuss lokale Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramme aufstellen.

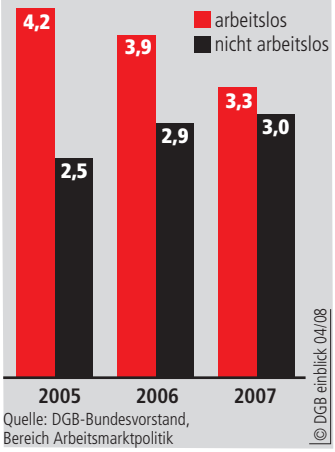
Die Union hat bereits Vorbehalte angemeldet. Sie plädiert weiterhin für eine völlige „Kommunalisierung“ der Betreuung und favorisiert als Alternative zu den ARGEn das bereits in 69 Städten und Gemeinden als „Feldversuch“ laufende Optionsmodell, bei dem allein die Kommunen die Trägerschaft für alle Aufgaben innehaben.

Der DGB hingegen hält die „kooperativen Jobcenter“ für einen „brauchbaren Ansatz“. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach fordert aber darüber hinaus, das derzeit im Hartz IV-System angelegte „Zweiklassensystem in der Arbeitsförderung“ zu überwinden: Die von den Jobcentern betreuten Hartz IV-Empfänger seien in vielen Bereichen gegenüber den von der Arbeitslosenversicherung betreuten LeistungsbezieherInnen (etwa Alg I-Empfänger) benachteiligt – von den Eingliederungsleistungen bis hin zum Regelsatz. Als weiteres Beispiel für diese Benachteiligung nannte Buntenbach die Betreuung von Jugendlichen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz: Je nach Einkommenssituation der Eltern ist für die einen die Arbeitslosenversicherung, für die anderen das Jobcenter zuständig.

Außerdem fordert der DGB, die Sozialpartner an der Kontrolle der Arbeitsmarktpolitik in den Jobcentern zu beteiligen. Die Eckpunkte des Ministeriums zu den „kooperativen Jobcentern“ sehen eine solche Beteiligung bisher nicht vor. •

Gewicht verschiebt sich

Alg I- und Alg II-EmpfängerInnen nach Erwerbsstatus (in Millionen)



Quelle: DGB-Bundesvorstand, Bereich Arbeitsmarktpolitik

Die Träger der Arbeitslosenversicherung und der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Alg II) zahlen immer häufiger Leistungen an Nichtarbeitslose, die Zahl der betreuten Arbeitslosen ging in den vergangenen drei Jahren hingegen stetig zurück.

plusminusBERLIN

+ ***Willi Zylajew** (CDU) ist für einen Mindestlohn in der Pflegebranche. Die kirchlichen Arbeitgeber Caritas und Diakonie müssten „umdenken“ und sich den von ver.di ausgehandelten Tarifverträgen anschließen. Der branchenweite Tariflohn könne dann für allgemeinverbindlich erklärt werden.*

– ***Trotz der Ankündigung** von Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD), Abrüstung und Streumunition „ganz oben auf die transatlantische Agenda“ zu setzen, will **die Bundesregierung** auf einer internationalen Konferenz in Neuseeland jetzt ein vollständiges Verbot von Streubomben verhindern.*

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.dgb.de/themen/prekaere_beschaeftigung/faq
DGB-Internetratgeber für Menschen in unsicherer Beschäftigung

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Reaktionen und Dokumente zum Modell der „kooperativen Jobcenter“

POLITIK AKTUELL

Sozialgerichtsbarkeit

Eigenständigkeit nicht antasten

Der Deutsche Gewerkschaftsbund sowie sieben weitere Verbände, darunter mehrere Sozialverbände und die kirchlichen Arbeitnehmerorganisationen, haben sich in einer gemeinsamen Erklärung für die Eigenständigkeit der Sozialgerichtsbarkeit ausgesprochen. Hintergrund sind Überlegungen mehrerer Bundesländer, verschiedene Fachgerichtsbarkeiten zusammenzulegen.

In der Erklärung, die anlässlich einer Anhörung im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes veröffentlicht wurde, betonen die Verbände die Notwendigkeit der Aufgabenverteilung und Spezialisierung der Fachgerichte. Sie trage der „immer weiter gewachsenen Komplexität" in den entsprechenden Rechtsbereichen Rechnung.

Außerdem befürchten die Verbände, dass durch eine Zusammenlegung der Fachgerichtsbarkeiten für bestimmte Bevölkerungsgruppen wie Arbeitslose oder Rentner die Durchsetzung ihrer Ansprüche vor Gericht erschwert würde. Allein die Zahl der Verfahren im Zusammenhang mit der Arbeitsmarktreform Hartz IV vor deutschen Sozialgerichten hat sich in den vergangenen drei Jahren mehr als verdoppelt *(einblick 3/2008)*.

Angesichts der geplanten Änderungen am Sozialgerichtsgesetz sprechen sich DGB und Sozialverbände außerdem dagegen aus, weitere Hürden im Prozessrecht einzuziehen, die ohnehin benachteiligten Gruppen den Weg vor Gericht verbauen. Dazu gehöre etwa die geplante Anhebung der „Berufungssumme" von 500 auf 750 Euro, die festlegt, ab welchem Streitwert ein Verfahren in die zweite Instanz gehen kann. Der höhere Betrag würde vielen Alg II-EmpfängerInnen eine Berufung unmöglich machen. Auch die diskutierte Einführung von Gerichtsgebühren stößt beim DGB auf Kritik. Das würde insbesondere diejenigen treffen, die am Existenzminimum leben und auf den Klageweg angewiesen sind, um im Streitfall ihren Rechtsanspruch auf staatliche Leistungen durchzusetzen. •

Weiterbildung

Rückgang gestoppt

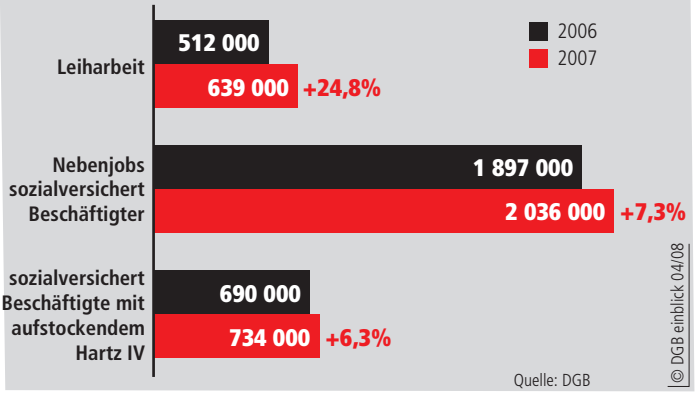
2007 haben 43 Prozent aller 19- bis 64-Jährigen an einer beruflichen oder allgemeinen Weiterbildung teilgenommen, zwei Prozent mehr als bei der letzten Erhebung 2003. Damit konnte erstmals der seit zehn Jahren zu beobachtende rückläufige Trend in der Weiterbildung gestoppt werden. Das geht aus der aktuellen Erhebung für das Berichtssystem Weiterbildung hervor, mit der das Bundesbildungsministerium alle drei Jahre die Weiterbildungsbeteiligung in Deutschland misst.

Trotz des leicht positiven Trends ist die Chance, an Weiterbildung teilzunehmen, in Deutschland aber nach wie vor von der schulischen und der beruflichen Ausbildung abhängig. 2007 haben nur 29 Prozent der 16- bis 64-Jährigen mit einem Hauptschulabschluss an einer Weiterbildung teilgenommen, bei Personen mit mittlerem Schulabschluss waren es dagegen 49 Prozent, bei Abiturienten und Hochschulabsolventen sogar 60 Prozent.

Im Schnitt lag der Umfang der beruflichen und allgemeinen Weiterbildung 2007 bei 40 Stunden. Bei 41 Prozent aller TeilnehmerInnen dauerte sie allerdings nicht länger als einen Tag. Nur bei jedem sechsten Teilnehmer (16 Prozent) waren es mehr als 40 Stunden. •

Atypische Beschäftigung boomt

Sozialversichert Beschäftigte in atypischen Beschäftigungsverhältnissen (Juni 2006 / Juni 2007)



Zwar hat der wirtschaftliche Aufschwung in 2006 und 2007 für einen kräftigen Anstieg der Zahl der sozialversichert Beschäftigten gesorgt – die Arbeitsplatzverluste der vorangegangenen Jahre konnten dadurch aber nicht ausgeglichen werden. Das zeigt eine aktuelle Auswertung der Beschäftigungsstatistiken durch den Bereich Arbeitsmarktpolitik beim DGB-Bundesvorstand. 2007 lag die Zahl der sozialversichert Beschäftigten immer noch 3,5 Prozent unter dem Stand von 2000. Überdurchschnittlich legten die Zahlen atypischer Beschäftigungsverhältnisse zu: Während es 2007 insgesamt nur 1,9 Prozent mehr sozialversichert Beschäftigte als 2006 gab, stieg etwa die Zahl der LeiharbeiterInnen im selben Zeitraum um fast 25 Prozent.

Ein-Euro-Jobs

IAB zweifelt an Wirkung

Quantitativ sind Ein-Euro-Jobs das wichtigste Instrument der Hartz-Reformen. Allein 2007 wurden mehr als 750 000 Alg II-EmpfängerInnen in die staatlich geförderten Beschäftigungsverhältnisse mit Mehraufwandsentschädigung vermittelt. Dennoch bleibt zweifelhaft, dass die Ein-Euro-Jobs ihr eigentliches Ziel erreichen, die Vermittlungschancen von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt nachhaltig zu erhöhen.

Eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) kommt sogar zu einem negativen Ergebnis: Nur bei Frauen konnten die IAB-ForscherInnen in den ersten 20 Monaten nach Beginn eines Ein-Euro-Jobs einen leicht positiven Eingliederungseffekt nachweisen. Die Wahrscheinlichkeit, nach der Maßnahme eine ungeförderte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu finden, lag für sie im Westen um ein Prozent höher als bei Nicht-Teilnehmerinnen – im Osten um drei Prozent. Bei Männern und bei den unter 25-Jährigen lag der Effekt hingegen bei nahe Null.

Zudem belegt die Studie, dass die Ein-Euro-Jobs nicht zu einer Vermeidung von Bedürftigkeit führen. Zwei Jahre nach Aufnahme des Jobs liegt die Quote der TeilnehmerInnen, die nicht mehr auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind, lediglich um zwei bis drei Prozent niedriger als die von Nicht-TeilnehmerInnen. Einer der Gründe hierfür könnte laut IAB in der disziplinierenden Wirkung der Ein-Euro-Jobs liegen: Deren TeilnehmerInnen würden bei der Annahme einer neuen Stelle eher als andere ihre Lohnansprüche zurücksetzen, schlechter bezahlte Jobs akzeptieren und damit ergänzendes Arbeitslosengeld beziehen müssen. •

Erweiterung des Entsendegesetzes

Stunde der Trickser

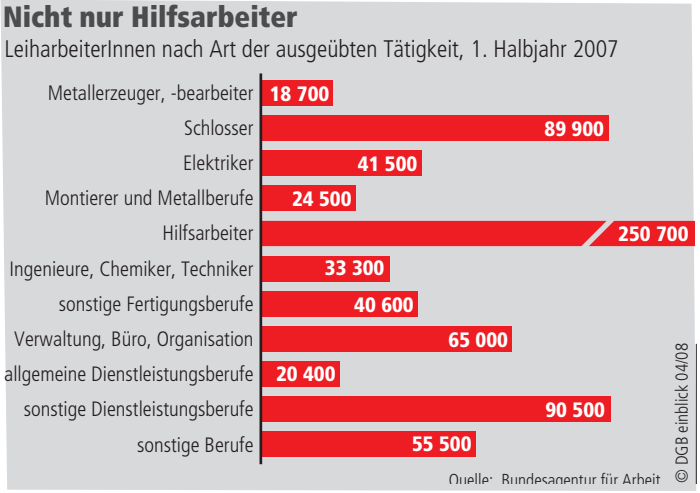
Bis Ende März haben Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften Zeit, die Aufnahme ihrer Branche in das Entsendegesetz zu beantragen. Doch bereits jetzt zeichnet sich ab, dass der großen Koalition ein gemeinsamer Wille zur Festsetzung von Mindestlöhnen in weiteren Branchen fehlt. Stattdessen schlägt in der Union die Stunde der Trickser.

Der Antrag, den der Bundesverband Zeitarbeit (BZA), der Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (IGZ) und der DGB am 11. Februar Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) übergeben haben, lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Gemeinsam fordern Arbeitgeber und Gewerkschaften, dass die Leiharbeitsbranche in das Entsendegesetz aufgenommen wird. Die unterste Lohngruppe von 7,51 Euro, auf die sich die Tarifparteien bereits im vergangenen Jahr für die Zeit ab November 2008 verständigt haben, soll für allgemeinverbindlich erklärt werden. Beide Tarifparteien wollen damit ein ruinöses Lohndumping verhindern, das der Zeitarbeitsbranche durch die möglicherweise ab 2009 auch in Deutschland geltende Freizügigkeit für ArbeitnehmerInnen aus den EU-Beitrittsländern droht.

Mit dem gemeinsamen Antrag erfüllen die Tarifparteien die Bedingungen zur Aufnahme in das Entsendegesetz, auf die sich Union und SPD auf ihrer Meseberger Koalitionsklausur verständigt hatten. Ihr Antrag basiert auf einem Tarifvertrag, der für gut zwei Drittel aller Beschäftigten in der Branche gilt. Doch kaum lag der Antrag vor, rührte sich massiver Widerstand in der Union. „Wir wollen vorhandene Tarifverträge nicht durch staatliche Regelungen ersetzen", erklärte Unions-Geschäftsführer Norbert Röttgen (CDU). Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gab ihre Bedenken zu Protokoll. Argumentativ unterfüttern führende UnionspolitikerInnen ihren Widerstand mit einem Hinweis auf einen vom Arbeitgeberverband Mittelständischer Personaldienstleister (AMP) mit der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit (CGZP) geschlossenen konkurrierenden Tarifvertrag. Die christlichen Zeitarbeitsgewerkschaften verfügen kaum über Mitglieder und stehen deshalb bei Arbeitsgerichten im Verdacht, nicht über die zum Abschluss von Tarifverträgen notwendige Tarifmächtigkeit zu verfügen *(einblick 3/2008)*. Ihr Vorteil besteht aus Unionssicht wohl darin, dass der von den christlichen Gewerkschaften abgeschlossene Tarifvertrag niedrigere Löhne vorsieht. Bei den Briefdienstleistungen war es der Union nicht gelungen, die Festsetzung eines Mindestentgelts mit Hilfe von Konkurrenztarifverträgen arbeitgebernaher Gewerkschaften zu verhindern. Jetzt versucht sie das bei der Zeitarbeit erneut.

Ob die Rechnung aufgeht, ist allerdings zweifelhaft. Denn die Hinhaltetaktik, mit der die Union in immer neuen Branchen versucht, die Forderung der Tarifparteien nach Aufnahme in das Entsendegesetz zu unterlaufen, könnte am Ende in eine „chinesische Tropfenfolter" münden, wie die *Süddeutsche Zeitung* meint. Bleibt die CDU/CSU bei ihrer Strategie, müsse sie „wieder und wieder die Kontroverse über den von ihr abgelehnten Mindestlohn von neuem führen", warnt die Zeitung. Das sei umso schmerzlicher, „als die Mehrheit der Deutschen allen Umfragen zufolge auch noch auf der Seite der Folterknechte steht".

Welche Dimensionen der Streit in den kommenden Monaten annehmen kann, zeigt sich bereits vor Ablauf der von der Koalition gesetzten Antragsfrist. Zwar verweigern in etlichen Branchen die Arbeitgeber bislang den Abschluss entsprechender Tarifverträge, auf der anderen Seite melden sich aber immer mehr Wirtschaftszweige, die dabei sein wollen. Das gilt zum Beispiel für die Weiterbildungsbranche, für Textile Dienste und die privaten Entsorgungsdienste ebenso wie für große Teile der Pflegedienstbranche. Und dort, wo sich die Arbeitgeber weigern, über die Aufnahme ins Entsendegesetz zu verhandeln, soll nach dem Willen der SPD das reformierte Mindestarbeitsbedingungengesetz greifen. •



In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Zahl der LeiharbeiterInnen fast verdreifacht, von 250 000 Beschäftigten (1998) auf 730 000 (2007). Leiharbeitskräfte gibt es in allen Branchen und Qualifikationen. Bei der Durchsetzung von Mindestlöhnen kommt der Zeitarbeitsbranche deshalb ein zentraler Stellenwert zu.

Zu Lasten des Steuerzahlers

Kommt der Mindestlohn nicht, drohen dem Staat neue Milliardenlasten. Denn spätestens mit der Freizügigkeit für die ArbeitnehmerInnen aus den neuen osteuropäischen EU-Ländern könnten zum Beispiel Leiharbeitsunternehmen Pflegekräfte aus der Slowakei engagieren und hierzulande mit Löhnen unterhalb des Existenzminimums abspeisen. Für den Rest müsste der Staat durch aufstockende Hartz-IV-Leistungen geradestehen, befürchtet der frühere parlamentarische Staatssekretär Gerd Andres (SPD).

Auch der DGB warnt CDU und CSU vor den absehbaren Folgen ihrer Blockadepolitik. Die Union übersehe, „dass spätestens ab 2009 oder 2011, wenn die volle Freizügigkeit der osteuropäischen Beitrittsländer gilt, ergänzendes Hartz IV auch für diese Niedriglöhner gezahlt werden muss, wenn sie in Deutschland gemeldet sind und Arbeit haben", erklärte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. „Dies können weder die öffentlichen Kassen aushalten, noch ist es gegenüber den Steuer zahlenden Arbeitnehmern zu verantworten, ein ganzes Heer von Niedriglöhnern – egal, welcher Nationalität – zu finanzieren", sagte Sommer.

PROJEKTE UND PARTNER

Master-Studiengänge

Studienfach Globalisierung

Wie Globalisierung sozialer gestaltet werden kann, ist das zentrale Thema der Global Labour University (GLU), die auf vier Kontinenten Master-Studiengänge zu „Labour und Globalization" anbietet. In Brasilien, Deutschland, Indien und Südafrika können sich Menschen aus Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen mit den sozialen und politischen Herausforderungen der Globalisierung auseinandersetzen. Bewerbungsschluss für die im September 2008 startenden Programme ist der 1. April.

Die Studiengänge wurden von mehreren Universitäten und Gewerkschaften aus aller Welt gemeinschaftlich entwickelt. Durchgeführt werden sie in Kooperation mit einem „GLU-Netzwerk". Deutsche Beteiligte sind etwa der DGB, das DGB-Bildungswerk, die Hans-Böckler-Stiftung und die Friedrich-Ebert-Stifttung. Gastdozierende von Partneruniversitäten und internationalen Organisationen ergänzen das Lehrangebot der teilnehmenden Hochschulen. Studierende können einen oder zwei Standorte des Netzwerkes wählen. Der Standort Deutschland (Kassel/Berlin) setzt Akzente im Bereich Global Governance und Makroökonomie. Witwatersrand (Südafrika) ist auf Fragen der Entwicklungspolitik spezialisiert. Der Schwerpunkt in Campinas (Brasilien) liegt auf der Analyse transnationaler Unternehmen. Beim Tata Institute (Indien) steht der Bereich der informellen Wirtschaft im Zentrum. •

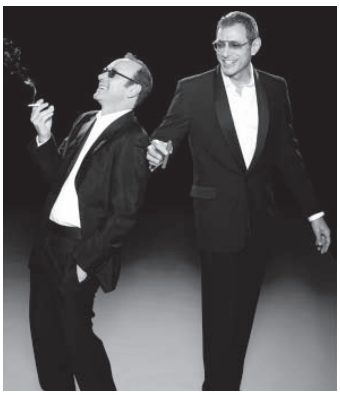
www.global-labour-university.org

Ruhrfestspiele 2008

Es war einmal in Amerika

Unter dem Motto „Es war einmal in Amerika – Ein Traum vom Theater" stehen in diesem Jahr die mehr als 230 Veranstaltungen der Recklinghäuser Ruhrfestspiele vom 1. Mai bis zum 15. Juni. Sechs Wochen lang sollen Theater, Kabarett, Musik und Lesungen an den verschiedenen Spielorten der Ruhrfestspiele für ausverkaufte Häuser sorgen. Eins der Highlights: die kontinentaleuropäische Premiere des Stücks „Speed-the-plow" von David Mamet (3. Mai). Neben dem zweifachen Oscarpreisträger Kevin Spacey wird der aus „Jurassic Park" und „Independence Day" bekannte US-Schauspieler Jeff Goldblum zu sehen sein.

Weitere Höhepunkte der Festspiele: das Theaterstück „Ein Mond für die Beladenen" von Eugene O`Neill, die Komödie „Happy End" mit dem deutschen Schauspieler Peter Lohmeyer und der Schauspielklassiker „Die Katze auf dem heißen Blechdach" von Tennessee Williams. Neben internationalen Stars treten während des Festivals viele prominente KünstlerInnen der deutschen Theater- und Kabarettszene auf – darunter Veronica Ferres, Ulrich Matthes, Iris Berben, Otto Sander und Ulrich Tukur. Das Kabarettprogramm verspricht mit dem mehrfach preisgekrönten Shootingstar Hagen Rether und den Altmeistern des deutschsprachigen Kabaretts, Werner Schneyder und Thomas Freitag, aktuelle und kritische Unterhaltung. •



Szene aus „Speed-the-plow"

www.ruhrfestspiele.de

interregio

••• Der ***DGB Niedersachsen*** fordert vom neu gewählten Landtag die Einsetzung einer ***Enquête-Kommission*** zur Aufarbeitung der niedrigen Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl vom 27. Januar. Nur noch 57,1 Prozent der Wahlberechtigten waren in Niedersachsen zur Urne gegangen – historischer Tiefstand für das Bundesland. „Das ist ein alarmierendes Zeichen für unsere Demokratie", erklärte der DGB-Landesvorsitzende Hartmut Tölle. Die Kommission soll deshalb analysieren, wie sich die große Gruppe der NichtwählerInnen zusammensetzt und konkrete Strategien zur Erhöhung der Wahlbeteiligung vereinbaren.

www.niedersachsen.dgb.de

••• Die ***DGB-Jugend Hamburg*** hat sich gegen den von Schulsenatorin Alexandra Dinges-Dierig (CDU) ins Gespräch gebrachten ***Samstagsunterricht*** an den Schulen der Hansestadt ausgesprochen. Besonders mit Blick auf SchülerInnen an Berufsschulen übt die Gewerkschaftsjugend Kritik an Dinges-Dierigs Vorstoß. Die Arbeitgeber könnten dann über die im Hamburgischen Schulgesetz vorgesehenen Mitwirkungsgremien Einfluss auf die Einführung von Samstagsunterricht an Berufsschulen nehmen – und so die Anwesenheitszeit der Azubis in den Betrieben erhöhen. Rund die Hälfte der Hamburger Auszubildenden kommt laut einer Umfrage der Handelskammer aus dem Umland. Eine Heimfahrt am Wochenende würde ihnen bei 5-Tage-Woche und Unterricht am Samstag „unmöglich gemacht", meint DGB-Jugendsekretär Olaf Schwede. Außerdem seien negative Auswirkungen einer 6-Tage-Woche für ehrenamtliches Engagement in Jugendverbänden und Sportvereinen absehbar.

www.dgb-hamburg.de

••• Die ***DGB-Jugend NRW*** macht mit ihrem ***Jugendreise-Programm*** „anders reisen" ein spezielles Angebot für SchülerInnen von Berufsschulen, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz gefunden haben. Für nur 199 Euro geht es 14 Tage auf die Nordseeinsel Norderney – An- und Abreise, Übernachtungen, Vollverpflegung (bei Mithilfe) und qualifizierte Betreuung inklusive. Der Gewerkschaftsjugend sei es wichtig, „dass die Jugendlichen, die auf dem Ausbildungsmarkt leer ausgegangen sind, trotz aller Schwierigkeiten nicht auf ihre Erholung" verzichten müssten, erklärt Jugendbildungsreferentin Vera Visser das Angebot. Weitere Informationen und das komplette Reiseangebot von „anders reisen" mit Highlights wie einer Skireise nach Oberösterreich:

Thomas Ziegler, DGB-Bezirk NRW
Tel. 0211/368 31 71
www.dgb-andersreisen.de

DGB Bildungswerk

Mit Recht gegen Diskriminierung

Bereits vor seinem Inkrafttreten im August 2006 war das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) massiver Kritik ausgesetzt – vor allem aus der Wirtschaft. Das DGB-Bildungswerk zieht jetzt nach rund anderthalb Jahren ein vorläufiges Resümee. Auf einer Tagung am 14. März in Düsseldorf diskutieren Betriebsräte, Vertrauensleute und Interessierte gemeinsam mit ExpertInnen die Frage: Ist das angebliche bürokratische Monster AGG bereits in der betrieblichen Praxis angekommen? Und wenn ja, wie wirkt es? •

www.migration-online.de

Interview mit DGB-Vorstand Dietmar Hexel

„Unsere Strategie ist klar“

Im November hat die Projektgruppe „Weiterentwicklung Organisationsstrukturen“ im Rahmen der Initiative Trendwende ihren Schlussbericht vorgelegt (einblick 22/07). Seitdem wird in DGB und Gewerkschaften darüber diskutiert, wie künftig die Arbeit in den DGB-Regionen aussehen soll. Im einblick-Interview erklärt Dietmar Hexel, Projektverantwortlicher und Mitglied im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand (GBV), wie die nächsten Schritte aussehen.

■ Das Projekt ist abgeschlossen. Was sind die wichtigsten Ergebnisse?

■ *Wir haben in dem gemeinsamen Projekt der Gewerkschaften innerhalb der Initiative Trendwende ein Konzept erarbeitet, wie in jedem Ort und in jedem politischen Kreis lebendige Gewerkschaftsarbeit stattfinden kann. In den Betrieben leisten das die Gewerkschaften. Sie konzentrieren sich auf Tarif- und Betriebspolitik und Mitgliederbetreuung. Außerhalb der Betriebe, in der Öffentlichkeit, in Schulen und Berufsschulen, ist der DGB das politische Sprachrohr für die gemeinsamen Anliegen aller Gewerkschaften. Er koordiniert die organisationspolitischen Themen.*

Der Projektbericht empfiehlt nun, Aufgaben und Ziele in den Regionen in Abstimmung mit den Gewerkschaften stärker als bisher zu konzentrieren. Das Ziel: weniger, aber besser. Zudem müssen wir uns in allen Gewerkschaften und dem DGB der Herausforderung stellen, dass die Ressourcen abnehmen. Wir haben dazu ein nachvollziehbares, einheitliches Modell zur Personal- und Ressourcenverteilung in den DGB-Regionen vorgeschlagen.

■ Ein Vorwurf lautet, die Umsetzung des Projektvorschlags würde die Regionen in den neuen Bundesländern benachteiligen.

■ *Das ist Unsinn. Im Osten sinkt die Zahl der Mitglieder – wie die der Arbeitnehmer – weit stärker als im Westen. Dem müssen wir uns stellen. Wir werden deshalb gerade im Osten die Ressourcen von DGB und Mitgliedsgewerkschaften so bündeln, dass wir in der Fläche präsent bleiben. Sachsen würde übrigens bei unserem Vorschlag bis 2010 nur eine Stelle zu Gunsten anderer verlieren.*

■ Wie sieht denn die Resonanz insgesamt aus?

■ *Zu den vorgeschlagenen Aufgaben und Zielen gibt es aus den Regionen und von den örtlichen Gewerkschaften überwiegend Zustimmung. Die Vorstände der Gewerkschaften geben ihre Stellungnahmen bis Ende März ab. Bei den Kritikern gibt es zurzeit, grob gesagt, zwei entgegengesetzte Meinungen. Die einen sagen, die Veränderungen gehen zu weit – sie wollen alles so lassen, wie es ist. Die anderen kritisieren, die Vorschläge seien nicht radikal genug. Unser Projekt macht ganz konkrete, durchgerechnete Vorschläge. Wir wollen behutsame und vor allem machbare Änderungen. Alle, die etwas anderes wollen, müssen sagen, wie das konkret aussehen soll. Eine allgemeine politische Debatte hilft nicht. Unsere Strategie ist klar: Die Gewerkschaften konzentrieren sich auf die Mitgliederwerbung und -betreuung, der DGB unterstützt sie und entlastet sie von anderen Aufgaben.*

■ Die Frage der Ressourcenverteilung scheint der Hauptkonflikt zu sein …

■ *Deshalb haben wir im GBV entschieden, die Diskussion zu entkoppeln. Wir werden jetzt erstmal über Aufgaben und Ziele diskutieren und im DGB-Bundesvorstand darüber entscheiden. Danach werden wir darüber beraten, wie die Ressourcenverteilung ab 2009 aussieht. Diese Trennung ist deshalb notwendig, damit die guten Ansätze aus den Pilotprojekten in den Regionen kontinuierlich weitergeführt werden können.*

■ Sind die Pilotprojekte beispielgebend für die künftige DGB-Arbeit in den Regionen?

■ *Ja. Die hervorragenden Ergebnisse aus den 20 regionalen Pilotprojekten müssen weitergeführt werden – in den beteiligten Regionen selbst und möglichst auch in vielen anderen. Die Pilotregionen können stolz auf ihre Ergebnisse sein. Sie zeigen den Weg: Wir brauchen insgesamt ein stärker mitgliederorientiertes Denken und Arbeiten sowie mehr Effektivität. Ich ermutige alle Regionen, diesen Weg konsequent weiter zu gehen. Wenn es zum Beispiel gelingt, mit noch mehr gemeinsamen regionalen Anlaufstellen von DGB und Gewerkschaften sowohl Ressourcen zu sparen als auch die Qualität des Mitgliederservices zu verbessern, wäre das fantastisch und fast revolutionär.*

■ Wie sehen die nächsten Schritte aus?

■ *2009 stehen die Organisationswahlen im DGB an. Dazu schreibt uns die Satzung bestimmte Strukturen und Fristen vor. Wir müssen jetzt mit der Umsetzung beginnen. Der GBV hat mit den Bezirksvorsitzenden verabredet, dass die Wahlen in den Regionen frühestens ab 1. September 2009 stattfinden werden. Bis dahin müssen notwendige Veränderungen in den jeweiligen Bezirken diskutiert und umgesetzt werden.*

Parallel werden wir auf Grundlage der Projektergebnisse und der Stellungnahmen von Gewerkschaften und DGB-Gliederungen mehrere Richtlinien für die Geschäftsführung im Bund, den Bezirken und den Regionen entwickeln und dem DGB-Bundesvorstand vorlegen. Es wird auch eine Richtlinie für die Anforderungsprofile bei Wahlen und eine zur Ressourcenverteilung in Bezirken und Regionen geben. Ende 2008 sollen sie vorliegen.

Gleichzeitig wurde in einigen Gewerkschaften eine generelle Debatte über die Aufgaben des DGB auf der Ebene des Bundes und der Bezirke bzw. Länder begonnen. Dazu hat das Projekt nicht gearbeitet, weil es auch ausdrücklich keinen Auftrag dafür hatte. Wir müssen sehen, was diese Debatte ergibt. Der GBV wird sich – nach Diskussion mit den Bezirksvorsitzenden – mit eigenen Vorschlägen in die Zukunftsdebatte des DGB einbringen. Ich warne aber vor Schnellschüssen. An den Aufgaben und Zielen der Regionsarbeit wurde zwei Jahre gearbeitet. Das Gesamtthema ist sehr komplex. ●

Pilotprojekte

Wie kann angesichts knapper werdender Ressourcen gewährleistet werden, dass DGB und Gewerkschaften als Ansprechpartner vor Ort und als Akteure in der regionalen Struktur-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik präsent bleiben? Dazu hat die Projektgruppe „Weiterentwicklung Organisationsstrukturen“ Empfehlungen erarbeitet. Wichtige Grundlage dafür sind die Erfahrungen aus 20 Pilotprojekten, in denen neue Formen der Zusammenarbeit von DGB und Gewerkschaften sowie die Nutzung von Synergien entwickelt und erprobt wurden – von gemeinsamen Anlaufstellen über neue Formen der Kooperation zwischen DGB-Regionen und/oder örtlichen Gewerkschaften und gewerkschaftlicher Vorfeldarbeit in Schulen und Hochschulen bis hin zu organisations- und ebenenübergreifenden Kompetenzcentern etwa zur Verkehrs- oder Bildungspolitik.

Eine ausführliche Dokumentation der Ergebnisse ist gerade erschienen. Einzelexemplare können unter trendwende@dgb.de bestellt werden.

Download: www.einblick.dgb.de

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Die von ver.di und dem Berufsverband für Pflegeberufe Ende 2007 gestartete Kampagne „Uns reicht's" hat über 100 000 Unterschriften für bessere Arbeitsbedingungen in der Pflegebranche gesammelt – Ende März sollen sie Bundeskanzlerin Angela Merkel übergeben werden.
www.pflege-uns-reichts.de

Die GdP fordert eine Debatte im Bundestag und eine breite öffentliche Diskussion über Pläne der EU-Kommission zur Registrierung von Ein- und Ausreisen in die Union. Themen wie etwa Datenspeicherungen berührten „zutiefst Fragen der Menschlichkeit" und bedürften eines „breiten Konsens" in der gesamten Bevölkerung.

Die Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE unterstützt den bundesweiten Wettbewerb „Büro & Umwelt", bei dem die umweltfreundlichsten Büros Deutschlands gesucht werden. Teilnahme bis zum 30. April unter:
www.buero-und-umwelt.de

Die GEW und der Verband Bildung und Erziehung (VBE) haben auf einer gemeinsamen Sitzung ihrer Vorstände vereinbart, künftig enger miteinander zu kooperieren. Bereits beim Weltkongress der Bildungsinternationalen (BI) im Sommer 2007 waren die beiden Mitglieder der BI übereingekommen, mit Blick auf Europa und die deutsche Bildungspolitik neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu suchen.

Demonstration

Europaweit gerechte Löhne

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) ruft für den 5. April zu einer Demonstration europäischer GewerkschafterInnen in der slowenischen Hauptstadt Ljubljana auf. Erwartet werden rund 50 000 TeilnehmerInnen aus den Mitgliedsorganisationen des EGB.

Mit der Kundgebung soll gegen sinkende Realeinkommen in vielen europäischen Staaten demonstriert werden. Der EGB will außerdem ein Zeichen für die Einführung von Mindestlöhnen in allen Staaten Europas setzen. Weitere Forderungen, die die Demonstration europaweit in die Öffentlichkeit rücken soll: Einkommensgleichheit von Männern und Frauen sowie ein Stopp von Armutslöhnen und Lohndumping.

Auch der Europäische Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst (EGÖD) ruft seine Mitgliedsverbände zur Teilnahme an der Demonstration in Ljubljana auf. Unter dem Motto „FAIR PAY" will der EGÖD sich für angemessene Einkommenssteigerungen für die Beschäftigten der öffentlichen Dienste in Europa einsetzen und dieser Forderung bei den öffentlichen Arbeitgebern Gehör verschaffen: Am Tag der Demonstration treffen die EU-Finanzminister in der slowenischen Hauptstadt zusammen. •

Infos zur Demonstration:
www.epsu.org/a/3581

Forum Zukunftsökonomie

Gutes Klima bei Unternehmen?

Bei einer Diskussionsveranstaltung mit dem Titel „Klimaneutrale Unternehmen – Problemlösung oder PR-Trick?" hat das Forum Zukunftsökonomie Mitte Februar Klimaschutzstrategien von Unternehmen genauer unter die Lupe genommen. Das Forum ist eine Medieninitiative von acht Zeitungen und Zeitschriften (darunter der *einblick*, *ver.di PUBLIK* und die *taz*), die sich kritisch in die Diskussion um die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen einmischen.

Tenor der Diskussion: Die Transparenz der eigenen Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz ist für Unternehmen das A und O. Nur wer seine Strategien offen kommuniziert, kann den Verdacht der klimapolitischen „Mogelpackung" entkräften und das Vertrauen der VerbraucherInnen gewinnen. Einig waren sich die TeilnehmerInnen der Diskussion auch darüber, dass Arbeitgeber ihre Beschäftigten in die Umsetzung von Klimaschutzkonzepten einbinden müssen, um die angestrebten Ziele glaubhaft im Unternehmen zu verankern.

Die Veranstaltung war der Start einer Reihe von Diskussionen, mit denen das Forum in diesem Jahr verschiedenen Aspekten gesellschaftlich verantwortlicher Unternehmensführung eine breitere Öffentlichkeit verschaffen will. Im Mittelpunkt weiterer Veranstaltungen werden etwa das nicht mehr nur im Lebensmittelhandel boomende „Discounter-Prinzip" oder das Thema „Gute Arbeit" stehen.

Das Forum verleiht in diesem Jahr außerdem zum zweiten Mal den „Preis der Arbeit" an Unternehmen, die ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung in besonderer Weise gerecht werden. Auch die LeserInnen des *einblick* sind dann aufgefordert, vorbildliche Unternehmen zu nominieren und den Preisträger mitzubestimmen. •

www.preis-der-arbeit.de

Grundrecht auf Ausbildung

Deutliches Signal

Bereits 2007 haben DGB-Jugend, Landesschülervertretungen und weitere Verbände eine Petition an den Bundestag gestartet, die sich für ein im Grundgesetz verankertes Recht auf Ausbildung einsetzt. Inzwischen sind für die im Rahmen der Initiative „Ausbildung für alle" auf den Weg gebrachte Aktion mehr als 60 000 Unterschriften zusammen gekommen. Ein deutliches Signal an die Politik, das jetzt auch die Abgeordneten des Bundestags beschäftigen wird: Mitte März werden die Initiatoren die Petition samt Unterschriften dem Petitionsausschuss übergeben. •



IG Metall

Querschnittsaufgabe „Gute Arbeit"

Das 2005 gestartete Projekt „Gute Arbeit" der IG Metall wurde Ende 2007 abgeschlossen – und wird jetzt zu einem Schwerpunkt der Gewerkschaftsarbeit aufgewertet. Der neu eingerichtete Funktionsbereich „Gesundheitsschutz und Arbeitsgestaltung" der IG Metall wird die Themen des Projekts als festes Arbeitsfeld fortführen. Die drei Ressorts des neuen Bereichs: Arbeits- und Gesundheitsschutz, Arbeitsgestaltung/Gute Arbeit und Behindertenpolitik. Bereits auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall im November hatten die Delegierten den Beschluss gefasst, an die Ansätze des Projekts anzuknüpfen und das Thema „Gute Arbeit" als „bereichsübergreifende Querschnittsaufgabe auszurichten". •

Frauenpolitische DGB-Initiative

Frauenarbeit ist mehr wert

Mit einer frauenpolitischen Initiative wollen DGB und Gewerkschaften für frischen Wind in der Chancengleichheitspolitik sorgen. DGB-Vize Ingrid Sehrbrock erklärt, weshalb auch heute eine solche Initiative unbedingt notwendig ist.

Am 8. März, dem Internationalen Frauentag, wird wieder in vielen Reden beklagt werden, dass Frauen in Deutschland am Arbeitsplatz nach wie vor eklatant benachteiligt werden – ob in Sachen Entgeltgleichheit, bei ihren Karrierechancen oder bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Einen Tag später geht man wieder zur Tagesordnung über und verliert das Thema schnell aus dem Blick. Das wollen wir Gewerkschafterinnen in diesem Jahr verhindern. Deshalb startet der DGB am 8. März gemeinsam mit den Mitgliedsgewerkschaften und weiteren Verbänden die frauenpolitische Initiative „Ich bin mehr wert". Denn die Diskriminierung der Frauen am Arbeitsplatz wie auch die geringe Wertschätzung weiblicher Arbeit sind ein Skandal, der sich nicht in Festtagsreden lösen lässt. **Den schönen Worten müssen endlich Taten folgen.**

Alle sind gefordert, zu handeln: Die Politik, die sich nicht auf den Fortschritten der letzten Jahre wie der Einführung des Elterngeldes ausruhen darf und weiter daran arbeiten muss, die Rahmenbedingungen für die Berufstätigkeit von Frauen tatsächlich zu verbessern – etwa durch einen Ausbau der Kinderbetreuung. **Die Wirtschaft,** die zwar einerseits die Fähigkeiten der „bestausgebildeten Frauengeneration aller Zeiten" gern nutzt, den Frauen aber weder gleiche Aufstiegschancen noch Bezahlung geschweige denn – außer in einzelnen „Leuchtturm-Unternehmen" – familiengerechte Arbeitszeiten und -bedingungen bietet. Und auch **die Gewerkschaften** wären gut beraten, das Thema Gleichstellung konsequenter als bisher in alle Politikfelder zu integrieren und neue Strategien zu entwickeln.

Das sind keine neuen Erkenntnisse: **In Sachen Gleichstellung bleibt der Fortschritt eine Schnecke.** Zwar ist die Berufstätigkeit von Frauen inzwischen eine Selbstverständlichkeit, die Doppelbelastung durch Job und Familienpflichten aber ebenso. Auf das Elterngeld folgt das „Eva-Prinzip", alte Klischees erleben trotz aller realen Veränderungen eine Renaissance. Frauen haben nach wie vor in der Arbeitswelt die schlechteren Karten. Es ist unglaublich, dass hierzulande Frauen im Vergleich zu den Männern europaweit fast am schlechtesten bezahlt werden: 22 Prozent liegen im Schnitt in Deutschland die Frauengehälter unter denen der Männer. Vermeintliche Frauenberufe werden schlechter entlohnt, Kompetenzen im sozialen oder kommunikativen Bereich, die man eher Frauen zuschreibt, in Tarifverträgen geringer bewertet. Frauen stellen 70 Prozent aller Niedriglöhner, und jede zweite arbeitet in Teilzeit.

Wir sagen: Frauenarbeit ist mehr wert! Und deshalb **dürfen wir nicht müde werden,** immer wieder die die alten, neuen Forderungen zur Gleichstellung der Frauen zu stellen. Wir brauchen Mindestlöhne, um Lohndumping zu verhindern, das gerade die große Zahl der im Niedriglohnbereich beschäftigten Frauen trifft. Wir fordern gleiches Entgelt für gleiche und gleichwertige Arbeit. Unsere frauenpolitische Initiative soll mit neuen Impulsen der „Schnecke Fortschritt" Beine machen. Ein Jahr lang wollen wir die Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt in der Öffentlichkeit thematisieren und Gegenentwürfe zu den gängigen Rollenbildern entwickeln. Wir sind überzeugt: Wer Gleichstellung ernst nimmt und nicht nur in Sonntagsreden propagiert, muss für Bedingungen sorgen, die eine freie **Entfaltung der individuellen Fähigkeiten und Lebensentwürfe** ermöglichen – unabhängig von Geschlecht oder Herkunft.

Ebenso wollen wir mit unserer Initiative berufstätige Frauen motivieren, selbstbewusster für ihre Rechte und ihre Selbstbestimmung einzutreten. Die Initiative **soll eine Einladung an alle Frauen sein,** der Politik, den Unternehmen und der Öffentlichkeit zu sagen, was sie wollen. Der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften bieten ihnen dafür eine Aktionsplattform. Davon können nicht nur die Frauen profitieren, sondern auch die Gewerkschaften. Frauen sind die Zukunft in der Arbeitswelt – die Wirtschaft hat das längst erkannt. Für die Zukunftsfähigkeit der Gewerkschaften ist es deshalb ganz wichtig, dass die weiblichen Beschäftigten sie mehr als bisher **als die Vertreterinnen der Interessen der Frauen wahrnehmen können.**

Ansatzpunkte gibt es genügend: Das reicht von einem größerem Engagement für die Entgeltgleichheit bis hin zu einer stärkeren Förderung von Betriebsräte-Netzwerken in Sachen Chancengleichheit. Und auch in den eigenen Reihen gibt es noch viel zu tun – von einer besseren Aufstiegsförderung für den weiblichen Nachwuchs bis hin zu familiengerechten Arbeitszeiten und -bedingungen auch für Gewerkschaftsfunktionäre. •

Start am 8. März

„Ich bin mehr wert" lautet auch das Motto der Gewerkschaften am Internationalen Frauentag 2008. Mit zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen geben Gewerkschafterinnen den Startschuss für die frauenpolitische DGB-Initiative. So werden in München symbolisch alte Frauenbilder



Ingrid Sehrbrock, 59, Mitglied im CDU-Vorstand und stellvertretende CDA-Vorsitzende, ist seit Mai 2006 als stellvertretende DGB-Vorsitzende auch für den Bereich Gleichstellungs- und Frauenpolitik zuständig.

ins Museum getragen, im Mittelpunkt der 8. März-Veranstaltung in Berlin wie auch in anderen Orten steht dagegen die zunehmende prekäre Beschäftigung von Frauen.

Thematisch setzt die Initiative von März bis Mai 2008 einen Schwerpunkt auf Entgeltgleichheit und Niedriglöhne von Frauen. Im Mittelpunkt der zweiten Phase von Mai bis September steht das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie, und von September 2008 bis März 2009 geht es vor allem um gleiche Karrierechancen für Frauen und Männer.

DGB-Aufruf zum 8. März 2008
www.einblick.dgb.de

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

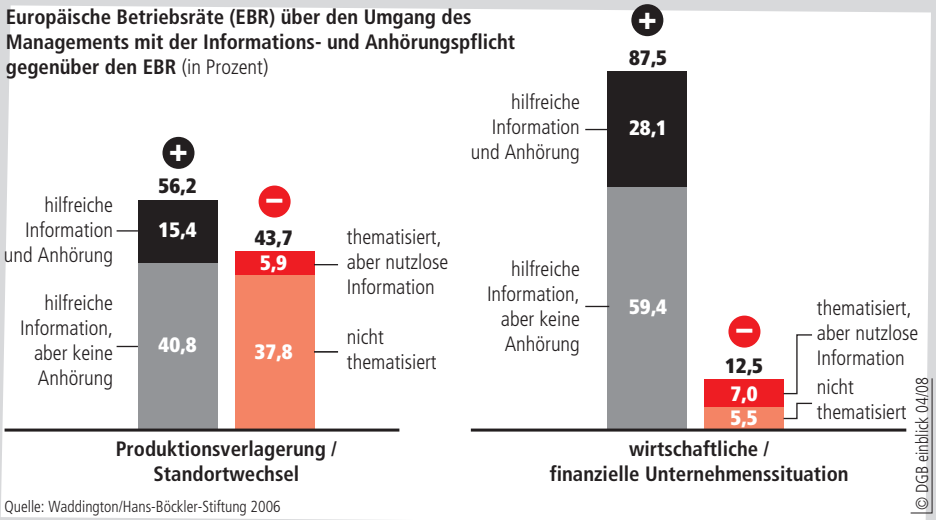
DIES & DAS

die DGB grafik

EUROPÄISCHE BETRIEBSRÄTE: Wichtiges Info-Instrument

Europäische Betriebsräte (EBR) können ein wichtiges Instrument für Arbeitnehmervertreter sein, um frühzeitig umfassende Informationen vom Management zu erhalten. Bei anstehenden Produktionsverlagerungen oder bei einem geplanten Standortwechsel empfindet laut einer Umfrage die Mehrzahl der EBR-Mitglieder den Informationsfluss als „hilfreich". Und es geht noch besser – bei Infos zur wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Unternehmens sind es fast 90 Prozent.

Europäische Betriebsräte (EBR) über den Umgang des Managements mit der Informations- und Anhörungspflicht gegenüber den EBR (in Prozent)



Quelle: Waddington/Hans-Böckler-Stiftung 2006

14 TAGE

25.2. Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „CSR – zwischen freiwilligem Engagement und gesetzlichem Rahmen", Kassel

26.2. DGB Thüringen, „Föderalismusreform – wie weiter in Thüringen?", Tagung zur Reform des Beamtenrechts, Erfurt

26.2. IG Metall Berlin, „Berlin im Plus" – Auftakt zum Projekt Leiharbeit, Berlin

27.2. DGB Sachsen, Seniorenpolitische Konferenz, Leipzig

29.2.-1.3. GEW, Konferenz „Perspektiven einer beruflichen Bildung für alle – im europäischen Bildungsraum", Hamburg

1.3. DGB Baden-Württemberg, Dritter Arbeitnehmerinnen-Empfang, Stuttgart

4.3. ver.di und Hans-Böckler-Stiftung, Workshop „Unternehmensstrategien gegen Betriebsräte – der Fall Schlecker", Berlin

5.3. DGB-Bundesausschuss, Berlin

8.3. Internationaler Frauentag

9.3. DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, SPD Braunschweig, Gedenkkolloqium „75 Jahre Besetzung des Volksfreund-Hauses", Braunschweig

10.3. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung, „Behandlung von Jahresabschlüssen im Prüfungsausschuss und im Aufsichtsrat", Hannover

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Harald Lötsch **Redaktion:** Udo Böhlefeld (verantwortlich für diese Ausgabe), Anne Graef, Stephan Hegger, Timm Schneider **Redaktionelle MitarbeiterInnen:** Lena Clausen, Norbert Hüsson **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

personalien

••• ***Karin Alleweldt,*** 51, Referatsleiterin des DGB für die gewerkschaftlichen Beziehungen zu den Staaten Mittel- und Osteuropas, das Netzwerk der Ostsee-Anrainerstaaten und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, ist am 19. Februar nach langer, schwerer Krankheit verstorben. Die Sozialwissenschaftlerin war zunächst Referentin der damaligen ÖTV, bevor sie 1996 zum DGB kam.

Tipp

Buch: ***Tanja Mühling, Harald Rost (Hrsg.), Väter im Blickpunkt – Perspektiven der Familienforschung, Verlag Barbara Budrich, Opladen 2007, 273 Seiten, 19,90 Euro***

Männliche Patriarchen und „Bestimmer" sind out, auch wenn sie hier und da noch vorkommen. Verstärkt neue Väter in den Blick nimmt das Buch aus dem Budrich-Verlag. Vom Kinderwunsch bei Männern über Väterhandeln im Alltag bis zu (Zeit-)Konflikten zwischen Job und Kind reicht das Themenspektrum. Die AutorInnen befassen sich schon einige Zeit mit dem Forschungsgebiet, sie haben dennoch Neues zusammengetragen. Unbestritten, so das Fazit, ist der Wandel zu stärker familienorientierten Vätern. Jetzt muss nur noch die Arbeitswelt diesen Veränderungen folgen.

Schlusspunkt.

„Wenn es eine Trendsetterin für einen Linksruck in Deutschland gibt, dann ist es die Bundeskanzlerin"

Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit am 9. Februar in der Berliner Zeitung über den unmittelbar nach der Bundestagswahl eingeleiteten Kurswechsel von Angela Merkel

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 10.03.2008 5/08

DGB

inhalt

Seite 3
Arbeitgeber sperren sich
Fast alle sind sich einig, dass die EU-Richtlinie zu Europäischen Betriebsräten modernisiert werden muss. Nur die Arbeitgeber wollen keine neue Regelung

Seite 5
Work-Life-Balance
Eine Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit zeigt: Gute Arbeit ist familienfreundlich

Seite 7
Länger gemeinsam lernen
Immer noch bestimmt die soziale Herkunft von Kindern ihre Bildungschancen. DGB-Schulexperte Ulrich Nordhaus zeigt, wie sich das ändern lässt

Fachkräftemangel

Kurzsichtige Personalplanung

Es ist schon gute Tradition: Pünktlich zur Computer- und Technikmesse CeBIT in Hannover klagt die Wirtschaft über einen Mangel an Fachkräften in den IT- und Technologiebranchen. In diesem Jahr meldet sich der Verein Deutscher Ingenieure (VDI) zu Wort. VDI-Direktor Willi Fuchs zählt 30 000 offene Stellen für IngenieurInnen und InformatikerInnen, die nur schwer besetzt werden könnten. Der Mangel an technischen Fachkräften lähme zunehmend den Standort Deutschland, meint Fuchs und liefert das passende Drohszenario gleich mit: Das könne verstärkte Produktionsverlagerungen ins Ausland bedeuten.

Ein „Nationaler Technikrat" – so Fuchs' Forderung – solle sich des Problems annehmen und vor allem drei Aspekte ins Auge fassen: mehr Technik- und Informatikunterricht an Schulen, vereinfachte Zuwanderung für hoch qualifizierte ausländische ArbeitnehmerInnen und systematische Weiterbildung.

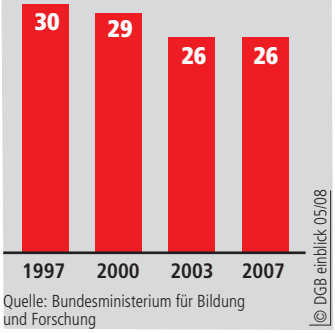
Zumindest um Letzteres hätte sich die Wirtschaft in den letzten Jahren selbst verstärkt bemühen können – eine echte Aus- und Weiterbildungsoffensive blieb aber aus. Immer weniger Beschäftigte haben in Deutschland an einer beruflichen Weiterbildung teilgenommen. Das liegt nicht an fehlendem Interesse der Beschäftigten: Fast 70 Prozent bemängeln laut einer kürzlich vorgestellten Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit, dass sie sich zwar weiterbilden möchten, jedoch kaum oder gar keine konkreten Angebote ihres Arbeitgebers erhalten. Auch bei der Ausbildung hinken gerade die Branchen hinterher, die einen Fachkräftemangel beklagen: In der Softwareentwicklung und -beratung, in der Elektrotechnik- und der Feinmechanik-Branche lagen die Ausbildungsquoten laut Berufsbildungsbericht 2007 jeweils unter dem Durchschnitt.

Der drohende Fachkräftemangel ist hausgemacht. „Ein Engpass bei qualifizierten Arbeitskräften ist mit auf eine kurzsichtige Personalplanung zurückzuführen", sagt Wilhelm Adamy, Bereichsleiter für Arbeitsmarktpolitik beim DGB-Bundesvorstand. In der Maschinenbau- und Elektroindustrie sowie in der IT-Branche stoße bei einer konjunkturellen Belebung die Zahl der betrieblich selbst ausgebildeten Arbeitskräfte wie in den vergangenen Jahren „schnell an Grenzen". Zwar habe zweifelsohne ein Teil der Unternehmen aktuell Probleme bei der Suche nach geeigneten AkademikerInnen, bestätigt Adamy. Trotzdem sei „dieser Arbeitsmarkt noch längst nicht leer geräumt". Allein im vergangenen Jahr hätten sich 51 000 Ingenieure neu arbeitslos gemeldet.

Der DGB fordert außerdem, verstärkt die Kompetenzen von qualifizierten Frauen und Älteren zu nutzen und diese in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Ähnlich will der IT-Arbeitgeberverband BITKOM die Branche in die Pflicht nehmen: Sie müsse den Berufszugang für Frauen erleichtern und mit einer besseren Nachwuchsförderung eigene Potenziale ausschöpfen. •

Quote stagniert

Anteil der 19- bis 64-Jährigen, die an einer beruflichen Weiterbildung teilgenommen haben (in Prozent)



Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung

Der Rückgang scheint gestoppt – trotzdem stagniert die Weiterbildungsbeteiligung auf niedrigem Niveau.

plusminusBERLIN

+ ***Bundespräsident Horst Köhler verlangt von der Politik mehr Engagement bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die derzeitige gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, dass Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte die Verlierer der Arbeitsmarktreformen seien.***

– ***Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) verweigert dem Europäischen Rechnungshof das Recht, in Deutschland Prüfbesuche durchzuführen, mit deren Hilfe der grenzüberschreitende Mehrwertsteuerbetrug eingedämmt werden soll. Die EU erwägt deshalb ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

http://blog.zeit.de/stoerungsmelder

„Störungsmelder – Wir müssen reden. Über Nazis." Internet-Blog gegen Neonazis

Hintergrund

www.einblick.dgb.de

„Gute Arbeit muss drin sein!" Aufruf des DGB zum 1. Mai

Mit Schwerpunkt AGG



Begründet von Prof. Karl Fitting. Von Dr. Gerd Engels, Ingrid Schmidt, Yvonne Trebinger und Wolfgang Linsenmaier
24. Auflage. 2008. XXXIV, 2.130 Seiten. In Leinen € 68,–
ISBN 978-3-8006-3379-1

Jetzt mit Schwerpunkt AGG!

Einen Schwerpunkt der 24. Auflage bilden die vielfältigen Auswirkungen des neuen Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) auf die Betriebsverfassung. Erläutert sind vor allem:

- Neue Grundsätze für die Behandlung der Betriebsangehörigen
- Organisationspflichten des Arbeitgebers
- Beschwerderecht der Beschäftigten
- Schadensersatzansprüche bei Diskriminierung
- Einschaltung von Arbeitsgerichten
- Überprüfung bestehender Vereinbarungen mit altersbezogenen Regelungen.

Außerdem berücksichtigt:

Alle weiteren Gesetzesänderungen, das bis Anfang 2008 veröffentlichte Schrifttum, über 200 neue Entscheidungen des BAG sowie wichtige Grundsatzentscheidungen der Instanzgerichte.

Bestellen Sie bei Ihrem Buchhändler oder bei:
beck-shop.de oder Verlag Vahlen · 80791 München · **Fax: 089/38189-402** · www.vahlen.de

VERLAG VAHLEN MÜNCHEN

Preis inkl. MwSt./151209

Steuerhinterziehung

Mehr Personal gefordert

Angesichts des jüngsten Skandals um Steuerflucht nach Liechtenstein hat der DGB ein gewerkschaftliches Positionspapier mit Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung vorgelegt.

Wesentliche Forderung ist mehr Personal in der Finanzverwaltung und für die Bereiche von Polizei und Justiz, die sich mit Steuer- und Wirtschaftskriminalität befassen. Außerdem müsse stärker gegen „Steueroasen" vorgegangen werden. So sollte etwa die EU-Richtlinie zur Zinsbesteuerung künftig auch für die britischen Kanalinseln, Andorra oder Monaco gelten. Staaten, die dabei nicht kooperieren wollen, solle deutlich gemacht werden, dass dann Privilegien in der Kooperation mit der EU in Gefahr seien – wie zum Beispiel beim zollfreien Zugang zu den Märkten der Union.

Außerdem fordert der DGB eine Aufhebung des Bankgeheimnisses: Banken und andere Finanzdienstleister sollen verpflichtet werden, von ihnen ausgezahlte Erträge an in- und ausländische Kapitalanleger den Finanzämtern mitzuteilen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen würden nicht nur ein höheres Maß an Steuergerechtigkeit gewährleisten, sondern führen nach Berechnungen des DGB auch zu Steuermehreinnahmen in zweistelliger Milliardenhöhe. •

Download des Positionspapiers: www.einblick.dgb.de

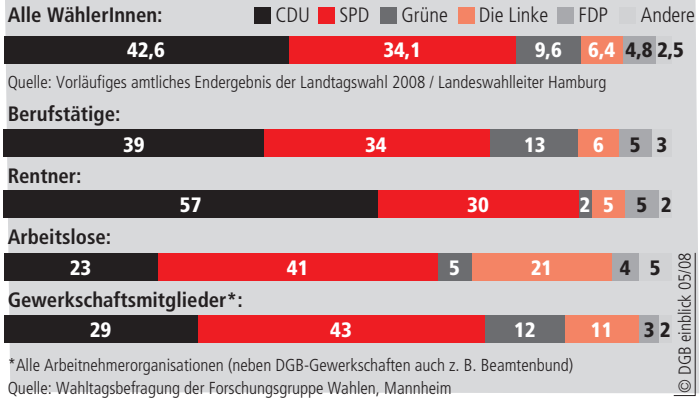
Pflegekompromiss

Kritik vom DGB

Der DGB hat den Kompromiss der großen Koalition zu Pflege-Beratungsstellen kritisiert. Er sieht vor, dass die Bundesländer deren Einrichtung beantragen müssen – ob sie das tun, ist fraglich. Der DGB fordert, beim Pflegekompromiss nachzubessern und für ein einheitliches Angebot zu sorgen. Außerdem schlägt der Gewerkschaftsbund einen „Innovationspreis Pflege" vor, der vorbildliche Projekte von Kommunen auszeichnet. •

Linke punktet bei Arbeitslosen

Stimmenanteile bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg vom 24. Februar 2008 nach Erwerbsstatus und Gewerkschaftsmitgliedschaft (in Prozent)



Großer Gewinner der Bürgerschaftswahl in Hamburg ist die Partei Die Linke – sie konnte gegenüber der letzten Hamburg-Wahl 2004 in allen sozialen Gruppen zulegen. Besonders hoch fiel ihr Votum bei den Arbeitslosen aus: 21 Prozent von ihnen entschieden sich für die Linkspartei. Auch unter den Gewerkschaftsmitgliedern ist mit 11 Prozent die Zustimmung für die Linke überdurchschnittlich hoch. Insgesamt liegt das Votum der gewerkschaftlich organisierten WählerInnen bei der Bürgerschaftswahl aber voll im Trend: Leichte Gewinne für die SPD (+ 1 % gegenüber 2004) und hohe für die Linke (+ 11 %), höhere Verluste für die CDU (- 5 %) und geringere für die Grünen (- 1 %). Das hat die Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, ergeben.

Europäische Betriebsräte

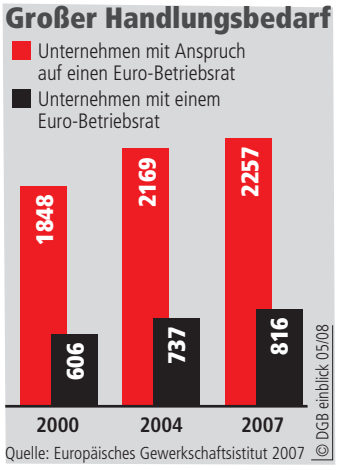
Arbeitgeber wollen keine neue Regelung

Was lange dauerte, kommt nun endlich ins Laufen: Die EU-Kommission unternimmt einen neuen Versuch, die Richtlinie zu den Europäischen Betriebsräten (EBR) zu modernisieren.

Der Fall Nokia hat gezeigt: Eine Revision der EBR-Richtlinie ist mehr als überfällig. Darin sind sich alle einig – die EU-Kommission, das EU-Parlament und die Gewerkschaften, nur die Arbeitgeber wehren sich vehement dagegen. Die EU-Kommission will, dass die Euro-Betriebsräte mehr Rechte erhalten. Deshalb hat sie die europäischen Sozialpartner – den Arbeitgeberverband Businesseurope und den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) – aufgefordert, mitzuteilen, ob sie über eine Neufassung verhandeln wollen. Die Kommission möchte mit einer neuen Richtlinie vor allem erreichen, dass das Recht auf eine staatenübergreifende Unterrichtung und Anhörung der ArbeitnehmerInnen wirkungsvoller als bisher sichergestellt wird.

Ohne Frage – die derzeit 820 Europäischen Betriebsräte können einiges erreichen. So ist es vor allem ein Erfolg des EBR von General Motors, dass im letzten Jahr die geplante Schließung des Standorts Antwerpen verhindert werden konnte. Gemeinsame Strategien statt Standortkonkurrenz: Von RWE Energy bis zu Thyssen Krupp gelang es den ArbeitnehmervertreterInnen in vielen europäischen Konzernen mit dem Management Vereinbarungen zu treffen, die die Möglichkeiten und Rechte des EBR über die gesetzlichen Vorgaben hinaus erweitern. Auch bei Nokia: Dort hatte sich das Management 2002 unter anderem dazu verpflichtet, den EBR regelmäßig über die Perspektiven des Konzerns zu informieren, insbesondere in Hinblick auf Produktion, Beschäftigung, Rentabilität und Kostenstrukturen. Dennoch wurde der EBR von der geplanten Werksschließung in Bochum weder rechtzeitig informiert noch fanden Anhörungen und Beratungen statt. Ein klarer Verstoß gegen die EBR-Richtlinie, gegen den die Gewerkschaften juristische Schritte prüfen.

Schon mehrfach waren EBR mit Klagen beim Europäischen Gerichtshof erfolgreich. Doch aus Sicht der EBR können weder Klagen noch freiwillige Vereinbarungen die überfällige Erweiterung ihrer Rechte ersetzen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften verlangen sie vor allem mehr Informations- und Anhörungsrechte, die Möglichkeit häufigerer Treffen, mehr Weiterbildung sowie die Herabsetzung der für die Gründung eines Europäischen Betriebsrats erforderlichen Belegschaftsgröße. Besonders schwierig sei es, in der Praxis zu beweisen, erklärt Werner Mönius, EBR-Vorsitzender von Siemens Europe, dass „eine Maßnahme länderübergreifende Auswirkungen hat". Die Beweislast müsse umgekehrt werden, die Konzernführung sollte belegen müssen, dass nur ein Land betroffen ist. Vorbild für die Erweiterung der Rechte könnten aus Sicht der EBR dabei die wesentlich weiter gefassten Mitbestimmungsregelungen in der Europäischen Aktiengesellschaft (SE) sein.



In gut einem Drittel der EBR-fähigen Konzerne existieren zurzeit Euro-Betriebsräte. Sie vertreten insgesamt die Interessen von etwa 14,5 Millionen Beschäftigten.

Auch Sozialkommissar Vladimir Špidla teilt die Ansicht, dass die EBR-Richtlinie weiterentwickelt werden muss: „Wir wollen juristische Unsicherheiten beseitigen und für Kohärenz der gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften sorgen." Aus Sicht von EGB und DGB gehen die Vorstellungen der EU-Kommission zur Revision in die richtige Richtung – von einer genaueren Definition der Begriffe „Information und Konsultation" über die Erweiterung der Mindeststandards von EBR bis hin zur Rolle der Gewerkschaften. Bis zum 2. April haben die europäischen Sozialpartner nun Zeit, eine Stellungnahme abzugeben und gegenüber der EU-Kommission zu erklären, ob sie Verhandlungen aufnehmen. Neun Monate hätten die Sozialpartner dann Zeit, zu verhandeln. Fraglich ist dabei, wie ernsthaft die Arbeitgeber tatsächlich an solchen Verhandlungen interessiert sind. Bereits 2004 und 2005 waren erste Anläufe der Kommission, die Richtlinie zu reformieren, insbesondere am Widerstand der Arbeitgeber gescheitert. Ihre ablehnende Haltung hat sich auch 2008 nicht geändert. „Wir sehen grundsätzlich keinen Bedarf, die EBR-Richtlinie zu revidieren", erklärt Ernest-Antoine Seillière, Präsident von Businesseurope. Auch der BDA hält eine Revision der EBR-Richtlinie für nicht erforderlich. Die Vorschläge der Kommission drohten die bewährte Praxis der EBR zu gefährden, sagt BDA-Expertin Eva Barlage.

Sollten die Sozialpartner keine Verhandlungen aufnehmen, will die EU-Kommission noch vor der Sommerpause einen eigenen Entwurf vorlegen. Der könnte dann bereits noch in diesem Jahr im EU-Parlament behandelt werden. •

Europäische Betriebsräte

Die geltende EU-Richtlinie zu den Europäischen Betriebsräten (EBR) wurde 1994 verabschiedet und 1996 in Deutschland in nationales Recht umgesetzt.

EBR-fähig sind alle Unternehmen ab 1000 Beschäftigten, die über Produktionsstandorte in mindestens zwei Mitgliedsstaaten mit jeweils 150 oder mehr MitarbeiterInnen verfügen. Für die Einrichtung eines EBR wird ein „Besonderes Verhandlungsgremium" gegründet, das Art und Weise der Zusammenarbeit festlegt. Die Rechte der EBR beschränken sich auf Information und Konsultation zu grenzüberschreitenden Themen, eine Mitbestimmung im Sinne des deutschen Betriebsverfassungsgesetzes gibt es nicht.

Seit 1999 ist eine Überprüfung der EBR-Richtlinie überfällig. Erst seit 2004 wird intensiver über eine Reform der EBR-Richtlinie diskutiert. Im April 2004 gab es eine erste Anhörung der Sozialpartner durch die EU-Kommission, die mit einem gemeinsamen Positionspapier zu Beispielen guter EBR-Praxis endete – auch weil die Arbeitgeber sich gegen eine Novellierung der Richtlinie aussprachen. Am 20. Februar 2008 hat die EU-Kommission die zweite Phase der Anhörung der Sozialpartner eingeleitet.

Mehr Infos und Links
www.einblick.dgb.de

PROJEKTE UND PARTNER

DVD über ErzieherInnen

Kein Traumjob

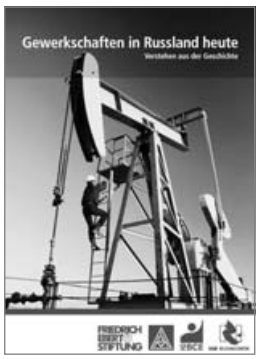
In den kommenden fünf Jahren müssen mindestens 100 000 zusätzliche ErzieherInnen eingestellt werden, wenn die Politik ihr Versprechen wahr machen will, für alle Kinder ab 2013 einen Krippenplatz zur Verfügung zu stellen. Dass es dabei nicht nur um mehr, sondern vor allem um bessere Betreuungsangebote geht, zeigt die von der GEW produzierte DVD „Traumjob Erzieherin. Bildung ist MehrWert". In dem fünfzehnminütigen Film berichten Erzieherinnen von ihrem Berufsalltag und über die Folgen unzureichender Personal- und Finanzausstattung vieler Kindertagesstätten. Der permante Mangel verhindere eine Umsetzung des eigenen Bildungsanspruchs. Und es kommen Prominente zu Wort. „Der Ausbau der Kinderbetreuung muss Hand in Hand gehen mit dem Ausbau der Qualität", fordert Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU). McKinsey-Direktor Jürgen Kluge plädiert für eine Aufwertung des ErzieherInnenberufs. Erforderlich sei nicht nur eine Bachelor-Ausbildung, wie sie mit Ausnahme von Österreich in allen anderen Ländern Zentraleuropas längst Standard ist, sondern auch eine Höhergruppierung der Beschäftigten. Und Bischöfin Margot Käßmann, deren Kirche als Träger von Kindergärten ein wichtiger Arbeitgeber von ErzieherInnen ist, fordert, dass sich bei der Bezahlung „dringend etwas ändert". Wir müssen weg vom Bild „Kinder betreuen kann doch jeder", meint Käßmann. Die DVD kostet 9,80 Euro inklusive Versand (für GEW-Mitglieder 7,50 Euro). •

Tel. 069 / 7 89 73 0; film@gew.de

Broschüre

Gewerkschaften in Russland

Über 70 Jahre waren in Russland freie Gewerkschaften unerwünscht, wurden die politischen Interessen der ArbeitnehmerInnen durch die kommunistische Partei definiert. Erst mit dem 1992 eingeleiteten Ende der Planwirtschaft konnten sich in Russland unabhängige Gewerkschaften entwickeln. Deren Startbedingungen waren allerdings schwierig: Die viel zu schnelle, sozial nicht abgefederte Einführung der Marktwirtschaft und die neoliberale Wirtschaftspolitik unter der ersten Jelzin-Regierung führte nicht nur zur Herausbildung einer kleinen Gruppe hyperreicher Oligarchen, sondern zur Verarmung breiter Bevölkerungsschichten. Viele Waren des täglichen Bedarfs wurden über Nacht nahezu unerschwinglich, die Inflation stieg auf 1000 Prozent im Dezember 1992.



Wie sich vor diesem Hintergrund überhaupt unabhängige Gewerkschaften bilden konnten und welche Einflussmöglichkeiten sie heute haben, zeigt die Broschüre „Gewerkschaften in Russland heute. Verstehen aus der Geschichte". Die gemeinsam von DGB-Bildungswerk, IG Metall, IG BCE und Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebene Dokumentation ist für Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre gedacht, deren Unternehmen geschäftlich in Russland tätig sind und die an der Entwicklung fairer Arbeitsbeziehungen in dem größten osteuropäischen Land interessiert sind. Die Broschüre gibt es kostenlos im Internet zum Download oder als Printprodukt für 3,50 Euro. •

www.einblick.dgb.de/links

WSI-Mitteilungen

Lohnspreizung wächst

In Deutschland ist in den vergangenen Jahren nicht nur die Lohnquote kontinuierlich zurückgegangen, sondern auch die Lohnungleichheit zwischen den abhängig Beschäftigten deutlich gestiegen. Das zeigt eine in den WSI-Mitteilungen (Heft 2/2008) veröffentlichte Analyse der Arbeitswissenschaftler Johannes Giesecke und Roland Verwiebe. So stieg bei den Männern in den alten Bundesländern der Lohn in der oberen Einkommensgruppe von 1998 bis 2005 von 22,50 Euro auf 24,00 Euro. In der untersten Einkommensgruppe sank der Stundenlohn dagegen von 9,00 Euro auf 8,80 Euro. Die Folge: 1998 war das Einkommen der Männer, die an der Schwelle zur Spitzengruppe der oberen zehn Prozent der Erwerbstätigen liegen, noch 2,5 mal so hoch wie das der gering Qualifizierten, die an der Schwelle zu den unteren zehn Prozent der Einkommensbezieher liegen. 2005 ist die Differenz auf den Faktor 2,71 gestiegen. Bei den Frauen stieg die Einkommensungleichheit ebenfalls: vom 1,64-fachen auf das 1,82-fache. Auch im Osten gibt es eine deutlich gewachsene Einkommensungleichheit, allerdings auf niedrigerem Niveau. Das Einzelexemplar der WSI-Mitteilungen kostet 7,50 Euro. •

Bestellung: www.wsi-mitteilungen.de

sichtweisen

Das Ende der Meeting-Euphorie

Typische Abstimmungskulturen und ihnen innewohnende widersprüchliche Kooperationsanforderungen in „modernen" Betrieben nimmt die ver.di Vortragsreihe sichtweisen anlässlich ihrer Veranstaltung am 19. März in der ver.di-Bundesverwaltung auf's Korn. Dabei zeigen die Forscherinnen Annegret Bolte, Judith Neumer und Stephanie Porschen vom ISF München die Probleme des Zeitfressers „Meeting"-Euphorie auf und stellen Gestaltungs- und Handlungsansätze für Interessenvertretungen und Personalabteilungen vor, mittels derer die Abstimmungskultur auf gesunde Füße gestellt werden kann. •

Anmeldung: sichtweisen@verdi.de

interregio

••• Der ***DGB Rheinland-Pfalz*** und der ***Luxemburgische Gewerkschaftsbund OGB-L*** haben in Bitburg ein ***gemeinsames Büro*** eröffnet und so ihre Kooperation weiter ausgebaut, die seit über 30 Jahren besteht. Schwerpunkt der Service-Stelle ist die Betreuung der über 21 000 BerufspendlerInnen der Region zwischen Trier und Luxemburg. Die GrenzgängerInnen erhalten Informationen und Hilfestellungen in arbeits-, sozial- und steuerrechtlichen Fragen.
Gemeinsames Büro von DGB und OGB-L, Tel. 06561 / 60 49 477

••• Der ***DGB Thüringen*** hat anlässlich des Internationalen Frauentags 2008 eine ***Studie*** zur „Prekären Beschäftigung von Frauen in Thüringen" vorgestellt. Die Zahl der Frauen, die in prekären Beschäftigungsverhältnissen tätig sind, steige kontinuierlich an. Gleichzeitig steige auch der Anteil der arbeitslosen Frauen. Die Frauen, die arbeiten, verdienen dabei rund ein Fünftel weniger als Männer. Da prekäre Arbeit durch fehlende soziale Absicherung und geringes Einkommen oft in die Armut führe, wandern insbesondere junge, gut qualifizierte Frauen aus Thüringen ab. Die Situation von Frauen in Thüringen müsse daher dringend verbessert werden.

www.thueringen.dgb.de

Work-Life-Balance

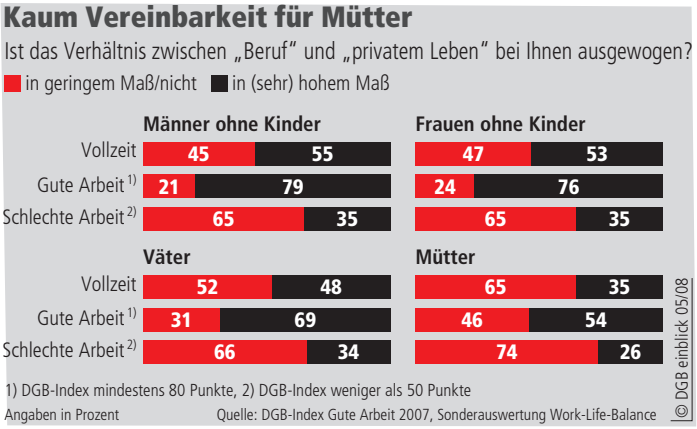
Gute Arbeit ist familienfreundlich

Wie gut es Beschäftigten gelingt, Beruf und Privatleben zu vereinbaren, hängt vor allem von der Qualität ihrer Arbeitsbedingungen insgesamt ab. Das zeigt die Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit 2007 zum Thema Work-Life-Balance.

Auf den ersten Blick sind die Ergebnisse besser als erwartet. Immerhin halten 58 Prozent der Beschäftigten das Verhältnis zwischen ihren beruflichen Anforderungen und ihrem privaten Leben für ausgewogen. Weniger als die Hälfte müssen unter Bedingungen arbeiten, durch die Familie, Freundschaft und Beruf zu kurz kommen.

Die Tücke liegt im Detail – wer hat, dem wird gegeben: Wer insgesamt seine Arbeitsbedingungen gut einschätzt, sieht auch eher ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem beruflichen und privaten Leben. Während 78 Prozent der Beschäftigten mit guter Arbeit mit ihrer Work-Life-Balance zufrieden sind, halten sie 60 Prozent der ArbeitnehmerInnen mit schlechten Arbeitsbedingungen für ungenügend. Vor allem Alleinerziehende und Alleinverdienende in Familien mit Kindern haben unter den heutigen Bedingungen die geringsten Chancen auf eine ausgeglichene Balance zwischen Beruf und Privatleben. Und je länger man arbeiten muss, umso schwieriger ist es, Beruf und Privatleben unter einen Hut zu bekommen. Sind die Befragten in Branchen mit einem hohen Anteil von Schicht-, Nacht- oder Wochenendarbeit, etwa im Gast- oder Verkehrsgewerbe, beschäftigt, fällt ihr Urteil viel negativer aus als in Branchen mit günstigeren Arbeitszeitmodellen wie etwa der öffentlichen Verwaltung.

DGB und Gewerkschaften haben gute Arbeit zu ihrer Schwerpunkt-Aufgabe erklärt – nicht nur mit dem diesjährigen 1. Mai-Motto. Dabei gehen die Gewerkschaften von einem umfassenden Begriff aus: Gute Arbeit ist würdige Arbeit ohne Diskriminierung, aber mit Beteiligung, sozialer Sicherheit, Entwicklungsmöglichkeiten und der Chance, Beruf und Familie zu vereinbaren. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer sieht sich durch die Sonderauswertung in diesem Ansatz bestätigt: „Gute Arbeit im weitesten Sinne ist gefragt."



Während kinderlose Frauen und Männer ihre Möglichkeiten, Beruf und Privatleben zu vereinbaren, ähnlich einschätzen, haben es berufstätige Mütter viel schwerer als Väter. Besonders gravierend sind in allen Gruppen die Unterschiede zwischen den Beschäftigten mit guter und schlechter Arbeit.

Der DGB-Index im Betrieb

Der DGB-Index Gute Arbeit soll auch ein Instrument sein, um die Qualität der Arbeit zu verbessern – gesamtgesellschaftlich, aber auch in einzelnen Branchen und Betrieben. Seit Ende 2007 bietet deshalb das dreiköpfige Team der Service- und Beratungsstelle zum DGB-Index Gute Arbeit betriebs- und branchenspezifische Auswertungen an. Unternehmen oder Betriebsräte können zudem Mitarbeiterbefragungen in Auftrag geben und auswerten lassen.

Betriebliche Anwendungen der Index-Umfrage sind ein präziser Gradmesser für die Qualität der Arbeit im bundesweiten Vergleich. „Die betrieblichen Akteure erhalten nicht nur ein klares Bild von der Qualität der Arbeit im eigenen Unternehmen, wir unterstützen sie auch dabei, Konsequenzen aus den Ergebnissen zu ziehen", erläutert Ralf Stuth, Geschäftsführer der DGB-Index Gute Arbeit GmbH. „Gut ist ein Unternehmen, das gute Arbeit fördert", beschreibt er die Prämisse. Projektmanagerin Anja Scholz ergänzt: „Wir wollen den Zusammenhang von guter Arbeit, Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit deutlich machen."

Das Angebot reicht von der Analyse der Arbeitsbedingungen und der Ermittlung von Potenzialen und Schwachstellen bis hin zur Unterstützung von Qualitätsmanagementprozessen und Beratung bei der Umsetzung der Ergebnisse. Die Service-Stelle verspricht passgenaue Anwendungen des Index, die Kosten für diese Dienstleistungen sind entsprechend des Aufwands differenziert. Die ersten betrieblichen Anwendungen des Index sind bereits in Arbeit.

DGB-Index Gute Arbeit 2008

Mit dem DGB-Index Gute Arbeit gibt es seit letztem Jahr erstmals ein Instrument, das umfassend die Qualität von Arbeit misst. Sein Maßstab: das Urteil der Beschäftigten.

Gemeinsam mit dem Internationalen Institut für Empirische Sozialökonomie (inifes) haben DGB und Gewerkschaften den Index im Rahmen der gewerkschaftlichen Initiative Trendwende entwickelt (einblick 16/07). Auf Grundlage einer repräsentativen Infratest-Umfrage unter mehreren tausend Beschäftigten soll er künftig jedes Jahr erhoben werden.

Ein zwiespältiges Bild zeichnete der Index 2007 von der Qualität der Arbeitsplätze hierzulande. Im Schnitt sind sie gerade noch Mittelmaß. Nur jeder achte Beschäftigte bewertet seine Arbeitssituation positiv, jeder dritte arbeitet unter miserablen Bedingungen mit hohen Belastungen und wenig Sicherheit. 58 Punkte erreichte der Index 2007 auf einer Skala von 0 bis 100.

Zurzeit laufen die Arbeitnehmer-Befragungen für den DGB-Index 2008. Er soll im Sommer veröffentlicht werden.

Mehr Infos:
www.dgb-index-gute-arbeit.de
Service- und Beratungsstelle DGB-Index Gute Arbeit:
info@dgb-index-gute-arbeit.de
Tel. 030 / 69 56 90 92

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Die IG BCE hat ein Positionspapier zu einer nachhaltigen Industrie-, Energie- und Klimapolitik veröffentlicht. Eine der Forderungen für den deutschen Energiesektor: ein Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, um eine größere Unabhängigkeit von Öl- und Gas-Importen zu erreichen.
www.igbce.de

Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union in ver.di (dju) unterstützt den internationalen Appell an den afghanischen Präsidenten Hamid Karzai, den 23-jährigen Journalisten Parwiz Kambakhsh freizulassen und das Todesurteil gegen ihn aufzuheben. Die Begründung eines afghanischen Ministeriumssprechers für das Todesurteil: Der Journalist habe „Ärger gemacht". Der Appell betont, dass die Menschenrechte in Afghanistan respektiert werden müssten, ebenso wie die Presse- und die Meinungsfreiheit.
www.dju.verdi.de

Die NGG fordert eine verpflichtende Nährwertkennzeichnung für Lebensmittel. Ein verständliches und differenziertes System solle über die Nährwerte und die Zusammensetzung der Lebensmittel informieren. Ergänzt werden müsse eine solche Regelung durch eine Sensibilisierung für die Themen Ernährung und Bewegung – bereits in Schulen und Kitas. Eine derzeit diskutierte „Ampel-Kennzeichnung" für „gute" und „schlechte" Lebensmittel lehnt die NGG ab.

Zerschlagung der Gewerkschaften

Gedenkveranstaltung zum Jahrestag

Der DGB erinnert am 2. Mai mit einer zentralen Veranstaltung im Konzentrationslager Sachsenhausen an die 75. Wiederkehr des Tages, an dem die Nationalsozialisten mit der Erstürmung von Gewerkschaftshäusern und der Verhaftung führender Gewerkschaftsfunktionäre mit der Zerschlagung der Gewerkschaften in Deutschland begannen. RednerInnen der um 14 Uhr beginnenden Gedenkveranstaltung sind neben dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer die Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, und der frühere SPD-Vorsitzende und Arbeitsminister Franz Müntefering. Im Anschluss an die Veranstaltung wird auf dem Gelände des Konzentrationslagers ein Gedenkstein für die von den Nationalsozialisten ermordeten GewerkschafterInnen enthüllt.

In einer vom DGB aus Anlass des 75. Jahrestags der Zerschlagung der Gewerkschaften herausgegebenen Erklärung heißt es: „Steigbügelhalter der Nazis waren Parteien, Politiker und nicht zuletzt Wirtschaftsführer, die damit eine bleibende Schuld auf sich geladen haben. Es gehört zur Tragik unserer Geschichte, dass auch Gewerkschaftsfunktionäre anfangs geglaubt hatten, sie könnten mit den Nazis zum Wohl der Arbeiterschaft zusammenarbeiten. Noch der 1. Mai 1933 wurde gemeinsam mit den Nazis begangen. Am 2. Mai kam für alle das böse Erwachen mit der Erstürmung der Gewerkschaftshäuser. Zielstrebig und gründlich zerschlug das NS-Regime die Arbeiterbewegung." •

Erklärung des DGB zum 2. Mai 1933: www.einblick.dgb.de/links

Gleichbehandlung

Frauen weiterhin benachteiligt

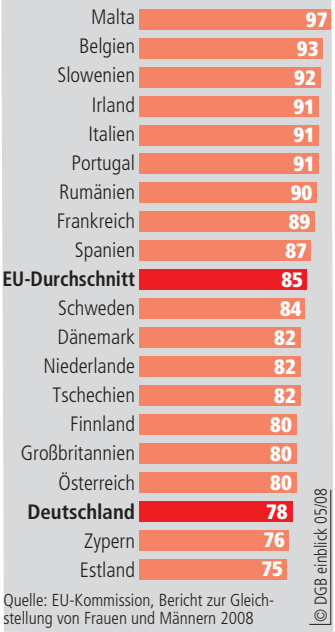
Nur in zwei Ländern der erweiterten Europäischen Union (Zypern und Estland) verdienen Frauen im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen noch weniger als in Deutschland. Das geht aus dem aktuellen Bericht der EU-Kommission zur Gleichstellung von Frauen und Männern hervor. Während im EU-Durchschnitt weibliche Beschäftigte 15 Prozent weniger verdienen, sind es in Deutschland 22 Prozent. Um das zu ändern, engagiert sich die frauenpolitische DGB-Initiative „Ich bin mehr wert" mit einer Serie von Aktionen dafür, die Entgeltunterschiede zwischen Frauen und Männern endlich konsequent zu reduzieren.

Unterstützt werden die Gewerkschaften dabei von einem breiten Bündnis weiterer Verbände: dem Deutschen Frauenrat, der Business Professional Women Deutschland (BPW), dem Deutschen Journalistinnenbund, dem Verband der medizinischen Fachberufe sowie dem Deutschen Akademikerinnenbund. Ein erster Höhepunkt der Zusammenarbeit: Am 15. April steht auch in Deutschland der internationale Aktionstag „Equal Pay Day" an. •

Download des Berichts der EU-Kommission: www.einblick.dgb.de/links

Bis zu einem Viertel weniger Lohn für Frauen

Durchschnittliches Einkommen von Frauen (in Prozent des durchschnittlichen Einkommens von Männern)



Quelle: EU-Kommission, Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern 2008

Eine vollständige Gleichbezahlung von Frauen und Männern ist in der EU nirgends erreicht – auch wenn Spitzenreiter Malta nah dran ist.

Demonstration

Für Mindestlöhne in Europa

Die Mobilisierung für die Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB) am 5. April in der slowenischen Hauptstadt Ljubljana läuft weiter: 50 000 TeilnehmerInnen aus den Mitgliedsorganisationen werden erwartet, um gegen sinkende Realeinkommen und für die Einführung von Mindestlöhnen in allen Staaten Europas zu demonstrieren.

Die Demonstration ist Teil der EGB-Kampagne „PAY CAMPAIGN" unter dem Motto „In die Offensive für faire Löhne". Weitere Ziele der Kampagne sind gleiche Entlohnung für Frauen und Männer sowie eine Begrenzung von Spitzeneinkommen.

Der DGB ist in Ljubljana mit dem Truck der Mindestlohn-Kampagne präsent, in dessen Innern eine Ausstellung für eine untere Lohngrenze von mindestens 7,50 Euro wirbt. Für alle deutschen TeilnehmerInnen der Demonstration übernimmt der DGB Bayern die Organisation der Fahrt nach Slowenien. •

Infos zur Anmeldung über den DGB Bayern: www.einblick.dgb.de/links

Mehr Infos zur Demonstration: www.etuc.org/a/4563

Schulpolitik

Länger gemeinsam lernen

Nicht erst seit den jüngsten Landtagswahlkämpfen steht Bildung weit oben auf der politischen Agenda. Trotzdem liegt im deutschen Schulsystem immer noch einiges im Argen, bestimmt der soziale Hintergrund weiterhin die Bildungschancen in erheblichem Maß. Die Gewerkschaften fordern deshalb „eine Schule für alle". Warum, erklärt DGB-Schulexperte Ulrich Nordhaus.

Die Bilanz unseres Schulsystems ist ernüchternd: Einige sammeln Zeugnisse und Diplome, **andere sammeln Niederlagen** – je nach sozialer Herkunft. In politischen Debatten hört sich das natürlich ganz anders an: Lernen muss frühzeitig beginnen, Kinder müssen individuell gefördert und ihre Leistungsbereitschaft gestärkt werden. Solche Forderungen fehlen in keiner Rede zur Schulpolitik und sollen offenbar pädagogischen Sachverstand unter Beweis stellen.

Bildung wird als volkswirtschaftliches Kapital herausgestellt, das allerdings bei klammen öffentlichen Kassen stärkere finanzielle Eigenleistung erfordere. **Wer die Finanzierungsfrage verstecken will,** spricht stattdessen von Stärkung der Eigenverantwortung. Gemeint ist natürlich der Griff ins Portemonnaie der Eltern. Kindergartenbeiträge werden erhoben und Leihgeld für Schulbücher eingeführt. Zur Forderung nach mehr Eigenverantwortung gesellt sich dann auch noch die nach mehr Eigeninitiative der Eltern: Fördervereine gründen und Klassenräume streichen.

Nichts gegen Initiative und Verantwortung, wenn sie nicht gleichzeitig zur zunehmenden Privatisierung bislang steuerfinanzierter Ausgaben führt. Der jüngste Coup: Um die öffentlichen Haushalte zu entlasten und der Wirtschaft schneller den Nachwuchs zur Verfügung zu stellen, wurde die gymnasiale Schulzeit auf acht Jahre verkürzt. Das erhöhe die internationale Wettbewerbsfähigkeit und erspare einige Millionen Euro jährlich, so die Argumentation.

Im heutigen Bildungssystem bestehen vor allem die Kinder, die intensive Unterstützung erhalten. **Über drei Milliarden Euro** legen Deutschlands Eltern jährlich **für den Nachhilfeunterricht** auf den Tisch. Nachhilfeschüler kommen aus jeder Altersstufe – schon Grundschüler nehmen Extrastunden, um die Empfehlung für das Gymnasium zu schaffen. Inzwischen hat sich neben den öffentlichen Schulen ein privates Nebenschulsystem etabliert. Ein lukrativer Markt für die rund 4000 Nachhilfeinstitute. Und wenn es im öffentlichen Schulsystem nicht klappt, geht es für privilegiertere Kinder ab zur Privatschule. Knapp 640 000 junge Menschen besuchten im Schuljahr 2005/06 eine allgemein bildende Schule in freier Trägerschaft. Im Schnitt öffnet in Deutschland eine Privatschule pro Woche ihre Pforten.

Der Siegeszug der Privaten **unterstützt die Spaltung eines ohnehin schon ungerechten Bildungssystems** in Arm und Reich: Der Staat gewährleistet nur noch eine mehr schlechte als rechte Grundversorgung, für alles Weitere müssen die Eltern selbst zahlen.



Ulrich Nordhaus, 47, ist als Referatsleiter beim DGB-Bundesvorstand zuständig für Schulpolitik und koordiniert die gewerkschaftliche Initiative „Schule und Arbeitswelt".

Die soziale Herkunft, insbesondere der Bildungsgrad der Eltern, **entscheidet in Deutschland noch immer über den Bildungsweg** und darüber, wer ein Studium aufnimmt oder nicht. Im Jahr 2005 schafften 83 von 100 Akademiker-Kindern den Sprung an die Hochschule, aber nur 23 von 100 Kindern aus Familien ohne akademische Tradition.

Beim Blick auf die erfolgreichen PISA-Länder fällt auf, dass gerade die Schulsysteme die besten sind, in denen leistungsstärkere und leistungsschwächere Schüler möglichst lange gemeinsam unterrichtet werden: eine integrative Schule, in der nicht so früh selektiert wird wie in Deutschland.

DGB und Gewerkschaften fordern seit langem „eine gute Schule für alle" – und stehen damit längst nicht mehr allein: Immer mehr Wirtschafts- und Bildungsexperten **erkennen die Vorzüge integrativen Lernens.** Rita Süssmuth, Jutta Allmendinger, Bernd Rürup oder Lothar Späth fordern die Abkehr von der Dreigliedrigkeit. In vielen Bundesländern wird die Strukturfrage diskutiert, in Schleswig-Holstein prägen künftig auch Gemeinschaftsschulen die Landschaft, das Ende der Hauptschule wurde in Rheinland-Pfalz eingeleitet. Dass die Schulpolitik längst kein Randthema ist, hat so mancher Politiker bei den Landtagswahlen schmerzlich feststellen müssen. Langsam aber sicher kommen alle Parteien nicht um **eine ernsthafte Diskussion über die Abkehr vom selektiven Schulsystem** herum. •

Schule verbessern

Eine gute Schule für alle – dafür setzen sich auch die verschiedenen Akteure der Initiative „Schule und Arbeitswelt" von DGB und Gewerkschaften ein. Die Initiative soll alle vernetzen, die an einer Verbesserung und Weiterentwicklung des Schulsystems interessiert sind: Eltern, LehrerInnen, SchülerInnen ebenso wie GewerkschafterInnen und betriebliche Akteure.

Der Antrieb für das Engagement der Gewerkschaften in der Initiative: die Bildungsmisere nicht nur beklagen, sondern sich in die Schulpolitik einmischen und mit schulpolitischen Themen vor Ort präsent sein. Zum Beispiel mit den regionalen Arbeitskreisen „Schule und Arbeitswelt".

Themenspektrum und Projekte der Arbeitskreise sind breit gefächert – aber immer konkret und mit Bezug zur Arbeitswelt: von Eltern als Berufswahlbegleiter bis zu Betriebsräten, die ihre Erfahrungen in den Sozialkundeunterricht einbringen.

Zu den bestehenden zehn Arbeitskreisen kommt im April ein elfter hinzu: in der DGB-Region Heilbronn-Franken.

Alle Infos zur Initiative „Schule und Arbeitswelt" und Material zu schulpolitischen Positionen der Gewerkschaften auf:
www.schule.dgb.de

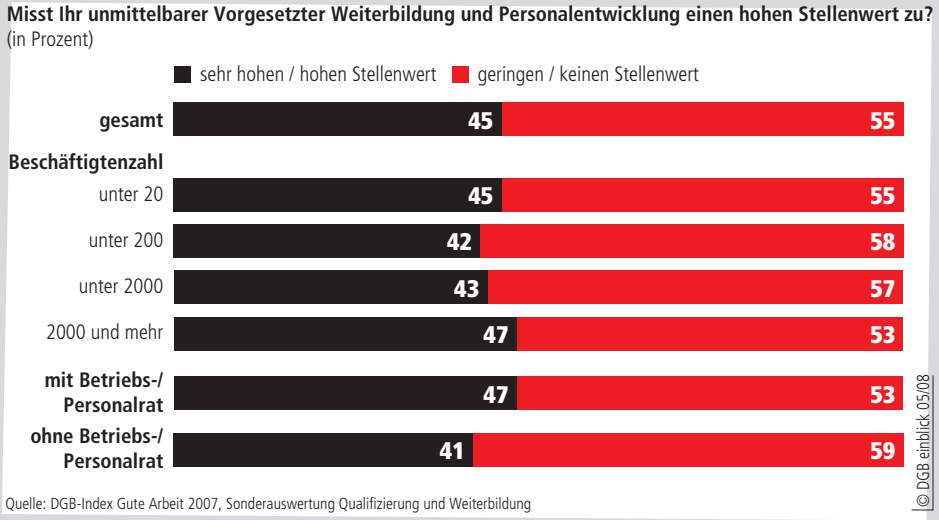
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

WEITERBILDUNG: Beschäftigte allein gelassen

Die Einsicht, dass berufliche Weiterbildung nicht nur ArbeitnehmerInnen sondern auch den Unternehmen nutzt, hat sich in Deutschland noch immer nicht durchgesetzt. Über die Hälfte der Beschäftigten (55 Prozent) gibt an, ihre Vorgesetzten würden Weiterbildung keinen oder nur einen geringen Stelenwert beimessen. Etwas besser sieht es dort aus, wo ein Betriebs- oder Personalrat gewählt wurde. Das ist das Ergebnis einer Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit.



14 TAGE

10.3. IG BCE, „Rassismus – Rechtsextremismus: Was können wir dagegen tun?", Diskussion im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus, Hannover

11.3. Berufsfortbildungswerk (bfw) und TÜV Rheinland-Akademie, Forum „Mehr Durchlässigkeit wagen: eine Formel für die Lösung des Fachkräftemangels?" Berlin

11.3. DGB Thüringen, Vortrag „Steuersystem und Steuermoral – Ist das deutsche Steuersystem noch gerecht?", Erfurt

13.3. DGB-Region Schleswig-Holstein Nord, „Sozialabbau und kein Ende?", öffentliche Betriebsrätekonferenz mit dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer, Flensburg

14.3. DGB, Workshop „Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestalten!", Berlin

14./15.3. Hans-Böckler-Stiftung, Konferenz „Ein europäisches Sozialmodell? Entwicklungen, Perspektiven und Herausforderungen", Düsseldorf

19.3. ver.di, Vortragsreihe sicht.weisen, „Gute Arbeit im betrieblichen Alltag: … und täglich grüßt das Meeting – Abstimmung als Arbeit und das Ende der Meeting-Euphorie", Berlin

22.-24.3. Ostermarsch 2008, u.a. in Kiel, Bremen, Hamburg, Rostock, Berlin, Dortmund, Frankfurt/M., Nürnberg und München

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Harald Lötsch **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Timm Schneider **Redaktionelle MitarbeiterInnen:** Lena Clausen, Norbert Hüsson **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

personalien

••• ***Gabi Bischoff,*** 47, bis Ende 2005 Sozialreferentin an der deutschen Botschaft in Brüssel, danach zunächst Beraterin des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) in Brüssel und seit März 2006 Beraterin der Europaabteilung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, ist seit dem 6. März Bereichsleiterin Europapolitik des DGB.

Tipp

***Buch:* Melanie Huber, Kommunikation im Web 2.0, UVK Verlag, Konstanz 2008, 225 Seiten, 24,90 Euro**

Das Internet ist noch jung, und trotzdem ist seine Nutzung heute vollkommen anders als noch vor wenigen Jahren. Weil das Einstellen von Texten, Fotos und Filmen in das Web immer einfacher wird, und weil selbst für das Erstellen einer Homepage keine aufwändigen HTML-Kenntnisse mehr erforderlich sind, ist das Internet interaktiv geworden. Nicht mehr die Betreiber der Websites bestimmen, was im Internet wahrgenommen wird, sondern zunehmend die Nutzer. Wie Unternehmen oder auch Gewerkschaften die Möglichkeiten des heutigen Internets – des Web 2.0 – für ihre Öffentlichkeitsarbeit nutzen können, ohne zwangsläufig zu Internetexperten werden zu müssen, zeigt das Praxishandbuch.

Schlusspunkt.

„Jüngst habe ich ein Foto von Oskar Lafontaines Villa gesehen: Der lebt wesentlich prunkvoller als ich."

Deutsche Bank-Chef Josef Ackermann am 3. März im „Spiegel"-Interview. Ackermann gehört laut „Focus Online" mit einem Einkommen von 13,6 Millionen Euro (2006) zu den Topverdienern in Deutschland.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 25.03.2008 6/08

DGB

inhalt

Seite 3
Mindestlohn-Drücker
Wie Nicht-DGB-Gewerkschaften Mindestlohntarife unterbieten

Seite 5
Magere Bilanz
Fünf Jahre nach der „Agenda-Rede" von Gerhard Schröder fällt die Agenda-Bilanz bescheiden aus

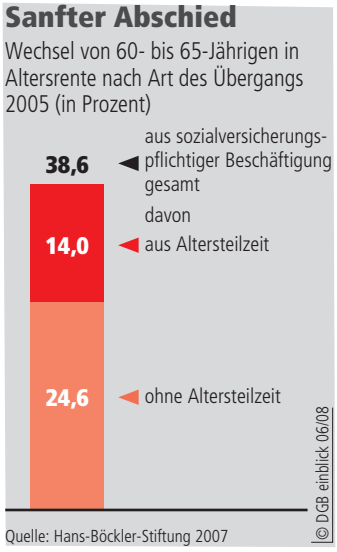
Seite 7
Scheuklappen ablegen
Im Fünf-Parteien-System muss die politische Linke mit alten Gewohnheiten brechen, um politikfähig zu bleiben, meint Hans-Jürgen Arlt

Neue Altersteilzeit

Druck auf Arbeitgeber erhöhen

Die IG Metall erhöht den Druck auf die Bundesregierung und den Arbeitgeberverband Gesamtmetall, um eine Neuregelung der Altersteilzeit zu erreichen: Sie hat in fast allen Tarifgebieten der Metallindustrie den Tarifvertrag über die Altersteilzeit zum 30. April gekündigt. Der Vertrag wirkt aber nach, kann also weiterhin von den Beschäftigten in Anspruch genommen werden. Diese Nachwirkungsklausel ist in den Tarifverträgen für Bayern und Berlin-Brandenburg nicht enthalten, deshalb hat die IG Metall dort auf die Kündigung verzichtet.

Die Tarifverhandlungen werden regional geführt. Sie beginnen im Mai – Ende Mai, Anfang Juni läuft die Friedenspflicht aus. „Ab Juni sind wir warnstreikfähig", kündigt der IG Metall-Bezirksleiter NRW, Oliver Burkhard, an. Die Gewerkschaft will Druck machen können für die geforderte „neue Beschäftigungsbrücke zwischen Jung und Alt". Denn die Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit endet am 31. Dezember 2009. Die Tarifverträge zur Altersteilzeit sind an diese Förderung gekoppelt, laufen also ebenfalls aus.



14 Prozent der NeurentnerInnen verabschiedeten sich 2005 aus Altersteilzeit aus dem Erwerbsleben. Im Jahr 2000 waren es bloß drei Prozent.

„Damit wäre den Beschäftigten die letzte Möglichkeit verbaut, früher aus dem Erwerbsleben auszusteigen", erklärt der baden-württembergische IG Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann. Tatsächlich hat die Bundesregierung mittlerweile sämtliche Wege versperrt oder erschwert, vor Erreichen des gesetzlichen Rentenalters aus dem Arbeitsleben auszuscheiden: Nicht nur die Rente nach Altersteilzeit entfällt für alle Versicherten ab Jahrgang 1952, auch das Vorruhestandsmodell (Rente nach Arbeitslosigkeit) und die Rente für Frauen ab 60. Erhalten bleibt nur die Rente für Versicherte mit 35 Versicherungsjahren; sie kann weiterhin mit 63 in Anspruch genommen werden, muss aber teuer erkauft werden: Die Rentenabschläge von jetzt 7,2 Prozent steigen dank der Rente mit 67 ab 2012 auf 14,4 Prozent.

Gesamtmetall ist über die Kündigung der Tarifverträge vergrätzt – es gebe ohnehin eine Verhandlungsverpflichtung. In der Tat haben die Tarifvertragsparteien im Mai 2007 vereinbart, „möglichst bis Juni 2008" den flexiblen Übergang in die Rente neu zu regeln. Während die Gewerkschaften in dieser Zeit die Politik gedrängt haben, die Förderung der Altersteilzeit fortzusetzen, hat Gesamtmetall keinerlei Engagement erkennen lassen. Die Arbeitgeber müssten jetzt „Farbe bekennen", sagt der Hannoveraner IG Metall-Bezirksleiter Hartmut Meine. Am liebsten würden die Arbeitgeber die Tarifverhandlungen über die Altersteilzeit mit der im Herbst beginnenden Lohnrunde verquicken, um das eine gegen das andere zu verrechnen. Das will aber die IG Metall nicht.

Erschwert werden die Verhandlungen dadurch, dass die Gesetzeslage noch unklar ist. Bislang sind nur Pläne des Bundesarbeitsministeriums bekannt geworden: Danach könnte der früheste Beginn der Altersteilzeit von 55 auf 57 Jahre angehoben und vom 60. Lebensjahr an mit dem Bezug einer Teilrente kombiniert werden. •

plusminusBERLIN

+ ***NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) fordert höhere Renten für Geringverdiener. Wer 35 Jahre lang Beiträge gezahlt hat, müsse eine Rente oberhalb des Hartz IV-Niveaus bekommen. Selbst wenn er nur niedrige Beiträge geleistet habe.***

– ***Statt nachhaltig mehr Personal bei der Steuerfahndung einzustellen, will FDP-Generalsekretär Dirk Niebel dort „nicht benötigte Telekom-Beamte" zur technisch-logistischen Unterstützung einsetzen, um für mehr Effizienz zu sorgen.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.ungesundleben.org/privatisierung
Kritisches Wiki-Portal zu Privatisierungen im Gesundheitswesen

Hintergrund

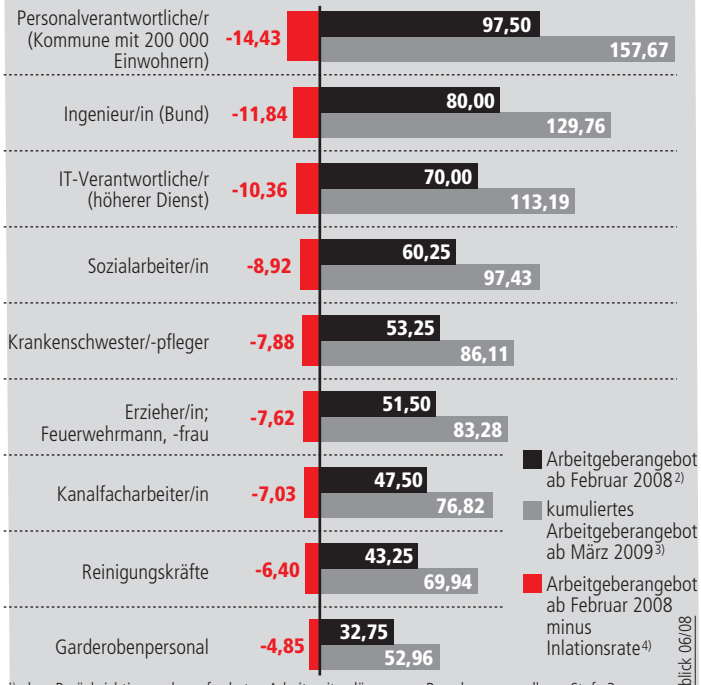
www.einblick.dgb.de
„Vertrauen ist gut, Personalrat ist besser!" DGB-Aufruf zu den Personalratswahlen 2008

POLITIK AKTUELL

Auf fünf Prozent hat Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble das Angebot hochgerechnet, das die öffentlichen Arbeitgeber den Beschäftigten von Bund und Kommunen für 2008 und 2009 angeboten haben. Doch bei den Beschäftigten kommt von der angeblichen Lohnerhöhung wenig an. Zwar sollen die Einkommen im öffentlichen Dienst rückwirkend zum Februar um 2,0 Prozent steigen sowie im Oktober diesen Jahres (plus 1,0 Prozent) und im März 2009 (plus 0,5 Prozent) erneut leicht zulegen, aber real würden die Beschäftigten eher draufzahlen, weil die nominale Lohnerhöhung unterhalb der aktuellen Inflationsrate liegt. Sie lag im Februar dieses Jahres bei 2,8 Prozent – also fast ein Prozent höher als die für diesen Zeitpunkt angebotene Lohnerhöhung. Hinzu kommt, dass Bund und Kommunen die Arbeitszeit der Beschäftigten ohne Lohnausgleich erhöhen wollen.
Laut Arbeitgeberberechnungen entspricht jede Stunde Arbeitszeitverlängerung einer Einkommenssenkung von 2,5 Prozent. Bei Teilzeitbeschäftigten, deren Arbeitsvolumen in Stunden definiert ist, würde eine Arbeitszeitverlängerung sogar zu direkten Einkommenseinbußen führen, weil ihre Arbeitszeit dann nur einen geringeren Teil einer Vollzeitstelle ausmacht. Falls es im laufenden Schlichtungsverfahren nicht zu einer deutlichen Verbesserung des Angebots kommen sollte, haben ver.di, GdP, GEW und der Deutsche Beamtenbund mit massiven Streiks im öffentlichen Dienst gedroht.

Ein Minus-Geschäft für alle

Was bringt das Tarifangebot der öffentlichen Arbeitgeber den Beschäftigten von Bund und Kommunen? (in Euro/Monat)[1]



[1] ohne Berücksichtigung der geforderten Arbeitszeitverlängerung; Berechungsgrundlage: Stufe 3 (ab dem 3. Beschäftigungsjahre), [2] 01.02.2008: plus 2,5 Prozent, [3] 01.10.2008: plus 1,0 Prozent; 01.03.2008: plus 0,5 Prozent, [4] Inflationsrate 2,8 Prozent
Quelle: ver.di; eigene Berechnung

Berlin

Handwerk für Mindestlohn

Auch wenn viele Wirtschaftsverbände weiterhin versuchen, einen gesetzlichen Mindestlohn zu verhindern: In immer mehr Betrieben und Unternehmen wächst die Zustimmung zu einer unteren Lohngrenze. Laut einer Umfrage der Berliner Handwerkskammer sprachen sich rund zwei Drittel der Handwerksbetriebe in der Hauptstadt – angesichts der anstehenden Arbeitnehmerfreizügigkeit für Beschäftigte aus Ost- und Mitteleuropa – für einen gesetzlichen Mindestlohn aus. Die Zustimmungsquote war dabei nicht von der Betriebsgröße abhängig: Ob kleine, mittlere oder Großunternehmen – für den Mindestlohn votierten jeweils mindestens 64 Prozent. •

DGB-Seniorenpolitik

Eckpunkte verabschiedet

Der DGB stellt sich den Herausforderungen des demografischen Wandels auch für die eigene Organisation und hat deshalb im März „seniorenpolitische Eckpunkte" beschlossen. Unter dem Titel „DGB und Gewerkschaften: Interessenvertretung für alle Generationen" zeigen sie, wie die Arbeitnehmerorganisationen auf allen Politikfeldern – von der Renten- über die Gesundheits- bis zur Wohnungspolitik – die Interessen älterer Menschen vertreten und für mehr Generationengerechtigkeit sorgen wollen. •

www.einblick.dgb.de

Ausbildungsbilanz

Mehr Mittel für Ausbildung

Auch im vergangenen Ausbildungsjahr 2007 hatte die Mehrzahl der BewerberInnen auf eine Lehrstelle die Schule bereits seit mindestens einem Jahr verlassen – gehörte also zu den so genannten „AltbewerberInnen". Zwar hat sich mit anziehender Konjunktur die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze leicht erhöht. Die AltbewerberInnen profitieren von dieser Entwicklung aber in der Regel nicht.

Solange die Unternehmen ihrer Verantwortung nicht nachkommen, ein auswahlfähiges Ausbildungsplatzangebot zu schaffen, können außerbetriebliche Ausbildungsplätze für Abhilfe sorgen – obwohl sie kein vollständiger Ersatz für eine betriebliche Lehrstelle sind. Die DGB-Vertreter im Aufsichtsrat der Bundesagentur für Arbeit (BA) haben sich dafür eingesetzt, die Förderung außerbetrieblicher Ausbildung über das im Ausbildungspakt vereinbarte Niveau hinaus deutlich auszuweiten. Das Ergebnis: 2007 wurde die Zahl der von der BA geförderten Ausbildungsplätze um 30 000 gesteigert, und im Haushalt der BA wurden Mittel für 8000 weitere Plätze eingestellt. •

Betriebsräte

Leiharbeitsbonus gefordert

Nur die Hälfte aller Betriebsräte wird regelmäßig über Art und Umfang des Einsatzes von LeiharbeiterInnen im eigenen Betrieb informiert, 30 Prozent nur unregelmäßig, 20 Prozent so gut wie nie. Das belegt eine Studie, die das Kasseler Büro für Sozialforschung im Organisationsbereich der IG Metall durchgeführt hat. Entscheidend für die Einflussmöglichkeiten des Betriebsrats ist weniger die Größe des Betriebs oder der Leiharbeiteranteil an den Beschäftigten, sondern in erster Linie die Einstellung der Betriebsräte. Nur dort, wo Betriebsräte die Verantwortung für die Leiharbeit im Betrieb klar geregelt haben, werden sie auch beteiligt – dann allerdings in rund 73 Prozent aller Fälle.

Damit sich mehr Betriebsräte systematisch um die Interessen der LeiharbeiterInnen kümmern können, plädieren die Sozialforscher für einen Leiharbeiterbonus im Betriebsverfassungsgesetz. LeiharbeiterInnen dürfen zwar unter bestimmten Bedingungen den Betriebsrat im Einsatzbetrieb mitwählen, sie werden aber bei der für die Größe des Betriebsrates und für die Freistellungen entscheidenden Beschäftigtenzahl nicht mitgezählt, obwohl ihre Vertretung besonders zeitintensiv ist. •

www.boeckler.de/pdf/p_arbp_148.pdf

Tarifpolitik

„Christliche“ Mindestlohn-Drücker

Dass große Teile der Wirtschaft und auch der Politik einen fairen Mindestlohn mit allen Mitteln verhindern wollen, verwundert kaum noch. Dass „Gewerkschaften“ ausgehandelte Mindestlöhne unterbieten, schon eher.

Anfang März hat das Verwaltungsgericht Berlin die Allgemeinverbindlicherklärung des von ver.di ausgehandelten Postmindestlohns für rechtswidrig erklärt. Die Begründung: Es gebe einen weiteren Mindestlohntarifvertrag. Gemeint ist der vom Arbeitgeberverband Neue Brief- und Zustelldienste (Mitgliedsunternehmen sind etwa PIN und TNT) mit der Gewerkschaft der Neuen Brief- und Zustelldienste (GNBZ) ausgehandelte Vertrag, der im Westen 2,30 Euro (im Osten 2,50 Euro) unter den ver.di-Tarifen liegt.

ver.di bezeichnete die Entscheidung des Verwaltungsgerichts als „völlig unverständlich“. Die Dienstleistungsgewerkschaft hält aber nicht nur die Urteilsbegründung für fragwürdig, sondern das Zustandekommen des angeblich zweiten Mindestlohntarifvertrags selbst. „Für uns ist ganz klar: Die GNBZ ist keine Gewerkschaft“, betont das für Postdienste zuständige ver.di-Vorstandsmitglied Andrea Kocsis. ver.di hat inzwischen Strafanzeige gegen die GNBZ gestellt: Gegen sämtliche Vorstandsmitglieder bestehe ein Anfangsverdacht „auf Bestechlichkeit im geschäftlichen Verkehr“, so die Begründung. Es sei eindeutig, dass die GNBZ ihre „nicht als gering zu wertenden Geschäftsausgaben“ durch Gelder Dritter finanziere.

Auch durch Gelder der Arbeitgeber? Dieser Verdacht steht seit Gründung der GNBZ im Raum. In einem Brief, der inzwischen mehreren Medien vorliegt, schreibt etwa der Vorsitzende des Bundesverbands Kurier-Express-Postdienste, Rudolf Pfeiffer, an die Mitgliedsunternehmen: Es sei unterstützenswert, „wenn möglichst viele Mitarbeiter Ihres Betriebes Mitglied in der neuen Gewerkschaft werden“. Weiter heißt es: „Bitte in Ihrem eigenen Interesse: Bleiben Sie verschwiegen.“

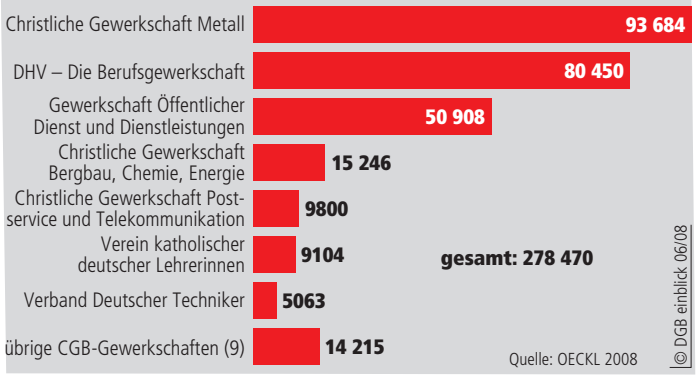
Die GNBZ eine arbeitgeberfinanzierte Pseudo-Gewerkschaft? Ein so krasser Fall wäre in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik ein Novum. Kein Novum hingegen ist, dass Nicht-DGB-Gewerkschaften die von den acht DGB-Gewerkschaften ausgehandelten Tarife unterbieten und so den Unternehmen in die Hände spielen. Vor allem die Mitgliedsverbände des Christlichen Gewerkschaftsbunds Deutschlands (CGB) spielen in vielen Branchen eine unrühmliche Rolle – auch auf dem Weg zum Mindestlohn.

Aktuelles Beispiel ist etwa das Bewachungsgewerbe. Hier strebt der Arbeitgeberverband BDWS einen Mindestlohntarifvertrag an, der für allgemeinverbindlich erklärt werden soll. Eigentlich ein positiver Ansatz. Nur: Die Verhandlungen mit ver.di scheiterten Mitte Februar – weil der BDWS nicht bereit war, einem Mindestlohn von 7,50 Euro zuzustimmen. Jetzt wurden Tarifverhandlungen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GÖD) angekündigt – einer „christlichen“ Gewerkschaft des CGB. Mit welchem Verhandlungsergebnis sich die GÖD zufrieden geben könnte, zeigen Tarifverträge, die die Gewerkschaft bereits in einigen Bundesländern mit dem BDWS abgeschlossen hat: In Thüringen liegen die Mindestentgelte für die meisten Tätigkeiten unter fünf Euro pro Stunde, in Sachsen-Anhalt einigte man sich als niedrigsten Stundensatz im Veranstaltungsdienst auf 4,18 Euro brutto.

Weiteres Beispiel für die Unterbietungskunst der Christlichen: die Zeitarbeitsbranche. Zwar hatte erst kürzlich CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla seine ablehnende Haltung zum Mindestlohn damit begründet, in der Zeitarbeit gebe es kein Lohndumping. Doch die Zahlen sprechen eine andere Sprache: Während etwa die DGB-Tarifgemeinschaft mit dem Bundesverband Zeitarbeit für Westdeutschland eine untere Lohngrenze von 7,38 ausgehandelt hat, einigte sich eine Tarifgemeinschaft aus CGB-Gewerkschaften mit der Bundesvereinigung Deutscher Dienstleistungsunternehmen auf gerade einmal 6,21 Euro. Das sei ein „erheblicher Unterschied, der nichts anderes ist als Lohndumping“, so DGB-Vorstand Claus Matecki.

Keine Durchsetzungskraft

Gewerkschaften im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands und ihre Mitgliederzahlen



Gerade einmal rund 280 000 Mitglieder haben alle 16 Gewerkschaften im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB) zusammen – nach eigenen Angaben.

Tariffähig?

Trotz des aktuellen Urteils der Berliner Verwaltungsgerichts zum Postmindestlohn haben deutsche Gerichte in anderen Fällen schon oft gegen Gewerkschaften entschieden, denen offensichtlich die Tariffähigkeit fehlt.

So etwa Anfang der 90er Jahre das Bundesarbeitsgericht (BAG): Es entschied, die Christliche Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (CGBCE) sei „keine Gewerkschaft im arbeitsrechtlichen Sinne“. Die damals – nach CGBCE-Angaben – 22 000 Mitglieder seien in einem Organisationsbereich von mehr als einer Million Beschäftigter zu „unbedeutend“, die „Aufnahme ernsthafter Tarifverhandlungen“ somit nicht zu erwarten.

Auch die Mitgliederzahlen der übrigen Gewerkschaften des Christlichen Gewerkschaftsbunds Deutschlands (CGB) sind äußerst gering (siehe Grafik) – doch selbst diese Angaben sind zweifelhaft: In einem von der IG Metall 1996 angestoßenem Verfahren gegen die Christliche Gewerkschaft Metall (CGM) nannte diese dem Gericht eine Mitgliederzahl von 97 000. Merkwürdig: Die Mitgliederzeitung der CGM ging damals angeblich an alle CGM-Mitglieder sowie an alle Mitglieder fünf weiterer Schwestergewerkschaften – und hatte eine Auflage von 90 000 Exemplaren.

PROJEKTE UND PARTNER

Girls' Day beim DGB

Politik als Beruf

Am 24. April 2008 ist wieder Girls' Day – Mädchen-Zukunftstag. Schülerinnen ab Klasse 5 erleben am Girls' Day die Arbeitswelt in zukunftsorientierten Berufen in Technik, Handwerk, Ingenieur- und Naturwissenschaften oder lernen weibliche Vorbilder in Führungspositionen in Wirtschaft und Politik kennen. In den letzten Jahren hatten insgesamt etwa 650 000 Mädchen am Mädchen-Zukunftstag die Chance, Berufe zu entdecken, in denen Frauen bisher unterrepräsentiert sind.

Auch DGB und Gewerkschaften öffnen am Girls' Day ihre Pforten. „Politik als Beruf" heißt das Motto beim DGB-Bundesvorstand in Berlin, der 2007 nun zum wiederholten Mal Mädchen Einblicke in das Berufsfeld Politik gibt. Wie vielfältig Politik als Beruf sein kann, was die Menschen an der Spitze von Parteien und Organisationen gelernt und erlebt haben und wie man an eben jene Spitze kommt, steht am 24. April auf dem Programm. Dazu stellen sich unter anderem der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und seine Stellvertreterin Ingrid Sehrbock den Fragen der Schülerinnen.



Auch in DGB-Regionen oder -Bezirken können sich Mädchen über nicht ganz typische Berufe informieren. So gibt die DGB-Jugend Mülheim-Essen-Oberhausen allen interessierten Schülerinnen die Chance, einen Einblick in die Gewerkschaftsarbeit vor Ort zu nehmen. Spannende Gespräche mit aktiven Gewerkschafterinnen, die den Mädchen von ihrem Weg in die Gewerkschaft berichten, stehen auf dem Programm. •

www.girls-day.de, www.girlsday.essen.de

Hans-Böckler-Stiftung

Datenkarte 2007/08 erschienen

Das Wichtigste im Taschenformat: Fakten zu Wirtschaft, Arbeitswelt und Mitbestimmung fasst die Datenkarte 2007/08 der Hans-Böckler-Stiftung im handlichen Taschenbuchformat zusammen. Differenzierte Daten für das westliche und das östliche Bundesgebiet ergänzen die Zahlen für Gesamtdeutschland zu den Themenfeldern Bevölkerung, Beschäftigung, Einkommen, Arbeitszeit, Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Ein EU- und ein Bundesländervergleich runden die Infos ab. Die jährlich aktualisierte Datenkarte liegt erstmals auch in englischer Fassung gedruckt vor.
Kostenlos zu bestellen:
Der Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf, Fax: 0211 / 408 00 90 40. •

mail@setzkasten.de

Buch zum Kongress

Europa sozial gestalten

Unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 ging es nicht zuletzt um die sozialstaatliche Entwicklung der EU. DGB und Hans-Böckler-Stiftung nahmen das vor einem Jahr zum Anlass, in Berlin einen europäischen Sozialstaatskongress zu veranstalten. Er widmete sich zentral der Fragestellung, wie sich Europa zu einem einheitlichen Sozialraum entwickeln kann.

Unter dem Titel des DGB-Kongresses, „Europa sozial gestalten", ist nun eine Zusammenfassung der wesentlichen Kongressbeiträge erschienen, die dazu beitragen soll, die Debatte über das soziale Europa fortzusetzen. Die Themenpalette reicht von der grundsätzlichen Auseinandersetzung um den zukunftsfesten Sozialstaat über Bildungs-, Gesundheits- und Familienpolitik bis hin zum Themenkomplex „Gute Arbeit".

Michael Sommer, Hans-Joachim Schabedoth (Hg.), Europa sozial gestalten, Schüren Verlag, 240 Seiten, 14,90 Euro. •

Seminar

Mindestlohn in der Grenzregion

Die Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder veranstaltet am 3.April ein grenzüberschreitendes Seminar zum Thema Mindestlohn und prekäre Beschäftigungsverhältnisse. ReferentInnen des DGB Berlin-Brandenburg und der polnischen Solidarnosc beschäftigen sich mit prekärer Arbeit und der Lohn- bzw. Mindestlohnentwicklung in der Grenzregion. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund/2008/

interregio

••• Der ***DGB Berlin-Brandenburg*** unterstützt die ***Initiative*** „Tempelhof-flugfrei". Innerstädtische Flughäfen seien aus Umwelt- und Sicherheitsgründen nicht länger zeitgemäß, die Fläche in Berlin-Tempelhof könne alternativ genutzt werden, meint der Bezirksvorsitzende Dieter Scholz. Er fordert eine Konzentration der Kräfte auf die Verwirklichung des Großflughafens BBI, dem größten Infrastrukturprojekt Ostdeutschlands. Der Großflughafen könne der Metropolenregion als einzigartiger Standortfaktor eine ungeheure Schubkraft verleihen. Nichtsdestotrotz bleibe Tempelhof ein Mahnmal für den Duchhaltewillen Westberlins in der Nachkriegszeit und erinnere an die Leistungen der Alliierten. *www.tempelhof-flugfrei.de*

••• Die ***DGB-Jugend Bremen*** und die Organisation „Standpunkt Bremen – Antifaschismus und Kultur" haben mit Unterstützung weiterer Kooperationspartner im Rahmen des „Lokalen Aktionsplans" der Stadt Bremen eine ***DVD gegen Neofaschismus*** entwickelt. Die DVD mit dem Titel „Auseinandersetzen" wendet sich an Jugendliche, die sich mit dem Thema Nationalsozialismus auseinandersetzen wollen. Die DVD enthält Filme, Texte, Spiele, Tipps, ein Lexikon, Fotos und weiterführende Materialien. *www.dgb-bremen.de*

••• Die ***DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main*** bietet in der laufenden Tarifrunde im Öffentlichen Dienst Streikenden, aber auch Bürgerinnen und Bürgern eine ***„Streikakademie"*** an. Themen der Bildungsveranstaltungen sind etwa „Gute Arbeit für alle?", „Globalisierung gerecht gestalten?" oder „Index Gute Arbeit – Was ist das?". Das anspruchsvolle Programm sieht Veranstaltungen bis in den Juni hinein vor.

www.einblick.dgb.de/hintergrund/2008/

Agenda 2010

Magere Bilanz

Seit März 2003 ist die Zahl der Arbeitslosen um fast eine Million gesunken. Fünf Jahre nach der Agenda-Rede des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder (SPD) fällt deren Bilanz trotzdem mager aus.

Ein Millionen Arbeitslose weniger – das klingt auf den ersten Blick überzeugend, aber nur auf den ersten. Denn ein empirischer Beleg, dass der Aufschwung der Agenda-Politik geschuldet ist und nicht dem aktuellen Konjunkturzyklus, ist diese Zahl noch lange nicht – eher für das Gegenteil. Seit Beginn der Agenda-Politik, also zwischen 2003 und 2008, lag das Wirtschaftswachstum in Deutschland im Schnitt gerade einmal bei 1,8 Prozent, und damit auf dem drittletzten Platz aller OECD-Länder. Anders ausgedrückt: Bei der Wohlstandstandsentwicklung ist Deutschland in den letzten Jahren im Vergleich zu den anderen EU-Ländern weiter zurückgefallen, wie Peter Bofinger, einer der fünf Wirtschaftsweisen, betont. Nachdenklich stimmen sollte auch, so Bofinger in der *Frankfurter Rundschau*, „dass die skandinavischen Länder, die – anders als die Agenda – auf einen kraftvollen und sozial ausgleichenden Staat setzen, Wachstumserfolge erzielen konnten. In Schweden und Finnland war das Wachstum doppelt so hoch wie im reformfreudigen Deutschland". Der Wirtschaftsweise kritisiert in seiner Agenda-Analyse vor allem die Vernachlässigung der Binnennachfrage: „Im Dezember 2007 gab es 27,2 Millionen reguläre Arbeitsplätze, das ist genau der gleiche Wert, wie im März 2003. Was für ein Erfolg der Agenda!"

Auch Gustav Horn, Direktor des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), macht dafür den negativen Effekt der Agenda-Politik auf das Wachstum verantwortlich. Die verringerten Transferleistungen hätten Druck auf die Löhne ausgeübt, was der Binnennachfrage geschadet und den Aufschwung in Deutschland um zwei Jahre verzögert habe. „Aus der Agenda ist kein Beschäftigungsboom geworden", sagt Horn.

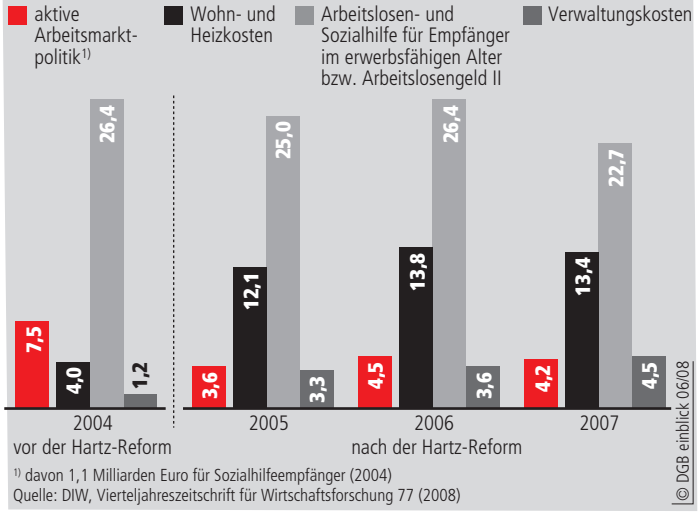
Das sieht auch der DGB so. Die Agenda 2010 habe nicht nur zu massiven Einschnitten zu Lasten der Arbeitslosen geführt, sondern auch zu einer politisch gewollten Zunahme prekärer Beschäftigung und zu massiven Einschnitten bei der Rente, kritisiert der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Mit der Rente mit 67 werde – „sozusagen als Vollendung der Agenda 2010" – künftige Altersarmut vorprogrammiert.

Auch den Arbeitsmarkteffekt der Agenda-Politik bewertet der DGB kritisch. Alle vorliegenden Untersuchungen zeigten, dass im vergangenen Aufschwung von 1998 bis Anfang 2001 bei gleichem Wirtschaftswachstum – trotz des damals angeblich hohen Reformstaus – fast genauso viele Arbeitsplätze wie dieses Mal geschaffen wurden, begründet Sommer seine Kritik. Nur damals seien die Realeinkommen der Beschäftigten um sieben Prozent gestiegen, während sie im aktuellen Aufschwung sinken. „Wenn die Befürworter der Agenda 2010 behaupten, jetzt würden die arbeitenden Menschen die Früchte der Agenda-Politik ernten, dann ist das weitgehend ein Märchen", stellt er fest.

Einen eher unfreiwilligen Beleg für die Stichhaltigkeit dieser Kritik lieferte DIW-Präsident Klaus F. Zimmermann, der in seiner Agenda-Bewertung erklärt hatte, „dieser Aufschwung gehört den Arbeitslosen". Zimmermann wertete es als Erfolg der Hartz-Reformen, dass die „Anspruchlöhne der Arbeitslosen" gesunken seien. Zu Deutsch: Weil die Zumutbarkeitsregeln für Arbeitslose drastisch verschärft und die Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld massiv beschnitten wurden, sind Arbeitslose heute schneller gezwungen, auch schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen. Sonst droht ihnen der völlige ökonomische Absturz. •

Förderung fast halbiert

Ausgaben für die aktive und passive Arbeitsmarktpolitik vor und nach der Hartz-Reform (in Milliarden Euro)



[1] davon 1,1 Milliarden Euro für Sozialhilfeempfänger (2004)
Quelle: DIW, Vierteljahreszeitschrift für Wirtschaftsforschung 77 (2008)

© DGB einblick 06/08

„Fördern und Fordern" – das waren die beiden Schlagworte der im März 2003 von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) proklamierten Agenda 2010. Fünf Jahre später ist vom Fördern wenig übrig geblieben. Gegenüber 2004, dem letzten Jahr vor dem Inkrafttreten von Hartz IV, wurden die Mittel zur Förderung von Arbeitslosen fast halbiert.

Billiglöhne auch beim Staat

Weil die Politik in den vergangenen Jahren auf den massiven Ausbau des Niedriglohnsektors gesetzt hat, reicht für immer mehr Menschen das eigenen Erwerbseinkommen nicht mehr zum Lebensunterhalt. Auf über 440 000 Beschäftigte ist inzwischen die Schar der ArbeitnehmerInnen angewachsen, die trotz Vollzeitarbeit nicht von ihrer Arbeit leben können. Auch das ist ein Ergebnis der Hartz-Reformen.

Es sind nicht nur gering Qualifizierte, die auf ergänzendes Arbeitslosengeld angewiesen sind, sondern zunehmend auch hoch Qualifizierte – quer durch alle Berufe und Branchen. Allein 180 000 von ihnen arbeiten sogar beim Staat, wie eine Anfrage der Bundestags-Abgeordneten Sabine Zimmermann (Die Linke) ans Licht gebracht hat. Darunter befinden sich, so die Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage, allein fast 33 000 LehrerInnen und ErzieherInnen. Nimmt man den gesamten öffentlichen Dienst in den Blick, kommt man auf 129 907 Beschäftigte bei Bund, Ländern und Kommunen, die trotz sozialversicherungspflichtiger Arbeit auf ergänzende Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind. Trotz der Fürsorgepflicht des Staates für seine Beschäftigten.

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Die GEW beteiligt sich an der globalen Bildungskampagne „Hand in Hand für Bildung – gleiche Bildung für alle!". Ein Highlight der Aktionswoche (21. bis 27. April): Ein Weltrekord für die „größte Unterrichtsstunde der Welt". Rund um den Globus behandeln Schulklassen dann das gleiche Thema: Chancengleichheit im Bildungswesen.

Die NGG fordert, die volle Freizügigkeit für ArbeitnehmerInnen aus Mittel- und Osteuropa noch bis 2011 zu beschränken – „solange es in Deutschland keine gesetzlich fixierte untere Lohngrenze in Form eines gesetzlichen Mindestlohns gibt", erklärte der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg.

Die IG BAU bietet mit dem „Gärtnertelefon" einen Service für Mitglieder und Interessierte. Die Hotline gibt Informationen zu gewerkschaftlichen Themen rund um die Branchen Floristik, Garten- und Landschaftsbau und vermittelt Kontakte zu den zuständigen Bezirksverbänden bei akuten Problemen im Betrieb. 0180 / 1 19 20 21

Die IG Metall bietet auf der Homepage www.igmetall4you.de jungen Berufseinsteigern Beratung zum Start in den Job. Die Seite hält Informationen zu Praktika, zu betrieblicher Ausbildung, zum Studium (auch nach einer Ausbildung) sowie zu Einstiegsgehältern für AbsolventInnen bereit.

Rechtsextreme Parteien

Anzeigen gegen Gewerkschafter

Vermehrt versuchen extreme rechte Parteien und deren Mitglieder in Ostdeutschland Anzeigen gegen GewerkschafterInnen anzustrengen, die sich gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus engagieren. Bereits im vergangenen Jahr hatte in Thüringen der NPD-Landesvorsitzende einen Kollegen des DGB und eine Beschäftigte der IG Metall Erfurt angezeigt. Diese hatten mit einer spontan organisierten Sitzblockade am 1. Mai das Erfurter ver.di-Haus vor einer vorbeiziehenden NPD-Demonstration schützen wollen. Der Vorwurf der NPD damals: Landfriedensbruch.

Erst kürzlich wurde der 2. Bevollmächtigte der IG Metall-Verwaltungsstelle Jena-Saalfeld angezeigt, weil er dazu aufgerufen hatte, das von der NPD mitorganisierte „Fest der Völker" in Jena im September 2008 zu verhindern.

In Sachsen-Anhalt sah sich der DGB-Vorsitzende Udo Gebhardt Ende 2007 mit einer Anzeige konfrontiert. Er hatte als Mitglied des Stadtrats von Dessau-Roßlau in einer Ratssitzung geäußert, er wolle sich nicht gemeinsam mit einem Neonazi auf sein Amt verpflichten lassen. Daraufhin erstattete der DVU-Landesvorsitzende Ingmar Knop, ebenfalls Ratsmitglied, Strafantrag wegen Beleidigung. Die Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen gegen Gebhardt inzwischen eingestellt, Knop legte dagegen Beschwerde ein.

„Hinter den Anzeigen gegen GewerkschafterInnen und andere Personen, die sich gegen Rechts engagieren, steht eine ganz klare Strategie", meint der thüringische DGB-Sprecher Kirsten Breuer. Die Anwälte der Rechtsextremen erhielten so eine „ladungsfähige Adresse" der Angezeigten – meist die Privatadresse. Die Taktik der rechten Parteien sei offensichtlich, anschließend auch im privaten Umfeld Druck auf ihre Gegner auszuüben.

Die NPD versuche mit den Anzeigen außerdem „im Deckmantel der Rechtsstaatlichkeit" ihre verfassungsfeindlichen Ziele durchzusetzen, meint der thüringische DGB-Vorsitzende Steffen Lemme. Für die Gewerkschaften stehe jedoch fest: „In unserem Engagement gegen den Rechtsextremismus halten uns juristische Tricksereien nicht auf." •

Thüringen

Aufschwung ohne Frauen

Vom Aufschwung profitieren insbesondere die Frauen in Thüringen nur sehr eingeschränkt. Das ist das Ergebnis einer Studie des DGB Thüringen zur Erwerbs- und Einkommenssituation der Frauen in dem ostdeutschen Bundesland. Seit 2002 gibt der DGB-Landesbezirk diese Studie regelmäßig in Auftrag. Die aktuellen Daten sind Besorgnis erregend: Zwar haben die sozialversicherten Beschäftigungsverhältnisse seit 1999 erstmals wieder zugenommen, Frauen haben daran jedoch kaum einen Anteil. Im Gegenteil: Im Laufe der Jahre ist die Erwerbsquote von Frauen in Thüringen unter bundesdeutsches Niveau gesunken. Sie liegt nun bei 60,6 Prozent, während bundesweit 61,5 Prozent der Frauen einer Beschäftigung nachgehen.

Auch die Qualität der Beschäftigungsverhältnisse verschlechtert sich zunehmend. 48 Prozent aller erwerbstätigen Frauen in Thüringen sind in prekären Beschäftigungsverhältnissen tätig. 27 Prozent aller erwerbstätigen Thüringerinnen haben ein Einkommen von weniger als 700 Euro netto. Der Anteil der Männer in Niedriglohnjobs liegt dagegen bei 15,5 Prozent.

Die Situation von Frauen in Thüringen hat sich in den vergangenen Jahren insgesamt verschlechtert. Ihre Chancen sind schlechter als im bundesdeutschen wie auch im ostdeutschen Vergleich. So beträgt der Anteil der Frauen an Neueinstellungen in Thüringen nur 34 Prozent und liegt damit unter ostdeutschem (38 Prozent) und westdeutschem Durchschnitt (44 Prozent). Obwohl der DGB Thüringen seit Jahren auf diese Problematik hinweist und viele Vorschläge zur Verbesserung der Erwerbssituation von Frauen in Thüringen gemacht hat, sieht das Land keinen Handlungsbedarf. Der DGB hat die Landesregierung zu einem sofortigen Politikwechsel aufgefordert. •

www.thueringen.dgb.de



Noch bis zum 4. April wirbt der riesige Mindestlohn-Truck von DGB und Gewerkschaften in Baden-Württemberg für existenzsichernde Einkommen. „Deutschland braucht den Mindestlohn!" lautet das Motto der Kampagne der Gewerkschaften für die Einführung von Mindestlöhnen. Mit der Kampagne soll unter anderem deutlich gemacht werden, dass Arbeitgeber und ihre Verbände, aber auch die Politik mit verantwortlich sind für Niedriglöhne und nicht existenzsichernde Einkommen. „Die Gewerkschaften fordern existenzsichernde Löhne, mindestens 7,50 Euro pro Stunde", so DGB-Vorstand Claus Matecki zur wichtigsten Forderung der Kampage, die bis 2009 fortgesetzt werden soll. Nach der baden-württembergischen Mindestlohn-Tour wird sich der DGB mit dem Truck an der EGB-Demonstration für Mindestlöhne in Europa am 5. April im slowenischen Ljubljana beteiligen (www.etuc.org/a/4563). Der DGB Baden-Württemberg wirbt neben der Truck-Tour mit einer eigenen Website: www.mindestlohn.dgb.de. Dort können unter anderem besonders krasse Fälle von mieser Bezahlung – auch anonym – gemeldet werden.

MEINUNG

Politikfähigkeit der Parteien

Scheuklappen ablegen

Seit den jüngsten Landtagswahlen ist das Fünf-Parteien-System auch in westdeutschen Bundesländern Realität. Um politikfähig zu bleiben, muss die politische Linke mit ihrer alten Gewohnheit brechen, lieber abweichende Meinungen in den eigenen Reihen zu bekämpfen, statt nach verbindenden Gemeinsamkeiten zu suchen, meint Hans-Jürgen Arlt.



Foto: Karsten Thielker

Dr. Hans-Jürgen Arlt, 60, lebt in Berlin als Publizist und Wissenschaftler. In Hamburg arbeitet er als DGB-Pressesprecher.

„Diese Partei ist sozialistisch und radikal in Berlin, klerikal und konservativ in Köln, kapitalistisch und reaktionär in Hamburg und gegenrevolutionär und partikularistisch in München." In der Gründungsphase der Bundesrepublik lieferte ein französischer Journalist diese Beschreibung – der Union. Im Kern hat er bis heute recht damit. Die christliche Schwärze kann nicht überdecken: Die Union ist ein bunter Haufen. Um von den letzten deutschnationalen Stahlhelmern über Roland Koch bis zum heutigen Heiner Geißler zu gelangen, muss man fast die gesamte parteipolitische Landschaft der Republik durchwandern.

Machtkämpfe und **Intrigen sind auch den Unionsparteien weiß Gott nicht fremd.** Gerade schwarze Gewerkschafter können garstige Lieder singen über innerparteilichen Druck. Trotzdem sagt der aktuelle Vergleich alles, wie die CDU eine Koalition mit den Grünen und wie die SPD eine Kooperation mit der Linkspartei behandelt.

Linke Politik in Deutschland hat viele Gesichter, kommunistische, sozialistische, realsozialistische, sozialdemokratische, feministische, pazifistische, ökologische. Wenn sie sich überhaupt gegenseitig anschauen, dann bevorzugt von oben herab, moralisierend, zutiefst misstrauisch, einander spinnefeind. In der Linken herrscht eine Diskussionskultur, bei der es einer Sau graust. Geringste **Abweichungen von der eigenen Position geraten in den Verdacht des Verrats.** Unterschiede, die externe Beobachter überhaupt nicht wahrzunehmen vermögen, reichen im Binnenverhältnis, um jedes Gespräch zu blockieren und die jeweils andere Seite zu verteufeln, zum „Hauptgegner" zu erklären. „Wir spinnen, wir Linken", würde der Antiimperialist Asterix sagen.

Die Glaubens- und Gewissheitskultur, mit der Kirche und Militär, Industriebosse und Sozialistenführer den Menschen Sicherheiten verordneten oder mindestens versprachen, führt nur noch ein Schattendasein. Eindeutigkeit ist eine Illusion, die sich in einer differenzierten, facetten- und perspektivenreichen Welt nur von oben verordnen lässt – und dann ist sie eine riskante Simplifizierung. Um Bestand zu haben, muss sie den Adressaten selbstständiges Denken verbieten. Sich für die eigenen Positionen couragiert stark zu machen und dennoch anzuerkennen, dass sie nur relative Geltung haben, dass andere aus respektablen Gründen andere Positionen einnehmen können, gehört inzwischen zur zivilisatorischen Grundausstattung; auch zu den Voraussetzungen für Politikfähigkeit.

Dass Linke es kaum miteinander aushalten, geschweige denn zusammenhalten, ist nicht einfach ein Versagen der Akteure. Kommunismus und Sozialismus kamen nicht nur als politische Praxis auf die Welt, sondern auch als wissenschaftliche Gesellschaftstheorie. **Der Anspruch, Besitzer und Hüter der einen Wahrheit zu sein, ist religiösen Ursprungs.** Er ist in der Moderne von der Religion auf die Wissenschaft übergegangen; was wahr und was falsch ist, wird wissenschaftlich entschieden. Politik, die sich als wissenschaftlich deklariert, erhebt damit einen Wahrheitsanspruch, der alles andere automatisch der Unwahrheit bezichtigt. Wer sich der einen Wahrheit widersetzt, muss geschult oder bekämpft werden. Geschlossene Weltbilder machen nicht gerne Gefangene, und wenn, dann ‚Verrückte'.

Aber verschiedene politische Auffassungen sind normal, Differenzen unvermeidlich. Das gilt zwischen und innerhalb jeder politischen Richtung. Das Problem liegt im Umgang mit der Verschiedenheit. Aus Differenzen nicht sofort Gegensätzlichkeit abzuleiten, **Anderssein nicht mit Höher- oder Minderwertigkeit gleichzusetzen, das wäre ein Anfang.** Dabei hilft schon das kleine ABC jeder Kommunikationsberatung. **A:** Um gemeinsam handeln zu können, gilt es, die Interessen abzustimmen. Also nicht Positionen in den Vordergrund stellen, sondern Interessen. **B:** Um gemeinsame Entscheidungen treffen zu können, müssen beiderseitige Vorteile heraus gearbeitet werden. Sich in Situationen zu manövrieren, in welchen alles, was gut für den einen, schlecht für den anderen erscheint, stabilisiert das eigene Lager, zerstört aber Einigungschancen. **C:** Die handelnden Menschen und die zu lösenden Probleme müssen getrennt werden. Andere Menschen zum Problem zu machen, bedeutet Feindbilder zu schaffen. **Das kleine ABC kann man üben, aber vorher muss man es wollen.** •

Alles schon da gewesen

Dem Medienhype nach den Wahlen in Hamburg, Hessen und Niedersachsen zum Trotz: Alle aktuell in der Öffentlichkeit diskutierten Koalitionsmöglichkeiten sind oder waren längst Realität.

Zwar wäre ein schwarz-grünes Kabinett in Hamburg das erste auf Landesebene – aber andere deutsche Großstädte, wie Köln oder Essen, wurden beziehungsweise werden längst von einer Koalition aus CDU und Bündnisgrünen geführt.

Auch rot-rote Bündnisse aus SPD und Linkspartei (bzw. PDS) dürften eigentlich nicht mehr zum Aufreger taugen. In Berlin bilden beide Parteien seit über sechs Jahren gemeinsam die Regierung, in Mecklenburg-Vorpommern waren es sogar acht (1998 – 2006). Und selbst eine von der Linkspartei tolerierte Minderheitsregierung ist nicht neu. In Sachsen-Anhalt praktizierte Ministerpräsident Reinhard Höppner (SPD) acht Jahre lang das „Magdeburger Modell".

Selbst Ampelkoalitionen aus SPD, Grünen und FDP gab es schon auf Landesebene: Unter Manfred Stolpe (SPD) in Brandenburg (1990 – 1994) und unter Klaus Wedemeier, ebenfalls SPD, in Bremen (1991 – 1995).

Und wer in Hessen eine Jamaika-Koalition für unwahrscheinlich hält – der muss nur mal im Rathaus der Landeshauptstadt Wiesbaden vorbeischauen.

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

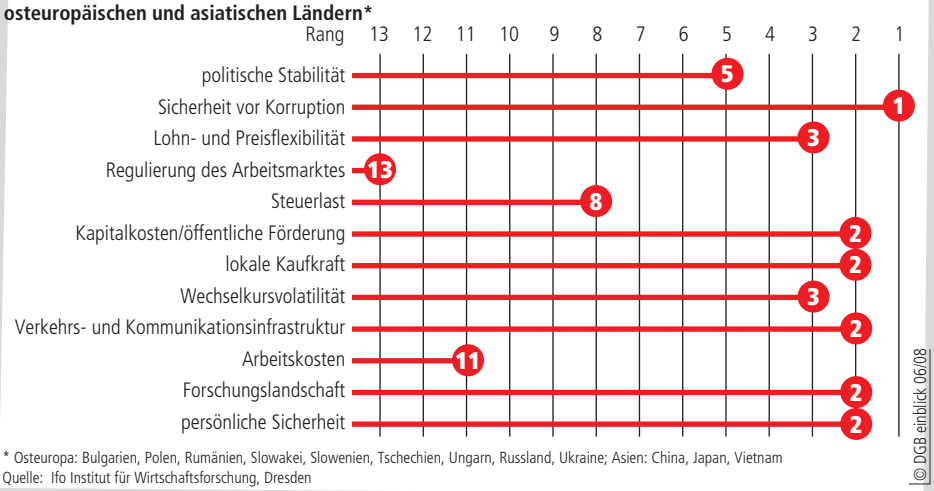
DIES & DAS

die DGB grafik

OSTDEUTSCHLAND: Attraktiver als konkurrierende Standorte

Ostdeutschland schneidet bei fast allen Standortfaktoren besser ab als die meisten osteuropäischen oder asiatischen Länder, mit denen es um die Ansiedlung von Unternehmen konkurriert. Bei acht der zwölf wichtigsten Standortfaktoren belegen die neuen Länder sogar einen der ersten drei Rangplätze, darunter die Infrastruktur und die Forschungslandschaft. Dass andere Länder bei der Regulierung des Arbeitsmarktes und den Arbeitskosten besser abschneiden, wird dadurch mehr als kompensiert.

Standortbedingungen in Ostdeutschland im Vergleich zu den zwölf wichtigsten, konkurrierenden osteuropäischen und asiatischen Ländern*



* Osteuropa: Bulgarien, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Russland, Ukraine; Asien: China, Japan, Vietnam
Quelle: Ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Dresden

14 TAGE

28.3. DGB, Workshop „Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestalten!", Hannover

31.3. DGB, Workshop „Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestalten!", Frankfurt/M.

3.4. DGB-Jugend NRW, „Wandertag für Ausbildung", Düsseldorf

3.4. ver.di, Solidarnosc und Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt an der Europa-Universität Viadrina, Tagung, „Mindestlohn und prekäre Beschäftigungsverhältnisse", Frankfurt (Oder)

4.4. Hans-Böckler-Stiftung und Institut Arbeit und Qualifizierung, Internationale Konferenz, „Die Organisation der Arbeitsvermittlung auf Internationalen Arbeitsmärkten", Gelsenkirchen

5.4. Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB), „Europe's Workers need a Pay Rise", Demonstration für faire Löhne in Europa, Ljubljana (Slowenien)

7.4. DGB, Workshop „Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestalten!", München

7.4. ver.di, Fachdialog Gender, „Vom Unterschied zur Wirkung. Zur Gewinnung geschlechterdifferenzierter Zielgruppen", Berlin

9.4. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung, „Vorstandsvergütung in Deutschland", Köln

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Harald Lötsch **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Timm Schneider **Redaktionelle MitarbeiterInnen:** Lena Clausen, Norbert Hüsson **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/308824-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

personalien

••• ***Dr. Mehrdad Payandeh,*** 47, Studium der Volkswirtschaft, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Ottmar Schreiner (SPD), ist ab dem 15. April Referatsleiter für Wachstums-, Konjunktur- und Beschäftigungspolitik auf nationaler Ebene (Globalisierung) sowie Geldpolitik beim DGB-Bundesvorstand.

••• ***Dr. Matthias Müller,*** 50, Berufsausbildung als Maschinenschlosser, Studium der Sozialwissenschaften, Promotion in Betriebswirtschaft, Leiter des Referats Wirtschaft II in der Abteilung Mitbestimmungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung, ist ab dem 1. Mai Leiter des Bereichs Finanzen des DGB.

••• ***Giovanni Pollice,*** 53, Leiter der Abteilung Ausländische Arbeitnehmer der IG BCE, ist am 19. Februar zum ehrenamtlichen Vorsitzenden des Vereins „Mach meinen Kumpel nicht an!" gewählt worden. Als stellvertretende Vorsitzende wurden ***Sabine Hüther,*** 44, Gewerkschaftssekretärin im Funktionsbereich Gesellschaftspolitik der IG Metall, und Michaela Dälken, 39, Referentin des DGB-Bildungswerks, gewählt. Die langjährigen Vorstandsmitglieder ***Holger Menze,*** 60, ehemaliger Referent beim ver.di-Bundesvorstand, und ***Leo Monz,*** 58, Leiter des Bereichs Migration und Qualifizierung des DGB-Bildungswerks, sind ausgeschieden. ***Heike Mauer,*** 29, bislang Organisationssekretärin der GEW in Flensburg, ist seit dem 1. März wissenschaftliche Mitarbeiterin beim „Kumpel-Verein". Sie folgt ***Hans-Peter Killguss,*** 32, der als Bildungsreferent zum NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln gegangen ist.

Schlusspunkt.

„Ich versuche meiner Partei zu helfen, indem ich nichts dazu sage."

Der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) am fünften Jahrestag seiner Agenda-Rede auf die Frage eines Journalisten nach deren Erfolg

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 21.04.2008 7/08

DGB

inhalt

Seite 3
Ängstliche Arbeitgeber
Mit einem Bundesgesetz zur Modernisierung des Vergaberechts will das Wirtschaftsministerium Unternehmen bei öffentlichen Aufträgen auch auf soziale und ökologische Standards verpflichten

Seite 5
Nur noch Taschengeld
Die Finanzen deutscher Krankenhäuser werden immer knapper. Schuld haben vor allem Bund und Länder

Seite 7
Ohrfeigen für Arbeitnehmer
Die jüngsten Urteile des Europäischen Gerichtshofs gefährden den sozialen Frieden in Europa, meint der DGB-Vorsitzende Michael Sommer

Niedersächsisches Vergabegesetz

Europäische Richter auf Irrwegen

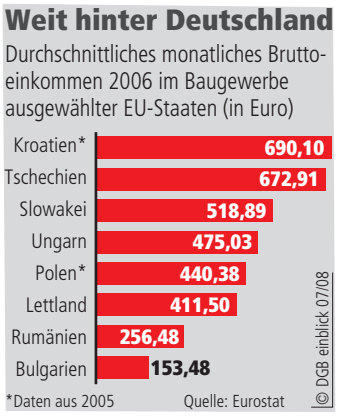
Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat im so genannten Rüffert-Fall entschieden, dass die Verpflichtung auf Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge im niedersächsischen Vergabegesetz gegen europäisches Recht verstößt. Der konkrete Fall: Ein deutsches Bauunternehmen hatte vom Land Niedersachsen den Auftrag für einen Gefängnisneubau erhalten und dafür auch einen polnischen Subunternehmer beauftragt. Der hatte den Tariflohn weit unterschritten, obwohl das Vergabegesetz auch Tariftreue einfordert. Das Land Niedersachsen verlangte deshalb die Zahlung der im Gesetz vorgesehenen Vertragsstrafe. Dagegen wurde geklagt; das Oberlandesgericht Celle rief den EuGH an.

Der entschied Anfang April: Die Tariftreueverpflichtung verstoße sowohl gegen die Entsenderichtlinie als auch gegen die Dienstleistungsfreiheit. Die Begründung: Die Vorschriften der Entsenderichtlinie sahen die Luxemburger Richter quasi als nicht überschreitbaren Mindeststandard. Um Tariftreue einfordern zu können, hätte der entsprechende (Bau-)Tarifvertrag für allgemeinverbindlich erklärt sein müssen. Damit verkehrt der EuGH die eigentliche Intention der Entsenderichtlinie ins Gegenteil, meinen nicht nur die Gewerkschaften. Die sozialdemokratische Europaabgeordnete Karin Jöns (SPD) kritisiert, dass das, was als Mindestschutz der ArbeitnehmerInnen vor Lohndumping gedacht gewesen sei, jetzt zum „maximal zulässigen Schutz" erklärt würde. Auch der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel hält das Urteil für einen „Irrweg". Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer wirft dem EuGH sogar vor, den sozialen Frieden in Europa zu gefährden (siehe Seite 7).

Selbst beim europäischen Generalanwalt, dem Franzosen Yves Bot, dürfte die Entscheidung des EuGH für Verwunderung gesorgt haben. Er hatte in seinem Schlussantrag zum Rüffert-Fall darauf verwiesen, dass durchaus nationale Bestimmungen zulässig seien, die über den „Mindestschutz" der Entsendrichtlinie hinausgingen. Der DGB und der schwedische Gewerkschaftsbund LO haben nach dem Rüffert-Urteil gemeinsam europäische Regelungen gefordert, mit denen die Mitgliedsstaaten wirksam gegen Lohndumping vorgehen könnten.

Anders als die Schlagzeilen vieler deutscher Zeitungen nach dem Urteil verkündeten, hat der EuGH im Übrigen nicht die Vergabegesetze aller deutschen Bundesländer „gekippt". Die derzeit acht auf Landesebene bestehenden Vergabegesetze könnten bestehen bleiben, meint Gregor Asshoff, Leiter der Hauptabteilung Politik und Grundsatzfragen bei der IG BAU. Sie müssten aber europagerecht ausgestaltet werden. Bremen, Berlin und auch Niedersachsen planten bereits entsprechende Reformgesetze.

Im Fall Rüffert ist jetzt wieder das Oberlandesgericht Celle gefragt. Asshoff meint, es könne die Vertragsstrafe dennoch für zulässig erklären. Denn die Löhne des Subunternehmers hätten auch den am Bau geltenden Mindestlohn unterschritten. Und der ist allgemeinverbindlich. •



Das durchschnittliche Lohnniveau liegt etwa in den Baubranchen der meisten neuen EU-Staaten deutlich unter dem deutschen. Eigentlich sollte die Entsenderichtlinie verhindern, dass das ein Einfallstor für Dumpinglöhne in Deutschland wird.

plusminusBERLIN

+ ***Waltraud Wolff, agrarpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, fordert, Nachhaltigkeitsaspekte in den Mittelpunkt der Agrarpolitik zu stellen. Entwicklungspolitische Ziele, der Schutz natürlicher Ressourcen und Verteilungsgerechtigkeit würden zu wenig berücksichtigt.***

– ***CDU-MdB Michael Fuchs findet, Arbeitsminister Scholz sollte sich nicht weiter mit dem Mindestlohn beschäftigen. Stattdessen solle er die „Flut an Vorschriften" bei der Arbeitsförderung reduzieren. So könnten Lohnzusatzkosten gesenkt und neue Arbeitsplätze geschaffen werden.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.gleichearbeit-gleichesgeld.de
Das Online-Portal zur IG Metall-Kampagne „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld" für Fairness in der Leiharbeit

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Material zum Rüffert-Urteil des EuGH

POLITIK AKTUELL

EBR-Richtlinie

Kommission ist gefordert

Die Revision der EU-Richtlinie über Europäische Betriebsräte (EBR) wird wohl nicht im Rahmen des sozialen Dialogs von den europäischen Sozialpartnern erarbeitet, sondern in einem Gesetzgebungsverfahren unter Beteiligung des EU-Parlaments erfolgen. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat es abgelehnt, Verhandlungen mit den europäischen Arbeitgeberverbänden aufzunehmen, nachdem diese im Rahmen der Sozialpartner-Anhörung durch die EU-Kommission keinerlei Bereitschaft signalisierten, zügig und ergebnisorientiert über substanzielle Verbesserungen der Richtlinie zu verhandeln.

Bereits im Vorfeld der Anhörung der Sozialpartner hatten sich die Arbeitgeber entschieden gegen eine Reform ausgesprochen *(einblick 05/08)*. Da nicht in Erfahrung zu bringen gewesen sei, ob es eine realistische Basis für eine Verständigung über eine grundlegende Reform gibt, sei „der soziale Dialog unter den gegebenen Umständen nicht möglich", erklärte der EGB-Generalsekretär John Monks. Weitere Verzögerungen der seit 1999 überfälligen Revision der EBR-Richtlinie durch von vornherein zum Scheitern verurteilte Verhandlungen sind für die Gewerkschaften nicht hinnehmbar. Nun ist die EU-Kommission gefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen. Geschieht das vor der Sommerpause, könnte der Entwurf noch in diesem Jahr im EU-Parlament behandelt werden.

Aus Sicht von EGB und DGB gehen die bisher zur Revision geäußerten Vorstellungen der EU-Kommission in die richtige Richtung. So schlägt sie etwa vor, die Begriffe „Information und Konsultation" genauer zu definieren, die Mindeststandards von EBR zu erweitern und die Rolle der Gewerkschaften zu stärken. •

EU-Expertengruppen

Einfluss der Wirtschaft hoch

Rund 1200 Expertengruppen beraten derzeit die EU-Kommission im europäischen Gesetzgebungsprozess. 44 von ihnen hat jetzt der Lobby-Kontroll-Verband Alter-EU genauer unter die Lupe genommen. Das Resümee des Dachverbands, der europaweit rund 160 Organisationen vertritt: Die Expertengruppen werden häufig von Wirtschaftsinteressen dominiert. Bei zwei Drittel aller Gremien seien Wirtschaftsvertreter „überrepräsentiert", in jedem vierten hatte die Wirtschaftslobby sogar die absolute Mehrheit.

Ein Beispiel: die Expertengruppe zu „Corporate Social Responsibility" (CSR). „Unausgewogene Zusammensetzung zu Gunsten der Industrie", so das Urteil von Alter-EU. Neben 19 Regierungsvertretern beraten 17 Unternehmensvertreter die Kommission – hinzu kommen nur noch neun weitere Experten, darunter ein Gewerkschaftsvertreter. Noch krasser sieht es etwa beim Beratungsgremium für alternative Kraftstoffe aus: Bei insgesamt 41 Mitgliedern zählte Alter-EU 29 Vertreter der Wirtschaft.

Kritik übt die Untersuchung außerdem an mangelnder Transparenz. Nicht einmal für die Hälfte der untersuchten Gremien stellte die Kommission Daten zu deren genauer Zusammensetzung bereit. •

Die Untersuchung: www.einblick.dgb.de/links

Betriebsverlagerungen

Mehr Schutz im Ausland

Ein aktuelles Gutachten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung zeigt: In Deutschland sind die Hürden für Unternehmen bei Betriebsverlagerungen wesentlich niedriger als in anderen Staaten der alten EU.
Das Gutachten stützt damit die Forderungen, die DGB und Gewerkschaften anlässlich des „Nokia-Konflikts" im Januar erhoben hatten. Nokia kündigte damals die Schließung des Werks in Bochum und die Verlagerung der Produktion nach Rumänien an. DGB-Vorstand Dietmar Hexel hatte sich aus Anlass der Nokia-Pläne etwa dafür ausgesprochen, für Verlagerungen oder Schließungen eine 2/3-Mehrheit im Aufsichtsrat notwendig zu machen. Der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, forderte unter anderem gesetzliche Bestimmungen, um die Unternehmen an den gesellschaftlichen Kosten einer Verlagerung zu beteiligen.

Das Resümee des Gutachtens: Während etwa Portugal, Spanien, Frankreich und die Niederlande weit reichende staatliche Kontrollen in entsprechenden Fällen kennen, setzt Deutschland immer noch lediglich auf „betriebliche Selbstregulierung". Von den untersuchten Ländern hatten nur Dänemark und Großbritannien noch weniger Regulierungsmöglichkeiten als es sie hierzulande gibt. •

Link zum Gutachten: www.einblick.dgb.de/links

in eigener Sache

Alles neu macht …

Beginnend mit dieser Ausgabe erscheint der *einblick* zukünftig im neuen Verlag. Seit dem 1. April hat die **Graewis Verlag GmbH** Redaktion und Produktion des gewerkschaftlichen Info-Service übernommen. Ein Relaunch des *einblick* ist in Planung. Auch beim online-Auftritt *www.einblick.dgb.de* sind in Kürze weitere Services geplant.

Die GEW Schleswig-Holstein stellt befristet auf 2 Jahre umgehend ein:

Gewerkschaftssekretär/-in für Tarifangelegenheiten
(1/2-Stelle)

Tätigkeitsprofil:
- Stärkung des gewerkschaftlichen Profils für tarifliche Auseinandersetzungen
- Vorbereitung und Durchführung von Tarifauseinandersetzungen
- Unterstützung des ehrenamtl. Vorstands

Voraussetzungen:
- Hochschulstudium oder einschlägige gewerkschaftliche Ausbildung
- Mind. 2-jährige prakt. Berufserfahrung
- Erfahrungen in Gewerkschafts- oder Betriebsratsarbeit
- Sehr gute Kenntnisse des Tarifrechts, vor allem des Öffentl. Dienstes (TV-L, TVöD) und im Sozial- u Erziehungsdienst

Wir bieten:
Gute Arbeitsbedingungen; angemessene Bezahlung

Schriftliche Bewerbungen mit den übl. Unterlagen bis zum 20.05.08 an: GEW Schleswig-Holstein, z.Hd. Geschäftsführer Bernd Schauer persönlich Legienstraße 22, 24103 Kiel, Tel. 0431-554220

Gesetzentwurf für ein bundesweites Vergabegesetz

Ängstliche Arbeitgeber

Die Arbeitgeberverbände schlagen Alarm. Sie wollen nicht, dass Unternehmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge auch auf soziale und ökologische Standards verpflichtet werden. Genau das plant aber Wirtschaftsminister Michael Glos in einem Gesetzentwurf zum Vergaberecht. Damit sollen zwei bereits 2004 beschlossene EU-Richtlinien in nationales Recht umgesetzt werden.

Da nach den EU-Richtlinien die Vergabe öffentlicher Aufträge auch an die Einhaltung von sozialen Kriterien geknüpft werden kann, sollen künftig bei Aufträgen des Bundes soziale und ökologische Kriterien gelten – von der Einhaltung der Kernarbeitsnormen in den Entwicklungsländern über die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern bis hin zu Ausbildungsquoten oder der Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen. Gleichzeitig schränkt der Entwurf aber ein, dass solche zusätzlichen Anforderungen für die Auftragsausführung im sachlichen Zusammenhang mit dem Auftragsgegenstand stehen müssen.

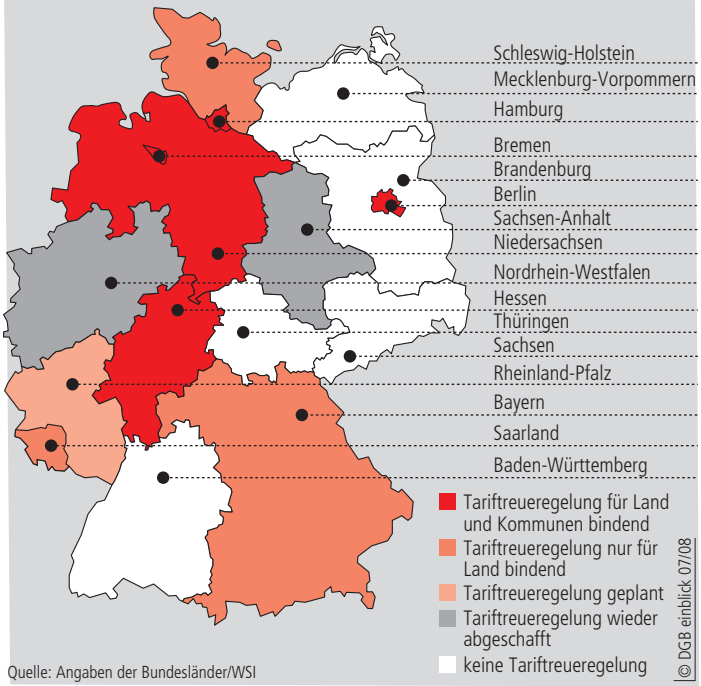
Die Aufnahme von sozialen Kriterien geht den Arbeitgebern entschieden zu weit. Das seien „vergabefremde Kriterien", meint Peter Schäfer vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Entscheidend müsse der günstigste Preis sein. Außerdem befürchtet der BDI, dass das Gesetz den Wettbewerb zwischen den Unternehmen verzerren und hohen bürokratischen Mehraufwand bringen werde. Aus Sicht der Gewerkschaften bleibt der Referentenentwurf schon hinter dem vom Wirtschaftsministerium selbst gesteckten Anspruch weit zurück, eine umfassende Lösung für das Vergaberecht in Deutschland zu schaffen. „Insbesondere wäre es dringend geboten, ein Bundesgesetz zu schaffen, mit dem Transparenz für alle föderalen Strukturen gewährleistet wird", heißt es in einer Stellungnahme des DGB zum Entwurf. Ein Vergabegesetz auf Bundesebene müsste auch die Bundesländer „zu entsprechenden Schritten verpflichten". Ziel müssten flächendeckende Regelungen, Rechtssicherheit und Transparenz sein. Diesen Anforderungen werde der Entwurf nicht gerecht.

Der DGB vermisst darüber hinaus auch eine ganz konkrete Definition, was mit „sozialen" Kriterien gemeint ist. Unverzichtbar sei es etwa, die ILO-Kernarbeitsnormen, fairen Handel („fair trade") und Frauenförderung zu zwingenden sozialen Kriterien zu erklären.

Auf keinen Fall dürfe im Gesetz eine Verpflichtung auf Tariftreue fehlen – trotz des EuGH-Urteils von Anfang April (siehe Seite 1, 7), heißt es in der Stellungnahme. Aus Sicht des DGB wäre die Signalwirkung verheerend, wenn Anbieter, die keine Tariflöhne zahlen, öffentliche Aufträge erhielten. Bund und Länder müssten deshalb auf europäischer Ebene auf eine Klarstellung dringen, wie nach dem Urteil der soziale Arbeitnehmerschutz erhalten bleiben könne. •

Hälfte der Länder mit Tariftreueregeln

Tariftreueregelungen in den Bundesländern



Quelle: Angaben der Bundesländer/WSI

Acht Bundesländer schreiben bei der Vergabe öffentlicher Aufträge die Zahlung von Tariflöhnen vor. Dazu gehören sowohl CDU-, CSU- wie auch SPD-geführte Länder. Die Reichweite der Tariftreueklauseln unterscheidet sich erheblich. Am weitesten geht der rot-rote Senat in Berlin. Dort müssen alle Branchen bei öffentlichen Aufträgen Tariflohn garantieren. Liegt kein Tariflohn vor, gilt ein Mindeststundenlohn von 7,50 Euro. Der Senat hat angekündigt, als Konsequenz aus dem Rüffert-Urteil des EuGH eine europarechtskonforme Novellierung des Gesetzes ins Abgeordnetenhaus einzubringen und eine Bundesratsinitiative zu starten. Damit solle die Bundesregierung aufgefordert werden, so Senatssprecher Richard Meng, gegenüber der EU-Kommission aktiv zu werden, um im Sinne Berlins rechtliche Klarheit zu schaffen. Zudem fordert der Senat die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns. Auch andere Bundesländer planen ähnliche Bundesratsinitiativen.

Bedeutender Wirtschaftsfaktor

Die Aufträge des Staates und der öffentlichen Unternehmen summieren sich in Deutschland pro Jahr auf fast 400 Milliarden Euro. Das sind knapp 20 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung.

EU-weit wird das Gesamtvolumen öffentlicher Aufträge – der Einkauf von Gütern, Dienstleistungen und Bauaufträgen durch Regierungen und Körperschaften des öffentlichen Rechts – auf rund 16 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) der Union geschätzt. 2002 waren das 1500 Milliarden Euro. Die Bedeutung öffentlicher Aufträge schwankt in den einzelnen Mitgliedsstaaten zwischen 11 und 20 Prozent des BIP.

Fast alle öffentlichen Aufträge über einem bestimmten Schwellenwert unterliegen dem EU-Gemeinschaftsrecht sowie internationalem Recht. 2004 haben EU-Parlament und Ministerrat zwei neue Vergabe-Richtlinien verabschiedet. Ihr Ziel ist es, das Vergaberecht zu modernisieren und zu vereinfachen. Mit seinem Gesetzentwurf will Bundeswirtschaftsminister Michael Glos diese in nationales Recht umsetzen.

PROJEKTE UND PARTNER

Otto-Brenner-Preis

Gute Recherche wird belohnt

Zum vierten Mal schreibt die Otto-Brenner-Stiftung ihren Preis für kritischen Journalismus aus. Der Wettbewerb, der mit insgesamt 45 000 Euro dotiert ist, steht erneut unter dem Motto: „Kritischer Journalismus - Gründliche Recherchen statt bestellter Wahrheiten". Prämiert werden sollen erstklassig recherchierte Hintergrundbeiträge, „die Aufklärung fördern, die anregen und aufregen", so die Jury. •

www.otto-brenner-preis.de

neueBücher

Frauenbilder und politischer Streik

Erfahrungen von Frauen in der Arbeitswelt schildert das Lesebuch **aktiv, kompetent, mittendrin – Frauenbilder in der Welt der Arbeit.** 24 Autorinnen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gewerkschaften würdigen den Stellenwert der Erwerbsarbeit von Frauen und reflektieren Gleichstellungsfragen im In- und Ausland.

Helga Schwitzer / Christiane Wilke / Mechthild Kopel (Hrsg.), aktiv – kompetent – mittendrin, VSA-Verlag, 14,80 Euro

Nur wenige Politiker sind im öffentlichen Bewusstsein der Bundesrepublik so fest verhaftet wie Johannes Rau. Länger als ein halbes Jahrhundert stand der SPD-Politiker im politischen Rampenlicht – als Oberbürgermeister, Ministerpräsident, zuletzt als Bundespräsident. Seine Persönlichkeit und sein Stil haben die Politik spürbar beeinflusst. Das Motto, unter das Rau seine Politik stellte: **Versöhnen statt spalten.** Das gleichnamige Buch, herausgegeben von Jürgen Mittag und Klaus Tenfelde, würdigt die Rolle Raus auf der politischen Bühne anhand der wichtigsten Stationen in seinem politischen Leben.

Jürgen Mittag / Klaus Tenfelde, Versöhnen statt spalten, assoverlag, 29,90 Euro

Mit seinem Buch **Der politische Streik** legt der IG BAU-Sekretär Veit Wilhelmy eine praxisnahe Materialiensammlung zu einem gewerkschaftlichen Tabuthema vor. Wilhelmy vermittelt ausführlich die geschichtliche, politische und rechtliche Entwicklung des politischen Streiks und gibt Hinweise auf gesetzliche Spielräume für den Massenstreik.

Veit Wilhelmy, Der politische Streik, Fachhochschulverlag, 16 Euro

Süßwarenindustrie

Zukunftskonferenz

Anlässlich der Veröffentlichung der Studie „Zukunft der Süßwarenindustrie" von Hans-Böckler-Stiftung und NGG laden beide Organisationen am 24. und 25 April zu einer Konferenz nach Oberjosbach ein. ExpertInnen aus Betrieben und Verbänden der Branche, aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften werden über die Ergebnisse der Studie und über die Entwicklungspotenziale der Branche diskutieren. •

Info: www.bzo.de

Kooperationsprojekt

Klimaexperten

Sparsamer Umgang mit Energie und Rohstoffen ist ein Schlüsselthema künftiger Klimapolitik. Auf betrieblicher Ebene gibt es dafür jede Menge Experten: Gerade die Beschäftigten wissen meist am besten, wo es Einsparpotenziale gibt. Das Kooperationsprojekt „Ressourceneffizienz im Betrieb" von Bundesumweltministerium und DGB will dieses Wissen nutzen. Die Auftaktveranstaltung für Betriebsräte findet am 16. Mai in Hannover statt. •

Anmeldung: www.einblick.dgb.de/links

Die IG Bauen- Agrar- Umwelt ist die Gewerkschaft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Bauwirtschaft, der Agrar- und Forstwirtschaft und des Umwelt- und Naturschutzes.

Zum frühest möglichen Zeitraum suchen wir eine/n

Referent/in für unsere Bildungsstätte in Steinbach/Ts.

Zu ihren/seinen Aufgaben gehören

- eigenständige Planung und Leitung von Seminaren, insbesondere im Arbeits- und Betriebsverfassungsrecht
- eigenverantwortliches Erarbeiten von Seminarkonzepten
- Durchführung von Seminaren für Betriebsräte und JAVen in den Regionen
- gewerkschaftliche Bildungsarbeit für Mitglieder und Funktionäre
- Beratung der SeminarteilnehmerInnen in arbeits- und betriebsverfassungsrechtlichen Fragen

Wir erwarten

- eine abgeschlossene Berufsausbildung und/oder eine Hochschulausbildung
- umfassende Kenntnisse im individuellen und kollektiven Arbeitsrecht
- Erfahrungen in der Erwachsenenbildung
- Qualifikation in Leitung von Gruppen und in der Seminartätigkeit
- praktische Erfahrungen aus eigener Betriebsratstätigkeit sind wünschenswert

Interessiert?

Bewerbung bitte an:

Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt
Bundesvorstand – Vorstandsbereich II
Olof-Palme-Straße 19
60439 Frankfurt am Main

Weitere Informationen unter der Telefonnummer 06171 – 7020.

Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt

interregio

Der ***DGB Thüringen*** unterstützt das ***Volksbegehren*** „Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen". Bis Juli sammeln die Initiatoren Unterschriften für die Stärkung direkter Demokratie. Im Freistaat seien Bürgerentscheide aufgrund strenger Kriterien häufig von vornherein zum Scheitern verurteilt. Angesichts sinkender Wahlbeteiligungen sei es umso wichtiger, sagt Steffen Lemme, Vorsitzender des DGB Thüringen, dass die Menschen stärker gestaltend eingreifen könnten.

www.thueringen.mehr-demokratie.de

Der ***DGB München*** und der Mieterverein München ***fordern*** nach dem Aus für das Münchner Transrapid-Projekt, die frei werdenden Gelder „im Interesse der Mieter und Pendler" einzusetzen. Zum einen könne bezahlbarer Wohnraum sowie die energetische Gebäudemodernisierung gefördert werden. Zum anderen stoße das Münchner S-Bahn-System an seine Kapazitätsgrenzen. Ein Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs nutze Pendlern und Umwelt mehr als der Transrapid.

www.dgb-muenchen.de

DGB und ***ver.di Berlin-Brandenburg*** unterstützen die ***Volksinitiative*** zur Schaffung eines Sozialtickets im Flächenland Brandenburg. Mehr als 32 000 Unterschriften hatte die erste Unterschriftenkampagne erbracht. Noch im April will die Volksinitiative nun den Startschuss für ein Volksbegehren geben – dafür werden mehr als 80 000 Unterschriften benötigt.

www.ja-zum-sozialticket.de

Gesundheitspolitik

Nur noch Taschengeld für Krankenhäuser

Die Finanzen deutscher Krankenhäuser werden immer knapper. Vor allem, weil die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern ihre Budgets deckeln und Förderungen zurückfahren. Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di befürchtet, dass 30 bis 40 Prozent der Krankenhäuser schließen müssen, falls die Politik nicht bald ihren Kurs ändert.

Die finanzielle Ausstattung deutscher Krankenhäuser ist seit Jahren dramatisch. „Duale Finanzierung" heißt das Prinzip, nach dem die Gesamtkosten aufgebracht werden: Die Aufwendungen für notwendige Investitionen kommen von den Bundesländern. Für die laufenden Betriebskosten sind die Krankenkassen zuständig. Nur: Beide Finanzierungsquellen sprudeln längst nicht mehr kräftig.

Die Investitionsförderung der Bundesländer ist seit mehr als zehn Jahren rückläufig und hat inzwischen bundesweit den Stand vor der Wiedervereinigung erreicht. Und das Budget der Krankenkassen für die Finanzierung der Krankenhäuser wird seit 1993 „gedeckelt". Das heißt: Der Gesetzgeber entscheidet, wie hoch die Steigerungsrate der Zahlungen sein darf. Die fiel in den letzten Jahren äußerst niedrig aus. 2008 waren es gerade einmal 0,64 Prozent – das fünfte Jahr in Folge mit einer Null vor dem Komma. Das deckt nicht einmal die Inflation ab. Der DGB fordert, die Finanzierung wieder so zu gestalten, dass die Krankenhäuser ihren Versorgungsauftrag qualitativ hochwertig erfüllen können. „Ansonsten droht in Deutschland eine Zweiklassenversorgung", meint der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.

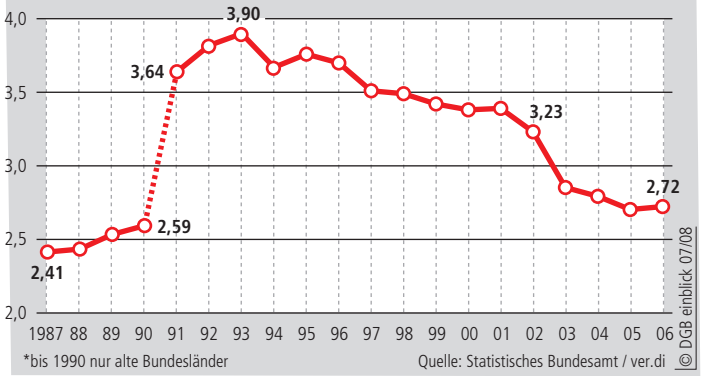
Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat die Kampagne „Der Deckel muss weg" gestartet. Ver.di ist überzeugt: Der von der Bundesregierung gesetzte Budgetdeckel nimmt den Krankenhäusern finanziell die Luft zum atmen. Bei den Investitionsförderungen müssten die Bundesländer endlich wieder ihrer Verantwortung nachkommen. Denn diese Verantwortung ist nicht moralisch, sondern gesetzlich: Eigentlich müssten die Bundesländer 100 Prozent aller Investitionskosten tragen. Die Realität sieht anders aus. Beispiel Nordrhein-Westfalen: Seit zwei Jahren hat das Land keine zusätzlichen Investitionsförderungen bereitgestellt. Ein neues Landesgesetz legt zudem fest, dass künftig nur noch Pauschalen und keine gebündelten Investitionsmittel mehr gezahlt werden. Das sei lediglich „ein kleines Investitionstaschengeld", meint Niko Stumpfögger vom ver.di-Fachbereich Gesundheits- und Sozialwesen. Dass der große Aufschrei bei den Krankenhäusern ausgeblieben sei, habe einen einfachen Grund: „Wer schon vorher auf nichts hoffen konnte, freut sich über das Taschengeld."

Wo das Taschengeld nicht mehr ausreicht, werden immer häufiger Krankenhäuser an private Investoren verkauft – nicht nur in NRW. Mit einem Anteil privater Träger von 14,1 Prozent hat Deutschland Ende 2007 erstmals die USA überholt. Deutschland ist das einzige Industrieland weltweit, in dem im großen Stil Krankenhäuser privatisiert werden. Die privaten deutschen Krankenhauskonzerne sind die größten Europas. Vier große deutsche Unternehmen teilen im Wesentlichen den privaten Sektor unter sich auf: Rhön-Klinikum, Helios-Kliniken, Asklepios-Kliniken und Sana-Kliniken. Die Marktmacht der „großen Vier" ist inzwischen so groß, dass sich bereits das Bundeskartellamt einschaltete: 2005 untersagte es erstmals den Verkauf eines Krankenhauses an Rhön.

„Dass Privatisierungen einen negativen Einfluss auf die Versorgungsqualität haben, ist in Deutschland noch nicht eindeutig nachweisbar", erklärt Herbert Weisbrod-Frey, ver.di-Experte für Gesundheitspolitik. Allerdings hätten Studien zu Privatisierungserfahrungen in den USA gezeigt, dass die langfristigen Effekte negativ sind. Negative Beschäftigungseffekte gibt es längst: In den letzten zehn Jahren wurden allein beim Pflegepersonal 50 000 Stellen gestrichen – auch das hat Einfluss auf die Qualität der Versorgung.

Mehr Patienten, kaum mehr Geld

Investitionsförderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz* (in Milliarden Euro)



Die Investitionsförderung der Bundesländer an die Krankenhäuser ist inzwischen fast auf den Stand von 1990 gesunken – damals mussten allerdings nur die Einrichtungen in den elf alten Bundesländern finanziert werden.

Aktiv für Qualität und Beschäftigte

Mit der Kampagne „Der Deckel muss weg" will ver.di auf die angespannte Finanzsituation der deutschen Krankenhäuser aufmerksam machen.

Öffentlichkeitswirksam machen sich auch vor Ort Beschäftigte für die Ziele der Kampagne stark. In Stuttgart etwa demonstrierten Betriebs- und Personalräte aus den Krankenhäusern von fünf baden-württembergischen Gemeinden gemeinsam vor dem Landtag und forderten eine angemessene öffentliche Finanzierung ihrer Einrichtungen.

Die Internetplattform zur Kampagne soll mit Hintergrundberichten und Info-Material sowohl BürgerInnen als auch Beschäftigte ermutigen, sich „aktiv für eine bessere Gesundheitsversorgung und eine gerechtere Finanzierung der Krankenhäuser einzusetzen".

Patienten und Beschäftigte können online außerdem Erfahrungsberichte austauschen, welche Auswirkungen die mangelnde Finanzierung auf Versorgungsqualität und Arbeitsbedingungen hat:

http://mgfk.verdi.de

kurz&bündig

TRANSNET, GDBA und IG Metall fordern für die Beschäftigten des zweitgrößten deutschen Telekommunikationsanbieters Arcor einen Sozialtarifvertrag. Darin sollen Regelungen zur Beschäftigungs- und Standortsicherung enthalten sein. Hintergrund ist eine mögliche Übernahme Arcors durch Vodafone.

ver.di fordert die schnelle Schaffung eines Arbeitnehmer-Datenschutzgesetzes. Die Maximalstrafe für Verstöße von Unternehmen müsse drastisch erhöht werden, der Einsatz von Kameras und der Zeitraum der Datenspeicherung eindeutig geregelt werden. Außerdem sollten Kontrollmöglichkeiten von Betriebs- und Personalräten „wichtige Eckpfeiler" eines neuen Gesetzes werden.

Die IG BCE setzt sich in der Debatte um einen flexiblen Übergang in die Rente für einen „Korridor" vom 60. bis 67. Lebensjahr ein, in dem ArbeitnehmerInnen entscheiden können, wann sie aus dem Arbeitsleben ausscheiden. Dazu müssten Instrumente wie Teilrente und Langzeitkonten kombiniert werden. Außerdem sei eine Anschlussregelung für die 2009 auslaufende Altersteilzeit nötig.

Die GEW fordert eine Anhebung der ErzieherInnenausbildung auf Hochschulniveau. Entsprechende Ansätze fänden sich auch in den OECD-Empfehlungen zur deutschen Bildungspolitik.

Ausstellung

Zerschlagung der Gewerkschaften

Vor 75 Jahren, am 2.Mai 1933, erstürmte der nationalsozialistische Mob die freien Gewerkschaftshäuser. Mit einer Wanderausstellung erinnern DGB und Hans-Böckler-Stiftung an dieses dunkle Kapitel in der Geschichte der Arbeiterbewegung.

Die Aktion gegen die Gewerkschaften war von langer Hand geplant. Bereits im April 1933 vermerkte Propagandaminister Josef Goebbels in seinem Tagebuch: „Den 1. Mai werden wir zu einer grandiosen Demonstration deutschen Volkswillens gestalten. Am 2. Mai werden wir die Gewerkschaftshäuser besetzen. Gleichschaltung auch auf diesem Gebiet." Es folgte die brutale Zerschlagung der demokratischen Arbeiterbewegung. Funktionäre wurden misshandelt, verhaftet und ermordet, die Gewerkschaftshäuser verwüstet, Gewerkschaftseigentum konfisziert.

Die Ausstellung ist zunächst in 15 Orten zu sehen und später als Wanderausstellung in ganz Deutschland. Die Gewerkschaft IG BAU erinnert mit einer 24-seitigen Beilage zur Aprilausgabe ihrer Mitgliederzeitschrift *Der Grundstein/Der Säemann* an das Verbot der Gewerkschaften. Die Beilage beschreibt die Zerschlagung der Gewerkschaften und ihren Neuanfang nach 1945 und gibt Tipps zum Umgang mit rechtem Gedankengut heute. •

Ausstellung: www.dgb.de/2008/04/11_ausstellung.htm

Extra-Ausgabe der IG BAU: www.igbau.de

Mitgliedergewinnung

Organizing am Bau

Nach ver.di setzt nun auch die IG BAU auf das vor allem in den USA erfolgreiche Konzept des Organizing, um Gewerkschaftsmitglieder zu gewinnen und zu aktivieren. Ob sich mit Organizing-Methoden in kurzer Zeit auch Klein- und Mittel-Betriebe in der Bauwirtschaft gewerkschaftlich „organisieren" lassen, will die IG BAU ab Juni im Rahmen eines Projektes im Raum Stuttgart erproben. „Wir suchen dazu bis zu vier engagierte Gewerkschafter, die wir befristet für ein bis zwei Jahre einstellen. Sie sollen gemeinsam mit erfahrenen Gewerkschaftssekretären gezielt Betriebe erschließen", erklärt IG BAU-Vize Dietmar Schäfers.

Dabei setzt die IG BAU auf Nachhaltigkeit. „Zu den Kollegen, die wir gewinnen wollen, müssen wir erst mal Vertrauen aufbauen und ihnen die eigene Kraft wieder bewusst machen. Dies geht nur über gemeinsames Handeln und die gemeinsame Lösung betrieblicher Probleme", sagt Schäfers. Die IG BAU will die Methoden der US-Gewerkschaften nicht einfach kopieren, sondern eine eigene Form des Organizing entwickeln, die zu den Branchen-Strukturen mit ständig wechselnden Baustellen und Subunternehmen passt. „Nachdem wir unsere Strukturen konsequent auf eine betriebsbezogene Gewerkschaftsarbeit ausgerichtet haben, wollen wir jetzt auch in der Mitgliedergewinnung und Interessenvertretung neue Wege gehen", so Schäfers. •

Bewerbungen: bundesvorstand.vbll@igbau.de, Tel. 069-95737-175

DGB-Entgeltsystem

Einigung

DGB-Gesamtbetriebsrat und Geschäftsführender Bundesvorstand haben eine Einigung über das künftige DGB-Entgeltsystem und die Entgeltrunde 2008/2009 erreicht. Neben einer Einmalzahlung von 125 Euro für Januar bis Mai 2008 soll es im Juni eine Erhöhung um zwei und im Oktober um ein Prozent geben. Für Neueingestellte gilt seit 1. April eine veränderte Entgelttabelle. Für alle Beschäftigten, die seit 1996 eingestellt und nicht mehr bei der DGB-Unterstützungskasse angemeldet wurden, wird ab 1. April 2009 eine hälftig vom Arbeitgeber finanzierte betriebliche Altersversorgung eingeführt. Das Ergebnis ist vorläufig. Der DGB-Bundesvorstand entscheidet im Mai. •

Grundrecht auf Ausbildung

Mehr als 70 000 Unterschriften

Begleitet von vielfältigen Aktivitäten wollen Gewerkschaftsjugend und Landesschülervertretungen am 22. April in Berlin mehr als 70 000 Unterschriften zur Petition für ein Grundrecht auf Ausbildung an den Bundestag übergeben. Ab 10 Uhr werden Hunderte Jugendliche aus ganz Deutschland am Berliner Alexanderplatz für das Grundrecht demonstrieren. Ein öffentliches Hearing, Transparente und Musik sollen der Auftakt der Aktionen sein.

Umfangreiche Hintergrundinformationen zu den Forderungen der 2007 von DGB und Gewerkschaften gestarteten Initiative „Ausbildung für alle" hält eine gerade erschienene Broschüre bereit. Sie kann im Internet als pdf-Datei heruntergeladen oder als gedruckte Ausgabe bei der DGB-Jugend bestellt werden. •



www.ausbildung-fuer-alle.de

Drei EuGH-Urteile zu Arbeitnehmerrechten in Europa

Ohrfeigen für Arbeitnehmer

Die jüngste Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur Entsenderichtlinie gefährdet den sozialen Frieden in Europa, meint der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.



Foto: Franka Bruns

Urteilsschelte mag unpopulär sein. Aber **Richter sind nicht sakrosankt – und schon gar nicht unfehlbar.** Wenn die neueren Interpretationen der Entsenderichtlinie durch den EuGH Leitfaden für die Politik der EU werden sollten, dann kann ich nur sagen: Ein solches Europa wollen die Gewerkschaften nicht. Eine EU, die die Freiheit des Marktes über Arbeitnehmerschutzrechte stellt, die nationale tarifliche und staatliche Schutzmaßnahmen gegen Lohndumping einfach aushebelt und grenzüberschreitende Dienstleistungen zu (fast) jedem Preis zum modernen Götzen einer angeblichen Freiheitsordnung hochstilisiert, **eine solche EU tritt Arbeitnehmerrechte mit Füßen.** Das werden der DGB, aber auch die anderen Gewerkschaften im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) nicht widerspruchs- und kampflos hinnehmen.

Worum geht es? Ein niedersächsischer Gefängnisneubau wurde nach dem Tariftreuegesetz vergeben. Ein ausländischer Subunternehmer unterschritt die geforderte Löhnhöhe erheblich. Dennoch muss er nach dem so genannten Rüffert-Urteil des EuGH keine Bußgelder zahlen, weil der zugrunde gelegte Tarifvertrag des niedersächsischen Baugewerbes nicht allgemein verbindlich war. Der EuGH akzeptiert nach seiner Interpretation der Entsenderichtlinie aber nur gesetzliche Mindestlöhne und allgemeinverbindliche Tarifverträge als Lohnuntergrenzen für entsandte Arbeitnehmer.

Drei jüngere EuGH-Urteile (Viking, Laval und zuletzt Rüffert) haben eines gemeinsam: Sie verschieben die Balance zwischen Marktfreiheit und Arbeitnehmerrechten noch weiter **zu Ungunsten der Beschäftigten.** Praktisch sind sie eine Einladung zum Lohndumping durch entsandte ArbeitnehmerInnen – und zwar überall dort, wo es keine gesetzlichen Mindestlöhne oder allgemeinverbindliche Tarifverträge gibt.

Eine so interpretierte Entsenderichtlinie fördert außerdem selber Lohndumping, indem sie zum Beispiel gesetzliche Mindestlöhne als maximale Abwehrmaßnahme hinstellt, die nicht durch nationale Regulierung überschritten werden darf. Hier wird also **ein riesiges Einfallstor für die Unterbietung von Tariflöhnen durch Mindestlöhne** geöffnet.

Für Deutschland heißt das: Weil sich die größte Regierungspartei CDU/CSU strikt weigert, einen gesetzlichen Mindestlohn zu erlassen, gleichzeitig branchenbezogene Mindestlöhne blockiert, wo es nur geht, und Flächentarifverträge kaum noch für allgemeinverbindlich erklärt werden, sind wir in Zukunft **weitgehend schutzlos dem Lohndumping ausgesetzt.** Wenn dann selbst der Staat seine Tariftreuegesetze bei Verstößen nicht mehr sanktionieren kann, weil es dem EuGH missfällt, dann ist das schlichtweg ein Skandal. Dann müssen Millionen ArbeitnehmerInnen fürchten, dass die EU über die Dienstleistungsfreiheit ihre Löhne untertunnelt. Am Ende könnten massive Einkommensverluste stehen.

Was können die Gewerkschaften dagegen unternehmen? Wir müssen Druck machen auf Regierungen, Europäische Kommission und auf das Europäische Parlament, damit sie Gesetze, Vorschriften und Erlasse so ändern oder ergänzen, **dass solche Skandalurteile künftig nicht mehr möglich sind.** Es kann doch nicht angehen, dass der EuGH Tarifautonomie und Tarifverträge in Deutschland praktisch über eine falsche Interpretation der Entsenderichtlinie außer Kraft setzt. Schon jetzt wächst der Niedriglohnsektor bei uns mit beängstigendem Tempo. Das darf sich durch die Dienstleistungsfreiheit nicht noch beschleunigen.

Im Übrigen sind die Urteile eine Bestätigung für unsere Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro, damit wenigstens diese Basis nicht durch entsandte Arbeitnehmer unterschritten werden kann. Ich gebe zu: Mindestlöhne mildern das Problem, lösen es aber nicht. Denn Tariftreuegesetze, die sich auf ein höheres Tarifniveau beziehen, könnten immer noch straflos unterlaufen werden, wie das Rüffert-Urteil zeigt.

Fazit: Der EuGH gefährdet den sozialen Frieden in Europa. Ich fordere deshalb Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundesarbeitsminister Olaf Scholz, die EU-Kommission und alle verantwortlichen Europapolitiker auf, jetzt sofort Initiativen mit dem Ziel zu ergreifen, damit europäisches Recht nicht länger nationale Anti-Lohndumping-Maßnahmen und Tariftreuebestimmungen außer Kraft setzen kann. Entweder sie schaffen endlich ein soziales Europa oder sie steuern die EU und ihre Institutionen **geradewegs in einen Dauerkonflikt mit den Gewerkschaften.**

Die drei Urteile

VIKING: ***Die finnische Reederei Viking Line plante, eines ihrer Fährschiffe auf Estland umzuflaggen und die Besatzung durch estnische, niedriger entlohnte Seeleute zu ersetzen. Das versuchten die finnische Seeleutegewerkschaft und die Internationale Transportarbeiter-Föderation zu verhindern. Zwar erkannte das EuGH am 11. Dezember 2007 an, dass das Streikrecht auch die Niederlassungsfreiheit eines Unternehmens im Binnenmarkt einschränken darf, setzte aber strenge Kriterien für die Rechtmäßigkeit grenzüberschreitender kollektiver Aktionen (C-438/05).***

LAVAL: ***Die lettische Firma Laval erhielt von der schwedischen Gemeinde Laxholm den Auftrag, eine Schule zu renovieren, weigerte sich aber, den schwedischen Flächentarif einzuhalten. Daraufhin wurde die Baustelle von schwedischen GewerkschafterInnen blockiert. Das EuGH bekräftigte in seinem Urteil vom 18. Dezember 2007 zwar das Streikrecht, erklärte aber die Aktionen gegen Laval als unvereinbar mit der EU-Entsenderichtlinie und der Dienstleistungsfreiheit (C-341/05).***

RÜFFERT: ***Am 3. April hat der EuGH entschieden, dass das Land Niedersachsen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge keine Tariflöhne vorschreiben kann, wenn sie nicht für allgemeinverbindlich erklärt wurden (C-346/06).***

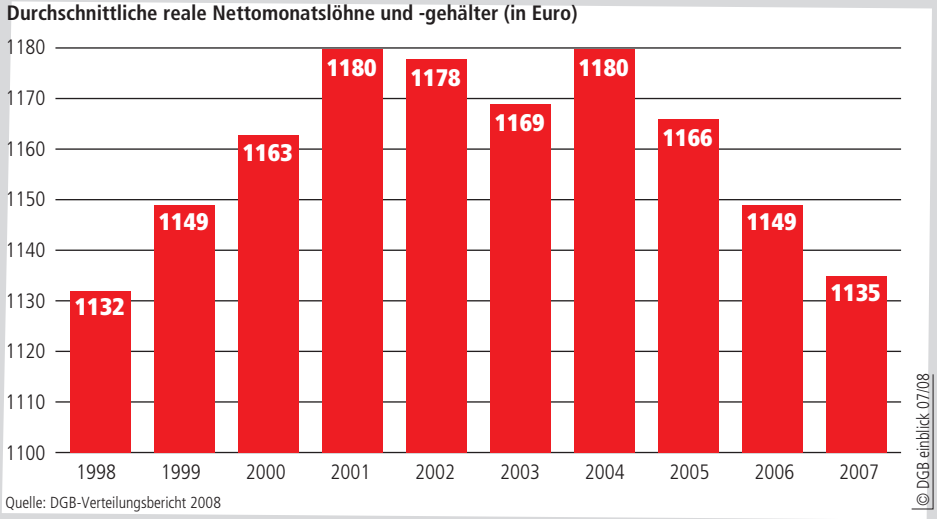
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

REALLÖHNE: So niedrig wie zuletzt 1998

Im vergangenen Jahr waren die inflationsbereinigten Reallöhne deutscher ArbeitnehmerInnen fast so niedrig wie zuletzt vor zehn Jahren. Deutlich gestiegen sind laut aktuellem DGB-Verteilungsbericht hingegen die Brutto-Unternehmens- und Vermögenseinkommen: von 2000 bis 2007 um fast 43 Prozent. Damit Löhne und Gewinne aus Vermögen nicht weiter auseinanderdriften, fordert der DGB deutliche Reallohnsteigerungen sowie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.



Quelle: DGB-Verteilungsbericht 2008

14 TAGE

24.4. Girls'Day – Mädchen-Zukunftstag 2008, bundesweit

24.4. Aktionstag „Neue Wege für Jungs", bundesweit

24./25.4. NGG und Hans-Böckler-Stiftung, Konferenz „Zukunft der Süßwarenindustrie", Oberjosbach

25.4. Arbeitnehmerkammer Bremen, Diskussionsveranstaltung „Wovon lebst du eigentlich? (Freie) Arbeit zwischen Bohème, Büro und Billiglohn", Bremen

28./29.4. IG BCE, Betriebsrätetagung zum Thema Leiharbeit, Bad Münder

30.4. DGB-Jugend München, Open-Air-Konzert „laut.stark 08", München

1.5. DGB, Tag der Arbeit, Zentrale Maikundgebung des DGB „Gute Arbeit muss drin sein!", Mainz

1.5.-15.6. Ruhrfestspiele, Recklinghausen

2.5. DGB, Gedenkveranstaltung zum 75. Jahrestag der Erstürmung der Gewerkschaftshäuser durch die Nationalsozialisten, Gedenkstätte Sachsenhausen

6.5. IG Metall, Vortrag „Perspektiven der Gewerkschaften und des Sozialstaates im Finanzmarktkapitalismus" mit Prof. Leo Panitch (Kanada), Frankfurt/M.

6./7.5. Hans-Böckler-Stiftung, Workshop „Soziale Unternehmensverantwortung – Neue Handlungsfelder für Betriebsräte", Düsseldorf

Tipp

***Buch:* Dietmar Molthagen u.a. (Hrsg.), Gegen Rechtsextremismus – Handeln für Demokratie, Verlag J.H.W. Dietz, Bonn 2008, 410 Seiten, 19,90 Euro**

Bildung hilft, gegen Rechtsextremismus vorzubeugen. Diese Grundannahme der politischen Bildungsarbeit teilen auch die Autorinnen und Autoren des Lern- und Arbeitsbuches „Gegen Rechtsextremismus – Handeln für Demokratie". Sie gehen aber noch einen Schritt weiter: Es reiche nicht aus, informiert zu sein. Man muss auch wirksam gegen Rechtsextremismus handeln können. Der Band bietet deshalb neben umfangreichem Bildungsmaterial auch konkrete Ansätze und Vorschläge für Aktionen gegen Fremdenfeindlichkeit und rechtes Gedankengut. Ziel ist die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in möglichst vielen gesellschaftlichen Bereichen: in der Schule, in Kommunen, in der Jugendarbeit und nicht zuletzt im persönlichen Umfeld. Das Arbeitsbuch enthält außerdem eine CD-Rom mit fertigen Präsentationen für Unterricht und politische Bildung sowie nützlichen Links und Materialsammlungen.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH i.G. **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantwortlich), Timm Schneider **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882413, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

Arbeitminister Olaf Scholz (SPD): Ein 35-Jähriger, der von seinem Chef mitgeteilt bekommt, dass das Weihnachtsgeld gestrichen ist, denkt nichts Nettes über diesen, und wenn er klug ist, tritt er in eine Gewerkschaft ein.

Zwischenruf von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU): Wenn er klug ist, ist er schon drin!

Auszug aus dem Protokoll der Bundestagsdebatte zum Gesetz zur Rentenanpassung 2008, 10. April 2008.

Abmagerungsmittel

Nicht von der Krankenkasse zu zahlen

Von der Versorgung durch die gesetzlichen Krankenkassen sind unter anderem Arzneimittel ausgeschlossen, die der Abmagerung, der Zügelung des Appetits und der Regulierung des Körpergewichts dienen. Ein Fertigarzneimittel mit dem Wirkstoff Rimonabant, das europaweit seit Juni 2006 zur Gewichtsreduktion bei Adipositas (krankhaftes Übergewicht) zugelassen ist, darf nicht zu Lasten der gesetzlichen Krankenkassen verordnet werden.

Landessozialgericht Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 27. Februar 2008 - L 7 B 112/07 KA ER

Lebenspartnerschaft

Witwerrente aus Versorgungssystem

Ein gleichgeschlechtlicher Lebenspartner kann Anspruch auf eine Witwerrente aus einem berufsständischen Versorgungssystem haben. Satzungsbestimmungen des Versorgungssystems, nach denen die Hinterbliebenenversorgung nur überlebenden Ehegatten gewährt wird, stellen eine unmittelbare Diskriminierung wegen der sexuellen Ausrichtung dar, falls sich überlebende Ehegatten und überlebende Lebenspartner in Bezug auf diese Versorgung in einer vergleichbaren Lage befinden.

Europäischer Gerichtshof, Urteil vom 1. April 2008 - C-267/06

Rentenversicherung

Zigarettenauffüllen ist zumutbar

Ein Rentenversicherter, der noch als Zigarettenautomatenauffüller eingesetzt werden könnte, kann sich zur Begründung des Rentenanspruches nicht darauf berufen, dass eine Tätigkeit im Tabakhandel der Nikotinsucht Vorschub leiste und deswegen nicht zumutbar sei.

Bundessozialgericht, Urteil vom 9. Oktober 2007 – B 5b/8 KN 2/07 R

Arbeitslosengeld II

Zuschuss mindert Leistung

Bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes II ist der Existenzgründungszuschuss als Einkommen zu berücksichtigen. Denn der Existenzgründungszuschuss soll einen sozial abgesicherten Start in die Selbständigkeit gewährleisten; er dient somit sowohl der sozialen Sicherung als auch der Sicherung des Lebensunterhalts in der Zeit der Existenzgründung.

Bundessozialgericht, Urteil vom 6. Dezember 2007 - B 14/7b AS 16/06 R

Schulbücher

Lehrer bekommen sie kostenlos

Das Land Rheinland-Pfalz muss als Dienstherr seinen Lehrkräften kostenlos die Schulbücher zur Verfügung stellen, die für den Unterricht benötigt werden. Allerdings können Lehrerinnen und Lehrer nicht die nachträgliche Erstattung des Kaufpreises verlangen, wenn sie ein Schulbuch ohne vorherige Erlaubnis gekauft haben.

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, Urteil vom 26. Februar 2008 - 2 A 11288/07.OVG

Unfallversicherung

Duschen ist Privatsache

Verletzt sich ein Beamter beim morgendlichen Duschen, stellt dies in der Regel keinen Dienstunfall dar.

Der Fall: Die Beamtin nahm an einem mehrtätigen Fortbildungslehrgang teil. Dazu war sie im Lehrgangsgebäude in einem Zimmer mit Dusche untergebracht. Als sie am Morgen des ersten Lehrgangstages duschte, rutschte sie aus und zog sich schwere Verletzungen zu. Ihren Antrag, den Unfall als Dienstunfall anzuerkennen, begründete sie damit, dass sie in Vorbereitung auf den Lehrgang geduscht habe. Außerdem liege ein gepflegtes Erscheinungsbild im Interesse der Durchführung einer Fortbildung. Gegen die Ablehnung ihres Antrages erhob sie Klage, die allerdings erfolglos blieb.

Das Verwaltungsgericht: Der Duschunfall ist kein Dienstunfall gewesen. Ein solcher setzt voraus, dass ein enger und unmittelbarer Zusammenhang zwischen Dienst und dem schädigenden Ereignis besteht. Das morgendliche Duschen hat aber in erster Linie der alltäglichen Körperpflege gedient, welche die Beamtin ebenso in einer Privatunterkunft vorgenommen hätte. Auch ein gepflegtes Erscheinungsbild ist nicht lehrgangsspezifisch, sondern gehört zu den Mindestanforderungen des Beamtendienstes. Etwas anderes kann in Fällen gelten, in denen Beamte in einer Gemeinschaftsunterkunft untergebracht sind, weil sie sich ständig dienstbereit halten müssen. Eine körperliche Reinigung kann unter bestimmten Umständen auch dann dienstlich veranlasst sein, wenn vorangegangene Tätigkeiten wie schweißtreibender Dienstsport, Übungen im schmutzigen Gelände oder Tätigkeiten an verschmutzten Maschinen diese nötig machen. Die morgendliche Körperpflege vor dem Dienst gehört aber nicht zu dieser Fallgruppe.

Verwaltungsgericht Koblenz, Urteil vom 25. Oktober 2007 - 2 K 350/07.KO

Unfallversicherung II

Schutz auch bei Überfall

Wird ein Versicherter auf dem Weg zur Arbeit Opfer einer Gewalttat, ist dies als Arbeitsunfall zu entschädigen.

Der Fall: Ein Bauingenieur war auf dem Weg zur Arbeit von einem unbekannten Täter überfallen worden. Dabei erlitt er schwerste Verletzungen. Die polizeilichen Ermittlungen konnten das Tatmotiv des unbekannten Täters nicht klären. Die Berufsgenossenschaft lehnte die Anerkennung als Arbeitsunfall ab, da keine Anhaltspunkte für ein betriebsbezogenes Tatmotiv sprächen. Die Tatumstände deuteten auf eine gezielte und geplante Tat aufgrund privater Motive aus dem familiären Umfeld des Verletzten. Denn nach eigenen Angaben des Opfers sei seine frühere Ehefrau krankhaft eifersüchtig. Ferner habe auch ein Verwandter Drohungen ausgesprochen. Der Verletzte hingegen betonte, dass angesichts seiner Stellung als Oberbauleiter einer Großbaustelle er ebenso von einem Mitarbeiter seiner zahlreichen Subunternehmen überfallen worden sein könne. Auch eine Verwechslungstat sei möglich. Mit seiner Klage hatte er Erfolg.

Das Landessozialgericht: Nach den Ermittlungen kann nicht davon ausgegangen werden, dass das Tatmotiv für die offensichtlich geplante Tat ausschließlich aus seinem privaten Bereich kommt. Nur wenn alle möglichen Tatmotive ausschließlich im persönlichen Bereich des Betroffenen zu suchen sind, kann der Versicherungsschutz versagt werden.

Hessischen Landessozialgericht, Urteil vom 12. Februar 2008 - L 3 U 82/06

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 7/08

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 05.05.2008 8/08

DGB

inhalt

Seite 3
Zeit ist Geld
Seit langem fordern die Gewerkschaften, den Insolvenzschutz von Arbeitszeitkonten zu verbessern. Ein erster Gesetzentwurf bleibt aber hinter den Erwartungen zurück

Seite 5
Jede Menge Potenzial
Die Ergebnisse des Trendwende-Projekts „Potenzialanalyse" liegen vor – und zeigen große Chancen für die Gewerkschaften

Seite 7
Das neue Öl
Wie früher Öl und Kohle sind heute Kreativität, Wissen, Ideen und Daten die wichtigsten Zukunftsressourcen für etablierte Industrienationen, meint Dieter Gorny

Sicherheitspolitik und Datenschutz

Big Brother für Gewerkschaften

Es ist ein in der Geschichte der Bundesrepublik einmaliger Vorgang. Im März schlossen Bundes- und US-Regierung ein Abkommen, das den Informationsaustausch der Sicherheitsbehörden zur Terrorismusbekämpfung stärken soll. Jetzt bekannt gewordene, bisher nicht veröffentlichte Passagen belegen: In besonderen Fällen sollen auch besonders sensible personenbezogene Daten weitergegeben werden dürfen. Dazu gehören laut Abkommen Informationen zur Rasse, ethnischen Herkunft, politischen und religiösen Überzeugung, zu Gesundheit und Sexualleben – und über die Mitgliedschaft in Gewerkschaften. Diese Auswahl ist nicht willkürlich: Es sind genau die Informationen, die im Bundesdatenschutzgesetz als besonders schützenswerte Daten „besonderer Art" definiert sind.

„Für unsere Sicherheitspolitiker ist offenbar ein linker Gewerkschafter dunkler Hautfarbe und muslimischen Glaubens der Inbegriff des Terroristen", erklärt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. „Wenn eine Bundesregierung so tief in die Persönlichkeitsrechte ihrer Bürger eingreift, müssen bei allen Demokraten die Alarmglocken läuten." In



Foto: picture-alliance

Datenaustausch per Handschlag besiegelt: Innenminister Wolfgang Schäuble und Justizministerin Brigitte Zypries mit ihren amerikanischen Amtskollegen bei der Unterzeichnung des Abkommens.

einer Mitteilung des Bundesinnen- und des Bundesjustizministeriums heißt es zwar, der Informationsaustausch würde „datenschutzrechtlich flankiert". Und das Innenministerium erklärte vorsorglich, dass Schutzvorkehrungen für „besonders sensible Daten" getroffen werden sollen. Aber der Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Peter Schaar, hat große Zweifel. Die Regelungen blieben in dem Abkommen „weit unter dem Niveau, das bei Datenübermittlungen in Europa üblich ist", erklärt Schaar. Kritik übt er auch daran, dass Betroffene weder ein Auskunftsrecht zu den über sie gespeicherten Daten haben, noch deren Verwendung in den USA gerichtlich überprüfen lassen können.

Dass die Bundesregierung Daten zur Gewerkschaftsmitgliedschaft weitergeben könne, sei der „Höhepunkt der Unverfrorenheit", sagt Michael Sommer. „Dabei stellt sich auch die Frage, woher unsere Sicherheitsbehörden das wissen. Das steht ja nicht im Personalausweis." Dass Behörden diese Daten besitzen, wäre nach deutschem Recht nicht legal. „Gewerkschaftsdaten haben in staatlichen Dateien nichts zu suchen. Schon die Speicherung wäre ein Verstoß gegen die Verfassung", sagte die innenpolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, Silke Stokar, gegenüber *einblick*. Sie will bei einer Fragestunde im Bundestag von der Regierung wissen, welche Relevanz Informationen über die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft überhaupt für die Terrorismusbekämpfung haben. Ähnlich verwundert ist auch Gisela Piltz, innenpolitische Sprecherin der FDP. Piltz nannte das Abkommen gegenüber dem *Spiegel* ein „Kuckucksei".

Der genaue Inhalt des Abkommens blieb lange unbekannt, weil bilaterale Regierungsverträge ohne Beteiligung des Parlaments abgeschlossen werden können. Das Innenministerium arbeitet jetzt an einem Gesetzentwurf, dem dann Bundestag, Bundesrat und Bundespräsident zustimmen müssen. Es bleibt also noch die Chance, die geplanten Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte zu verhindern. Das wäre auch dringend geboten, meint Michael Sommer, denn: „Wer den Vertrag liest, fällt von einer Datenohnmacht in die andere." •

plusminusBERLIN

+ *Kirsten Tackmann* (DIE LINKE) fordert bessere Kontrollen für „Gen-Mais". Die anbauenden Unternehmen untersuchten die Umweltfolgen auf Testflächen, die zu weit von den Gen-Mais-Äckern entfernt lägen. „Wer nicht sucht, kann auch nichts finden."

– *Gudrun Kopp* (FDP) hat etwas gegen Lohnerhöhungen bei der Post. Die „Monopolschutzpolitik" der Bundesregierung mache Verbraucher zu „Geiseln von ver.di und Post AG": Monopolunternehmen führten zu Monopollöhnen und zu Monopolpreisen.

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.igbce-blogs.de
Die IG BCE setzt bei Online-Informationen zu Fachthemen auf Blogs

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Newsletter: Aktuelles zur Initiative „Ausbildung für alle"

Euro-Betriebsräte

EGB geht in die Offensive

Am 1. Mai hat der EGB eine Kampagne für starke Euro-Betriebsräte (EBR) gestartet, nachdem es nicht gelungen ist, eine solide Grundlage für Verhandlungen mit dem europäischen Arbeitgeberverband Businesseurope zur Revision der EBR-Richtlinie zu schaffen *(einblick 07/08)*. Ihr Ziel ist es, die Revision bis Ende 2008 unter der französischen EU-Ratspräsidentschaft durchzusetzen. EU-Sozialkommissar Vladimir Spidla hat angekündigt, einen revidierten Richtlinientext im Juni vorzulegen. Dabei wird er von den Vize-Präsidenten der Kommission, Günter Verheugen und Margot Wallström, unterstützt.

Massiven Widerstand haben die Arbeitgeber angekündigt. Besonders deutlich hat sich der britische Arbeitgeberverband CBI geäußert. Er hält die Initiative der Kommission für gefährlich und lehnt eine Stärkung der Informations- und Konsultationsrechte, die Anerkennung der Gewerkschaften bei der Einrichtung von EBR, aber auch das Recht auf Fortbildung für die Euro-Betriebsräte grundsätzlich ab.

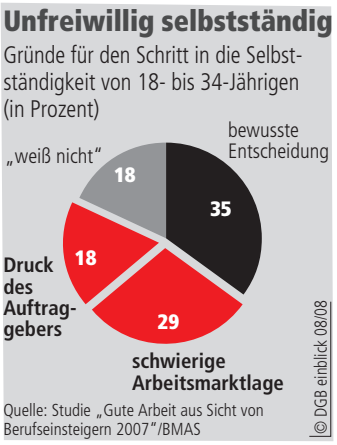
Mit der Kampagne will der EGB die Kommission in ihrem Vorhaben unterstützen. Allerdings hat der EU-Ministerrat das letzte Wort. Ob es dort eine Mehrheit für die Revision gibt, ist nicht sicher. Daher soll die Kampagne vor allem auch in den Mitgliedstaaten für eine Stärkung der Rechte der Euro-Betriebsräte werben. •

Bundesagentur

Massive Kritik an Eingriffen

Massive Kritik üben Gewerkschafts- und Arbeitgebervertreter an offensichtlich geplanten politischen Einflussnahmen auf die Bundesagentur für Arbeit (BA). Das Bundesarbeitsministerium arbeitet derzeit an einem Konzept, mit dem die Zahl der Förderinstrumente für Arbeitslose reduziert werden soll. Bestandteil der bisher bekannten Pläne ist, dass das Ministerium per Erlass der BA „Zielvorgaben" für ihren „arbeitsmarktpolitischen Auftrag" setzen kann. Gemeint sind sozialpolitische Aufgaben wie etwa Unterstützung von Gleichstellungsmaßnahmen oder „Nachteilsausgleiche für Leistungsschwache". Gewerkschaften und Arbeitgeber sehen das als Eingriff in die Selbstverwaltung und die Beitragskasse der BA.

Der DGB ist grundsätzlich für eine sozialpolitische Ausrichtung von Förderinstrumenten und Arbeitsmarktpolitik. Allerdings müssten gesamtgesellschaftliche Aufgaben über Steuern und nicht über Beiträge der BA finanziert werden, erklärt Wilhelm Adamy, Leiter des Bereichs Arbeitsmarktpolitik beim DGB. Peter Clever, Mitglied der Hauptgeschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und alternierender Vorsitzender des BA-Verwaltungsrats, spitzte seine Kritik gegenüber dem *Kölner Stadtanzeiger* zu und drohte mit einem Ausstieg der Arbeitgeber aus den Gremien der BA: „Bevor wir zum reinen Erfüllungsgehilfen eines ministeriellen Bürokratieapparates herabsteigen, steigen wir aus." •



Rund die Hälfte aller unter 35-Jährigen, die bereits einmal selbstständig waren oder noch sind, hat diesen Schritt unfreiwillig gemacht. Das geht aus der Studie „Gute Arbeit aus Sicht von Berufseinsteigern" hervor, die das Bundesarbeitsministerium in Auftrag gegeben hatte. Fast jeder Fünfte gibt sogar an, sich nur auf „Druck des Arbeitgebers" selbstständig gemacht zu haben. Lediglich bei rund einem Drittel (35 Prozent) war die Selbstständigkeit eine bewusste Entscheidung.

DGB Bayern

Volksbegehren für Mindestlohn

Der DGB Bayern will Mindestlöhne per Volksbegehren im Freistaat durchsetzen. In Artikel 169 der Bayrischen Verfassung sind Mindestlöhne als probates Mittel vorgesehen, wenn sie „dem Arbeitnehmer eine den jeweiligen kulturellen Verhältnissen entsprechende Mindestlebenshaltung für sich und seine Familie ermöglichen". Der Bezirksvorsitzende Fritz Schösser wies darauf hin, dass der in der Landesverfassung proklamierte Mindestlohn dort „nicht länger schlummern" dürfe. Er müsse „durch ein Mindestlohngesetz wach geküsst werden". Der Startschuss für das Volksbegehren für Mindestlöhne in Bayern fiel am 1.Mai in München. Es sind 25 000 Unterschriften notwendig, damit die Gesetzesinitiative vom Innenministerium zugelassen werden kann. In Bayern müssen 377 000 Menschen einen Nebenjob ausüben, weil ihr Einkommen nicht zum Leben ausreicht, mehr als 743 000 verdienen weniger als 400 Euro im Monat. •

www.einblick.dgb.de

Mitarbeiterbeteiligung

Die Richtung stimmt

Die große Koalition will Arbeitnehmer-Kapitalbeteiligungen stärker fördern. DGB und Gewerkschaften begrüßen die Vorschläge, auf die sich CDU/CSU und SPD geeinigt haben. „Stärkere Mitarbeiterbeteiligung, die nicht zu Lasten der Löhne oder der Altersversorgung geht, ist ein richtiger Schritt auf dem Weg in eine echte Teilhabegesellschaft", meint DGB-Vorstand Dietmar Hexel. Die IG BCE will die Debatte konstruktiv begleiten.

Das Konzept der Koalition sieht vor, dass der steuer- und sozialabgabenfreie Zuschuss, den Arbeitgeber ihren MitarbeiterInnen zum Erwerb von Firmenanteilen gewähren können, von heute 135 auf 360 Euro pro Jahr steigt. Das Geld, das für Beteiligungen am eigenen Betrieb genutzt oder in neu einzurichtende Fonds gezahlt werden kann, soll der Arbeitgeber zusätzlich zum Lohn zahlen. Beschäftigte, die vermögenswirksame Leistungen für Firmenanteile einsetzen, sollen zudem eine höhere Förderung erhalten.

Ob ein Betrieb und seine MitarbeiterInnen tatsächlich Beteiligungen vereinbaren, bleibt für beide Seiten freiwillig. Das Gesetz soll noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden. „Die Koalition hat viele der gewerkschaftlichen Vorschläge aufgegriffen, insbesondere die Beteiligung an Fonds war uns wichtig", wertet DGB-Expertin Heike Kauls. •

DGB-Ratgeber

Tipps für die Steuererklärung

Lohnsteuerpflichtige sollten die volle Pendlerpauschale auch für das Jahr 2007 in ihrer Steuererklärung beantragen. Das rät der DGB in seinem gerade erschienenen Lohnsteuer-Ratgeber „Das ABC von 43 Lohnsteuersteuerbegriffen 2008". Noch in diesem Jahr wird das Bundesverfassungsgericht über die Kürzung der Pendlerpauschale entscheiden. Der DGB hält ein Urteil zugunsten der ArbeitnehmerInnen für wahrscheinlich. •

Bestellungen: www.dgb-bestellservice.de
Download: www.dgb.de

Insolvenzschutz von Arbeitszeitkonten

DGB fordert Nachbesserungen

Seit langem fordern die Gewerkschaften, den Insolvenzschutz von Arbeitszeitkonten zu verbessern. Jetzt hat das Bundesarbeitsministerium einen ersten Gesetzentwurf vorgelegt. Der DGB hält die vorgeschlagenen Regelungen noch nicht für ausreichend.

Zeit ist Geld. Das gilt für Unternehmen wie für ArbeitnehmerInnen. Die globalisierte Wirtschaft erfordert von den Unternehmen und den Beschäftigten heute eine hohe Flexibilität – auch bei den Arbeitszeiten. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, werden in immer mehr Unternehmen Arbeitszeitkonten genutzt.

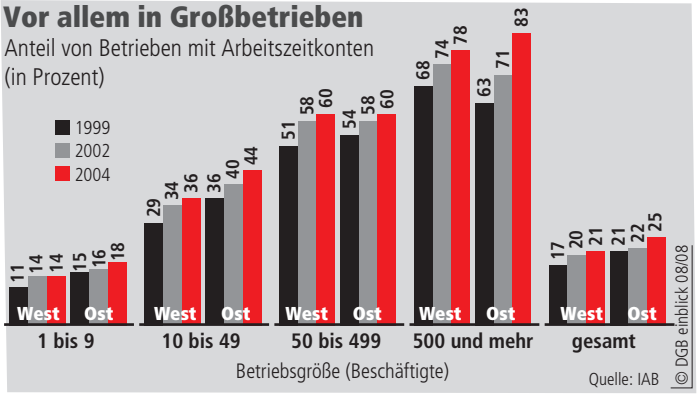
2004 führten bereits rund ein Viertel aller Unternehmen und rund 80 Prozent aller Großunternehmen Arbeitszeitkonten, so das IAB-Betriebspanel, Tendenz steigend. Arbeitszeitkonten sind ein Instrument der Arbeitszeitflexibilisierung, dessen Bedeutung in der betrieblichen Praxis stetig zunimmt. Denn Arbeitszeitkonten kommen dem Interesse der Unternehmen an marktgesteuerter Flexibilisierung entgegen und helfen, Kosten zu sparen. Arbeitszeit ist aber auch Lebenszeit. Deshalb entsprechen Arbeitszeitkonten auch dem Bedürfnis der Beschäftigten nach mehr Zeitsouveränität, indem sie mehr freie Zeit für Familie, Weiterbildung, privates Engagement oder den sozialverträglichen Übergang in die Rente ermöglichen.

Doch was passiert mit der angesparten Zeit, wenn eine Firma in Konkurs geht? Dass Zeit Geld ist, bekommen viele ArbeitnehmerInnen dann zu spüren, wenn die Arbeitszeitkonten nur unzureichend vor einer Firmenpleite geschützt sind. Und das ist leider viel zu oft der Fall. Besonders schwach ist die Sicherung unter den statistisch stärker Insolvenz gefährdeten Firmen mit weniger als 100 Beschäftigten: Nur 37 Prozent der Kleinunternehmen mit Arbeitszeitkonten haben dafür einen Insolvenzschutz. Das hat die WSI-Betriebsrätebefragung 2004/2005 ergeben.

Dabei ist eine Absicherung zumindest von Langzeitkonten längst gesetzlich vorgeschrieben. Es existieren auch entsprechende Sicherungsinstrumente von insolvenzfesten Anlagemodellen über Bürgschaften bis hin zu Kautionsversicherungen. Doch nach wie vor gilt: „Die Mehrheit der Beschäftigten trägt allein das Risiko der Arbeitszeitflexibilisierung", resümiert DGB-Expertin Martina Perreng.

DGB und Gewerkschaften fordern deshalb schon seit langem, den Insolvenzschutz von Arbeitszeitkonten – nicht nur für Langzeit- sondern auch für Kurzzeitkonten – auszubauen. Auch die Politik hat den Handlungsbedarf erkannt. Bereits in der Koalitionsvereinbarung hatten CDU/CSU und SPD versprochen, den Insolvenzschutz zu verbessern. Unter dem sperrigen und leicht irreführenden Titel „Gesetz zur Verbesserung von Rahmenbedingungen der sozialrechtlichen Absicherung flexibler Arbeitszeitregelungen" hat das Bundesarbeitsministerium nun Mitte März einen Entwurf vorgelegt.

Der Entwurf ginge zwar grundsätzlich in die richtige Richtung, wertet Martina Perreng, Referatsleiterin für Arbeitsrechtspolitik beim DGB-Bundesvorstand, doch bleibe er weit hinter dem Notwendigen zurück. Das Entscheidende: An den auch schon bisher bestehenden Grenzen, ab welcher Höhe das Wertguthaben aus Arbeitszeitkonten zwingend insolvenzgesichert ist, soll sich nach den Vorstellungen der großen Koalition nichts ändern.



Rund ein Viertel aller deutschen Unternehmen führten bereits 2004 Arbeitszeitkonten. Tendenz steigend.

So soll eine Insolvenzsicherung erst ab einem Ausgleichszeitraum von 27 Monaten Pflicht werden.

Eine Absicherung der weit verbreiteten Kurzzeitkonten fehlt ganz. Das wäre gerade für Branchen wie der Bauwirtschaft mit einem hohen Anteil von Saisonarbeit und gleichzeitig einem großen Insolvenzrisiko von enormer Bedeutung. Darüber hinaus fehlten adäquate Kontrollmechanismen für eine wirksame Insolvenzsicherung, kritisiert der DGB. Schon jetzt ist für Langzeitkonten ein Insolvenzschutz vorgesehen, doch wird er oft schlicht ignoriert. Der DGB schlägt vor, eine Nachweispflicht gegenüber den Sozialversicherungsträgern bei Abschluss von Vereinbarungen über Arbeitszeitkonten einzuführen. •

Lebenslaufpolitik im Betrieb

Langzeitkonten nehmen an Bedeutung in der betrieblichen Praxis stetig zu. Chancen und Risiken, die mit der Gestaltung der Lebensarbeitszeit durch Langzeitkonten für Beschäftigte entstehen, stellt das Buch „Lebenslaufpolitik im Betrieb" unter verschiedenen Aspekten dar.

Das Konzept einer Lebenslaufpolitik wird ebenso erläutert wie die Schwierigkeiten, die damit verbunden sind. Die AutorInnen zeigen auch, auf welchen Handlungsfeldern Politik, Unternehmen und Betriebe aktiv werden müssen, um einer Entgrenzung der Arbeitszeit entgegenzuwirken. Im letzten Teil des Buches werden verschiedene Beispiele aus der betrieblichen Praxis und Erfahrungen aus den Niederlanden anschaulich beschrieben.

Eckhard Hildebrandt (Hrsg.), ***Lebenslaufpolitik im Betrieb – Optionen zur Gestaltung der Lebensarbeit durch Langzeitkonten,*** *Edition Sigma 2007, 260 Seiten, 19,90 Euro*

Hintergrund

www.einblick.dgb.de

Mehr Infos zum Insolvenzschutz von Arbeitszeitkonten



Hartz und die Folgen

Vor sechs Jahren hat die Hartz-Kommission ihre Empfehlungen für die Neuordnung der Arbeitsmarktpolitik gemacht. Der Band **Über Hartz hinaus** stellt die Frage: Stimmt die Richtung in der Arbeitsmarktpolitik? Was haben Hartz I bis IV gebracht – und was muss sich ändern? Dokumentiert werden die Ergebnisse eines arbeitsmarktpolitischen Kongresses des Projektverbunds „Monitor Arbeitsmarktpolitik", in dem etwa die Hans-Böckler-Stiftung und das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) mitarbeiten. Die Beiträge reichen vom Verhältnis von „Arbeitsmarktpolitik und Existenzsicherung" bis zur Qualifizierung als arbeitsmarktpolitischem Instrument.

Judith Aust / Volker Baethge-Kinsky / Till Müller-Schoell / Alexandra Wagner (Hrsg.), Über Hartz hinaus – Stimmt die Richtung in der Arbeitsmarktpolitik?, edition Hans-Böckler-Stiftung, 25 Euro

Mit der Bundestagswahl 2005 und den folgenden Wahlen hat sich auch hierzulande ein Fünf-Parteien-System etabliert. Für das Forschungsjournal **Neue Soziale Bewegungen** Anlass, eine Analyse der Parteienlandschaft vorzunehmen. Was hat sich seit dem Zusammenschluss von WASG und PDS zur LINKEN in Ost und West verändert? Welche Folgen haben die neuen Mehrheitsverhältnisse für die Volksparteien, welche insbesondere für die SPD?

Neue Soziale Bewegungen: Wandel der Parteiendemokratie – Macht ohne Substanz?, Lucius & Lucius, 14 Euro.

Die Ausbreitung prekärer Beschäftigung befördert zunehmend rechte Orientierungen. Mitten in unserer Gesellschaft wachsen die Ausgrenzungsversuche, wenn es darum geht, den eigenen sozialen Status zu halten oder Verantwortliche für den Abstieg zu finden. Die gewerkschaftsnahe Bildungsvereinigung „Arbeit und Leben" hat „Erkundungen in den Zonen der Verwundbarkeit" angestellt und sie unter dem Titel **Fremd im eigenen Land?** veröffentlicht. Die Bilanz und Reflexion eines Projektes, das zivilgesellschaftliches Engagement in die Arbeitswelt bringen soll, ist im VSA-Verlag erschienen.

Heinz-Hermann Krüger / Udo Schmode (Hrsg.), Fremd im eigenen Land?, VSA-Verlag, 12,80 Euro.

2. Mai 1933

Schülerwettbewerb

Unter dem Titel „2. Mai 1933. Hitlers Helfer überfallen die Gewerkschaftshäuser" hat die gewerkschaftseigene Immobiliengesellschaft GIRO einen Schülerwettbewerb ausgeschrieben. Für die Klassen acht bis elf aller Schularten sind Preise im Gesamtwert von 25 000 Euro zu gewinnen. Am Beispiel eines Gewerkschaftshauses in der eigenen Stadt oder Region sollen die Geschehnisse des 2. Mai 1933 recherchiert und dargestellt werden. Eingereicht werden können Einzel-, Gruppen- oder Klassenarbeiten. Ab sofort bis zum 15. Oktober 2008 ist die Anmeldung zu dem Wettbewerb möglich. Die Wettbewerbsbeiträge müssen bis zum 12. Januar 2009 abgegeben werden. Die Preisverleihung wird am 2. Mai 2009 in Berlin stattfinden. •

www.zweiter-mai-1933.de

Workshop

Fundament für Gute Arbeit

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) gelten als Fundament einer prosperierenden Volkswirtschaft. Doch nur rund zehn Prozent aller betriebsratsfähigen KMU haben einen Betriebsrat. Die Führungsstile und Beteiligungsmuster reichen von althergebrachter patriarchalischer Führung über unverbindliche Formen der Arbeitnehmerbeteiligung bis hin zu betrieblicher Mitbestimmung nach Betriebsverfassungsgesetz. Der Beteiligungskultur in KMU widmet sich die Tagung „Arbeitnehmerbeteiligung – Fundament für Gute Arbeit im Mittelstand" am 29. Mai in Berlin. Die Friedrich-Ebert-Stiftung möchte wissen, wie sich Arbeitnehmerbeteiligung in KMU gestaltet. Referenten sind unter anderen Dietmar Hexel (DGB-Bundesvorstand), Wolfram Wassermann (Büro für Sozialforschung, Kassel), Dr. Rosemarie Kay (Insititut für Mittelstandsforschung) und Prof. Dr. Rainer Trinczek (TU München). •

www.fes.de/wiso

interregio

••• Mit einer ***symbolischen Verteilaktion*** von Unterrichtsmaterialien an der Theodor-Heuss-Schule in Marburg hat der ***DGB Mittelhessen*** auf das Gebot der Lernmittelfreiheit aufmerksam gemacht. Die DGB-Region fordert, dieses in der hessischen Verfassung verankerte Gebot zu achten. Angesichts der Tatsache, dass die Bildungschancen von Kindern immer stärker von ihrer sozialen Herkunft abhängen, müssten sozial benachteiligte Kinder besonders gefördert werden. Der Schulbesuch koste Geld, das in vielen Familien fehlt. Daher müssten notwendige Anschaffungen wie Schulranzen, Füllfederhalter und Hefte bei bedürftigen Kindern erstattet werden. Dazu könne ein Fonds geschaffen werden, der bei den Kommunen angesiedelt ist. Um Bildungsgerechtigkeit herzustellen, soll darüber hinaus der Ausbau von Ganztagsschulen zur Regelschule vorangetrieben werden.

www.region-mittelhessen.dgb.de

••• Der ***DGB Hamburg*** fordert vom neuen schwarz-grünen Senat die ***Einführung eines eigenständigen Unterrichtsfachs*** „Beruf und Lebensplanung" ab der fünften Klasse. So könne insbesondere die Berufsberatung und -orientierung von Mädchen verbessert werden. Der Girls' Day zeigt zwar erste Erfolge – so beschäftigen acht Prozent der Unternehmen inzwischen junge Frauen, die am Girls' Day den Betrieb kennengelernt haben. Doch sei die Aktion nur wirkungsvoll, wenn es nicht bei einem Tag im Jahr bleibe, so Petra Heese, frauenpolitische Sprecherin des DGB Hamburg. Insbesondere junge Frauen mit Hauptschulabschluss fühlen sich oft gedrängt, ihren Beruf nach alten Geschlechterrollen zu wählen. Die Bezahlung ist als Friseurin oder Verkäuferin jedoch oft zu schlecht, um ein eigenständiges Leben führen zu können.

www.dgb-hamburg.de

Die ***DGB-Jugend Bremen*** hat ihren ***Wanderpokal*** für den besten Ausbildungsbetrieb des Jahres vergeben. Jugend- und Auszubildendenvertretungen wurden im Vorfeld mittels Fragebögen zu Situation und Qualität der Ausbildung in ihren Betrieben befragt. Preisträger 2008: E.H.H. Autotec aus Bremerhaven. Dort ist etwa in einer Betriebsvereinbarung geregelt, dass das Unternehmen den Auszubildenden Unterricht anbietet, um sie besser auf Klausuren in der Berufsschule vorzubereiten. Der Wanderpokal wird seit 1999 verliehen.

www.dgb-jugend-bremen.de

Mitgliedergewinnung

Jede Menge Potenzial

Um die Bindung zu ihren Mitgliedern zu stärken und attraktiver für potenzielle neue Mitglieder zu werden, wollten die Gewerkschaften im Rahmen der Initiative Trendwende wissen: Wo liegen die Potenziale, wo gibt es Handlungsbedarf? Jetzt liegen die Ergebnisse des Projekts „Potenzialanalyse" vor. In einigen Bereichen gibt es bei Mitgliederbindung und -gewinnung noch ungenutzte Potenziale. Die gute Nachricht: Genau das ist die große Chance.

Die von TNS Infratest im Herbst abgeschlossene Befragung von 5000 Menschen zeigt: Die Zufriedenheit der Mitglieder mit der Arbeit ihrer Gewerkschaft ist durchaus beachtlich: Drei Viertel würden ihren KollegInnen die Mitgliedschaft empfehlen. Detaillierte Auswertungen zeigen, welche Erwartungen die Mitglieder haben und ob diese erfüllt werden. Besonders wichtig für die Mitgliederbindung ist laut Analyse die betriebliche Arbeit der Gewerkschaften – und das ist auch eine besondere Herausforderung. Denn die Erwartungen sind differenziert. Zum einen wird von den Gewerkschaften eine starke Interessenvertretung gegenüber den Arbeitgebern gefordert. Zum anderen wird Beschäftigungssicherung als primäres Ziel gewerkschaftlicher Arbeit im Betrieb genannt – wobei auch Kompromisse mit der Arbeitgeberseite von Nöten sein können. Ein Spagat, den die Gewerkschaften nach Meinung ihrer Mitglieder gut meistern.

Ähnlich sieht es bei der Tarifpolitik aus. Großen Einfluss auf die Mitgliederbindung hat sowohl der Einsatz für den Flächentarif als auch für flexible Tariflösungen, die betriebliche Spielräume lassen. Und auch hier bewegen sich die Erwartungen im Spannungsfeld von Entgeltverbesserungen und Beschäftigungssicherung. Positiv bewerten die Mitglieder: Den Gewerkschaften gelingt in den Verhandlungen auch dieser Balanceakt. Dennoch liegt in der Tarifpolitik noch ungenutztes Potenzial für die Mitgliederbindung. Groß sind etwa die Erwartungen an Tarifvereinbarungen, die Arbeitszeitmodelle zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf etablieren. Hier schneiden die Gewerkschaften in der Beurteilung durch ihre Mitglieder noch relativ schlecht ab.

In der Gesellschaftspolitik setzen die Mitglieder vor allem drei Aufgaben ganz oben auf die Agenda: Solidarität unter den Beschäftigten organisieren, Gleichstellung von Mann und Frau fördern sowie Verteilungsgerechtigkeit durchsetzen. Alle drei haben starken Einfluss auf die Mitgliederbindung. „Das zeigt, dass Gewerkschaften nicht ausschließlich serviceorientiert sein dürfen, sondern immer wieder auch Themen setzen müssen, die den Arbeitnehmern unter den Nägeln brennen", sagt Christian Kühbauch, DGB, Leiter des Trendwende-Projektes „Potenzialanalyse".

Ein weiteres Ergebnis der Analyse: Wer persönlich Kontakt zu seiner Gewerkschaft aufnehmen kann, baut eine größere Bindung auf. Dabei spielt kaum eine Rolle, ob die Kontaktperson GewerkschaftsmitarbeiterIn oder Betriebsrat ist – beide Kommunikationswege werden positiv bewertet. Doch auch bei der Kommunikation mit den Mitgliedern gibt es noch Handlungsbedarf. Viele wünschen sich mehr Möglichkeiten zur aktiven Beteiligung. Eine Chance für die Gewerkschaften wäre es, so eine Empfehlung der Potenzialanalyse, Mitglieder etwa in zeitlich begrenzte Projekte einzubinden. Ein Ansatz, den mehrere Gewerkschaften bereits mit dem Konzept des „Organizing" austesten – und damit positive Erfahrungen bei der Werbung neuer Mitglieder gemacht haben, wie beispielsweise zwei Projekte von ver.di in Hamburg zeigen *(einblick 13/2007)*.

Wer diese potenziellen neuen Mitglieder sind, was sie von den Gewerkschaften denken – auch das wurde untersucht. Aus den Befragten wurde dazu die Gruppe der „erreichbaren Nicht-Mitglieder" herausgearbeitet, die knapp ein Fünftel der Nichtorganisierten ausmacht. Die große Mehrheit von ihnen schätzt die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen und das Leistungsangebot der Gewerkschaften sehr positiv ein. Überdurchschnittlich häufig vertreten in dieser Gruppe: Frauen, unter 40-Jährige und GeringverdienerInnen. Ihre Erwartungen an die Gewerkschaften decken sich weitgehend mit denen der Mitglieder. Auch für die erreichbaren Nicht-Mitglieder spielen die betriebliche Interessenvertretung und wirksame Tarifverhandlungen eine bedeutende Rolle. Allerdings liegen bei der Tarifpolitik die Prioritäten dieser Gruppe eindeutig bei Lohn- und Gehaltssteigerungen – und weniger auf Beschäftigungssicherung. Und in der Frage der Arbeitszeitgestaltung zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sehen die erreichbaren Nicht-Mitglieder ihre Erwartungen noch weniger erfüllt als die Mitglieder.

Trotzdem besteht große Zustimmung zu den Gewerkschaften. Die „Eintrittsbarriere" ist wohl eher eine organisatorische als eine inhaltliche: Die erreichbaren Nicht-Mitglieder sind überdurchschnittlich oft in Klein- und Mittelbetrieben ohne Betriebsrat beschäftigt. •

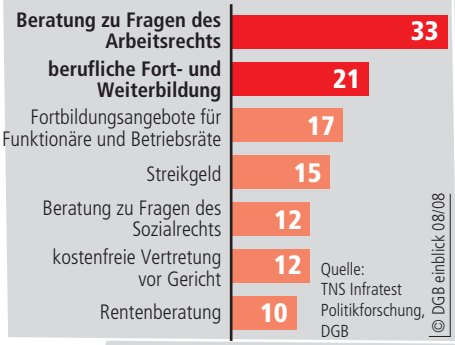
Das Projekt

Im Projekt „Potenzialanalyse" der gewerkschaftsübergreifenden Initiative Trendwende wollten die Gewerkschaften herausfinden: Was wollen die ArbeitnehmerInnen wirklich? Welche Themen beschäftigen sie? Was denken sie über ihre Gewerkschaft? Ziel ist es, die Mitgliederbindung zu erhöhen, neue Potenziale durch zielgruppengenaue Mitgliederwerbung zu erschließen und durch mehr Feedback-Möglichkeiten der Mitglieder zusätzliche Kommunikationswege zu eröffnen. Dabei setzt das Projekt auf speziell für die Gewerkschaften modifizierte Marktforschungs- und Umfrage-Instrumente (einblick 15/2007).

Mehr Infos gibt es auf der Intranetseite ***www.initiative-trendwende.de****, auf die alle Beschäftigten von DGB und Gewerkschaften Zugriff haben.*

Beratung und Fortbildung dominieren

Anteil der Mitglieder, die einzelne Leistungen der Gewerkschaft bereits mindestens einmal in Anspruch genommen haben (in Prozent)



70 Prozent der Mitglieder haben bereits eine Leistung ihrer Gewerkschaft in Anspruch genommen – und waren zufrieden. Laut Potenzialanalyse werden Bedeutung und Qualität der Leistungen in der Regel von den Mitgliedern besser bewertet, die sie bereits nutzen konnten.

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Die GEW lehnt die geplante Abschaffung der Gemeinnützigkeitspflicht für Kita-Träger ab. Damit würde es privaten Unternehmen möglich, Kitas profitorientiert zu betreiben und dabei öffentliche Zuschüsse zu beziehen. Bildung gehöre jedoch nicht in die Hände gewerblicher Betriebe.

Die NGG und die IUL, internationaler Dachverband von Gewerkschaften der Lebensmittelbranche, rufen zur Unterstützung der russischen Nestlé-Beschäftigten auf. Der Konzern verweigert den 1000 MitarbeiterInnen des Werks in Perm nach wie vor Lohnverhandlungen. Per Mail kann die Protestaktion auf der IUL-Homepage unterstützt werden.
www.iuf.org/www/de/

Die IG BCE und der Verband angestellter Akademiker und leitender Angestellter der chemischen Industrie (VAA) haben vereinbart, ihre Kooperation zu intensivieren. Gemeinsam wollen sie eine Initiative gegen deregulierte Arbeitsverhältnisse in Angriff nehmen.

ver.di unterstützt die Klage zweier Beschäftigter vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das seit April 2007 geltende niedersächsische Ladenschlussgesetz. Das Gesetz verletze den Schutz der körperlichen Unversehrtheit, den Schutz von Ehe und Familien sowie der Sonn- und Feiertage, da es Öffnungszeiten quasi rund um die Uhr erlaube.

Kfz-Tarifkonflikt NRW

IG Metall vor gewaltiger Herausforderung

Die IG Metall NRW muss ein außerordentlich schwieriges Problem lösen: Der Kfz-Verband NRW gab am 24. April seine Tarifhoheit auf und ließ die für den nächsten Tag geplante Tarifverhandlung platzen. Die IG Metall setzte er darüber per SMS in Kenntnis. IG Metall-Bezirksleiter Oliver Burkhard: „Ein einmaliger und ungeheuerlicher Vorgang." Auch deshalb, weil die Arbeitgeberseite kurz zuvor mit der Christlichen Gewerkschaft Metall (CGM) einen Tarifvertrag abgeschlossen hat. Dieser Vertrag sieht zwar ab 1. Mai eine Entgelterhöhung von 2,8 Prozent vor, gleichzeitig aber auch eine – unentgeltliche – Verlängerung der Wochenarbeitszeit um bis zu drei Stunden. Laut IG Metall „eine Mogelpackung".

Sie hat sofort die betriebliche Tarifauseinandersetzung für eröffnet erklärt: Alle Kfz-Betriebe werden zu Verhandlungen aufgefordert. Ziel ist ein Lohnabschluss, wie er mittlerweile in allen westdeutschen Tarifbezirken vorliegt: eine dreistufige Tariferhöhung um 6,5 bis 7,2 Prozent für zwei Jahre. Dort, wo die Verhandlungen scheitern, werden Urabstimmungen und Streiks stattfinden – wahrscheinlich schon im Mai. Es wären die ersten seit 1993.

Tarifauseinandersetzungen in hunderten Betrieben gleichzeitig zu führen, ist ein Kraftakt. Alle 44 Verwaltungsstellen der IG Metall NRW sind aufgefordert, sich vorrangig darum zu kümmern. „Jetzt werden wir mit allem, was die IG Metall zu bieten hat, ein Signal setzen", betont Bezirksleiter Burkhard.

Gescheitert sind die Tarifverhandlungen mit dem Kfz-Verband letztlich an dessen Strategie. Er hatte nicht nur den Manteltarifvertrag gekündigt, sondern zahlreiche Gegenforderungen aufgestellt: von der Rückkehr zur 40-Stunden-Woche bis zur Streichung von zwei Urlaubstagen. Nach einer Warnstreikwelle Mitte März akzeptierte der Kfz-Verband die Kompromissvorschläge der IG Metall. Nur auf die Kürzung des Urlaubs beharrte er. Zeitwertgleiche Alternativen lehnte er ab – und trat die kollektive Tarifflucht an. •

Burger King

Lidl-Methoden übertroffen

Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), Region München, will Strafanzeige gegen die Fast-Food-Kette Burger King stellen. Der Hintergrund: Beschäftigte aller Münchner Burger-King-Restaurants hatten am 21. April auf einer Wahlversammlung die Gründung eines gemeinsamen Betriebsrats vorbereitet. Mit dabei: versteckte Kameras, mit denen das Unternehmen die Versammlung filmte. Das Video liegt der NGG vor.

Das Verhalten von Burger King übertreffe sogar Lidl-Methoden, meint Freddy Adjan, Geschäftsführer der NGG-Region München. Bei Lidl war erst vor kurzem die Videoüberwachung der Mitarbeiter im großen Stil öffentlich geworden. Burger King erklärte zu den Vorwürfen, die Kameras würden „zum Schutz von Gästen und Mitarbeitern sowie zum Schutz vor Vandalismus" eingesetzt. •

DGB-Fraueninitiative

Jetzt online

Gemeinsam mit den Mitgliedsgewerkschaften und Frauenverbänden hat der DGB im März die Fraueninitiative „Ich bin mehr wert!" gestartet. Unter *www.dgb-frauen.de* informieren die Akteure jetzt auch online über Ziele und Inhalte der Kampagne. Ihr Ziel ist es, berufstätige Frauen zu stärken und ihnen eine Plattform zu bieten. Die Initiative setzt sich ein für Entgeltgleichheit, mehr Karrierechancen für Frauen und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. •

ver.di

Ausgezeichnete Kultur

Bei ver.di wurde es im April feierlich: In Berlin wurden der Fernsehpreis der Gewerkschaft sowie der Literaturpreis des ver.di-Landesbezirks Berlin-Brandenburg verliehen. Beide ver.di-Fernsehpreise (für die Sparten „Drehbuch" und „Regie") gingen in diesem Jahr an Produktionen, die sich mit dem Kampf von Eltern für die Rechte ihrer behinderten Kinder beschäftigen. Ausgezeichnet wurde Werner Tahl für das Drehbuch zum ARD-Fernsehfilm „Das Leuchten der Sterne". Den Regie-Preis erhielt Adolf Winkelmann für den vom WDR produzierten Zweiteiler „Contergan", der den Skandal um das von der Firma Grünenthal hergestellte Medikament aufarbeitet. Der ver.di-Literaturpreis des Landesbezirks Berlin-Brandenburg ging an den Lyriker und Autor Volker Braun für das Buch „Das Mittagsmahl". •



Urheberrecht

Das Öl des 21. Jahrhunderts

MusikerInnen und SchriftstellerInnen leben nicht von Luft und Liebe. Deshalb sind ein starkes Urheberrecht, Schutz und ausreichende Bezahlung für kreative Leistungen grundlegende Voraussetzungen für kulturelle Vielfalt, meint Professor Dieter Gorny.

Geistiges Eigentum wird häufig als „Öl des 21. Jahrhunderts" bezeichnet. Denn je stärker im globalen Wettbewerb die arbeitsintensiven Industrien in Richtung China, Asien und Osteuropa abwandern, desto mehr werden immaterielle Güter wie Daten, Wissen, Ideen und Kultur gerade für die etablierten Industrienationen **zur wichtigsten Zukunftsressource.** Beim Schutz dieser Ressource kommt dem Urheber- und Patentrecht eine zentrale Rolle zu.

Als erstes haben die Unternehmen der Kreativwirtschaft die **Folgen des Zusammenspiels von Digitalisierung und Globalisierung massiv zu spüren bekommen.** Schallplatten, Filme oder Bücher ließen sich früher nur zeitaufwändig und mit Verlust kopieren. Heute dagegen können digitale Klänge, Bilder und Texte in Sekundenschnelle kostenlos kopiert, verändert und über das Internet weltweit ausgetauscht werden.

Ein starkes Urheberrecht ist die Voraussetzung für **eine Kulturökonomie, die eine einzigartige kulturelle Vielfalt hervorgebracht hat:** vom avantgardistischen Jazzquartett bis zu Deutschland sucht den Superstar, vom Autorenkino bis zum Blockbuster, vom Nischentitel bis zum Bestseller. Dabei geht die Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft weit über die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen ihres Kerngeschäfts hinaus.

Denn ohne Musik gäbe es keine iPods, ohne aufsehenerregende Architektur weniger Tourismus, und ohne bewegte Bilder wären schnelle Internetanschlüsse verzichtbar. Genau wie Öl und Kohle Treibstoff der modernen Industriegesellschaft waren, sind die Produkte der Kreativwirtschaft **Motor für die Milliardenumsätze angrenzender Wirtschaftszweige.** Sie sichern damit Arbeitsplätze und bilden eine der wesentlichen Säulen für zukünftiges Wachstum und Wohlstand.

Deutschland ist ebenso ein Land der Kultur wie der Hochtechnologie. Beides darf nicht im Widerspruch zueinander stehen. Deshalb ist es auch alles andere als eine Bagatelle, wenn allein in Deutschland im Jahr 2007 über 300 Millionen Songs illegal aus dem Internet heruntergeladen wurden: zehnmal mehr, als legal gekauft wurden. Denn mit zunehmenden Bandbreiten weitet sich das Problem auf andere Teile der Kreativwirtschaft wie den Film- oder Hörbuchbereich aus. Wir können nicht die Produktpiraterie in China beklagen, **wenn es uns nicht mal im eigenen Land gelingt,** einen effizienten Schutz geistigen Eigentums zu gewährleisten.



Professor Dieter Gorny, 55, Gründer und ehemals Geschäftsführer des Musiksenders VIVA, ist heute Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes der Musikindustrie.

Die Werke der Kultur- und Kreativwirtschaft verdienen den gleichen Schutz und Respekt wie die Produkte der ingenieursgetriebenen Industrien. Das Argument, Kulturgüter müssen im Gegensatz zu anderen Produkten prinzipiell für alle frei zugänglich sein, läuft ins Leere, denn der Zugang zu ihnen ist nahezu unverbaut: Ausstellungen, Konzerte, Museen, Bibliotheken und Medien sind auch für diejenigen in unserer Gesellschaft zugänglich, die nur wenig oder gar kein Geld haben. **Davon leitet sich aber nicht ein Grundrecht ab, diese Werke auch persönlich zu besitzen** und sie sich über illegale Wege beispielsweise aus Tauschbörsen anzueignen.

MusikerInnen, SchriftstellerInnen und MalerInnen leben nicht von Luft und Liebe, sondern finanzieren ihr Leben damit, dass Menschen bereit sind, für ihre Werke zu bezahlen. Zwar beweist das Internet, dass es auch ohne Bezahlung Texte, Musik, Filme und Kunst gibt. Den Beweis, dass es dabei eine auch nur annähernd hohe Qualität wie die klassische Kulturökonomie hervorbringt, ist es bisher aber schuldig geblieben.

So gibt es allein auf der weltweit bekannten Community-Plattform myspace rund 500 000 Band- und Artist-Websites, von denen es in den letzten Jahren gerade mal eine Handvoll geschafft hat, bekannt zu werden. Im gleichen Zeitraum haben die Plattenfirmen weltweit Tausende neuer KünstlerInnen gefördert und entwickelt.

Kreativität hat ihren Wert, nicht nur ideell sondern auch ökonomisch. Deshalb brauchen wir **eine breite Debatte über den Respekt vor geistigem Eigentum** in der digitalisierten und globalisierten Welt. Sonst verpassen wir es schon heute, das Fundament für einen verantwortungsvollen Umgang mit unserer wichtigsten Zukunftsressource zu legen. •

Zehntausende Jobs gefährdet

Allein in Deutschland seien 70 000 Arbeitsplätze Jahr für Jahr durch Produktpiraterie gefährdet, meldete am „Welttag des geistigen Eigentums", dem 26. April, das Unternehmen P4M, das systematisch Online-Handelsplattformen wie ebay nach Produktkopien durchforstet.

Mit einem „privaten Auskunftsanspruch", Anfang April beschlossen, will der Bundestag Abhilfe schaffen. Jede/r RechteinhaberIn soll künftig Nutzerdaten von Internet-Providern fordern können.

Die kürzlich erst per Gesetz erzwungene Pflicht der Provider, Nutzerdaten über einen längeren Zeitraum zu speichern, hat allerdings einen Haken. Das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, dass die Providerdaten nur zur Verfolgung schwerer Straftaten genutzt werden dürfen.

Debatte ums Urheberrecht

Seit Jahren tobt der Streit um den ausreichenden Schutz von Urheberrechten. In einblick 01/08 hatte zuletzt ver.di-Justitiar Wolfgang Schimmel mit augenzwinkerndem Verweis auf die Historie und einem Schuss Ironie gefordert: „Klaut Bücher, Genossen!" Seine zentrale Forderung: eine angemessene Vergütung für UrheberInnen und ausübende KünstlerInnen.

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

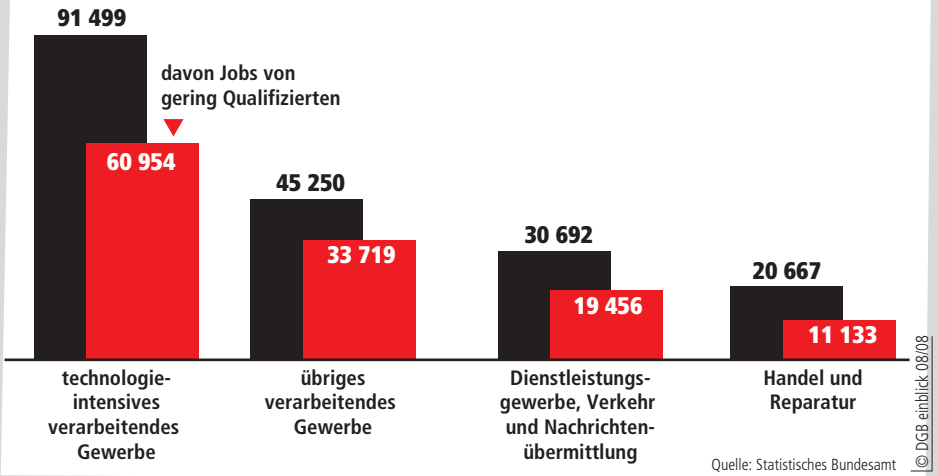
DIES & DAS

die DGB grafik

JOBVERLAGERUNG: Meist gering Qualifizierte betroffen

Wenn deutsche Unternehmen Betriebsstätten und Jobs ins Ausland verlagern, sind davon überdurchschnittlich Stellen von gering Qualifizierten betroffen. Bei den vom Statistischen Bundesamt für die Jahre 2001 bis 2006 untersuchten Fällen aus der gesamten Wirtschaft machten entsprechende Jobs über 66 Prozent aller verlagerten Arbeitsplätze aus. Am höchsten war die Quote im nicht-technologieintensiven verarbeitenden Gewerbe: fast 75 Prozent aller verlagerten Stellen.

Verlagerung von Arbeitsplätzen durch deutsche Unternehmen mit 100 und mehr Beschäftigten ins Ausland



personalien

••• ***Marion von Wartenberg,*** 50, Studium der Germanistik und der Theologie, bisher Klinik- und Altenseelsorgerin der Evangelischen Landeskirche Württemberg sowie seit 1998 ehrenamtlich Vorsitzende des DGB-Bezirksfrauenausschusses und Mitglied des DGB-Bezirksvorstands in Baden-Württemberg, wurde Mitte April von der DGB-Bezirkskonferenz zur neuen stellvertretenden DGB-Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg gewählt. Sie folgt ***Leni Breymaier,*** 48, die bereits seit Mai 2007 ver.di-Landesbezirksleiterin in Baden-Württemberg ist.

••• ***Barbara Henke,*** Konzernbetriebsratsmitglied der Deutschen Post AG, ist seit dem 9. April neue Vorsitzende des ver.di-Bundesfrauenrats.

••• ***Rahel Gugel,*** 31, Volljuristin und Master in Internationaler Humanitärer Hilfe, bisher bei SOLWODI e.V. tätig, ist seit dem 1. April politische Referentin im Bereich Migration und Antirassismus beim DGB-Bundesvorstand.

••• ***Dr. Kai Lindemann,*** 39, Politologe, bisher Referatsleiter Planung und Koordinierung beim DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg, ist seit dem 21. April als Elternzeitvertretung für ***Marika Höhn,*** 37, Referatsleiter im Bereich Gesellschaftspolitik und Grundsatzfragen beim DGB-Bundesvorstand.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

7.5. DGB-Bildungswerk NRW, Seminar „Leiharbeit in Betrieb und Dienststelle – Handlungsmöglichkeiten für Interessenvertretungen im Entleihbetrieb", Düsseldorf

9.-12.5. GEW, Pfingsttreffen schwuler Lehrer, Reinhausen bei Göttingen

14.-16.5. Otto-Brenner-Stiftung, Internationale Konferenz „Gewerkschaften im Umbruch – Betriebliche und überbetriebliche Handlungsarenen", Kranjska Gora (Slowenien)

15.5. DGB Sachsen, Workshop „Arbeits- und Gesundheitsschutz in Zeiten prekärer Beschäftigungsverhältnisse", Chemnitz

16.5. DGB, Bundesumweltministerium und DGB-Bildungswerk, Auftaktveranstaltung des Projekts „Ressourceneffizienz im Betrieb – Ein innovatives Aufgabenfeld für Betriebsräte", Hannover

16.-18.5. DGB-Jugend und DGB-Bildungswerk, Konferenz „Neonazis und die soziale Frage", Flecken Zechlin (Brandenburg)

19.5. Friedrich-Ebert-Stiftung, Diskussionsveranstaltung „Rechte Gedanken im linken Gewand – Wer und was steht hinter den Parolen und Positionen rechtsextremer Parteien?", Gera

19.5. ver.di und Kooperationsstelle Hochschule/Gewerkschaften Uni Oldenburg, Tagung „Hochschulen im Umbruch – Wettbewerb statt Stabilität?", Oldenburg

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH i.G. **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantwortlich), Timm Schneider **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Norbert Hüsson **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/3088 24 13, Fax 030/3088 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt

Axel Springer hat jetzt eine kleine Straße in Berlin, Rudi Dutschke hat jetzt die längere Vorfahrtstraße: Damit sind die historischen Verdienste Dutschkes einigermaßen gerecht gewürdigt.

Der stellvertretende Chefredakteur der Tageszeitung „taz", Peter Unfried, am 21. April zur endgültigen Umbenennung eines Teils der Berliner Kochstraße in Rudi-Dutschke-Straße – damit auch neue Adresse der „taz". Die Rudi-Dutschke-Straße stößt auf die Axel-Springer-Straße, in der die Axel Springer AG ihren Sitz hat.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 19.05.2008 9/08

DGB

inhalt

Seite 3
Rückrufaktion
Die Devise „Kosten senken" bei Betriebsverlagerungen ins Ausland ist oft zu kurz gedacht. Immer mehr Unternehmen kehren nach Deutschland zurück

Seite 5
Keine Beschäftigten zweiter Klasse
Bei ihren Initiativen zur fairen Gestaltung der Leiharbeit können die Gewerkschaften konkrete Erfolge vorweisen – auch bei der Mitgliedergewinnung

Seite 7
Kein Patentrezept
Die jüngsten Vorschläge zur Anhebung der Rentenansprüche für langjährig Versicherte gehen an den Problemen derer vorbei, die besonders von Altersarmut bedroht sind, meint Simone Leiber

Ressourceneffizienz

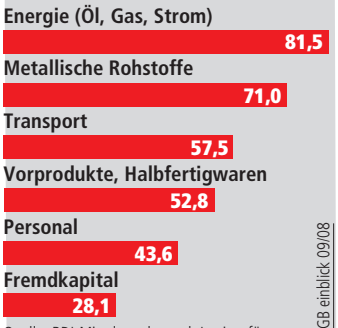
Klassische Win-Win-Situation

Was haben Betriebsräte und Beschäftigte mit Klimaschutz zu tun? Eine ganze Menge: Sie sind die Experten im Betrieb, um Einsparpotenziale im Energie- und Rohstoffverbrauch sowie im Produktionsprozess zu entdecken. Diesen „verborgenen Schatz" heben will ein dreijähriges Projekt von Bundesumweltministerium (BMU), DGB-Bildungswerk und DGB, das gerade gestartet wurde. Im Rahmen dieses Projektes soll ein Weiterbildungskonzept entwickelt werden. Dessen Ziel ist es, Beschäftigte und Betriebsräte für einen effizienteren Einsatz der Ressourcen im Betrieb zu sensibilisieren.

Angesichts steigender Rohstoffpreise und drohender Klimakatastrophe war ein intelligenter und sparsamer Umgang mit Energie und Rohstoffen ökonomisch wie ökologisch noch nie so wichtig wie heute. Doch wenn Unternehmen von Kosteneinsparungen oder Effizienzsteigerungen reden, geht es meist einfaltslos nur um Personal. Dabei sind Rohstoffe und Energie ein großer, ständig steigender Kostenfaktor. Im produzierenden Gewerbe liegen die Materialkosten weit über den Lohnkosten. In der Automobilindustrie macht der Materialeinsatz beispielsweise mehr als die Hälfte der Kosten aus, die Personalkosten betragen weniger als ein Fünftel. Dennoch konzentrierten sich viele Unternehmen auf die Personalkosten, statt die Energie- und Rohstoffproduktivität zu verbessern, sagt Dietmar Hexel, im DGB-Vorstand für Umweltpolitik zuständig. „Unternehmen kennen das schlummernde Effizienzpotenzial oft nicht. Darum ist es höchste Zeit, im Rahmen der betrieblichen Weiterbildung Arbeitnehmer durch ein praktisches Schulungskonzept in die Lage zu versetzen, Vorschläge zur Verbesserung der Ressourceneffizienz zu machen", erklärt Bundesumweltminister Sigmar Gabriel.

Einsparpotenzial Energie und Ressourcen

Erwartungen von mittelständischen Unternehmen, in welchen Bereichen aktuell mit einem sehr starken oder starken Anstieg der Kosten zu rechnen ist (in Prozent)



Quelle: BDI-Mittelstandspanel; Institut für Mittelstandsforschung (IfM), Bonn, 2007

© DGB einblick 09/08

Im produzierenden Gewerbe machen die Materialkosten 43 Prozent der Gesamtkosten aus, Tendenz steigend.

Dietmar Hexel ist überzeugt: „Betriebsräte kennen die Betriebsabläufe genau und aus einer anderen Perspektive als das Management. Wenn Unternehmen die Kompetenz und das Wissen ihrer Mitarbeiter über die Produktionsabläufe und deren Verbesserung stärker als bisher nutzen, profitieren alle: Die Unternehmen, weil sie Kosten sparen, die Umwelt, weil knapper werdende Ressourcen geschont werden, die Beschäftigten, weil Kosteneinsparungen durch Ressourceneffizienz ein wichtiger Beitrag zur Standort- und Beschäftigungssicherung sind. Und für die Betriebsräte ist das Thema ein neues Feld der mitbestimmten Gestaltung und der Einflussnahme auf die Arbeitswelt.".

Hexel kann dabei auch auf Beispiele guter Praxis verweisen. Das gilt etwa für die Salzgitter Service und Technik AG, Dienstleister für Stahlgesellschaften: „Im Innovationsausschuss des Betriebsrats hat Ressourceneffizienz einen hohen Stellenwert", weiß Betriebsrat Reinhard Voges zu berichten. Kräne, die Strom erzeugen, oder Sandstrahler, die ihre Strahlmittel selbstständig reinigen und wiederverwerten, sind nur zwei von vielen Beispielen, wie Ressourcen in diesem Unternehmen effizienter genutzt und Techniken innovativ weiterentwickelt werden. •

plusminusBERLIN

+ ***Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE, will nach dem Schweizer Modell möglichst alle in die Finanzierung der gesetzlichen Rente einbeziehen. Gysis Argument: „Der Millionär braucht keine gesetzliche Rente, aber die Rentenkasse den Millionär."***

– ***Noch steht nicht fest, wie die EU die Antidiskriminierungsrichtlinie ändern will. Das schreibt auch Thomas Bareiß (CDU) in einer Pressemitteilung. Fordert aber in derselben vorsorglich, die Pläne „zur Verschärfung" der Richtlinie einzustellen.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.netz-gegen-nazis.de
„Mit Rat und Tat gegen Rechtsextremismus" – Web-Portal von DIE ZEIT, DFB und Deutschem Olympischen Sportbund

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Infos zum Projekt „Ressourceneffizienz im Betrieb" von DGB, DGB-Bildungswerk und Bundesumweltministerium

POLITIK AKTUELL

Ein-Euro-Jobs

Dritte Ohrfeige in Folge

Ein-Euro-Jobs helfen Arbeitslosen nicht beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt und verdrängen außerdem reguläre Beschäftigung. Das ist das äußerst drastische Urteil eines aktuellen Berichts des Bundesrechnungshofes zur „Grundsicherung für Arbeitssuchende". In zwei Drittel aller Fälle sind die Voraussetzungen für die Förderung nicht erfüllt. Zudem handele es sich bei den vergebenen Tätigkeiten häufig um reguläre Aufgaben der öffentlichen Hand. Offensichtlich sollten „Arbeitskräfte eingespart oder ein haushaltsbedingter Personalmangel ausgeglichen werden", zitiert die *FAZ* aus dem Papier.
Als eine „schallende Ohrfeige für die Politik" bezeichnet DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach die Aussagen. Besondere Kritik übte Buntenbach an der Untätigkeit der Politik, obwohl der Rechnungshof die Praxis bei den Ein-Euro-Jobs schon im letzten Jahr bemängelt hatte. Noch schlimmer: Bereits 2006 verstießen immerhin schon ein Viertel der Ein-Euro-Jobs gegen die gesetzlichen Anforderungen. •

Euro-Betriebsräte

Konferenz in Brüssel

Die Geschichte der Euro-Betriebsräte (EBR) ist eine Erfolgsgeschichte. Inzwischen existieren mehr als 800 Gremien, die über 14 Millionen Beschäftigte vertreten. Doch nicht erst der Fall Nokia hat gezeigt, dass ihre Rechte unzureichend sind. Eine Novelle der EBR-Richtlinie ist seit langem überfällig, aber bisher am Widerstand der Arbeitgeber gescheitert (*einblick 08/08*). Der EGB hat deshalb eine Kampagne für starke Euro-Betriebsräte gestartet. In Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung findet am 9./10. Juni in Brüssel eine internationale EBR-Konferenz statt, an der auch EU-Sozialkommissar Vladimir Spidla teilnehmen wird. •

www.einblick.dgb.de

Volksbegehren für Mindestlohn

Geschwindigkeitsrekord

Am 1. Mai hat der DGB Bayern seine Unterschriftensammlung für das Volksbegehren für ein bayerisches Mindestlohngesetz gestartet – und noch am selben Tag waren die notwendigen 25 000 Unterschriften für den Zulassungsantrag zusammen. Harsche Kritik am Volksbegehren gab es allerdings seitens der CSU. Generalsekretärin Christine Haderthauer warf den Gewerkschaften vor, „unter dem Deckmantel der sozialen Gerechtigkeit" den Verlust von Arbeitsplätzen in Kauf zu nehmen. Das Volksbegehren sei eine „reine Show-Veranstaltung". Fritz Schösser, Vorsitzender des DGB Bayern, reagierte angesichts des großen Erfolgs bei der Unterschriftensammlung gelassen: „Würde Frau Haderthauer nach ihren politischen Leistungen bezahlt, wäre sie ein prominenter Zugang für den Niedriglohnsektor." Ansatzpunkt für das Volksbegehren ist ein Artikel der bayerischen Verfassung, der besagt, „für jeden Berufszweig können Mindestlöhne festgesetzt werden" – um eine „Mindestlebenshaltung" zu ermöglichen. •

Debeka Krankenversicherungsverein a. G.



Kundenmonitor® Deutschland 2007
TESTSIEGER
Kundenzufriedenheit
Preis-Leistungs-Verhältnis
Wiederwahlabsicht
Weiterempfehlungsabsicht
Branche: Private Krankenversicherungen
Details unter www.debeka.de/kundenmonitor

Die Debeka hat die zufriedensten Kunden.

Wir machen weiter so!

erfahren. sicher. günstig.

Debeka-Hauptverwaltung
Ferdinand-Sauerbruch-Straße 18
56058 Koblenz
Telefon (0261) 498-0
www.debeka.de

Debeka

Betriebsverlagerungen

Wirtschaft startet Rückrufaktion

„Kosten senken" ist die Devise vieler Unternehmen, die Produktions- und Betriebsstätten ins Ausland verlagern. Das ist häufig zu kurz gedacht. Immer mehr deutsche Unternehmen kehren an den alten Standort zurück. Gute Argumente für Betriebsräte, schon vor einer Standortdiskussion aktiv zu werden.

Von 2001 bis 2006 machten über zehn Prozent der verlagernden Unternehmen ihre Entscheidung wieder rückgängig – Tendenz steigend. Das zeigt eine Studie des Fraunhofer Instituts System und Innovationsforschung im Auftrag des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI) zu Verlagerungen im verarbeitenden Gewerbe.

Ein weiteres Ergebnis: Die erhofften Kostensenkungen durch die Verlagerung bleiben meist aus. Die Unternehmen agierten teilweise „sehr kurzsichtig und unprofessionell", meint VDI-Präsident Bruno Braun. Dr. Steffen Kinkel vom Fraunhofer Institut kann das bestätigen. Laut Studie sind Einsparungen bei den Personalkosten eines der Hauptmotive für Verlagerungen. Genau dieser Ansatz sei aber problematisch, erklärt Kinkel. „Die Lohnkosten machen in vielen Betrieben nur noch 10 Prozent der Gesamtkosten aus." Die finanzielle „Hebelwirkung" sei deshalb begrenzt.

Dafür würden andere Kostenfaktoren vernachlässigt. Anlaufzeiten am neuen Standort, der Aufbau von Netzwerken und Infrastruktur vor Ort sowie Betreuung und Kontrolle des neuen Standorts – all das verursache Kosten, so Kinkel. Die Unternehmen müssten „ehrliche Vollkostenrechnungen" aufstellen.

Dazu können deutsche Betriebsräte Einiges beitragen – wenn sie die richtigen Argumente haben. Dafür sorgt etwa die IG Metall in NRW und Baden-Württemberg mit ihrem Projekt „Kompetenz & Innovation" zu Zukunftsthemen der industriellen Entwicklung. Die Idee: Betriebsräte mit WissenschaftlerInnen in Dialog bringen, damit die ArbeitnehmervertreterInnen das Know-how der ForscherInnen in betriebliche Diskussionen und Auseinandersetzungen mit dem Management einbringen können.

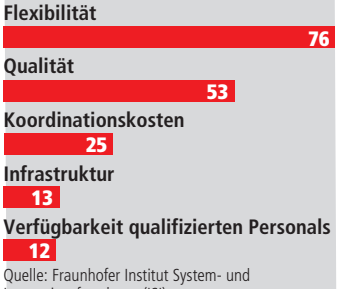
„Beim Thema Verlagerungen hat das hervorragend funktioniert", sagt Inger Korflür von der Dortmunder Sustain Consult Beratungsgesellschaft für nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, die das IG Metall-Projekt betreut. Der Dialog hat erste Früchte getragen. Zum Beispiel beim Fahrzeug- und Industrieteil-Hersteller Happich in Wuppertal. Das Unternehmen betreibt bereits einige seiner Produktionsstätten im tschechischen Bor. Im vergangenen Jahr wurde dann die Verlagerung einer weiteren Fertigungsstätte aus Wuppertal angekündigt. „Das stand so gut wie fest", berichtet der Betriebsratsvorsitzende Björn Neerfeld. Dann erfuhr er vom Projekt „Kompetenz & Innovation". Ein Workshop mit VertreterInnen des Unternehmens, dem Betriebsrat und WissenschaftlerInnen aus dem Projekt wurde organisiert. Der neue Geschäftsführer ließ sich von den Argumenten der ForscherInnen überzeugen: Die Arbeitsplätze in Wuppertal waren gesichert. „Es gibt kein Patentrezept, und jeder Betriebsrat muss seine eigenen Lösungen finden", meint Neerfeld. Aber das Projekt habe geholfen, „einen Schleier wegzureißen" und zu zeigen: Es gibt eine Reihe Alternativen zu Verlagerungen.

Am 11. Juni wird die IG Metall im Bildungszentrum in Sprockhövel Beispiele guter Praxis aus dem Projekt präsentieren – auch den Fall Happich. Anderen Betriebsräten soll gezeigt werden: Mit den richtigen Argumenten gelingt es, Betriebsverlagerungen zu verhindern. Eigentlich müsse jeder Betriebsrat in ähnlichen Situationen Unterstützung und Know-how der Wissenschaft nutzen können, meint Happich-Betriebsrat Neerfeld. „Dann könnten hier einige Tausend Arbeitsplätze gerettet werden."

Auch in anderen Branchen setzt sich langsam die Erkenntnis durch, dass über reine Kostendiskussionen wesentliche Standortfaktoren nicht erfasst werden. Zum Beispiel in der Süßwarenindustrie. „Qualität, Hygiene und Produktsicherheit sind die Motive für Unternehmen, in Deutschland zu bleiben oder zurück nach Deutschland zu kommen", sagt NGG-Sprecherin Karin Vladimirov. Die Großen der Branche wie Bahlsen oder Katjes würden wieder verstärkt in Deutschland investieren und Standort-Bekenntnisse für Deutschland abgeben. VDI-Präsident Braun resümiert mit Blick auf die Fraunhofer-Studie: „Wir erleben eine Renaissance des Standorts Deutschland." •

Qualität überzeugt

Motive für Rückverlagerungen nach Deutschland in der Metall- und Elektroindustrie 2006 (in Prozent aller befragten Unternehmen)



Quelle: Fraunhofer Institut System- und Innovationsforschung (ISI)

© DGB einblick 09/08

Die Mehrheit deutscher Unternehmen, die ins Ausland verlagerte Produktionsstätten wieder nach Deutschland zurückholt, ist überzeugt: Flexibilität und Qualität am Standort Deutschland sind besser als im Ausland.

Kompetenz und Innovation

„Kompetenz & Innovation" ist ein Projekt der IG Metall-Bezirke NRW und Baden-Württemberg im Rahmen der Kampagne „Besser statt billiger". Ziel ist es, Betriebsräte und Wissenschaft in den Dialog über Zukunftsthemen der industriellen Entwicklung zu bringen und den ArbeitnehmervertreterInnen belastbare Argumente für betriebliche Auseinandersetzungen zu liefern. Der Themenbereich Betriebsverlagerungen war einer der ersten Schwerpunkte, künftige Themen sind Leiharbeit, Innovationsfähigkeit und Produktionssysteme. Nach einer Pilotphase ist das Projekt jetzt in die Hauptphase eingetreten, die bis Ende 2010 läuft.

Fair vergleichen

Die IG Metall NRW bietet eine Handlungshilfe für Betriebsräte mit dem Titel „Standorte fair vergleichen – Arbeitsplätze sichern!" an. Sie soll den ArbeitnehmervertreterInnen mit klaren Kriterien helfen, die Folgen einer Verlagerung selbst zu bewerten – und sie gegebenenfalls auch zu verhindern.

Download:
www.arbeit-durch-innovation.de

PROJEKTE UND PARTNER

Work-Life-Balance

Beispiele guter Praxis

Sich für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf einzusetzen, ist heute in Wirtschaft und Politik ein Muss – zumindest verbal. Allen Bekenntnissen zum Trotz existieren in vielen Betrieben noch Vorbehalte, sich stärker für Work-Life-Balancing zu engagieren. Dabei zeigen viele Untersuchungen und Beispiele: Familienfreundliche Maßnahmen rechnen sich. Im Rahmen des EU-Projektes „Bilancia" sind am 30. Mai Betriebsräte, GewerkschafterInnen und UnternehmensvertreterInnen zu einem Seminar zum Thema eingeladen. Neben der Präsentation der Projektergebnisse sollen praktische Beispiele die Möglichkeit bieten, sich mit den betriebswirtschaftlichen und sozialen Aspekten von Work-Life-Balancing und familienfreundlichen Maßnahmen in Betrieben auseinanderzusetzen. •

stockfisch.bfw@dgb.de
stricker.monika@bfw.de

AiB-Fachtagung

Aktuelle Urteile im Arbeitsrecht

„Licht ins Dunkel! – Aktuelle Rechtsprechung im Fokus" ist der Titel einer Fachtagung, die die Zeitschrift „Arbeitsrecht im Betrieb" gemeinsam mit AiB-Wissen am 18. Juni in Münster für InteressenvertreterInnen zur aktuellen Rechtssprechung im Arbeitsrecht anbietet. Auf der Agenda stehen folgende Themen: Ansprüche und Pflichten aus dem Arbeitsvertrag, Beendigung von Arbeitsverträgen, Betriebsverfassung, Tarifvertragsrecht. •

www.aib-wissen.de



Rund 11 Millionen Deutsche leben am Rande der Armutsgrenze oder darunter. Was das für sie heißt, zeigt der Nürnberger Filmemacher Gerhard Faul in seinem Dokumentarfilm „Nur einmal gut essen gehen – Arm und Reich in Deutschland". Faul setzt dem obszönen Luxus der Superreichen hierzulande die stille Verzweiflung der Armen entgegen. Den Film gibt es in zwei Versionen, einer 95-minütigen Kino- sowie einer 40-minütigen Kurzfassung für die Bildungsarbeit. Gewerkschaften können den Film als DVD kostenlos bei der Hans-Böckler-Stiftung ausleihen. Der Film kann aber auch mit allen Vorführ- und Verleihrechten beim Nürnberger Medienladen erworben werden (Langfassung: 80 Euro, Kurzfassung: 60 Euro). Die nächste öffentliche Aufführung findet am 5. Juni, 19 Uhr, im Münchner DGB-Haus statt. www.medienladen-ev.de

ver.di-Tagung

Frauen haben Potenzial

Mit der Tagung „Vernachlässigte Potenziale: Frauen im Innovationsprozess" will ver.di einen Beitrag zur aktuellen Innovationsdebatte leisten. Ein erfolgreiches Ideen- und Innovationsmanagement setzt auf die Beteiligung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Dabei geht es den TagungsinitiatorInnen vor allem um Chancengleichheit im Innovationsprozess. Frauen sollen motiviert werden, sich an solchen Prozessen zu beteiligen, die Beteiligung soll nachhaltig abgesichert werden. Die Tagung findet am 9. und 10. Juni in Königswinter statt. •

cornelia.brandt@verdi.de, Anmeldung: jahn@verdi-innotec.de

Netzwerke

Mehr Jobchancen für Migranten

Pro Qualifizierung verfolgt das Ziel, öffentliche Verwaltungen und Betriebe bei der interkulturellen Orientierung zu unterstützen und die Teilhabe von MigrantInnen am beruflichen Aufstieg durch Fort- und Weiterbildung zu verbessern. Am 28. Mai lädt die vom DGB-Bildungswerk getragene Einrichtung deshalb zu einer Veranstaltung nach Düsseldorf ein. Mit drei Themenfeldern will man sich befassen: Welche Förderinstrumente des Gender Mainstreaming lassen sich auf Menschen mit Migrationshintergrund übertragen? Sind positive Benachteiligungen und das Gleichbehandlungsgesetz geeignete Mittel zur Förderung von MigrantInnen beim Zugang zu Beschäftigung und Weiterbildung? Wie kommt es, dass es trotz hoher Zugangshindernisse in verschiedenen Bereichen viele BewerberInnen mit Migrationshintergrund gibt? An der Veranstaltung sind öffentliche Verwaltungen und Betriebe beteiligt, die Erfahrungen mit Konzepten zur interkulturellen Orientierung gesammelt haben. •

www.pro-qualifizierung.de/NOEV

interregio

••• Die ***DGB-Jugend NRW*** bietet im Rahmen der Kampagne „schlauer statt rechts" eine ***Reihe von Seminaren und Exkursionen*** zum Thema Rechtsextremismus an. Vom 23. bis 25. Mai gibt es in der DGB-Jugendbildungsstätte Hattingen ein „Argumentationstraining gegen rechte Parolen". Die TeilnehmerInnen lernen, sowohl die richtigen Argumente als auch den Mut zu finden, rechte und fremdenfeindliche Phrasen in ihrem persönlichen Umfeld zu entkräften. Weitere Veranstaltungen im ersten Halbjahr 2008: eine Exkursion in die KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen und ein Seminar, das über Dresscodes und Musik der rechten Szene aufklärt.

www.schlauer-statt-rechts.de

••• Der ***DGB Sachsen***, die polnische NSZZ Solidarnosc und der tschechische Gewerkschaftsbund CMKOS begehen gemeinsam am 30. und 31. Mai in Görlitz das ***15-jährige Jubiläum*** des Interregionalen Gewerkschaftsrates Elbe-Neiße (IGR Elbe-Neiße). Unter dem Motto „Gute Arbeit in einem sozialen Europa" gibt es neben einem Festakt auch verschiedene thematische Foren, die sich etwa mit grenzüberschreitender Zusammenarbeit der Gewerkschaftsjugend oder transnationalen Förderprojekten beschäftigen.

Infos: DGB Bezirk Sachsen, Abteilung Europapolitik, Tel. 0351 / 86 33 144.

••• Das „Soziale Netz Bayern", ein Zusammenschluss verschiedener Verbände im Freistaat, der 2004 auf Initiative des DGB Bayern entstanden ist, hat ein ***Thesenpapier*** „Bildung, Arbeit und Armut in Bayern" veröffentlicht. Konkrete Forderungen an die Politik für mehr soziale Gerechtigkeit sind etwa der Ausbau der schulischen Ganztagsangebote, ein existenzsicherndes Mindesteinkommen, eine Anhebung des Hartz-IV-Regelsatzes um 20 Prozent und mehr beitragsfreie Kindertageseinrichtungen. Am „Sozialen Netz Bayern" beteiligen sich neben dem DGB 16 weitere Verbände, darunter die Arbeitnehmerorganisationen der beiden großen Kirchen in Bayern, der Sozialverband VdK und das Bayerische Rote Kreuz.

Infos: Lorenz Ganterer, DGB-Bezirk Bayern, Tel. 089 / 517 00 - 219, lorenz.ganterer@dgb.de

Leiharbeit

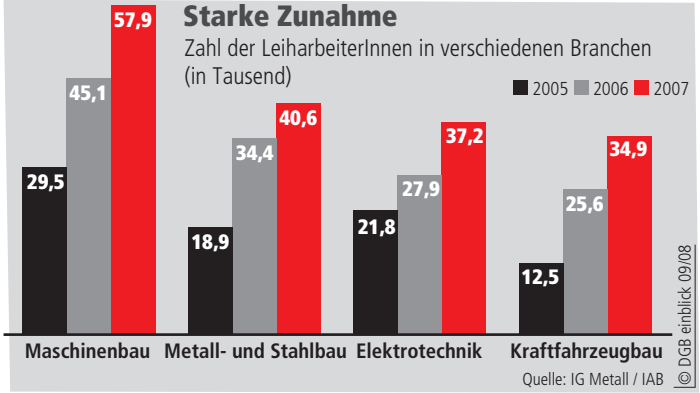
Keine Beschäftigten zweiter Klasse

Leiharbeit ist eines der Themen, bei dem die Gewerkschaften in diesem Jahr politische Akzente setzen wollen. Gewerkschaftliche Initiativen können inzwischen konkrete Erfolge vorweisen – auch bei der Mitgliederwerbung.

Die Zeitarbeitsbranche boomt. Eine Anfang Mai vorgestellte repräsentative Betriebsräte-Umfrage des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) hat ergeben: In jedem dritten Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten wird bereits Leiharbeit praktiziert, in jedem vierten ersetzt sie sogar die Stellen zuvor regulär Beschäftigter. Und noch ein weiteres Problem offenbart die Umfrage: Nur in jedem vierten Betrieb verdienen LeiharbeiterInnen genau so viel wie ihre KollegInnen aus der Stammbelegschaft. Im Durchschnitt bekommen sie am Monatsende rund 30 Prozent weniger. DGB und Gewerkschaften kritisieren diese Ungleichbehandlung seit geraumer Zeit. Und sie steuern gegen.

Die IG Metall hat im April die Kampagne „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld" gestartet. Das Anliegen ist klar: Es soll Schluss damit sein, „dass es in den Betrieben Beschäftigte erster und zweiter Klasse gibt", erklärt der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzel. Um diese Situation zu verbessern, hat sich die Gewerkschaft ehrgeizige Ziele gesetzt. Mit 200 entleihenden Unternehmen will die IG Metall so genannte „Equal-Pay-Vereinbarungen" abschließen. Das erfordert aufwändige Verhandlungsarbeit auf betrieblicher Ebene – die sich auszahlen könnte. Über 250 000 LeiharbeiterInnen arbeiten derzeit bereits in der Metall- und Elektroindustrie. Noch in diesem Jahr will die IG Metall mindestens 10 000 von ihnen als neue Mitglieder gewinnen.

Dass das gelingen kann, zeigen erste Erfolgsstorys. „Wo wir betriebliche Regelungen für Zeitarbeiter durchsetzen, gewinnen wir auch viele Mitglieder", berichtet Bodo Grzonka vom Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen der IG Metall: Bis März 2008 waren dort ebenso viele Mitglieder neu eingetreten wie im gesamten vergangenen Jahr.



Nicht nur in der Metall- und Elektroindustrie boomt die Leiharbeit. In den vergangenen drei Jahren hat sich in dieser Branche die Zahl der LeiharbeiterInnen teilweise mehr als verdoppelt. Die IG Metall steuert gegen und will die Leiharbeit mit der Kampagne „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld" fair gestalten.

Wie die geplanten „Equal-Pay-Vereinbarungen" aussehen könnten, machen die Bous-Stahlwerke im saarländischen Völklingen vor. Hier gibt es bereits eine Betriebsvereinbarung zur Leiharbeit. „Die Leiharbeitnehmer bekommen effektiv das Gleiche wie die Festen", erklärt der Betriebsratsvorsitzende Hans-Werner Glauben. Außerdem wurde ein Tarifvertrag ausgehandelt, der den geltenden Tarif für die saarländische Stahlbranche auch für die LeiharbeitnehmerInnen übernimmt – bei Urlaub, Arbeitszeit und Zuschlägen. Das sage man den LeiharbeitnehmerInnen bei der Einstellung, berichtet Glauben. „Die sehen dann, dass sie das der IG Metall verdanken und treten alle ein."

Auch andere Gewerkschaften engagieren sich für die Rechte von LeiharbeiterInnen – und gehen dabei teils ungewöhnliche Wege. Der IG BAU-Bezirksverband Osnabrück-Emsland etwa organisiert seit anderthalb Jahren regelmäßige „Leiharbeiterfrühstücke". Die Gespräche mit den KollegInnen aus den Verleihfirmen und deren Erfahrungen sollen sich dabei „letztlich auch in der Tarifarbeit niederschlagen", so Wolfgang Kuhn vom Bezirksverband.

Manchmal können Gewerkschaften im engen Kontakt zur Belegschaft auch die Ausweitung der Leiharbeit an sich verhindern, wie es 2006 ver.di gelungen ist. Eine Einrichtung der Diakonie in Bremen gründete eine eigene Verleihfirma. Die Taktik war klar: Beschäftigte sollten wie bisher arbeiten – aber zum schlechteren Tarif der Verleihfirma. Belegschaft und Mitarbeitervertretung (MAV) der Einrichtung organisierten gemeinsam mit ver.di den Protest und wendeten sich schließlich sogar an den Kirchengerichtshof der evangelischen Kirche. Der entschied: Der dauerhafte Austausch der Stammbelegschaft durch LeiharbeiterInnen sei mit kirchlichem Arbeitsrecht unvereinbar. •

Leiharbeit = schlechte Arbeit

Der DGB-Index „Gute Arbeit", der im vergangenen Jahr erstmals vorgestellt wurde, hat gezeigt: Leiharbeit ist häufig auch „schlechte Arbeit". Mit einem Index-Wert von 48 bewerten LeiharbeiterInnen die Qualität ihrer Arbeit um zehn Punkte schlechter als der Durchschnitt aller Beschäftigten (Index-Wert 58).

In 11 der 15 für den Index bewerteten Dimensionen „Guter Arbeit" ist die Arbeitssituation der LeiharbeiterInnen deutlich schlechter als bei unbefristet „Normalbeschäftigten" – zum Beispiel bei Aufstiegsmöglichkeiten, Einkommen und Qualifizierungsmöglichkeiten.

Nur ganze zwei Prozent der LeiharbeiterInnen bewerten ihre Arbeitssituation als „Gute Arbeit" (Index-Wert mindestens 80), 56 Prozent hingegen befinden sich in „schlechter Arbeit" (Index-Wert unter 50).

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Infos zu gewerkschaftlichen Initiativen und Kampagnen zur Leiharbeit, aktuelle Studien und Material sowie Details zum DGB-Index „Gute Arbeit".

kurz&bündig

Die IG Metall unterstützt Pläne der SPD, die steuerliche Absetzbarkeit von Managergehältern zu begrenzen. Es könne nicht sein, dass „Steuerzahler die horrenden Managervergütungen auch noch indirekt finanzieren", so der Erste Vorsitzende Berthold Huber.

ver.di hält den Entwurf eines neuen Rundfunkstaatsvertrags der Bundesländer, der Grundlage für die Arbeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist, für „besorgniserregend". Besonders bei Online-Angeboten würden ARD, ZDF und die anderen Anstalten gegenüber dem privaten Rundfunk benachteiligt. Die vorgesehenen „restriktiven Beschränkungen" für den Online-Bereich hält ver.di für „verfassungsrechtlich bedenklich".

Die IG BCE will mit einer Fachkonferenz am 9. Juni in Hannover Betriebsrätinnen unter dem Motto „Frauen starten durch" ein Diskussionsforum für Veränderungen in der Arbeitswelt bieten. Zwei der Themen: Entgeltfragen und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG).

Die GdP kritisiert das Regierungsabkommen zwischen Deutschland und den USA zur besseren Terrorismusbekämpfung, das auch den Austausch von sensiblen personenbezogenen Daten ermöglicht (einblick 08/2008). Es gäbe „berechtigte Zweifel" an der Relevanz dieser Daten für die Kriminalitätsbekämpfung.

Burger King

Erst ausspioniert, dann gekündigt

„Die menschenverachtenden Methoden, die Burger King an den Tag legt, um einen Betriebsrat zu verhindern, sind in Deutschland beispiellos", empört sich Freddy Adjan, Geschäftsführer der NGG-Region München. Erst Ende April war aufgeflogen, dass Burger King seine Münchner Beschäftigten bei einer Wahlversammlung zur Gründung eines Betriebsrats heimlich gefilmt hatte (*einblick 08/2008*). Versehentlich – wie das Fast-Food-Unternehmen anschließend erklärte. Die Kameras hätten nur zum Schutz von Gästen, Mitarbeitern und zum Schutz vor Vandalismus gedient. Anschließend überschlugen sich die Ereignisse.

Zwar schrieben die Burger-King-Geschäftsführer noch am 2. Mai der NGG: „Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, Betriebsratswahlen zu fördern und nicht zu behindern." Doch dieses Bekenntnis hatte nicht lange Bestand. Kurz nach dem Entschuldigungsschreiben reichte die Burger King Deutschland GmbH beim Arbeitsgericht München eine Einstweilige Verfügung gegen den Wahlvorstand ein. Die Begründungen sind für die NGG nicht stichhaltig. Burger King meint etwa, bei den geplanten Betriebsratswahlen werde der „Betriebsbegriff" verfehlt. „Das ist nicht der Fall", sagt Adjan. Der Betriebsrat solle für elf Münchner Burger-Restaurants und die Hauptverwaltung in München gewählt werden. Die „räumliche Nähe" der Betriebsstätten sei unbestritten.

Und Burger King ging noch weiter: Zwei Wahlvorstandsmitglieder wurden unter Androhung arbeitsrechtlicher Maßnahmen zu einem Gespräch einbestellt. Begleitet wurden sie von Adjan und dem bayerischen NGG-Vorsitzenden Hans Hartl. Von „amerikanischen Kriminalmethoden" berichtete Hartl anschließend. Die ersten „Fragen" der Burger-King-Vertreter: „Nennen Sie Ihren Namen und Ihre Anschrift! Schildern Sie Ihren Werdegang bei Burger King!" Auf die Frage der NGG-Vertreter, was konkret die Vorwürfe an die Beschäftigten seien, erklärte Burger King unter anderem, die beiden Wahlvorstände hätten sich „unrechtmäßig" eine Kopie des Videos von der Wahlversammlung besorgt. Adjan sieht das anders: „Die Kollegen haben von dem Video erfahren, es sich in ihrer Funktion als Wahlvorstand angesehen und anschließend in ihrer Funktion als Wahlvorstand auch gesichert."

Die NGG-Vertreter brachen das „Verhör" schließlich ab – denn: Wahlvorstandsmitglieder sind dem Arbeitgeber keine Rechenschaft über ihre Tätigkeit schuldig. Kurz nach dem Gespräch erhielten die beiden Beschäftigten die fristlose Kündigung per Boten zugestellt, und Burger King sprach ein deutschlandweites Hausverbot aus.

„Wenn ich von diesen Vorgängen erzähle, denke ich manchmal, man müsse mich für verrückt halten. Das Verhalten von Burger King ist unglaublich", meint Adjan. Die NGG plant jetzt mehrere rechtliche Schritte: Per Einstweiliger Verfügung will sie das Hausverbot wieder aufheben lassen, damit die beiden Beschäftigten ihrer Tätigkeit als Wahlvorstand weiter nachgehen können. Außerdem unterstützt die Gewerkschaft die Kündigungsschutzklagen. Nicht zuletzt ist eine Strafanzeige gegen Burger King geplant. „Uns reicht es jetzt", so Adjan. „Wir werden diesen Konflikt bis zuletzt durchfechten." •

Berufsschultouren

Gemeinsam gewinnen

Bundesweit berät die DGB-Jugend in den Bezirken jedes Jahr mit ihren Berufsschultouren junge Auszubildende, informiert sie über ihre Rechte und Pflichten und die Arbeit der Gewerkschaften. Jetzt hat die Gewerkschaftsjugend ein neues Konzept und eine einheitliches Erscheinungsbild unter dem Motto „Gemeinsam gewinnen" für die Touren entwickelt. Auf einem Treffen am 30. und 31. Mai in der DGB-Jugendbildungsstätte Hattingen wollen sich die Aktiven der Berufsschularbeit über die neuen Ansätze austauschen. Neu ist auch die Online-Plattform *www.berufsschultour.de*, die über die Touren in allen Bundesländern informiert. •



Teil des von Bundesregierung und Wirtschaft bis 2010 verlängerten Ausbildungspakts ist das Sonderprogramm „Einstiegsqualifizierung im Betrieb" (EQ, früher EQJ). Junge Menschen, die bisher keinen regulären Ausbildungsplatz gefunden haben, sollen über das Programm bei der Arbeit in Betrieben Praxiserfahrungen sammeln, die Betriebe erhalten dafür öffentliche Förderung.
Die DGB-Jugend hat jetzt zwei Ratgeber zum Thema EQ herausgegeben. Einer informiert TeilnehmerInnen von EQ-Maßnahmen über alles Wissenswerte, ein anderer erklärt Handlungsmöglichkeiten für Betriebsräte und Jugend- und Auszubildendenvertretungen, deren Betriebe an EQ teilnehmen oder teilnehmen wollen, und enthält auch eine kritische politische Bewertung des Programms.
Bestellung: *www.dgb-jugend.de/dgb_jugend/broschueren*

Rentendebatte

Noch kein Patent gegen Altersarmut

Vor kurzem meldete sich der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) mit dem Vorschlag zu Wort, langjährig Versicherten mit niedrigem Einkommen eine Rente oberhalb des Niveaus der Grundsicherung zu garantieren. Ähnliches sieht auch der Rentenkompromiss der CDU vor. Das geht in die richtige Richtung – aber trotzdem an Gruppen mit hohem Risiko zur Altersarmut vorbei, meint Dr. Simone Leiber.

Die rentenpolitische Debatte verlagert derzeit ihren Schwerpunkt: von der unbedingten Stabilisierung der Beitragssätze zur Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) **hin zur Armutsfestigkeit der Alterssicherung.** Eine politisch positive Entwicklung. Trotzdem war in den vergangenen Wochen immer wieder zu lesen, das Phänomen der Altersarmut sei „überschätzt". Diese Einschätzung verschiedener Ökonomen wurde in den Medien oft unkritisch wiederholt, ohne auf die wesentlichen Unterschiede zwischen der Situation der heutigen und der künftigen Rentnergeneration hinzuweisen.



Dr. Simone Leiber, 36, ist Referatsleiterin Sozialpolitik beim Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung.

Zur heutigen Einkommenssituation von Senioren stehen uns umfassende und verlässliche Daten zur Verfügung. In der Tat zeigt sich, dass die heutigen Senioren in Bezug auf Einkommen, Vermögen und Armutsrisiko im Durchschnitt besser dastehen als die Gesamtbevölkerung oder andere gesellschaftliche Gruppen (z.B. Kinder oder Alleinerziehende). Allerdings verdecken die Durchschnittswerte, dass es auch innerhalb der Gruppe der Senioren eine große Spannweite gibt – bei weitem **nicht jeder Rentner ist auch vermögend.**

Relevant für die Altersarmutsdiskussion ist jedoch vor allem der Blick in die Zukunft. Hier stehen uns aussagekräftige Daten nur ausschnittsweise zur Verfügung, und Modellrechnungen sind stark von den zu Grunde gelegten Annahmen über die Wirtschafts- und Lohnentwicklung abhängig. Falsch wäre es deshalb, die Augen vor einem erhöhten Altersarmutsrisiko zu verschließen – denn **daraus erwächst schon heute Handlungsbedarf.** Gründe dafür, einen Anstieg der Altersarmut zu erwarten, sind die bereits beschlossenen, aber erst zukünftig wirkenden Kürzungen der gesetzlichen Altersrenten, die anhaltende Massenarbeitslosigkeit sowie Erwerbsbiografien, die stärker als bisher durch Jobwechsel, Teilzeitarbeit oder Niedrigverdienste gekennzeichnet sind. Altersrenten aus der GRV sind als Spiegel des Lebensarbeitseinkommens konstruiert. Daher ist das Armutsrisiko besonders hoch,

- wenn über lange Phasen unterdurchschnittlich verdient wurde, etwa durch Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung oder Niedriglöhne,
- wenn lange Zeiten ohne oder mit niedrigen Beiträgen vorliegen, beispielsweise durch späten Berufseinstieg, Arbeitslosigkeit oder Pflegezeiten.

Dass diese Phasen in den Erwerbsbiografien jüngerer Jahrgänge zugenommen haben, lässt sich bereits heute nachweisen. Besonders vom Risiko der Altersarmut betroffen sind dabei Personen, bei denen mehrere dieser Faktoren zusammenkommen, wie etwa Frauen. Diese Beschäftigten **verfügen häufig nicht über den finanziellen Spielraum,** ihre geringe gesetzliche Rente im nötigen Umfang durch private Vorsorge auszugleichen.

Es ist notwendig und richtig, dass sich die politische Diskussion und die wissenschaftliche Forschung dem Thema Altersarmut stärker zuwenden. Die rentenpolitischen Vorschläge der CDU sind deshalb als Denkanstöße sinnvoll. Sie müssen aber deutlich weiterentwickelt werden.

Ein besonderes Problem der Vorstöße ist ihr Zuschnitt auf langjährig Versicherte mit einer Versicherungszeit von mindestens 35 Jahren. Dies schließt gerade die Personengruppen von einer Aufwertung ihrer späteren Rentenansprüche aus, die stärker von Altersarmut bedroht sind. **Dazu zählen insbesondere Selbstständige mit kleinem Einkommen und Frauen.** Knapp zwei Drittel der Frauen, die 2006 in Rente gingen, erreichten diese langen Versicherungszeiten beispielsweise nicht. Sie hätten daher keinen Anspruch auf eine Förderung, obwohl Frauen in diesem Segment oft geringe eigenständige Alterseinkünfte zu erwarten haben.

Diese Defizite ließen sich mildern, wenn die Mindestversicherungsdauer verkürzt und Zeiten der Ausbildung, Arbeitslosigkeit sowie für Kindererziehung einbezogen würden. Damit könnte eine Benachteiligung von Frauen und Langzeitarbeitslosen verhindert werden. Wenn parallel dazu die GRV zu einer Erwerbstätigenversicherung ausgebaut würde, könnten auch Selbstständige wesentlich besser als heute abgesichert werden. •

Der Eisberg

Die Debatten der letzten Wochen behandelten häufig nur die Spitze des Eisbergs, sagte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach bei der Vorstellung des DGB-Rentenkonzepts 2008: „Und der Eisberg hat einen Namen. Es geht um Altersarmut ungeahnten Ausmaßes." Mit insgesamt sieben Eckpunkten will der DGB den Eisberg umschiffen. Dazu gehören unter anderem:

- ***Rentenniveau wieder erhöhen, etwa durch Abschaffung des so genannten „Nachhaltigkeitsfaktors"***
- ***Erwerbstätigenversicherung einführen und Selbstständige, Beamte und Politiker einbeziehen***
- ***Erwerbsminderungsrente verbessern – mit geringeren Abschlägen***
- ***niedrige Einkommen aufwerten: Geringe Einkommen werden bei der Berechnung der Rentenansprüche um das 1,5-Fache „hochgewertet" – Voraussetzung: 25 Versicherungsjahre***
- ***betrieblichen Altersversorgung möglichst flächendeckend über Tarifverträge ausweiten***

Im Internet

www.einblick.dgb.de

Mehr zu den Eckpunkten sowie das Rentenkonzept zum Download

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

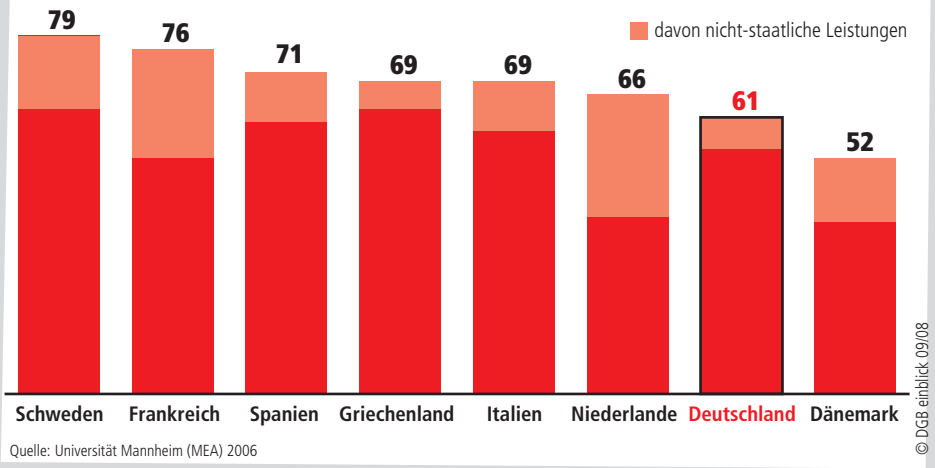
DIES & DAS

die DGB grafik

RENTEN IN EUROPA: Große Unterschiede

Während in Schweden RentnerInnen ein Einkommen von rund 80 Prozent des Gehalts ihrer noch arbeitenden älteren KollegInnen zur Verfügung steht, sind es in Dänemark nur knapp 50 Prozent. Doch nicht nur die Einkommenshöhe im Ruhestand ist in den alten EU-Staaten extrem unterschiedlich: In Griechenland kommen nicht einmal zehn Prozent des Einkommens der RentnerInnen aus nicht-staatlichen Leistungen, in den Niederlanden sind es 40 Prozent (hier hauptsächlich aus Betriebsrenten).

Durchschnittliches Einkommen von RentnerInnen (bis 72 Jahre) in Prozent des durchschnittlichen Einkommens von älteren ArbeitnehmerInnen vor Renteneintritt (50 bis 65 Jahre)



Quelle: Universität Mannheim (MEA) 2006

© DGB einblick 09/08

personalien

••• ***Christian Führer,*** 65, ehemaliger Pfarrer der Leipziger Nikolai-Kirche und Organisator der Leipziger Montagsdemonstrationen von 1989, ist vom DGB mit der Hans-Böckler-Medaille ausgezeichnet worden.

••• ***Wolf Jürgen Röder,*** 60, bisher geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, und ***Jupp Legrand,*** 49, bisher Leiter des Funktionsbereichs Sozialpolitik beim Hauptvorstand der IG Metall, wurden vom Vorstand der IG Metall zu Geschäftsführern der Otto-Brenner-Stiftung ernannt.

••• ***Norbert Hansen,*** 55, ist am 8. Mai als Vorsitzender der Gewerkschaft TRANSNET zurückgetreten. Hansen soll Arbeitsdirektor im Vorstand der Deutschen Bahn AG werden. Als Nachfolger von Hansen haben der Geschäftsführende Vorstand und die Bezirksvorsitzenden einen der beiden bisherigen stellvertretenden TRANSNET-Vorsitzenden, ***Lothar Krauß,*** 52, vorgeschlagen. Seine Wahl im Beirat der Gewerkschaft wurde für den 16. Mai angesetzt. Die bisherige zweite stellvertretende Vorsitzende, ***Regina Rusch-Ziemba,*** 53, soll im Amt bleiben. Neu zum stellvertretenden Vorsitzenden soll ***Alexander Kirchner,*** 51, bisher im TRANSNET-Vorstand unter anderem für die Tarifpolitik zuständig, gewählt werden.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantwortlich), Timm Schneider **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882413, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

21.5. ver.di, Veranstaltungsreihe sicht.weisen, „Gute Arbeit, Alltagsstress und Gender Gap: Ist CSR ein erfolgversprechender Ansatz zum Abbau von Geschlechterungleichheit?", Berlin

22.-25.5. IG BCE, Bundesjugendtreffen, Neuruppin

24./25.5. DIE LINKE, Erster Bundesparteitag, Cottbus

25.5. Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein

27.5. Friedrich-Ebert-Stiftung, Diskussion „Leiharbeit: Jobmotor oder Lohndumping? Positionen von Gewerkschaften und der Politik", Erfurt

28.5. SPD-Bundestagsfraktion, Betriebs- und Personalrätekonferenz „Stärkung der Beschäftigungsfähigkeit", Berlin

28./29.5. ver.di und Hans-Böckler-Stiftung, 6. Potsdamer Forum „Ideenreich und engagiert, den Menschen zugewandt – der öffentliche Dienst mit Zukunft!", Potsdam

28.5.-13.6. Internationale Arbeitsorganisation (IAO), Internationale Arbeitskonferenz 2008, Genf

29.5. Friedrich-Ebert-Stiftung, Tagung „Arbeitnehmerbeteiligung – Fundament für Gute Arbeit im Mittelstand" mit DGB-Vorstand Dietmar Hexel, Berlin

30./31.5. DGB-Jugend, Aktiventreffen Berufsschularbeit, Hattingen

30./31.5. IGR Elbe-Neiße, Festakt 15-jähriges Jubiläum, Görlitz

31.5.-1.6. FDP, Bundesparteitag, München

Schlusspunkt.

„Der Mensch ist darauf angewiesen, von seiner Arbeit zu leben, und sein Lohn muss mindestens so hoch sein, dass er davon existieren kann."

Adam Smith, Begründer der klassischen Volkswirtschaftslehre, in seinem 1776 veröffentlichten Werk „An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations".

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 02.06.2008 10/08

DGB

inhalt

Seite 3
Entscheidende Phase
Der Entwurf der EU-Kommission für eine Revision der EU-Richtlinie über Europäische Betriebsräte enthält einige Verbesserungen – aber auch Zugeständnisse an die Arbeitgeber

Seite 5
Weltparlament der Arbeit
Auf der Jahreskonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation ILO stehen gute Arbeit und die weltweite Ernährungskrise ganz oben auf der Agenda

Seite 7
Mehr Steuergerechtigkeit
Statt Steuergeschenke zu versprechen, müsse die Politik für ein sozial gerechteres Steuersystem sorgen, fordert DGB-Vorstand Claus Matecki

Kinderarmut

DGB fordert Kindergrundsicherung

Erschreckende Zahlen: Jedes sechste Kind in Deutschland lebt in materieller Armut. 2,2 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren beziehen Sozialleistungen in Höhe des Existenzminimums. Hinzu kommen die in verdeckter Armut lebenden Familien: Berechnungen gehen von mehr als einer Million Betroffener aus.

Die Hauptursachen der Armut sind Arbeitslosigkeit und sinkende Löhne. 2,6 Millionen abhängig Beschäftigte arbeiten für Armutslöhne von weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen Stundenlohns, der 7,38 Euro in West- und 5,37 Euro in Ostdeutschland beträgt. 1,3 Millionen ArbeitnehmerInnen müssen ergänzende Hartz IV-Leistungen in Anspruch nehmen. Zwei Drittel der Armutslöhner sind Frauen, vor allem alleinerziehende Mütter. Zudem arbeiten 5,5 Millionen Menschen für weniger als 7,50 Euro die Stunde.

Wer Kinder aus der Armut herausholen wolle, müsse deshalb „endlich den Weg frei machen für Existenz sichernde Löhne von mindestens 7,50 Euro“, sagte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach in Berlin bei der Vorstellung der DGB-Forderungen zur Bekämpfung der Kinderarmut. Mindestlöhne allein genügten aber nicht, um Kinder vor Armut zu bewahren. Hinzu kommen müssten „armutsfeste Sozialleistungen“.

Der DGB spricht sich perspektivisch für eine Kindergrundsicherung aus, die Kinder unabhängig von Hartz IV-Leistungen macht. Die Lücke zwischen Kindergeld (154 Euro) und Existenzminimum (304 Euro) müsse schrittweise geschlossen werden, beginnend bei den Kindern von Geringverdienern. Andere Familienleistungen – Kinderzuschlag und Wohngeldanteile von Kindern – könnten in die Kindergrundsicherung aufgehen.

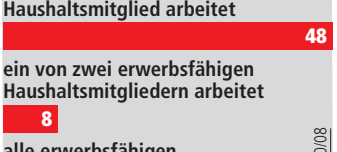
Armut habe viele Gesichter, betonte DGB-Vorstand Buntenbach. Materielle Armut sei nur das auffälligste. Hinzu kämen die Armutsdimensionen Bildung und Gesundheit. Alle drei bedingten sich gegenseitig. „Wer über wenig Einkommen verfügt, hat oft geringere Bildungschancen und umgekehrt.“ Skandalös sei der Zusammenhang zwischen mangelhaftem Einkommen von Eltern und der Gesundheit ihrer Kinder.

Nach DGB-Auffassung wäre es falsch, nur eine Armutsdimension in Angriff zu nehmen. Oder die Bekämpfung der materiellen Armut gegen die der Bildungsarmut auszuspielen. Es gehe nicht um die Frage, ob das Kindergeld erhöht oder mehr Geld in die Kinderbetreuung investiert werden soll. Entscheidend sei der richtige Maßnahmenmix. Zudem dürften Leistungsverbesserungen auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene nicht zum Anlass für Kürzungen an anderer Stelle genommen werden.

Der DGB plädiert dafür, dass Kinder ab dem ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte erhalten. Zudem müsse das Essen der Kinder von Geringverdienern in Schulen und Kindertagesstätten bezuschusst werden. •

Arbeitslose Eltern – arme Kinder

Armutsrisikoquoten von Haushalten mit Kindern nach Erwerbsbeteiligung 2005 (in Prozent)



Quelle: 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (Entwurf)

© DGB einblick 10/08

Arbeitslosigkeit ist der Hauptgrund für Armut. Arbeiten ein oder mehrere Haushaltsmitglieder in Vollzeit, sinkt die Armutsgefährdung von Familien mit Kindern schlagartig von 48 Prozent auf acht beziehungsweise vier Prozent.

plusminusBERLIN

+ ***Die baden-württembergische Landesregierung unter Günther Oettinger (CDU) will Verbraucher besser vor unlauterer Telefonwerbung schützen. Nach einer Bundesratsinitiative des Landes sollen telefonische Vertragsabschlüsse erst nach schriftlicher Bestätigung der Kunden gültig werden.***

– ***Gottfried Ludewig, Bundesvorsitzender des CDU-nahen Studentenverbands RCDS, kann sich bei Wahlen doppeltes Stimmrecht für diejenigen vorstellen, „die den deutschen Wohlfahrtsstaat finanzieren“. Anders gesagt: Halbes Stimmrecht für Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Rentner.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.fairplayatwork.at
„Fairplay at work“ – Kampagne des Österreichischen Gewerkschaftsbunds (ÖGB) zur Fußball-EM 2008

Hintergrund

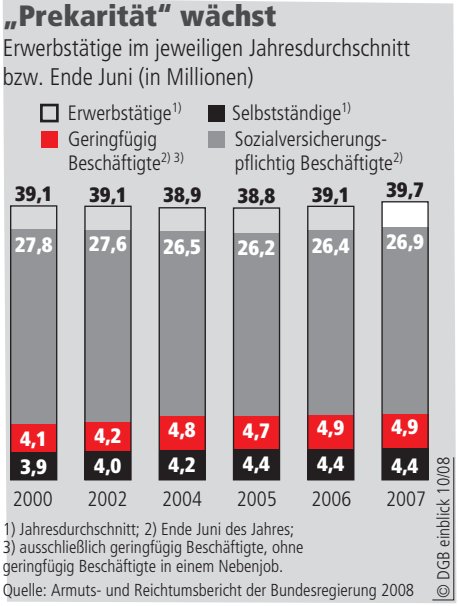
www.einblick.dgb.de
„Kein Kind zurücklassen – Kinderarmut bekämpfen“ Positionspapier des DGB

Armutsbericht

DGB fordert Sofortprogramm

Die Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland wächst weiter, das Armutsrisiko reicht bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein. Das zeigt der gerade vorgelegte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. „Die Zahlen aus dem Bericht sind eine glasklare Aufforderung an die Politik, deutlich mehr gegen Armut und für soziale Gerechtigkeit in Deutschland zu tun", sagte DGB-Vorstand Annelie Buntenbach. Die Dimension des Armutsproblems werde umso deutlicher, wenn man berücksichtige, dass die Armutsschwelle trotz der hohen Inflation von 2003 bis heute von 938 auf 781 Euro gesenkt wurde. Im Übrigen trage die Politik eine erhebliche Mitverantwortung an der zunehmenden sozialen Spaltung, sei es durch die Arbeitsmarktreformen oder durch die massive Entlastung von SpitzenverdienerInnen.

Der DGB fordert deshalb ein Sofortprogramm gegen Armut. Dazu gehörten neben einer Offensive gegen Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung durch Mindestlöhne von mindestens 7,50 Euro pro Stunde, der Förderung regulärer Arbeitsplätze, der Rücknahme der Zumutbarkeitsverschärfung für Arbeitslose und Tariftreueregelungen bei der öffentlichen Auftragsvergabe auch eine Steuerpolitik nach Leistungsfähigkeit (siehe Seite 7), Investitionen in Bildung, der Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten sowie armutsfeste Sozialleistungen, die den Absturz in Hartz-IV-Bedürftigkeit vermeiden. Buntenbach fordert zudem, die Hartz-IV-Regelsätze mindestens so zu erhöhen, dass die achtprozentige Preissteigerung seit 2003 ausgeglichen wird. •



Arbeit, die arm macht, ist ein wesentlicher Grund für den Anstieg der Armut. Die gefeierte Zunahme der Erwerbstätigenzahlen hat vor allem eine Ursache: Die geringfügige Beschäftigung ist von 2000 bis 2007 um rund 20 Prozent gestiegen, Selbstständige – inklusive Soloselbstständige bzw. Jobber, die in die Selbstständigkeit gezwungen wurden – haben im gleichen Zeitraum ebenfalls um rund 10 Prozent zugenommen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sank um rund eine Million.

Anzeige

Sie wollen über Ihren beruflichen Tellerrand blicken und sind an Wirtschaft und Politik interessiert?

Informieren Sie sich über ein Sozialökonomisches Studium in Hamburg - nach Aufnahmeprüfung auch ohne Abitur!

Infos: www.gdff.de oder www.wiso.uni-hamburg.de/index.php?id=325

Kampagne

Lobbyisten raus!

In vielen Ministerien arbeiten Wirtschafts-Lobbyisten, getarnt als Beamte. Bezahlt werden sie von Konzernen wie BASF und Deutscher Bank. Sie stricken Gesetze im Interesse ihrer Unternehmen – anstatt zum Wohle aller. Der Bundesrechnungshof hat den zu großen Einfluss der Lobbyisten beanstandet – aber es geschieht nichts. Nun hat campact, das Online-Netzwerk politisch Aktiver, zum Online-Protest aufgerufen. Mit Protest-Mails sollen die Bundestagsabgeordneten aufgefordert werden, sich dafür einzusetzen, den Lobbyisten die Türe zu weisen. •

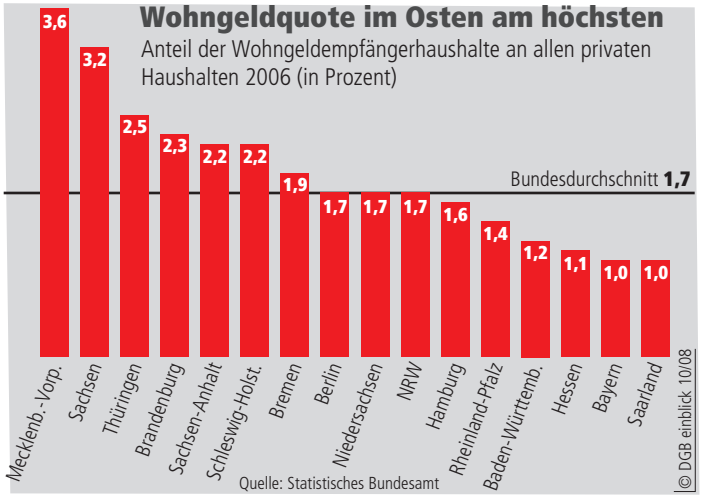
www.campact.de

Ausbildungsvergütungen

Große regionale Unterschiede

Die tarifvertraglich geregelten Ausbildungsvergütungen fallen je nach Region und Branche unterschiedlich hoch aus. Sie variieren zwischen 332 Euro im ersten Ausbildungsjahr im Verkehrsgewerbe Thüringen und 1260 Euro im Bauhauptgewerbe West im vierten Ausbildungsjahr. Das geht aus einer Auswertung von Tarifverträgen hervor, die das Wirtschafts -und Sozialwissenschaftliche Institut in der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführt hat. Im vergangenen Jahr stiegen die meisten Ausbildungsvergütungen zwischen knapp zwei und vier Prozent. „Neben bundeseinheitlichen Tarifverträgen gibt es solche mit starken regionalen Unterschieden, häufig verbunden mit einem West-Ost-, aber auch mit einem Süd-Nordgefälle", erläutert WSI-Tarifexperte Reinhard Bispinck. Im dritten Ausbildungsjahr beispielsweise fallen die regionalen Unterschiede in der Metall- und Elektroindustrie mit bis zu 54 Euro gering aus. In der Chemieindustrie sieht das anders aus: Im Osten liegt die Vergütung bei 765 Euro, im Bezirk Nordrhein bei 873 Euro. Extreme Differenzen gibt es im Bauhauptgewerbe: Im Osten erhalten die Azubis 864 Euro, im Westen 1120 Euro. •

www.tarifvertrag.de/ausbildungsverguetungen



Der Bundestag hat mit einer Wohngeldreform die Erhöhung des Zuschusses zu den Wohnkosten für einkommensschwache Haushalte beschlossen. Der Bundesrat aber lehnte Ende Mai die Reform ab. Jetzt geht sie in den Vermittlungsausschuss. Dabei ist eine Erhöhung des Wohngeldes längst überfällig. Seit 2001 hat es trotz steigender Mieten keine Anpassung mehr gegeben. DGB-Vorstand Claus Matecki kritisierte die Entscheidung der Länderkammer. In der Politik zeigten sich zwar alle betroffen von den Ergebnissen des aktuellen Armuts- und Reichtumsberichts, sagte Matecki. Die LändervertreterInnen hätten mit ihrer Entscheidung aber verpasst, zu beweisen, wie ernst es ihnen mit der Armutsbekämpfung ist. Von der Erhöhung hätten rund 800 000 einkommensschwache Haushalte profitiert. Am höchsten ist der Anteil der WohngeldbezieherInnen in den ostdeutschen Bundesländern.

Revision der EBR-Richtlinie

Entscheidende Phase eingeläutet

Die Revision der EU-Richtlinie über Europäische Betriebsräte (EBR) geht in die entscheidende Phase. Jetzt liegt ein erster Entwurf der EU-Kommission vor. Er bringt einige Verbesserungen, enthält aber auch zahlreiche Konzessionen an die Arbeitgeber.

Seit 1999 ist eine Revision der Richtlinie überfällig. Doch genauso lang stockt auch das Verfahren – vor allem die Arbeitgeber blockieren den Prozess (*einblick 05/08* und *08/08*). Im Februar hat die EU-Kommission einen weiteren Versuch gestartet, die EBR-Richtlinie zu modernisieren. Mit einer Kampagne für starke Euro-Betriebsräte wirbt der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) seit Mai um Unterstützung seiner Forderungen zur Revision. Dazu gehören unter anderem mehr Ressourcen und die Senkung des Schwellenwertes für die Beschäftigtenzahl, die notwendig ist, um einen EBR zu gründen.

Zahlreiche Euro-Betriebsräte unterstützen die Forderungen des EGB. Dieter Hinkelmann, Vorsitzender des Europäischen Ford-Betriebsrats, hat in einem Schreiben an EU-Sozialkommissar Vladimir Spidla gefordert, die Arbeitsbedingungen von Euro-Betriebsräten deutlich zu verbessern. Vor allem müssten die Regeln für die Unterrichtung und Anhörung klarer gefasst werden. Werner Mönius, Vorsitzender des Siemens Europa Ausschusses, machte sich insbesondere für wirksame Sanktionen gegenüber Unternehmen stark, die ihre Verpflichtungen gegenüber den EBR verletzen.

Das Engagement der Betriebsräte scheint sich gelohnt zu haben. Bis Ende Juni will die Kommission einen revidierten Richtlinientext vorlegen. Damit bestünde die Chance, dass das EU-Parlament und der Rat der Arbeits- und Sozialminister der EU bis Ende des Jahres eine überarbeitete Richtlinie verabschieden. Frankreich wird im Juli die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen, und Xavier Bertrand, der französische Arbeitsminister, hat sich bereits dafür ausgesprochen, die EBR-Rechte zu verbessern.

Ob es letztendlich zu substanziellen Verbesserungen der EBR-Richtlinie kommen wird, ist keineswegs sicher. Der vorliegende Entwurf der revidierten Richtlinie enthält einige Fortschritte, zugleich sind aber auch zahlreiche Konzessionen an die Arbeitgeber zu erkennen. Die Kommission will die praktische Wirksamkeit der EBR-Rechte verbessern. Insbesondere sollen die EBR frühzeitig informiert und so rechtzeitig angehört werden, dass sie den Entscheidungsprozess noch beeinflussen können. Auch sollen die Mitglieder der EBR zukünftig einen Anspruch auf bezahlte Freistellung für Fortbildungsmaßnahmen erhalten. Die Kommission sieht zudem vor, die Rolle der Gewerkschaften bei den Verhandlungen zur Einrichtung von EBR zu stärken.

Andere wichtige Forderungen des EGB wurden jedoch nicht berücksichtigt. So soll es auch künftig bei nur einer Sitzung des EBR im Jahr bleiben. Auch den Schwellenwert will die Kommission nicht senken. Das würde bedeuten, dass ArbeitnehmerInnen in kleineren transnational operierenden Unternehmen das soziale Grundrecht auf Information und Konsultation weiterhin verwehrt bleibt. Ebenso wagt sich die Kommission nicht an das Thema Sanktionen heran. Dabei hatte sie selbst im Februar betont, dass Sanktionen im Fall eines Verstoßes gegen die EBR-Bestimmungen „wirksam, angemessen und abschreckend" sein müssen.

Vermutlich werden den Arbeitgebern selbst die begrenzten Fortschritte schon zu weit gehen. Sie werden ohne Zweifel alles daran setzen, weitergehende Verbesserungen zu verhindern. Umso wichtiger ist es, dass die EGB-Kampagne breite Unterstützung auch durch die nationalen Gewerkschaften bekommt.

Im EU-Ministerrat wird die Haltung der Bundesregierung eine entscheidende Rolle spielen. Dietmar Hexel, Mitglied im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand, hat Bundesarbeitsminister Olaf Scholz aufgefordert, die Revision im Rat zu unterstützen. Allerdings wird dies nicht ohne Unterstützung des Kanzleramtes gehen. Dort hält man sich bislang noch bedeckt. Vielleicht könnten die Wahlen zum Europäischen Parlament im kommenden Jahr zum Gelingen der Revision beitragen. Die Bundeskanzlerin hat mehrfach die Bedeutung der sozialen Dimension der EU unterstrichen. Da würde es sich doch im Wahlkampf zum EU-Parlament gut machen, wenn auch Angela Merkel mit dazu beiträgt, die Arbeitnehmerrechte in Europa zu stärken. •

In Rund einem Drittel der EBR-fähigen Konzerne existieren zurzeit Euro-Betriebsräte. Die meisten gibt es in deutschen Unternehmen, die grenzüberschreitend arbeiten, dicht gefolgt von Konzernen in US-amerikanischen Besitz.

In die Offensive

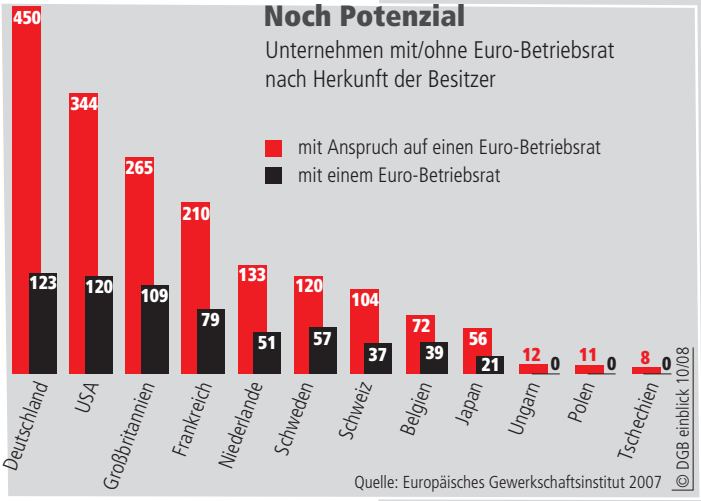
Mit einer Konferenz für Europäische Betriebsräte (EBR) bringen der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) und



die Hans-Böckler-Stiftung am 9. und 10. Juni in Brüssel Schwung in die kürzlich vom EGB gestartete Kampagne für starke Euro-Betriebsräte.

Mehr als 200 TeilnehmerInnen werden erwartet, darunter viele Mitglieder aus Europäischen Betriebsräten. Auch EU-Kommissar Vladimir Spidla hat seine Teilnahme bereits zugesagt. Man darf gespannt sein, ob er auf der Konferenz bereits einen endgültigen Entwurf der revidierten EBR-Richtlinie in der Tasche hat und vorstellen kann.

Mehr zur Konferenz
www.einblick.dgb.de
Mehr zur Kampagne des EGB
www.etuc.org



PROJEKTE UND PARTNER

Konferenz

Behinderte in der Gesellschaft

Wieder einmal hat Deutschland ein wichtiges internationales Vertragswerk nicht ratifiziert: Die UN-Konvention zum Schutz von Menschen mit Behinderung ist gerade in Kraft getreten. In einer Konferenz am 23. Juni in Zwickau wollen die Gewerkschaften und der DGB-Bezirk Sachsen über die Impulse reden, die von der Konvention ausgehen. •

werner.schuh@dgb.de

Anzeige

Das Department Wirtschaft und Politik (WiSo-Fakultät der Universität Hamburg) bietet mit dem Studiengang Sozialökonomie ein interdisziplinäres, praxisbezogenes Studium mit den Fächern BWL, VWL, Soziologie und Recht für Berufserfahrene an.

Infos: www.gdff.de oder www.wiso.uni-hamburg.de/index.php?id=325

Förderprogramm

Betriebliche Kinderbetreuung

Für die Vereinbarung von Familie und Beruf ist ein ausgebautes und flexibles Kinderbetreuungsangebot unabdingbare Voraussetzung. Das Förderprogramm „Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung" soll Ergänzungen zur öffentlichen Infrastruktur unterstützen. Das Bundesfamilienministerium fördert gezielt die Einrichtung neuer Betreuungsplätze in familienfreundlichen Betrieben. •

info@bmfsfj.de; 01805/778 090



Privatisierung ist nach wie vor der Renner schlechthin: Unternehmen in EU, Bund und Ländern fordern die Privatisierung profitabler Teile von Staatsunternehmen, die Defizite darf der Steuerzahler behalten. Eben erst wurde ein knappes Viertel der Deutschen Bahn zum Verkauf preisgegeben. Mit Preiserhöhungen oder dem Wegfall ganzer Bahnlinien in dünn besiedelten Flächenländern wie Brandenburg dürfte alsbald zu rechnen sein. Werner Rügemer, Philosoph und Publizist, beschreibt in *Heuschrecken im öffentlichen Raum* spektakuläre Fälle von Privatisierungen, die unter dem verschleiernden Etikett „Public Private Partnership" nichts anderes sind als der Ausverkauf der öffentlichen Daseinsvorsorge. Am Beispiel der Londoner Metro, von Schulen, Krankenhäusern und Gefängnissen macht Rügemer deutlich, was uns hierzulande nach der Privatisierung von Post, Telekom und Teilen der Bahn noch alles bevorstehen könnte. Ein spannender Krimi – leider keine Fiktion.

transcript, Bielefeld, 172 Seiten, 16,80 Euro

Verfolgt, verhaftet, vertrieben und heute vergessen – das ist das Schicksal vieler Gewerkschafterinnen, die gegen die Nazis Widerstand leisteten. Auch bei gewerkschaftlichen Gedenkveranstaltungen ist meist nur von den Männern im Widerstand die Rede. Das höchst empfehlenswerte Buch *Gewerkschafterinnen im NS-Staat*, herausgegeben von Siegfried Mielke, will mit 40 Porträts die Rolle dieser beeindruckenden Frauen endlich angemessen würdigen. Jede Lebensgeschichte zeigt eine eigenständige, starke Persönlichkeit. Die Frauen bildeten häufig das Rückgrat des Widerstandes, indem sie Netzwerke knüpften, Rückzugsräume schufen und für Informationsaustausch sorgten. Kaum eine der vor 1933 einflussreichen Gewerkschafterinnen konnte sich nach 1945 in der männerdominierten Politik behaupten.

Klartext Verlag, Essen, 368 Seiten, 29,90 Euro

Lehrreich und unterhaltsam gibt der Praxisratgeber *Öffentlichkeit und Betriebsrat* Tipps für den betrieblichen Alltag. Ein Buch über 150 Betriebsversammlungen in einem Monat, über Streikbrecherlöcher, über „Dinosaurier und Betonköpfe", über den Betriebsratsvorsitzenden als Gemüsehändler und über andere Klischees, auf die der Herausgeber Michael Rasch mit seiner Agentur „Praxis für Öffentlichkeit" bei seiner Arbeit gestoßen ist. Das Buch soll Betriebsräten helfen, Anwort auf die zentrale Frage zu geben: „Warum sollte uns jemand wählen?"

SachbuchVerlag Kellner, Bremen, 160 Seiten, 19,90 Euro

Ausbildung

In Szene gesetzt

Die duale Berufsausbildung in Deutschland ist ein Erfolgsmodell. Das will der Film „Deutsches Berufsbildungssystem - Zukunft sichern" zeigen. Die 12-minütige Dokumentation präsentiert in verschiedenen Sequenzen wesentliche Elemente der deutschen Berufsausbildung wie die Kooperation von Staat und Wirtschaft, das Prinzip der zwei Lernorte oder die bundesweit anerkannten Ausbildungsabschlüsse. Gedreht wurde in deutschen Unternehmen, Berufsschulen, bei Kammern und bei Kooperationspartnern in Italien und der Türkei. Der Film wird auch in Englisch, Französisch, Spanisch, Russisch, Arabisch und Chinesisch zur Verfügung stehen und kann ab Juni auf der Homepage des BIBB kostenlos heruntergeladen werden. •

www.bibb.de

Prekäre Beschäftigung

Europäischer Vergleich

Bei einem gemeinsamen Blick über den Tellerrand wollen Hans-Böckler-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung und DGB sehen, wie bei den europäischen Nachbarn mit atypischer Beschäftigung umgegangen wird und welche Funktion sie dort hat. Die Fachtagung findet am 19. und 20. Juni in Berlin statt. •

katharina-kruse@boeckler.de

Gesundheitsgipfel 2008

Prävention

„Führung und Gesundheit" soll der Schwerpunkt des 1. Gesundheitsgipfels 2008 im Zugspitzdorf Grainau in Bayern sein. ExpertInnen aus Politik, Betrieben und Gesellschaft haben vom 3. bis zum 6. August Gelegenheit, neue Ideen und Beispiele der Gesundheitsprävention zu diskutieren. Kursgebühr: 700 Euro zzgl. Übernachtung und Verpflegung. •

marianne.giesert@dgb-bildungswerk.de

Anzeige

Die Absolventen des Sozialökonomischen Studienganges haben gute bis sehr gute Berufsaussichten in Unternehmen, Verbänden, Gewerkschaften, Bildungseinrichtungen oder als Selbständige.

Einzelheiten unter www.gdff.de/alumni/index.php

interregio

••• Der ***DGB und ver.di Berlin-Brandenburg protestieren*** gegen die geplante Abschaltung von Radio Multikulti. Diese Entscheidung zeuge nicht von einem Konzept für die Zukunft des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB). Mit der Schließung erweise man sich einen Bärendienst. Radio Multikulti vereine mit seiner programmlichen Vielfalt die kulturellen Ansprüche einer Metropole mit den Bedürfnissen der Berliner Weltgemeinde.

www.berlin-brandenburg.dgb.de

ILO-Jahreskonferenz in Genf

Weltparlament der Arbeit

Die weltweite Ernährungskrise und Strategien, gute Arbeit in ländlichen Regionen durchzusetzen, stehen im Mittelpunkt der Jahreskonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation ILO in Genf.

Mehr als 3000 VertreterInnen von Regierungen, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen haben vom 28. Mai bis zum 13. Juni eine umfangreiche Agenda zu bewältigen. Neben der Fortführung der „Decent Work"-Agenda (siehe Randspalte) beschäftigen sich die Delegierten zum Beispiel am 12. Juni, dem ILO-Aktionstag gegen Kinderarbeit, damit, wie man mit Bildung wirkungsvoll Kinderarbeit bekämpfen kann. Ein besonderes Augenmerk widmet die Konferenz der ländlichen Bevölkerung. Drei Viertel aller Menschen leben in ländlichen Regionen, viele unter erbärmlichsten Bedingungen. Ziel ist es, in Genf den Rahmen für eine umfassende Strategie und ein integriertes ILO-Arbeitsprogramm zur Förderung menschenwürdiger Arbeit in ländlichen Gebieten zu stecken.

Natürlich geht es in Genf auch darum, wie es um die Umsetzung der Arbeits- und Sozialnormen der ILO, insbesondere der Kernarbeitsnormen, in den Mitgliedstaaten bestellt ist. Hier klaffen Anspruch und Realität weit auseinander. Anders als die Welthandelsorganisation WTO kann die ILO die Einhaltung kaum sanktionieren. So haben zwar 158 der 181 Mitgliedstaaten der ILO das Abkommen 98 über das Recht auf Kollektivvereinbarungen ratifiziert. Dennoch gilt das Recht auf freie Tarifverhandlungen weder in China, Südkorea und Indien noch in Mexiko, Kanada oder den USA, geschweige denn in Afghanistan, Burma, Iran, Saudi-Arabien, Somalia, Thailand und Vietnam. Der US-Bundesstaat Texas kann Tarifverhandlungen zum strafwürdigen Vergehen erklären, und Unternehmen in Mexiko halten durch „Schutzverträge" mit obskuren Anwaltsbüros oder korrupten GewerkschafterInnen ihre Unternehmen frei von Gewerkschaftsaktionen. •

?...nachgefragt



Am 2. Juni soll der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, gleichzeitig auch stellvertretender Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes IGB, in den Verwaltungsrat der ILO gewählt werden. *einblick* fragte ihn nach den Gründen für sein internationales Engagement und den Themen, die für ihn ganz oben auf die Agenda der ILO gehören.

Ich sehe mich als DGB-Vorsitzender in der Pflicht, auch in internationalen Organisationen für die deutschen Gewerkschaften insgesamt Verantwortung zu übernehmen. Wenn wir als Gewerkschaften Einfluss nehmen wollen auf die Politik der internationalen Finanzinstitutionen, auf die WTO, auf die UN insgesamt, lässt sich das nicht einfach nach Brüssel, Genf, Paris oder Washington delegieren. Da ist unser persönliches Engagement gefragt.

Wichtig ist vor allem, die Rolle der ILO im internationalen System zu stärken. Sie ist die älteste internationale Organisation und die einzige, in der die Arbeitnehmer ein Drittel der Sitze innehaben. Ihre Beschlüsse sind international verbindlich und für alle Mitgliedstaaten gültig. Das gilt zum Beispiel auch für die Decent-Work-Agenda.

Zwar hat die Decent-Work-Agenda der ILO mittlerweile eine bemerkenswerte Karriere hinter sich – sie findet sich nicht nur in der Schlusserklärung der G8 von Heiligendamm wieder, selbst internationale Finanzorganisationen versprechen heute, sich für menschenwürdige, gute Arbeit zu engagieren. Den Worten müssen auch Taten folgen. So erwarten wir von der WTO, dass künftig in Handelsabkommen Sozialkapitel selbstverständlich sind.

Damit die ILO ihrer Rolle als Wächter über die Einhaltung der Kernarbeitsnormen gerecht werden kann, muss sie ausreichend materiell und finanziell ausgestattet sein. Deshalb fordern wir von der Bundesregierung, dass sie die finanzielle Förderung der Arbeit der ILO fortsetzt und verstärkt. Es gibt noch viel zu tun: So leben etwa die Hälfte der Beschäftigten weltweit in Mitgliedstaaten der ILO, die das Übereinkommen zur Vereinigungsfreiheit nicht ratifiziert haben. Das gilt für Brasilien, China, Indien, den Iran, aber auch für die USA.

Ganz besonders am Herzen liegt mir die ILO-Konvention 94, die den Respekt vor Tariftreue sichert. Zwar wurde sie nicht von Deutschland ratifiziert, wohl aber von anderen EU-Kernländern. Damit ist auch der Europäische Gerichtshof verpflichtet, sie zu achten. Und dennoch haben die Richter im Rüffert-Fall dieses Skandalurteil zum niedersächsischen Vergabegesetz gefällt. Ich will das internationale Forum der ILO-Jahreskonferenz nutzen, um auf die unerträglichen Folgen dieses Urteils für Gewerkschaften und Beschäftigte nachdrücklich hinzuweisen.

Decent Work – Gute Arbeit

Die ILO (International Labour Organisation) hat 1999 das Programm „Decent Work" („Gute Arbeit") aufgelegt. In ihrer Decent-Work-Agenda fordert die ILO mehr Anstrengungen der Politik, die weltweite Armut zu bekämpfen. Dabei soll vor allem in den Entwicklungs- und Schwellenländern die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze nicht gegenüber einer Steigerung der Arbeitsproduktivität vernachlässigt werden.

Die Agenda hat vier strategische Ziele:

- ***weltweit Mindeststandards durchsetzen***
- ***mehr und bessere, ausreichend entlohnte Arbeitsplätze schaffen***
- ***den Sozialschutz verbessern***
- ***den sozialen Dialog fördern***

„Produktivitätswachstum ist zweifelsohne der Motor des Wirtschaftswachstums", erklärt der ILO-Generalsekretär Juan Somavia. „Werden jedoch nicht gleichzeitig menschenwürdige Arbeitsplätze geschaffen, haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keine Chance, den Weg aus der Armut zu finden."

Mehr Infos zur Konferenz:
www.ilo.org/global/what_we_do/officialmeetings

kurz&bündig

Die IG BAU fordert von der EU-Kommission eine Stärkung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes im Zuge der Reform der EU-Agrarpolitik. Europäische Richtlinien zur Verfügbarkeit von Erste-Hilfe-Ausrüstungen und Schutzkleidung müssten in die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) integriert werden.

Die GEW unterstützt die Pläne des Bundesarbeitsministeriums, einen Rechtsanspruch auf den Hauptschulabschluss einzuführen. Dies sei ein wichtiger, erster Schritt zur Bekämpfung von Bildungsarmut. Bildung müsse zu einem Recht werden und das Erreichen des Hauptschulabschlusses finanziell unterstützt werden.

Die Praktika-Offensive im Journalismus, ein Bündnis von ver.di, DJU, DJV und Jugendpresse Deutschland, informiert auf ihrer Internetseite über Praktika im Medienbereich. Die Seite beinhaltet unter anderem ein Bewertungsportal für journalistische Praktika.
www.praktika-offensive.de

Die IG BCE warnt vor der wachsenden Gefahr der Altersarmut in Deutschland. Es müsse eine Lösung für die demographischen und sozialen Herausforderungen gefunden werden, sonst drohe vielen Älteren ein Leben in Armut. Insbesondere der wachsende Niedriglohnsektor und nicht Existenz sichernde Löhne seien problematisch für die Altersvorsorge.

PIN-Gewerkschaft

Akteneinsicht nach Strafanzeige

Die so genannte „Gewerkschaft der neuen Brief- und Zustelldienste" (GNBZ), die während der Auseinandersetzung um den Mindestlohn im Zustelldienst gegründet wurde, ist zweifelsfrei auf Initiative leitender Unternehmensfunktionäre der privaten Postdienste entstanden. Das ergab eine Akteneinsicht, die ver.di beantragt hatte, weil die Kölner Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren gegen die Gewerkschaft eingestellt hatte. Danach steht für ver.di zweifelsfrei fest, dass der ehemalige Vorstandsvorsitzende der PIN-Group, Günter Tiel, einen Rechtsanwalt mit der Gründung der Gewerkschaft beauftragt hat.

Aus den Unterlagen gehe hervor, dass der Vorsitzende der GNBZ, Arno Doll, durch die beauftragte Kanzlei „akquiriert" wurde. Sein monatliches Gehalt habe 25 000 Euro betragen, lediglich 3500 davon seien aus der Gewerkschaftskasse gekommen. Der nicht geringe Rest wurde nach Aktenlage von der Kanzlei gezahlt und dann der PIN-Group in Rechnung gestellt. Darüber hinaus seien von PIN noch mal mehr als 170 000 Euro für die Kapitalausstattung der „Gewerkschaft" und die IT-Infrastruktur geflossen. Weitere 900 000 Euro seien in den Akten benannt, ihre Verwendung sei aber unklar. Und: Zwischen den Verantwortlichen der niederländischen TNT Post und der PIN-Group sei vereinbart worden, die Kosten zu teilen.

Ver.di hat die Kölner Staatsanwaltschaft nun aufgefordert, die von ihr inzwischen eingestellten Ermittlungen wieder aufzunehmen und auf die TNT Post auszudehnen. Außerdem wird ver.di das zuständige Arbeitsgericht anrufen, um richterlich feststellen zu lassen, dass die GNBZ keine Gewerkschaft ist. •

DGB-Fraueninitiative

Regionale Aktivitäten



Die frauenpolitische DGB-Initiative „Ich bin mehr wert" *(einblick 4/08)* kommt immer mehr in Fahrt. Inzwischen sind Flyer zu den Schwerpunkten der Initiative – Entgeltgleichheit, Vereinbarkeit, Karrierechancen von Frauen – erschienen, auch die DGB-Bezirke haben ihre Planungen für regionale Aktivitäten vorgelegt. So beschäftigt sich beispielsweise eine Veranstaltung in Stuttgart am 27.9. anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des ersten Gleichberechtigungsgesetzes mit dem Wandel der Frauenbilder. Ihr Motto: „Vom Petticoat zum Laptop – Frauen wollen hoch hinaus". In Frankfurt/Main geht es am 12. November um 90 Jahre Frauenwahlrecht, in Chemnitz am 25. Oktober um gleichen Lohn für gleiche Arbeit, und der DGB Rheinland-Pfalz schreibt einen Plakatwettbewerb zum Thema „Frauen und Karriere" aus. Eine Zwischenbilanz über den Erfolg der EU-Aktionspläne zur Frauengleichstellung im Betrieb wollen DGB und BDA auf einer gemeinsamen Konferenz am 8./9. Juli in Berlin ziehen. Flyer und Plakate sind unter *www.dgb-bestellservice.de* kostenlos bestellbar. •

www.dgb-frauen.de

Burger King

Erfolg für NGG

Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) in München hat den ersten gerichtlichen Erfolg gegen die Fast-Food-Kette Burger King im Streit um Betriebsratswahlen für Restaurants und Firmenzentrale des Konzerns in der Bayernmetropole verbucht. Burger King hatte unter anderem versucht, per Einstweiliger Verfügung die Wahlen zu verhindern *(einblick 8/08 und 9/08)*. Der Antrag der Fast-Food-Kette beim Arbeitsgericht München forderte, dass es den Mitgliedern des Wahlvorstands bei einer täglichen Strafe von 5000 Euro untersagt wird, die Betriebsratswahlen zu organisieren und durchzuführen. Diesen Antrag lehnte das Gericht ab. •

Tippspiel zur Fußball-EM

Anlässlich der Fußball-Europameisterschaft 2008 gibt es auf ***aktionintern.de****, der gemeinsamen gewerkschaftlichen* **Online-Plattform** *für Hauptamtliche, ein Tippspiel. Wer sich an der Ergebniswette für die Europameisterschaft beteiligen will, muss sich beeilen. Bonus-Fragen, richtig beantwortet, verbessern das Tipp-Ergebnis.*
www.aktionintern.de

DGB-Steuerkonzept

Für eine Besteuerung nach Leistungsfähigkeit

Statt Steuergeschenke zu versprechen, plädiert DGB-Vorstand Claus Matecki für ein sozial gerechteres Steuersystem.



Claus Matecki, 59, ist im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand unter anderem für Finanz- und Wirtschaftspolitik zuständig.

Wahlkampfzeit ist Bescherungszeit. Einige Parteien übertrumpfen sich gegenseitig in der Ankündigung von Steuergeschenken. Wir haben aber kein Geld für allgemeine Steuer- und Abgabensenkungen. **Einen armen Staat können sich nur Reiche leisten.** Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, der in die Zukunft investiert. Allein im Bildungsbereich müssten wir jährlich 40 Mrd. Euro investieren, um skandinavisches Niveau zu erreichen. Der flächendeckende Ausbau der Kinderbetreuung und Ganztagsschulen, die Modernisierung unserer Universitäten, der beruflichen Bildung und der Weiterbildung stehen jetzt auf der Tagesordnung. Zudem müssen wir unsere sozialen Sicherungssysteme wieder armutsfest machen. Existenzsichernde Renten, ein den Lebensstandard sicherndes Arbeitslosengeld und eine ausreichende Grundsicherung **gibt es aber nicht zum Nulltarif.**

Zweifelsohne brauchen wir aber auch ein sozial gerechteres Steuersystem. Aktuell wird zu wenig nach Leistungsfähigkeit besteuert. **Wir leben in einem Lohnsteuerstaat.** UnternehmerInnen und VermögensbesitzerInnen zahlen weniger als ein Fünftel aller Steuern. Der überwiegende Anteil wird von abhängig Beschäftigten in Form der Lohnsteuer und Verbrauchssteuern aufgebracht. Geringe und mittlere Einkommen sollten zukünftig entlastet werden. Wir wollen die Pendlerpauschale wiedereinsetzen. Es kann nicht sein, dass von ArbeitnehmerInnen eine immer höhere Mobilität eingefordert wird, die Wegekosten aber allein von den Beschäftigten getragen werden sollen. Der Grundfreibetrag sollte erhöht werden. Der so genannte Mittelstandsbauch sollte durch einen linear progressiven Tarifverlauf Schritt für Schritt abgespeckt werden. Der Spitzensteuersatz sollte frühestens bei 60 000 Euro greifen. Darüber hinaus unterstützen wir die Forderung nach einem Steuertarif auf Rädern. Der Steuertarif muss der Inflation angepasst werden.

Mögliche Entlastungen geringer und mittlerer Einkommen müssen über eine stärkere Belastung hoher Einkommen gegenfinanziert werden. Darüber hinaus müssen starke Schultern auch mehr zur Finanzierung von Bildung, Gesundheit und Infrastruktur beitragen. **Steuerpolitik darf nicht mehr der Reichtumspflege dienen.** So war die kräftige Senkung des Spitzensteuersatzes ein schwerer politischer Fehler. Mehr als 9 Mrd. Euro gehen uns dadurch jährlich verloren. Hier gibt es Korrekturbedarf.

Auch die Unternehmen müssen wieder **stärker an der Finanzierung der gesamtgesellschaftlichen Aufgaben beteiligt werden.** Die rot-grünen und rot-schwarzen Unternehmenssteuerreformen produzieren jährliche Einnahmeausfälle von 16 Mrd. Euro. In einem ersten Schritt sollten die Unternehmenssteuern (Körperschafts- und Gewerbesteuer) um 5 Prozentpunkte erhöht werden. Dies spült 5 Mrd. Euro in die Staatskassen. Die Abgeltungssteuer sollte von 25 auf 30 % erhöht werden. Dies bringt zusätzliche Einnahmen in Höhe von 5 Mrd. Euro.

Eigentum ist eine eigene Quelle privater Leistungsfähigkeit. Das rechtfertigt eine gesonderte Besteuerung. Durch eine Reform der Erbschaftssteuer und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer könnten mindestens 12 Mrd. Euro eingenommen werden. Insgesamt könnten durch eine höhere steuerliche Belastung hoher Einkommen und Vermögen **mindestens 30 Mrd. zusätzlicher Steuereinnahmen** erzielt werden. Zudem müssen die Steuern, die hier erhoben werden auch hier bezahlt werden. Der Umfang der Steuerhinterziehung beläuft sich auf geschätzte 80 Mrd. Euro. Wir brauchen mehr SteuerprüferInnen und Steuerprüfungen. Die Zuständigkeit für die Steuerprüfung sollte künftig beim Bund liegen.

Steuerflucht ins Ausland müssen wir konsequent bekämpfen. Hier sollten wir uns am Vorbild der US-amerikanischen Steuerbehörden orientieren. Für Deutschland heißt dies: Deutsche Staatsbürger, die im Ausland arbeiten und wohnen, müssen zukünftig ihre Steuererklärung an ein deutsches Finanzamt schicken. Sollte die Besteuerung im Ausland geringer ausfallen als im Inland, so ist der Differenzbetrag an das deutsche Finanzamt zu entrichten. Wir können nicht mehr zulassen, dass ArbeitnehmerInnen mit geringen und mittleren Einkommen die Ausbildung und Qualifizierung der Kinder von SpitzenverdienerInnen mitfinanzieren. Letztere aber **nach Lust und Laune den Gesellschaftsvertrag durch Steuerflucht aufkündigen.** •

SPD für „Reichensteuer"

Nach der CSU, die neben der Wiedereinführung der Pendlerpauschale, die Erhöhung von Kinder- und Grundfreibeitrag sowie Senkungen des Eingangssteuersatzes verspricht, hat am 27. Mai nun auch die SPD erste Eckpunkte für ein neues Steuer- und Abgabensystem vorgestellt. Entlastungen der Gering- und MittelverdienerInnen sollen danach nicht auf Kosten des Bundeshaushalts gehen. Stattdessen will die SPD Reiche stärker besteuern.

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer sieht im SPD-Konzept erste gute Ansätze für mehr Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland. Insgesamt gingen die Vorschläge in die richtige Richtung, müssten aber noch ergänzt werden, um einen wirklichen Durchbruch zu schaffen, erklärte Sommer.

Seit geraumer Zeit fordert Sommer, die so genannte Reichensteuer spürbar anzuheben. Auf diese Weise sollten überhöhte Managergehälter stärker zur Finanzierung staatlicher Aufgaben herangezogen werden. „Deshalb begrüße ich ausdrücklich, dass die SPD diesen Vorschlag aufgreift und die Reichensteuer bereits ab einem jährlichen Einkommen von 125 000 Euro für Alleinstehende ansetzen will".

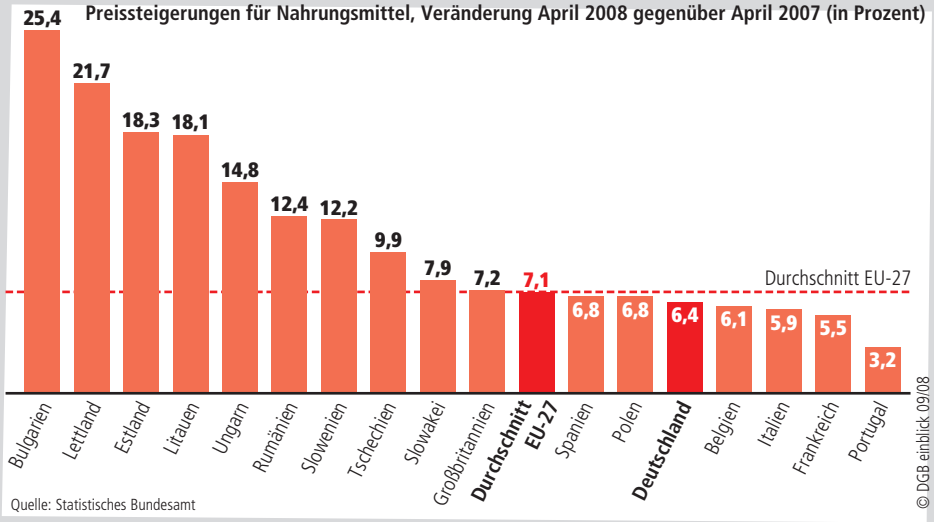
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

NAHRUNGSMITTELPREISE: Stärkster Anstieg in Osteuropa

Von einem „heftigen Preisanstieg bei Lebensmitteln" in Deutschland spricht das Statistische Bundesamt. Die Hauptgründe macht das Bundesamt in gestiegener Nachfrage nach Agrarrohstoffen und in hohen Energie- und Düngemittelpreisen aus. Das Phänomen lässt sich europaweit beobachten. Besonders betroffen von den Preissteigerungen sind die neuen EU-Mitgliedstaaten in Osteuropa. „Spitzenreiter" ist Bulgarien, wo Lebensmittel im Vergleich zum Vorjahr um über ein Viertel teurer geworden sind.



14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

4./5.6. ver.di, Tagung „Zwei Jahre Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz", Berlin

5.-7.6. Weltfrauengipfel, Hanoi/Vietnam

6.-8.6. GEW, Studentischer Kongress „Für die eigenen Interessen kämpfen! Alternative Perspektiven der Hochschulentwicklung", Frankfurt/M.

8.6. DGB Niedersachsen, Verleihung des DGB-Filmpreises im Rahmen des Internationalen Filmfests Emden-Norderney, Emden

9./10.6. EGB und Hans-Böckler-Stiftung, Konferenz für Europäische Betriebsräte, Brüssel

9./10.6. ver.di und Deutsche Telekom Stiftung, Konferenz „Vernachlässigte Potenziale: Frauen im Innovationsprozess", Königswinter

9.-11.6. DGB-Bildungswerk und Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Olympialand China 2008: Arbeitsverhältnisse und Sozialbeziehungen – Handlungsmöglichkeiten für Betriebsräte", Hattingen

10.6. DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main, Veranstaltungsreihe „Zukunft der Arbeit", Veranstaltung „Gute Arbeit als Perspektive betrieblicher und gewerkschaftlicher Handlungsstrategien", Frankfurt/M.

12.6. Internationaler Tag gegen Kinderarbeit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)

12.6. ver.di und Hans-Böckler-Stiftung, Workshop „Konfessionelle Mitbestimmungspolitik – Arbeitsbeziehungen bei Caritas und Diakonie am Beispiel des Krankenhaussektors", Düsseldorf

12.-15.6. IG BAU, Bundesjugendtreffen „Sunrise Festival", Thalmässing (Mittelfranken)

13.-15.6. Berlin 08 – Festival für junge Politik, mit Beteiligung der DGB-Jugend, Berlin

personalien

••• ***Klaus-Peter Hammer,*** 45, Fachleiter am Studienseminar Grund- und Hauptschulen in Kaiserslautern, ist vom Gewerkschaftstag der GEW Rheinland-Pfalz zum neuen Landesvorsitzenden der Gewerkschaft gewählt worden. Er folgt ***Tilman Boehlkau,*** 62, der nach insgesamt 16-jähriger Amtszeit nicht mehr kandidiert hatte.

••• ***Thomas Giessler,*** 46, bisher beim DGB-Bezirk Baden-Württemberg zuständig für das Kompetenzzentrum Berufliche Bildung sowie für die Themen Rechtsextremismus und Handwerk, ist seit dem 1. Juni politischer Referent für Berufsbildungspolitik im Bereich Bildung, Qualifizierung und Forschung beim DGB-Bundesvorstand.

••• Der DGB-Vorsitzende ***Michael Sommer,*** 56, soll am 2. Juni während der Jahreskonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation ILO in den ILO-Verwaltungsrat gewählt werden. Er löst die stellvertretende DGB-Vorsitzende ***Ursula Engelen-Kefer,*** 65, ab, die dem ILO-Verwaltungsrat seit 1991 angehörte.

Schlusspunkt.

Kinder und Jugendliche stellen dabei – neben Erwachsenen und älteren Menschen – eine zentrale Zielgruppe dar.

Aus der am 27. Mai vom Bundeskabinett beschlossenen „Strategie zur Förderung der Kindergesundheit" zu Maßnahmen gegen ungesunde Ernährung und Bewegungsmangel

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Timm Schneider **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Haidy Damm, Norbert Hüsson, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882413, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 16.06.2008 11/08

DGB

inhalt

Seite 3
Neuer Rundfunkstaatsvertrag
ARD und ZDF sollen im Internet aus der ersten Reihe verbannt werden

Seite 5
Neue Altersteilzeit
Metallarbeitgeber gehen bei Tarifverhandlungen auf Crashkurs

Seite 7
Neue Partnerschaft
Die Partnerschaft von Histadrut und DGB könnte Vorbild für eine israelisch-palästinensische Partnerschaft sein

EU-Kommission

Endspurt mit Sozialpaket

Gut ein Jahr vor dem Ende ihrer Amtszeit will die EU-Kommission unter José Manuel Barroso nachholen, was sie bei der Weiterentwicklung des Europäischen Sozialmodells bislang versäumt hat. Am 2. Juli wird die Kommission ein Paket mit sozialpolitischen Vorhaben vorlegen, die sie noch vor dem Ende ihrer Amtszeit angehen will. Das erklärte EU-Sozialkommissar Spidla vor knapp 300 Euro-Betriebsräten und GewerkschafterInnen am 10. Juni in Brüssel auf einer Konferenz von Hans-Böckler-Stiftung und Europäischem Gewerkschaftsbund (EGB) im Rahmen der EGB-Kampagne für stärkere Euro-Betriebsräte.

Zu dem Paket gehören eine erneuerte EU-Sozialagenda, Gesetzesvorhaben im Bereich Antidiskriminierung und Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie der Vorschlag für die seit 1999 überfällige Revision der Richtlinie zu den Euro-Betriebsräten (EBR). Reiner Hoffmann, stellvertretender Generalsekretär des EGB, erwartet von diesem Vorschlag „substanzielle Verbesserungen der EBR-Rechte", befürchtet aber, dass die Kommission zu viele Konzessionen an die Arbeitgeber macht.

Vor allem in Großunternehmen

Anteil der Unternehmen mit Euro-Betriebsrat (EBR) an allen EBR-fähigen Unternehmen nach Größenklassen (in Prozent)



Quelle: Europäisches Gewerkschaftsinstitut 2006

© DGB einblick 11/08

In gut einem Drittel aller EBR-fähigen transnationalen Unternehmen existieren Euro-Betriebsräte. Während 61,3 Prozent aller Konzerne mit mehr als 10 000 Beschäftigten einen EBR haben, sind es nicht mal ein Viertel aller Unternehmen mit weniger als 5000 Beschäftigten.

Wie berechtigt diese Befürchtung ist, zeigt ein erster bekannt gewordener Entwurf der EU-Kommission (*einblick 10/08*). Danach will die Kommission zwar die rechtzeitige Information der EBR über geplante Umstrukturierungen sicherstellen, ihre Fortbildungsmöglichkeiten verbessern und die Rolle der Gewerkschaften bei der Gründung von EBR stärken. Andere wichtige Forderungen der Gewerkschaften blieben aber unberücksichtigt – etwa zur Mindestzahl der EBR-Sitzungen, zum Schwellenwert der für die EBR-Gründung erforderlichen Belegschaftsgröße oder zu wirksamen Sanktionen bei Verstößen.

Die Chancen für eine Revision der EBR-Richtlinie sind gewachsen, doch es gibt noch zahlreiche Risiken. Sowohl EU-Parlament als auch EU-Ministerrat müssen der Neuregelung zustimmen. Beides ist keinesfalls sicher – vor allem bei den nationalen Regierungen dürfte eine Verbesserung der EBR-Rechte auf Widerstand stoßen. „Deshalb ist nun ein großes Engagement unserer Mitgliedsbünde gegenüber ihren Regierungen gefordert, um eine erfolgreiche Revision zu erreichen", erklärt Reiner Hoffmann.

Wie zwiespältig Entscheidungen im EU-Ministerrat ausfallen können, zeigen die gerade getroffenen Beschlüsse der EU-ArbeitsministerInnen zur Leiharbeit und zur Arbeitszeit, die zum Teil deutlich hinter deutschen Standards zurückbleiben. Während der Beschluss zur Leiharbeit, der – mit Ausnahmen – die Gleichstellung der LeiharbeiterInnen mit dem Stammpersonal von der ersten Stunde an vorsieht, „ein kleiner Fortschritt für ein soziales Europa" ist, so die Bewertung des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer, sei der EU-Kompromiss zur Arbeitszeitrichtlinie ein „sozialer Rückschritt". Insbesondere widerspreche die Nichtanrechnung des inaktiven Teils von Bereitschaftsdiensten auf die Arbeitszeit der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes. •

plusminusBERLIN

+ *Jürgen Thumann,* *Präsident des Bundesverbandes der Industrie (BDI), fürchtet um das Ansehen der sozialen Marktwirtschaft. „Rechtswidrige Vorgänge in Unternehmen müssen vorbehaltlos untersucht und bestraft werden", befand der Chef des Industrieverbandes.*

– *Roland Wolf* *vom Bundesverband der Arbeitgeber (BDA) fürchtet um das Ansehen der Unternehmen. Die Absicht der Bundesregierung, den Informantenschutz für Arbeitnehmer zu verbessern, sei ein „schwerer Schlag gegen die Loyalität" in den Unternehmen.*

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.courage.fasena.de
Die Geschichte hinter der Geschichte: Individueller Widerstand gegen das NS-Regime – über August Landmesser, der den Hitlergruß verweigerte

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
„Europäische Betriebsräte brauchen eine verbindliche Rechtsgrundlage" Rede von Reiner Hoffmann, stellvertretender EGB-Generalsekretär bei der EBR-Konferenz am 9. Juni in Brüssel

POLITIK AKTUELL

geplant... beschlossen

Der DGB-Bundesvorstand hat Anfang Juni Vorschläge für ein gesetzliches Maßnahmenbündel zur Regulierung von Managergehältern beschlossen. Unter anderem müsse der Begriff der „Angemessenheit" für Vorstandsvergütungen im Aktiengesetz präzisiert und um soziale, gesellschaftliche und ökologische Kriterien ergänzt werden. Auch sollen die Managergehälter nicht mehr in Ausschüssen, sondern vom gesamten Aufsichtsrat festgelegt werden.

Ebenfalls Anfang Juni hat der DGB-Bundesvorstand Forderungen für eine gesetzliche (Neu-)Regelung des Informantenschutzes beschlossen. Beschäftigte müssten gravierende Verstöße gegen Vorschriften und Gesetze anzeigen können, ohne Sanktionen ausgesetzt zu sein.

Mehr zu den Beschlüssen:
www.einblick.dgb.de/hintergrund

Sozialgerichtsbarkeit

Eigenständigkeit erhalten

Ein tot geglaubtes Thema ist auf die politische Bühne zurückgekehrt: die Zusammenlegung der Sozial- mit der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Die Föderalismus-Kommission II von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen wird darüber voraussichtlich Ende Juni beraten. Die Bundesregierung spricht sich gegen die Fusion beider Gerichtsbarkeiten aus, die Länder erneuern diese Forderung aber immer wieder. Die Eigenständigkeit der Sozialgerichtsbarkeit ist zwar verfassungsrechtlich garantiert, die politischen Mehrheiten zur Änderung des Grundgesetzes wären aber gegeben.

Der DGB knüpft seit 2004 ein Netzwerk gegen diese Pläne. Ihm haben sich mittlerweile zwölf Organisationen angeschlossen – zuletzt sind der Bund Deutscher Sozialrichter und der Spitzenverband Bund der Krankenkassen beigetreten. Das Netzwerk hat sich auf eine „Plattform" verständigt. Die Mitglieder plädieren in diesem Papier eindringlich dafür, die Sozialgerichte zu erhalten. Durch Zusammenlegung mit den Verwaltungsgerichten würden sie „ihr Gesicht verlieren". In der Bevölkerung würde außerdem der Eindruck verstärkt, „dass soziale Anliegen von der Politik nicht mehr unterstützt werden".

Fachliche Gründe für die Zusammenlegung nennen die Länder in ihrem Gesetzentwurf nicht (BR-Drs. 820/07 B). Sie versprechen sich Personalkosten-Einsparungen – ohne diese allerdings nachzuweisen. Außerdem sei die Fusion Voraussetzung für eine Flexibilisierung von Richter-Einsätzen. Die Fusionsgegner kontern: Überkapazitäten oder Engpässe in den Gerichtsbarkeiten können durch eine Änderung der Versetzungsvorschriften im Richtergesetz beseitigt werden, einer Verfassungsänderung bedarf es nicht. •

FDP-Steuerkonzept

Enorme Steuerausfälle

Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung hat das von der FDP Anfang Juni beschlossene Steuerkonzept unter die Lupe genommen und kommt zu einem drastischen Ergebnis: 60 Milliarden Euro würden den öffentlichen Kassen allein durch die neuen Einkommenssteuer-Tarife verloren gehen.

Die im Konzept vorgesehene Gegenfinanzierung sei hingegen nicht schlüssig, meint IMK-Steuer- und Finanzexperte Achim Truger. Konkrete Vorschläge fehlten weitgehend. „Es wäre mit riesigen Löchern in den öffentlichen Haushalten zu rechnen", lautet Trugers Resümee. Die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben und die Haushaltskonsolidierung würden über Jahre „massiv gelähmt".

Das Konzept der FDP sieht für die Einkommenssteuer lediglich drei verschiedene Steuersätze mit einem Spitzensteuersatz von 35 Prozent (derzeit gültig: 45 Prozent) vor. •

in eigener Sache

Aufmerksame LeserInnen des Impressums haben es längst entdeckt – den **neuen Namen in der Redaktion.** Nein, wir haben keinen neuen Redakteur, Timm Schneider hat sich getraut und Ja gesagt. Am 6. Juni hat er geheiratet und heißt nun **Timm Steinborn** (neue E-Mail-Adresse: *t.steinborn@einblick.info*).

?... nachgefragt



Die Gewerkschaften fordern seit langem, den Insolvenzschutz von Arbeitszeitkonten zu verbessern. Anfang Juni ist endlich ein Referentenentwurf zur Stellungnahme an die Verbände übersandt worden. *einblick* fragte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock, ob die geplanten Neuregelungen ausreichen.

Beschäftigte, die einen Teil ihrer Arbeitszeit auf Konten ansammeln, gewähren ihrem Arbeitgeber nichts anderes als ein „zinsloses Darlehen". Deshalb müssen Arbeitszeitkonten wirksam und umfassend für den Fall einer Insolvenz geschützt werden. Doch die Vorschläge der Regierung bleiben deutlich hinter dem zurück, was dazu notwendig ist.

Nach wie vor sollen Arbeitszeitkonten, die innerhalb eines Jahres ausgeglichen werden müssen, bei der Insolvenz des Arbeitgebers verfallen – für sie ist keine Verpflichtung zur Absicherung vorgesehen. Aber auch bei den so genannten Langzeitkonten verbessern die geplanten Regelungen den Schutz nicht ausreichend: Eine Absicherung muss nicht von der ersten Stunde an erfolgen, die in das Konto eingebracht wird. Wie bisher soll der Arbeitgeber erst dann zur Insolvenzsicherung verpflichtet werden, wenn auf dem Konto 7425 Euro in den westdeutschen Bundesländern bzw. 6300 Euro in den ostdeutschen Bundesländern gutgeschrieben worden sind. Das entspricht 300 bis 350 Arbeitsstunden eines Facharbeiters oder einer Facharbeiterin mit durchschnittlichem Verdienst. Außerdem würden sich die Regelungen so auswirken, dass faktisch nur 70 Prozent des Zeitguthabens abgesichert sind.

Auch in Zukunft sollen also vor allem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Risiken der Arbeitszeitflexibilisierung tragen. Das kann nicht das Ergebnis eines langen, mühsamen Prozesses sein. Ich fordere die große Koalition auf, die Zusagen der Koalitionsvereinbarung einzuhalten und deutlich nachzulegen. Alle von den Beschäftigten erarbeiteten Ansprüche müssen von Anfang an und in vollem Umfang gegen das Risiko der Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers abgesichert werden. Die gesetzliche Grundlage dazu muss jetzt geschaffen werden.

Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk

Funkstille im Internet?

Durch die geplante Neufassung des Rundfunkstaatsvertrages der Bundesländer drohen die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten von wesentlichen Entwicklungen bei den Online-Medien abgekoppelt zu werden. Das schadet auch den Interessen der GebührenzahlerInnen, meinen DGB, Verbraucherzentralen und Deutscher Kulturrat.

Am 12. Juni haben sich die Ministerpräsidenten zu Verhandlungen über einen neuen Rundfunkstaatsvertrag getroffen. Die möglichen Neuregelungen sorgten bereits im Vorfeld bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten für Aufsehen. Im Kern geht es darum, was ARD und ZDF künftig im Internet anbieten dürfen – und vor allem: was nicht.

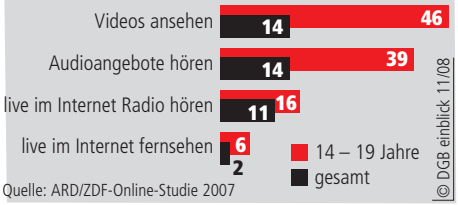
Zum einen sollen Inhalte im Internetangebot der Öffentlich-Rechtlichen nur noch mit einem konkreten „Sendungsbezug" veröffentlicht werden dürfen. Im Extremfall würde das jede zusätzliche Meldung und jedes Service-Angebot auf einer Homepage von ARD und ZDF unmöglich machen, die nicht auch tatsächlich in einer Fernseh- oder Radiosendung ausgestrahlt worden sind: keine Vorabmeldung auf *www.tagesschau.de* und kein Thema auf der Homepage der heute-Nachrichten, die nicht auch in den TV-Nachrichten gemeldet wurden, wären erlaubt.

Zum anderen stößt die geplante zeitliche Beschränkung für die Bereitstellung von Online-Videos auf Kritik von ARD und ZDF. Der Vertragsentwurf sieht vor, den Öffentlich-Rechtlichen gegebenenfalls vorzuschreiben, das Video einer aktuellen Sendung nach spätestens sieben Tagen wieder aus dem Netz zu nehmen.

Besonders diese Beschränkung haben der DGB, der Bundesverband der Verbraucherzentralen (vzbv) und der Deutsche Kulturrat in einer gemeinsamen Stellungnahme scharf kritisiert. Schließlich hätten die BürgerInnen mit ihren Rundfunkgebühren die Inhalte finanziert und somit auch ein Recht darauf, sie online erneut und unbegrenzt abrufen zu können. Informationen mit einem „Haltbarkeitsdatum" zu versehen, hieße nichts anderes, „als den Sinn und Zweck von Information ad absurdum zu führen", erklärte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. „Das ist eine Enteignung von Informationen, für die wir als Gebührenzahler bezahlt haben", meint auch Gerd Billen, Vorstand des vzbv.

Grenzen verschwimmen

Anteil der Onlinenutzer ab 14 Jahren („gesamt") und der 14- bis 19-Jährigen, die mindestens wöchentlich multimediale Online-Angebote nutzen (in Prozent)



Quelle: ARD/ZDF-Online-Studie 2007

Die jüngeren Online-Nutzer machen es vor und zeigen, wo die Zukunft von Rundfunkangeboten liegen wird: Wesentlich häufiger als der Durchschnitt aller User nutzen sie Audio- und Videoangebote sowie Live-Radio und -Fernsehen online. Die Grenzen zwischen TV, Radio und Internet verschwimmen.

Vor allem die privatwirtschaftlichen Medien waren es, die die Diskussion über die Online-Angebote von ARD und ZDF überhaupt angestoßen haben. Die Zeitungs- und Zeitschriftenverleger sowie der Verband Privater Rundfunk und Telemedien (VPRT) hatten mehrfach bei der EU-Kommission beklagt, die gebührenfinanzierten Öffentlich-Rechtlichen würden ihnen im Internet unlautere Konkurrenz machen. Den einen geht es um die Text-Inhalte der Homepages von ARD und ZDF als Konkurrenz zu den Online-Ausgaben ihrer Zeitungen, den anderen um den in Zukunft immer gewinnträchtigeren Video-streaming- und Internet-TV-Markt. Mehrere Jahre hat die EU-Kommission ermittelt, ob die gebührenfinanzierten Online-Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eine Wettbewerbsverzerrung zu Ungunsten der Privaten darstellen. Im April 2007 wurde schließlich ein Kompromiss erzielt, der jetzt mit dem neuen Rundfunkstaatsvertrag umgesetzt werden soll.

DGB, vzbv und Kulturrat meinen aber: Der Entwurf schießt über das Ziel hinaus und verschärft den gefundenen Kompromiss unnötig. Nötig sei vielmehr, auch im Internet Grundlagen für einen „fairen publizistischen Wettbewerb mit den privat-kommerziellen Anbietern zu schaffen", meint Michael Sommer. „Es kann nicht sein, dass aus rein ökonomischen Überlegungen privater Medienveranstalter die öffentlich-rechtlichen Sender ihrem Informationsauftrag nicht mehr nachkommen können sollen."

Der Vertragsentwurf der Ministerpräsidenten soll bis spätestens Herbst 2008 endgültig stehen, muss dann noch von den Landtagen beschlossen werden und soll im Mai 2009 in Kraft treten. Zeichne sich ab, dass die Online-Beschränkungen bestehen bleiben, werde der DGB auch die parlamentarischen Verfahren kritisch begleiten, erklärte Michael Sommer. Doch auch wenn die Beschränkungen im endgültigen Vertrag wegfallen, könnte die Diskussion weitergehen. EU-Medienkommissarin Viviane Reding hat bereits angekündigt, die Rechtsmäßigkeit der Gebührenfinanzierung von ARD und ZDF erneut zu überprüfen, wenn dadurch Verlagen im Internet „unfaire Konkurrenz" gemacht werde. •

Viele Köche

Medienpolitik ist in Deutschland Ländersache. Deshalb legen die 16 Bundesländer in Staatsverträgen unter anderem die Rahmenbedingungen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk fest.

Richtungsweisende Entscheidungen für die Rundfunkordnung hat darüber hinaus das Bundesverfassungsgericht in seinen bisher insgesamt 13 Rundfunkurteilen gefällt – seit Bestehen des privaten Rundfunks oft zu Gunsten der Öffentlich-Rechtlichen. Zum Beispiel im 6. Rundfunkurteil von 1991: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk habe das Recht auf eine „Entwicklungsgarantie", urteilten die Karlsruher Richter und definierten einen „dynamischen Grundversorgungsbegriff". Heißt: Auch Formen, Inhalte und Übertragungswege neuer Medien müssen für die Öffentlich-Rechtlichen offen sein. Ob die aktuellen Pläne der Länder für den neuen Rundfunkstaatsvertrag damit vereinbar sind, ist fraglich.

Aber auch die EU hat bei der Medienpolitik ein Wort mitzureden. Gegen Wettbewerbsverzerrungen werde sie „bis zum letzten Atemzug kämpfen", sagte Mitte Juni EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes auf dem Medienforum NRW – und meint damit auch die Gebührenfinanzierung umfassender öffentlich-rechtlicher Online-Angebote.

www.einblick.dgb.de/hintergrund

PROJEKTE UND PARTNER

Rehabilitation

Mehr Selbstbestimmung

Menschen, die von Behinderung bedroht oder die behindert sind, können seit Januar 2008 wählen, ob sie Rehabilitationsmaßnahmen im Paket bei einem Träger beziehen oder ob sie ihre Leistungen jeweils allein einkaufen. Das so genannte Persönliche Budget betrifft Pflegeleistungen, Haushaltsunterstützung, medizinische, aber auch berufliche Rehabilitation. Der DGB will mit dem Ratgeber „Mehr Selbstbestimmung in der Rehabilitation" einen Überblick über die Vor- und Nachteile des Persönlichen Budgets geben. „Wir hoffen, damit eine Entscheidung für oder gegen das Persönliche Budget erleichtern zu können", schreibt Annelie Buntenbach im Vorwort. •

www.dgb-bestellservice.de

Fachkonferenz

Für den Datenschutz

Im Mittelpunkt der diesjährigen Datenschutzkonferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung stehen das „Grundrecht auf Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme" sowie das zur Verabschiedung anstehende Gesetzespaket zum Datenschutz-Audit und eine Bundesdatenschutznovelle. Gäste sind u.a. Brigitte Zypries (Justizministerin) und Peter Schaar (Bundesdatenschutzbeauftragter). Die Fachkonferenz findet am 1.Juli in Berlin statt. •

www.fes.de

Jahrestagung

DGB-Index Gute Arbeit

Die Jahrestagung des Kooperationsstellen-Netzwerks Niedersachsen setzt sich am 17. September schwerpunktmäßig mit dem DGB-Index Gute Arbeit auseinander. Im Plenum und in Foren sollen die dann veröffentlichten Ergebnisse der zweiten Erhebungsrunde des DGB-Index 2008 diskutiert werden. Freistellungen nach § 37,6 BetrVG / § 37 NPersVG sind möglich. •

Programm: www.einblick.dgb.de

Bund-TV

Sendung zur JAV-Wahl

Auf www.bund-verlag.de/de/bund-tv/index.php steht ab sofort ein neuer TV-Beitrag rund um die anstehenden JAV-Wahlen zur Verfügung. Zwei amtierende JAV-Vorsitzende reden Klartext und geben Tipps und Hinweise aus der eigenen Praxis. •

Neue Website

Gender-Perspektive

Mit einem Europa-Schwerpunkt aus Gender-Perspektive geht die Website des Gunda-Werner-Instituts für Feminismus und Geschlechterdemokratie (GWI) *www.gwi-boell.de* an den Start. In einem Vergleich aller 27 EU-Mitgliedstaaten werden frauen- und geschlechterpolitische Ansätze und Aktivitäten präsentiert. Es werden zukunftsweisende geschlechterpolitische Initiativen, Maßnahmen und Instrumente der EU vorgestellt. Weitere Schwerpunkte: Feminismus & Geschlechterdemokratie, Frieden & Sicherheit, Selbstbestimmtes Leben und Gender-Beratung. Geplant ist, die Homepage zum Online-Wissensportal für Geschlechterdemokratie auszubauen. •

Newsletter

Weiterbildung im Betrieb

Über aktuelle Fragen beruflicher und betrieblicher Aus- und Weiterbildung informiert ein E-Mail-Newsletter des Berliner Beratungsunternehmens Wert.Arbeit GmbH. Neben Beispielen guter Praxis aus kleinen und mittelständischen Berliner Industrieunternehmen berichtet er über neue Studien, Veranstaltungen oder Arbeitshilfen rund ums Thema Qualifizierung. •

newsletter@wertarbeitgmbh.de

neueBücher

Die Globalisierung führt in die Katastrophe? Falsch: Ein Ende der Globalisierung führt in eine noch viel schlimmere Katastrophe. Wer sich umfassend über den Grad der gegenseitigen Abhängigkeit ehemals souveräner Staaten informieren möchte, von der Verflechtung der Finanzmärkte über globale Verarmung und Umverteilung bis hin zum Krieg um Ressourcen, sollte das Buch *Der globale Countdown* lesen. „Es ist eine Art Bibel. Wenn Sie es gelesen haben, möchten Sie etwas verändern", meint *Tagesspiegel*-Chefredakteur Stephan-Andreas Casdorff. Überzeugende Vorschläge dazu werden gegeben.

Harald Schumann, Christiane Grefe: Der globale Countdown. Gerechtigkeit oder Selbstzerstörung – Die Zukunft der Globalisierung. Kiepenheuer&Witsch 2008, 458S. 19,95 Euro

Aktuellen Prognosen zufolge werden 2050 neun Milliarden Menschen diesen Globus bevölkern. Auch Christoph Zöpel, ehemaliger sozialdemokratischer Minister in NRW, stellt in seinem Buch *Politik mit 9 Milliarden Menschen in Einer Weltgesellschaft* den Versuch an, weltumspannende Antworten auf ebenso weltumspannende Fragen zu finden. Für Zöpel liegt die Lösung im wesentlichen in einer Weiterentwicklung der UN – die notwendigen Strukturen seien bereits jetzt vorhanden, es fehle noch die Ausbildung eines parlamentarischen Systems – sowie ein Budget, mit dem die UN arbeiten könne.

Christoph Zöpel, Politik mit 9 Milliarden Menschen in Einer Weltgesellschaft. vorwärtsbuch Berlin 2008, Broschur, 640 Seiten, 29,95 Euro

interregio

••• Der ***DGB Nordrhein Westfalen*** fordert gemeinsam mit der GEW, der Landesschülervertretung und der Landeselternkonferenz NRW die Abschaffung der ***„Kopfnoten"***. Diese würden von den SchülerInnen als Bedrohung wahrgenommen und verschlechterten so das Arbeits- und Sozialklima an den Schulen. Die „Kopfnoten" beurteilen Verhalten und soziales Engagement der SchülerInnen. Die Gegner der Kopfnoten kritisieren, dass etwa ein „nicht befriedigend" zur Stigmatisierung Jugendlicher beitrage.

www.nrw.dgb.de

••• Die ***DGB Region Niedersachsen-Mitte*** und Attac Hannover laden zum ***Vortrag*** „Reichtum global – eine andere Verteilungspolitik ist möglich und sie ist nötig!" am 26. Juni ein. Zentrale Fragen sind dabei die Handlungsmöglichkeiten der Politik gegenüber der internationalen Wirtschaft. Anschließend findet eine Diskussion mit dem Referenten Friedhelm Hengsbach statt. Die Veranstaltung ist Teil der Veranstaltungsreihe „Vor dem Crash – Nach dem Crash. Entfesselter Kapitalismus ohne Alternative?".

www.einblick.dgb.de/links

Neue Altersteilzeit

Metallarbeitgeber auf Crash-Kurs

Die Fronten im Streit um die neue Altersteilzeit sind verhärtet. Nachdem die Proteste gegen die Verhandlungspolitik der Metallarbeitgeber bislang überwiegend auf den Südwesten begrenzt waren, ruft die IG Metall ab Mitte Juni auch überregional zu Warnstreikaktionen auf.

Begonnen haben die Verhandlungen mit einem Spitzengespräch zwischen IG Metall und Gesamtmetall am 18. April in Berlin. Hintergrund: Die Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit läuft Ende 2009 aus, und die Tarifverträge zur Altersteilzeit sind daran gekoppelt. Alles dreht sich um die Frage, wie die Finanzlücke nach Wegfall der staatlichen Förderung ausgefüllt wird.

Nach dem Spitzengespräch folgten Auftaktverhandlungen in den Regionen. Seitdem wird – stellvertretend für alle Tarifbezirke – in Baden-Württemberg verhandelt. Ziel ist ein Pilotabschluss, der bundesweit übernommen werden kann.

Doch davon sind die Verhandlungspartner noch weit entfernt. IG Metall und Südwestmetall vertagten sich am 9. Juni – trotz des Protestes von über 90 000 Beschäftigten zwischen Main und Bodensee – ergebnislos auf den 18. Juni. Ob diese fünfte Runde den Durchbruch bringt, ist zweifelhaft. Zu weit liegen die Kontrahenten auseinander. Noch ist fast alles strittig, keine Lösung in Sicht.

Die IG Metall fordert, dass grundsätzlich jeder Beschäftigte einen Anspruch auf Altersteilzeit hat, und zwar auf der Basis einer erzwingbaren Betriebsvereinbarung. Nach wie vor sollen bis zu fünf Prozent der Belegschaft diesen Anspruch realisieren können. Das Entgelt während der Arbeitszeit soll wie bisher aufgestockt, allerdings für die unteren Lohngruppen verbessert werden. Die Altersteilzeit soll bis zu sechs Jahre dauern und mit 57 Jahren beginnen können.

Die Arbeitgeber hingegen wollen die Altersteilzeit nur noch besonders belasteten ArbeitnehmerInnen gewähren. Das sind nach ihrer Definition Beschäftigte, die bei einer Betriebszugehörigkeit von 20 Jahren während der letzten 15 Jahre mindestens zwölf Jahre lang im Drei-Schicht-Betrieb oder in Dauernachtschicht gearbeitet haben. Zudem sollen nur maximal zwei Prozent der Belegschaft in Altersteilzeit gehen dürfen. Die Altersteilzeitphase soll höchstens vier Jahre dauern und erst mit 61 Jahren beginnen.

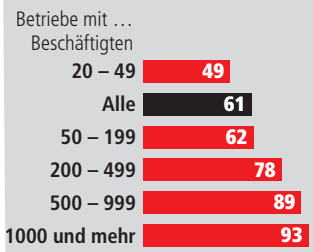
Für den Stuttgarter IG Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann ist das „skandalös". Die Arbeitgeber, so sein Vorwurf, beharrten auf Zugangskriterien zur Altersteilzeit, „die den Kreis der Anspruchsberechtigten auf den Promille-Bereich einengen würde".

IG Metall-Vorstandsmitglied Helga Schwitzer warf den Arbeitgebern vor, „nur noch ältere Beschäftigte, die sich kaputt geschuftet haben und als Bremsklotz für Produktivität und Rendite angesehen werden" vorzeitig gehen lassen zu wollen. Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegiesser, bezeichnete die Metaller-Proteste als „Krawallszenen" und nahm sie mit einer „Mischung aus Verärgerung und Schulterzucken" zur Kenntnis.

Trotz aller Widerstände strebt die baden-württembergische IG Metall eine Einigung bis zur Sommerpause an. Bezirksleiter Hofmann: „Wir brauchen keine anderen Themen für die Entgelttarifrunde im Herbst, wenn das Fass nicht explodieren soll." •

Bedarf vorhanden

Anteil der Betriebe mit künftigem Bedarf an Altersteilzeit (in Prozent)



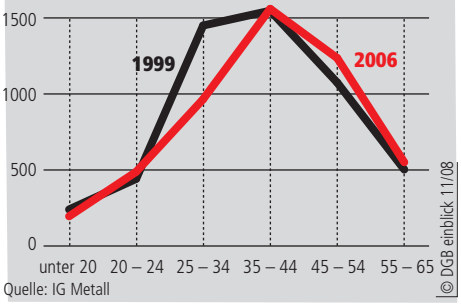
Quelle: ifo-Institut, Umfrage in der Metall- und Elektroindustrie 2007

© DGB einblick 11/08

61 Prozent aller Betriebe haben auch weiterhin Bedarf an Altersteilzeit: Je größer der Betrieb, desto höher der Bedarf. Das hat eine Umfrage des ifo-Instituts ergeben.

Wachsende Notwendigkeit

Altersstruktur der Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie 1999 und 2006 (in Tausend)



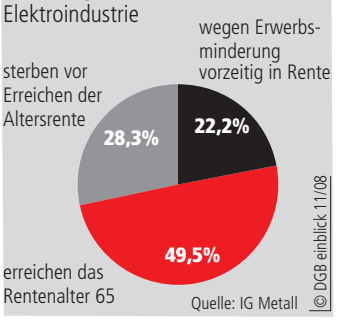
Quelle: IG Metall

© DGB einblick 11/08

Die Anzahl älterer Beschäftigter wächst – und damit die Notwendigkeit, die Altersteilzeit neu zu regeln. Auf diese Weise könnte auch dem Fachkräftemangel begegnet und die Chance der Ausgebildeten auf Übernahme in ein Beschäftigungsverhältnis erhöht werden.

Nur jeder Zweite schafft's

Art des Rentenzugangs der Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie



Quelle: IG Metall

© DGB einblick 11/08

Nur die Hälfte der Beschäftigten erreicht regulär das Rentenalter, fast ein Viertel geht wegen Erwerbsminderung vorzeitig in den Ruhestand – ein Beweis für die hohen Belastungen am Arbeitsplatz.

Zitate

„Wir setzen noch auf eine Verständigung mit den Arbeitgebern! Aber sie sollten auch wissen, dass wir kampfbereit sind: Wenn sich die Arbeitgeber nicht bewegen, ist der nächste Schritt der Arbeitskampf."

Berthold Huber,
IG Metall-Vorsitzender

„Die Arbeitgeber sind der Überzeugung, dass sie sich auf der Überholspur ohne soziale Verantwortung befinden."

Armin Schild,
IG Metall-Bezirksleiter Frankfurt

„Die Politik hat die Entscheidung zur Rente mit 67 gegen unseren Rat getroffen. Jetzt muss sie bitteschön auch sagen, wie das gehen soll. Wir brauchen für tarifliche Lösungen vernünftige Rahmenbedingungen. Die Politik sollte uns bei der Gestaltung von Ausstiegsmodellen unterstützen, statt uns durch Wegfall der Förderung Steine in den Weg zu legen."

Oliver Burkhard,
IG Metall-Bezirksleiter NRW

kurz&bündig

Die IG BAU unterstützt die Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung und fordert deren beispielhafte Umsetzung in Wäldern, die im Besitz der öffentlichen Hand sind. Insgesamt sei eine nachhaltige und naturverträgliche Waldbewirtschaftung vonnöten. Das beinhalte neben Aufgaben des Naturschutzes auch soziale Belange der Beschäftigten.

Die IG BCE und der Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) haben die Aufgaben ihrer gemeinsamen „Berufsbildungsräte" erweitert und sie in „Bildungsräte" umbenannt, um Aspekten des lebenslangen Lernens besser Rechnung zu tragen. Die neue Aufgabendefinition der Räte soll Aus-, Weiter- und Fortbildung ganzheitlich erfassen.

Die stellvertretende NGG-Vorsitzende Michaela Rosenberger kritisiert, dass im Hotel- und Gaststättengewerbe Azubis häufig als „reguläre und zudem günstige Arbeitskräfte" gesehen würden, „statt sie gut und zukunftsfähig auszubilden." Anders seien Auszubildendenquoten von bis zu 40 Prozent in vielen Betrieben kaum zu erklären.

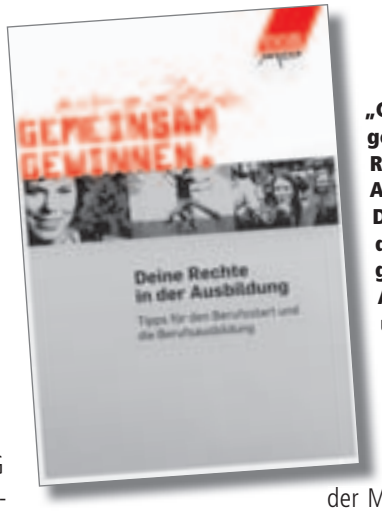
ver.di will eine Verfassungsklage gegen die Vorratsdatenspeicherung von Telefondaten einreichen. Erst die langfristige Speicherung der Daten habe die Bespitzelungen von Aufsichtsratsmitgliedern bei der Deutschen Telekom ermöglicht.

DGB-Jugend und IG Metall

Tipps für gute Ausbildung

Am 1. September startet das neue Ausbildungsjahr. Die Gewerkschaften bieten den künftigen Azubis deshalb auch dieses Jahr wieder aktuelle Informationen für die Zeit nach der Schulbank: Die DGB-Jugend informiert mit einer Broschüre Auszubildende sowie SchülerInnen, die vor dem Start in eine Ausbildung stehen, über ihre Rechte, ihre Pflichten und wichtige Services der Gewerkschaften. Die Themen der neuen Auflage in neuem Layout reichen von Infos zum Ausbildungsvertrag und zur Arbeitszeit, über die duale Ausbildung an Berufsschulen bis zu Tipps zum Übergang von der Ausbildung ins erste Arbeitsverhältnis. Außerdem bieten die insgesamt 86 Seiten auch Kontaktadressen zu allen DGB-Gewerkschaften und deren Gewerkschaftsjugend sowie ein „Ausbildungslexikon" mit Stichworten zu allem, was beim Start in Ausbildung und Beruf wichtig sein kann – von A wie Abschlussprüfung bis Z wie Zivildienst.

Auch der IG Metall-Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt informiert in den kommenden Wochen SchülerInnen der Abschlussklassen an Schulen in Sachsen-Anhalt mit einem Flyer über ihre Rechte und Möglichkeiten. Der Hintergrund: 2009 werden sich im Bundesland die Zahlen der freien Ausbildungsplätze und der BewerberInnen erstmals wieder deutlich annähern. Die IG Metall vermittelt den Jugendlichen im Flyer deshalb, welche Chance das für sie bietet: „Du bist plötzlich gefragt. In der Marktwirtschaft heißt das: Du bist mehr wert!" Die künftigen BewerberInnen sollen wissen, wie sie gute von schlechter Ausbildung unterscheiden und die Angebote der Betriebe vor einem Vertragsabschluss genau prüfen können. Der Flyer bietet etwa eine Checkliste, die hilft, einen Betrieb mit guten Ausbildungsbedingungen zu finden. •



„Gemeinsam gewinnen. Deine Rechte in der Ausbildung" – Die Broschüre der DGB-Jugend gibt Tipps zu Ausbildungs- und Berufsstart.

Links zu Bestellung und Download der Broschüre und des Flyers: www.einblick.dgb.de/links

ILO

Kolumbien unter Druck

Bei der am 13. Juni zu Ende gegangenen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation ILO mussten Regierungsvertreter Kolumbiens vor dem „Ausschuss für die Anwendung der Normen und Empfehlungen" der ILO Rede und Antwort stehen. Die Gewerkschaften hatten sich mit dieser Vorladung gegen die ArbeitgebervertreterInnen durchgesetzt. Hintergrund sind die andauernden und massiven Verletzungen von Gewerkschaftsrechten und die Verfolgung von GewerkschafterInnen in dem lateinamerikanischen Land. Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivvereinbarungen werden in Kolumbien konsequent missachtet, obwohl das Land alle entsprechenden Kernübereinkommen der ILO ratifiziert hat. Und allein in diesem Jahr sind bereits 26 VertreterInnen kolumbianischer Gewerkschaften ermordet worden. Auch in den vergangenen Jahren waren die Zahlen ähnlich erschreckend. Die ILO und die internationale Gewerkschaftsbewegung müssten „alles daran setzen, dass unsere kolumbianischen Kolleginnen und Kollegen endlich ohne Angst arbeiten können", erklärte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, der bei der Konferenz in Genf auch in den Verwaltungsrat der ILO gewählt worden war. •

Rechtsextremismus

Gegen falsche Freunde

DGB Nord und die IG Metall Küste haben sich gegen eine Landtags-Initiative der rechtsextremen NPD in Mecklenburg-Vorpommern gewandt. Die NPD wollte die Landesregierung in Schwerin durch das Parlament auffordern lassen, „alles in ihrer Kraft stehende zu tun, um die Machenschaften des Großkapitals, das versucht hat, eine Scheingewerkschaft zur IG Metall in Mecklenburg-Vorpommern zu installieren, rückhaltlos aufzuklären." Gemeint ist die umstrittene Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger (AUB) und ihr ehemaliger langjähriger Vorsitzender Wilhelm Schelsky, der inzwischen im Nordosten Deutschlands auch als Unternehmer aktiv ist.

„Wir verwahren uns gegen durchsichtige und opportunistische Versuche der NPD, sich mit dubiosen Anträgen im Landtag als Freund der Gewerkschaften aufzuspielen", sagte dazu Peter Deutschland, Vorsitzender des DGB Nord. Jutta Blankau, Bezirksleiterin der IG Metall Küste erklärte: „Die NPD will keine Demokratie, weder im Betrieb noch in der Gesellschaft. Als Stimme für Arbeitnehmerinteressen taugen Nazis nicht." •

Partnerschaft DGB - Histadrut

Von- und miteinander lernen

Die Partnerschaft zwischen dem DGB und der israelischen Gewerkschaft Histadrut sollte ein Vorbild für den Aufbau von Beziehungen zwischen israelischen und palästinensischen Gewerkschaften sein, meint Gershon Gelman, Vorsitzender der Histadrut in Tel Aviv/Jaffo.

Israel feiert seinen 60. Geburtstag. Jahrestage sind ein guter Anlass, Bilanz zu ziehen und Perspektiven zu entwickeln. Dies gilt auch für die Partnerschaft der Gewerkschaften in Deutschland und Israel, die vor 34 Jahren offiziell zwischen dem DGB in NRW und der Histadrut in Tel-Aviv/Jaffo besiegelt wurde.

Die Kontaktaufnahme zwischen den Gewerkschaften Anfang der 60er Jahre ging den diplomatischen Beziehungen zwischen den Ländern voraus. Das war nach dem Holocaust und der Ermordung von sechs Millionen Juden durch das deutsche Naziregime **keine Selbstverständlichkeit.** In der Histadrut haben wir uns entschieden, Ja zu dieser Partnerschaft zu sagen, damit kommende Generationen nie vergessen, was geschehen ist, und Verantwortung dafür übernehmen, dass so etwas nie wieder geschieht. Heute sind auf beiden Seiten GewerkschafterInnen aktiv, die den Holocaust nicht miterlebt haben. Die Aufgabe, die Erinnerung wach zu halten, ist damit nicht geringer geworden, nur anders. Deshalb ist auch der **Jugendaustausch unverzichtbar.**

Damals haben wir die Freundschaft gesucht, auch weil wir beweisen wollten, dass wir ein Volk sind, das den Frieden will. Leider sind wir davon in Israel noch weit entfernt; Palästinenser und Israelis **sind des Krieges müde.** Kein Land dieser Erde lässt es zu, dass Bomben auf seine BürgerInnen abgefeuert werden. Das gilt auch für Israel. Das heißt nicht, dass wir alles gut finden, was die israelische Regierung macht. Als Gewerkschaften suchen wir den Weg zu einem ehrlichen Frieden. Doch, wer einmal hier gewesen ist, vermag sich vielleicht besser vorzustellen, wie buchstäblich fassbar die Bedrohung für uns Israelis ist.

Gewerkschafter in Israel **wären gern Vorreiter** für friedliche Beziehungen zum palästinensischen Volk – so wie wir damals die deutsch-israelische Partnerschaft mit angestoßen haben. Vor einigen Jahren noch gab es – wenn auch informell und vielfach sporadisch – Kontakte mit gewerkschaftlichen Organisationen der Palästinenser. Die sind heute nicht mehr vorhanden. Umso wichtiger ist für uns, dass die europäischen Gewerkschaften **die heutige Situation in Israel verstehen** und vor Ort begreifen können, statt sich nur auf die Medieninformationen zu verlassen. Wir beobachten mit großer Sorge, dass die Kritik von skandinavischen und britischen Gewerkschaften an Israel wächst. Umso mehr freuen wir uns, dass die DGB-VertreterInnen aus NRW und Sachsen bei ihrem Besuch im Mai ganz klar gemacht haben, dass sie **ohne Wenn und Aber hinter Israel stehen.** Für uns wäre es hilfreich, wenn die deutschen Gewerkschaften in Europa für eine stärkere Unterstützung der israelischen Gewerkschaften werben.



Foto: Barbara Hemkes

Gershon Gelman ist Vorsitzender der Histradut in Tel Aviv/Jaffo und fördert die deutsch-israelische Partnerschaft seit seinem Amtsantritt 1989. Rund 28 Prozent aller Mitglieder der Histradut arbeiten in Tel Aviv.

Ob in Israel oder in Deutschland, die Gewerkschaften müssen sich den Herausforderungen der Globalisierung stellen. Hier sehe ich großen Bedarf und viele Möglichkeiten, **voneinander und miteinander zu lernen.** Nehmen wir beispielsweise das Problem der ausländischen ArbeitnehmerInnen. Bis zu acht Prozent der ArbeitnehmerInnen in Israel sind Ausländer. 70 Prozent von ihnen erhalten den gesetzlich vereinbarten Mindestlohn nicht, geschweige denn die vorgeschriebenen Sozialleistungen. Die schlechten Arbeitsbedingungen unserer ausländischen KollegInnen bedrohen natürlich auch die tariflich gesicherten Beschäftigungsverhältnisse. Histadrut setzt sich massiv für die Rechte der ArbeitsmigrantInnen ein.

Ein weiteres Thema, das uns unter den Nägeln brennt, ist, wie man Finanzmärkte und die zunehmende Tätigkeit von Finanzinvestoren regulieren kann. Auch die Herausforderung, EinwanderInnen insbesondere aus Osteuropa und Russland gesellschaftlich zu integrieren, würden wir gern gemeinsam mit den deutschen Gewerkschaften erörtern.

Aus der Partnerschaft zwischen der deutschen und der israelischen Gewerkschaft **ist Freundschaft geworden.** Freundschaft beruht auf einer gemeinsamen Geschichte. Um unsere Freundschaft zu pflegen und weiter zu vertiefen, brauchen wir gemeinsam gelebte Wirklichkeit und Freude auf die Zukunft. So bin ich froh darüber, dass der Jugendaustausch wieder intensiviert wird. Und ich freue mich auf spannende Projekte, in denen wir die Herausforderungen der Zeit gemeinsam angehen. •

Älter als der Staat Israel

Als der Staat Israel vor 60 Jahren gegründet wurde, gab es die Gewerkschaft Histadrut schon seit 29 Jahren. Die Gewerkschaften waren im jungen Staat Israel ein wichtiger gesellschaftlicher und auch wirtschaftlicher Faktor. Die Histadrut beschäftigte rund ein Drittel der ArbeitnehmerInnen in Israel. Zudem war sie Herrin über die Krankenkassen. In den 1970er Jahren wurde der größte Teil des wirtschaftlichen Vermögens verkauft, die Krankenkassen kamen mit der neuen Sozialgesetzgebung 1994 unter staatliche Aufsicht. Heute sind rund 650 000 ArbeitnehmerInnen in der Histadrut organisiert. Bei insgesamt 2,88 Millionen Erwerbstätigen entspricht das einem Organisationsgrad von rund 23 Prozent.

Die ersten Kontakte zwischen dem DGB und der Histadrut wurden schon in den sechziger Jahren geknüpft. Ein Partnerschaftsvertrag zwischen dem Bezirk Tel Aviv/Jaffo der Histadrut und dem DGB NRW wurde offiziell 1974 geschlossen. Seitdem fanden zahlreiche Jugendbegegnungen und gegenseitige Besuche der GewerkschafterInnen statt.

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

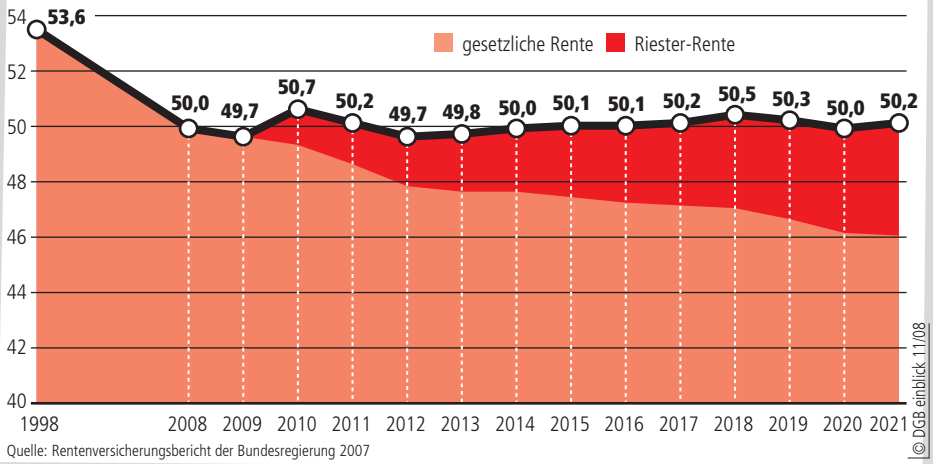
DIES & DAS

die DGB grafik

GESETZLICHE RENTE: Versorgungsniveau sinkt

Zwar bleibt in den kommenden Jahren das Rentenniveau weitgehend stabil, allerdings sinkt der Anteil der gesetzlichen Rente am Alterseinkommen der Rentnerinnen und Rentner deutlich. Selbst bei ArbeitnehmerInnen, die privat vorsorgen können, würde sich so das Versorgungsniveau im Alter tendenziell verschlechtern, befürchtet der DGB. Das DGB-Rentenkonzept sieht deshalb vor, das Rentenniveau unter anderem durch Abschaffung des „Nachhaltigkeitsfaktors" wieder zu erhöhen.

Rentenniveau vor Steuern (gesetzliche Rente plus „Riester-Rente") im Vergleich zum durchschnittlichen Arbeitseinkommen Erwerbstätiger (in Prozent)



Quelle: Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung 2007

personalien

••• ***Christian Kühbauch,*** 38, bisher im DGB-Vorstandsbereich Michael Sommer für strategische Planung zuständig, ist ab 1. Juli Koordinator des Projektes „IG Metall 2009" beim Vorstand der IG Metall.

••• ***Christoph Hahn,*** 30, bisher persönlicher Referent von DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki, ist ab 1. Juli als Nachfolger von ***Doris Schneider-Zugowski,*** 62, Referatsleiter für Verbraucherpolitik, Stadtentwicklung und Wohnungspolitik im Bereich Struktur- und Regionalpolitik beim DGB-Bundesvorstand.

••• Der Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit e.V. hat in seiner letzten Mitgliederversammlung ***Horst Schmitthenner,*** 66, ehemaliges Vorstandsmitglied der IG Metall, zu seinem Vorsitzenden und ***Franziska Wiethold,*** 63, ehemalige stellvertretende ver.di-Vorsitzende, zur stellvertretenden Vereinsvorsitzenden gewählt.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

18.6. ver.di, Veranstaltungsreihe „sicht.weisen", Veranstaltung zum DGB-Index Gute Arbeit „Gute Arbeit auf dem Prüfstand – Wie die Beschäftigten die Arbeitswelt in Deutschland beurteilen", Berlin

18./19.6. Hans-Böckler-Stiftung und IG BCE, Tagung „Hochqualifizierte Angestellte: Zwischen erhöhten Anforderungen und verminderten Berufsperspektiven", Düsseldorf

18.-20.6. 13. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag, Essen

19./20.6. DGB, Hans-Böckler-Stiftung und Friedrich-Ebert-Stiftung, Fachtagung „Atypische Beschäftigung und Prekarität im europäischen Vergleich", Berlin

20.6. DGB Berlin-Brandenburg und Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit, Preisverleihung des „Bandes für Mut und Verständigung", Potsdam

23.6. DGB Sachsen, Konferenz „Behinderte in der Gesellschaft", Zwickau

26.6. DGB, IG Metall und Bildungswerk ver.di, Fachgespräch „Zeit für die Arbeit? Zeit für die Pflege? Handlungsansätze zur Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Pflege", Hannover

26.6. DGB-Region Niedersachsen-Mitte und attac Hannover, Diskussion „Reichtum global – eine andere Verteilungspolitik ist möglich und sie ist nötig!", Hannover

27.6. ver.di, Fachtagung „Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut", Berlin

29.6.-2.7. 18. Weltkongress zu Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, Seoul/Südkorea

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Norbert Hüsson, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Einen Menschen, der nichts zu verbergen hat, halte ich für abgrundtief langweilig. Mit dem würde ich nicht gerne etwas zu tun haben wollen."

Der SPD-Abgeordnete Jörg Tauss in der Bundestagsdebatte zum Datenschutz und zur Bespitzelungs-Affäre bei der Telekom am 4. Juni über das Argument, wer nichts zu verbergen habe, könne sich staatlicherseits auch getrost überprüfen lassen.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 30.06.2008 12/08

DGB

inhalt

Seite 3
Prekäre liegen zurück
Der DGB-Index Gute Arbeit 2008 hat die Arbeitsqualität prekär Beschäftigter genauer unter die Lupe genommen

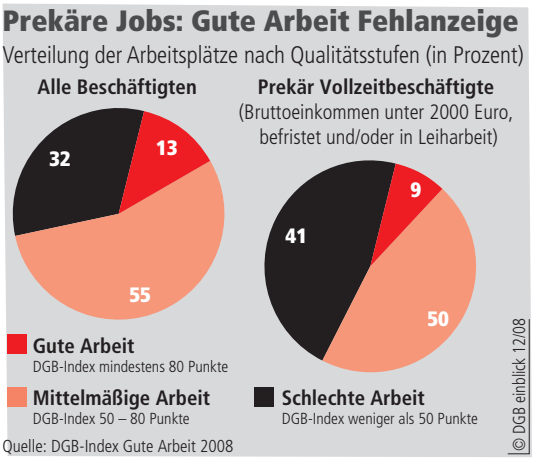
Seite 5
Jetzt geht's los
Bewegung in der Mindestlohndebatte: Das Arbeitsministerium legt erste Pläne vor

Seite 7
Kein „Weiter so"
Nach dem irischen „Nein zum Lissabon-Vertrag müssen neue Konzepte für die Zukunft Europas her, meint DGB-Europaexpertin Gabriele Bischoff

DGB-Index Gute Arbeit 2008

Arbeitsqualität weiter Durchschnitt

Einen Erfolg können sich DGB und Gewerkschaften mit Sicherheit auf die Fahnen schreiben: Das Thema „Gute Arbeit" ist in aller Munde und hat es im vergangenen Jahr auch auf die politische Agenda geschafft. Der im letzten Jahr erstmals veröffentlichte DGB-Index Gute Arbeit hat entscheidend dazu beigetragen. Er bildet die Qualität der Arbeitsplätze hierzulande ab. Sein Maßstab: das Urteil der Beschäftigten (mehr zum Untersuchungsablauf: Seite 3).



Leichte Verbesserung gegenüber 2007: Immerhin 13 Prozent aller Beschäftigten sind in „Guter Arbeit". Bei den prekär Beschäftigten sind es nur neun Prozent, dafür beurteilen über 40 Prozent ihre Arbeitsbedingungen als schlecht.

Ende Juni haben DGB und Gewerkschaften die Ergebnisse des diesjährigen Index vorgestellt. „Seit der Premiere im vergangenen Jahr haben die Themen Arbeitsbedingungen und Arbeitszufriedenheit einen festen Platz in der öffentlichen Diskussion erobert", zeigte sich der DGB-Vorsitzende Michael Sommer bei der Vorstellung des Index 2008 überzeugt. Die konkreten Zahlen geben allerdings wenig Anlass zur Freude. Der DGB-Index erreicht in diesem Jahr einen Wert von 59 Punkten – gerade mal einen Punkt besser als bei der letzten Auswertung. Die Arbeitsqualität in Deutschland ist also weiterhin nur Mittelmaß. Leicht erhöht hat sich der Anteil der Beschäftigten mit guten und mittelmäßigen Arbeitsbedingungen – um jeweils ein Prozent. Entsprechend ist der Anteil der Beschäftigten in schlechter Arbeit zurückgegangen.

Doch „längst nicht alle Beschäftigten spüren diesen leichten Anstieg der Arbeitsqualität", erklärt Michael Sommer. Gemeint sind Menschen in unsicherer, prekärer Beschäftigung. Über 40 Prozent dieser ArbeitnehmerInnen beurteilen ihre Arbeitssituation als schlecht, gerade einmal neun Prozent als gut. Das zeige: „Es ist richtig, dass die Gewerkschaften prekäre Beschäftigung ins Zentrum ihrer Arbeit stellen."

Wie im letzten Jahr wurden auch für den Index 2008 15 Arbeitsdimensionen unter die Lupe genommen – von der Arbeitszeitgestaltung bis zur Kollegialität und der Betriebskultur. Am schlechtesten beurteilten die befragten Beschäftigten dabei ihre Einkommenssituation mit einem Indexwert von nur 40. Im Umkehrschluss zeigten die negativen Ergebnisse aber auch, was Gute Arbeit ausmache, meint Michael Sommer: „Angemessene, anständige Bezahlung, Arbeitsplatzsicherheit im doppelten Sinne, Gestaltungsmöglichkeiten und ein respektvoller Umgang sind die Basis Guter Arbeit." Ein Beispiel: Durch Beteiligung und Mitbestimmung in Betrieben mit einer Interessenvertretung, wie einem Betriebsrat, ist der Anteil der Beschäftigten, die ihre Arbeitsbedingungen für schlecht halten, durchschnittlich niedriger als unter allen Beschäftigten. •

plusminusBERLIN

+ *Volker Beck (Grüne) findet die neuen Vorschriften der Bundesregierung zum Einsatz von Lobbyisten in Ministerien zu lasch. Zu oft finde sich der Passus „grundsätzlich sollen...". Wer so oft vom Grundsatz spreche, „der hat die Ausnahme wohl schon im Kopf", so Beck.*

– *BDA-Präsident Dieter Hundt hält nicht viel von einem sozialeren Europa. Die EU-Antidiskriminierungsrichtlinie solle nicht erweitert werden. Er warne die Kommission, „diesen Unsinn jetzt noch zu potenzieren." Auch mehr Rechte für Europäische Betriebsräte lehnt Hundt ab.*

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.mindestlohn.de
Mindestlohn-EM 2008 als Online-Spiel: Elfmeter kicken für den Mindestlohn

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
„Armut vor Rente steigt" – Analyse des DGB zur Situation Älterer

Europäischer Gerichtshof

Arbeitnehmerrechte „abgeurteilt“

Erneut hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in einem Urteil die Rechte der ArbeitnehmerInnen in Europa geschwächt. Der aktuelle Fall: Die EU-Kommission hatte gegen Luxemburg geklagt, weil nach Meinung der Kommission nationale Gesetze des Großherzogtums mit ihren arbeitsrechtlichen Schutzvorschriften für entsandte ArbeitnehmerInnen gegen die Entsenderichtlinie verstießen. Bisher mussten in Luxemburg beispielsweise alle Unternehmen (auch ausländische) die landesüblichen Tarifverträge einhalten. Das ginge über die Vorschriften der Entsenderichtlinie hinaus, urteilten jetzt die Richter. Schon beim Urteil gegen das niedersächsische Vergabegesetz (*einblick 7/2008*) hatten die europäischen Richter die Regelungen der Richtlinie nicht als Mindestschutz für Beschäftigte, sondern de facto als maximal zulässigen Schutz definiert.

Die Gewerkschaften übten scharfe Kritik am EuGH, da er die eigentliche Intention der Entsenderichtlinie ins Gegenteil umkehre und so die soziale Dimension Europas schwäche. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer erklärte nach dem Luxemburg-Urteil: „Die Staats- und Regierungschefs müssen jetzt auf eine Klarstellung der EU-Entsenderichtlinie drängen.“ •

Bundessozialgericht

Asylbewerber besser gestellt

Das Bundessozialgericht hat AsylbewerberInnen beim Bezug von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts besser gestellt. Ausländer, deren Aufenthalt in Deutschland nach einem abgelehnten Asylantrag „geduldet“ wird, weil sie aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen nicht abgeschoben werden können, erhalten für die ersten vier Jahre eine Grundsicherung, die unter dem ALG-II-Satz liegt. Erst danach können sie Leistungen in ALG-II-Höhe beziehen – allerdings nur, wenn sie ihren Aufenthalt in Deutschland nicht „rechtsmissbräuchlich“ verlängern. Als rechtsmissbräuchliche Verlängerung galt nach der bisherigen Rechtssprechung der Kasseler Richter schon die Tatsache, dass geduldete Ausländer nicht freiwillig ausreisen. Diesen Grundsatz hat das Bundessozialgericht jetzt in einem Urteil revidiert. •

Studium

Kaum Seiteneinsteiger

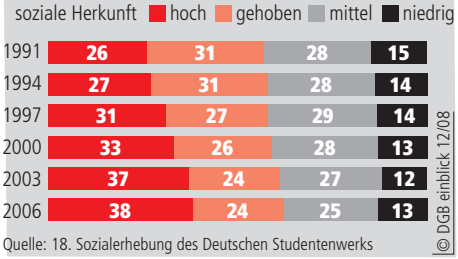
Für Menschen mit Berufserfahrung aber ohne Abitur ist es in Deutschland schwieriger, ein Studium aufzunehmen als in anderen europäischen Ländern. Gerade mal fünf Prozent der deutschen Studierenden haben ihre Hochschulzugangsberechtigung nicht über das Abitur, sondern etwa über eine Aufnahmeprüfung oder entsprechende fachliche Qualifikationen erhalten. Nur in Frankreich und Italien ist die Quote noch niedriger, belegt das Ergebnis einer Studie des Hochschul-Informations-Systems, die insgesamt 22 EU-Staaten unter die Lupe genommen hat. Einer der Spitzenreiter ist Schweden mit einer „Seiteneinsteiger-Quote“ von über einem Drittel aller Studierenden.

Sich über ein Hochschulstudium weiterzuqualifizieren: Für deutsche ArbeitnehmerInnen ohne Abitur ist das also nahezu ausgeschlossen. Besonders schwer wiegen die Ergebnisse der Studie, weil schon auf der Schule und dem Weg zum Abitur die soziale Selektion hoch ist: Während 88 Prozent aller Kinder aus Akademiker-Haushalten das Abitur machen, sind es bei Kindern, deren Eltern nicht studiert haben, lediglich 46 Prozent. Wenn dann kaum Möglichkeiten bestehen, auch ohne Abitur ein Studium zu beginnen, verwundert nicht, dass die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft an deutschen Hochschulen immer unausgewogener wird (siehe Grafik). Die aktuelle 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks zeigt: 2006 hatten bereits fast zwei Drittel aller Studierenden einen sozial hohen oder gehobenen Hintergrund.

Dass es auch anders geht, zeigt zum Beispiel das „Departement Wirtschaft und Politik“ (DWP) an der Hamburger Universität, das aus der ehemaligen Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik (HWP) hervorgegangen ist: Mehr dazu auf Seite 4 dieser Ausgabe in der Meldung „Studieren ohne Abitur“. •

Soziale Selektion im Studium

Zusammensetzung der Studierenden nach sozialer Herkunft (in Prozent)



Quelle: 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks

Nur der Anteil der Studierenden mit „hoher sozialer Herkunft“ ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen, der aller anderen sozialen Gruppen hingegen sinkt oder stagniert.

geplant... beschlossen

Der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand (GBV) hat Positionen zur Fortentwicklung des Risikostrukturausgleichs (RSA) in der Krankenversicherung beschlossen. Der DGB fordert unter anderem, die Kosten für eine „qualitativ hochwertige und flächendeckende Betreuung der Versicherten“ – also Verwaltungskosten – in die Berechnung des RSA zwischen den gesetzlichen Krankenkassen einzubeziehen.

Mehr: www.einblick.dgb.de

Kindergrundsicherung

Unterstützung für DGB

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) hat auf ihrem 13. Kinder- und Jugendhilfetag am 20. Juni eine Reihe von Forderungen beschlossen, um dem Problem der Kinderarmut in Deutschland besser zu begegnen. Dazu gehört eine generelle Neuberechnung der Hartz-IV-Regelsätze. „Wir brauchen auf Dauer eine Form der Kindergrundsicherung“, sagte der Vorsitzende der AGJ, Norbert Struck.

Damit findet ein Vorschlag des DGB weitere Unterstützung. Der Gewerkschaftsbund hatte sich angesichts der wachsenden Kinderarmut bereits Anfang Juni perspektivisch für eine Kindergrundsicherung ausgesprochen. Die Lücke zwischen Kindergeld (154 Euro) und Existenzminimum (304 Euro) müsse schrittweise geschlossen werden. Die AGJ ist ein Zusammenschluss von Behörden und Verbänden, die sich mit Themen der Kinder- und Jugendhilfe befassen. Neben den Landesjugendringen und Arbeitsgemeinschaften der Jugendämter sind unter anderem auch die DGB-Jugend, die GEW und ver.di Mitglied. •

Qualität der Arbeit

Prekäre liegen zurück

Die Ergebnisse des diesjährigen DGB-Index Gute Arbeit zeigen: Beschäftigte in prekären Arbeitsverhältnissen beurteilen die Qualität ihrer Arbeitsplätze in den meisten Bereichen schlechter als nicht prekär Beschäftigte.

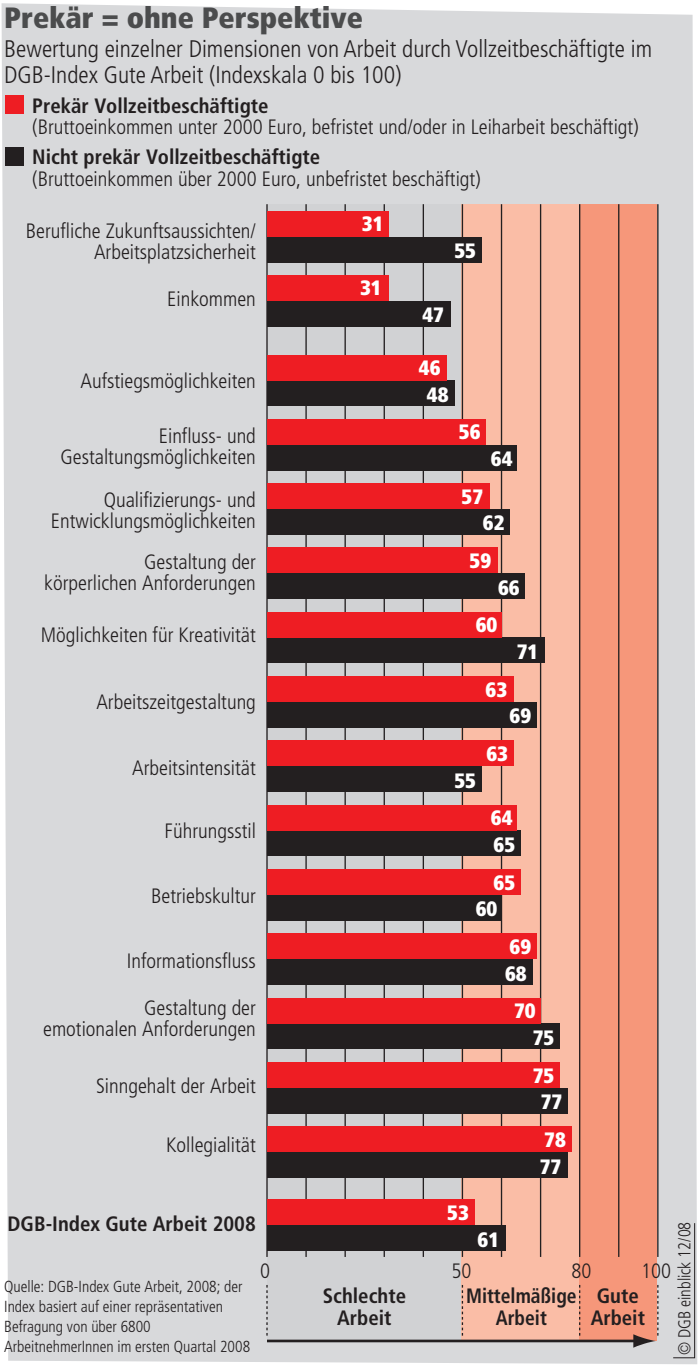
Verglichen wurde das Urteil von prekär Beschäftigten (Bruttoeinkommen unter 2000 Euro, befristet und/oder in Leiharbeit tätig) mit dem von nicht prekär Vollzeitbeschäftigten (Bruttoeinkommen über 2000 Euro, unbefristet beschäftigt). Schon der Gesamt-Indexwert der beiden Gruppen liegt weit auseinander. Während die prekär Beschäftigten es mit einem Index von 53 nur knapp in den Bereich der „mittelmäßigen Arbeit" schaffen (beginnt bei einem Indexwert von 50), schneiden die nicht prekär Beschäftigten mit einem Index von 61 deutlich besser ab. Die eklatantesten Unterschiede zeigen sich bei der Beurteilung der beruflichen Zukunftsaussichten und der Arbeitsplatzsicherheit sowie beim Einkommen (siehe Grafik). Der DGB-Index zeigt auch, dass prekäre Beschäftigung in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Nicht mal die Hälfte aller Befragten, 47 Prozent, haben unbefristete Vollzeitjobs und verdienen mehr als 2000 Euro brutto im Monat.

Bei dem von DGB und Gewerkschaften mit dem Internationalen Institut für Empirische Sozialökonomie (inifes) entwickelten Index urteilen jeweils im Frühjahr im Rahmen einer repräsentativen Infratest-Umfrage deutschlandweit über 6000 Beschäftigte – vom Mini-Jobber bis zur leitenden Angestellten – über ihre Arbeitsbedingungen. Anhand von 15 Arbeitsdimensionen geben sie sowohl über die aktuelle Situation als auch über ihre Ansprüche Auskunft. Die Ergebnisse werden auf einer Indexskala von 0 bis 100 eingestuft. Erreicht eine der Arbeitsdimensionen weniger als 50 Punkte, handelt es sich für diesen Bereich um schlechte Arbeitsbedingungen. Ab 80 Punkte beginnt die Kategorie Gute Arbeit. •

In prekären Verhältnissen zu arbeiten heißt allzu oft auch, kaum Perspektiven zu haben: Eindeutig in der Kategorie „schlechte Arbeit" liegen die Indexwerte prekär Beschäftigter, wenn sie ihre beruflichen Zukunftsaussichten, ihre Arbeitsplatzsicherheit sowie ihr Einkommen beurteilen. Mit jeweils nur einem Wert von 31 liegen sie weit hinter denen der nicht prekär Beschäftigten. Zurück liegen die „Prekären" auch bei den meisten anderen der insgesamt 15 beim DGB-Index Gute Arbeit abgefragten Arbeitsdimensionen.

Prekär = ohne Perspektive

Bewertung einzelner Dimensionen von Arbeit durch Vollzeitbeschäftigte im DGB-Index Gute Arbeit (Indexskala 0 bis 100)



Quelle: DGB-Index Gute Arbeit, 2008; der Index basiert auf einer repräsentativen Befragung von über 6800 ArbeitnehmerInnen im ersten Quartal 2008

Der DGB-Index im Betrieb

Die DGB-Index Gute Arbeit GmbH, getragen von DGB und Gewerkschaften, bietet Unternehmen oder Betriebsräten auch Mitarbeiterbefragungen und deren Auswertung an. Derzeit begleitet die Servicestelle bereits entsprechende Befragungen in mehreren Branchen: in der chemischen Industrie, bei Entsorgungsbetrieben, in der Ernährungswirtschaft, im Gesundheitswesen, im Metall- und Anlagenbau, im Schiff- und Fahrzeugbau sowie in der Telekommunikationsbranche und bei verschiedenen Verbänden.

Betriebsbefragungen mithilfe des DGB-Index Gute Arbeit liefern Erkenntnisse über die Qualität der betrieblichen Arbeitsbedingungen aus Sicht der Beschäftigten. Damit sind sie eine wichtige Stütze für die Umsetzung von Verbesserungen in der Praxis – etwa im betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz oder bei der Gestaltung von Arbeitszeitmodellen. Betriebsspezifische Themen werden dabei durch Ergänzungen im Fragebogen berücksichtigt.

Mehr Infos:
www.dgb-index-gute-arbeit.de

PROJEKTE UND PARTNER

soli extra Europa

Infos satt

Das Europäische Sozialforum, das im September 2008 in Malmö stattfindet, hat sich die DGB-Jugend zum Anlass genommen, die *soli extra Europa* neu aufzulegen.

Neben Hintergrundartikeln zur europäischen Politik und den Herausforderungen an die Gewerkschaften, geht es vor allem um die wichtigsten Themen der europäischen Gewerkschaftsjugend, die auch im Mittelpunkt des Workshops der Gewerkschaftsjugend während des Europäischen Sozialforums stehen sollen: Prekarisierung, Organizing, Bildung, BürgerInnenrechte und Arbeitsmarkt/Migration. •

www.dgb-jugend.de/dgb_jugend/broschueren

JAV-Wahl 2008

Wahl-Hilfen

Im kommenden Herbst finden die turnusmäßigen Wahlen zu den Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) statt. Für die Vorbereitung, sichere Durchführung und Auswertung der Wahl 2008 haben verschiedene Anbieter aktualisierte JAV-Wahl-Materialien erstellt.

Die JAV-Wahlmappe mit Digitalem Wahlhelfer (32,50 Euro) aus dem ran-Verlag enthält notwendige Vordrucke wie Formulare, Musterschreiben, Stimmzettel, Gesetzestexte, Mitteilungen und Aushänge. Der Wahlhelfer auf CD-ROM erstellt einen individuellen Wahlkalender, das auf der CD-ROM integrierte FAQ-Menü gibt Antworten auf die wichtigsten Fragen zur JAV-Wahl.

Ähnlich ausgestattet ist die bewährte JAV-Wahlmappe aus dem Bund-Verlag (34,90 Euro) Neben Formularen für das normale und das vereinfachte Wahlverfahren enthält sie u.a. eine CD-ROM mit elektronischem Wahlkalender und Stimmauszählungsprogramm.

Der JAV-Wahl-Ratgeber (ran-Verlag, 19,90 Euro) enthält hilfreiche Checklisten und Erläuterungen zum normalen und vereinfachten Wahlverfahren. Im ausführlichen Anhang finden sich alle für die Wahl relevanten Gesetzestexte. Ausführliche Infos und Arbeitshilfen für die JAV-Wahl 2008 finden sich auch auf den Jugendseiten der Homepages der Gewerkschaften. •

ran-Verlag: info@ranversand.de
Bund-Verlag: www.bund-verlag.de
JAV-Themenseiten der Gewerkschaften: www.einblick.dgb.de



neueFilme

Die gerade im Kino angelaufene Dokumentation *Über Wasser* erzählt drei ganz verschiedene Geschichten über das nasse Element. Sie lässt die Erlebnisse und Erfahrungen von Menschen im überfluteten Bangladesch, in der Steppe Kasachstans und in dichtbesiedelten Slums von Nairobi lebendig werden. Sie beschreibt, wie Häuser zu Booten werden und wie Wasser zur teuren Ware wird. Dabei spitzt der österreichische Dokumentarfilmer Udo Maurer in seinem sehenswerten Film die Frage zu: Ist Wasser Ware oder ein Menschenrecht?

Seit dem 19. Juni im Kino: Über Wasser – Menschen und gelbe Kanister. Film von Udo Maurer

DWP

Studieren ohne Abitur

Menschen ohne Abitur ein Studium zu ermöglichen, das war eines der Markenzeichen der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik (HWP). Seit 2005 ist die ehemalige HWP – hervorgegangen aus der von GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen gegründeten Akademie für Gemeinwirtschaft – Teil der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Uni Hamburg. Zwar ist das „Departement Wirtschaft und Politik" (DWP), wie der HWP-Nachfolger heute heißt, nicht mehr eigenständig. Trotzdem gibt es nach wie vor die Möglichkeit, sich per Prüfung auch ohne Abitur für die DWP-Studiengänge zu qualifizieren. Nach sechs Semestern kann ein Bachelor-Abschluss mit den Schwerpunkten BWL, VWL, Soziologie oder Wirtschafts- und Arbeitsrecht gemacht werden. Nach dem Bachelor ist außerdem in weiteren vier Semestern ein Master-Studium möglich. Aufnahmeprüfungen finden zweimal pro Jahr – jeweils im März und September – statt. Die Bewerbungsfrist für die nächste Prüfung im September ist der 15. Juli 2008. Mehr Infos gibt es direkt beim DWP oder bei der Gesellschaft der Freunde und Förderer der HWP (GdFF). •

www.wiso.uni-hamburg.de/dwp
www.gdff.de

Wettbewerb

Gelbe Hand 2008

Auch 2008 schreibt der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!" e.V. unter dem Titel „Die gelbe Hand 2008" einen Wettbewerb aus. Berufsschulen, (Ausbildungs-)betriebe und Verwaltungen sind dazu aufgerufen, Beiträge gegen Rechtsextremismus und Rassismus einzureichen. In diesem Jahr hat Uwe Schünemann (CDU), Innenminister von Niedersachsen, die Schirmherrschaft übernommen. Mit dem Wettbewerb „sollen Initiativen in der Arbeitswelt für Gleichberechtigung und gegen Rechts" forciert werden. „Diese wichtige Arbeit wird von uns dadurch unterstützt, dass wir die besten Initiativen prämieren", sagt der Vereinsvorsitzende Giovanni Pollice. Einsendeschluss ist der 31. Oktober 2008. •

www.gelbehand.de/wettbewerb_2008

interregio

••• Der ***DGB Bremen*** hat sich gegen Einschränkungen beim ***Bildungsurlaub*** ausgesprochen. Damit stellt er sich gegen den Vorstoß der Norddeutschen Industrie- und Handelskammern. Der DGB betont, die Möglichkeit zur Freistellung von der Arbeit zu Bildungszwecken müsse erhalten bleiben. Diese Regelung erlaube es insbesondere ArbeitnehmerInnen aus so genannten bildungsfernen Milieus, an Maßnahmen der politischen und beruflichen Weiterbildung teilzunehmen. Statt die Weiterbildungsmöglichkeiten zu beschränken, müssten attraktivere Bildungsangebote gemacht und die materiellen und ideellen Anreize gesteigert werden.

www.dgb-bremen.de

••• Der ***Filmpreis 2008*** des ***DGB Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt*** geht an den Film „Battle for Haditha" des britischen Regisseurs Nick Broomfield. Dies hat das Publikum des 19. Internationalen Filmfestes Emden-Norderney entschieden. Der DGB ehrt mit seinem Preis Regisseure, die sich mit ihren Filmen in besonderer Weise gesellschaftlich engagieren. Broomfield rekonstruiert in seinem Film die Geschichte und die Folgen eines Attentats im irakischen Ort Haditha aus verschiedenen Perspektiven. Dafür erhielt er auch den Bernhard-Wicki-Filmpreis für Filmemacher, die sich für Humanität, Toleranz und Aufklärung einsetzen.

www.niedersachsen.dgb.de/themen/oeffentlichkeitsarbeit/filmfest/index_html

Mindestlöhne

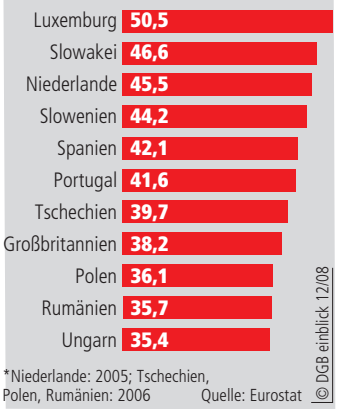
Jetzt geht's los

Endlich kommt Bewegung in den politischen Prozess zum Mindestlohn. Das Bundesarbeitsministerium hat jetzt Referentenentwürfe zur Änderung des Arbeitnehmerentsendegesetzes und zur „Wiederbelebung" des Mindestarbeitsbedingungengesetzes (MiAG) von 1952 vorgelegt. Der DGB beurteilt die Pläne positiv, fordert aber Nachbesserungen – und den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro.

Die vorliegenden Entwürfe könnten ein Schritt zu besseren Arbeitsbedingungen im Niedriglohnbereich sein – wenn sie denn Gesetz würden, erklärte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Trotzdem gibt es auch Kritik vom Bund der Gewerkschaften: Zum Beispiel daran, dass

Ein Drittel bis die Hälfte

Höhe des gesetzlichen Mindestlohns im Vergleich zum monatlichen Durchschnittsgehalt in ausgewählten europäischen Ländern 2007* (in Prozent)



In fast 20 Ländern der Europäischen Union gibt es gesetzliche Mindestlöhne. Ihre Höhe ist äußerst unterschiedlich – von 9,30 Euro in Luxemburg bis 80 Cent pro Stunde in Rumänien. In der Regel entsprechen die Mindestlöhne etwa einem Drittel bis zur Hälfte der jeweiligen Durchschnittslöhne in den EU-Staaten.

über beide Gesetze nicht auch regionale Mindestentgelte festgesetzt werden können – etwa für ein Bundesland. Das hätte Möglichkeiten geschaffen, die Vergabegesetze der Länder auch nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs zum niedersächsischen Vergabegesetz (*einblick 7/2008*) möglichst europarechtskonform zu machen. Der Entwurf zum Entsendegesetz nennt zudem einen „bundesweiten Tarifvertrag" als Voraussetzung für die Allgemeinverbindlicherklärung. Das widerspräche der bisher gängigen Praxis in vielen Branchen, über mehrere Verträge in verschiedenen Tarifbezirken zu einer bundeseinheitlichen Regelung zu kommen. Der DGB fordert deshalb in einer Stellungnahme zum Entwurf eine „sprachliche Klarstellung".

Positiv bewertet der DGB hingegen, dass im Entwurf zum Entsendegesetz bei konkurrierenden Tarifverträgen das Kriterium der „Repräsentativität" gelten soll, um zu entscheiden, welcher Vertrag für allgemeinverbindlich erklärt wird. Konkret wird dann darauf geschaut, wie viele ArbeitnehmerInnen bei den tarifgebundenen Arbeitgebern beschäftigt und wie viele Mitglieder bei der Gewerkschaft organisiert sind, die den Tarifvertrag abgeschlossen haben.

Auch im Entwurf zum MiAG (*einblick 20/07*) gibt es aus Sicht des DGB noch einiges nachzubessern. Nach dem Gesetz wäre es künftig möglich, dass der mit VertreterInnen aus Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften besetzte so genannte Hauptausschuss „soziale Verwerfungen" in einer Branche feststellt und anschließend ein Fachausschuss Mindeststandards für diese Branche definiert, die dann per Rechtsverordnung festgelegt werden. Entgegen dem bisherigen Gesetz soll in Zukunft aber nur die Festlegung von Mindestarbeitsentgelten möglich sein – nicht von weiteren Mindeststandards für die Arbeitsbedingungen, also etwa zur Arbeitszeit.

Lange Zeit hatten die ursprünglichen Pläne zur Besetzung der Ausschüsse – vor allem des Hauptausschusses – bei den Gewerkschaften für Kritik gesorgt. Sie sollten mit (wissenschaftlichen) „Experten" besetzt werden. Der DGB hatte hingegen immer gefordert, die Sozialpartner als die „wirklichen Experten" in die Ausschüsse einzubinden. Dem folgt der aktuelle Referentenentwurf zum Teil. Den oder die Vorsitzende/n sowie zwei der Mitglieder benennt die Bundesregierung, je zwei weitere Mitglieder benennen Arbeitgeber und Gewerkschaften. Der DGB hält bei dieser Zusammensetzung die Politik aber immer noch für „überrepräsentiert". Erklärtes Ziel der großen Koalition sei es schließlich gewesen, die Tarifparteien bei der Festlegung von Mindestlöhnen zu stärken.

Dieses Argument wird derzeit allerdings vor allem von UnionsPolitikerInnen und der Arbeitgeberseite dazu missbraucht, den in den Referentenentwürfen gefundenen Kompromiss zu torpedieren. Konkret geht es darum, ob Tarifverträge mit Regelungen, die schlechter sind als die durch Entsendegesetz oder MiAG festgelegten Mindestentgelte, weiter gültig bleiben oder ob die gesetzlichen Mindeststandards Vorrang haben. Der Entwurf zum Entsendegesetz sieht einen Vorrang gegenüber Firmen- und Flächentarifen vor, der zum MiAG lässt nur schlechtere Bedingungen von Tarifverträgen zu, die vor dem 01. Juni 2008 abgeschlossen wurden. BDA-Präsident Dieter Hundt spricht von einem „massiven Angriff auf die Tarifautonomie". Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich mit Verweis auf die Tarifautonomie erneut gegen flächendeckende gesetzliche Mindestlöhne ausgesprochen. Ein Argument, das Michael Sommer nicht gelten lässt. „Dieses Gegensatzpaar hat Kanzlerin Merkel aufgebaut, um ihren ‚Merkellohn' durchzusetzen. Und der bedeutet Armutslohn plus Hartz IV", sagte der DGB-Vorsitzende im Deutschlandradio Kultur.

Ziel sind 7,50

Für den DGB sind die vorliegenden Entwürfe zum Entsendegesetz und zum Mindestarbeitsbedingungengesetz (MiAG) ein Schritt in die richtige Richtung. Eine echte nachhaltige Lösung gegen Lohndumping und Armutslöhne sehen die Gewerkschaften aber nach wie vor in einem flächendeckenden Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro.

Der Fahrplan

***Im Juni** hat das Bundeswirtschaftsministerium von Minister Michael Glos (CSU) eine Stellungnahme zu den Entwürfen aus dem Arbeitsministerium abgegeben. Glos sieht vor allem den Vorrang gesetzlicher Standards vor (schlechteren) Tarifverträgen kritisch.*

***Im Juli** – spätestens im Laufe der parlamentarischen Sommerpause – sollen nach den bisherigen Plänen die endgültigen Gesetzentwürfe im Kabinett beschlossen werden.*

*Nach der Sommerpause – also frühestens **Mitte September** – gehen die Entwürfe dann in den Bundestag.*

***Bis zum Herbst** soll außerdem eine Arbeitsgruppe der großen Koalition entscheiden, welche der acht Branchen, die eine Aufnahme ins Entsendegesetz im März beantragt hatten, tatsächlich allgemein verbindliche Mindestlöhne einführen darf.*

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Die IG BAU unterstützt eine E-Mail-Aktion des Pestizid-Aktions-Netzwerks (PAN) zur europäischen Pestizidgesetzgebung. Der EU-Agrarministerrat wird aufgefordert, Pläne von EU-Kommission und EU-Parlament in punkto Gesundheits- und Umweltschutz nicht aufzuweichen. Die vorformulierte Mail online: www.pan-germany.org

Die europäischen Dachverbände der Bildungsgewerkschaften und Studierendenvertretungen setzen sich mit der Kampagne „Let's go" für eine verbesserte internationale Mobilität von Studierenden und Hochschulbeschäftigten ein. Diese würde noch durch zu viele Hürden behindert. www.letsgocampaign.net

Die diesjährigen Sieger des von TRANSNET unterstützten Wettbewerbs „Bahn-Azubis gegen Hass und Gewalt" stehen fest. Der erste Preis ging an Bahn-Auszubildende aus Frankfurt/M., die bei einem Spiel des 1. FC Kaiserslautern 10.000 „Rote Karten" verkauften, mit denen die Fans ihre Ablehnung von Hass und Gewalt im Stadion demonstrierten. Der Erlös des Verkaufs ging an einen Verein zur Unterstützung krebskranker Kinder.

ver.di kritisiert die von einem Sachverständigenrat der Bundesregierung geforderte Privatisierung der Sparkassen und Landesbanken. Damit würden die „wesentlichen Stabilisatoren" des deutschen Finanzsystems zerstört.

Vorratsdatenspeicherung

ver.di klagt in Karlsruhe

ver.di hat Verfassungsklage gegen die seit Jahresbeginn gesetzlich geregelte Vorratsdatenspeicherung erhoben. Die massenhafte Speicherung sämtlicher Daten von Telefon-, E-Mail- und Internetverkehr verletze sowohl die Vertraulichkeit der gewerkschaftsinternen Kommunikation als auch die der Kommunikation mit Hilfe suchenden ArbeitnehmerInnen. Die Datenspeicherung habe das Risiko des Datenmissbrauchs außerdem drastisch erhöht, argumentiert der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Gerd Herzberg. „Gelegenheit macht Diebe", bemerkt der ver.di-Vize mit Blick auf den bekannt gewordenen Bespitzelungsskandal bei der Telekom.

„Die gewerkschaftsinterne Kommunikation unterliegt der durch das neue Gesetz drastisch erhöhten Zugriffsgefahr durch Unbefugte", heißt es in der Begründung zur Verfassungsklage. Arbeitskampfstrategien, interne Abstimmungen mit und ohne Telefon und auch inhaltliche Diskussionen seien in Gefahr, ausgehorcht zu werden. Lothar Schröder, im ver.di-Bundesvorstand zuständig für den Bereich der neuen Technologien und damit auch für die Telekom, sieht darin eine „Verletzung der Koalitionsfreiheit", die durch Artikel 9 Grundgesetz geschützt ist. Damit gehe diese Verfassungsbeschwerde über die bisherigen beim Verfassungsgericht eingegangenen Beschwerden hinaus. •

IG BAU

Bau-Mindestlohn bleibt

Der Tarifstreit um die Mindestlöhne im Bauhauptgewerbe ist beigelegt, die Schlichtung durch den ehemaligen Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement hat den erhofften Erfolg gebracht. Im Bauhauptgewerbe gibt es zwei Mindestlohnstufen: Lohngruppe 1 für Bauhelfer und Lohngruppe 2 für Angelernte. Für Westdeutschland steigen die Mindestlöhne in der ersten Gruppe von 10,40 Euro auf 10,70 pro Stunde, in der zweiten Gruppe von 12,50 auf 12,85 Euro. In den ostdeutschen Bundesländern bleiben die Mindestlöhne von neun, beziehungsweise 9,80 Euro unverändert.

Das Baugewerbe sei damit weiterhin „ein Modell für Branchen, die den Mindestlohn anstreben", betonte der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel nach der Einigung in der Schlichtungskommission. „Die Erfolgsgeschichte der Mindestlöhne am Bau wird fortgesetzt." Seit 1997 gibt es in der Branche tariflich festgelegte Mindestentgelte. Sie sind über das Arbeitnehmerentsendegesetz allgemeinverbindlich.

Bis zum 4. Juli haben die Tarifpartner jetzt Zeit, den Schlichterspruch anzuerkennen. Die Zustimmung von IG BAU und dem Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB), der vor allem Großunternehmen der Branche vertritt, gilt als nahezu sicher.

Noch nicht ganz klar ist die Zustimmung des zweiten Arbeitgeberverbandes – des Zentralverbands des Deutschen Baugewerbes (ZDB), in dem eher kleine und mittelständische Betriebe organisiert sind. Der ZDB war ursprünglich mit der Forderung in die Verhandlungen gegangen, die höhere der beiden Mindestlohngruppen abzuschaffen und dafür die einzig verbliebene Gruppe leicht zu erhöhen. •

Pflegereform

Tipps für Versicherte



Mit einer Broschüre informieren DGB und Gewerkschaften über die wichtigsten neuen Regelungen der Pflegereform, die am 1. Juli 2008 in Kraft tritt. Der Ratgeber mit dem Titel „Pflegereform 2008 – Infos für Versicherte und Angehörige" erklärt, was sich für Versicherte, Pflegebedürftige und Pflegende ändert: zum Beispiel wie hoch künftig die gestiegenen Beitragssätze sind. Auch die verbesserten Leistungen werden erläutert – vom höheren Pflegegeld bis zu den neuen Möglichkeiten für die bessere Pflege Demenzkranker. Außerdem gibt es ausführliche Infos zur Pflegezeit. Das ist die wichtigste Neuerung für ArbeitnehmerInnen, die sich um einen pflegebedürftigen Angehörigen kümmern. Um die Vereinbarkeit von Beruf und familiärer Pflege zu verbessern, werden mit der Reform zwei neue Rechtsansprüche geschaffen. Zum einen: Bei einer akut aufgetretenen Pflegesituation dürfen Beschäftigte kurzzeitig bis zu zehn Tagen ihrer Arbeit fernbleiben, um die Pflege organisieren zu können – haben dabei allerdings eine Anzeigepflicht. Zum anderen: Für Pflege in häuslicher Umgebung können sich Beschäftigte vollständig oder teilweise bis zu sechs Monate von der Arbeitsleistung freistellen lassen. Beschäftigte, die von diesen Rechten Gebrauch machen, unterliegen dabei einem Sonderkündigungsschutz.

Die Broschüre enthält außerdem einen Serviceteil mit hilfreichen Adressen von Pflegekassen und beratenden Verbänden. Sie kann bei den DGB-Bezirken und -Regionen sowie den DGB-Gewerkschaften bezogen werden. •

www.einblick.dgb.de

Zukunft des Lissabon-Vertrags

Nicht noch ein „Weiter so“

Das „Nein“ der Iren zum Lissabon-Vertrag wird zur Bewährungsprobe für die EU – auch wenn die Politik beschwichtigt und die Staats- und Regierungschefs das Problem erst einmal aussitzen. Warum ein „Weiter so“ die schlechteste Lösung wäre, erklärt Gabriele Bischoff.

Das sollte misstrauisch machen: Nach dem gescheiterten Referendum in Irland reden plötzlich PolitikerInnen jeder Couleur – selbst Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) – von Bürgernähe. Davon, dass es bislang nicht geglückt ist, die Idee der Europäischen Union den Menschen nahe zu bringen. Dabei geht es jetzt **nicht darum, eine Marketing-Agentur zu finden,** die die EU-Politik geschickter als bisher den Bürgerinnen und Bürgern verkauft. Es gilt vielmehr, eine Politik zu machen und sie in einer verständlichen Sprache zu kommunizieren, die stärker an die Bedürfnissen und Interessen der BürgerInnen anknüpft.

Aber sind die nationalen Regierungen und die europäische Politik jetzt aufgerüttelt? Ich befürchte, nein. Die Staats- und Regierungschefs haben weitere Entscheidungen erst einmal auf den Herbst vertagt, der Ratifizierungsprozess für den Lissabon-Vertrag soll weiterlaufen, als wäre nichts passiert. Bisher lässt die europäische Elite **kaum erkennen, dass sie die Botschaft des irischen Referendums verstanden hat** oder bereit ist, über diese Botschaft ernsthaft nachzudenken. Aber genau das ist jetzt dringend notwendig. Denn die wachsende Skepsis vieler Bürgerinnen und Bürger gegenüber der EU in ihrer jetzigen Verfassung hat – nicht nur in Irland – viele Gründe. Einfache Antworten gibt es nicht. Umso wichtiger wäre es deshalb jetzt, nicht nur mit Worten, sondern auch mit einer besseren europäischen Politik gegenzusteuern. Zum Beispiel mit einer sozialeren Politik. Immerhin hat die EU-Kommission angekündigt, Anfang Juli ein Sozialpaket vorzulegen. Es soll unter anderem die Antidiskriminierungsrichtlinie und die Richtlinie zu Europäischen Betriebsräten verbessern sowie Gesetzesvorhaben im Bereich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes und der Patientenrechte anstoßen. Das ist auch überfällig, wenn es in der jetzigen Amtszeit von Kommission und EU-Parlament noch zu wesentlichen Fortschritten kommen soll.

Inzwischen müsste klar sein: **Noch einmal wird sich Europa nicht mit einem „Weiter so“ in die Zukunft retten.** Auch nicht institutionell. Der Soziologe Jürgen Habermas hat erst kürzlich wieder ein europaweites Referendum vorgeschlagen. Auch der DGB hatte bereits bei der Debatte um den Verfassungsvertrag diese Option ins Spiel gebracht. Für Habermas wäre ein solches Referendum ein Einstieg für ein Europa der „zwei Geschwindigkeiten“ im sozialen Bereich. Und zwar mit den Ländern, die sich im Referendum dafür aussprechen.

Mit der Debatte um die Zukunft des Lissabon-Vertrags ist auch die Frage verknüpft: Die EU vertiefen oder erweitern – oder beides? Klar ist: Die Vorstellung, Vertiefung und Erweiterung der EU seien gleichzeitig möglich, **hat sich als Täuschung erwiesen** – zumindest wenn es offenbar nicht gelingt, dafür auch die institutionellen Voraussetzungen zu schaffen. Wer anerkennt, dass man die Zusammenarbeit verstärken muss, muss auch anerkennen, dass das bereits im Europa der 27 kaum mehr funktioniert. Die Konsequenz ist dann die Einsicht: Vertiefung im Europa der 27 ist in zentralen Fragen wie dem sozialen Europa nur möglich, wenn die Länder vorangehen und weitergehende Maßnahmen und Regeln beschließen, die dazu bereit sind.

Zurück zur Tagesordnung – das darf es auch für die Gewerkschaften nicht geben. Der Europäische Gewerkschaftsbund hat ein Europa der zwei Geschwindigkeiten in sozialen Fragen auf seinem Kongress in Sevilla bereits als mögliche Lösung akzeptiert. Die Gewerkschaften müssen sich jetzt **mehr denn je engagiert und offensiv in die Debatte einbringen** – auch mit neuen, innovativen Vorschlägen für eine Weiterentwicklung der Union. Denn von der Politik ist davon in nächster Zeit offensichtlich wenig zu erwarten. Deshalb sollten die Gewerkschaften jetzt zwischen Politik und BürgerInnen vermitteln: Eine Balance von Binnenmarkt und Dienstleistungsfreiheit auf der einen Seite sowie mehr und besserem sozialen Schutz auf der anderen Seite ist die Zukunft Europas. Die deutschen Gewerkschaften haben mit dem Vorschlag, den Lissabon-Vertrag um eine „soziale Fortschrittsklausel“ in Form eines Zusatzprotokolls zu ergänzen, eine Diskussion angestoßen, die nach dem „Nein“ der Iren ein wichtiger Beitrag zur Lösung der Krise sein könnte. Gleichzeitig gilt es, **die Fortschritte, die im Lissabon-Vertrag enthalten sind, abzusichern:** Die Grundrechtecharta darf nicht weiter abgeschwächt werden und die ersten Schritte für eine breitere soziale Dimension, wie die im Lissabon-Vertrag enthaltene Klausel zur Daseinsvorsorge und zu den sozialen Folgenabschätzungen, dürfen im weiteren Prozess nicht verloren gehen. Ganz gleich, wer an diesem Prozess dann teilnimmt. •



Gabriele Bischoff, 47, leitet den Bereich Europa-Politik beim DGB-Bundesvorstand.

21 mal „Ja“

Außer Irland hatten sich alle übrigen EU-Staaten dafür entschieden, den Vertrag auf parlamentarischem Weg ohne ein Referendum ratifizieren zu wollen.

Vollständig abgeschlossen ist die Ratifizierung bereits in 15 Staaten – darunter Frankreich, Griechenland, Österreich und Dänemark.

In sechs weiteren EU-Staaten hat der Lissabon-Vertrag erfolgreich die nationalen Parlamente passiert – allerdings stehen noch Entscheidungen weiterer Verfassungsorgane wie den Verfassungsgerichten oder einer Länderkammer aus. Zu diesen Staaten gehört auch Deutschland, weil noch Klagen gegen den Lissabon-Vertrag beim Bundesverfassungsgericht anhängig sind.

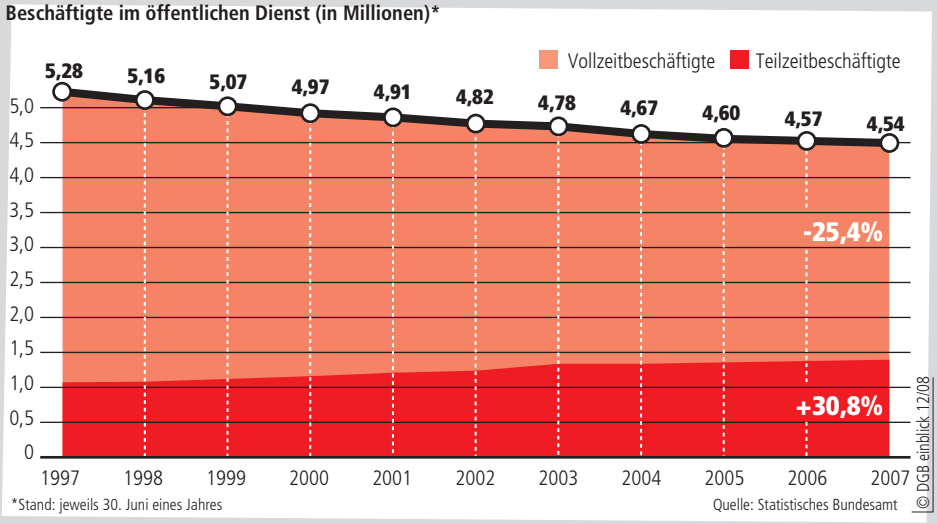
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

ÖFFENTLICHER DIENST: Weniger Vollzeitbeschäftigte

In den vergangenen zehn Jahren ist nicht nur die Gesamtzahl der Stellen im öffentlichen Dienst deutlich zurückgegangen, auch die Struktur der Beschäftigten bei Bund, Ländern und Kommunen hat sich verändert: Während die Zahl der Vollzeitstellen um rund ein Viertel gesunken ist, stieg die der Teilzeitstellen um fast ein Drittel. Der Anstieg der Teilzeitbeschäftigung war laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2007 zu einem Großteil auf Altersteilzeitregelungen zurückzuführen.



personalien

••• ***Stephan Hegger,*** 50, bisher Redakteur der einblick Verlagsgesellschaft, ist ab dem 1. Juli Referent des Landesbezirksvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Nordrhein-Westfalen und deren Pressesprecher.

••• ***Stephanie Laux,*** 32, bisher persönliche Referentin von DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel, wechselt zum 1. Juli in den Bereich Personal- und Organisationspolitik beim IG Metall-Vorstand.

••• ***Hubertus Schmoldt,*** 63, Vorsitzender der IG BCE, wurde Mitte Juni als Präsident der Europäischen Föderation der Bergbau-, Chemie- und Energiegewerkschaften (EMCEF) wiedergewählt.

••• ***Hüseyin Yilmaz,*** 58, Abteilungsleiter Migration beim DGB Hamburg, ist am 21. Juni auf dem Bundeskongress der Türkischen Gemeinde in Deutschland zu deren stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt worden.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

1./2.7. ver.di und WSI in der Hans-Böckler-Stiftung, Workshop „Tariftreue in Europa – soziale und ökologische Kriterien bei der öffentlichen Auftragsvergabe", Berlin

2.7. DGB-Bildungswerk Baden-Württemberg, Seminar „Nacht- und Schichtarbeit: Auswirkungen und Gestaltungsmöglichkeiten", Stuttgart

3.7. Friedrich-Ebert-Stiftung und IG Metall Niedersachsen/Sachsen-Anhalt, Forum „Ausgebildet und abgewandert! – Was können Hochschulen, Gewerkschaften und Unternehmen tun, um Fachkräfte im Land zu halten", Magdeburg

5.7. Internationaler Tag der Genossenschaften der Vereinten Nationen

7.7. CDA, Arbeitnehmerkonferenz der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands, Stuttgart

7.7. DGB Niedersachsen-Mitte, 5. Sozialpolitisches Forum „Armes Deutschland – Kinderarmut auch in Hannover?", Hannover

7.-9.7. G8-Gipfel, Toyako/Japan

8.7. DGB Berlin-Brandenburg, Konferenz „Industriepolitik in aller Munde?! Die Zukunft der Berliner Industrie – eine Herausforderung für die Politik!", Berlin

8./9.7. DGB und BDA, Konferenz „Aktionsrahmen zur Gleichstellung von Frauen und Männern – Zwischenbilanz und Perspektiven", Berlin

11.7. DGB Baden Württemberg, ver.di, GEW und GdP, Fachtagung „Diskriminierungsfreie Personalpolitik gemessen am DGB-Index Gute Arbeit", Stuttgart

12.7. Friedrich-Ebert-Stiftung, Tagung „Gute Arbeit: Menschlich – Sozial – Gerecht", Stuttgart

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantwortlich), Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/3088 24 13, Fax 030/3088 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Kein Asyl für US-Chlorhühnchen!"

Titel einer Pressemitteilung der Europaabgeordneten Dagmar Roth-Behrendt vom 16. Juni. Die EU Kommission plant, künftig das Importverbot für chlorbehandeltes Hühnchenfleisch aus den USA aufzuheben. Hühnchenfleisch mit Chlor keimfrei zu machen, ist dort immer noch ein übliches Verfahren.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 14.07.2008 13/08

DGB

inhalt

Seite 3
Daten auf Vorrat
Manche Sozialleistungen soll es ab 2012 nur noch mit der elektronischen Jobcard geben. Dafür wird eine Datenbank mit Einkommensnachweisen von allen rund 35 Millionen Beschäftigten angelegt

Seite 5
Zu kurz gesprungen
Die EU-Kommission will mit einer Sozialagenda die soziale Dimension der Union stärken. Dafür reicht das geschnürte Paket aber noch lange nicht aus

Seite 7
Die EZB und der Milchpreis
Die Zinserhöhung der Europäischen Zentralbank kann die Konjunktur empfindlich stören – wird aber den Preisschub nicht stoppen, ist Claus Matecki überzeugt

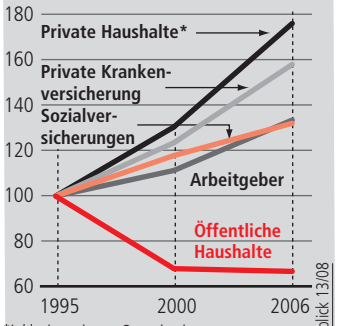
Krankenhausfinanzierung

Kompromiss ohne Ergebnis

Schloss Plön in Schleswig-Holstein hat – so heißt es in Touristeninfos – eine „wechselvolle Geschichte". Eine eher traurige Geschichte erlebte das Schloss Anfang Juli, als dort die Konferenz der Landesgesundheitsminister tagte und sich dabei auch mit der Krankenhausfinanzierung beschäftigte.

Dass es die Finanzsituation der Krankenhäuser überhaupt wieder oben auf die politische Agenda geschafft hat, ist auch der Verdienst der ver.di-Kampagne „Der Deckel muss weg", mit der die Dienstleistungsgewerkschaft für eine ordentliche Finanz- und Personalausstattung der Krankenhäuser kämpft. Denn damit hapert es seit Jahren. Die Krankenhäuser beziehen Gelder aus zwei öffentlichen Quellen: Der Bund legt das Budget der Krankenkassen fest, das diese zur Finanzierung der Krankenhäuser ausgeben – und „deckelt" diesen Beitrag seit Jahren auf niedrigem Niveau. Und die Bundesländer müssten eigentlich mit ihrer Investitionsförderung die Investitionskosten der Einrichtungen abdecken, kommen dieser Verantwortung aber kaum noch nach (*einblick 7/2008*).

Nur der Staat zahlt weniger
Entwicklung der Ausgaben für Gesundheit aller Ausgabenträger (Ausgaben in 1995 = Indexwert 100)



*inklusive privater Organisationen ohne Erwerbszweck
Quelle: Statistisches Bundesamt/ eigene Berechnungen

Bei der Krankenhausfinanzierung stehlen sich vor allem die Bundesländer aus der Verantwortung, und der Bund „deckelt" das Budget der Krankenkassen zur finanziellen Unterstützung. Der Rückzug des Staates aus der Finanzierung öffentlicher Gesundheit ist ein bereits länger andauernder Trend: Seit 1995 sind in diesem Bereich nur die Ausgaben der öffentlichen Haushalte gesunken. Alle anderen zahlen mehr. Am stärksten sind die Ausgaben der privaten Haushalte gestiegen.

Zwar enthält der Kompromiss der Landesgesundheitsminister einige Maßnahmen – gerade bei der so wichtigen Investitionsförderung ist das Ergebnis aber gleich Null. In einer gemeinsamen Erklärung heißt es lediglich, die Länder würden „ihre Verantwortung in der Investitionsförderung" wahrnehmen. Diese banale Sprechblase ist nicht mehr als die Zusage, die gesetzlichen Verpflichtungen einhalten zu wollen: Denn eigentlich müssten die Länder 100 Prozent der Investitionskosten der Krankenhäuser tragen. Aber selbst die „Einigung" zur Investitionsförderung hat einen Haken. Bei deren Höhe würde man auch die Investitionsförderung der Hochschulkliniken berücksichtigen, erklärten die LandesministerInnen in Plön. Damit deute sich bereits an, dass „die Länder ihre Krankenhausförderung mit den Anteilen der Förderung für die Universitätsklinika schön rechnen wollen", meint ver.di-Gesundheitsexperte Herbert Weisbrod-Frey.

Weisbrod-Freys Resümee zum Plöner Kompromiss ist eindeutig: Noch bewege sich trotz dramatischer Finanzierungslage bei den Krankenhäusern „in der Politik alles viel zu zögerlich". Deshalb hat ver.di inzwischen ein breites Netzwerk geknüpft: Das „Aktionsbündnis Rettung der Krankenhäuser" eint ganz unterschiedliche Partner – von ver.di über den Marburger Bund, Arbeitgeberverbände und Kommunen bis hin zur Bundesärztekammer. •

plusminusBERLIN

+ ***SPD-Fraktionsvize Angelica Schwall-Düren kritisiert, dass die Diskussion über die künftigen „Grenzen" der EU oft nur eine geografische sei. Stattdessen müsse darüber gesprochen werden, ob man sich nur über einen gemeinsamen Markt oder „vielmehr über eine Sozialunion definiert".***

– ***Norbert Geis (CSU) kritisiert FC Bayern-Trainer Jürgen Klinsmann, weil der Buddha-Figuren auf dem Trainingsgelände aufgestellt hatte. Klinsmann dürfe den Spielern seine „religiösen Gefühle" nicht aufzwingen. Da vergisst Geis wohl die Position seiner Partei im „Kruzifix-Streit".***

Der Surf-Tipp fürs Internet

http://ec.europa.eu/social
Neues Portal der EU zur europäischen Sozialpolitik

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
DGB-Informationen zur Migrationspolitik: Regelungen des Aufenthaltsgesetzes zur Erwerbstätigenzuwanderung

POLITIK AKTUELL

?...nachgefragt



Anfang Juli reiste DGB-Vize Ingrid Sehrbrock nach Indien. Das Fazit ihrer Reise ist ernüchternd: Vom einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum, das breiteren Kreisen der Bevölkerung soziale Absicherung beschert, ist Indien weiter denn je entfernt. Und doch gibt es dort ein Beispiel gewerkschaftlicher Selbstorganisation, das Mut macht – SEWA, die Gewerkschaft für selbstständige Frauen aus dem informellen Sektor.

Hierzulande existiert nach wie vor ein Bild von einem dank neuer Technologien boomenden Indien, von einem Schwellenland mit riesigen Wachstumsraten. Bei meinem Besuch musste ich feststellen: Die soziale Gegensätze in Indien sind in den letzten Jahren nicht geschrumpft, sondern sogar gewachsen! Der Anteil der arbeitenden Menschen im informellen Sektor – ohne jegliche soziale Absicherung – ist nicht zurückgegangen, sondern sogar gestiegen, auf nun 94 Prozent. Es gibt weder ein leistungsfähiges Bildungs- und Ausbildungssystem noch eine obligatorische Renten- oder Krankenversicherung. Diejenigen, die uns in Deutschland sagen, dass wir mit den Löhnen in Indien oder anderswo konkurrieren müssen, haben dabei nicht im Blick, dass dort der Großteil der Beschäftigten nicht von seiner Arbeit leben kann.

Die Lösung kann nicht sein, dass bei uns die Spirale immer weiter nach unten geht und das Gleiche auch in Schwellenländern wie Indien abläuft. Wir brauchen weltweit mehr Bildung, Existenz sichernde Löhne und funktionierende Sozialsysteme. Das haben auch die G8-Staaten in Heiligendamm in ihrer Schlusserklärung erkannt. Doch beim G8-Gipfel in Japan spielte die soziale Dimension der Globalisierung kaum eine Rolle. Ich bin überzeugt: Ohne die Gewerkschaften, den Selbsthilfeorganisationen der arbeitenden Menschen, lässt sich die weltweite soziale Schieflage nicht bewältigen. Nicht zuletzt zeigt das SEWA, die Gewerkschaft der Frauen im informellen Sektor, mit mittlerweile über einer Million Mitgliedern. SEWA orientiert sich in ihrer Arbeit ganz eng an den Bedürfnissen ihrer Mitglieder und knüpft dort an, wo der Staat versagt – mit Mikrokrediten für selbstständige Frauen, mit Alphabetisierungskursen, mit ersten Ansätzen von Altersversorgungssystemen.

Anzeige



Sozialgerichtsbarkeit

Zusammenlegung weiter Thema

Die von den Bundesländern angestrebte Zusammenlegung der Sozial- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit ist noch nicht vom Tisch. Nachdem Anfang Juli in der Föderalismus-Kommission II in mehreren Punkten keine Einigung zwischen Bund und Ländern erzielt werden konnte, sollen vier Arbeitsgruppen bis Oktober nach Lösungen suchen. Zu den strittigen Fragen gehört auch die „Fusion" der beiden Fachgerichtsbarkeiten, mit der sich jetzt eine Arbeitsgruppe um Justizministerin Brigitte Zypries (SPD) beschäftigen wird.

Der DGB hat sich gemeinsam mit einem Netzwerk von insgesamt zwölf Verbänden – darunter der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen und der Bund Deutscher Sozialrichter – schon mehrfach für die Eigenständigkeit der Sozialgerichte ausgesprochen. Außerdem kritisiert der DGB die ebenfalls diskutierte Einführung von Gerichtsgebühren für sozialrechtliche Verfahren. Diese sind bislang zu recht gebührenfrei, meint der DGB. Denn wer im Streitfall etwa seinen Rechtsanspruch auf staatliche Leistungen durchsetzen wolle, lebe nicht selten ohnehin am Rande des Existenzminimums. Ein Gutachten mehrerer WissenschaftlerInnen, das in die Beratung der Kommissions-Arbeitsgruppe eingehen wird, stützt diese Argumentation: Die Einführung lohne sich selbst wirtschaftlich kaum, weil den Einnahmen höhere Ausgaben in Form von Prozesskostenhilfen gegenüberstünden, erklären die WissenschaftlerInnen. •

Steuerzahlerbund

Fragwürdige Struktur

Immer wieder versucht der „Bund der Steuerzahler" (BdSt), sich medienwirksam als Anwalt der kleinen Leute und Kontrollinstanz gegenüber einem verschwenderischen Staat zu inszenieren – zum Beispiel mit seinem jährlich vorgestellten „Schwarzbuch".

Eine Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung hat den Verband jetzt genauer unter die Lupe genommen. Das Resümee von Lobbyismus-Forscher Rudolf Speth ist klar: Der Steuerzahlerbund ist nicht (mehr) das, was er vorgibt zu sein. Die Mitgliederzahlen sind seit 2001 um 25 Prozent abgestürzt, drei Viertel der Mitglieder sind Unternehmer oder Freiberufler.

Außerdem hält Speth den politischen Ansatz des Steuerzahlerbundes für äußerst beschränkt. „Die Grundsatzbotschaft lautet schlicht: Der Staat soll schlank sein. Die Politik muss sparen", erklärt Speth. Der Wert öffentlicher Güter und Aufgaben spiele in der Argumentation des BdSt ebenso wenig eine Rolle wie das Phänomen der Steuerflucht. •

Die Studie zum Download: www.boeckler.de/pdf/p_arbp_161.pdf

Elektronischer Entgeltnachweis

Daten auf Vorrat mit der Jobcard

Gisela Piltz, innenpolitische Sprecherin der FDP, warnt vor einem „Datenmonster". Petra Pau von der Linkspartei erklärt, bei ihr würden die „Alarmglocken läuten". Was eint PolitikerInnen von links bis liberal in solch harscher Kritik? Die Antwort heißt „Elektronischer Entgeltnachweis", kurz: Elena. Sind die Sorgen berechtigt?

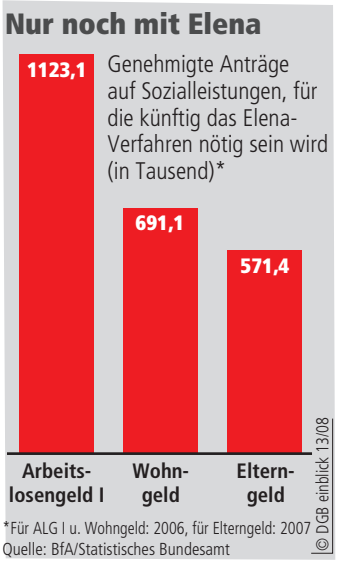
Es soll nach dem Willen der Bundesregierung eines der größten „Bürokratieabbau-Programme" der Legislatur sein und der Wirtschaft Verwaltungskosten in zweistelliger Millionenhöhe sparen: Elena und die mit dem neuen Verfahren verknüpfte „Jobcard" wurden noch unter Rot-Grün geplant und jetzt vom Kabinett beschlossen. Das Prinzip ist simpel: Wer als ArbeitnehmerIn Sozialleistungen beantragen will, braucht dafür in der Regel Bescheinigungen und Entgeltnachweise des Arbeitgebers. Die werden bisher von der EDV des Arbeitgebers ausgedruckt, vom Arbeitnehmer an die zuständige Behörde weitergegeben und dort erneut in ein EDV-System eingegeben. Dieses Verfahren soll Elena einfacher machen. Die entsprechenden Nachweise des Arbeitgebers werden nicht mehr in Papierform, sondern digital an eine so genannte „Zentrale Speicherstelle" (ZSS) übermittelt. Auf diese riesige Datenbank, die die Einkommensdaten aller rund 35 Millionen ArbeitnehmerInnen in Deutschland speichern soll, haben dann die Behörden Zugriff. Als „Sicherheitsschlüssel" wird aber die Jobcard des Arbeitnehmers eingebaut. Diese enthält eine „digitale Signatur", die einer rechtsgültigen Unterschrift gleichkommt. Die Behörde kann nur auf die Daten des Arbeitnehmers zugreifen, wenn dieser die Jobcard vorlegt und seinen PIN-Code eingibt – ähnlich wie bei Geldgeschäften mit EC-Karten.

Bleibt die Frage: Wie sicher ist das System? „Anders als bei der elektronischen Gesundheitskarte sind die datenschutzrechtlichen Bedenken bei der Jobcard nicht so groß", meint Norbert Warga, Datenschutzbeauftragter der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Schließlich würden anders als bei der Gesundheitskarte auf der Jobcard selbst keine Daten gespeichert. Warga hatte in einer Arbeitsgruppe der Bundesregierung zum Thema Datenschutz die Entwicklung des Elena-Verfahrens begleitet.

Zunächst soll Elena sechs Bescheinigungen ersetzen, zu deren Ausstellung der Arbeitgeber verpflichtet ist – rund 20 weitere sollen folgen. Für die BürgerInnen heißt das ab 2012 zunächst: Wer Arbeitslosengeld I, Wohngeld, Elterngeld oder einen Wohnberechtigungsschein beantragen will, braucht die Jobcard, damit die Behörden auf seine Daten zugreifen können. Damit erinnere das Verfahren zumindest in Ansätzen an Vorratsdatenspeicherung, meint Norbert Warga. Denn gespeichert würden die Daten aller ArbeitnehmerInnen – ganz gleich, ob sie tatsächlich die Sozialleistungen beantragen, die fürs Elena-Verfahren vorgesehen sind (siehe Grafik).

Eines der grundsätzlichen Probleme des Systems sieht Warga deshalb nicht in der Jobcard, sondern in der Zentralen Speicherstelle. Selbst wenn das Verfahren sicher sei, könne eine solche „Riesen-Datenbank" doch Begehrlichkeiten der Politik – etwa des Innenministeriums oder von Sicherheitsbehörden – wecken. Dazu müsste zu einem späteren Zeitpunkt schlicht die Zweckbestimmung der Datenbank erweitert oder geändert werden. Deshalb plädiert auch der Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Peter Schaar, bereits jetzt für eine „strikte gesetzliche Zweckbindungsregelung". Ansonsten sei eine Datenbank wie die ZSS verfassungsrechtlich nicht zulässig.

Die Reihe der Kritiker der Zentralen Speicherstelle ist lang und zieht sich durch fast alle Parteien. Der baden-württembergische Justizminister Ulrich Goll (FDP) warnt vor der Speicherwut des Staates und sieht einen „erheblichen Grundrechtseingriff". Golls Vorschlag: Statt an die Zentrale Speicherstelle sollten die Arbeitgeber die entsprechenden Daten sehr wohl digital aber unmittelbar an die zuständigen Behörden übermitteln. Für ver.di-Datenschützer Warga keine Alternative: Denn den Arbeitgeber gehe es schlicht nichts an, welche Sozialleistungen seine Beschäftigten beantragen.



Knapp über zwei Millionen Anträge auf Leistungen, für die künftig das Elena-Verfahren verpflichtend sein soll, werden im Jahresschnitt bewilligt. Gestellt werden nach Schätzungen rund neun Millionen solcher Anträge pro Jahr. Gespeichert werden sollen aber die Einkommensdaten von allen rund 35 Millionen ArbeitnehmerInnen.

Wer braucht Elena?

Ab 2012 können nach den Plänen der Bundesregierung bestimmte Sozialleistungen (Arbeitslosengeld I, Wohngeld, Elterngeld) nur noch mit der digitalen Signatur der „Jobcard" und über das Elena-Verfahren beantragt werden.

Wo gibt's die Jobcard?
Ausgegeben werden kann die Karte inklusive digitaler Signatur von spezialisierten Fachhändlern, Banken oder der Bundesdruckerei. Dabei muss nicht unbedingt eine „Jobcard" ausgestellt werden. Die notwendige digitale Signatur kann auch auf den Chips von Gesundheitskarte, EC-Karte oder dem neuen Personalausweis gespeichert werden.

Was kostet die Jobcard?
Das ist noch nicht ganz klar. Ein „qualifiziertes Zertifikat" – also die digitale Signatur – soll drei Jahre gültig sein. Der Gesetzentwurf zum Elena-Verfahren sieht vor, den ArbeitnehmerInnen die Kosten (geschätzt: zehn Euro) zurück zu erstatten, wenn sie Sozialleistungen beantragen.

Mit der digitalen Signatur sollen BürgerInnen aber auch sichere Internetgeschäfte abschließen können. Wer die Signatur ausschließlich dafür nutzt, bekommt kein Geld zurück.

Mehr Infos zum Elena-Verfahren und zum Gesetzentwurf:
www.einblick.dgb.de

PROJEKTE UND PARTNER

Hartz IV

Schulbeihilfen beantragen

Der Verein Tacheles e.V. hat für das kommende Schuljahr einen Musterantrag veröffentlicht, mit dem Hartz-IV-BezieherInnen Beihilfen für die Schulausgaben ihrer Kinder beantragen können. Erste Sozialgerichte haben den Anspruch auf Schulbeihilfen schon anerkannt. Deshalb empfiehlt Tacheles e.V., schon jetzt Leistungen für den Schulbedarf zu beantragen, auch wenn die erforderlichen Gesetzesänderungen noch ausstehen. Im Mai hatte der Bundesrat die Bundesregierung aufgefordert, bis Ende 2008 die Leistungen für Kinder, insbesondere für den Schulbedarf, zu überprüfen. Das Bundessozialgericht wird voraussichtlich 2009 über die „besondere Bedarfslage" von Kindern entscheiden. •

www.tacheles-sozialhilfe.de/aktuelles/2008/Schulkosten.aspx

Anzeige

Das Department Wirtschaft und Politik (WiSo-Fakultät der Universität Hamburg) bietet mit dem Studiengang Sozialökonomie ein interdisziplinäres, praxisbezogenes Studium mit den Fächern BWL, VWL, Soziologie und Recht für Berufserfahrene an.

Infos: www.gdff.de oder www.wiso.uni-hamburg.de/index.php?id=325

neue Bücher

Prävention und Gesundheitsförderung im Betrieb sind wesentliche Säulen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes und ein wichtiges Handlungsfeld vieler Betriebs- und Personalräte. Die Dokumentation *Prävention: Pflicht & Kür* stellt Beispiele guter Praxis vor und erklärt die nationalen und europäischen rechtlichen Rahmenbedingungen von Prävention und Gesundheitsförderung. Außerdem werden Konzepte wie „alternsgerechtes Arbeiten" oder „Gute Arbeit" als Leitbild für betriebliche Gesundheitsförderung in einem „Markt der Möglichkeiten" vorgestellt.

Marianne Giesert (Hrsg.): Prävention: Pflicht & Kür. Gesundheitsförderung und Prävention in der betrieblichen Praxis, VSA-Verlag, Hamburg 2008, 240 Seiten, 12,80 Euro.

Wie sozial ist Europa? Diese Frage diskutieren nicht nur die Gewerkschaften aktuell wieder besonders engagiert. Das Buch *Europa im Ausverkauf* zeigt, was geschieht, wenn Liberalisierung und Dienstleistungsfreiheit im Vordergrund der EU-Politik stehen und gleichzeitig die Rechte der Beschäftigten in den Hintergrund rücken. In den Mittelpunkt stellen die AutorInnen dabei das Problem zunehmender Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und welche Folgen das für die Tarifpolitik hat. Detailliert werden etwa Beschäftigungsverlagerungen vom öffentlichen in den privaten Sektor analysiert.

Torsten Brandt, Thorsten Schulten, Gabriele Sterkel, Jörg Wiedemuth (Hrsg.): Europa im Ausverkauf. Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und ihre Folgen für die Tarifpolitik, VSA-Verlag, Hamburg 2008, 400 Seiten, 19,80 Euro.

ÖGB-Mitgliederwerbung

Aufs Ohr

Der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) hat ein Hörbuch veröffentlicht. Der Inhalt ist nicht nur für österreichische GewerkschafterInnen interessant: Die CD vermittelt, was ein erfolgreiches Mitglieder-Werbegespräch ausmacht und macht Mut, die Vorteile einer Gewerkschaftsmitgliedschaft selbstbewusst zu kommunizieren. Dabei reichen die Themen des „Hör-Ratgebers" von der richtigen Körpersprache über den passenden Zeitpunkt, Argumente anzubringen, bis hin zu Atemübungen, mit denen man sich auf die Werbegespräche vorbereiten kann. Das Credo des Hörbuchs: Es gibt keine „Nicht-Mitglieder", nur „Noch-Nicht-Mitglieder". Wer wissen will, wie aus „Noch-Nicht-Mitgliedern" Mitglieder werden, kann auf der Homepage zum Hörbuch mehrere Hörproben und Podcasts abspielen. •

www.oegb.at/mitgliederwerbung

Otto-Brenner-Preis

Bewerbungsfrist läuft ab

Bis zum 15. August können Beiträge für den Otto-Brenner-Preis 2008 eingereicht werden. Wie in den vergangenen Jahren zeichnet die Otto-Brenner-Stiftung herausragende Beispiele für kritischen Journalismus und gründliche Recherche mit Geldpreisen und Recherche-Stipendien für NachwuchsjournalistInnen aus. Insgesamt werden Preisgelder in Höhe von 45 000 Euro vergeben. Die Preisverleihung findet während der Jahrestagung der Otto-Brenner-Stiftung am 22. Oktober in Berlin statt. •

www.otto-brenner-preis.de

Anzeige

Sie wollen über Ihren beruflichen Tellerrand blicken und sind an Wirtschaft und Politik interessiert?

Informieren Sie sich über ein Sozialökonomisches Studium in Hamburg - nach Aufnahmeprüfung auch ohne Abitur!

Infos: www.gdff.de oder www.wiso.uni-hamburg.de/index.php?id=325

interregio

••• Der ***DGB Sachsen-Anhalt*** hat in Kooperation mit den Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden Sachsen Anhalt e.V. (AWSA), dem Gesamtverband des Handwerks Sachsen-Anhalt e.V. und der GEW Sachsen-Anhalt konkrete ***Vorschläge*** erarbeitet, um die Ausbildungsfähigkeit benachteiligter Jugendlicher zu verbessern. Besonders müssten Jugendliche mit Haupt- oder Sonderschulabschluss, oder ohne Schulabschluss, gefördert werden. Die Vorschläge sehen vor, Grundkenntnisse in Deutsch und Mathematik zu festigen, regionale Angebote für Förderunterricht zu schaffen sowie die Schnittstellen zwischen Schule und Wirtschaft zu stärken, um den Übergang Schule-Ausbildung-Beruf zu erleichtern.

www.sachsen-anhalt.dgb.de

••• Die ***DGB-Jugend Niedersachsen*** unterstützt die Forderung von DGB und Gewerkschaften nach Fortsetzung der öffentlich geförderten Altersteilzeit nach 2009. Dazu überreichten VertreterInnen der DGB-Jugend den jugendpolitischen Sprechern der fünf Landtagsfraktionen eine zwei mal drei Meter große ***Riesen-Postkarte*** mit Unterschriften von Jugendlichen aus verschiedenen Betrieben. Das Argument der jungen GewerkschafterInnen ist klar: Die Altersteilzeit sei eine



Beschäftigungsbrücke zwischen Alt und Jung, betonte DGB-Landesjugendsekretär Frank Ahrens. Jeder Arbeitnehmer, der in Altersteilzeit gehe, schaffe eine Perspektive für einen arbeitslosen Jugendlichen.

www.niedersachsen.dgb.de

EU-Sozialagenda

Zu kurz gesprungen

Die EU-Kommission scheint sich bewusst zu sein, dass die soziale Dimension Europas seit langem sträflich vernachlässigt wird. Mit ihrer Anfang Juli vorgestellten Sozialagenda will sie Versäumtes nachholen und der europäischen Sozialpolitik einen größeren Stellenwert einräumen. Dafür reicht das geschnürte Paket aber nicht aus, meint der DGB.

Es klingt ambitioniert, was sich die Kommission unter Manuel Barroso für ihr letztes Jahr im Amt vorgenommen hat. Nicht weniger als sieben Schwerpunkte (siehe Randspalte) setzen die 27 KommissarInnen, bei denen sie bis 2009 wesentliche soziale Verbesserungen erzielen wollen. Alle Menschen in der EU müssten die gleichen Chancen ohne Benachteiligung haben, erklärt Sozialkommissar Vladimir Spidla und nennt vor allem den Zugang zu Arbeitsmarkt, Bildung und Gesundheitswesen.

Wenn das das Ziel sein soll, dann ist die Kommission nach Meinung der Gewerkschaften zu kurz gesprungen. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer sieht in dem Sozialpaket eher einen „Konsolidierungsansatz". Im Vordergrund stünden die Umsetzung und Anpassung bereits geltender sozialpolitischer Richtlinien. Nötig sei aber ein „auf die Zukunft gerichtetes Aktionsprogramm" zur Sozialgesetzgebung, das „regelmäßig überprüft und weiterentwickelt wird", erklärte Sommer.

Den Arbeitgeberverbänden gehen aber selbst die jetzt vorliegenden Pläne der EU-Kommission zu weit. BDA-Präsident Dieter Hundt sprach sich vehement gegen die geplanten Verbesserungen der Rechte von Europäischen Betriebsräten (EBR) und gegen eine weitere Antidiskriminierungsrichtlinie aus. Die Kommission dürfe den „Unsinn" der ersten Antidiskriminierungsrichtlinien nicht noch potenzieren.

Für Michael Sommer ist die Revision der EBR-Richtlinie der „Lackmustest" für das Sozialpaket. Der Entwurf bleibe aber weit hinter den Notwendigkeiten zurück. Sommer forderte die Bundesregierung auf, sich im Rat für wesentliche Verbesserungen einzusetzen – vor allem bei den Informations- und Konsultationsrechten. Zwar enthalte der Entwurf einige Verbesserungen, dennoch bleibe die EU-Kommission weit hinter dem eigenen Anspruch zurück, die Rechte der ArbeitnehmervertreterInnen zu erweitern, damit sie besser in der Lage sind, grenzüberschreitende Umstrukturierungen zu gestalten, urteilt der Vize-Generalsekretär des EGB, Reiner Hoffmann. „Insgesamt hat die Kommission viel zu viele Konzessionen im Sinne der Arbeitgeber gemacht."

Jetzt muss sich das EU-Parlament mit der Richtlinie befassen. Die Gewerkschaften hoffen, dass es gelingt, bis zur ersten Lesung im EU-Parlament, die im November vorgesehen ist, noch substanzielle Verbesserungen zu erreichen. Große Erwartungen setzen sie auch auf die gerade begonnene französische EU-Ratspräsidentschaft. Frankreichs Arbeitsminister Xavier Bertrand hat bereits erklärt, dass Frankreich sich dafür einsetzen werde, die Revision der EBR-Richtlinie möglichst noch während der eigenen Präsidentschaft zu realisieren.

Schlechte Zeiten für das soziale Europa



Foto: DGB Saar

Knapp 1000 GewerkschafterInnen aus Deutschland, Frankreich, Belgien, der Schweiz und Luxemburg haben am 5. Juli auf einer Kundgebung in Luxemburg für ein soziales Europa und gegen die jüngste Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) demonstriert. Innerhalb weniger Monate hat der EuGH im Juni zum dritten Mal ein aus Sicht der Gewerkschaften skandalöses Urteil zur Entsenderichtlinie gefällt, das die Intention der Richtlinie in ihr Gegenteil umkehrt. Im letzten Urteil entsprach der EuGH einer Klage der EU-Kommission. Danach werden nach Luxemburg entsendete ArbeitnehmerInnen angeblich zu gut behandelt. Die automatische Lohnanpassung an die Inflation sowie ein zu hoher Schutz von Zeitarbeitnehmern und Teilzeitbeschäftigten verstießen gegen die Dienstleistungsfreiheit. Das luxemburgische Arbeitsrecht soll nun nach unten angepasst und die Kontrollmöglichkeiten der Gewerbeinspektion vor Ort sollen eingeschränkt werden.

Reiner Hoffmann, Vize-Generalsekretär des EGB, erklärte, die Gewerkschaften würden es nicht hinnehmen, dass „der EuGH die Dienstleistungsfreiheit über die sozialen Grundrechte stellt und damit massiv in die nationale Tarifautonomie eingreift". Die Gewerkschaften fordern eine soziale Fortschrittsklausel als Ergänzung zum Lissabonner Reformvertrag der EU, die klarstellt, dass soziale Grundrechte wirtschaftlichen Freiheiten nicht untergeordnet werden dürfen.
Luxemburgs Arbeitsminister François Biltgen, der eine Delegation der Demonstranten empfing, sicherte Unterstützung zu. Auf dem informellen EU-Rat der Arbeits- und Sozialminister im Juli will er die notwendige Überprüfung der Entsenderichtlinie zur Sprache bringen.

Sieben auf einen Streich

Sieben politische Schwerpunkte umfasst die Sozialagenda der EU-Kommission:

- ***mehr Chancen und Rechte für Kinder und Jugendliche***
- ***mehr und bessere Arbeitsplätze sowie mehr Qualifizierung***
- ***Mobilität***
- ***gesunde und alternsgerechte Lebensbedingungen***
- ***Maßnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung***
- ***Antidiskriminierung und Gleichstellung von Frauen und Männern***
- ***„Chancen und Solidarität auf globaler Ebene"***

Zu den geplanten Maßnahmen gehören eine Revision der Richtlinie über Europäische Betriebsräte, eine Richtlinie zur Gleichbehandlung außerhalb der Arbeitswelt, bessere Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung sowie eine stärkere Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten beim sozialem Schutz und der sozialen Eingliederung aller.

Viel Zeit bleibt der Kommission unter Manuel Barroso dafür nicht. Nach dem Maastrichter Vertrag endet die Amtszeit der Kommission sechs Monate nach den Europawahlen (4. bis 7. Juni 2009) – also im Dezember nächsten Jahres.

Mehr Infos:
www.einblick.dgb.de

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Die IG BAU fordert eine Reform für die Erwerbsminderungsrente. Die Heraufsetzung des Rentenalters auf 67 bringe Verschlechterungen mit sich, die abgefedert werden müssten. Daher müsse ArbeitnehmerInnen mit hoher körperlicher Arbeitsbelastung der Zugang erleichtert und auf Abschläge bei der Rente verzichtet werden.

Die NGG bewertet den Nationalen Aktionsplan „Deutschland in Form" der Bundesregierung zwiespältig. Er sei ein wichtiger Schritt zur Prävention von Übergewicht. Das von der NGG seit langem geforderte Schulfach „Ernährung und Bewegung" sei entgegen bisheriger Ankündigungen von Minister Horst Seehofer (CSU) aber nicht berücksichtigt worden.

Die IG BCE macht sich für die Koexistenz von „Grüner Biotechnologie" – also auch „grüner Gentechnik" in der Landwirtschaft – und regulärer Landwirtschaft stark. Angesichts aktueller Fälle von Zerstörungen von Anbauversuchsfeldern erklärte IG BCE-Vorstand Edeltraud Glänzer: „Feldzerstörungen sind kein Kavaliersdelikt."

Der DGB informiert mit dem digitalen Newsletter „mitbestimmung aktuell" mehrmals im Jahr über aktuelle Schwerpunkte aus dem Bereich der Unternehmensmitbestimmung. Der Newsletter kann als pdf-Datei abonniert werden bei:
sabine.bobzin@dgb.de

Audit Beruf & Familie

DGB erneuert Zertifikat

Der DGB will das Zertifikat des Audit Beruf & Familie der Hertie-Stiftung erneuern. Erstmals war der DGB für seine familienfreundliche Personalpolitik 2005 mit diesem Zertifikat ausgezeichnet worden. Weil zur Glaubwürdigkeit des DGB als familienpolitischer Akteur auch eine familiengerechte Politik in der eigenen Organisation gehört, hatte der DGB damals entschieden, sich am Audit zu beteiligen. Im Rahmen der Re-Auditierung soll nun überprüft werden, ob der DGB die vor drei Jahren gesteckten Ziele erreicht hat und welche weiterführenden Ziele zu vereinbaren sind.

„Mit der Re-Auditierung haben wir einen guten Prozess zu mehr Familienfreundlichkeit im DGB gestartet", erklärt DGB-Personalreferentin Kerstin Baumgart, die die DGB-Arbeitsgruppe zum Audit federführend betreut. Ziel aller Maßnahmen sei „eine optimale Balance zwischen betrieblichen Belangen und familiären Aufgaben der Beschäftigten". Eine kürzlich durchgeführte Umfrage zeigt, dass die bisherigen Angebote des DGB positiv gesehen werden: 61 Prozent aller DGB-Beschäftigten halten die Arbeitsbedingungen beim DGB für familienfreundlich. Die für die Zukunft geplanten Maßnahmen sind ambitioniert: Sie reichen von einer Ausweitung familienbedingter Teilzeitmodelle und der Verankerung familienbewussten Führungsverhaltens als Führungsaufgabe bis hin zur Verankerung des Themas Pflege als Querschnittsaufgabe und der Erprobung des Arbeitens von zu Hause. •

NGG

Gemeinsam für Toleranz

Angesichts rechtsextremer Gewalttaten und zunehmender Wahlerfolge rechtsextremer Parteien haben sich die Sozialpartner der Nahrungs- und Genussmittelbranche entschieden, Farbe zu bekennen. Deshalb haben die NGG und die Arbeitgebervereinigung Nahrung und Genuss (ANG) die Initiative „Gemeinsam für Toleranz" gestartet. Die beiden Verbände sind sich einig: Tolerantes Miteinander im Betrieb ist ein Stück gelebte soziale Marktwirtschaft. Auf einer gemeinsamen Internetplattform *(www.gemeinsam-fuer-toleranz.de)* informieren NGG und ANG über die rechte Szene und darüber, wie sich rechte Parolen – auch im Betrieb – entkräften lassen. Auch Beispiele guter Praxis werden auf der Homepage vorgestellt – zum Beispiel ein Leitfaden, wie sich das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in Betriebsvereinbarungen umsetzen lässt.

Die Initiative soll vor allem auch im „Superwahljahr" 2009 für Toleranz werben und klar machen: Nicht nur politisch, sondern auch im Betrieb und am Arbeitsplatz muss der Einsatz gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Fundamentalismus ein gesellschaftliches Anliegen bleiben. Auf den Punkt gebracht, lautet das Ziel der Initiative für den NGG-Vorsitzenden Franz-Josef Möllenberg: „Wenn jemand im Betrieb auffällig wird durch ausländerfeindliche Sprüche, dann gilt: Null Toleranz." •

www.gemeinsam-fuer-toleranz.de

GEW

Neoliberale Kitas

In ihrem siebten „Privatisierungsreport" zum Bildungsbereich wirft die GEW einen Blick auf die deutschen Kindertagesstätten. „Auch vor Kitas macht neoliberales Gedankengut nicht halt", lautet das Fazit. Die AutorInnen beschreiben die zunehmenden Tendenzen, öffentliche Einrichtungen wie privatwirtschaftliche Unternehmen zu organisieren oder gleich auszulagern. Beispiele aus anderen Ländern zeigen, was auch hierzulande Realität sein könnte: Börsennotierte „Kita-Konzerne" aus den USA haben längst ein Auge auf den deutschen „Markt" geworfen. •

Der Link zum „Privatisierungsreport 7 – Kindertagesstätten" auf www.einblick.dgb.de

Anzeige

Studieren wie an der ehemaligen HWP?

Das Department Wirtschaft und Politik bietet Ihnen diese Chance.

Infos: www.gdff.de oder www.wiso.uni-hamburg.de/index.php?id=325

Broschüre

Ratgeber zur Leiharbeit



Leiharbeit boomt. Allzu oft ist die Leiharbeitsbranche dabei Vorreiter für die Kehrseiten prekärer Beschäftigung wie etwa Lohndumping. Dass auch LeiharbeiterInnen Rechte haben und wie sie diese durchsetzen können, zeigt der DGB in dem „Ratgeber Leiharbeit – Was Sie als Leiharbeitskraft über Ihre Rechte und Pflichten wissen sollten". Konkrete Tipps gibt es zu allen Themen, die im Arbeitsalltag interessieren: vom Lohn über Urlaubsansprüche bis zur Vertretung durch den Betriebsrat. Die Broschüre kann für 50 Cent plus Versandkosten über den DGB-Bestellservice bezogen werden. •

www.dgb-bestellservice.de

Zinspolitik & Inflation

Warum höhere Zinsen Milch und Brot nicht billiger machen



Claus Matecki, 59, ist im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand unter anderem für Finanz- und Wirtschaftspolitik zuständig.

Höhere Zinsen bewirken vor allem eines: Die Konjunktur kann empfindlich gestört werden. Deshalb wird die aktuelle Strategie der EZB vermutlich scheitern. Davon ist DGB-Vorstand Claus Matecki überzeugt.

Das Leben wird teurer. An den Zapfsäulen kostet der Liter Benzin 1,60 Euro. Brot-, Fleisch-, Milch- und Butterpreise stiegen zwischen sechs und 44 Prozent. Der statistische Warenkorb wird sich 2008 vermutlich um drei Prozent verteuern. **Die Inflationslasten sind ungleich verteilt.** Haushalte mit einem Nettoeinkommen bis 900 Euro konsumieren 111 Prozent ihres Einkommens. Die Haushaltsplanung von Hartz IV-Empfängern und Geringverdienern ist auf Kante genäht. Rücklagen für die kaputte Waschmaschine gibt es nicht. Haushalte mit einem Nettoeinkommen zwischen 10 000 und 18 000 Euro konsumieren hingegen nicht mehr als die Hälfte ihres Einkommens. Zudem sparen sie jeden fünften Euro. Folglich können Besserverdienende steigende Lebensmittel- und Energiepreise leichter verkraften.

Ein Ende der Teuerung ist nicht absehbar. Der Ölpreis durchbricht die 140 US-Dollar-Marke. Begrenzte Reserven und unzureichende Raffineriekapazitäten machen – Spekulationsblase hin oder her – eine Trendumkehr unwahrscheinlich. Die Rohstoffpreise für die Lebensmittelherstellung steigen weiter. Selbst bessere Ernten und eine neue EU-Agrarpolitik können daran wenig ändern. Das kräftige Wachstum der Schwellenländer wird die Nachfrage hoch halten. **Der Preisschub wird anhalten.**

Die jüngste Inflation ist nicht hausgemacht. Von der Lohnseite drohen keine Inflationsrisiken. Die Bruttolöhne stiegen im Euroland seit 2001 im Schnitt um 2,8 Prozent pro Jahr. Damit konnte der verteilungsneutrale Spielraum – Verbraucherpreis plus Produktivitätsanstieg – nahezu ausgeschöpft werden. In den letzten vier Jahren blieben die Lohnzuwächse sogar unter dieser Messlatte. Die Lohnstückkosten entwickelten sich zwischen 2001 und 2007 mit 1,5 Prozent per anno sehr moderat. Von einer drohenden Lohn-Preisspirale kann keine Rede sein.

Dennoch drehte die Europäische Zentralbank (EZB) mit Hinweis auf drohende Zweitrundeneffekte an der Zinsschraube. Höhere Zinsen pumpen aber weder mehr Öl in die Pipelines, noch decken sie den Milch- und Fleischkonsum von Indern und Chinesen. **Die Geldpolitik rennt blind gegen globale Marktkräfte an.** Die Inflation in Schach halten zu wollen, ist zwar vernünftig und wünschenswert. Die Geldpolitik muss allerdings auch die Ursachen des Preisschubs treffen. Viel spricht dafür, dass die Strategie der Zentralbank scheitern wird. Wenn die Währungswächter die Zinsen noch weiter erhöhen, würgen sie den Konjunkturmotor ab. Höhere Zinsen verteuern kreditfinanzierte Investitionen und Konsumentenkredite. Höhere Zinsen verteuern aber auch den Euro. Das Wachstum wird sinken, und die Arbeitslosigkeit steigen. Wenn die Konjunktur dann am Boden liegt, fragen die Betriebe auch weniger Rohstoffe nach. Die Inflation könnte leicht sinken. **Operation erfolgreich, Patient tot.**

Die EZB darf Wachstum und Beschäftigung nicht für die vage Hoffnung auf niedrige Preise opfern. Es gibt bessere Wege, um dem Preisschub und seinen sozialen Folgen entgegenzusteuern. Mehr Brutto bei Geringverdienern und mittleren Einkommen ist die richtige Antwort auf steigende Preise. **Deswegen brauchen wir jetzt Mindestlöhne.** Darüber hinaus sollten die Sozialtransfers an die steigenden Lebenshaltungskosten angepasst werden. Zudem würde die Wiedereinführung der Pendlerpauschale die gestiegenen Mobilitätskosten der Arbeitnehmer abfedern.

Droht dann aber nicht die von der EZB beschworene Lohn-Preis-Spirale? Nein, schließlich **entscheidet die Marktmacht der Unternehmen darüber, wie stark Preise auf Löhne reagieren.** Dort wo es wenig Wettbewerb gibt, setzen marktbeherrschende Firmen ihre Preisvorstellungen durch. Der Energiesektor ist das beste Beispiel. Die Erzeugerpreise des verarbeitenden Gewerbes kletterten im aktuellen Aufschwung trotz rückläufiger Lohnstückkosten auf bis zu sechs Prozent. Die jüngste Teuerungswelle ist folglich auch **Ergebnis chronischen Marktversagens.** Mehr Wettbewerb kann hier den Preisauftrieb dämpfen.

Mittelfristig führt aber kein Weg daran vorbei, die Abhängigkeit vom Öl zu mindern. **Der ökologische Umbau der Industriegesellschaft ist eine große Chance** und muss noch schneller vorangetrieben werden. Die KfW-Kreditprogramme für energetische Gebäudesanierung sind deutlich aufzustocken. Regenerative Energien sowie Anreize zum Energiesparen sollten weiter ausgebaut werden. Darüber hinaus muss die preistreibende Zockerei auf den Energie- und Lebensmittelmärkten durch eine europäische Spekulationssteuer bekämpft werden. •

Massive Kritik an der EZB

Trotz massiver Kritik von Gewerkschaften und Politik hat die Europäische Zentralbank (EZB) Anfang Juli den Leitzins im Euro-Raum von 4,0 auf 4,25 Prozent angehoben. Weil durch die höheren Zinsen Kredite teurer werden, geht die EZB davon aus, dass die Zinserhöhung die Inflation eindämmt. Allerdings bremsen höhere Zinsen auch die wirtschaftliche Entwicklung, die bereits an Fahrt verloren hat.

Deshalb hatten sowohl DGB als auch Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) sowie Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy im Vorfeld der Zinserhöhung mehrfach vor ihren negativen Folgen gewarnt.

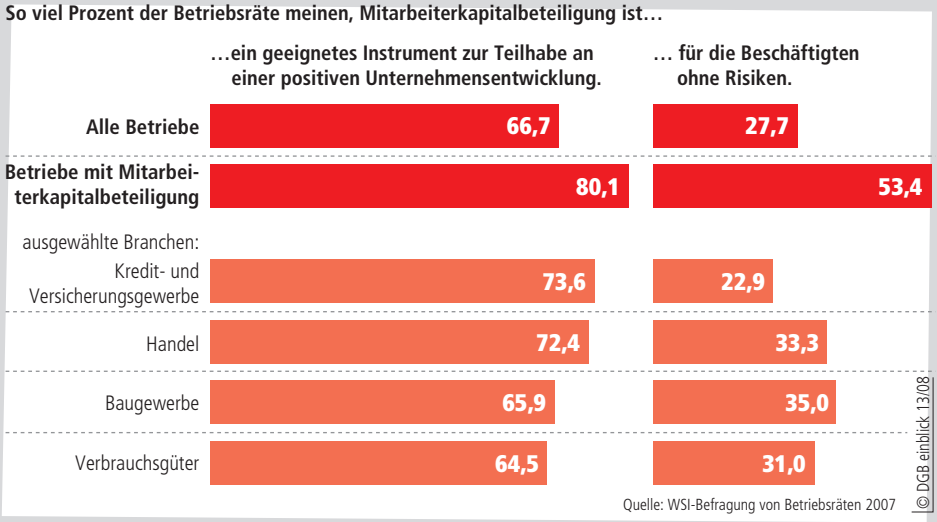
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

MITARBEITERKAPITALBETEILIGUNG: Positive Erfahrungen

Betriebsräte, in deren Unternehmen bereits Formen der Mitarbeiterkapitalbeteiligung (MKB) existieren, beurteilen diese positiver als Betriebsräte, die noch keine Erfahrungen mit MKB gemacht haben. Das ist das Ergebnis einer Betriebsräte-Befragung des WSI. Die große Mehrheit (80 Prozent) der MKB-erfahrenen Betriebsräte sieht darin eine Möglichkeit zur Teilhabe an positiven Unternehmensentwicklungen. Allerdings meinen auch über 50 Prozent, MKB nutze „vor allem dem Unternehmen".



personalien

••• ***Gundula Frieling,*** 45, stellvertretende Direktorin des Deutschen Volkshochschul-Verbands (DVV), wurde von der Mitgliederversammlung des Bundesarbeitskreises Arbeit und Leben e.V. zur zweiten Vorsitzenden gewählt.

42 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

14.7.-3.8. DGB-Zukunftscamp, Hattingen

17.-20.7. DGB-Bildungswerk, Seminar „Wie frei sind unsere Meinungen? Analyse der Medienlandschaft mit dem Ziel des Aufbaus einer Medienoffensive für eine emanzipierte Öffentlichkeit", Hattingen

18./19.7. CSU-Parteitag, Nürnberg

27.7.-3.8. Hans-Böckler-Stiftung und Research Network Macroeconomics and Macroeconomic Policies, Summer-School „Keynesian Macroeconomics and European Economic Policies", Berlin

1.-6.8. Attac, erste europäische Attac-Sommeruniversität, Saarbrücken

3.-8.8. DGB-Bildungswerk, Seminar „Habe nichts zu verbergen! – Ist Überwachung Bürgerschutz? Wer macht was mit den Daten?", Hattingen

4.-24.8. DGB-Zukunftscamp, Flecken Zechlin (Brandenburg)

8.-24.8. Olympische Sommerspiele, Peking

10.-15.8. DGB-Bildungswerk, Seminar „Gut, sauber & fair – Kann Konsumverhalten nachhaltiges Wirtschaften fördern?", Pöcking (Bayern)

12.8. Internationaler Tag der Jugend

16.-29.8. DGB-Jugend, Internationales Sommercamp 2008, Markelfingen (Baden-Württemberg)

22.8. ver.di, Frauen-Alterssicherungskonferenz, Berlin

25.-29.8. GEW, Hans-Böckler-Stiftung und Deutsches Studentenwerk, Wissenschaftskonferenz 2008 „Innovation durch Partizipation – Steuerung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen im 21. Jahrhundert", Papenburg

Tipp

Buch: Julia Friedrichs, Gestatten: Elite. Auf den Spuren der Mächtigen von morgen, Hoffmann und Campe, Hamburg 2008, 256 Seiten, 17,95 Euro

Die Journalistin Julia Friedrichs hat sich auf die Suche nach der Elite von morgen gemacht. Eliteschulen, -kindergärten und -universitäten boomen. Doch was steckt hinter dem Begriff, der in Deutschland wieder salonfähig geworden ist? Sie entdeckt eine Welt, in der „Minderleister" zu sein das Ende der Karriere bedeutet. Präzise beschreibt sie, wie sich die gesellschaftliche Verantwortung der zukünftigen Eliten oft nur in Wohltätigkeit äußert.

Schlusspunkt.

„Sicher werden manche grüne Politiker das Verhältnis von Butter zu Brot unter Schröders Regentschaft etwas weniger ausgewogen erinnern."

Die Tageszeitung taz am 7. Juli über die Äußerung des SPD-Vorsitzenden Kurt Beck in der BILD-Zeitung, die CDU dürfe der SPD als Koalitionspartner nicht „auch noch die letzte Butter vom Brot kratzen".

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantwortlich), Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Anna Blume Böttcher, Lena Clausen, Haidy Damm, Robin Graef, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882413, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor. **Der nächste *einblick* erscheint am 25. August**

Arbeitslosengeld II

Ortsabwesenheit kann zum Wegfall führen

Ein mehr als sechswöchiger Aufenthalt im ortsfernen Ausland lässt den Anspruch auf Arbeitslosengeld II entfallen

Der Fall: Der Bezieher von Arbeitslosengeld II war, ohne vorherige Absprache mit dem Leistungsträger, für sieben Wochen zu seiner erkrankten Ehefrau nach Weißrussland verreist. Das für die Zeit der nicht genehmigten Ortsabwesenheit bewilligte Arbeitslosengeld II forderte die Behörde zurück. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Sozialgericht: Die Rückforderung besteht zu Recht. Die Erkrankung der Ehefrau war nicht lebensbedrohend und der Leistungsempfänger hätte wissen müssen, dass sein Leistungsanspruch in einem solchen Fall entfällt. Eine nachträgliche Genehmigung ist schon wegen der Dauer der Ortsabwesenheit von mehr als sechs Wochen ausgeschlossen. Auch die Rückforderung der Leistungen für die Zeit zwischen der Rückkehr des Mannes aus dem Ausland und seiner Rückmeldung bei der Behörde war rechtens, weil die Wirkung des ursprünglichen Leistungsantrags wegen der längeren Ortsabwesenheit weggefallen war. Ein Anspruch auf Arbeitslosengeld II nach einer solchen längeren Ortsabwesenheit bedarf eines erneuten Antrags.

Sozialgericht Karlsruhe,
Gerichtsbescheid vom 6. Februar 2008 - S 7 AS 4737/07

Änderungskündigung

Änderungen müssen notwendig sein

Eine Änderungskündigung wegen Wegfalls des bisherigen Arbeitsplatzes ist unwirksam, wenn der Arbeitgeber die an sich notwendigen Anpassungen nicht auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt, sondern darüber hinausgehende - nicht notwendige - Änderungen vornehmen will.

Der Fall: Der Arbeitnehmer war seit 1990 bei der beklagten Kirchengemeinde als Hausmeister in einem Gemeindehaus beschäftigt. Nach dem auf das Arbeitsverhältnis Anwendung findenden Tarifvertrag ist er ordentlich unkündbar. Das Gemeindehaus wurde zum 1. Oktober 2006 geschlossen. Der Arbeitgeber bot dem Arbeitnehmer die Stelle eines Küsters in ihrer Gemeindekirche unter der Bedingung an, dass er in die Küsterwohnung einziehe. Nachdem der Arbeitnehmer dies abgelehnt hatte, kündigte der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis und bot ihm dessen Fortsetzung als Küster und Hausmeister der Kirche an, verbunden mit dem Bezug der Dienstwohnung. Der Arbeitnehmer nahm das Änderungsangebot nicht - auch nicht unter Vorbehalt - an. Die vom Arbeitnehmer gegen die Änderungskündigung erhobene Klage hatte Erfolg.

Das Bundesarbeitsgericht: Die Änderungskündigung ist unwirksam, weil das Änderungsangebot der Kirchengemeinde sich nicht auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt hat. Es bestand keine Notwendigkeit, vom Arbeitnehmer den Bezug der Dienstwohnung zu verlangen. Er hatte die vorherige Tätigkeit unweit der Gemeindekirche ebenfalls von seiner privaten Wohnung aus verrichtet, ohne dass es zu Unzuträglichkeiten gekommen wäre. Die Küsterordnung der evangelischen Kirche verlangt ebenfalls nicht zwingend, dass der Küster in unmittelbarer Nähe der Kirche wohnen muss.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 26. Juni 2008 - 2 AZR 147/07

URTEILE einblick

Sozialhilfe

Private Rente ist zuerst zu verwerten

Vorrangig vor der Gewährung von Sozialhilfeleistungen ist unter anderem der Einsatz des gesamten verwertbaren Vermögens. Hierzu gehört auch der Rückkaufwert einer privaten, nicht staatlich geförderten Rentenversicherung, soweit der Rückkaufwert den Vermögensfreibetrag übersteigt. Die Verwertung bedeutet für den Hilfesuchenden selbst dann keine Härte, wenn der Rückkaufwert erheblich hinter den eingezahlten Versicherungsbeiträgen zurückbleibt oder die private Rentenversicherung zur Aufrechterhaltung einer angemessenen Alterssicherung bestimmt war.

Sozialgericht Karlsruhe,
Urteil vom 24. April 2008 - S 1 SO 5656/07

Schadensersatz

Wenn Trinkgelder ausfallen

Trinkgelder eines Briefzustellers, die anlässlich der Weihnachtstage gezahlt werden, sind kein Arbeitsentgelt. Kann der Briefzusteller aufgrund einer unwirksamen Kündigung des Arbeitgebers seine Tour in den Weihnachtstagen nicht bedienen und deshalb Trinkgelder nicht kassieren, kann er dies im Wege des Schadensersatzes gegenüber seinem Arbeitgeber geltend machen. Dies setzt aber voraus, dass der Arbeitgeber bei Anwendung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt hätte erkennen können, dass die Kündigung unwirksam ist.

Landesarbeitsgericht Hamburg,
Urteil vom 13. Februar 2008 – 5 Sa 69/07

Minderjährige

Kündigung ist an die Eltern zu richten

Eine Kündigung gegenüber einem Minderjährigen ist nur wirksam, wenn sie gegenüber den Eltern als gesetzliche Vertreter ausgesprochen wird. Sie muss den Eltern zugehen. Dabei kann der Arbeitgeber den Minderjährigen formlos bitten, das Schreiben seinen Eltern zu übergeben. Der Minderjährige ist dann Erklärungsbote. Das Risiko, dass der Minderjährige das Kündigungsschreiben auch tatsächlich zumindest zum Lesen vorlegt, trägt aber der Arbeitgeber. Die an den Minderjährigen gerichtete Kündigung ist selbst dann unwirksam, wenn dessen Eltern die Kündigung zufällig zur Kenntnis nehmen.

Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein,
Beschluss vom 20. März 2008 – 2 Ta 45/08

Tschechische Führerscheine

Gültig nur bei dortigem Wohnsitz

Deutschland muss grundsätzlich die tschechischen Führerscheine anerkennen, die seinen Staatsangehörigen nach dem Entzug ihrer deutschen Fahrerlaubnis ausgestellt worden sind. Deutschland kann jedoch die Anerkennung dieser Führerscheine verweigern, wenn sich aus dem tschechischen Führerschein oder aus Informationen aus der Tschechischen Republik ergibt, dass diese Staatsangehörigen zum Zeitpunkt der Ausstellung dieser Führerscheine ihren ordentlichen Wohnsitz nicht in der Tschechischen Republik hatten.

Europäischer Gerichtshof,
Urteil vom 26. Juni 2008 - C-329/06

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 25.08.2008 14/08

DGB

inhalt

Seite 3
Neue Risiken
Der DGB warnt vor einer kurzsichtigen Beitragssenkung bei der Arbeitslosenversicherung

Seite 5
Neue Blickwinkel
Mit der Aktion „Aufsichtsrat des Monats" will der DGB der Unternehmensmitbestimmung ein Gesicht geben

Seite 7
Neue Konzepte
Die Angst vor einem wirtschaftlichen Abschwung sorgte für ein politisches Sommertheater. Wie ein sinnvolles Konjunkturprogramm aussehen könnte, erklärt Dierk Hirschel

Erwerbsminderungsrente

Gesetzgeber gefordert

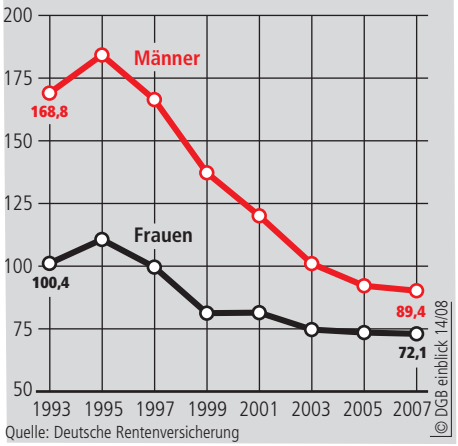
ArbeitnehmerInnen, die vor ihrem 60. Geburtstag eine Erwerbsminderungsrente beziehen, müssen auch künftig Rentenabschläge von bis zu 10,8 Prozent hinnehmen. Gleiches gilt für die Hinterbliebenenrente, wenn der Versicherte vor dem 60. Lebensjahr verstorben ist. Diese seit 2001 gängige Praxis der Rentenversicherungsträger hat der fünfte Senat des Bundessozialgerichtes (BSG) am 14. August für rechtmäßig erklärt. DGB und Gewerkschaften nahmen das Urteil des BSG zum Anlass, erneut die Abschaffung der Abschläge zu fordern.

Seit 2001 werden ArbeitnehmerInnen unter 60, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können, zusätzlich mit Abschlägen bestraft. Vor zwei Jahren noch hatte der vierte Senat des BSG diese Kürzungen als rechtswidrig eingestuft. Doch die Deutsche Rentenversicherung (DRV) war diesem Urteil nicht gefolgt. Mittlerweile sind rund 110 000 Widerspruchs- und Überprüfungsverfahren gegen diese Praxis anhängig. Sie sollen nun rasch zum Abschluss gebracht werden, ließ die DRV verlauten – falls nicht gegen das Urteil des BSG Verfassungsbeschwerde eingereicht wird. Der DGB wartet die schriftliche Urteilsbegründung ab und entscheidet dann, ob er das Bundesverfassungsgericht anruft.

„Natürlich werden wir das Urteil gründlich prüfen", erklärt DGB-Vorstand Annelie Buntenbach, doch das eigentliche Problem sei ein politisches: „Es ist respektlos, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die aus gesundheitlichen Gründen frühzeitig aus dem Arbeitsleben gedrängt werden, bei der Rente mit hohen Abschlägen bestraft werden. Wir fordern die Koalition deshalb eindringlich auf, die Zugänge zur Erwerbsminderungsrente zu erleichtern und die Abschläge abzuschaffen. Das ist ein erster notwendiger Schritt, um Altersarmut zu vermeiden."

Mit der 2001 in Kraft getretenen Reform hat der Gesetzgeber hohe Hürden für die Erwerbsminderungsrente aufgebaut. Wer aus medizinischer Sicht mindestens sechs Stunden am Tag irgendeine Tätigkeit verrichten kann, erhält keine Erwerbsminderungsrente, selbst wenn er keinen geeigneten Job findet. Als erwerbsunfähig gilt nur, wer weniger als drei Stunden pro Tag arbeiten kann. DGB und Gewerkschaften fordern, dass auch diejenigen Erwerbsminderungsrente beziehen können, die zwar theoretisch noch sechs Stunden arbeiten könnten, aber keine passende Arbeit finden. Zudem müsste der Einkommensverlust derjenigen zumindest teilweise ausgeglichen werden, so der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel, die aus gesundheitlichen Gründen eine schlechter bezahlte Tätigkeit als vorher ausüben müssen. •

Seltener anerkannt
NeurentnerInnen wegen verminderter Erwerbsfähigkeit (in Tausend)



Quelle: Deutsche Rentenversicherung

Seit der letzten Reform 2001 ist die Zahl der bewilligten Renten wegen Erwerbsminderung aufgrund enger gefasster Kriterien drastisch gesunken.

plusminusBERLIN

+ ***Der für die Erweiterung zuständige finnische EU-Kommissar Olli Rehn hat versichert, Beitrittsverhandlungen mit der Türkei erst fortzuführen, wenn dort Gewerkschaftsrechte „umfassend" respektiert werden". Hintergrund sind die Polizeiübergriffe am 1. Mai 2008.***

– ***Das Wort „Vorreiterrolle" scheint nicht zum Wortschatz von Joachim Pfeiffer (CDU) zu gehören. Den Atomausstieg will er rückgängig machen, weil das Risiko von Atomunfällen für Deutsche nicht gemindert werde. Schließlich seien sie von 150 AKWs in Nachbarstaaten umgeben.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.dgb.de/aufsichtsrat
Online-Auftritt der DGB-Aktion „Aufsichtsrat des Monats"

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Stellungnahme des DGB zum Entwurf des 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrags

Kinder- und Jugendarbeit

Weniger Zeit für die Jugend

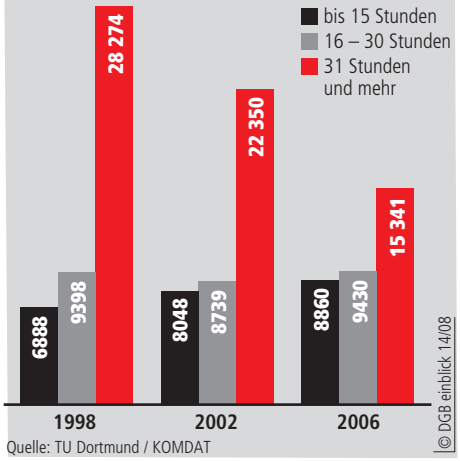
Ob in der Bildungsdebatte oder bei Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit: Zu den üblichen politischen Lippenbekenntnissen gehört immer auch das Bekenntnis, die Kinder- und Jugendarbeit zu stärken. Die Realität bei der Personalausstattung zeigt das genaue Gegenteil. Seit 1998 ist bundesweit fast ein Viertel aller Stellen – vom Sozialarbeiter bis zur Streetworkerin – abgebaut worden. Das belegen aktuelle Zahlen der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ). Noch krasser wird das Bild mit Blick auf die wöchentliche Arbeitszeit der abgebauten Stellen: Von den Vollzeitstellen mit mehr als 30 Stunden Wochenarbeitszeit fiel im selben Zeitraum sogar fast jede zweite weg. Besonders hart vom Stellenabbau betroffen sind die fünf neuen Bundesländer. Hier ging das Stellenvolumen seit Ende der 1990er Jahre um ganze 51 Prozent zurück.

Gleichzeitig schiebt die öffentliche Hand die Verantwortung für die Kinder- und Jugendarbeit auf ehrenamtlich Aktive ab: Seit 1998 ist die Zahl der Kinder- und Jugendeinrichtungen zwar weitgehend konstant geblieben – allerdings nur durch eine steigende Zahl von Einrichtungen ohne hauptamtliche MitarbeiterInnen. Einziger Lichtblick der AGJ-Statistik sind die leichten Zuwächse beim Personal in Kindertagesstätten. •

Leichte Personalzuwächse gab es in der Kinder- und Jugendarbeit nur bei ArbeitnehmerInnen mit bis zu 30 Wochenarbeitsstunden. Vollzeitstellen mit mehr als 30 Stunden Arbeitszeit wurden hingegen seit 1998 massiv abgebaut.

Jugendarbeit baut ab

Zahl der Fachkräfte in der Kinder- und Jugendarbeit nach wöchentlicher Arbeitszeit



Quelle: TU Dortmund / KOMDAT

Datenschutz

Gegen die Sammelwut

Vom Fall der offen im Internet zugänglichen Meldedaten von rund einer halben Million BürgerInnen bis zu den Skandalen bei Telekom und Lidl: Fehlender Datenschutz und Datenmissbrauch haben in den vergangenen Monaten wieder vermehrt für Schlagzeilen gesorgt. Angesichts dieser jüngsten Entwicklungen haben die JustitiarInnen und Justitiare des DGB und der acht DGB-Gewerkschaften ein gemeinsames Positionspapier zum Datenschutz verfasst: Daten von BürgerInnen und ArbeitnehmerInnen zu speichern und auszuwerten, sei in vielen Fällen zwar notwendig und „durchaus" legitim. Trotzdem wenden sich die JustitiarInnen gegen eine zunehmende „Datensammelwut". Schließlich verfolge das Bundesdatenschutzgesetz schon jetzt die Grundsätze der „Datenvermeidung" und „Datensparsamkeit". „Die Versuchung, vorhandene Daten auch zweckentfremdet zu nutzen", erhöhe sich „zwangsläufig mit jedem neuen erhobenen Datensatz".

Die JustitiarInnen fordern von der Politik deshalb konkrete gesetzliche Maßnahmen gegen Datenmissbrauch. Zum einen müsse unverzüglich mit der Arbeit an einem eigenen Arbeitnehmerdatenschutzgesetz begonnen werden. Zum anderen müssten Datenschutzverstöße „gravierende Strafen" nach sich ziehen. •

www.einblick.dgb.de

Anzeige

Jetzt ist es raus.
DAS PROGRAMM 2008/2009.

ARBEITSRECHT
GESUNDHEITSSCHUTZ
KONFLIKTBERATUNG
LEBENSARBEITSZEIT
UMSTRUKTURIERUNG

www.dgb-bildungswerk.de

Studie

Krasse Lohnlücke auf dem Land

Frauen verdienen in Deutschland immer noch wesentlich weniger als Männer mit gleicher Qualifikation. Zu diesem Fazit kommt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW). Verglichen wurden die Bruttostundenverdienste von Angestellten aus den Jahren 2005 und 2006. Das Ergebnis: Die Gehaltslücke – die „gender pay gap" – hat sich in den vergangenen Jahren kaum verändert und liegt im bundesdeutschen Schnitt bei rund 30 Prozent. Weiteres Ergebnis der Studie: In ländlichen Gebieten sind die Gehaltsunterschiede fast drei Mal so hoch wie in Großstädten. Während Frauen dort nur rund 12 Prozent weniger verdienen als Männer, gibt es auf dem Land eine Differenz von 33 Prozent.

Negativ auf den Verdienst von Frauen wirkt sich laut Studie auch die regionale Arbeitslosenquote aus. Frauen hätten immer noch stärkere „familiäre Verpflichtungen" als Männer, so das DIW. Das schränke die berufliche Mobilität ein. •

Link zur Studie: www.einblick.dgb.de

Beitragssenkung bei der Arbeitslosenversicherung

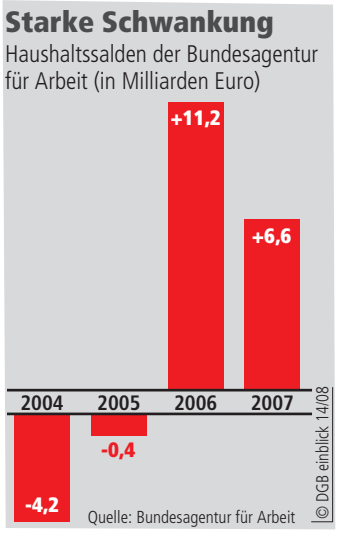
Risiken werden klein gerechnet

Die große Koalition will die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2009 erneut senken: von 3,3 auf 3,0 Prozent. Inzwischen mehren sich aber in der SPD Stimmen gegen die Beitragssenkung . Auch der DGB ist gegen eine voreilige Senkung des Beitrags. Doch langfristig sieht er Chancen, den Haushalt der Bundesagentur für Arbeit (BA) zu entlasten und das auch den Beitragszahlern zugute kommen zu lassen. Dafür wäre aber eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes notwendig.

Bereits zum 1. Januar 2008 war der Beitragssatz von 4,2 auf 3,3 Prozent herabgesetzt worden. Die jetzt diskutierte Absenkung würde die Beitragssätze innerhalb eines Jahres um über ein Viertel schrumpfen lassen – und damit würden auch die Einnahmen der BA massiv sinken. Trotzdem sieht Peter Clever, alternierender Vorsitzender des BA-Verwaltungsrats von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), „keine Probleme" durch eine Beitragssenkung. Schließlich würde das Defizit der BA in diesem Jahr voraussichtlich geringer ausfallen, als bisher angenommen.

„Angesichts der konjunkturellen Risiken raten wir von übereilten Beitragssenkungen dringend ab", erklärt hingegen DGB-Arbeitsmarktexperte und BA-Verwaltungsratsmitglied Wilhelm Adamy. Zwar hatte die Bundesagentur in den beiden vergangenen Jahren Überschüsse von 17,8 Milliarden Euro zu verzeichnen und damit ein gewisses finanzielles Polster aufgebaut. Doch schon 2008 und 2009 wird die Situation mit einem Defizit von geschätzten 700 Millionen Euro pro Jahr wieder anders aussehen. Rechnet man noch die Rücklage von 2,5 Milliarden Euro für Pensionslasten der BA-Beamten sowie die – auch von den Arbeitgebervertretern im Verwaltungsrat beschlossene – Liquiditätsvorsorge von 9 Milliarden Euro ab, bleiben nur noch knapp 5 Milliarden Euro auf der angeblich „hohen Kante". Und die könnten bei einem wirtschaftlichen Abschwung schnell zusammenschmelzen. Denn schon 100.000 Arbeitlosengeld-I-Bezieher mehr würden die BA 1,6 Milliarden Euro kosten, rechnet Adamy vor. „Die Überschüsse werden hochgejubelt, während die Risiken klein gerechnet werde", so der DGB-Arbeitsmarktexperte.

Von diesen Risiken wären nicht nur die BA-Finanzen, sondern auch die Arbeitlosen selbst betroffen. Denn wenn – zum Beispiel aufgrund einer erneuten Beitragssenkung – der Haushalt der Bundesagentur ins Minus rutscht, springt anders als früher nicht mehr der Bund ein, um das Defizit auszugleichen. Um den BA-Haushalt dann wieder auf Kurs zu bringen, hieße es: Beiträge wieder rauf oder Leistungen verschlechtern und kürzen. Annelie Buntenbach, DGB-Vorstandsmitglied und alternierende BA-Verwaltungsratsvorsitzende, warnt deshalb schon heute: „Diejenigen, die jetzt am lautesten nach Beitragssatzsenkungen rufen, werden mit Sicherheit die ersten sein", die bei abflachender Konjunktur „alles tun werden, damit die Beiträge nicht wieder angehoben werden." Die Alternative wären dann, Leistungskürzungen für Arbeitslose zu fordern: „Die Arbeitslosen würden im Regen stehen gelassen", so Buntenbach.



Die Überschüsse der Bundesagentur für Arbeit aus den letzten beiden Jahren sind kein dauerhaftes Phänomen. In den vorangegangen Jahren schloss der Haushalt regelmäßig mit einem Minus und auch für 2008 und 2009 wird mit Defiziten gerechnet.

Trotzdem sieht auch der DGB eine Möglichkeit, den Haushalt der BA zu entlasten und so gegebenenfalls auch die Beiträge zu senken: Durch den so genannten Eingliederungsbeitrag finanziert die Bundesagentur mit jährlich rund fünf Milliarden Euro Maßnahmen für Alg II-EmpfängerInnen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt – das ist rund die Hälfte der staatlichen Ausgaben in diesem Bereich. Allerdings ist der Bund selbst zu diesen Eingliederungsleistungen gesetzlich verpflichtet – der Eingliederungsbeitrag ist also eine Art Zuschuss der BA an den Bundeshaushalt und damit nach einhelliger Meinung von Gewerkschaften und Arbeitgebern verfassungswidrig.

Würde der Eingliederungsbeitrag, wie vom DGB gefordert, abgeschafft, könnte der Beitragssatz problemlos gesenkt werden. Kurzsichtige und voreilige Beitragssenkungen, wie sie aktuell von der Politik wieder ins Spiel gebracht werden, lehnt der DGB aber ab. Ein „Hüh und Hott" bei den Beiträgen sei keine verlässliche Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, so DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. •

Musterklagen angestrebt

Rund fünf Milliarden Euro pro Jahr fließen von der Bundesagentur für Arbeit (BA) in den Bundeshaushalt. So finanziert die BA über den so genannten Eingliederungsbeitrag Maßnahmen mit, die Alg II-EmpfängerInnen wieder in Arbeit bringen soll.

Allerdings ist die Grundsicherung für Arbeitssuchende (Alg II) ein eigenes Sozialleistungssystem, für dessen Finanzierung der Bund und nicht die Beitragszahler der Arbeitslosenversicherung die Verantwortung tragen.

Der DGB und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) halten den Eingliederungsbeitrag (der den so genannten Aussteuerungsbetrag abgelöst hat) für verfassungswidrig und wollen über Musterverfahren bis zum Bundesverfassungsgericht rechtliche Klarheit schaffen.

Der DGB wird deshalb Gewerkschaftsmitglieder, die auch Beitragszahler zur Arbeitslosenversicherung sind, über den gewerkschaftlichen Rechtsschutz bei einer Musterklage unterstützen.

Informationen zu den geplanten Musterklagen gibt es beim Bereich Arbeits- und Sozialrecht des DGB-Bundesvorstands:
renate.gabke@dgb.de

PROJEKTE UND PARTNER

Broschüre

Freiberufler unter Druck

Den Lebensunterhalt als Freiberufler oder Solo-Selbstständiger zu bestreiten, bietet die Möglichkeit, unabhängig und selbstbestimmt zu arbeiten. Doch spätestens seit Anfang der 1990er Jahre haben Ökonomisierungstendenzen zu einer Radikalisierung der Arbeitsbedingungen von Freiberuflern geführt. Die Schriftenreihe „fair statt prekär", herausgegeben von der Sozialforschungsstelle der TU Dortmund, widmet sich in ihrer aktuellen Ausgabe „Der Preis der Freiheit" diesen Berufsfeldern. Aus unterschiedlichen Perspektiven bietet die Broschüre einen Blick auf die Lebenswirklichkeit und die rechtlichen Handlungsspielräume von Solo-Selbstständigen. •

Link zur Broschüre: www.einblick.dgb.de/links

MonApoli

Hartz auf dem Prüfstand

Höhe und Dauer der Transferleistungen, Beratung und Vermittlung von Arbeitslosen, eine nachhaltige Beschäftigungsförderung – die öffentlichen Debatten zu den Hartz-Reformen setzten sich zumeist nur mit Ausschnitten und Teilwirklichkeiten auseinander. Das will die aktuelle Ausgabe der OSB-Arbeitshefte der Otto-Brenner-Stiftung „Arbeitsmarktpolitik: Nachsteuern oder neu orientieren" ändern und stellt alle Bestandteile der Arbeitsmarktreformen auf den Prüfstand. Ausgehend vom Paradigma des „aktivierenden" Arbeitsmarktes untersuchen die AutorInnen die zentralen Punkte der Reformen. •

Link zum Bericht: www.einblick.dgb.de/links

neueBücher

Seit geraumer Zeit diskutieren GewerkschafterInnen, ob und in welchem Umfang die Gewerkschaften unter den neuen Bedingungen des internationalen Finanzmarktkapitalismus an Bedeutung und Einfluss verloren haben. Inzwischen herrscht Einigkeit darüber, dass ein potenzieller Verlust von Gestaltungsmacht kein unabwendbares Schicksal sein muss. Der Band *Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung?* zeigt mögliche Alternativen. Die AutorInnen liefern Beispiele gewerkschaftlicher Erneuerungskonzepte von Südkorea bis Österreich und gehen neuen Strategien wie dem von anglo-amerikanischen Gewerkschaften erfolgreich praktizierten Organizing auf den Grund.

Hae-Lin Choi, Klaus Dörre, u.a.: Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung? VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, 181 Seiten, 19,90 Euro.

Die Selbstverwaltung, und damit die Beteiligung von VersichertenvertreterInnen an Entscheidungen ihrer Krankenkassen und Sozialversicherungsträger, sind in der umfassenden Form des deutschen Modells einmalig. Die Zukunft dieses Modells steht trotzdem immer wieder zur Debatte – nicht zuletzt aufgrund sinkender Wahlbeteiligungen bei den alle sechs Jahre stattfindenden Sozialwahlen. In seinem *Kasseler Konzept* macht der Politikwissenschaftler und ehemalige Leiter des Funktionsbereichs Sozialpolitik der IG Metall Wolfgang Schroeder Vorschläge zur Revitalisierung der Selbstverwaltung bei den Krankenversicherungen: von vereinfachten Wahlverfahren bis zu besseren Möglichkeiten für Versicherte, mit ihren ehrenamtlichen VertreterInnen in Kontakt zu treten.

Wolfgang Schroeder: Zur Reform der sozialen Selbstverwaltung in der Gesetzlichen Krankenversicherung – Kasseler Konzept, edition Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2008, 110 Seiten, 12,00 Euro. Download: http://www.boeckler.de/pdf_fof/S-2007-39-4-3

Umfrage

Väter in Elternzeit

Seit 2007 sollen Neuregelungen beim Elterngeld vermehrt auch Väter dazu bringen, einen Teil der Elternzeit zu übernehmen. Das Berliner Institut für sozialwissenschaftlichen Transfer (SowiTra) will jetzt im Rahmen des von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Projekts „Das neue Elterngeld" mit einer Online-Umfrage herausfinden, ob und wie gerade erwerbstätige Väter diese Möglichkeit tatsächlich nutzen. •

www.vaeter-in-elternzeit.de

Konferenz

Lobbying und Politik

Nicht erst seit der jüngsten Diskussion um den „Personalaustausch" von Wirtschaftsvertretern und Bundesministerien sind die negativen Auswüchse von Lobbying in die Kritik geraten. Die Journalistenvereinigung „Netzwerk Recherche" versammelt deshalb am 19. und 20. September in Berlin WissenschaftlerInnen, LobbyistInnen, JournalistInnen und PolitikerInnen zur Fachkonferenz „In der Lobby brennt noch Licht… - Lobbyismus als politisches Schattenmanagement". Die Referenten und Teilnehmer diskutieren neben grundsätzlichen Fragen nach lauterem und unlauterem politischen Einfluss der Lobbyisten auch Sinn und Möglichkeiten für konkrete Regeln in der Lobbyarbeit, wie etwa eine „Karenzzeit" für Politiker vor einem Wechsel in die Wirtschaft. •

www.netzwerkrecherche.de

interregio

••• Der ***DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg*** wird sich am 15. September auf seiner ***4. Brandenburgkonferenz*** in Potsdam mit den Bedingungen guter Arbeit beschäftigen. Besonders in Brandenburg sei längst deutlich geworden, dass eine Niedriglohnstrategie keineswegs zu neuen Arbeitsplätzen führe, so der Ansatz der Konferenz. Daher soll unter dem Titel „Genug gespart! – Gute Arbeit gibt es nicht zum Nulltarif" diskutiert werden, wie durch betriebliche Initiativen gute Arbeit vor Ort verwirklicht werden kann. Kurz vor den Kommunalwahlen in Brandenburg (28. September) liegt der Fokus besonders auf der Arbeit in der Kommune. Die Konferenz soll so auch Anregungen für überbetriebliche und kommunale Bündnisse für gute Arbeit geben.

Link zur Konferenz: www.einblick.dgb.de/links

••• Angesichts der bevorstehenden Einschulung der Hamburger ErstklässlerInnen Ende August fordert der ***DGB Hamburg*** einen ***städtischen Schulmittelfonds,*** um die Chancen von Kindern aus einkommensschwachen Haushalten bereits zum Schulbeginn zu verbessern. „Schule kostet Geld", bekräftigt Erhard Pumm, Vorsitzender des DGB Hamburg. So koste etwa die Grundausstattung zum Schulbeginn rund 180 Euro. Doch gerade dieser Bedarf der Kinder sei etwa bei der Einführung von Hartz IV nicht berücksichtigt worden. Über den Fonds sollen Haushalten mit geringem Einkommen daher unbürokratisch die Kosten für Schulbedarf nach Vorlage von Quittungen erstattet werden – und zwar für Kinder aller Schulstufen.

www.dgb-hamburg.de

Der DGB startet die Aktion „Aufsichtsrat des Monats". Das Ziel: der Unternehmensmitbestimmung ein Gesicht geben.

Aufsichtsräte im Porträt

„Anderen Blickwinkel eröffnen"

Millionen Beschäftigte arbeiten in einem Unternehmen mit einem Aufsichtsrat – ein erfolgreiches Modell, in dem auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine wichtige Rolle übernehmen. „Mitbestimmte Aufsichtsräte nehmen die Zukunft vorweg", erklärt DGB-Vorstand Dietmar Hexel. „Die Arbeitnehmer als eigentliche Wertschöpfer übernehmen Verantwortung und entscheiden auf Unternehmensebene mit. Durch Bestellung, Beratung und Kontrolle des Vorstandes im Sinne nachhaltigen Wirtschaftens werden auch Arbeitnehmerinteressen optimal vertreten."

Ein Balance-Akt, der viel Know-how und großes persönliches Engagement erfordert. Dieser Einsatz wird viel zu selten öffentlich sichtbar, noch seltener gewürdigt. Der DGB will das mit der Aktion „Aufsichtsrat des Monats" ändern und der Unternehmensmitbestimmung ein Gesicht geben. „Mitbestimmte Aufsichtsräte stehen für eine Kultur wirtschaftlicher Demokratie, die allen nutzt. Mitbestimmte Aufsichtsräte verdienen Aufmerksamkeit, Respekt und Anerkennung", meint Hexel.

Jeden Monat wird deshalb im Rahmen der Aktion eine Aufsichtsrätin oder ein Aufsichtsrat der „Arbeitnehmerbank" porträtiert – anhand eines Fragebogens, der zeigt, wie sie arbeiten, was sie beschäftigt und wie sie über die Unternehmensmitbestimmung und ihre Tätigkeit als Aufsichtsrat denken.

DGB-Aktion

einblick stellt ab sofort jeden Monat einen weiteren Aufsichtsrat mit einem Kurzporträt vor. Den jeweils kompletten Fragebogen des aktuellen „Aufsichtsrats des Monats", ein Archiv bisheriger Fragebögen und weitere Infos zur Unternehmensmitbestimmung gibt es auf der Aktionsseite:

www.dgb.de/aufsichtsrat



Sabine Leisten, 42, ist freigestellte Betriebsrätin und seit 2006 in erster Amtszeit Aufsichtsrätin beim Maschinen- und Anlagenbau-Unternehmen SMS Demag AG. Die Diplom-Ingenieurin aus dem Qualitätsmanagement des Unternehmens ist Mitglied der IG Metall und eine von zwei Frauen im 12-köpfigen Aufsichtsrat. SMS Demag beschäftigt in Deutschland rund 3600 Menschen und hat weltweit weitere Standorte, unter anderem in Italien, China, Indien.



1. Mit einem kurzen Satz beschrieben ist ein Aufsichtsrat…

…ein Kontrollgremium, das das Unternehmen braucht.

2. Der größte Vorteil am deutschen Mitbestimmungsmodell ist…

…, dass es Mittel sozialer Integration und positiver Standortfaktor für Deutschland ist – verstanden als Gesamtsystem aus Betriebsverfassung und Arbeitnehmermitbestimmung im Aufsichtsrat.

3. Was war bisher Ihr größter Erfolg, den Sie gemeinsam im Aufsichtsrat durchsetzen konnten?

In meiner Amtszeit können wir als Arbeitnehmervertreter als Erfolg verbuchen, immer wieder zu thematisieren, dass eine langfristige Unternehmensentwicklung vor kurzfristigen Zielen geht. Besonders das Thema Know-how-Schutz bringen wir immer wieder in den Aufsichtsrat ein. Denn das Know-how und die Kernkompetenzen zu schützen, die im Unternehmen stecken, sind für unsere Zukunft extrem wichtig. Das Motto der IG Metall-Kampagne „Besser statt billiger" ist auch unser Credo. Wir diskutieren immer wieder mit der Unternehmensführung: Nur das „Besser" sichert langfristig unsere Existenz, nicht das „Billiger".

4. …und was das größte Ärgernis im Laufe Ihrer Aufsichtsratstätigkeit?

Ein großes Ärgernis gab es in meiner Amtszeit zum Glück noch nicht – was nicht heißt, dass man sich nicht auch einmal ärgert.

5. Mit Blick auf Europa und die Globalisierung: Muss sich die Arbeit der Aufsichtsräte noch weiter internationalisieren?

Als Exportunternehmen haben wir natürlich immer die Welt und internationale Entwicklungen im Blick, SMS Demag verfügt auch über einen internationalen Konzernbetriebsrat – insofern: ja. Aber die Unternehmensmitbestimmung ist eben auch ein originärer Standortfaktor für Deutschland.

6. Der Aufsichtsrat unterstützt gute und sozial verantwortungsvolle Unternehmensführung, indem…

…wir der Unternehmensführung einen anderen Blickwinkel eröffnen und Themen ohne Filter transportieren.

7. Von wem erfahren Sie den größten Respekt für Ihre Arbeit im Aufsichtsrat, von wem weniger?

Bei der Arbeit im Aufsichtsrat geht es weniger darum, Respekt zu erlangen. Es ist eine sachliche und pragmatische Arbeit fürs Unternehmen und im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

8. Wenn ein Unternehmen ein Auto wäre, welcher Teil wäre dann der Aufsichtsrat?

Bei aller technischen Raffinesse ist ein Auto eine „triviale" Maschine. Trivial in dem Sinn, dass ich bei gleichem Input immer die gleiche Reaktion hervorrufe. Ein Unternehmen ist viel zu komplex, um es mit einer solchen Maschine zu vergleichen. Der Aufsichtsrat steckt bei diesem Vergleich nicht im Auto, sondern er sorgt für die „Fitness" des Fahrers – also der Unternehmensführung.

9. Das Wort, das in Vorbesprechungen der Arbeitnehmervertreter vor Aufsichtsratssitzungen am häufigsten fällt, ist…

Risiko.

10. Schätzen Sie das Gewicht der Unterlagen, die Sie jedes Jahr für die Aufsichtsratstätigkeit durchgehen müssen.

Ob ein bis zwei Kilogramm oder 17,8 Gigabyte – die Menge sagt nichts aus und ist auch nicht entscheidend. Die Herausforderung ist herauszufinden, was in den Unterlagen nicht geschrieben steht, aber fürs Unternehmen mindestens genau so wichtig ist.

kurz&bündig

Die IG BAU fordert, die Bundesmittel für die Programme zur energetischen Gebäudesanierung bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau aufzustocken. Energetische Gebäudesanierung schaffe neue Arbeitsplätze, befördere die politischen Klimaziele und entlaste Privathaushalte von steigenden Energie-Kosten.

Die IG BCE hält eine Änderung des Übernahmerechts für Unternehmen für nötig, um mehr Transparenz und Sicherheit zu schaffen. Anlass: Der Versuch der feindlichen Übernahme der Continental AG durch die Schaeffler KG.

Handwerkskammer

Urwahlen in Magdeburg

Am 12. September findet in Magdeburg eine Handwerkskammerwahl statt. Anders als sonst üblich wird die Wahl diesmal nicht als Friedenswahl, sondern als Urwahl durchgeführt: Alle rund 68 000 Beschäftigten von Handwerksbetrieben im Kammerbezirk Magdeburg bestimmen die Arbeitnehmermitglieder der Vollversammlung der Handwerkskammer mit.

Nötig wurde die Urwahl, weil zwei Arbeitnehmerlisten zur Wahl antreten. Neben der „Freien Liste der Arbeitnehmervertreter" von DGB, DGB-Gewerkschaften und dem Kolpingwerk tritt außerdem eine Liste mit KandidatInnen an, die der „Geschäftsführung der Kammer nahe stehen", heißt es in der Tageszeitung *Volksstimme Magdeburg*. Die Hauptgeschäftsführerin der Kammer allerdings ist mit verlustreichen Aktiengeschäften zu Lasten der Handwerkskammer in die Kritik geraten, was ein Grund für den Rücktritt der gesamten Vollversammlung und für die Neuwahlen ist. Ziele der „Freien Liste der Arbeitnehmervertreter" sind unter anderem eine offensive Wirtschaftsförderung, die Sicherung von Arbeitsplätzen im Handwerk – und nicht zuletzt ein „Neuanfang ohne wenn und aber" für die Handwerkskammer. ●

www.handwerkskammerwahl.de

Antikriegstag

Keine Waffen für Diktaturen

Der Krieg zwischen Russland und Georgien hat gezeigt: Der alljährlich am 1. September begangene Antikriegstag hat nichts an Bedeutung verloren. Der DGB fordert in seinem Aufruf zum Gedenktag von allen Staaten weltweit, „zivilen Konfliktlösungen vor militärischen Interventionen absoluten Vorrang einzuräumen". Die Weltgemeinschaft dürfe den Ursachen kriegerischer Konflikte nicht länger „weitgehend tatenlos zusehen". Der DGB schlägt deshalb etwa ein internationales Verbot von Waffenhandel mit Diktaturen vor. Mit dem Antikriegstag wird an den deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 erinnert. ●

Aufruf und DGB-Veranstaltungen: www.einblick.dgb.de

Pflege

Infos für Betriebsräte

Die Vereinbarkeit von Beruf und Pflegeaufgaben wird auch für Betriebsräte ein immer wichtigeres Handlungsfeld. Zwei neue Broschüren des DGB bieten ihnen dabei Unterstützung. Die Broschüre „Vereinbarkeit von Beruf und Pflege – ein Handlungsfeld für Betriebsräte" sensibilisiert für das Thema und bietet Hintergrundinformationen, Checklisten sowie Best-Practice-Beispiele, wie Betriebsräte Beschäftigte mit Pflegeaufgaben besser unterstützen können. „Pflege und Beruf" stellt Module für Bildungsveranstaltungen mit der Zielgruppe Betriebs- und Personalräte vor. ●

www.dgb-bestellservice.de

Initiative Trendwende

Raus aus der Klemme

„Auswege aus der Finanzierungsklemme des Sozialstaats" lautet der Titel einer Broschüre, mit der das im Rahmen der gewerkschaftsübergreifenden Initiative Trendwende gestartete Projekt „Neue Finanzarchitektur des Sozialstaats" seine Ergebnisse präsentiert und Denkanstöße liefert.

Die Projektgruppe hat Alternativen zu den gängigen Lösungen für die Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherungssysteme entwickelt – Alternativen zu Leistungsverschlechterungen, Gebührenerhöhungen und einem zunehmenden Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung zu Lasten der ArbeitnehmerInnen.

Zu den Empfehlungen der Projektgruppe gehört etwa eine stärkere Steuerfinanzierung der Sozialsysteme – besonders durch Steuern auf Kapital und Vermögen. Außerdem müssten die Anreize zur Erosion der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gestoppt werden. Denn Minijobs und Kombilöhne sorgten für „Drehtüreffekte" und zunehmende Prekarisierung. Ein erstes Mittel dagegen sei ein gesetzlicher Mindestlohn. Als Zielperspektive schlägt die Studie ein integriertes Steuer- und Abgabensystem vor. ●

www.dgb-bestellservice.de

Anzeige

BE NET
Berufspädagogen Netzwerk

Ihre berufliche Zukunft: Aus- und Weiterbilden als Beruf

Berufsbegleitende Fortbildung für Berufsbildungspersonal zum/zur Berufspädagogen/in (IHK)

Veranstaltungsorte
Berlin, Braunschweig, Dortmund, Erfurt, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Kassel, Köln, Leipzig, Mannheim, Oldenburg, Saarbrücken, Stuttgart

Info
bfw - Unternehmen für Bildung.
Schimmelbuschstraße 55
40699 Erkrath
Telefon 02104 4 99-264
Telefax 02104 4 99-280
rollinger.karin@bfw.de

bfw
Unternehmen für Bildung.

Konjunktur

Sommertheater zum Abschwung

Die Konjunktur schwächelt, die Rezessions-Angst geht um, und im politischen Berlin reichen die Konzepte von „Aussitzen" bis „Steuern senken". Dierk Hirschel erklärt, wie ein sinnvolles Konjunkturprogramm aussehen könnte.



Dierk Hirschel, 37, ist Chefökonom und Leiter des Bereichs Wirtschafts- und Steuerpolitik beim DGB-Bundesvorstand.

Ein Gespenst geht um in Deutschland. Das Gespenst des Abschwungs. Die Auftragslage der Unternehmen verschlechtert sich. Die Auslandsmärkte brechen weg. Öl und Euro sind weiterhin teuer. Deutschland und das Euroland beginnen schon zu schrumpfen.

Das politische Berlin wird nervös. Wirtschaftsminister Glos eröffnete das Sommertheater mit einem Konjunkturprogramm. **Was folgte, waren die üblichen pawlowschen Reflexe:** Die Kanzlerin sieht keinen Handlungsbedarf. Der rote Finanzminister spottet über die drohende Geldvernichtung.

Zweifelsohne lässt sich mit den Zutaten aus dem Hause Glos kein belebender Cocktail mixen. Die geplanten zehn Milliarden Euro reichen nicht, um eine 2,3 Billionen Euro schwere Volkswirtschaft in Schwung zu bringen. Die beabsichtigten Steuerfreibeträge und ein niedrigerer Steuertarif verpuffen ohne Wirkung. Geringverdiener werden nicht entlastet, da sie ohnehin keine Steuern zahlen. **Dennoch verdient Michael Glos ein Lob. Er hat erkannt, dass ein Abschwung kein Naturereignis ist.**

Das ist gut so. Denn eine „Politik der ruhigen Hand" kommt uns teuer zu stehen. Produktion und Nachfrage brechen ungehindert ein. Der konjunkturelle Absturz wird somit tiefer und länger. Ein heimischer Abschwung dauert im Schnitt 28 harte Monate. In den USA sind es gerade einmal 11 Monate. Jeder zusätzliche Monat Wachstums- und Arbeitsmarktkrise bedeutet aber millionenschwere Steuer- und Beitragsausfälle. Soweit muss es nicht kommen. Außerhalb unserer Landesgrenzen ist viel am Design erfolgreicher Konjunkturprogramme gearbeitet worden. Von diesen Erfahrungen sollten wir jetzt lernen. Zunächst muss eine Konjunkturspritze schnell gesetzt werden. Sie muss wirken, bevor eine Welle des Pessimismus alles unter sich begräbt. **Bis zum Herbst wäre also noch Zeit.**

Des Weiteren muss die Dosis ausreichend sein. Ein Prozent des Sozialproduktes sollte es schon sein. Dies entspricht ungefähr der Größe des aktuellen 160 Milliarden Dollar schweren US-Konjunkturprogramms. Für Deutschland müssten wir folglich ein rund 25 Milliarden Euro schweres Paket schnüren.

Entscheidend ist nun die Frage, wie die Wirtschaft angeschoben werden soll. Nehmen Bund, Länder und Kommunen mehr Geld in die Hand, oder gibt es mehr Netto vom Brutto für alle? **Die Praxis zeigt, dass höhere Staatsausgaben effektiver sind als weniger Steuern.** Nach einer Schätzung des Münchner IFO-Instituts erhöht jeder zusätzliche Euro aus der Staatskasse das Sozialprodukt um 2,4 Euro. Ein Euro mehr vom Brutto steigert hingegen das Sozialprodukt nur um 1,8 Euro.

Für höhere Staatsausgaben spricht auch die öffentliche Investitionslücke. Die staatliche Investitionsquote liegt mit 1,5 Prozent etwa einen Prozentpunkt unter dem europäischen Durchschnitt. Mehr öffentliche Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Klimaschutz würden das gesellschaftspolitisch Notwendige mit dem konjunkturell Sinnvollen verbinden.

Alternativ könnten auch die Sozialtransfers angehoben werden. Eine kräftige Erhöhung des Hartz IV-Satzes würde einen Konsumschub auslösen. **Einkommensschwache Haushalte geben jeden zusätzlichen Cent unmittelbar aus.** Ihre Sparquote geht gegen Null. Auch die US-Praxis einmaliger Steuerrückzahlungen – in Form von Steuerschecks – hätte positive konjunkturelle Wirkungen. Die Schecks sollten aber nur an geringe und mittlere Einkommensbezieher verteilt werden.

Dass ein Konjunkturprogramm kurzfristig neue Schulden produziert, ist kein Unglück. Denn eines ist jetzt schon sicher: Je länger der Abschwung andauert, desto größer wird der Schuldenberg. Zudem finanziert sich das Konjunkturpaket über positive Wachstums- und Arbeitsmarkteffekte zu einem Großteil selbst. Die Bundesbank beziffert den Selbstfinanzierungsanteil auf 50 Prozent. Und höhere öffentliche Investitionen sollten mittelfristig ohnehin steuerfinanziert werden. Man könnte auch einen Teil der Goldreserven heben. Gold im Wert von rund 90 Milliarden Euro lagert nutzlos in den Kellern der deutschen Zentralbanker.

Das Schlimmste wäre jedoch, wenn die Politik die Hände in den Schoß legt. **Ein Plan B für den möglichen Ernstfall ist das Mindeste, was wir jetzt erwarten sollten.** Völlig utopisch sind die Hoffnungen nicht. Denn spätestens 2009 ist am Wahltag auch Zahltag. Ein stotternder Konjunkturmotor und steigende Arbeitslosigkeit könnten dann zum politischen Albtraum werden. •

Das Zauberwort

Rezession oder nicht? Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) diagnostiziert für Deutschland derzeit lediglich ein „gebremstes Wachstum". Die Bundesregierung werde an ihrer „bewusst vorsichtigen Wachstumsprognose" von 1,7 Prozent für 2008 und 1,2 Prozent für 2009 festhalten. Das Wort „Rezession" will in der großen Koalition noch niemand in den Mund nehmen und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ließ verlauten, Überlegungen für ein staatliches Konjunkturprogramm „stehen derzeit nicht zur Debatte".

Gustav Horn, wissenschaftlicher Direkter des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), hingegen meint, mit Blick auf die aktuellen Wirtschaftszahlen könne man eine Rezession zumindest nicht mehr ausschließen.

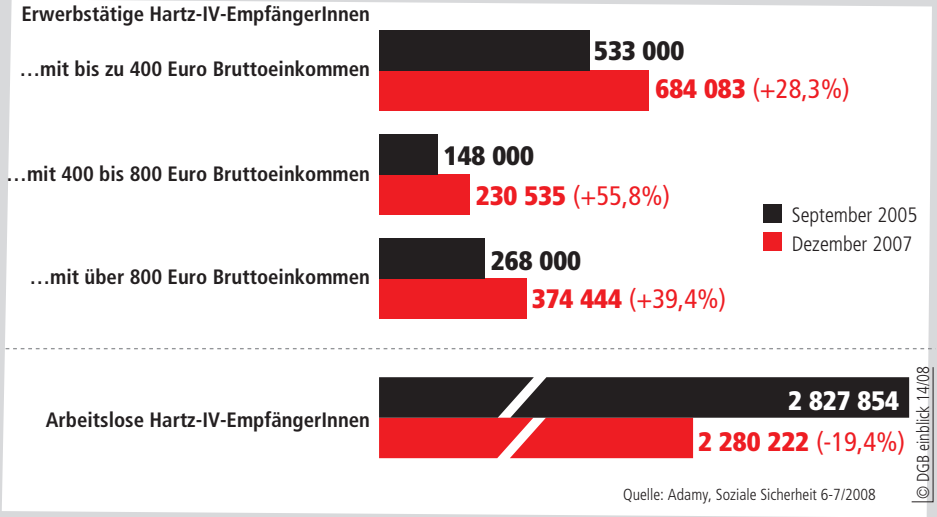
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

HARTZ IV: Immer mehr Aufstocker

Während die Zahl der arbeitslosen Hartz-IV-EmpfängerInnen seit 2005 deutlich gesunken ist, stieg im selben Zeitraum die Zahl derer, die trotz Erwerbstätigkeit ergänzendes Arbeitslosengeld II beziehen, deutlich. Gab es 2005 noch rund dreimal mehr arbeitslose EmpfängerInnen als „Aufstocker", sind es heute nicht einmal mehr doppelt so viele. So subventioniert der Staat die Niedriglöhne der deutschen Wirtschaft mit 371 Millionen Euro pro Monat – 4,4 Milliarden pro Jahr.



personalien

••• ***Dieter Schmidt,*** 1970 bis 1979 erster Chefredakteur und Mitbegründer der gewerkschaftlichen Jugendzeitschrift *ran*, später Chefredakteur der gewerkschaftlichen Wochenzeitung *Welt der Arbeit* sowie bis zu seinem Ausscheiden Pressesprecher des DGB für die neuen Bundesländer, ist am 16. Juli 2008 im Alter von 71 Jahren verstorben.

••• ***Sigrid Bartholomy,*** Referatsleiterin im Bereich Bildung, Qualifizierung und Forschung des DGB-Bundesvorstands, ist am 20. Juli 2008 im Alter von 59 Jahren verstorben. Bartholomy war 35 Jahre lang in der Bundesvorstandsverwaltung des DGB beschäftigt.

••• ***Bianca Kühl,*** 36, bisher Referentin im Bereich Arbeitsmarktpolitik des DGB für Internationale Sozialpolitik, Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und Behindertenpolitik, ist seit dem 1. Juni als Referatsleiterin Internationale Gewerkschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand zuständig für Internationale Sozialpolitik, ILO, Asien, Afrika und Nahost. Sie folgt Jürgen Eckl, 65, der inzwischen in den Ruhestand gegangen ist.

••• ***Harald Schartau,*** 55, von 1997 bis 2000 Bezirksleiter der IG Metall Nordrhein-Westfalen, von 2000 bis 2005 nordrhein-westfälischer Arbeitsminister sowie von 2001 bis 2005 Landesvorsitzender der SPD, wird ab dem 1. Januar 2009 Arbeitsdirektor beim Stahlunternehmen Georgsmarienhütte.

••• ***Dierk Hirschel,*** 37, Chefökonom des DGB, ist seit dem 1. August Leiter des Bereichs Wirtschafts- und Steuerpolitik beim DGB-Bundesvorstand.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Sebastian Henneke, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

28.-30.8. Hans-Böckler-Stiftung und Universität Osnabrück, 10. Deutsch-Japanisches Treffen „Quality of Life and Working Life in Comparison", Osnabrück

31.8.-5.9. DGB-Bildungswerk, Seminar "Treibstoff für Konflikte? Öl- und Energieversorgung im 21. Jahrhundert", Hattingen

1.9. Antikriegstag

4.9. DGB, Abschlusstagung des Projekts "Beratungsoffensive Handwerk", Berlin

4./5.9. ver.di, Tagung „Staatliche Verantwortung und Öffentliche Daseinsvorsorge in der Informationsgesellschaft", Berlin

5.9. DGB NRW und Arbeit und Leben NRW, Konferenz „Genossenschaften – Eine Möglichkeit der wirtschaftlichen Selbsthilfe", Gelsenkirchen

6.-17.9. Sommer-Paralympics, Peking

7.-12.9. TIBAY e.V., Seminar „Alternde Belegschaften – eine Herausforderung", Inzell (Bayern)

Schlusspunkt.

„Sommer warnt vor Winter"

Überschrift, die mehrere Medien (Mitteldeutsche Zeitung, FR-Online, stern.de, Nachrichtenagentur ap, RTL-Videotext) nach einem Interview von Michael Sommer in der BILD am Sonntag (27. Juli) für ihre Artikel wählten. Michael Sommer hatte im Interview angesichts steigender Energiepreise davor gewarnt, dass im kommenden Winter viele Deutsche frieren müssten.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 08.09.2008 15/08

DGB

inhalt

Seite 3
Unlautere Methoden
Internationale Vergleichsstudien von Wirtschaftswissenschaftlern zum Bildungssystem finden oft Beachtung – die Forschungsmethoden sind aber häufig unlauter

Seite 5
Gleichstellen
Mit einer Vielzahl von Maßnahmen wollen die Gewerkschaften eine faire Gestaltung der Leiharbeit erreichen und LeiharbeitnehmerInnen mit Beschäftigten der Stammbelegschaften gleichstellen

Seite 7
Ökologisch und gerecht
Höhere Abgaben auf Strom und Energie könnten Haushalten unterm Strich trotzdem Geld sparen. Wie das mit dem „Ökobonus" funktionieren soll, erklärt Wolfgang Kessler

Qualität der Ausbildung

Der Handlungsbedarf ist groß

Während die Wirtschaft über die mangelnde Ausbildungsreife vieler Jugendlicher klagt, äußern sich viele Auszubildenden kritisch über die Qualität ihrer Ausbildung. Das zeigt der gerade veröffentlichte DGB-Ausbildungsreport 2008. Regelmäßige Überstunden, mangelnde fachliche Anleitung und geringe Aussichten auf Übernahme – das sind die zentralen Kritikpunkte. Der Report basiert auf einer bundesweiten Befragung von 4725 Azubis in den 25 häufigsten Ausbildungsberufen.

Zwar ist die überwiegende Mehrheit insgesamt mit ihrer Ausbildung zufrieden, auch die Qualität der Ausbildung hat sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig verbessert. Dennoch sind die Mängel zum Teil erheblich. So müssen über 40 Prozent der Azubis regelmäßig Überstunden leisten, bei den Hotelfachleuten sind es sogar 70 Prozent. Nur jeder fünfte Auszubildende hat eine Übernahme nach der Ausbildung sicher. Knapp ein Drittel der Befragten gibt an, nur „manchmal", „selten" oder „nie" fachlich angeleitet zu werden. Und die Unterschiede zwischen den einzelnen Berufen sind groß. Am besten wird die Ausbildung zum/zur IndustriemechanikerIn bewertet, besonders schlecht schneiden im Ranking die Gastronomieberufe, BäckerInnen sowie MalerInnen und LackiererInnen ab.

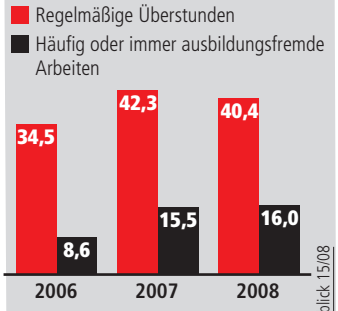
Aus Sicht des DGB ist der Verbesserungsbedarf vor allem „auf den letzten Plätzen" groß. „Die Probleme Überstunden, Übernahme und fachliche Anleitung bleiben Dauerbrenner", erklärte DGB-Vize Ingrid Sehrbrock bei der Vorstellung des Reports am 3. September in Berlin. Alle Kritikpunkte ließen sich aber „in den Griff kriegen", zeigte sie sich überzeugt.

Beispiel Übernahme: Der DGB fordert die Unternehmen auf, mehr ausgebildete Jugendliche zu übernehmen. „Wenn es nicht anders geht, wenigstens für ein halbes Jahr. Sich aus einem bestehenden Arbeitsverhältnis zu bewerben, ist allemal leichter als aus der Arbeitslosigkeit", erklärt Sehrbrock. Es sei nicht nachvollziehbar, dass die Wirtschaft den Mangel an Fachkräften beklage, aber dem Nachwuchs wenig Perspektiven eröffne. Notwendig ist aus Sicht des DGB zudem eine verstärkte Qualitätskontrolle durch die Kammern. Sie sollten personell so ausgestattet sein, dass die AusbildungsberaterInnen unangemeldet Betriebe besuchen können.

Handlungsbedarf gibt es auch in der Politik. Sehrbrock fordert, bei der laufenden Überarbeitung der Ausbildereignungsverordnung (AEVO) die Qualitätskriterien zu erweitern und den AusbilderInnen ein Recht auf Weiterbildung einzuräumen. Vor fünf Jahren war die AEVO, und damit die Pflicht, sich als Ausbilder zu qualifizieren, ausgesetzt worden. Nicht zuletzt dem gemeinsamen Protest von Gewerkschaften und Handwerk sei es zu verdanken, dass die AEVO nun überarbeitet und 2009 wieder eingeführt werden soll, betonte Sehrbrock. •

Ausbildung: Qualität kaum verbessert

Auszubildende über die Häufigkeit von Überstunden und ausbildungsfremden Tätigkeiten (in Prozent)



Quelle: DGB-Ausbildungsreport 2006, 2007 und 2008; der Report basiert auf der Befragung von über 4000 Azubis in den 25 beliebtesten Ausbildungsberufen

© DGB einblick 15/08

Die Qualität der Ausbildung lässt in vielen Betrieben Einiges zu wünschen übrig. Zu diesem Ergebnis kommt der DGB-Ausbildungsreport 2008. *Download: www.dgb.de*

plusminusBERLIN

+ ***Kai Gehring (Grüne) ist gegen die Benachteiligung von Kriegsdienstverweigerern. Es sei Willkür, wenn für den Wehrdienst untaugliche junge Männer nur deshalb als tauglich eingestuft würden, weil sie den Kriegsdienst verweigern. So werde der Zivildienst zum „Ersatz für Nichts".***

– ***FDP-Finanzexperte Klaus Schäffler will im deutschen Bankwesen nicht am Drei-Säulen-System festhalten und fordert „säulenübergreifende Zusammenschlüsse". Und jetzt im Klartext: Schäffler will die Eigenständigkeit der Sparkassen und Genossenschaftsbanken abschaffen.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.boeckler.de/320_92004.html
WSI-Tarifarchiv: Kündigungstermine der Tarifrunde 2009

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Stellungnahme des DGB zur geplanten neuen Unternehmensform „Europäische Privatgesellschaft"

POLITIK AKTUELL

Europa

Mindestlöhne steigen

Fünf europäische Staaten haben in den vergangenen Monaten ihre untere gesetzliche Lohngrenze angehoben. Damit liegt das durchschnittliche Mindestlohnniveau in den westeuropäischen Ländern jetzt bei 8,30 Euro. Das zeigt eine aktuelle Auswertung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. Nachdem zum 1. Januar 2008 bereits in 12 von 20 EU-Staaten die gesetzlichen Mindestlöhne gestiegen sind, haben nun Luxemburg, Frankreich, Belgien, die Niederlanden und Slowenien nachgezogen.

In Belgien, Luxemburg und Frankreich werden Mindestlöhne regelmäßig an die Preisentwicklung angepasst. Auch Großbritannien hat eine Mindestlohnerhöhung von 5,52 Pfund auf 5,73 Pfund zum 1. Oktober 2008 beschlossen. Sieben EU-Staaten haben keinen gesetzlichen Mindestlohn. Neben Deutschland sind das Italien, Dänemark, Schweden, Finnland, Österreich und Zypern. •

GdP zu Afghanistan

Keine Bürgerkriegs-Polizei

Der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg hat Forderungen nach einer Ausweitung des deutschen Polizeieinsatzes in Afghanistan zurückgewiesen. In der derzeitigen Bedrohungslage würden dort keine Polizisten benötigt, die „den Ladendieb oder den Räuber überführen", sagte Freiberg der *Leipziger Volkszeitung*. Gebraucht würden „paramilitärische Einheiten" – Fachleute, die „Sprengstofffallen erkennen und Selbstmordattentäter verfolgen."

Paramilitärische Kräfte müssten dann aber Länder wie Frankreich, Spanien oder Italien stellen, deren Polizei dem Verteidigungsministerium untersteht. „Die deutsche Polizei ist keine Bürgerkriegspartei", so Freiberg. •

Bundesregierung

Zivildienst wird reformiert

Die Bundesregierung hat eine Änderung des Zivildienstgesetzes beschlossen. Die Koalition setzt damit die Einigung aus dem Koalitionsvertrag um, den Zivildienst zum „Lerndienst" weiterzuentwickeln und so auch die „berufspraktischen Kenntnisse" der Zivis zu vertiefen.

Konkret sieht der Gesetzentwurf zum Beispiel vor, dass jeder Zivildienstleistende im Anschluss an seine Tätigkeit obligatorisch ein qualifiziertes Dienstzeugnis ausgestellt bekommt, das die erworbenen Kompetenzen dokumentiert. Außerdem sollen die fachlichen Schulungen – zum Beispiel im Bereich Pflege und Betreuung – zu „dienstbegleitenden Seminaren" weiterentwickelt werden. Entsprechende Modellprojekte waren in den vergangenen Jahren bereits an den staatlichen Zivildienstschulen und bei Wohlfahrtsverbänden angeboten worden.

Kein Bestandteil des aktuellen Gesetzentwurfs ist der in diesem Jahr vom Bundesfamilienministerium vorgeschlagene „freiwillig verlängerte Zivildienst", bei dem Zivis ihren neunmonatigen Dienst um weitere sechs Monate hätten verlängern können. Die DGB-Jugend und andere Verbände wie die Zentralstelle Kriegsdienstverweigerung hatten gegen dieses Reformvorhaben protestiert – es sei der Versuch gewesen, durch eine Ausweitung der Zivildienstzeit reguläre Arbeitsplätze zurückzudrängen. „Der personelle Notstand im sozialen Bereich muss durch zusätzliche reguläre Beschäftigung abgebaut werden", erklärte ver.di-Bundesjugendsekretär Ringo Bischoff. •

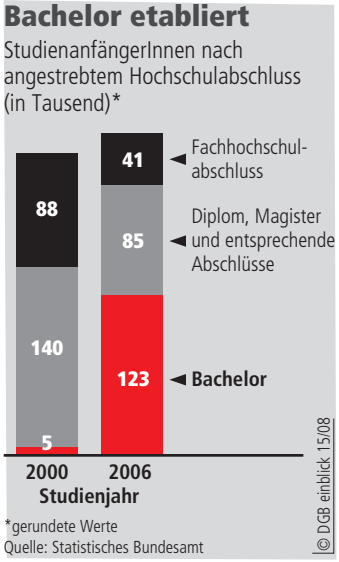
Hochschulen

Studium à la Bologna

Die seit Anfang des Jahrzehnts neu eingerichteten Bachelor-Studiengänge haben bei den Einschreibezahlen von StudienanfängerInnen inzwischen die herkömmlichen Studiengänge wie Diplom oder Magister deutlich überholt. Das zeigen aktuell vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Zahlen zur Entwicklung der Studierendenzahlen.

Die so genannten „gestuften Studiengänge" – mit dem Bachelor als ersten und dem Master als darauf aufbauendem Studiengang – sind ein Ergebnis des 1999 von 29 europäischen Ländern vereinbarten Bologna-Prozesses, der einen gemeinsamen europäischen Hochschulraum schaffen soll.

Ob die Ziele, die durch den Bologna-Prozess erreicht werden sollten, tatsächlich umgesetzt werden konnten, ist umstritten. Unter anderem sollten einheitlichere Studiengänge wie der Bachelor zu einer besseren Vergleichbarkeit der Studierendenleistungen führen, um die Mobilität von Studierenden und Absolventen innerhalb Europas zu fördern. Die europäischen Dachverbände der Bildungsgewerkschaften und der Studierendenvertretungen meinen aber, dieses Ziel sei noch längst nicht erreicht. Mit der Kampagne „Let's go" setzen sie sich derzeit für eine bessere internationale Mobilität für Studierende ein (www.letsgocampaign.net). Außerdem meinen Kritiker – darunter auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) –, dass die ebenfalls im Bologna-Prozess angestrebten sozialen Ziele nicht konsequent genug verfolgt werden. So sollte der Prozess auch die studentische Beteiligung und Mitwirkung bei Entscheidungen auf allen Ebenen stärken. •



Anfang des Jahrzehnts noch Exoten, heute die Mehrheit: Fast die Hälfte aller StudienanfängerInnen beginnt heute ein Bachelor-Studium.

IMK

Aufschwung kommt nicht an

Der aktuelle wirtschaftliche Aufschwung hat für viele Menschen in Deutschland keine finanziellen Vorteile gebracht. Vom positiven Konjunkturzyklus der vergangenen drei Jahre haben vor allem diejenigen profitiert, die Einkommen aus (Unternehmens-)Gewinnen und Vermögen haben. Das zeigt eine Untersuchung des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung (IMK). Im gleichen Zeitraum sanken die realen Nettolöhne um 3,5 Prozent – die meisten privaten Haushalte bekamen vom Aufschwung nichts mit. Diese Reallohnverluste seien „in einer Phase wirtschaftlicher Prosperität" ein Novum, so die WissenschaftlerInnen: In der vorangegangenen Aufschwungphase zwischen 1998 und 2001 stiegen die Nettoreallöhne noch um rund vier Prozent. •

Bildungsstudien

Unlautere Methoden

Der Bildungsgipfel der Kanzlerin steht an – und die politischen Akteure machen sich startklar für die nächste Bildungsdebatte. Spätestens seit der ersten PISA-Studie gehört dazu auch, mit internationalen Vergleichkennzahlen zur Qualität der schulischen Bildung um sich zu werfen. Immer häufiger veröffentlichen auch Wirtschaftswissenschafter – nicht selten mit neoliberalem Einschlag – entsprechende Studien. Die GEW hat untersuchen lassen, wie aussagekräftig diese Studien sind.

„Vernichtend" sei das Ergebnis der Untersuchung, urteilt die stellvertretende GEW-Vorsitzende Marianne Demmer. Die Max-Traeger-Stiftung hat im Auftrag der Gewerkschaft Studien von Wirtschaftswissenschaftlern unter die Lupe genommen, die häufig medial kommunizierte Thesen wie „Klassengröße fürs Lernen egal" oder „Schülerleistungen an Privatschulen besser" stützen. Dabei hat sich gezeigt: Die Studien vom ifo-Institut, dem Institut der deutschen Wirtschaft und anderen wirtschaftswissenschaftlich orientierten Einrichtungen arbeiten mit unlauteren Mitteln. Die Ökonomen nähmen „in unbedarfter Weise Durchschnittswerte für den Vergleich", erklärt Gundel Schümer, Mitautorin der GEW-Studie. Beispiel Klassengröße: Hier seien für eine internationale Vergleichsstudie nur die Leistungswerte der SchülerInnen im Mathematikunterricht der 7. und 8. Klasse herangezogen worden – mit dem einfachen Ergebnis: Klassengröße für Qualität des Unterrichts nicht wirklich entscheidend. Allerdings verhalte sich das etwa beim Erstlese- oder beim Fremdsprachenunterricht ganz anders, meint Schümer. Willkürlich würden bestimmte Variablen herausgegriffen, „alles andere wird ausgeblendet", so Schümer. Die soziale Situation oder die Weiterbildungsmöglichkeiten für LehrerInnen etwa zählen bei den wirtschaftswissenschaftlichen Bildungsstudien selten, so die Kritik. Ebenso der sozioökonomische Hintergrund der SchülerInnen. Dabei spielt gerade der bei vielen Bildungsaspekten eine große Rolle. So lässt sich laut der GEW-Studie beispielsweise nicht empirisch nachweisen, dass Privatschulen bessere Schülerleistungen hervorbringen als öffentliche Schulen. PrivatschülerInnen hätten schließlich häufig einen positiveren sozialen Hintergrund als der Durchschnitt der Schülerschaft an öffentlichen Schulen. Rechne man diesen Effekt heraus, seien die Schülerleistungen an beiden Schulformen durchaus vergleichbar.

Bei den wirtschaftswissenschaftlichen Bildungsstudien würden viele Bereiche des Bildungssystems „nur noch unter dem Aspekt der ökonomischen Verwertbarkeit gesehen", kritisiert Marianne Demmer. Die stellvertretende GEW-Vorsitzende betont aber auch, dass die Ergebnisse der Untersuchung keine Kritik an den internationalen Vergleichsstudien der OECD – wie der PISA-Studie – an sich seien. Vielmehr kritisiert die GEW die häufig unlautere Zweit- und Drittverwertung der PISA-Daten. Oder wie Gundel Schümer mit Blick auf viele der wirtschaftswissenschaftlichen Bildungsstudien erklärt: „Rechnen können sie gut. Aber da wird mit Daten gerechnet, die man nicht selbst erhoben hat und nicht wirklich kennt."

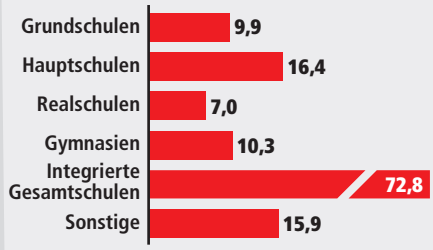
Demmers Resümee: „Bildungspolitische Maßnahmen müssen politisch begründet und plausibel sein. Da hilft es nicht, auf Vergleichszahlen zu schielen und sich vermeintlich passende rauszupicken." •

30 Milliarden fehlen

Das deutsche Bildungssystem ist unterfinanziert. Diese Erkenntnis ist nicht neu. Neu ist die Zahl, die die Hans-Böckler-Stiftung jetzt in ihrer Studie „Gesellschaftliche Kosten eines zukunftsfähigen Bildungssystems" berechnet hat: 29,4 Milliarden fehlen dem deutschen Bildungssystem von der frühkindlichen Erziehung, über Schulen und Hochschulen bis zum Weiterbildungsbereich jährlich. DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki forderte anlässlich der Vorstellung der Studie, es müssten wesentlich mehr Ressourcen in den Bildungssektor fließen. „Wir schlagen vor, die notwendigen Bildungsinvestitionen über Steuern zu finanzieren", so Matecki. Dazu müssten hohe Einkommen, Unternehmensgewinne und Vermögen künftig einen höheren finanziellen Beitrag leisten. Matecki kündigte dazu ein steuerpolitisches Gesamtkonzept des DGB für den Herbst an. Die Studie online: www.einblick.dgb.de/links

Zu wenig Ganztagsplätze

Anteil der SchülerInnen, die eine Ganztagsschule besuchen; 2005 (in Prozent)*



*bei weiterführenden Schulen bezogen auf die Sekundarstufe I
Quelle: Hans-Böckler-Stiftung

Um bundesweit zumindest jedem zweiten Schüler einen Ganztagsplatz anbieten zu können, wären über 3 Millionen zusätzliche Plätze nötig – so ein Ergebnis der Studie der Hans-Böckler-Stiftung zu den „Gesellschaftlichen Kosten eines zukunftsfähigen Bildungssystems".

Bildungsgipfel

Am 22. Oktober lädt Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Bund-Länder-Bildungsgipfel nach Dresden. Anfang September hat eine Gruppe von WissenschafterInnen den von Bund und Ländern in Auftrag gegebenen Bildungsbericht vorgestellt, dessen Empfehlungen in die Beratungen des Gipfels einfließen sollen. Der Bericht kritisiert etwa die zu hohe Zahl von Schulabbrechern und die schlechten Berufsaussichten von HauptschülerInnen.

Der DGB hat verschiedene Forderungen an den Bildungsgipfel formuliert. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock nannte etwa eine höhere „Durchlässigkeit im System", eine geschlechtergerechte Bildung und Erziehung sowie insbesondere eine ausreichende und gesicherte Finanzierung.

Die Stellungnahme von Ingrid Sehrbrock online:
www.einblick.dgb.de/links

Der gewerkschaftlichen Forderung, dass SchülerInnen länger gemeinsam in einer Schulform lernen sollen, hat sich im Vorfeld des Bildungsgipfels auch die SPD mit ihrem Bildungskonzept „Aufstieg durch Bildung" angeschlossen. Die Partei spricht sich für einen Ausbau von integrativen Schulformen und die Abschaffung der Hauptschulen aus.

PROJEKTE UND PARTNER

ver.di

Selbstständigentag

Einen ganzen Tag voller Veranstaltungen nur für Selbstständige bietet ver.di am 25. Oktober in München. Neben einer Einstiegsveranstaltung zum Thema „Seiltanz zwischen Autonomie und kollektivem Handeln – (Neue) Organisationsform von Selbstständigen" gibt es zahlreiche Workshops und Diskussionsforen zu Themen der täglichen Arbeit wie Akquise, Hartz und Selbstständige, Maßnahmen gegen Honorardumping oder bedingungsloses Grundeinkommen. Auf einem Info-Markt präsentieren sich für Selbstständige interessante Institutionen. •

http://selbststaendige.verdi.de

Infoheft

Organizing konkret

In Diskussionen um neue gewerkschaftliche Strategien ist es inzwischen das Zauberwort schlechthin: Organizing. Was viele wissen: Britische und US-amerikanische Gewerkschaften haben mit Organizing-Konzepten beachtliche Erfolge erzielt. Was wenige wissen: wie Organizing eigentlich konkret funktioniert. Was macht eine Organizing-Strategie aus, und wie könnten solche Strategien für Deutschland aussehen? Antworten gibt das Supplement zur aktuellen Ausgabe der Zeitschrift Sozialismus. Auf 68 Seiten stellen die AutorInnen Basiswissen zusammen: von grundlegenden Techniken und Vorgehensweisen bis hin zur Frage, wie sich „Organizer" in Deutschland ausbilden ließen. Das Supplement kann für 4,20 Euro plus Versandkosten bestellt werden. •

Bestellung: www.einblick.dgb.de/links

Hans-Böckler-Stiftung

Ausgezeichneter Unterricht

Das Themenheft „Mitbestimmung im Zeichen der Globalisierung" der Hans-Böckler-Stiftung zeigt Schülerinnen und Schülern, was Mitbestimmung bedeutet und wie sie gelebt werden kann: mit Beispielen aus der Arbeit einer Schülervertretung bis hin zur Tätigkeit Europäischer Betriebsräte. Jetzt wurde das multimediale Unterrichtsmaterial der Stiftung mit dem deutsch-europäischen „Comenius-EduMedia-Siegel" der Gesellschaft für Pädagogik und Information (GPI) ausgezeichnet. Das Themenheft und die begleitenden Online-Angebote seien „pädagogisch, inhaltlich und gestalterisch besonders wertvolle Multimediaprodukte", erklärte GPI-Vorstand Gerhard Ortner anlässlich der Vergabe des Siegels. •

Link zum Themenheft: www.einblick.dgb.de

Weiterbildung

Offene Türen

Weiterbildung und lebenslanges Lernen sind heute unerlässlich: Beschäftigte sichern sich wichtige Kompetenzen für die berufliche Zukunft. Am 26. September findet deshalb zum zweiten Mal der Deutsche Weiterbildungstag statt. Bundesweit gibt es Veranstaltungen, Diskussionen und „offene Türen" bei Weiterbildungseinrichtungen. Zu den Unterstützern gehören unter anderem der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben, der Deutsche Volkshochschulverband sowie gewerkschaftliche Einrichtungen und Initiativen. •

Terminübersicht: www.einblick.dgb.de/links

neueBücher

Für viele Betroffene unentbehrlich und inzwischen fast ein Standardwerk: Die *111 Tipps zu Arbeitslosengeld II und Sozialgeld* aus dem Bund-Verlag beantworten kompakt und vor allem verständlich all die kleinen Detailfragen, die für viele im wahrsten Sinne „Geld wert" sein können: von Antragsfristen bis zu Zuzahlungen bei Krankheit. Die gerade erschienene Neuauflage enthält außerdem alle Infos zu den wichtigsten Änderungen der letzten Zeit – wie etwa die ab Oktober geltenden neuen Regeln zum Kinderzuschlag oder die neuen Mehrbedarfszuschläge.

Rolf Winkel, Hans Nakielski: 111 Tipps zu Arbeitslosengeld II und Sozialgeld, Bund-Verlag, 3. aktualisierte Auflage, Frankfurt/M. 2008, 208 S., 12,90 Euro.

Jubiläum beim gewerkschaftlichen Rechtsschutz: Seit 1998 vertritt die DGB Rechtsschutz GmbH Gewerkschaftsmitglieder in arbeits- und sozialrechtlichen Fragen vor Gericht. Das zehnjährige Bestehen nimmt der Band *Die Sicherung von Arbeitnehmerrechten – 10 Jahre DGB Rechtsschutz GmbH* zum Anlass, einen Rückblick zu wagen: Rund 20 Fachbeiträge reflektieren Rechtsprobleme der vergangenen Jahre. Und sind damit zugleich ein Überblick zu vielen wichtigen Reformprojekte und politischen Entscheidungen seit 1998: von den Hartz-Reformen über das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) bis zur jüngsten Rechtssprechung des Europäischen Gerichtshofs.

Reinold Mittag, Edzard Ockenga, u.a.: Die Sicherung von Arbeitnehmerrechten – 10 Jahre DGB Rechtsschutz GmbH, Nomos Verlag, Baden-Baden 2008, 354 Seiten, 39,00 Euro.

interregio

••• Die ***DGB-Jugend Baden-Württemberg*** und das Künstlernetzwerk Addictz wollen mit der ***Hip-Hop-Tour „Get it together"*** durch mehrere Städte für mehr Anerkennung für Jugendliche und ihre Lebenssituation sowie deren Kultur werben. An allen Veranstaltungsorten gibt es ein ganztägiges Eventprogramm mit Graffiti-, Rap- und Breakdancewettbewerben. Am Abend treten dann bei einem Konzert namhafte Künstler der deutschen HipHop-Szene auf. Ziel der Events ist es unter anderem, für ein besseres Ausbildungsplatzangebot zu demonstrieren und Jugendliche im Engagement gegen Diskriminierung und Rassismus zu unterstützen. Die Termine: 13. September in Karlsruhe, 27. September in Stuttgart und 18. Oktober in Mannheim. *www.jugend-bw.dgb.de*

••• Die ***DGB-Jugend Berlin-Brandenburg,*** die Antifaschistische Linke Berlin und die Jugendorganisation der Linkspartei „solid" verteilen im Rahmen der ***Kampagne „Keine Stimme den Nazis"*** eine Zeitung im Stil eines Boulevardblattes. Die „speziell" bezieht auf acht Seiten klar Stellung gegen NPD & Co. Hintergrund der Kampagne ist die anstehende Kommunalwahl in Brandenburg am 28. September.



www.keine-stimme-den-nazis.de

••• Nirgendwo sonst sind die Löhne so niedrig wie in Thüringen. Mit einem ***Mindestlohnfestival*** am 13. September in Erfurt wollen der ***DGB Thüringen,*** das Thüringer Mindestlohnbündnis, Gewerkschaften und Parteien gegen Armutslöhne mobilisieren und über die Forderung nach Mindestlöhnen informieren. *www.thueringen.dgb.de*

Leiharbeit

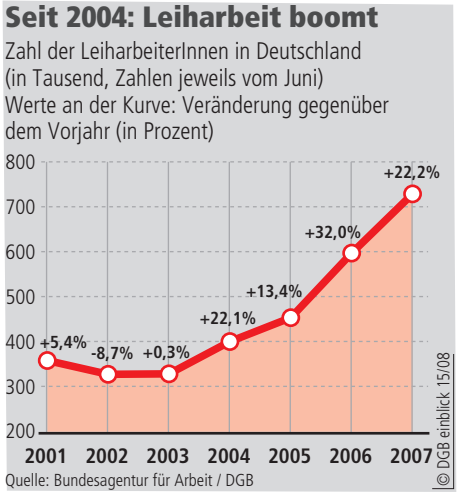
Raus aus der Schmuddelecke

Mit einer Vielzahl von Maßnahmen wollen die Gewerkschaften eine faire Gestaltung der Arbeitsbedingungen und gleiche Entlohnung von LeiharbeitnehmerInnen erreichen.

Das Image der Leiharbeitsbranche ist mies – wie auch die Arbeitsbedingungen vieler LeiharbeitnehmerInnen. Im Schnitt liegt ihr Einkommen rund 30 Prozent unter dem ihrer fest angestellten Kollegen. Zunehmend verdrängen LeiharbeitnehmerInnen besser bezahlte und gestellte Stammbelegschaften.

Leiharbeit ist aus gutem Grund eines der Themen, bei dem die Gewerkschaften in diesem Jahr politische Akzente setzen wollen *(einblick 09/08)*. Den Gewerkschaften gehe es nicht darum, Leiharbeit zu verteufeln, betont der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Vielmehr müssten vernünftige Bedingungen für die ArbeitnehmerInnen geschaffen werden, um die Branche aus der Schmuddelecke zu befreien. Dazu gehört aus Sicht der Gewerkschaften beispielsweise die Einführung eines Mindestlohns und die Aufnahme der Branche in das Entsendegesetz. Die Gewerkschaften wollen vor allem erreichen, dass LeiharbeitnehmerInnen bei Lohn und Arbeitsbedingungen den Stammbelegschaften gleich gestellt sind: gleicher Lohn für gleiche Arbeit vom ersten Tag an.

Das schreibt zwar auch das 2004 reformierte Arbeitnehmerüberlassungsgesetz vor – es sei denn, es gibt einen Tarifvertrag. Diese Öffnungsklausel hat dem Tarifdumping Tür und Tor geöffnet. Um das Feld nicht den „Christlichen Gewerkschaften" zu überlassen, hat die DGB-Tarifgemeinschaft mit den beiden großen Arbeitgeberverbänden in der Zeitarbeit, BZA und iGZ, 2005 eigene Tarifverträge für die Branche vereinbart – mit deutlich besseren Mindestbedingungen als die der christlichen Konkurrenz. Doch obwohl rund 80 Prozent aller LeiharbeitnehmerInnen bei Mitgliedsfirmen von iGZ und BZA beschäftigt sind, schreite die „Untertunnelung" der Flächentarife weiter voran, berichtet Sommer. Auch so manche Firma, die den Tarifverträgen von iGZ und BZA unterliegt, entpuppt sich dabei als „schwarzes Schaf" und gründet einfach eine Tochterfirma mit Billigtarif. „Rund 20 Prozent aller Leiharbeitsbeschäftigten arbeiten im Schmutzbereich", schätzt Sommer.



Seit der Deregulierung der Arbeitnehmerüberlassung 2004 hat sich die Zahl der Leiharbeitskräfte fast verdoppelt.

Es geht aber auch anders. So erhalten LeiharbeitnehmerInnen im LKW-Werk von Mercedes im pfälzischen Wörth das auch für die Stammbelegschaft geltende tarifliche Einstiegsentgelt. Die zuvor Arbeitslosen sind Beschäftigte der gemeinnützigen Zeitarbeitsfirma Gabis. Seit 2003 wurden rund 1700 von ihnen von Mercedes übernommen. Mittlerweile rekrutiere das Werk rund 90 Prozent aller neuen MitarbeiterInnen über die Zeitarbeit, erklärt Werksleiter Martin Daum. Ein ungewöhnlich hoher „Klebeeffekt" lobt Sommer, und ganz im Sinne dessen, was ursprünglich mit diesem Bestandteil der Hartz-Reformen bezweckt war: Arbeitslosen Brücken in ein Normalarbeitsverhältnis zu bauen.

Den Missbrauch von Zeitarbeit zu bekämpfen, ist Ziel der Leiharbeitskampagne des IG Metall-Bezirks Frankfurt. Er lehne Leiharbeit als Beschäftigungsform – etwa zur Bewältigung von Auftragsspitzen – nicht ab, betont Bezirksleiter Armin Schild. So bietet die IG Metall den Zeitarbeitsfirmen im Bezirk, also in den Bundesländern Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Thüringen, ein Fairness-Abkommen an, in dem die Firmen sich etwa auf die Einhaltung der DGB-Tarifverträge verpflichten. Im Gegenzug dürfen die Firmen damit werben. Das erhöhe ihre Akzeptanz bei den Betriebsräten und erleichtere den Zugang zu Betrieben, erklärt Schild.

Das Angebot zeigt Wirkung – in mehrfacher Hinsicht. Mittlerweile haben sich einerseits 670 Zeitarbeitsfirmen, 60 Prozent aller Firmen in den vier Ländern mit rund 80 Prozent der in der Branche Beschäftigten, dem Abkommen angeschlossen. Andererseits zeigte der Arbeitgeberverband Mittelständischer Personaldienstleister (AMP) Nerven und wollte der IG Metall gerichtlich verbieten lassen, die schwarzen Schafe in der Branche zu benennen. Ende August gab das Arbeitsgericht der IG Metall recht und hat die von AMP erwirkte Einstweilige Verfügung gegen das Fairness-Abkommen aufgehoben. Armin Schild kündigte an, dass die IG Metall in Kürze veröffentlichen werde, welche Leiharbeitsfirmen im Bezirk faire Arbeitsbedingungen bieten und welche mit Lohndumping arbeiten.

Gütesiegel Zeitarbeit

Auch aus der Branche selbst gibt es Initiativen für eine faire Gestaltung der Leiharbeit. So hat sich die im März gegründete Initiative Gütesiegel Zeitarbeit e.V. zum Ziel gesetzt, durch die Errichtung eines Vereins zur Gütesicherung eine objektive Überprüfung der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen deutscher Leiharbeitsunternehmen sicherzustellen.

Im Rahmen der Initiative haben Zeitarbeitsunternehmen, Entleiher und Gewerkschaften gemeinsam Kriterien für gute Zeitarbeit entwickelt, wie etwa die Anwendung der DGB-Tarifverträge in der gesamten Unternehmensgruppe, die korrekte Eingruppierung, keine Behinderung von Übernahmen, der Verzicht auf Preisdumping oder die Förderung der Weiterbildung.

Auch Entleiher können sich der Initiative durch eine Fördermitgliedschaft anschließen und sich damit zu einer fairen und qualitätsorientierten Arbeitnehmerüberlassung in ihrem Unternehmen verpflichten.

www.guetesiegel-zeitarbeit.de

Hintergrund

www.einblick.dgb.de

Fairness-Abkommen des IG Metall-Bezirks Frankfurt

kurz&bündig

Die IG BCE und der Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) haben einen Ethik-Kodex für die chemische Industrie unterzeichnet. An den „Leitlinien für verantwortliches Handeln in der Sozialen Marktwirtschaft" wollen IG BCE und BAVC ihre künftige Arbeit ausrichten.

TRANSNET warnt vor einer „Verkehrspolitik von vorgestern", die weiterhin auf Gütertransporte auf der Straße setzt. Stattdessen müsse die LKW-Maut wie vorgesehen erhöht werden, um die Schieneninfrastruktur auszubauen. Dies sei für eine klimaschutzorientierte Verkehrspolitik unbedingt notwendig.

Die DGB-Jugend beteiligt sich am Europäischen Sozialforum, das vom 17. bis zum 21. September in Malmö stattfindet. Unter dem Motto „Ein anderes Europa fängt hier an – von Strategien zu Aktionen" bietet die Gewerkschaftsjugend unter anderem verschiedene Workshops an.

Die IG Metall hat im Rahmen ihrer Leiharbeitskampagne „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld" die Aktion „Artikel 23" gestartet. Mit Postkarten und anderen Materialien stellt die Aktion den 23. Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in den Mittelpunkt: „Jeder, ohne Unterschied, hat das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit."

Familienfreundlichkeit

DGB erneut ausgezeichnet

Der DGB kann auch die nächsten drei Jahre mit dem Zertifikat des „audit familieundberuf" zeigen, dass er eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht nur als politischer Akteur fordert, sondern auch in der eigenen Organisation fördert *(einblick 13/08)*. Erstmals war der DGB 2005 mit dem Zertifikat für seine familienfreundliche Personalpolitik ausgezeichnet worden. Mit der erneuten Erteilung des Zertikats am 25. August hat der DGB das erste Etappenziel im Prozess der Re-Auditierung erreicht.

Für die nächsten drei Jahre hat sich der DGB eine Menge vorgenommen. Die geplanten Maßnahmen reichen von neuen familiengerechten Arbeitszeitmodellen über eine gezielte Karriereförderung von Frauen bis hin zur Verankerung des Themas Pflege als Querschnittsaufgabe in der Organisation. „Das Thema ist beim DGB angekommen", freut sich DGB-Personalreferentin Kerstin Baumgart, die die DGB-Arbeitsgruppe zum Audit federführend betreut. •

Gutachten

Tariftreue für ÖPNV zulässig

Ein Rechtsgutachten im Auftrag von TRANSNET und ver.di stellt klar: Tariftreuevorgaben bei Ausschreibungen im öffentlichen Personennahverkehr sind zulässig. Beim Vergabeprozess von Verkehrsleistungen Sozialstandards einzufordern, verstoße weder gegen die EU-Entsenderichtlinie noch gegen das deutsche Wettbewerbsbeschränkungsrecht.

„Wir fordern Bund und Länder auf, die Möglichkeiten zum Schutz vor Lohndumping durch Tariftreuegesetze voll auszuschöpfen", erklärten TRANSNET-Vorstandsmitglied Karl-Heinz Zimmermann und ver.di-Vorstand Erhard Ott. „Die jüngst entstandene Rechtsunsicherheit dürfte nach unserem Gutachten vom Tisch sein". Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes hatte im April das niedersächsische Vergabegesetz, das Sozialstandards in öffentlichen Ausschreibungen vorsieht, für nicht vereinbar mit dem EU-Entsendegesetz erklärt („Rüffert-Urteil"). Das Gutachten stellt nun fest: Bei der Vergabe von Verkehrsleistungen gilt nicht das Entsendegesetz, sondern die „EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße" (Nr. 1370/2007), die im Dezember 2009 europaweit in Kraft tritt. Sie lasse es zu, so Zimmermann und Ott, „bei Vergaben im Verkehrsbereich umfangreiche Vorgaben zum Schutz der Arbeitnehmer zu machen." •

www.einblick.dgb.de/links

Verbraucherschutz

Falsche DGB-Anrufe

Der DGB warnt vor Telefonanrufen in seinem Namen. Die Anrufer geben sich als „DGB Berlin" oder „DGB-Sicherheitsdienst" aus und versuchen, persönliche Daten wie Bankverbindung, Geburtsdaten und Adressen zu erfragen. Der angebliche „DGB-Sicherheitsdienst" bot den Angerufenen etwa an, sie aus Werbeverteilern zu löschen – dazu müssten vorhandene Daten abgeglichen werden. Der DGB weist ausdrücklich darauf hin, dass der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften niemals telefonisch persönliche Daten erfragen und rät, bei solchen Anrufen keinesfalls Daten herauszugeben.

Die angeblichen „DGB-Anrufer" bedienen sich zweier Tricks, die Verbraucherschützern nicht unbekannt sind. So warnen die Verbraucherzentralen schon seit letztem Jahr vor Anrufern, die den Betroffenen anbieten, sie aus Werbeverteilern zu löschen oder sie vor unerwünschten Werbeanrufen zu schützen. Auch die fälschliche Namensverwendung bekannter Verbände durch die Telefonwerber ist nicht neu: Erst im Juni hat die Verbraucherzentrale Berlin eine einstweilige Verfügung gegen eine Firma erwirkt, deren Vertreter sich mit bewusst missverständlichen Formulierungen als „Verantwortlicher Leiter der Verbraucher-Zentrale Berlin" ausgegeben hatten. Die Verbraucherzentralen empfehlen bei unerwünschter Telefonwerbung Datum und Uhrzeit des Anrufs sowie das beworbene Produkt zu notieren, das werbende Unternehmen zu erfragen und den Fall einer der Landesverbraucherzentralen zu melden. •

Kontakte: www.verbraucherzentrale.de

„Ein Vorbild sein"

*Die Kolleginnen und Kollegen des DGB trauern um **Sigrid Bartholomy**, Referatsleiterin im Bereich Bildung, Qualifizierung und Forschung des DGB-Bundesvorstands, die am 20. Juli im Alter von nur 59 Jahren nach kurzer Krankheit völlig überraschend verstarb.*
Sigrid Bartholomy war fast 35 Jahre lang für den DGB tätig – zunächst in der DGB-Bundesschule in Bad Kreuznach, ab 1980 als Referatsleiterin für Berufliche Bildung und seit 1982 als Leiterin des Projekts für die Qualifizierung von Mitgliedern der Berufsbildungsausschüsse (BBA). „Gerade mit ihrer Arbeit in der Berufsbildungspolitik verbinden wir auch ein Stück gelebte Sozialpartnerschaft", sagte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock anlässlich der Trauerfeier des DGB für Sigrid Bartholomy. „Ihr soziales Engagement wird uns ein Vorbild sein und noch lange fortwirken."

Ökobonus-Konzept

Ökologisch und doch gerecht

Wie lassen sich klimapolitische Maßnahmen so gestalten, dass einkommensschwache Haushalte neben den steigenden Energiepreisen nicht noch stärker finanziell belastet werden? Eine mögliche Lösung: Höhere Umweltsteuern belohnen jene, die besonders viele Ressourcen sparen. Wie das funktioniert, erklärt Wolfgang Kessler.

Das Dilemma ist offensichtlich: **Eigentlich leisten die steigenden Preise für Öl, Gas und andere Rohstoffe einen großen Beitrag zum Umweltschutz.** In den ersten sechs Monaten dieses Jahres verbrauchten die Deutschen zum Beispiel nur noch rund 1,7 Millionen Tonnen Benzin, statt fast zwei Millionen Tonnen im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Doch dieser Erfolg für die Umwelt wird teuer erkauft: Die Ärmeren werden getroffen, die Wohlhabenden können sich freikaufen. Haben wir also nur die Wahl zwischen Armut und Umweltzerstörung? Die Antwort lautet: Nein. Ein Konzept könnte Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit verbinden: Man erhöht die Energiepreise noch zusätzlich durch Abgaben **und zahlt die daraus resultierenden Einnahmen an die Menschen zurück – als Ökobonus.**

Machen wir es konkret: Der Preis für einen Liter Sprit wird erhöht, für den Liter Heizöl und den Kubikmeter Erdgas auch. Der Preis einer Kilowattstunde Strom steigt, und auf Flugtickets wird eine Ökoabgabe erhoben. Dazu kommt eine Abgabe auf den Flächenverbrauch. Unterstellen wir, durch die Ökoabgaben kämen 20 Milliarden Euro pro Jahr zusammen. „Das ist doch wieder nur eine miese Abzocke", werden viele Leute sagen. Allerdings nur bis zu dem Augenblick, in dem die Regierung beschließt, **die Einnahmen aus den ökologischen Abgaben an alle Bürger zurück zu zahlen** – und zwar den gleichen Betrag vom Baby bis zum Greis.

Jetzt hat jede Bürgerin und jeder Bürger einmal im Jahr einen Ökobonus von 250 Euro zu erwarten – bei zwei Erwachsenen und drei Kindern sind es 1250 Euro. Und spätestens dann wissen alle, wie sie am besten von diesem System profitieren. Die größten Gewinner sind die Haushalte, die mit dem geringsten Energieverbrauch auskommen: Wer wenig Strom und Sprit verbraucht, mit der Sonne heizt, wenig Auto fährt, aufs Fahrrad umsteigt, Fahrgemeinschaften organisiert, Bahn fährt und nicht fliegt, wird im kommenden Jahr mehr vom Staat herausbekommen, als sie oder er über die Ökosteuer an den Staat bezahlt hat.

Die Unternehmen werden sich darum reißen, möglichst energiesparende Techniken anzubieten. Haushalte, Institutionen und Unternehmen kaufen energiesparende Geräte, Solarzellen, Sonnenkollektoren und Blockheizkraftwerke. Ökologische Konsum- und Dienstleistungsangebote schießen wie Pilze aus dem Boden: Zwei-Liter-Autos, neue Bahnstrecken, mehr Busverbindungen, stromsparende Kühlschränke. Städte und Gemeinden werden so planen, dass die Arbeitsplätze möglichst nahe bei den Wohnungen liegen. Unternehmen produzieren näher bei ihren Kunden. **Der Ökobonus leitet die ökologische Revolution ein,** weil er zugleich einen sozialen Ausgleich für steigende Preise schafft.



Wolfgang Kessler, 54, ist Redakteur der Zeitschrift „Publik-Forum – Zeitung kritischer Christen"

Eine Utopie? Nein: Dass der Ökobonus praktizierbar ist, beweist seit neun Jahren der Schweizer Kanton Basel-Stadt. Dort wurde im April 1999 die Steuer auf Strom erhöht. Seither bekommt jeder Bürger, egal wie alt, jährlich einen Betrag ausbezahlt, der sich aus der Höhe der Einnahmen ergibt. Für 2007 sind das 60 Schweizer Franken pro Kopf, umgerechnet rund 40 Euro. **Der Bonus wird ohne Zutun der Bürger automatisch jedes Jahr überwiesen.** Und auch für die Basler Betriebe gibt es bares Geld: Die von den Unternehmen gezahlte Stromsteuer (etwa 40 Millionen Franken pro Jahr) wird ebenfalls wieder ausgeschüttet. Der Bonus-Betrag bemisst sich an der Lohnsumme eines jeden Unternehmens – und betrug in den letzten Jahren jeweils etwa 0,5 Prozent der Lohnsumme. Auch dabei gewinnen genau die Betriebe, die sparsam mit Strom umgehen.

„Alles nicht finanzierbar", werden manche unken. Doch: Der Ökobonus ist immer finanzierbar. Denn ausgeschüttet wird nur das Geld, das durch Abgaben hereinkommt. Und wenn es nicht zu einer überbordenden Bürokratie führt, könnte man das System noch sozialer machen: indem nur Personen den Ökobonus erhalten, die weniger als 60 000 Euro pro Jahr verdienen. Für sie wäre der Betrag dann höher. Der Ökobonus fördert die Bereitschaft zur ökologischen Wende: **Er verteuert die alte Wirtschafts- und Lebensweise, die viele Ressourcen verschlingt und keine Zukunft hat.** Stattdessen belohnt er eine ökologisch nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise – ohne die sozialen Risse in der Gesellschaft zu vertiefen. •

Eine andere Politik

Gerade erschienen ist das Buch „Alles Merkel? Schwarze Risiken, Bunte Revolution". Wolfgang Kessler und seine Mitautoren beschreiben darin nach rund drei Jahren großer Koalition, mit welchen Projekten die Politik echte Wendemarken für die Zukunft setzen könnte – unter anderem mit dem Ökobonus.

Kessler, Arlt, Storz: ***Alles Merkel? Schwarze Risiken, Bunte Revolution,*** *Publik-Forum Verlag 2008, 256 Seiten, 15,80 Euro.*

Eine neue Politik

Das Bundesumweltministerium (BMU) hat Mitte August ein Strategiepapier „Ökologische Industriepolitik" an Umweltverbände, Forschungseinrichtungen, Wirtschaft und Gewerkschaften verschickt. Was in den Medien als Entwurf einer „Öko-Steuerreform" kommentiert wurde, ist eigentlich ein Diskussionspapier mit insgesamt zehn Ansätzen zu einer „Wachstumspolitik für eine nachhaltige Zukunft". Die Verbände – auch die Gewerkschaften – können bis Mitte September zum Papier Stellung nehmen.

Die so angestoßene Diskussion soll auf der dritten BMU-Innovationskonferenz am 22. Oktober in Berlin fortgesetzt werden.

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

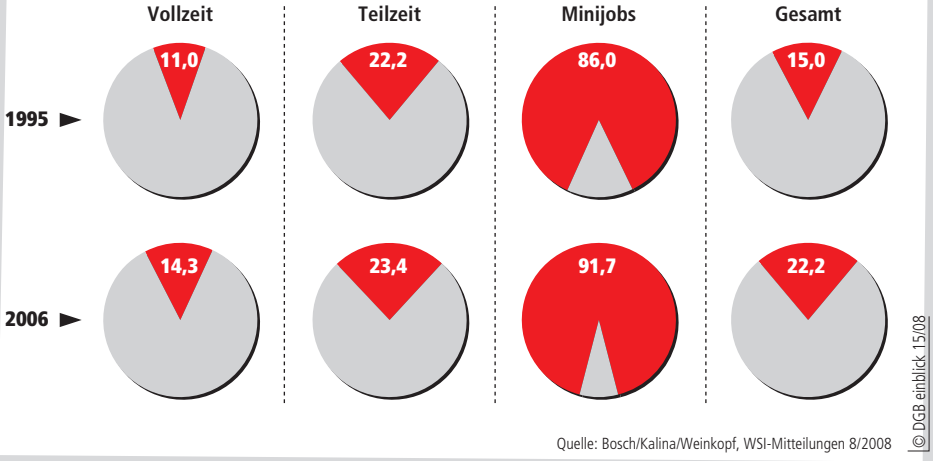
DIES & DAS

die DGB grafik

NIEDRIGLÖHNE: Auch bei Vollzeit steigender Trend

Niedriglöhne sind längst kein Randphänomen mehr. Das belegt eine Studie des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ). Inzwischen seien auch „Kerngruppen des Arbeitsmarktes von Niedriglöhnen betroffen", so die ForscherInnen. Auch bei Beschäftigten in Vollzeit ist der Anteil der „Niedriglöhner" seit 1995 deutlich gestiegen, fast ein Viertel aller Beschäftigten arbeitet zu Niedriglöhnen. Bereits seit 2005 hat Deutschland den höchsten Niedriglohnanteil der EU.

Anteil der NiedriglohnbezieherInnen nach Beschäftigungsformen (in Prozent)



Quelle: Bosch/Kalina/Weinkopf, WSI-Mitteilungen 8/2008

© DGB einblick 15/08

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

8.9. Weltbildungstag/ Weltalphabetisierungstag

9.9. ver.di, Aktionstag „Der Deckel muss weg" für eine bessere Krankenhausfinanzierung, bundesweit

9./10.9. Hans-Böckler-Stiftung und Europäisches Gewerkschafts-Institut, Internationale Konferenz „European Trade Unionism in Transition?", Berlin

11.9. Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie in Deutschland", Berlin

12./13.9. GEW, Polen-Workshop, Bonn

13.9. DGB-Jugend Baden-Württemberg, Hip-Hop-Tour „Get it together", Karlsruhe

13.9. Thüringer Mindestlohnbündnis, Mindestlohn-Festival „Gegen Armut für Mindestlohn", Erfurt

13.9. Klima-Allianz (u.a. attac, BUND, IG BAU), Anti-Kohle-Aktionstag, bundesweit

13.9. Friedrich-Ebert-Stiftung, Jahrestagung, Berlin

15.9. DGB Berlin-Brandenburg, 4. Brandenburgkonferenz „Genug gespart! Gute Arbeit gibt es nicht zum Nulltarif!", Potsdam

16.9. DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main, Vortrag und Diskussion „Frauen und prekäre Beschäftigung: Prekäre Arbeit – prekäres Leben?", Frankfurt/M.

16.9. ver.di, IG Metall und ver.di-innotec, Workshop „Big Brother im Betrieb", Berlin

17.-21.9. 5. Europäisches Sozialforum mit Beteiligung der DGB-Jugend, Malmö/Schweden

18.9. Hans-Böckler-Stiftung, 2. Hochschulpolitisches Forum „Demokratische und Soziale Hochschule", Berlin

19./20.9. Netzwerk Recherche e.V. und Friedrich-Ebert-Stiftung, Fachkonferenz „In der Lobby brennt noch Licht – Lobbyismus als Schatten-Management in Politik und Medien", Berlin

19.-28.9. Woche des bürgerschaftlichen Engagements

20.9. Weltkindertag

personalien

••• ***Philipp Martens,*** 26, Diplom-Volkswirt, ist seit dem 1. September persönlicher Referent von Claus Matecki, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands. Er folgt ***Christoph Hahn,*** 30, der seit 1. Juli Referatsleiter im Bereich Struktur- und Regionalpolitik beim DGB-Bundesvorstand ist.

••• ***Silvia Helbig,*** 33, bisher Referentin für Jugendkulturarbeit, Schul- und Berufsarbeit sowie Praktika beim Bereich Jugend des DGB, ist seit dem 15. August in Elternzeitvertretung als Referentin im Bereich Arbeitsmarktpolitik des DGB-Bundesvorstands für Grundsatzfragen der Arbeitsmarktpolitik und Sozialhilfe zuständig.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Sebastian Henneke, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Krümelmonster sollte besser bei Keksen bleiben."

Die Tageszeitung taz in einem Artikel vom 1. September zu den neuen Pestizid-Obergrenzen der EU für Obst und Gemüse, die laut Greenpeace für Kinder gefährdend sein können. Die Figur „Krümelmonster" aus der TV-Sendung Sesamstraße darf seit 2004 in den USA keine Kekse, sondern nur noch Obst und Gemüse essen, um Kindern ein besseres Ernährungsverhalten zu präsentieren.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 22.09.2008 16/08

DGB

inhalt

Seite 3
Gerechtigkeitslücke
Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, im einblick-Interview über die anstehende Tarifrunde

Seite 5
Atypische Beschäftigung
Der DGB bezweifelt den positiven Effekt atypischer Beschäftigung. Aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamtes geben ihm Recht

Seite 7
Eine Schule für alle
Der Hamburger GEW-Vorsitzende Klaus Bullan zeigt, was sich im Schulsystem ändern muss

Seite 8-11
einblick-Spezial: ENERGIE&UMWELT
Entwicklungen, Konzepte, Ansichten

Frauenpolitische DGB-Initiative

Offensiv für Gleichstellung

Die im März gestartete frauenpolitische DGB-Initiative „Ich bin mehr wert" (*einblick 10/08*) geht in die nächste Runde. Nach der Sommerpause soll eine Vielzahl von regionalen Veranstaltungen für frischen Wind in der Chancengleichheitspolitik sorgen. „Berufstätige Frauen, ob mit oder ohne Kinder, brauchen den Dreiklang aus Vereinbarkeit, Entgeltgleichheit und Karrierechancen", fasst Claudia Menne, Bereichsleiterin Gleichstellungs- und Frauenpolitik beim DGB-Bundesvorstand, die zentrale Botschaft der Initiative zusammen.

So beschäftigt sich beispielsweise eine Veranstaltung in Stuttgart am 27.9. anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des ersten Gleichberechtigungsgesetzes mit dem Wandel der Frauenbilder. In Chemnitz geht es am 25. Oktober um gleichen Lohn für gleiche Arbeit und in Frankfurt/Main am 12.11. um 90 Jahre Frauenwahlrecht. Die Aktivitäten im Rahmen der Initiative sollen zudem noch stärker mit den anderen Themen verzahnt werden, die zurzeit auf der politischen Agenda der Gewerkschaften stehen, wie die Mindestlohnkampagne, das Thema Altersarmut oder der DGB-Index ‚Gute Arbeit'. Was gute Arbeit aus gleichstellungspolitischer Sicht ausmacht, untersucht eine Konferenz der Hans-Böckler-Stiftung am 25./26.9. in Berlin. ExpertInnen aus Wissenschaft, Gewerkschaften, Unternehmen und Politik beschäftigen sich damit, nach welchen Kriterien sich aus der Geschlechterperspektive gute Arbeitsbedingungen definieren, wie diese Anforderungen umgesetzt werden können und wo es in der betrieblichen Praxis hakt. Ein Jahr vor der Bundestagswahl ist die Zeit günstig, mit den Aktivitäten im Rahmen der Initiative frauenpolitische Signale zu setzen. Die politischen Parteien beginnen, ihre Positionen für den Europa- und den Bundestagswahlkampf zu entwickeln und in Wahlprogramme zu gießen. Die SPD hat bereits verlauten lassen, dass Maßnahmen gegen die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern einen hohen Stellenwert einnehmen sollen.

Auch auf europäischer Ebene bewegt sich in Sachen Gleichstellungspolitik zurzeit eine Menge. Die EU-Kommission hat für den Herbst ein ganzes Maßnahmenbündel zum Thema Vereinbarkeit in Aussicht gestellt. So plant sie, die Mutterschutz- sowie die Elternurlaubsrichtlinie aus dem Jahr 1996 zu revidieren und beispielsweise einen expliziten Vaterschaftsurlaub einzuführen. Zunächst sind aber die europäischen Sozialpartner gefordert, diese Richtlinie auf dem Verhandlungsweg zu verbessern. •



Der kleine Unterschied und seine großen Folgen: Frauen mit Schnurrbärten demonstrieren am 22. September in Berlin am Brandenburger Tor für Entgeltgleichheit, mehr Karrierechancen für Frauen und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Aktion im Rahmen der gewerkschaftlichen Frauenitiative „Ich bin mehr wert!" startet um 9 Uhr. Mehr Infos: www.dgb-frauen.de

plusminusBERLIN

+ ***„Komforttourismus für alle – Barrieren im Tourismus abbauen", fordert Anette Faße, tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. Vor allem der demographische Wandel erfordere Kontinuität und Engagement, um barrierefreies Reisen zu ermöglichen.***

– ***Mario Ohoven, Präsident des Bundesverbands der mittelständischen Wirtschaft, will Auszubildende künftig nach Leistung bezahlen. Vielen Azubis fehle es an Leistungsbereitschaft und Disziplin. Sein Vorschlag: 300 Euro Grundbetrag und einen Zuschlag nach Leistung.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

http://www.wddw.org/
Infoseite zum „Welttag für menschenwürdige Arbeit"

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
DGB-Stellungnahme zur Neufassung der Bundeslaufbahnverordnung für Beamte

POLITIK AKTUELL

Arbeitsvertragsgesetz

BDA nicht gesprächsbereit

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) will in einem einheitlichen Gesetzeswerk das Individualarbeitsrecht zusammenfassen. „Wenn sich Arbeitgeber und Gewerkschaften gemeinsam hinter ein Arbeitsvertragsgesetz stellen, bin ich bereit, das in den Bundestag einzubringen und in kurzer Zeit umzusetzen", erklärte Scholz im Frühjahr 2008. Der DGB bot daraufhin der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) Gespräche unter anderem unter der Voraussetzung an, dass sich die Bedingungen der ArbeitnehmerInnen keinesfalls verschlechtern dürften. Die BDA ist auf diesen Vorschlag nicht eingegangen.

Für den DGB steht fest: Angesichts der Veränderungen in der globalisierten Arbeitswelt ist es erforderlich, die Rechte der ArbeitnehmerInnen zu verbessern und neue Risiken auszugleichen. Dazu gehörten beispielswiese eine Verbesserung des Kündigungsschutz- und des Befristungsrechts und der Rechte von LeiharbeitnehmerInnen. Zudem müssten der Arbeitnehmerdatenschutz ausgebaut, gesetzliche Regelungen zur Weiterbildung während der Arbeitszeit festgelegt und Solo-Selbstständige sowie PraktikantInnen in dem Gesetz berücksichtigt werden. •

www.einblick.dgb.de

Ältere Beschäftigte

Bedingungen verbessern

Anlässlich des Deutschen Juristentages in Erfurt am 24./25.9. hat der DGB Thesen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für ältere Menschen formuliert. Ziel müsse es sein, über 50-Jährigen einen langfristigen Zugang zu einem Arbeitsplatz zu sichern und die Qualität der Beschäftigung zu verbessern. Der DGB schlägt dazu u.a. den Ausbau der Gesundheitsförderung sowie eine altersgerechte Gestaltung der Arbeitszeit vor, zudem müssten Mindestlöhne eingeführt werden. •

www.einblick.dgb.de

Deutsche Bahn

TRANSNET gegen Billigtöchter

TRANSNET-Vorstand Alexander Kirchner hat die Ankündigung der Deutschen Bahn (DB), dreißig Tochtergesellschaften im Regionalverkehr zu gründen, scharf kritisiert. Ziel der Bahn ist es, die Personalkosten im Regionalverkehr zu senken, um im verschärften regionalen Wettbewerb Aufträge von Ländern und Verkehrsverbünden zu erhalten. Bahn-Arbeitsdirektor Norbert Hansen kündigte zudem an, nicht nur mit den Gewerkschaften zu verhandeln, sondern „direkt mit Betriebsräten und Beschäftigten" sprechen zu wollen.

Kirchner warnte vor einer solchen Vorgehensweise. Er verwies darauf, dass es bereits Gespräche mit der DB gegeben habe, „um die Jagd nach dem billigsten Tarifvertrag endgültig zu beenden". Der richtige Weg sei ein Branchentarifvertrag, um gute Beschäftigungsbedingungen im Regionalverkehr zu sichern. Sollte der Personalvorstand der DB an seiner „aberwitzigen Idee" festhalten, werde TRANSNET ihn gemeinsam mit den Betriebsräten in die Schranken weisen. •

Debeka Krankenversicherungsverein a. G.



Kundenmonitor® Deutschland 2007
TESTSIEGER
Kundenzufriedenheit
Preis-Leistungs-Verhältnis
Wiederwahlabsicht
Weiterempfehlungsabsicht
Branche: Private Krankenversicherungen
Details unter www.debeka.de/kundenmonitor

Die Debeka hat die zufriedensten Kunden.

Wir machen weiter so!

erfahren. sicher. günstig.

Debeka-Hauptverwaltung
Ferdinand-Sauerbruch-Straße 18
56058 Koblenz
Telefon (0261) 498-0
www.debeka.de

Debeka

Interview

Die Gerechtigkeitslücke schließen

In der Metalltarifrunde 2008 will die IG Metall die Gerechtigkeitslücke zwischen der Gewinnsteigerung der Unternehmen und der Lohnentwicklung „ein Stück weit" schließen, erklärt ihr Vorsitzender Berthold Huber im einblick-Interview.

■ Die IG Metall will in der Metalltarifrunde 2008 mehr herausholen als 2007. Was heißt das?

■ *Wir erleben zurzeit einen sehr unbalancierten, man könnte auch sagen ungerechten Aufschwung, an dem die Beschäftigten kaum teilhaben, obwohl die Gewinne exorbitant steigen. Deshalb sagen wir, „es geht um mehr" – um mehr Geld, aber auch um mehr Gerechtigkeit und Wachstum.*

■ Früher sprach die IG Metall von der Umverteilungskomponente, heute vom Gerechtigkeitsfaktor. Warum?

■ *Die Gewinne der Metallunternehmen sind von 2004 bis 2007 um 220 Prozent gestiegen. Ihre Nettoumsatzrendite von 4,2 Prozent ist die höchste seit Mitte der 60er Jahren. Doch alle Welt schreibt nur, dass wir die höchste Forderung seit 1992 stellen. Die Tariflöhne und -gehälter sind zwischen 2004 und 2007 brutto um zehn Prozent gestiegen, aber davon sind nur zwei Prozent übrig geblieben. Das ist ein Ungleichgewicht, das ist ungerecht. Und diese Gerechtigkeitslücke gilt es ein Stück weit zu schließen.*

■ Wenn es einer Branche gut geht, ist die Versuchung groß, damit zu argumentieren und die gesamtwirtschaftliche Begründung zu vernachlässigen. Erliegt die IG Metall ihr?

■ *Die Entwicklung von Gesamtwirtschaft einerseits und die der Metall- und Elektroindustrie andererseits klaffen immer stärker auseinander. Würden wir unsere Forderung nur mit der Branchensituation begründen, wäre sie selbstverständlich höher. Diese Spanne gilt es auszutarieren.*

■ Nicht nur die Inflation, auch Steuern und Sozialabgaben steigen. Kann das die Tarifpolitik korrigieren?

■ *Das anzunehmen, wäre eine Illusion. Nein, damit würde sie sich überheben. Das kann sie genauso wenig, wie die Besitzverhältnisse in unserem Land entscheidend zu verändern, die Kluft zwischen Arm und Reich aufzuheben. Uns geht es um eine faire Teilhabe an der Entwicklung der Wertschöpfung.*



Berthold Huber, 58, ist seit November 2007 Erster Vorsitzender der IG Metall.

■ Der Aufschwung bricht 2009 zwar nicht ab, verliert aber an Tempo.

■ *Wir haben es mit geringeren Zuwachsraten zu tun – allerdings auf einem hohen Niveau, mehr nicht. Die Lage ist besser als die Stimmung und noch viel besser als die Stimmungsmache.*

■ Im Oktober finden die ersten Verhandlungen statt, ab 1. November ist mit Warnstreiks zu rechnen. Wann muss sich die IG Metall die Frage stellen, ob sie zu Urabstimmung und Streik aufruft?

■ *Dann, wenn sie sich stellt. Diese Tarifrunde ist kurz, wir verhandeln zügig und ohne Rituale, und wollen am Verhandlungstisch eine Lösung finden – wenn möglich.*

■ Nach zähen Verhandlungen hat die IG Metall in der Metall- und Elektroindustrie einen Tarifvertrag über eine neue Altersteilzeit abzuschließen. Zufrieden?

■ *Beim Thema Altersteilzeit haben wir die Blockade der Arbeitgeber durchbrochen. Die neue Altersteilzeitregelung stellt einen arbeitspolitischen Meilenstein dar, von dem nicht nur der Einzelne und die Unternehmen, sondern auch die Gesellschaft profitiert. Die Menschen, die in ihrem Arbeitsleben viele Jahre schweren Belastungen ausgesetzt waren, können auch in Zukunft flexibel aus dem Arbeitsleben ausscheiden. Das ist ein Erfolg der Tarifpolitik.*

■ Die finanzielle Förderung von Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit im Rahmen des Altersteilzeitgesetzes soll 2009 auslaufen, die Bundeskanzlerin hat eine Verlängerung bis jetzt kategorisch abgelehnt. Belässt es die IG Metall dabei?

■ *Die Tatsache, dass wir für die Metall- und Elektroindustrie jetzt eine tarifliche Lösung gefunden haben, befreit die Politik nicht aus ihrer Pflicht, einen staatlichen Beitrag zur Förderung der Altersteilzeit zu leisten. Dazu liegen Vorschläge aus dem Arbeitsministerium auf dem Tisch, aber es gibt bisher keine politische Mehrheiten. Die Blockadehaltung der CDU dazu ist inakzeptabel. Hier ist die Bundesregierung gefordert. Wir werden sie weiterhin öffentlich an ihre Verantwortung für die Altersteilzeit erinnern.*

■ Die IG Metall will weg von der Stellvertreterpolitik, sprich ihre Mitglieder mehr beteiligen. Was bedeutet das für die Tarifbewegung?

■ *Wir beziehen die Meinung und Erfahrung unserer Mitglieder stärker ein. Deshalb hat der Vorstand auch einen Forderungskorridor von sieben bis acht Prozent empfohlen.*

■ Die IG Metall will mehr sein als eine Lohnmaschine – was?

■ *Es wäre wichtig, dass die IG Metall stärker als Wertegemeinschaft wahrgenommen wird. Unsere Werte lauten nicht nur Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit, sondern auch Würde, Anerkennung und Respekt. Wenn wir das deutlicher machen, werden wir nicht nur mehr Ausstrahlungskraft entwickeln, sondern auch mehr Bindungskraft gewinnen.* •

„Es geht um mehr"

Mit der Forderung nach acht Prozent mehr Entgelt für die 3,5 Millionen Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie zieht die IG Metall in die Tarifrunde 2008. Sie fordert mehr und will auch mehr herausholen als 2007. Anfang vergangenen Jahres hatte sie 6,5 Prozent gefordert und im Frühjahr mit den regionalen Arbeitgeberverbänden einen zweistufigen Tarifabschluss vereinbart: 4,1 Prozent ab Juni 2007 und weitere 1,7 Prozent ab Juni 2008. Insgesamt hatte der neue Tarifvertrag eine Laufzeit von 19 Monaten. Er gilt bis 31. Oktober.

Bei der Aufstellung ihrer Forderung geht die IG Metall für 2009 davon aus, dass das gesamtwirtschaftliche Wachstums um 1,5 Prozent steigt und die Inflationsrate um 2,5 Prozent. Für die Metall- und Elektroindustrie prognostiziert sie – ausgehend von Zahlen des Statistischen Bundesamtes – einen Produktionszuwachs von vier bis fünf Prozent (im vergangenen Jahr betrug er 8,7 Prozent.)

Nach Auffassung des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall entbehrt diese Prognose jeder Grundlage. „Wir können froh sein, wenn wir im nächsten Jahr überhaupt wachsen", behauptet Präsident Martin Kannegiesser. „Jetzt die höchste Forderung der letzten 16 Jahre zu stellen, ist Unvernunft."

PROJEKTE UND PARTNER

Spendenaufruf

Denkmal für Hirschfeld

1933 plünderten die Nationalsozialisten das „Institut für Sexualwissenschaft". 75 Jahre später wurde jetzt das Spreeufer am Berliner Kanzleramt in Magnus-Hirschfeld-Ufer umbenannt. Hirschfeld war Gründer des Instituts und Mitinitiator einer ersten homosexuellen Bürgerrechtsbewegung in Deutschland.

Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) in Berlin-Brandenburg hat jetzt einen Spendenaufruf gestartet, um am Magnus-Hirschfeld-Ufer ein Denkmal zur Erinnerung an den Pionier der Homosexuellenbewegung aufstellen zu können. •

Spendenkonto: Bildungs- und Sozialwerk des LSVD Berlin-Brandenburg
Verwendungszweck: Hirschfeld
Konto 082443301
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24



Callum ist weiß und ein „Zero" – ein Bürger zweiter Klasse. Seine Freundin Sephy ist schwarz und Tochter eines hochrangigen privilegierten „Alphas". Aus ihrer Jugendfreundschaft ist Liebe geworden. Doch in einer autoritären Klassengesellschaft gehören Alphas und Zeros nicht zusammen. Nachdem sein Vater bei einem Fluchtversuch aus dem Gefängnis stirbt, beschließt Callum in den bewaffneten Untergrund zu gehen. Eine Bewährungsprobe für seine Beziehung zu Sephy. Der Jugendroman *Himmel und Hölle* der britischen Autorin Malorie Blackman thematisiert mit Sorgfalt die Willkür rassistischer und sozialer Ausgrenzung.

Malorie Blackman: Himmel und Hölle, Boje-Verlag 2008, 510 Seiten, 19,90 Euro.

Es ist vollbracht! Der fünfte Band der *Deutschen Gesellschaftsgeschichte* von Hans-Ulrich Wehler ist erschienen. Auf knapp 450 Seiten nimmt der renommierte Historiker die Jahre 1949 bis 1990 unter die Lupe und vollendet damit sein Lebenswerk – faktenreich und stringent. An vielen Stellen tritt allerdings der nüchterne Wissenschaftler in den Hintergrund. Besonders die Deutung der 68er-Bewegung gerät oftmals zu einem tendenziösen Unterfangen: Die „Überhöhung des legendenumrankten Phänomens" sei nur möglich gewesen, da ehemalige Aktivisten Karriere in der Medienwelt gemacht und durch ihr Deutungsmonopol die Erinnerung geprägt hätten. Neutrale, wissenschaftliche Analyse klingt anders. Trotzdem: Ein historisches Standardwerk – mit Tendenz!

Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Band 5, 1949-1990, C.H.Beck 2008, 529 Seiten, 34,90 Euro.

Ratgeber

Alg-II-Tipps

Millionen Arbeitslose leben in Deutschland von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld. Einen Überblick über rechtliche Grundlagen und neueste Veränderungen gibt der *Leitfaden zum Arbeitslosengeld II*, herausgegeben vom Arbeitslosenprojekt TuWas der Fachhochschule Frankfurt/Main. Betroffene können sich über die aktuelle Höhe der Regelleistungen, die Berechnung des Kinderzuschlags oder die Anrechnung von Einkommen aus selbstständiger Arbeit informieren. Der Ratgeber kostet 14 Euro (plus Porto). •

www.fhverlag.de

Wörterbuch

Englisch für Gewerkschaften

Der DGB Saar und „lingua-eu" GbR, Sprachenservice für europäische Arbeitsbeziehungen, haben einen deutsch-englischen „Wortschatz für die Gewerkschaftsarbeit" herausgegeben. Ob Tariflohn (standard union wage rate), Drittelparität (tripartite) oder Kündigungsschutz (dismissal protection): Das Wörterbuch umfasst das gesamte Spektrum der betrieblichen und gewerkschaftlichen Fachbegriffe. Es ist in Zeiten der Globalisierung nicht nur für Euro-Betriebsräte eine äußerst notwendige Unterstützung für den Alltag und kann für 10 Euro (plus Mwst. und Porto) bestellt werden. •

www.lingua-eu.de

interregio

••• Der ***DGB Bayern*** und die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns (AGABY) haben im Vorfeld der bayerischen Landtagswahlen ihre gemeinsame Wahlplattform ***„Integration durch Partizipation"*** vorgestellt. Um die Integration zu fördern, müssten etwa mehr Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst für Jugendliche mit Migrationshintergrund geschaffen werden, so Heide Langguth, stellvertretende Vorsitzende des DGB Bayern.

www.agaby.de/20080812Wahlplattform.html

••• Die ***DGB-Jugend Berlin-Brandenburg*** unterstützt als Mitinitiator der Kampagne „Keine Stimme den Nazis" eine ganz spezielle ***Umtauschaktion:*** Alle BrandenburgerInnen sind aufgerufen, ihre Thor-Steinar-Kleidung einzuschicken und so ein Zeichen gegen Rechts zu setzen. Als Dank gibt es ein T-Shirt der Kampagne. Die Kleidermarke Thor Steinar ist ein Erkennungsmerkmal der Neonaziszene. Die Aktion „Aus Braun mach neu" will verhindern, dass die Verbreitung dieser Kleidung zu einer schleichenden Normalisierung von rechtsradikalem Gedankengut im öffentlichen Raum führt.

www.Keine-Stimme-den-Nazis.de

Der DGB sucht für seine Bundesvorstandsverwaltung in Berlin zum nächst möglichen Zeitpunkt eine/n

Onlineredakteur/in

AUFGABEN:

- **Redaktionelle Betreuung und Pflege der Onlineauftritte des DGB**
- **Texten fürs Web**
- **Mitarbeit am Relaunch des Internetauftritts**
- **Digitale Bild- und Tonbearbeitung**

ANFORDERUNGEN:

- **abgeschlossene journalistische Ausbildung und nachgewiesene journalistische Praxis**
- **Erfahrung und sehr gute Fertigkeiten im Bedienen von Online-CMS**
- **Erfahrung mit Internet- und Intranetarbeit**
- **Sinn für multimediale Webseitengestaltung**
- **möglichst berufliche Erfahrung im Gewerkschaftsbereich**

Die Vollzeitstelle ist zunächst auf zwei Jahre befristet. Bitte senden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen bis zum **6.10.2008** an

DGB

DGB Bundesvorstand
Bereich Personal
Herrn Wolfgang Baumgartner
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

Arbeitsmarkt

Atypische Beschäftigung wird normal(er)

Atypische Beschäftigung ist auf dem Vormarsch. Aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamts lieferten Anfang September auch den letzten Zweiflern den Beweis. „Neue Beschäftigungsformen führen zu mehr Jobs", jubelte daraufhin die Bundesregierung. Das stimmt. Aber der DGB hat Zweifel, ob das tatsächlich eine gute Nachricht ist.

Manchmal sind nackte Zahlen überzeugender als Argumente. Und die Zahlen, die das Statistische Bundesamt kürzlich zur Entwicklung atypischer Beschäftigungsverhältnisse veröffentlicht hat, könnten deutlicher kaum sein: Inzwischen arbeitet über ein Viertel aller Beschäftigten in Deutschland (7,7 Millionen) nicht mehr in einem Normalarbeitsverhältnis – mit steigender Tendenz. Das wirft ein trübes Licht auf die oft bejubelte „positive Entwicklung" am Arbeitsmarkt. Denn das Statistische Bundesamt ist nach Analyse der Zahlen der Ansicht, dass der „Beschäftigungszuwachs der vergangenen zehn Jahre" vor allem „auf atypische Beschäftigung zurückzuführen" sei: Während die Zahl der Normalarbeitsverhältnisse seit 1997 um 1,5 Millionen gesunken ist, stieg die der atypisch Beschäftigten im selben Zeitraum um 2,6 Millionen. Kein Zufall ist nach Meinung des DGB, dass gleichzeitig die Zahl der Beschäftigten im Niedriglohnsektor ebenfalls drastisch angestiegen ist.

Zu den atypischen Beschäftigungsverhältnissen zählt das Statistische Bundesamt in seiner Analyse Teilzeitstellen, geringfügige Beschäftigung, befristete Beschäftigung und Leiharbeitsverhältnisse. Längst sind einige dieser „neuen" und atypischen Beschäftigungsformen fast Normalität. „Teilzeitbeschäftigung wird heute als alltägliche Beschäftigungsform wahrgenommen", meint Wolfgang Strohm, der als Arbeitsmarktexperte beim Statistischen Bundesamt für die Analyse verantwortlich ist.

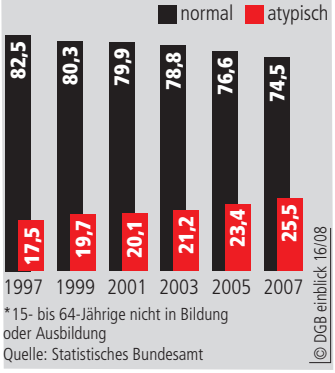
Es bleibe „ein handfester Skandal, dass immer mehr Beschäftigte von ihrer Arbeit nicht leben und keinerlei Perspektiven aufbauen können", erklärt DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Eine Aussage, die das Bundesamt grundsätzlich bestätigt. Zwar sei atypische Beschäftigung nicht zwangsläufig mit prekärer Beschäftigung gleichzusetzen. Aber im Gegensatz zur Normalarbeit seien die „neuen Beschäftigungsformen" in der Regel nicht darauf ausgerichtet, „den eigenen Lebensunterhalt und eventuell den von Angehörigen zu finanzieren".

Manche sind davon stärker betroffen als andere. „Atypische Beschäftigung spielt in der konkreten Arbeitswelt nicht für alle gesellschaftlichen Gruppen im gleichen Ausmaß eine Rolle", erklärt Strohm. Während etwa noch 86 Prozent der beschäftigten Männer in einem Normalarbeitsverhältnis arbeiten, sind es gerade einmal 62 Prozent aller Frauen – mit ein Grund dafür, dass Frauen in Deutschland im Durchschnitt immer noch wesentlich weniger verdienen als Männer.

Auch jüngere ArbeitnehmerInnen arbeiten überproportional oft in prekären Arbeitsverhältnissen. Bei den 15- bis 25-Jährigen liegt der Anteil atypisch Beschäftigter mit fast 40 Prozent weit über dem aller anderen Altersgruppen. „Es ist bitter für den Nachwuchs, dass bereits der Einstieg ins Berufsleben nicht nur schwer, sondern auch immer weniger planbar ist", meint dazu Annelie Buntenbach. •

Neue Verhältnisse

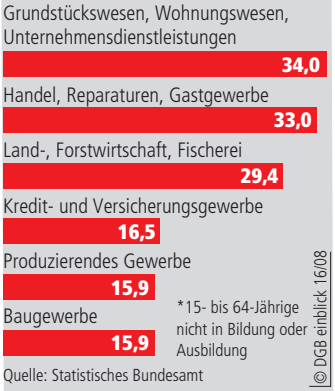
Anteil der normal und der atypisch Beschäftigten an allen abhängig Beschäftigten* (in Prozent)



Die grundlegenden Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt haben sich in den vergangenen Jahren stark gewandelt. Inzwischen arbeitet über ein Viertel aller Beschäftigten in atypischen Arbeitsverhältnissen.

Unterschiede groß

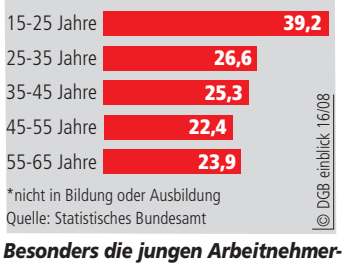
Anteil atypisch Beschäftigter an allen abhängig Beschäftigten* in verschiedenen Branchen 2007 (in Prozent)



In einigen Branchen arbeitet rund ein Drittel aller ArbeitnehmerInnen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen sind zwar groß – der Trend ist aber derselbe: Seit 1997 ist fast überall der Anteil der Normalarbeitsverhältnisse zurückgegangen.

Jung = atypisch

Anteil atypischer Beschäftigter an allen abhängig Beschäftigten* nach Altersstufen 2007 (in Prozent)



Besonders die jungen ArbeitnehmerInnen sind besonders häufig von atypischer Beschäftigung betroffen.

Unsichere Beschäftigung

Mit verschiedenen Services und Publikationen berät der DGB Menschen, die sich in unsicheren, atypischen oder prekären Beschäftigungsverhältnissen befinden – vom Mini-Jobber bis zur Leiharbeiterin.

Mit der Broschüre „Ratgeber Leiharbeit – Was sie als Leiharbeitskraft über ihre Rechte und Pflichten wissen sollten" gibt der DGB konkrete Tipps zu allen Themen, die im Arbeitsalltag interessieren: vom Lohn über Urlaubsansprüche bis zur Vertretung durch den Betriebsrat. Die Broschüre kann für 0,50 Euro plus Versandkosten beim DGB-Bestellservice bezogen werden.

www.dgb-bestellservice.de

Außerdem bietet der Gewerkschaftsbund mit dem Online-Ratgeber „Ungesicherte Beschäftigung" Antworten auf die wichtigsten Fragen zu allen Formen atypischer und prekärer Beschäftigung: Was bedeutet es, wenn man nach dem Ende einer befristeten Stelle trotzdem beim selben Arbeitgeber weiterarbeitet? Was hat ein Mini-Jobber davon, wenn er auf die Befreiung von den Sozialversicherungsbeiträgen verzichtet? Und wie lang sollte ein Praktikum höchstens dauern? Die Antworten gibt es auf:

www.ratgeber-ungesicherte-jobs.dgb.de

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

ver.di kritisiert den Vorschlag verschiedener Bundesratsausschüsse, die Künstlersozialkasse abzuschaffen. Erst im letzten Jahr sei das Gesetz reformiert und die soziale Absicherung gestärkt worden. Nun würden die Unternehmen versuchen, sich mit Unterstützung einiger Bundesländer aus ihrer Verantwortung zu stehlen.

Im Hinblick auf die „Studie der Entwicklung von Ganztagsschulen" (StEG) fordert die GEW mehr Mittel und Personal für Ganztagsschulen. Nur mit besserer Ausstattung könnten sie den Bedürfnissen der SchülerInnen und Eltern gerecht werden.

Die IG Metall unterstützt den Solidaritäts-Aufruf der Kampagne für „Saubere Kleidung" (Clean Clothes Campaign – CCC) für Jitrah Kotshadej. Die thailändische Gewerkschafterin wurde vom Textilhersteller Triumph International entlassen, nachdem sie als Privatperson und nicht in ihrer gewerkschaftlichen Funktion in einer TV-Sendung ein T-Shirt für die freie Meinungsäußerung getragen hatte.
www.saubere-kleidung.de

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und die NGG wollen die Interessen der Milchbauern und der Beschäftigten in der Molkereiwirtschaft künftig stärker gemeinsam vertreten. Dazu haben sie einen kontinuierlichen Austausch vereinbart.

DGB-Aufruf

Ein Tag für gute Arbeit

2006 fand in Wien der Gründungskongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) statt. Einer der ersten Beschlüsse des Kongresses: Ein weltweiter Aktionstag soll alljährlich an das notwendige Engagement für mehr und bessere Arbeitnehmerrechte weltweit erinnern. In diesem Jahr findet deshalb am 7. Oktober erstmals der „Welttag für menschenwürdige Arbeit" statt.

Der DGB ruft zur Teilnahme am Welttag auf. Angesichts der Verletzung grundlegender Arbeitnehmerrechte in vielen Staaten trete der DGB für „Koalitionsfreiheit, Streikrecht und das Recht auf Tarifverhandlungen in allen Ländern dieser Erde ein", heißt es im Aufruf des Gewerkschaftsbunds zum weltweiten Aktionstag. Die DGB-Bezirke und Regionen bereiten Veranstaltungen – vor allem im Rahmen der DGB-Mindestlohnkampagne – vor. So lädt etwa der DGB Nordrhein-Westfalen am 7. Oktober zu einer Diskussion mit VertreterInnen aus Politik, Wissenschaft, Gewerkschaften und Betrieben unter dem Titel „Gute Arbeit in einer globalen Wirtschaft" nach Düsseldorf ein. •

Die Veranstaltungen: www.einblick.dgb.de

DGB-Medien-Newsletter

Wieder da

Nach einjähriger Pause erscheint ab sofort wieder monatlich der DGB-Medien-Newsletter mit Berichten, Link- und Buchtipps rund um die deutsche Medienlandschaft und Medienpolitik. Der Newsletter richtet sich an medienpolitisch Aktive und Interessierte. Themen der aktuellen Ausgabe sind etwa der zwölfte Rundfunkänderungsstaatsvertrag der Länder, die Qualität journalistischer Online-Recherche oder ein Kommentar zur Schließung des Senders Radiomultikulti durch den Rundfunk Berlin-Brandenburg. Der E-Mail-Newsletter kann online bestellt werden. Auf derselben Online-Seite gibt es auch alle bisher erschienenen Medien-Newsletter. •

www.dgb.de/mediennewsletter

Erwerbslose

Solidarität nach Insolvenz

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen und Sozialhilfeinitiativen (BAG-SHI) hat vor wenigen Wochen die Einleitung eines Insolvenzverfahrens beantragt. Unter einer Insolvenzverwalterin wird der Geschäftsbetrieb zunächst bis Ende September aufrechterhalten. Danach fällt die Entscheidung, ob ein Insolvenzverfahren Aussicht auf Erfolg hat oder nicht.

Die BAG-SHI ist eine der größten verbandsunabhängigen Interessenvertretungen von Erwerbslosen. Für November ist ein Planungstreffen von BAG-SHI-Mitgliedern und Erwerbsloseninitiativen geplant, das klären soll, ob die von BAG-SHI geleistete Interessenvertretung in neuer Form fortgesetzt werden kann. Mit einer Unterschriftenkampagne will die BAG-SHI deshalb jetzt die Öffentlichkeit und die Politik von der Notwendigkeit einer bundesweit tätigen und unabhängigen Erwerbsloseninitiative überzeugen.

Unterstützung für einen Neuanfang gibt es auch von der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS), die zur Teilnahme an der Unterschriftenaktion aufruft. Neben der KOS gebe es mit dem Aktionsbündnis Sozialproteste, dem Tacheles-Verein und der BAG-SHI verschiedene Erwerbsloseninitiativen mit bundespolitischer Bedeutung – und das sei „auch gut so". „Wir bewerten diese Vielfalt nicht als nachteilige Zersplitterung und sehen die BAG-SHI nicht als feindliche Konkurrenz. Im Gegenteil: Wir bewerten diese Vielfalt als Bereicherung", heißt es bei der KOS. •

Link zur Unterschriftenaktion: www.einblick.dgb.de



Echte Erfolgserlebnisse

Im August hat der DGB die Aktion „Aufsichtsrat des Monats" gestartet. Das Ziel: der Unternehmensmitbestimmung ein Gesicht geben. Jeden Monat wird im Rahmen der Aktion ein Aufsichtsratsmitglied der „Arbeitnehmerbank" porträtiert – anhand eines Fragebogens, der zeigt, wie sie arbeiten, was sie beschäftigt und wie sie über ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat denken.

„Aufsichtsrat des Monats" im September ist **Jürgen Zarges,** 59, vom Konsumgüterkonzern Procter & Gamble. Dass der Aufsichtsrat bei Standortentscheidungen seinen Einfluss erfolgreich für deutsche Standorte geltend machen konnte – das war für ihn ein echtes Erfolgserlebnis im Lauf seiner Tätigkeit. Die Beschäftigten regelmäßig über diese Arbeit zu informieren, ist für Zarges besonders wichtig: Aufsichtsräte sollten sich nicht wie Geheimräte verhalten, meint er.



Das komplette Porträt von Jürgen Zarges ist auf der Aktionsseite online: *www.dgb.de/aufsichtsrat*

Volksbegehren „Eine Schule für alle"

Potenziale aller Kinder fördern

Mit einem Volksbegehren will die Initiative „Eine Schule für alle" in Hamburg einen Systemwechsel in der Schulpolitik auf den Weg bringen – weg vom gegliederten Schulsystem, hin zu längerem gemeinsamen Lernen in einer gemeinsamen Schulform bis zur zehnten Klasse. Die pädagogischen, sozialen und auch wirtschaftlichen Notwendigkeiten für diesen Wechsel liegen auf der Hand, meint Klaus Bullan.

Die schwarz-grüne Hamburger Koalition will eine Schulstruktur schaffen, die eine Primarschule von der ersten bis zur sechsten Klasse und daran anschließend ein „Zwei-Säulen-Modell" aus Stadtteilschule und Gymnasium vorsieht. Die Trennung der Kinder nach angeblichen Begabungstypen wird dadurch jedoch nur um zwei Jahre aufgeschoben. Die geplante Kooperation von einzelnen Primar- und weiterführenden Sekundarschulen könnten außerdem zu Primarschulen erster und zweiter Klasse führen: **Die Selektion würde so teilweise schon vor der ersten Klasse stattfinden.**

Wenn der so genannte „Hamburger Schulkompromiss" von CDU und GAL die frühe Selektion und ungleiche Bildungschancen nicht dauerhaft zementieren soll, sind jetzt deutliche Zeichen notwendig, dass die Bevölkerung ein Schulsystem will. Dieses Zeichen wollen wir mit unserer Initiative setzen. **Ein erfolgreicher Ausgang des Hamburger Volksbegehrens „Eine Schule für alle" wäre ein wichtiges Signal** – nicht nur für die weitere Entwicklung der Hamburger Schulpolitik sondern darüber hinaus für ganz Deutschland. Und dafür gibt es gute Argumente.

Anders als KritikerInnen des Modells meinen: „Eine Schule für alle" ist leistungsfähig. Sie nutzt die Fähigkeiten und Potenziale aller Kinder und Jugendlichen, indem sie individuell fördert und Vielfalt und Verschiedenheit als wertvolle Ressource begreift. Die Schulleistungen in Deutschland sind insgesamt nur mittelmäßig. An den Grundschulen sind die Ergebnisse dagegen im internationalen Vergleich gut: Grundschulen sind Schulen für alle!

Die Hierarchie von Schularten hingegen führt zu Abstufungen statt individueller Förderung. Dadurch werden die Begabungsreserven vieler Kinder nicht ausgeschöpft. Dabei ist in der Pädagogik heute längst klar: **Heterogene Lerngruppen sind leistungsfähiger als homogene,** denn sie bieten viel mehr Anregungspotenziale und schaffen ein leistungsförderndes Lernklima. Eine neue Bildungsphilosophie der individuellen Förderung nutzt diese Potenziale konsequent und hilft jedem Kind so gut wie möglich, seine Begabungen zu entfalten.

Für alle, denen die pädagogische Argumente nicht ausreichen: „Eine Schule für alle" ist auch



Klaus Bullan, 56, ist Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Hamburg.

wirtschaftlich notwendig. Wir brauchen besser ausgebildete junge Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen. Nur eine Schule für alle kann alle **Bildungsreserven erschließen, die in unserer Gesellschaft schlummern.** Hohe Folgekosten für Jugendliche, die unzureichend vorbereitet in die Arbeitswelt kommen, werden durch ein solches Schulsystem vermieden. Deutschland braucht schon jetzt mehr qualifizierte und gut ausgebildete Arbeitskräfte. Die Voraussetzung dafür ist eine gute und moderne Schulbildung für alle jungen Menschen. Deshalb fordern auch Handwerkskammern längeres gemeinsames Lernen.

Deutschland braucht mehr AbiturientInnen und mehr Studierende. Das erreichen wir aber nur, indem mehr Kinder aus Familien von FacharbeiterInnen, Angestellten und MigrantInnen das Abitur machen. Das gegliederte Schulwesen verhindert heute, dass diese Kinder zu höheren Bildungsabschlüssen kommen.

Und schließlich sind wir überzeugt: „Eine Schule für alle" ist gerecht. Alle Kinder und Jugendlichen erhalten in einer gemeinsamen Schule die gleichen Chancen auf die bestmögliche Schulbildung – unabhängig von ihrem sozialen oder ethnischen Hintergrund.

Nirgends ist der Bildungserfolg der SchülerInnen so abhängig von ihrem sozialen Status wie in Deutschland – und Hamburg ist da keine Ausnahme. Nirgends gibt es noch so ein hierarchisch gegliedertes Schulsystem! **Die Auslese nach der vierten Klasse erfolgt heute vor allem nach sozialem Hintergrund, weniger nach Leistung.**

Kinder aus sozial schwachen und „bildungsfernen" Familien sind doppelt benachteiligt: Ihre Eltern können sie schlechter unterstützen, und in der Schule werden sie durch die soziale Auslese ein zweites Mal diskriminiert. Die Lebenswege der Kinder werden so schon früh vorgezeichnet – die bestehende soziale Ungerechtigkeit wird von Generation zu Generation fortgesetzt. Deshalb kann **Chancengleichheit nur durch eine gemeinsame Schule ohne frühe Auslese** erreicht werden! •

61000 Unterschriften

...muss die Hamburger Volksinitiative „Eine Schule für alle" bis zum 9. Oktober für ein erfolgreiches Volksbegehren sammeln. Danach kommt es zum Volksentscheid.

Und die Aussichten auf Erfolg sind gut. „Wir sind sehr zuversichtlich, dass wir das schaffen", meint Klaus Bullan, Hamburger GEW-Vorsitzender und einer der Sprecher der Initiative. Auch weil es „große Unterstützung seitens vieler Schulen" gebe.

Unterstützt wird die Initiative außerdem von einem breiten Bündnis aus Eltern, LehrerInnen, GewerkschafterInnen und Vertretern verschiedener Parteien. Auch die Hamburger Grünen (GAL) hatten die Volksinitiative ursprünglich aktiv unterstützt. Die schwarz-grüne Koalition hat sich aber inzwischen auf einen „Hamburger Schulkompromiss" mit einem zweigliedrigen System weiterführender Schulen festgelegt.

www.eineschule.de

DGB: Die Konzepte sind da

Energie-, Klimaschutz- und Umweltpolitik sind inzwischen Politikbereiche, die ganz oben auf der politischen Agenda stehen und auch die Interessenverbände der ArbeitnehmerInnen, DGB und Gewerkschaften, beschäftigen.

Nicht erst seit der aktuellen Debatte um steigende Energie-, Kraftstoff- und Heizkosten mischt sich der Bund der Gewerkschaften aktiv in die politische Debatte ein – für klimapolitisch, sozial und wirtschaftlich sinnvolle Maßnahmen.

Verkehr und Mobilität: Von ArbeitnehmerInnen wird in der Arbeitswelt heute mehr denn je Mobilität eingefordert. Diese Anforderungen lassen sich durchaus Ressourcen schonend und klimapolitisch sinnvoll gestalten. In einer gemeinsamen Erklärung mit dem Auto Club Europa (ACE) hat der DGB etwa gefordert, die Verkehrsmittel staatlich zu fördern, die gleichzeitig das Portmonee der Beschäftigten und das Klima schonen: den öffentlichen Personennahverkehr, Carsharing und Fahrgemeinschaften. Auch die Anschaffung schadstoffarmer Autos bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze zu fördern, könnten sich die beiden Verbände vorstellen.

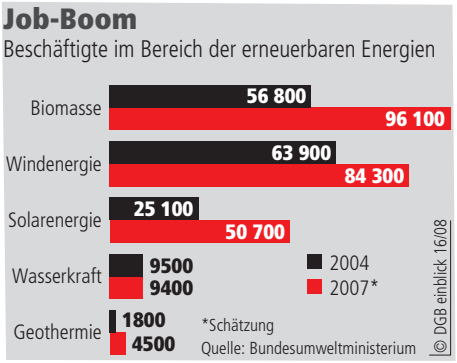
Automobile: Außerdem fordern ACE und DGB verpflichtende CO_2-Grenzwerte auf EU-Ebene und eine Kfz-Steuer auf CO-Basis – so könnten sich Industrie und Verbraucher auf die neuen Rahmenbedingungen frühzeitig einstellen. Zusätzlich soll ein „Klimapass" zur Orientierung beim Autokauf entwickelt werden, der sparsamen Verbrauch in den Vordergrund stellt.

Energetische Gebäudesanierung: Die Sanierung von Altbauten und der Einsatz energieeffizienter Techniken bei Neubauten birgt ein riesiges Energiesparpotenzial – und die entsprechenden Maßnahmen schaffen und sichern Tausende Arbeitsplätze in Deutschland. DGB und Gewerkschaften fordern deshalb von der Bundesregierung, die Förderprogramme zur Energetischen Gebäudesanierung fortzusetzen und auszubauen.

Ressourceneffizienz: Die allermeisten Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe geben heute weit mehr für Energie und Rohstoffe aus als für die Personalkosten. Statt etwa an der Lohnschraube zu drehen oder Standorte ins Ausland zu verlagern ist mehr Ressourcen- und Energieeffizienz für die Industrie zum bedeutenden Sparpotenzial geworden – und für den Standort Deutschland zu einer echten Chance für eine Innovationsoffensive. Für den DGB sind die Beschäftigten dabei die echten Experten im Betrieb, wenn es darum geht, Einsparpotenziale im Produktionsprozess zu entdecken. Diesen „verborgenen Schatz" will der Gewerkschaftsbund gemeinsam mit dem Bundesumweltministerium und dem DGB-Bildungswerk heben: Das Kooperationsprojekt „Ressourceneffizienz im Betrieb" ist in diesem Jahr gestartet – und läuft zunächst drei Jahre.

Energieeffizienz-Fonds: Bereits 2006 hat der DGB vorgeschlagen, einen Energieeffizienz-Fonds für Deutschland einzurichten. Aus dem Fonds sollen konkrete und auf verschiedene Zielgruppen (private Haushalte, Unternehmen, öffentliche Verwaltungen) zugeschnittene Energiespar-Programme gefördert werden.

Mehr zu den Vorschlägen und Konzepten des DGB: *www.einblick.dgb.de/links*



Klimaschutz ist nicht nur notwendig – er schafft auch Arbeitsplätze: Im Bereich der erneuerbaren Energien war der Beschäftigungswachstum in den vergangenen Jahren enorm. Bei der Windenergie und bei der Energiegewinnung aus Biomasse haben sich die Beschäftigtenzahlen jeweils etwa verdoppelt.

Emissionshandel: Die Balance finden

IG Metall und Bundesumweltministerium (BMU) haben Mitte September in einer gemeinsamen Erklärung zu den Vorschlägen der EU-Kommission für eine Neuordnung des Emissionshandel Stellung genommen. Darin fordern sie unter anderem, Emissionsgutschriften aus Klimaschutzprojekten in Drittländern – in der Regel in Entwicklungs- und Schwellenländern – stärker zu berücksichtigen und für eine kostenlose Zuteilung von Zertifikaten „sehr anspruchsvolle und EU-einheitliche Richtwerte festzulegen".

Gemeinsames Ziel sei es, so IG Metall und BMU, einen angemessenen Ausgleich zwischen den „notwendigen und anspruchsvollen Klimaschutzzielen einerseits" und der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft andererseits zu finden. *www.igmetall.de*

Anreizregulierung: Guter Ansatz – mit Risiken

Die Regulierung der Strom- und Gasnetze ist kein einfaches Unterfangen. Die so genannte „Anreizregulierung" soll ab Januar 2009 auch hierzulande für mehr Wettbewerb und sinkende Energiepreise sorgen. Das Prinzip: Den Netzbetreibern sollen Obergrenzen für ihre Erlöse gesetzt werden. Dafür wird in einem bundesweiten Effizienzvergleich ermittelt, wie kosteneffizient die Betreiber arbeiten. Weniger effiziente Anbieter müssen sich dann an den effizienten Betreibern orientieren – und innerhalb einer bestimmten Frist ebenfalls kosteneffizienter arbeiten.

Um Investitionen in die Netze und damit die Versorgungssicherheit trotz des „Sparzwangs" nicht zu gefährden, sind zwar Investitionspauschalen und gewisse Ausnahmeregelungen geplant. ver.di warnt dennoch vor den Risiken der geplanten Anreizregulierung: „Die Regulierung der Strom- und Gasnetze darf nicht dazu führen, dass notwendige Investitionen in Netze und Personal zurückgefahren werden", erklärt ver.di-Vorstandsmitglied Erhard Ott. Die Vorgaben der der Verordnung seien „derart hart", dass auf Netzinvestitionen verzichtet und drastisch Personal eingespart würde. ver.di hat deshalb 50 000 Unterschriften für eine Novellierung der Verordnung gesammelt und fordert, die bisher abzusehenden negativen Folgen abzumildern.

Die Chancen des neuen Energiezeitalters

Interview mit **Dietmar Hexel,** im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand unter anderem für Energie- und Umweltpolitik zuständig



Die steigenden Energiepreise haben Diskussionen über eine neue Energiepolitik entfacht. Gleichzeitig erfordert der fortschreitende Klimawandel mehr Anstrengungen für den Klimaschutz. In welche Richtung müssen Energie- und Klimaschutzpolitik jetzt steuern?

Wir haben es in der Energiepolitik mit einem Dreieck zu tun – einem Dreieck aus den Aspekten Klimaschutz, Versorgungssicherheit und ökonomische Machbarkeit. Künftige Konzepte der Energie- und Klimaschutzpolitik müssen eine Balance zwischen diesen drei Aspekten finden. Zu den konkreten energiepolitischen Zielen gehört, dass wir erstens Energie einsparen und zweitens alle bereits vorhandenen energieeffizienten Techniken flächendeckend nutzen – zum Beispiel im Bereich Wärmetechnik. Ein Beispiel: Würden alle Heizkessel in der Bundesrepublik ersetzt und die Heizanlagen modernisiert, würde das mindestens zehn Prozent der Primärenergie sparen. Und drittens müssen wir verstärkt regenerative Energien einsetzen. Weil wir wissen, dass die anderen Energieressourcen endlich sind.

Also weg von den herkömmlichen Energieträgern?

Wir als DGB meinen, dass wir auf den Einsatz heimischer Energieträger nicht verzichten dürfen. Dazu gehören Wasserkraft, Wind, Braun- und Steinkohle, Sonnenenergie und Geothermie. Wir könnten auf Kohle nur verzichten, wenn wir wieder auf Atomenergie setzen. Zur Frage der Atomenergie sagen wir als DGB aber ganz klar: Der Ausstiegsbeschluss ist ein gesellschaftlicher Kompromiss, den die Gewerkschaften mittragen. Wir gehen davon aus, dass wir die klima- und energiepolitischen Ziele bis 2020, beziehungsweise bis 2050 auch ohne Atomenergie erreichen werden.

Wie soll das geschehen?

Zu allererst heißt das natürlich: Energie sparen und energieeffizient arbeiten, produzieren und verteilen. Außerdem müssen wir neue Möglichkeiten einer dezentraleren Energieversorgung mit intelligenten Netzen schaffen. Das heißt: nicht mehr wie heute hauptsächlich auf wenige große Erzeugeranlagen setzen, die an viele kleine Verbraucher verteilen. Im industriellen Bereich kann man das ziemlich gut machen. Man kann etwa die Strom- und Wärmeerzeugung direkt in eine chemische Fabrik oder in eine Reifenfabrik legen. Beispiele dafür gibt es bereits. Wir brauchen auch einfache und schnellere Genehmigungsverfahren.

Und im privaten, im nicht-industriellen Bereich?

Da müssen wir zum Beispiel den Weg frei machen für eine energetische Gebäudesanierung „im Quadrat". Eine Förderoffensive haben wir ja bereits hinter uns – da muss aber noch mal zugelegt werden. Vermieter und Mieter müssen in die Lage versetzt werden, ihre Wohnungen besser zu isolieren oder andere Heizsysteme einzubauen. Das kostet natürlich Geld, lässt sich aber machen: weil die einzelnen Investitionsbeträge nicht besonders hoch sind. Das ist ein Bereich, bei dem wir in Zukunft massiv Energie sparen können – nicht nur bei Neubauten.

Wie lassen sich klimapolitische Ziele angesichts der hohen Energiepreise sozial gerecht gestalten?

Eine Möglichkeit wäre ein so genanntes „Basisdeputat". Heute wird mit einem billigeren Tarif belohnt, wer viel Strom verbraucht. Man könnte dieses Prinzip umdrehen. Jeder soll ein vom Staat festgelegtes Deputat, also eine bestimmte Menge Strom, zu einem garantierten Preis bekommen – und zwar über alle Anbieter hinweg. Wer mehr verbraucht als das Deputat, bezahlt auch mehr – und zwar progressiv steigend. Dieser Preisanstieg führt dazu, dass die Menschen über ihr Verhalten nachdenken und ihren individuellen Stromverbrauch verringern.

Aber natürlich muss es eine Grundmenge Strom zum garantierten Preis geben: für den Kühlschrank, das Licht im Wohnzimmer, den Fernseher und so weiter. Diese Menge kann man ausrechnen – das wäre dann das Deputat. Das Positive an dem Modell ist, dass es nicht der Steuerzahler bezahlt. Aber die Regierung müsste den Mut zu einem solchen preisregulierenden Eingriff haben.

Gemeinsame energiepolitische Konzepte im DGB mit allen Gewerkschaften zu koordinieren, ist nicht immer einfach. Wie gelingt das trotzdem?

Ich bin damit sehr zufrieden. Man muss akzeptieren, dass es in den Gewerkschaften unterschiedliche Positionen gibt und vor allem die Beschäftigten und Betriebsräte der herkömmlichen Energieerzeuger Sorge um ihre Arbeitsplätze haben. Das ist verständlich, aber ungerechtfertigt. Ich sehe nicht, dass wir es – anders als etwa bei Unternehmen wie Nokia – mit einer Dauerarbeitslosigkeit zu tun haben werden. Wir brauchen weiter Kraftwerke.

Warum nicht?

Die Beschäftigten bei den klassischen Energieunternehmen sind hoch qualifizierte Fachkräfte, die mit ihrem spezifischen Know-how für einen Energieumstieg unverzichtbar sind und gebraucht werden. Zweitens: Der Umstieg erfordert einen längeren Zeitraum. Drittens: Im Bereich der energetischen Gebäudesanierung und bei den regenerativen Energien sind in den letzten Jahren wesentlich mehr Arbeitsplätze entstanden, als bei den klassischen Energieerzeugern abgebaut wurden. Wir werden in diesen Bereichen noch einen richtigen Boom erleben – nicht nur bei großen Unternehmen, sondern auch bei vielen kleinen und mittleren Betrieben.

Außerdem gibt es positive Beispiele für sozialverträgliche Umstiege, zum Beispiel beim Kohleausstieg. Ich verstehe die Sorgen und Ängste der Belegschaften. Aber wir haben als Gewerkschaften genügend Gestaltungsmöglichkeiten, über unsere Tarifverträge den Kolleginnen und Kollegen einen Umstieg in ein neues Energiezeitalter mit vielen Chancen zu sichern. •

Langfassung des Interviews:
www.einblick.dgb.de

Blicke in die Zukunft

In der Energiepolitik gibt es keine einfachen Lösungen. einblick hat sich bei VertreterInnen aus Politik und Verbänden umgehört: Welche Schwerpunkte würden sie in der künftigen Energiepolitik setzen und wie sieht für sie ein Energiemix der Zukunft aus?



***Marco Bülow,** Sprecher der Arbeitsgruppe „Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit" der SPD-Bundestagsfraktion*

Der Energiemix für ein zukunftsfähiges Deutschland basiert in erster Linie auf dem Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Steigerung der Energieeffizienz. Wir wollen Preisrisiken verhindern und die Klimaerwärmung bremsen. Aufgabe der Politik ist es, den Übergang – trotz der notwendigen Strukturveränderungen – sozialverträglich abzufedern. Die Atomenergie darf aber hierfür keine Brückentechnologie darstellen.



***Hubertus Schmoldt,** Vorsitzender der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE)*

Soziale, ökonomische und ökologische Aspekte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden – das würde in die Sackgasse führen. Wir brauchen vielmehr eine breit angelegte Energiepolitik, die sich an der Wirklichkeit orientiert und nicht an Wunschvorstellungen. Für ein Industrieland ist Energie überlebenswichtig. Deshalb können wir uns den Luxus nicht leisten, auf eine Energieform zu verzichten.



***Renate Künast,** Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen*

Unsere Vision ist das Solarzeitalter! Allein mit Erneuerbaren Energien, Effizienz und Einsparungen können wir uns unabhängig von den Preissteigerungen machen. Verlassen wir das Öl, bevor es uns verlässt. Wir müssen Strukturen verändern, Atom- und neue Kohlekraftwerke bieten keinen Ausweg. Erstere sind gefährlich, letztere verhindern echten Klimaschutz über Jahrzehnte.



***Klaus Wiesehügel,** Vorsitzender der IG Bauen – Agrar – Umwelt (IG BAU)*

Durch energetische Gebäudesanierung werden zukunftsträchtige innovative Arbeitsplätze geschaffen. Sie sind ein Job-Motor ersten Ranges. Jede in die energetische Gebäudesanierung investierte Milliarde schafft oder sichert mindestens 20 000 Arbeitsplätze. Vor dem Hintergrund der hohen Beschäftigungswirkung ist eine Fortführung und Erhöhung der staatlichen KfW-Förderprogramme dringend geboten.



***Katherina Reiche,** stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU*

Wir erreichen soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit vor allem durch einen klugen und breiten Energiemix, der alle Energieformen von Erneuerbaren bis hin zur Nuklearenergie umfasst. An der Braunkohle als heimischen preiswerten Versorgungsträger sollten wir festhalten. Dies muss aber klimaverträglich mit CO2-Abscheidetechnik geschehen. Wir müssen die Energieforschung deutlich ausbauen, damit wir langsam aber sicher von Öl und Gas unabhängiger werden.



***Erhard Ott,** im ver.di-Bundesvorstand unter anderem für den Bereich Energie zuständig*

Der Energiemix der Zukunft muss erstens klimaverträglich sein und den CO_2-Ausstoss senken. Zweitens kosteneffizient sein und die Strompreise dämpfen. Drittens Versorgungssicherheit gewährleisten. Viertens die Abhängigkeit von Primärenergieimporten reduzieren. Fünftens zum Erhalt von Arbeitsplätzen beitragen. Sechstens zur effizienten Nutzung heimischer Ressourcen beitragen. Siebtens den Neubau von Kraftwerken in Deutschland ermöglichen und so zur Standort- und Beschäftigungssicherung im europäischen Wettbewerb beitragen.



***Eva Bulling-Schröter,** umweltpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE*

Für den Klimaschutz wird die Kohleverstromung zügig abnehmen und spätestens 2050 eingestellt werden müssen. Die riskante Atomkraft gehört schnellstmöglich abgeschaltet. Energieeinsparung, erneuerbare Energien und eine neue Ressourcen schonende Mobilität gehört die Zukunft.



***Hermann Albers,** Bundesverband WindEnergie e.V.*

Erneuerbare Energien sind unbegrenzt verfügbar und sichern unseren Wohlstand über das Abbrennen der fossilen Energien hinaus. Deswegen ist es allerhöchste Zeit, ohne Wenn und Aber auf eine klimafreundliche Energieversorgung umzusteuern. Der Energiemix der Zukunft muss erneuerbar sein. Es führt aus ökonomischen sowie klima- und außenpolitischen Gründen kein Weg daran vorbei, innovative und Ressourcen schonende Energietechniken zu fördern, solange sie gegenüber Öl, Kohle, Gas und Atom nicht konkurrenzfähig sind. Die Wettbewerbsfähigkeit unter Einrechnung der realen Umweltkosten haben die Erneuerbaren nämlich schon längst erreicht. •

Themen & Projekte

■ **Traktoren und das Klima.** Die Verbindungen und Wechselwirkungen von Landwirtschaft und Klimawandel spielen in immer mehr Debatten zum Klimaschutz und zur Energiepolitik eine Rolle: Von den klimaschädlichen Effekten der Viehhaltung bis zu steigenden Lebensmittelpreisen, weil immer häufiger Kraftstoffe aus Nahrungspflanzen hergestellt werden. Die IG BAU widmet sich der Thematik umfassend in einem Positions- und einem Hintergrundpapier „Klimawandel und Landwirtschaft" – und zeigt dabei auch die Potenziale der Landwirtschaft für positive Klimaeffekte: zum Beispiel im Bereich der Energiegewinnung aus Biomasse. ■ **Keine Utopie.** Online-Communities wie studiVZ, XING oder myspace vernetzen weltweit Hunderte Millionen Menschen. Warum dieses Erfolgsmodell nicht nutzen, um über Nachhaltigkeit und Klimaschutz zu informieren? Das dachten sich die Macher von utopia.de. Seit Ende letzten Jahres treffen sich hier die so genannten „Utopisten" im Internet – 22 000 sind es inzwischen. Die Community tauscht sich über Ökostrom, fairen Handel und nachhaltiges Konsumverhalten aus. *www.utopia.de* ■ **Nachhaltigkeit: Note „sehr gut".** Das Schulfach „Klimaschutz und Ressourceneffizienz" gibt es zwar noch nicht – aber auch im Unterricht werden Themen wie diese künftig wohl eine größere Rolle spielen. Die GEW präsentiert auf ihrer Internetseite im Themenbereich „Nachhaltigkeit" verschiedene Materialien zum Thema „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung" (BNE). Zu diesem pädagogischen (Unterrichts-)Konzept gehört für die Gewerkschaft auch, sich in der schulischen Bildung mit Themen wie dem Erhalt natürlicher Ressourcen zu beschäftigen. Inzwischen hat auch die Kultusministerkonferenz Leitlinien für den BNE-Unterricht veröffentlicht. ■ **Energieeffizienz im Modellprojekt.** Unter steigenden Energiekosten leiden vor allem einkommensschwache Haushalte. Das Projekt „Cariteam Energiesparservice" der Caritas Frankfurt/Main will dem entgegen wirken. Kern des Projektes ist die Qualifizierung Arbeitsloser zu Serviceberatern für Energie- und Wassersparchnik. Diese führen in Haushalten mit geringem Einkommen kostenlos Energieberatungen durch und informieren über Einsparmöglichkeiten. Außerdem wird den Haushalten ein „Starterpaket" mit technischen Geräten zur Effizienzsteigerung – wie Energiesparlampen und Wassersparduschköpfen – übergeben. ■ **Luxus Etagenheizung.** 30 Prozent mehr als im Vorjahr müssen MieterInnen 2008 für ihre Heizkosten ausgeben, schätzt der Deutsche Mieterbund (DMB). Deshalb hat der DMB jetzt ein 10-Punkte-Programm zur Entlastung der Verbraucherhaushalte vorgelegt, das auch energie- und klimapolitische Maßnahmen enthält: vom stärkeren Einsatz Erneuerbarer Energien bis zu Zuschüssen für den Kauf energiesparender Geräte. ■ **„Öko ist geil" titelt die Mitbestimmung,** das Magazin der Hans-Böckler-Stiftung, in diesem Monat. Zum Titelthema und der Frage „Wie grün kann Wirtschaft sein?" zeigt die Ausgabe, nach welchen Alternativen zum Benzin die Autoindustrie sucht und stellt das von DGB, DGB-Bildungswerk und Bundesumweltministerium ins Leben gerufene „Netzwerk Ressourceneffizienz" vor. *www.magazin-mitbestimmung.de* ■ **Atom-Mythen.** Die aktuell anziehenden Strompreise haben das Thema Atomenergie aus der Versenkung wieder an die Oberfläche befördert. Die Befürworter eines „Ausstiegs aus dem Atomausstieg" argumentieren, Atomstrom sei günstig und zudem klimaschonend. „Die Mythen der Atomwirtschaft" ist der Untertitel einer Broschüre des Bundesumweltministeriums. Auf 21 Fragen zur Atomkraft gibt es Antworten, die einige dieser Mythen entzaubern. ■ **Daniel Düsentrieb wäre vor Neid erblasst:** Bodo Wolf aus dem sächsischen Freiberg zeigt, wie man mit Erfindungsgeist und innovativen Technologien „made in Germany" die Energiefrage beantworten kann und gleichzeitig noch Arbeitsplätze schafft. In seiner Industrieanlage mit inzwischen über 100 Beschäftigten kann er aus nachwachsenden Rohstoffen wie Holz, Stroh oder Laub besten Diesel produzieren. Auch mit Hausmüll wäre die Herstellung von Kraftstoff machbar. •









Nicht jammern, sondern handeln – **Wege aus der Klimakatastrophe**

Nicht jammern, sondern handeln. Franz Alt zeigt, wie: Wenn wir heute anfangen, anders zu leben, verschafft uns das persönlichen, seelischen und auch wirtschaftlichen Gewinn. Dieses Buch bietet Lösungen!

Franz Alt
SONNIGE AUSSICHTEN
Wie Klimaschutz zum Gewinn für alle wird
2. Auflage / 240 Seiten
mit zahlr. sw- und Farbfotos
gebunden mit SU
€ 19,95 / € 20,95 / SFr* 34,90
ISBN 978-3-579-06966-1



www.gtvh.de

GÜTERSLOHER VERLAGSHAUS

*empf. Verkaufspreis

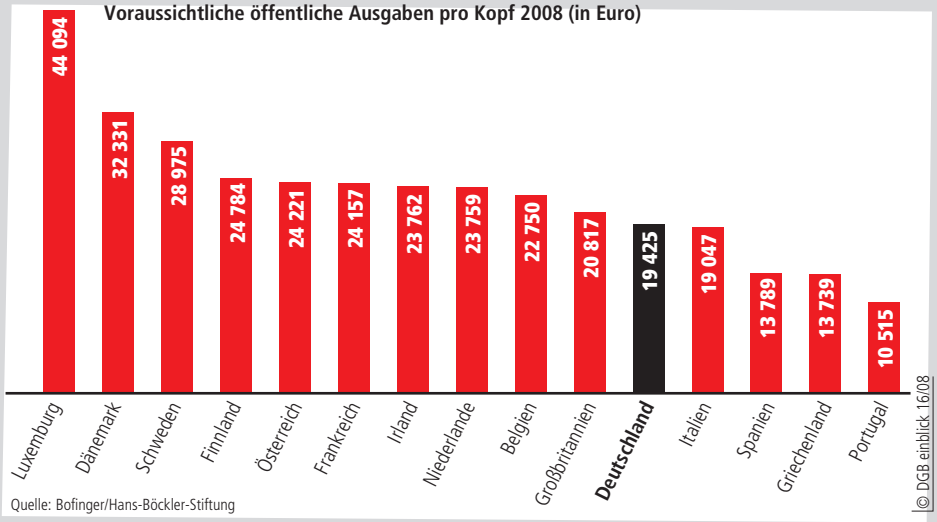
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

dieDGBgrafik

ÖFFENTLICHE AUSGABEN: Deutschland im hinteren Drittel

Die öffentlichen Ausgaben sind seit 1999 in Deutschland um fast fünf Prozentpunkte zurückgegangen. Inzwischen liegt die Bundesrepublik bei den staatlichen Ausgaben pro Einwohner in diesem Jahr nur noch im hinteren Drittel der EU-15-Staaten. Damit habe sich Deutschland auf das Niveau von Schwellenländern wie der Türkei oder Korea zurückentwickelt, meint der „Wirtschaftsweise" Peter Bofinger – mit absehbaren Folgen für Zukunftsinvestitionen in Bildung oder die Infrastruktur



14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

23.9. ver.di, Steuerpolitische Tagung „Skandal Steuervollzug – Ist 7 Monate nach Liechtenstein irgendetwas geschehen?", Berlin

23.9. DGB Nordrhein-Westfalen, Transferveranstaltung des XENOS-Projektes „2. Chance – Interkulturell und gemeinsam vor Ort", Düsseldorf

24.-26.9. Hans-Böckler-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung und Instituto per il Lavoro, Tagung „European Workplace Participation Forum: New ways to effective forms of worker participation", Rom

25.9. Friedrich-Ebert-Stiftung, Diskussion "Armut und Reichtum in Deutschland" zum 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Mainz

25./26.9. Hans-Böckler-Stiftung, Gleichstellungstagung 2008 "Gute Arbeit aus der Gleichstellungsperspektive", Berlin

26.9. 2. Deutscher Weiterbildungstag, bundesweit

28.9. Kommunalwahlen in Brandenburg

28.9. Landtagswahl in Bayern

29.9.-1.10. ver.di, dju und Friedrich-Ebert-Stiftung, Kongress „youth media convention 2008", Kiel und Oslo

30.9.-2.10. DGB-Bildungswerk, 4. Betriebsräteforum „Wir wollen mehr – Der Wirtschaftsstandort Deutschland erlebt eine Renaissance, die Arbeitsbedingungen der KollegInnen auch?", Hamburg

2.-4.10. IG BCE, 3. IG BCE-Frauentag „Beruf, Macht, Erfolg", Hannover

2.-5.10. DGB-Bildungswerk, DGB-Jugend Berlin-Brandenburg und attac, Herbstakademie Globalisierung „Der Wind weht schärfer – aber wir lassen uns nicht wegpusten!", Flecken-Zechlin/Brandenburg

3.10. Tag der Deutschen Einheit

4.10. GEW und Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen, Konferenz „Bildung – ein Menschenrecht", Berlin

6.10. Kindertag im Bundestag, Berlin

8.-10.10. DGB und DGB-Bildungswerk, Workshop „Die OECD-Leitsätze in der betrieblichen Praxis – wie reagiert der Betriebsrat", Hamburg

personalien

••• ***Dr. h.c. Günter Schaub,*** 75, ehemaliger Vorsitzender Richter am Bundesarbeitsgericht und langjähriger Vorsitzender des DGB-Schiedsgerichts ist mit der Hans-Böckler-Medaille, der höchsten Auszeichnung des DGB, ausgezeichnet worden. Der DGB ehrt damit einen Juristen, der „im deutschsprachigen Raum Maßstäbe im Arbeitsrecht gesetzt hat". Als Vorsitzender Richter des DGB-Schiedsgerichts habe Schaub außerdem dazu beigetragen, „den innerorganisatorischen Frieden im Bund der Gewerkschaften zu wahren".

Schlusspunkt.

„Der Schwielow ist gutmütig, aber wie alle gutmütigen Naturen kann er heftig werden, plötzlich, beinahe unmotiviert, und dann ist er unberechenbar."

Der Schriftsteller Theodor Fontane (1819-1898) über den Schwielowsee bei Potsdam. Auf der Klausurtagung der SPD am Schwielowsee trat Kurt Beck am 7. September überraschend als SPD-Vorsitzender zurück.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Sebastian Henneke, Norbert Hüsson, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 06.10.2008 17/08

DGB

inhalt

Seite 3
Kompass zum Gipfel
Der „Bildungsgipfel" von Kanzlerin und Ministerpräsidenten steht an. Im Vorfeld machen die Gewerkschaften ihre Ansprüche an ein zukunftsfähiges Bildungssystem deutlich

Seite 5
Marktmacht missbraucht
Konsequent nutzen die großen Supermarktketten in Deutschland ihre beherrschende Marktstellung – und geben den Preisdruck ihrer „Billig-Strategie" an ihre Lieferanten weiter. Mit schwerwiegenden Folgen für Beschäftigte weltweit

Seite 7
Das Finanz-Erdbeben
Für die finanziellen Folgen der Finanzmarkt-Krise zahlen die Steuerzahler. Das muss nicht sein, meint DGB-Chefökonom Dierk Hirschel

Aktionstag für menschenwürdige Arbeit

Globalisierung von unten

Weltweit werden sich am 7. Oktober Millionen Menschen stark machen für eine soziale Gestaltung der Globalisierung. Anlass: der Welttag für „decent work", für menschenwürdige Arbeit, des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB). Auch der DGB ruft auf, sich an den Aktionen zu beteiligen. DGB-Bezirke und -Regionen und die Mitgliedsgewerkschaften haben eine Vielzahl von Veranstaltungen vorbereitet.

Schon auf seinem Gründungskongress 2006 hatte der IGB einen alljährlichen Aktionstag beschlossen, um weltweit an das notwendige Engagement für mehr und bessere Arbeitnehmerrechte zu erinnern. Erstmals findet nun in diesem Jahr der „Welttag für menschenwürdige Arbeit" statt.

Der Aktionstag ist Teil der IGB-Kampagne „Decent Work For A Decent Life" – Würdige Arbeit für ein würdiges Leben – und knüpft an die „Decent Work Agenda" der Internationalen Arbeitsorganisation ILO an. Angesichts der gegenwärtigen globalen Finanzmarktkrise und ihrer noch nicht absehbaren Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen weltweit ist ein solches Signal notwendiger denn je. Nach wie vor können mehr als die Hälfte der arbeitenden Menschen weltweit sich und ihre Familien von ihrem Einkommen nicht ernähren. Immer noch werden in vielen Staaten grundlegende Arbeitnehmerrechte verletzt. Deshalb tritt der DGB für „Koalitionsfreiheit, Streikrecht und das Recht auf Tarifverhandlungen in allen Ländern dieser Erde ein", wie es im Aufruf des DGB zum Aktionstag heißt.



Zum Welttag für menschenwürdige Arbeit ruft der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) für den 7. Oktober auf. Insgesamt vertritt der IGB 168 Millionen ArbeitnehmerInnen in 305 Mitgliedsorganisationen und 153 Ländern.

„Wenn wir als Gewerkschaften Einfluss nehmen wollen auf die Politik der internationalen Finanzinstitutionen, auf die WTO, auf die UN insgesamt, lässt sich das nicht einfach nach Brüssel, Genf, Paris oder Washington delegieren. Da ist unser persönliches Engagement gefragt", bekräftigt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, der auch stellvertretender IGB-Präsident ist.

Der weltweiten gewerkschaftlichen Solidarität, und auch dem persönlichen Engagement des DGB-Vorsitzenden, ist es zu verdanken, dass vor wenigen Tagen Jan Sithole, der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes von Swasiland, aus der Haft entlassen wurde. Sithole war gemeinsam mit anderen Gewerkschaftsführern des Nachbarstaates von Südafrika nach einer Gewerkschaftsdemonstration inhaftiert worden. Erst der breite internationale Protest, unter anderem Briefe des DGB-Vorsitzenden an den Premier von Swasiland, führte zur Freilassung. Swasiland hat längst die ILO-Konvention zur Vereinigungsfreiheit unterzeichnet – wie auch viele andere ILO-Mitgliedsstaaten, die sich dennoch kaum um die Einhaltung grundlegender Arbeitnehmerrechte scheren. •

www.wddw.org

plusminusBERLIN

+ ***Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Jörg Tauss, fordert die Abschaffung von Studiengebühren. Das Experiment dauere schon viel zu lange. „Studiengebühren sind sozial unverträglich und bildungspolitisch kontraproduktiv. Sie müssen weg."***

– ***FDP-Finanzexperte Hermann Otto Solms hat sich Gedanken zur aktuellen Finanzmarktkrise gemacht. Solms erstaunliche Erkenntnis: Die Hauptschuld liegt für ihn nicht bei den Finanzjongleuren der Investmentbanken. „Staatsversagen statt Marktversagen", lautet sein Resümee.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

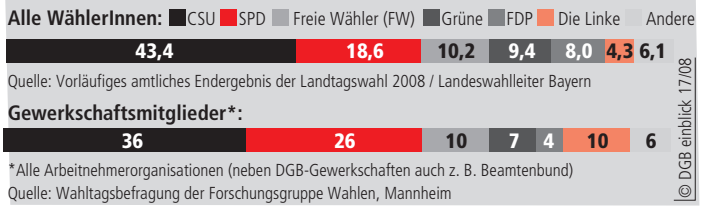
www.youtube.com/user/ITUCCSI
Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) im Video

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
DGB-Aufruf zum Internationalen Tag für menschenwürdige Arbeit

Gewerkschafter: CSU vorn

Stimmenanteile bei der Landtagswahl in Bayern vom 28. September 2008 (in Prozent)

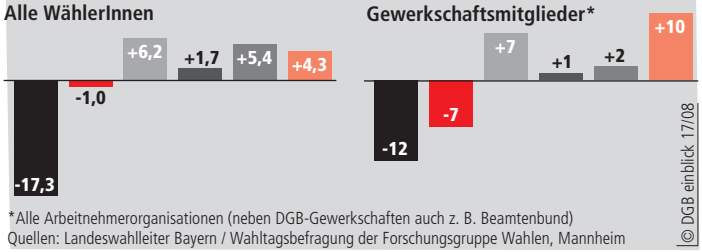


Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2008 / Landeswahlleiter Bayern

*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

Volksparteien verlieren

Bayern-Wahl 2008: Veränderungen gegenüber 2003 (in Prozent)



*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)
Quellen: Landeswahlleiter Bayern / Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

Gewerkschaftsmitglieder im Trend: Bei der bayrischen Landtagswahl haben die beiden großen Volksparteien auch unter den Gewerkschaftsmitgliedern gegenüber der letzten Wahl 2003 Stimmenanteile verloren. Mit einem Minus von sieben Prozentpunkten waren die Verluste der SPD unter den GewerkschafterInnen sogar überdurchschnittlich hoch.

Demonstration

Gegen Datenspeicherung auf Vorrat

Die Digitalisierung macht es möglich: Die Speicherung von Telefonverbindungen, Versicherungsdaten und Einwohnermeldezahlen erschafft den gläsernen Bürger. Staat und Wirtschaft nutzen dies aus. Der DGB unterstützt deshalb die Demonstration „Freiheit statt Angst – stoppt den Überwachungswahn" am 11. Oktober in Berlin. Ab 14 Uhr sind alle BürgerInnen aufgerufen, an der Demonstration am Alexanderplatz teilzunehmen. Initiator ist der „AK Vorratsdatenspeicherung" des „Forums InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V.". Unterstützt wird die Demo von einem breiten Bündnis aus Gewerkschaften, Parteiorganisationen und Verbänden. Zu den Forderungen der Veranstalter gehören unter anderem die Abschaffung der Online-Durchsuchung und der Vorratsdatenspeicherung. •

Spendenkonto: FIfF e.V., Verwendungszweck: AK Vorratsdatenspeicherung Konto-Nr.: 600927929, Sparda Bank Hannover eG, BLZ 250 905 00

Mehr Infos: www.FreiheitStattAngst.de

Arbeitsgesetzbuch

Auch Köhler dafür

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz will es, und auch Bundespräsident Horst Köhler hat sich für ein einheitliches Arbeitsgesetzbuch ausgesprochen, das die verschiedenen Vorschriften des Individualarbeitsrechts zusammenfasst. Während der DGB bereits im September seine Eckpunkte für ein solches Arbeitsgesetzbuch präsentiert hat (*einblick 16/08*), sperren sich die Arbeitgeber. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) hat die Vorschläge des DGB zur Reform zurückgewiesen. Der DGB hatte unter anderem gefordert, LeiharbeitnehmerInnen mit den Stammbelegschaften gleichzustellen sowie Kündigungen für unzulässig zu erklären, wenn sie nur der Gewinnmaximierung dienen. Für die BDA sind die Forderungen „alte Hüte". •

Mehr Infos: www.einblick.dgb.de

Deutscher Juristentag

Erfolg für den DGB

Positiv wertet der DGB die Ergebnisse des 67. Deutschen Juristentags (DJT) in Erfurt: Der DGB konnte sich im Bereich Arbeits- und Sozialrecht mit wichtigen gewerkschaftlichen Forderungen durchsetzen. So sprach sich der DJT für die Sozial- und Abgabenfreiheit bei der Altersteilzeit aus. Abgelehnt wurden außerdem die rechtliche Zementierung der Rente mit 67 und Möglichkeiten zur Zwangsverrentung von älteren Arbeitslosen. Angenommen wurden hingegen zahlreiche Vorschläge für eine bessere Ausgestaltung von Weiterbildungsmaßnahmen. Der alle zwei Jahre tagende deutsche Juristentag versteht sich als unabhängiges Beratergremium für die Politik und gibt Empfehlungen zur Gesetzgebung ab. •

wiewardiewoche?



„Eine andere Welt ist möglich" war das Motto des Europäischen Sozialforums, das vom 17. bis 21. September im schwedischen Malmö stattfand. Erstmals gab es einen eigenen Jugendbereich. 250 Gewerkschaftsjugendliche aus Deutschland nahmen daran teil. Auch Jessica Heyser, 30, Referentin im Bereich Jugend beim DGB-Bundesvorstand, war dabei.

Die Tage in Malmö waren äußerst anregend und lebendig. Eine andere, bessere Welt – das heißt für junge Menschen in Europa vor allem sichere Beschäftigung und faire Entlohnung auch für Berufseinsteigerinnen und -einsteiger. Doch ob in der Türkei, Schweden oder hierzulande: Die Realität ist eine andere. In unseren Gesprächen haben wir festgestellt, dass es europaweit die gleichen Tendenzen zur Prekarisierung der Arbeit gibt. Erste Opfer sind oft die jungen Berufstätigen.

Wir waren uns einig: Jugendliche dürfen nicht länger zu Vorreitern einer unsicheren Arbeitswelt gemacht werden. Im Gegenteil: Sie brauchen mehr Bildungschancen und bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen – in ganz Europa. Welche Strategien entwickeln wir als Gewerkschaftsjugend, um gegenzusteuern? Wie gewinnen wir neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter? Ist Organizing ein erfolgversprechender Weg? Auch diese Fragen haben uns in Malmö sehr beschäftigt und wurden zum Teil kontrovers diskutiert.

Unser Ziel war im Übrigen auch, die Vernetzung der europäischen Gewerkschaftsjugend weiter auszubauen – ergänzend zu den Jugendstrukturen im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB). Da sind wir in Malmö ein gutes Stück weitergekommen. Nach Malmö bin ich mir sicher: Die europäische Gewerkschaftsjugend ist quicklebendig.

Bildungspolitik

Ein Kompass für den Gipfel

Bundeskanzlerin Angela Merkel trifft sich am 22. Oktober in Dresden mit den Ministerpräsidenten der Länder zum „Bildungsgipfel" – Bildung als Chefsache. Aber die hochkarätige Runde muss sich daran messen lassen, was sie tatsächlich an konkreten Ergebnissen erzielt, um die ausgerufene „Bildungsrepublik Deutschland" zu verwirklichen. Die Gewerkschaften wollen die Politik in die Pflicht nehmen – und eigene Konzepte im Vorfeld des „Gipfels" präsentieren.

Zwei Tage vor dem Bildungsgipfel lädt der DGB deshalb am 20. Oktober unter dem Motto „Neue Bildung für das Land" nach Berlin ein. Einen „DGB-Kompass zum Gipfel" wollen die Gewerkschaften den Regierungschefs für Dresden an die Hand geben. Zur Veranstaltung hat der DGB auch VertreterInnen aus Wissenschaft, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen sowie Eltern- und Hochschulverbänden eingeladen. Denn die Gewerkschaften wollen sich im Vorfeld des Bildungsgipfels mit einem breiten Bündnis für mehr und bessere Bildung stark machen.

Und die lässt sich aus Sicht des DGB nur mit erheblichen Anstrengungen erreichen. Zu lange ist in der Bildungspolitik zu wenig geschehen. „Um seinem Namen gerecht zu werden, muss der Bildungsgipfel endlich konkrete und nachhaltige Ergebnisse bringen", erklärt dazu die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. „Das deutsche Bildungswesen ist von der frühkindlichen Erziehung bis zur Weiterbildung deutlich unterfinanziert. Da helfen keine warmen Worte, da helfen nur massive öffentliche Investitionen."

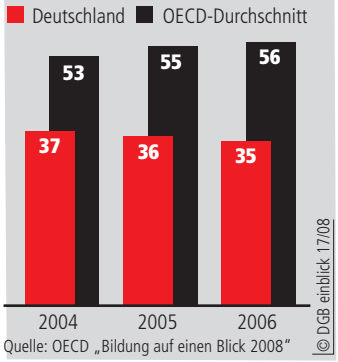
Eine Forderung, die sich in konkreten Zahlen benennen lässt: Erst kürzlich hatten DGB, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) eine Studie zu den „Gesellschaftlichen Kosten eines zukunftsfähigen Bildungssystems" vorgestellt. Demnach fehlen dem deutschen Bildungssystem jährlich fast 30 Milliarden Euro. Denn den politischen Lippenbekenntnissen seit dem ersten „PISA-Schock" sind noch in kaum einem Bereich konsequente Maßnahmen gefolgt. Allein um zumindest jedem zweiten Schüler in Deutschland ein Ganztagsangebot garantieren zu können, müssten an deutschen Schulen über drei Millionen zusätzliche Plätze geschaffen werden – so ein Ergebnis der HBS-Studie. Das kostet.

DGB und Gewerkschaften wenden sich aber strikt dagegen, die notwendigen Finanzmittel für das Bildungssystem nach dem Motto „Privat statt Staat" zu generieren. Denn dadurch würde die im internationalen Vergleich ohnehin zu starke soziale Auslese im Bildungswesen noch verschärft. „Bildung muss so gestaltet werden, dass jeder – unabhängig vom eigenen Geldbeutel – die gleichen Chancen und Möglichkeiten hat", fordert Ingrid Sehrbrock „Bildung darf nicht zur Privatsache werden. Sie muss Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge bleiben."

Auf der gewerkschaftlichen Tagung zur Bildungspolitik am 20. Oktober werden DGB und Gewerkschaften deshalb zehn Thesen zum Bildungsgipfel der Kanzlerin präsentieren – und dabei klar machen, dass die notwendigen Maßnahmen breit und umfassend angelegt sein müssen. Denn wer das Schlagwort des „lebenslangen Lernens" tatsächlich ernst nimmt, muss alle Bildungsbereiche – von Kitas bis zur Weiterbildung – ausreichend ausstatten und strukturell fit für die Zukunft machen. Daran wollen DGB und Gewerkschaften mitwirken. Deswegen werden am 20. Oktober in einer prominent besetzten Talkrunde Gewerkschaftsvorsitzende und -vorstandsmitglieder gemeinsam diskutieren, welche Herausforderung es bedeutet, gleiche Bildungschancen für alle zu verwirklichen. Die Weichen dafür muss der Bildungsgipfel stellen. •

Abstand wird größer

Studienanfängerquote eines Jahrgangs (in Prozent)



Quelle: OECD „Bildung auf einen Blick 2008"

Deutschland in allen Bereichen des Bildungssystems wieder auf internationales Niveau zu bringen – das ist erklärtes Ziel aller BildungspolitikerInnen. Der im September veröffentlichte Bericht „Bildung auf einen Blick 2008" der OECD spricht in vielen Punkten aber eine andere Sprache. Statt aufzuholen, fällt Deutschland teilweise sogar weiter hinter den OECD-Durchschnitt zurück – wie etwa bei der Studienanfängerquote.

Weichen früh gestellt

TeilnehmerInnen an beruflicher Weiterbildung nach Bildungsabschluss 2007 (in Tausend)



Quelle: Statistisches Bundesamt

Bis in die berufliche Weiterbildung zieht sich die soziale Auslese und fehlende Chancengleichheit des deutschen Bildungssystems. Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen ganz deutlich: Je höher der erreichte Schulabschluss, desto größer die Chancen auf berufliche Weiterbildung. Dabei wäre konsequente Fort- und Weiterbildung gerade für Menschen mit niedrigem oder ohne Schulabschluss besonders wichtig, um sich nachhaltige Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu sichern.

Neue Bildung

Unter dem Motto „Neue Bildung für das Land – DGB-Kompass zum Gipfel" lädt der DGB am 20. Oktober an die Katholische Akademie nach Berlin – und präsentiert die gewerkschaftlichen Thesen und Vorschläge zum „Bildungsgipfel" von Kanzlerin Merkel.

Gemeinsam mit VertreterInnen aus Wissenschaft, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen sowie Eltern- und Hochschulverbänden wollen DGB und Gewerkschaften ihre Ansätze diskutieren.

Wie wichtig den Gewerkschaften das Thema ist, zeigt auch die Teilnahme etlicher Vorstandsmitglieder von DGB und Mitgliedgewerkschaften. Neben dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer und DGB-Vize Ingrid Sehrbrock werden unter anderem auch Ulrich Thöne (GEW-Vorsitzender), Frank Bsirske (ver.di-Vorsitzender) Klaus Wiesehügel (IG BAU-Vorsitzender), Konrad Freiberg (GdP-Vorsitzender) und Michael Vassiliadis (IG BCE-Vorstand) an der Veranstaltung teilnehmen.

Mehr Infos und Links zu Programm und Anmeldung:
www.einblick.dgb.de/links

PROJEKTE UND PARTNER

Online-Portal

Gute Arbeit weltweit

Gute Arbeit hat viele Aspekte, viele Akteure – und es bleibt noch viel zu tun, bis gute Arbeit weltweit Wirklichkeit geworden ist. Das Online-Portal „Gute Arbeit weltweit" des DGB-Bildungswerks informiert und mobilisiert alle, die sich für gute Arbeit international engagieren und interessieren: mit grundlegenden Informationen, Beispielen guter Praxis und Möglichkeiten, selbst aktiv zu werden. Vor Ort und weltweit.



„Gute Arbeit" – das ist Arbeit mit Beteiligung und einem gerechten Entgelt, mit Arbeits- und Gesundheitsschutz, sozialer Sicherheit und ohne Diskriminierungen. Das Online-Portal bietet deshalb ein breites Themenspektrum: von sozialer Sicherheit über Beteiligung der Beschäftigten bis zu Gleichbehandlung und Strategien gegen Diskriminierung – mit Argumenten und Beispielen von allen Kontinenten.

Akteure guter Arbeit aus aller Welt kommen zu Wort, auch die BesucherInnen der Homepage können in wechselnden Umfragen ihre Ansichten zu Teilaspekten der Thematik einbringen.

Ein News-Bereich informiert über aktuelle internationale Entwicklungen, Link- und Materialsammlungen bieten Möglichkeiten, das Thema „Gute Arbeit" selbst zu entdecken. Außerdem stellt das Portal diverse Kampagnen und Netzwerke vor, die international für gute Arbeit aktiv sind. •

www.gute-arbeit-weltweit.de

Projekt

Oderregion entwickeln

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von deutschen und polnischen Gewerkschaften in der Oderregion hat Tradition – etwa in Interregionalen Gewerkschaftsräten. Das Projekt „Oderregion – Raum für das europäische Sozialmodell?" intensiviert diese Zusammenarbeit und will versuchen, nachhaltige soziale Entwicklungen für die Region anzustoßen. Gemeinsam arbeiten im Projekt der DGB und die polnische Solidarność an drei Themenbereichen: einem „Branchendialog Ernährungswirtschaft", dem Schwerpunkt „Öffentlicher Verkehr in der Oderregion" sowie an einer koordinierten grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

Am 17. September fand die Abschlusstagung des Teilprojekts „Ernährungswirtschaft in der Oderregion statt". Eine der Empfehlungen der Projektbeteiligten: Ein Gütesiegel für Unternehmen soll die Qualität der Arbeitsbedingungen in Betrieben der Region kennzeichnen. Weitere Termine des Projekts: Am 20. und 21. Oktober beschäftigt sich ein Workshop im polnischen Stettin mit dem Thema „Gute Arbeit als Kriterium für öffentliche Auftragsvergabe und europäische Strukturfonds?". Am 6. November geht es bei einem Workshop in Frankfurt/Oder darum, für den Öffentlichen Verkehr Eckpunkte einer sozial-ökologischen Politik für die Menschen der Oderregion zu entwickeln. Das Projekt ist bis Ende 2008 angelegt, eine Abschlusstagung findet am 18. und 19. November in Berlin statt. •

www.berlin-brandenburg.dgb.de/article/archive/381



neue**Bücher**

Die neueste Ausgabe des *Kittner*, dem Standardwerk zur Arbeits- und Sozialordnung, ist als digitales Nachschlagewerk frisch im Programm des Bund-Verlags. Die CD-ROM enthält den aktuellen Rechtsstand und alle relevanten Gesetze und Verordnungen für die Unternehmenspraxis im Wortlaut. Eine benutzerfreundliche Gestaltung bietet eine schnelle und zuverlässige Stichwortsuche und die Möglichkeit, eine eigene Textsammlung der wichtigsten Texte auf dem PC zusammenzustellen.

Michael Kittner: Arbeits- und Sozialordnung digital – Version 10.1 – Gesetzestexte, Einleitungen, Anwendungshilfen (CD-Rom), Bund-Verlag, Frankfurt/M. 2008, 59,90 Euro im Einzelbezug.

„Downsizing" und „Outsourcing": Zwei inzwischen schon „neudeutsche" Begriffe, die ein wenig verschleiern, was eigentlich gemeint ist: Personal abbauen und Personal auslagern. Beides sind Phänomene, die längst zum Tagesgeschäft, auch in der deutschen Wirtschaft, geworden sind und selbst in den Medien nur noch selten zum Aufreger taugen. Wer persönlich von Personalabbau betroffen ist – für den ist es ein Schlag. Der Band *Zwischen Engagement und innerer Kündigung* untersucht die häufig vernachlässigte emotionale Seite des Themas. Wie empfinden Beschäftigte den Personalabbau-Prozess? Und wie gehen Betriebsräte oder die verantwortlichen Führungskräfte mit dem Thema um? Dazu liefern die Autoren anhand von Fallbeispielen einige konkrete Empfehlungen.

Michael Stahlmann / Walter Wendt-Kleinberg: Zwischen Engagement und innerer Kündigung. Fortschreitender Personalabbau und betriebliche Interaktionskulturen, Münster 2008, Verlag Westfälisches Dampfboot, Schriftenreihe der Hans-Böckler-Stiftung, 288 Seiten, 29,90 Euro.

interregio

••• Der ***DGB Bayern*** hat 219 000 Unterschriften für das Volksbegehren zur ***Einführung eines Mindestlohns*** in Bayern gesammelt – weit mehr als notwendig. Jetzt folgt der Antrag auf Durchführung des Volksbegehrens. Die große Zahl von Unterschriften sei ein deutliches Signal an die Staatsregierung, dass die Menschen in Bayern den Mindestlohn wollen, so der DGB. Zwar sei Bayern in einigen Branchen Hochlohnland, doch müsse jeder fünfte inzwischen zu Niedriglöhnen in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, erklärt der DGB-Bezirksvorsitzende Fritz Schösser.

www.bayern.dgb.de

••• Angesichts der Finanzmarktkrise fordert der ***DGB Rheinland-Pfalz*** von der rheinland-pfälzischen Landesregierung eine ***Bundesratsinitiative,*** um national und international gesetzliche Regelungen zur besseren Kontrolle und Regulierung der Finanzmärkte zu schaffen. Die aktuelle Krise, ausgelöst durch den Zusammenbruch verschiedener US-Investmentbanken, habe deutlich die tief greifenden Probleme der Branche gezeigt. Nun sei die Politik gefordert. Dietmar Muscheid, Vorsitzender des DGB Rheinland-Pfalz, betonte daher, den Hedgefonds müssten gesetzliche Grenzen gesetzt werden. In der globalisierten Wirtschaft sei eine Regulierung der Finanzmärkte nötig, damit das Gemeinwohl nicht aus dem Blick gerate.

www.dgb-rlp.de

Supermarkt-Initiative

Marktmacht missbraucht

Die deutschen Supermarktketten fahren seit geraumer Zeit eine massive Billigpreis-Strategie. Inzwischen ist der Markt extrem konzentriert. Sechs große Lebensmitteleinzelhändler bestimmen das Geschäft: Edeka, Rewe, Lidl, Aldi, Metro und Tengelmann haben zusammen einen Marktanteil von 90 Prozent – und nutzen diese Marktmacht konsequent, um den selbst geschaffenen Preisdruck an ihre Lieferanten weiterzugeben. Mit erheblichen sozialen Folgen. Ein breites Bündnis aus Verbänden will dem ein Ende setzen.

Die Hilfs- und Entwicklungsorganisation Oxfam Deutschland hat in einer Studie untersucht, welche Auswirkungen die Preiskämpfe zwischen den sechs Großen der Branche auf deren Lieferanten haben. Das Ergebnis: Der Preisdruck wird massiv an die Handelspartner weitergereicht. Dabei nutzen die Einzelhandelsriesen ihre beherrschende Marktstellung konsequent aus und bedienen sich im Lebensmittelbereich einer „vielfältigen Palette unfairer Einkaufspraktiken", so die Untersuchung. Besonders markante Beispiele seien etwa „Regalmieten" oder „Listungsgebühren", die von den Lieferanten an die Supermarktketten gezahlt werden müssen. Im Klartext: Die Lieferanten müssen dafür bezahlen, dass sie ihre Produkte an die Ketten überhaupt verkaufen dürfen.

Dieses aufgezwungene Preisdumping zieht sich, so die Studie, bis ins letzte Glied der Lieferkette durch – bis zu den Produzenten und ArbeiterInnen in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Oxfam hat etwa die Ananasimporte der deutschen Supermärkte genauer unter die Lupe genommen: Jede zweite in Deutschland verkaufte Ananas kommt inzwischen aus Costa Rica.

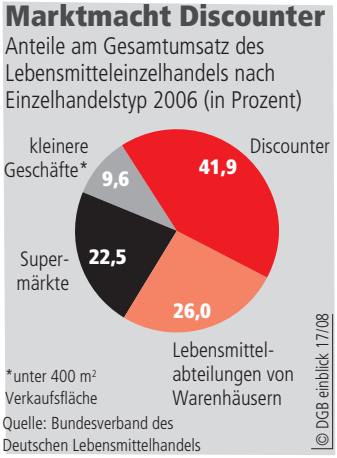
Der Preisdruck der deutschen Großabnehmer hat ganz konkrete Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten vor Ort: In günstigen Fällen würde zwar zumindest noch der geltende gesetzliche Mindestlohn gezahlt, so Oxfam. Allerdings basiert der auf einem Acht-Stunden-Tag. Wer seinen Job aber nicht verlieren will, der muss in Costa Rica in der Regel zwölf Stunden auf den Plantagen schuften – ohne gewerkschaftlichen Beistand.

Denn um die prekären Arbeitsverhältnisse durchsetzen zu können, behindern die Plantagenbetreiber die Gewerkschaften massiv in ihrer Arbeit. Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) kritisiert in seinem aktuellen Bericht zur Einhaltung von Arbeitnehmerrechten, dass in Costa Rica beispielsweise „schwarze Listen" von Beschäftigten unter den Arbeitgebern ausgetauscht würden, um Gewerkschaftsmitgliedern den Zugang zu den Betrieben zu verweigern.

Diesen negativen Folgen der wachsenden Marktmacht der deutschen Supermarkt-Konzerne will jetzt eine Initiative von rund 20 Verbänden und Organisationen ein Ende setzen. An der im September ins Leben gerufenen „Supermarkt-Initiative" sind auch die Gewerkschaften ver.di, IG BAU und NGG beteiligt. Auch deshalb, weil selbst in Deutschland der Preisdruck längst negative Konsequenzen auf Lebens- und Arbeitsbedingungen hat. „Der Preiskampf schadet auch den Beschäftigten", erklärt ver.di-Arbeitsrechtsexperte Uwe Wötzel. „Niedriglohn- und Minijobs verdrängen zunehmend normale Arbeitsverhältnisse."

„Für faire und hochwertige Arbeit muss es auch faire Preise geben", meint auch der stellvertretende IG BAU-Vorsitzende Hans-Joachim Wilms und verweist auf den Einsatz seiner Gewerkschaft für faire Produktionsbedingungen hierzulande und weltweit – auch außerhalb der neuen Initiative. „Die IG BAU engagiert sich im Interesse der Sozialstandards bereits für Holz aus nachhaltiger Produktion, für fairen Blumenhandel und faire Saisonarbeit."

Wie der Marktmacht der sechs großen Einzelhandelsketten Grenzen gesetzt werden können – dazu macht die Supermarkt-Initiative konkrete Vorschläge: Das Bundeskartellamt solle seine Kompetenzen konsequent nutzen und den Missbrauch der Marktmacht der „sechs Großen" verhindern. Und die Bundesregierung müsse gesetzliche Regelungen schaffen, die die Supermarkt-Ketten verpflichten, Informationen über die Arbeitsbedingungen entlang der gesamten Lieferkette öffentlich zu machen. So könnten die Verbraucher selbst entscheiden, ob sie die unfairen Praktiken der Einzelhandelsriesen tatsächlich mittragen wollen. •



Supermarkt ist nicht gleich Discounter. Aber gerade die Discounter haben ihre Marktmacht in Deutschland deutlich ausgebaut. So machen die deutschen Billig-Märkte im Lebensmitteleinzelhandel inzwischen rund 40 Prozent des gesamten Jahresumsatzes der Branche.

Buntes Bündnis

In der im September ins Leben gerufenen „Supermarkt-Initiative" haben sich fast 20 Verbände und Organisationen zusammengeschlossen – ein breites und vor allem buntes Bündnis.

Neben den Gewerkschaften ver.di, IG BAU und NGG sind etwa die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), Oxfam Deutschland und Misereor beteiligt.

Angesichts der Marktkonzentration und Marktmacht der großen Supermarktketten sei es „Zeit zu handeln", so die gemeinsame Kernforderung. Der Preisdruck, den die Unternehmen an die Lieferantenkette weitergeben, dürfe nicht weiter zu sinkender Qualität und Lohn- und Sozialdumping führen: „Die Supermärkte müssen ihre Einkaufspraktiken drastisch ändern", meinen die Verbände in einer gemeinsamen Stellungnahme.

Zum Start der Initiative wurde die Oxfam-Studie „Endstation Ladentheke" vorgestellt, die zeigt, wie sich die Einkaufspraktiken der Supermarktriesen auf Arbeits- und Lebensbedingungen von Menschen weltweit auswirken.

Link zur Studie:
www.einblick.dgb.de

Die Online-Plattform der Initiative:
www.supermarktmacht.de

kurz&bündig

Die IG Metall dokumentiert in einem „Schwarz-Weiß-Buch Leiharbeit" Missstände in der Leiharbeit. Die Veröffentlichung zeigt aber auch gewerkschaftliche Erfolge: Die IG Metall hat bereits 380 „Besser-Vereinbarungen" abgeschlossen, die die Situation von LeiharbeiterInnen in Entleihbetrieben verbessern.
www.gleichearbeit-gleiches-geld.de

Die NGG unterstützt die geplante Kampagne der Bundesregierung gegen Alkoholmissbrauch – besonders unter Jugendlichen. Die Politik solle jedoch auf ein Werbeverbot für Alkohol verzichten. Vielmehr müsse die Aufklärung in den Schulen in ein Schulfach „Ernährung und Gesundheit" integriert werden.

Die zunehmenden Einsätze bei Fußballbegegnungen brächten PolizistInnen an ihre Belastungsgrenzen, bemängelt die GdP. Die Gewerkschaft fordert daher einen „Fußball-Gipfel", an dem der Deutsche Fußballbund, die Deutsche Bahn und die Koordinierungsstelle Fan-Projekte teilnehmen sollen.

ver.di hat dem Gesundheitsausschuss des Bundestags 44000 Unterschriften von Beschäftigten der gesetzlichen Krankenkassen übergeben, um auf die negativen Folgen der Gesundheitsreform aufmerksam zu machen. Wohnortnahe Beratung und guter Service müssten erhalten bleiben. Das gebe der beschlossene Gesundheitsfonds nicht her.

IG BCE

Hochqualifizierte ansprechen

„Menschen gewinnen. Konkret, persönlich, direkt." Unter dieses Motto hat die IG BCE seit einiger Zeit ihr Konzept der Mitgliederansprache gestellt – die Zielgruppenarbeit. Zielgruppenarbeit setzt für die Gewerkschaft bei der Bereitschaft vieler Beschäftigten an, für eine befristete Zeit an ganz konkreten Themen mitzuwirken, die sie persönlich interessieren.

Einen neuen Schwerpunkt dieser Zielgruppenarbeit hat die IG BCE jetzt auf einer gemeinsamen Tagung mit der Hans-Böckler-Stiftung gesetzt: Hochqualifizierte Angestellte sollen verstärkt in den Mittelpunkt des gewerkschaftlichen Engagements in Betrieben und Unternehmen rücken.

Denn die Hochqualifizierten sehen sich am Arbeitsplatz mit ganz spezifischen Problemen konfrontiert: Zwar gibt es auch in industriellen Unternehmen immer mehr Akademiker und Hochschulabsolventen – die Karriere- und Aufstiegschancen hingegen nehmen eher ab. Und die Anforderungen an räumliche Mobilität sind gegenüber dieser Beschäftigtengruppe besonders hoch. Auf diese Probleme einzugehen und vermehrt auch Hochqualifizierte zu organisieren – das soll künftig in die Zielgruppenarbeit der IG BCE einfließen. „Wir müssen eine Organisations- und Werteidentität anbieten", erklärt IG BCE-Vorstand Michael Vassiliadis.

Einen ausführlichen Bericht über die Tagung und den neuen Schwerpunkt der Zielgruppenarbeit bietet die aktuelle Ausgabe des *Aussenspiegel*. Und auch diese IG BCE-Zeitschrift ist ein Beispiel für spezifische Zielgruppenansprache: *Aussenspiegel* richtet sich an aktive Gewerkschaftsmitglieder im Außendienst – also Mitglieder, die über die übliche betriebliche Ansprache nur schwer zu erreichen sind. •

Link zum Aussenspiegel:
www.einblick.dgb.de

?...nachgefragt



Am 12. September fand in Magdeburg eine Urwahl der ArbeitnehmervertreterInnen für die Vollversammlung der Handwerkskammer statt. Das Besondere: In der Regel sind die Kammerwahlen so genannte Friedenswahlen – in Magdeburg aber traten erstmals zwei Arbeitnehmerlisten gegeneinander an (zum Hintergrund: *einblick 14/08*). *einblick* hat bei Helmut Dittke, Leiter des Handwerkssekretariats des DGB, nachgefragt: Wie hat die DGB-Liste abgeschnitten?

Wir haben hervorragend abgeschnitten: 80 Prozent für unsere Liste – also die gemeinsame Liste von DGB, Mitgliedsgewerkschaften und Kolpingwerk. Nur 20 Prozent für die konkurrierende Liste. Damit sind unsere Kandidatinnen und Kandidaten in der Vollversammlung.

Für diesen Erfolg haben wir in kürzester Zeit Einiges auf die Beine gestellt. Am 8. August musste unsere Liste stehen. Noch bis zum 6. August haben wir versucht, die Initiatoren der zweiten Arbeitnehmerliste doch noch mit ins Boot zu holen und so die Urwahl zu verhindern. Trotz mehrfacher Anläufe war die andere Seite aber in keiner Weise kompromissbereit – unsere Versuche vergeblich. Also hieß es, innerhalb von zwei Tagen die Unterstützerunterschriften für unsere Liste zu sammeln und die Liste beim Wahlleiter einzureichen.

Von Null auf gleich haben wir – DGB, DGB-Region, die Gewerkschaften und das Kolpingwerk – dann eine Kampagne gestartet. Das hieß: Infomaterial erstellen, mit einer Homepage online gehen und die Wahlberechtigten erreichen – alle im Handwerk Beschäftigten im Kammerbezirk Magdeburg, immerhin 68 000 ArbeitnehmerInnen. Das bedeutete für uns: informieren, informieren, informieren – am besten mit direkter Ansprache.

Einen Schwerpunkt haben wir auf Unternehmen mit Betriebsrat gelegt. Die Betriebsräte, direkt gewählt von den Belegschaften, waren eine echte Unterstützung. Darüber hinaus haben wir jede Möglichkeit genutzt, mit Beschäftigten in Kontakt zu kommen. Wir haben etwa Schornsteinfeger als „Multiplikatoren" eingesetzt, denn die kommen in ihren „Kehrbezirken" auch bei vielen Handwerksbetrieben vorbei. Außerdem haben die Kandidatinnen und Kandidaten auf unserer Liste in ihren Betrieben und in ihrem Umfeld viele Stimmen gezogen – wen man persönlich kennt, den wählt man auch eher. Wir haben mit der persönlichen Ansprache viele neue Kontakte zu Beschäftigten geknüpft.

Das klare Wahlergebnis hat gezeigt: DGB und Gewerkschaften sind auch in einem Bereich wie dem Handwerk – mit Klein- und Kleinstbetrieben – gemeinsam handlungs- und kampagnenfähig und können Urwahlen gewinnen. Ein wichtiges Signal. Denn 2009 finden in 32 weiteren Kammerbezirken Wahlen statt. Wir gehen davon aus, dass unser Erfolg in Magdeburg gezeigt hat: Die traditionelle Friedenswahl ist für alle die bessere Alternative.

MEINUNG

Internationale Finanzkrise

Kein Sozialismus für Spekulanten

Die Finanzmärkte werden von einem Erdbeben erschüttert. Die Börsen taumeln. Das Geschäftsmodell des Investmentbanking wurde begraben. Die Schuldenpyramiden der Heuschrecken drohen einzustürzen. Die Ursachen und Konsequenzen beschreibt Dierk Hirschel.

Jetzt läuft die größte Rettungsaktion für Wall Street & Co. Die Notenbanken öffnen alle Schleusen. Aus Fannie, Freedie und AIG werden volkseigene Betriebe. Der oberste US-Kassenwart will für 700 Milliarden US-Dollar den Spekulanten ihre Ramschprodukte abkaufen. Und Berufszocker dürfen nicht mehr auf sinkende Kurse wetten. Um es klar zu sagen: **Wenn der Patient nicht sterben soll, ist dieser Rettungseinsatz alternativlos.** Wenn die Finanzmärkte kollabieren, dann erwischt es am Ende auch die Unternehmen und ihre Beschäftigten. Eine lange globale Rezession wäre die Folge.

Diese Krise ist nicht auf die USA beschränkt. Deutsche Großbanken handelten eifrig mit dem Giftmüll aus dem US-Häusermarkt. Am Ende hatten bekanntlich die öffentlichen Landesbanken den schwarzen Peter. Völlig unklar ist, wie viel Giftmüll noch in den Kellern von Deutscher Bank, Commerzbank & Co lagert. **Grund zur Entwarnung gibt es also nicht.**

Angela Merkel und Peer Steinbrück schieben die Schuld dem atlantischen Bruder zu und rufen nach Konsequenzen. Überzeugend klingt das nicht. Noch vor wenigen Monaten sang unsere politische Elite das Hohelied auf innovative Finanzmarktprodukte und -investoren. Der unregulierte Kreditderivatenhandel und das Schattenbankensystem konnten sich auch hier ungehindert ausbreiten. Veräußerungsgewinne waren plötzlich steuerfrei. Leerverkäufe, Aktienoptions- und Aktienrückkaufprogramme wurden im großen Stil legalisiert, Hedge- und Private-Equity-Fonds steuerlich gepflegt. All das war nationale Politik. Merkel und Steinbrück fordern folglich **einen Kurswechsel ihrer eigenen Politik.** Bravo, Bravissimo! Wir nehmen euch beim Wort.

Das aktuelle Erdbeben ist das Produkt von drei Jahrzehnten Deregulierung. Ein durchlöchertes Regelwerk und eine schlafende Aufsicht haben die Märkte versagen lassen. Jetzt geht es darum, die Lehren aus der Krise zu ziehen. Erstens muss das chronische Marktversagen durch ein besseres Regelwerk eingedämmt werden. Und zweitens **dürfen die Verluste der Finanzmarktakteure nicht sozialisiert werden.**

Um Letzteres zu garantieren, muss die europäische Finanzmarktbranche aus eigenen Mitteln einen Haftungsverbund finanzieren. Vorbild eines solchen Stabilitäts- und Sicherheitsfonds könnte der aktuell eingerichtete Nothilfefonds von Großbanken wie JP Morgan, Goldman Sachs, UBS & Co sein. Ein solcher Fonds würde von Liquiditätsengpässen bedrohten Banken unter die Arme greifen. Damit haften die Banken für ihr Verhalten – und nicht die Steuerzahler. Darüber hinaus gehende öffentliche Subventionen darf es nur gegen Eigentumsrechte geben. Im Fall der Hypo-Real-Estate wurde dieses Prinzip wieder einmal auf eklatante Weise verletzt. Des Weiteren **muss die Finanzwelt für den aktuellen Rettungseinsatz bezahlen.** Über eine europäische Finanztransaktionssteuer sollten Wertpapier- und Devisenkäufe zukünftig mit 0,01 Prozent besteuert werden.



Dierk Hirschel, 37, ist Chefökonom und Leiter des Bereichs Wirtschafts- und Steuerpolitik beim DGB-Bundesvorstand.

Aber auch die individuelle Haftung muss neu geregelt werden. Für Verträge, die es Managern ermöglichen, Millionen zu verzocken und anschließend dank einer Vollkaskoversicherung weich zu fallen, darf kein Platz mehr sein. Das Mindeste ist eine Eigenbeteiligung am selbst verursachten Schaden in Höhe eines Jahresgehaltes.

Neben der Lösung dieser offenen Haftungsfragen, bedarf es eines vorbeugenden Regelwerkes. Eine verbesserte Bankenregulierung kann die laxe Kreditvergabe einschränken. **Wir brauchen einen TÜV für Finanzmarktprodukte.** Kreditderivate sollten nur noch auf regulierten Terminbörsen gehandelt werden. Hedge- und Private-Equity-Fonds müssen an die kurze Leine. Wer an diese Finanzinvestoren Kredite vergibt, muss zukünftig mehr Eigenkapital unterlegen.

Die Frühwarnsysteme müssen gründlich renoviert werden. Eine „Schufa für Banken" in Form eines internationalen Kreditregisters würde die frühzeitige Risikoerkennung erleichtern. Rating-Agenturen sollten einem Zulassungsverfahren und einer öffentlichen Qualitätskontrolle unterzogen werden. Besser noch wäre eine öffentliche europäische Ratingagentur. **Neue Regeln verhindern noch nicht die Entstehung neuer Krisen.** Sie beugen aber besser vor – und nehmen die Schuldigen in Haftung. •

Zwei schwarze Wochen

- ***17.9.2008:** Der Versicherungskonzern AIG muss von der US-Notenbank mit einem Kreditpaket von 85 Milliarden US-Dollar vor der Pleite bewahrt werden.*
- ***19.9.2008:** Die USA und Großbritannien verbieten angesichts der abstürzenden Börsenkurse „Leerverkäufe" – also „Wetten" auf sinkende Aktienkurse.*
- ***22.9.2008:** Die US-Investmentbanken Goldman Sachs und Morgan Stanley firmieren sich freiwillig in reguläre Geschäftsbanken um und unterwerfen sich so der Kontrolle der US-Aufsichtsbehörden.*
- ***29.9.2008:** Das US-Rettungspaket in Höhe von 700 Milliarden US-Dollar scheitert im Repräsentantenhaus. Bundesregierung und deutsche Banken retten den Hypothekenfinanzierer Hypo Real Estate mit rund 35 Milliarden US-Dollar. Großbritannien stützt den Baufinanzierer Bradford&Bingley mit Milliarden aus dem Haushalt. Die Benelux-Länder retten den Finanzkonzern Fortis mit über 11 Milliarden Euro. Belgien und Frankreich holen weitere 6,4 Milliarden Euro für die Rettung des Immobilienfinanzierers Dexia zusammen.*

Mehr: ***www.einblick.dgb.de***

Londoner Erklärung der europäischen Gewerkschaften zur Finanzmarktkrise: ***www.etuc.org/a/5367***

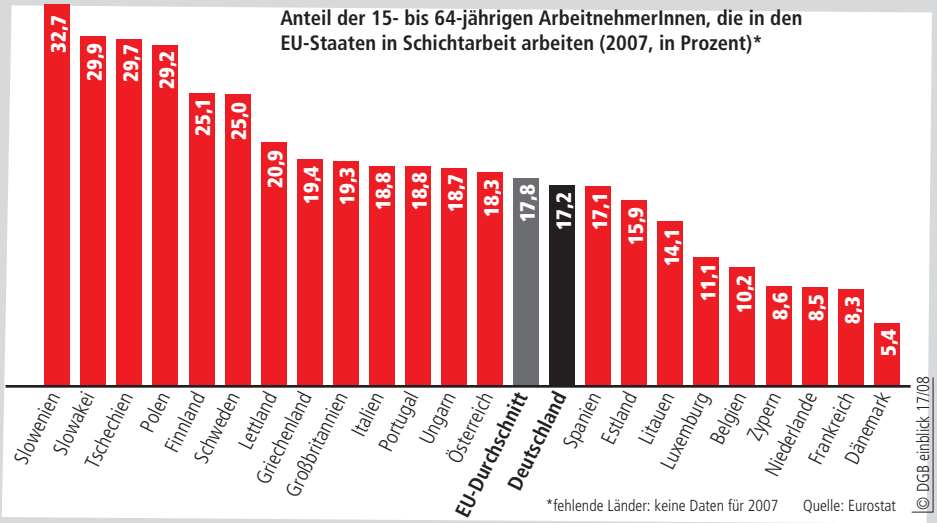
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

SCHICHTARBEIT: Deutschland auf EU-Niveau

Immer wieder rufen die deutschen Arbeitgeber nach einer weiteren Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Dabei ist der Anteil der Beschäftigten mit atypischen Arbeitszeiten seit den 1990er Jahren in Deutschland bereits deutlich angestiegen – von der Nacht- über Wochenend- bis zur Schichtarbeit. Bei der Schichtarbeit etwa liegt Deutschland längst auf EU-Niveau – mit einer deutlich höheren Quote als beispielsweise Frankreich, Spanien, Dänemark oder die Benelux-Staaten.



14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

7.10. Welttag für menschenwürdige Arbeit

8.10. Friedrich-Ebert-Stiftung, Fachtagung „Perspektive Arbeit und Alter – Gesellschaftspolitische Handlungsfelder", Rostock

8./9.10. Heinrich-Böll-Stiftung, Konferenz „Ökologische Marktwirtschaft in Europa und den USA", Berlin

8.-10.10. Humboldt-Universität Berlin, 3. Internationale Konferenz „Corporate Social Responsibility", Berlin

10.-12.10. Bundesweite SchülerInnen-Konferenz für kostenlose und gute Bildung, unterstützt von der GEW, Berlin

11.10. Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung, Demonstration „Freiheit statt Angst" gegen Vorratsdatenspeicherung, Berlin

15.10. DGB NRW und DGB-Bildungswerk, Landespersonalrätekonferenz „Ein Jahr novelliertes Landespersonalvertretungsgesetz – Bilanz und Perspektiven", Herne

15.-17.10. Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz, 30. Internationale Datenschutzkonferenz, Straßburg/Frankreich

15.-18.10. Internationale Fachmesse und Kongress REHACARE für Menschen mit Behinderung und Pflegebedarf, Düsseldorf

16.10. DGB-Bildungswerk, DGB NRW, IG Metall u.a., Tagesseminar „Die Gestaltung von behindertengerechten Arbeitsplätzen und Barrierefreiheit im Betrieb – Möglichkeiten für Schwerbehindertenvertretungen und Betriebs- und Personalräte" im Rahmen der REHACARE, Düsseldorf

16.10. Welternährungstag

17./18.10. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und Osteuropa-Institut Regensburg, Tagung „Mehr oder mehr gute Arbeit? Erfahrungen in anderen Ländern und Konsequenzen für Deutschland", Tutzing (Bayern)

20./21.10. DGB Berlin-Brandenburg, Workshop „Gute Arbeit als Kriterium für öffentliche Auftragsvergabe und europäische Strukturfonds?" im Rahmen des Projekts „Oderregion – Raum für das europäische Sozialmodell?", Stettin/Polen

20.-22.10. ver.di-innotec, Seminar „Verhandeln mit Profil – Erfolgreiche Verhandlungsführung in der BR-Arbeit", Randersacker (Bayern)

20.-24.10. NGG, 15. Ordentlicher Gewerkschaftstag, Berlin

personalien

••• ***Michael Lessmann,*** 51, zuvor Bezirkssekretär beim IG Metall-Bezirk NRW, ist seit dem 15. September Funktionsbereichsleiter Mitglieder und Kampagnen beim IG Metall Vorstand in Frankfurt/Main.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Sebastian Henneke, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Weil sie tatsächlich die Lüge aufrecht erhält, dass auch die bayerischen Alpen ihretwegen gefaltet wurden."

Der Kabarettist Dieter Hildebrandt einen Tag nach der bayerischen Landtagswahl im Interview mit Deutschlandradio Kultur auf die Frage, warum die CSU angeblich immer noch am besten die „bayerische Seele" verkörpere.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 20.10.2008 18/08

DGB

inhalt

Seite 3
Wandel gestalten
Der demografische Wandel birgt eine Menge Herausforderungen. Die Gewerkschaften zeigen, wie er sich tarifpolitisch gestalten lässt

Seite 5
Zukunft gestalten
Im Oktober steht der Gewerkschaftstag der NGG an. Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg spricht im einblick-Interview über Ziele, Schwerpunkte und Erfolge der Gewerkschaft

Seite 7
Europa gestalten
Einen Vorrang für soziale Grundrechte in der Europäischen Union fordert der DGB-Vorsitzende Michael Sommer

Jugendarbeitslosigkeit

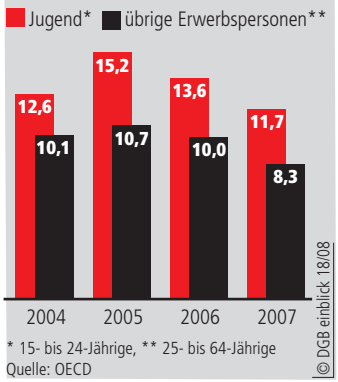
Die Tücken der Statistik

Jugendliche, die einen Ausbildungsplatz suchen, haben keine Arbeit, sind aber dennoch nicht arbeitslos. Das ist eines der auf den ersten Blick kuriosen Ergebnisse einer Untersuchung des Bereichs Arbeitsmarktpolitik des DGB: Die gewerkschaftlichen Arbeitsmarktexperten haben die Daten der Bundesagentur für Arbeit (BA) zur Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland unter die Lupe genommen.

Ein Fazit der Studie: Das wahre Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit wird unterschätzt. Während in internationalen Statistiken – etwa von Eurostat oder der OECD – die Arbeitslosenquote junger Menschen in Deutschland meist über dem Durchschnitt liegt, lag sie in den BA-Statistiken in den vergangenen Jahren in der Regel darunter. Der Grund ist einfach: unterschiedliche Kriterien dafür, welche jungen Menschen als arbeitslos erfasst werden. Denn bei der BA werden Jugendliche, die auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz sind, nicht als Arbeitslose in der Statistik geführt – sofern sie nicht zeitgleich zur Ausbildungssuche auch noch eine Arbeitsstelle suchen. Bei internationalen Statistiken ist das meist anders.

Jugendarbeitslosigkeit höher

Jugendarbeitslosenquote und Arbeitslosenquote übriger Erwerbspersonen in Deutschland (in Prozent)



Anders als in den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) liegt die deutsche Jugendarbeitslosenquote bei internationalen Statistiken meist über der Quote der übrigen Erwerbspersonen – wie beispielsweise die Daten des OECD-Berichts „Employment Outlook" zeigen

Ein weiteres Ergebnis: Jüngere haben ein doppelt so hohes Risiko, arbeitslos zu werden, als ältere Erwerbspersonen. Gleichzeitig dauert die Arbeitslosigkeit bei Jüngeren meist kürzer. „Der Arbeitsmarkt für Jüngere ist viel mehr in Bewegung", so das Resümee der DGB-Studie. Diese Bewegung geht allerdings in eine ungünstige Richtung. Zwar sinken die Arbeitslosenzahlen Jüngerer. Trotzdem gibt es 2008 im Vergleich zum Vorjahr bisher mehr „Zugänge" in Arbeitslosigkeit von zuvor Erwerbstätigen und gleichzeitig weniger arbeitslose Jüngere, die in eine Erwerbstätigkeit wechseln. Das könne ein erstes Anzeichen dafür sein, „dass sich die eintrübende Konjunktur bereits auf dem Arbeitsmarkt für Jüngere bemerkbar macht", heißt es in der Studie.

Auch die aktuelle Situation auf dem Ausbildungsmarkt scheint nicht dazu beitragen zu können, diesen Trend umzukehren. Die Mitte Oktober vorgestellten aktuellen Ausbildungszahlen seien ein positives Zeichen, aber noch kein Grund zur Entwarnung, erklärt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. Das Plus von 10 400 betrieblichen Ausbildungsplätzen bedeute nicht, dass die Ausbildungsproblematik generell gelöst sei. Und auch bei den Ausbildungszahlen lässt sich die Statistik offensichtlich schöner rechnen, als sie eigentlich ist: Denn vergleicht man die Bewerberzahlen mit den betrieblichen Ausbildungszahlen – ohne ausbildungsvorbereitende Maßnahmen – bleibt eine Lücke an betrieblichen Ausbildungsplätzen von rund 190 000. Die offizielle Statistik zählt hingegen lediglich 14 500 „unversorgte" BewerberInnen. •

plusminusBERLIN

+ *Omid Nouripour, Bündnis90/Grüne, fordert eine deutliche Aufstockung der finanziellen Mittel für Integrationskurse. „Wir wollen, dass die Integrationskurse eine solide Ausstattung erhalten, damit Integration in diesem Land nicht am Unwillen der Bundesregierung scheitert."*

– *Wolfgang Clement (SPD), Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit a.D., bezeichnet die verlängerte Bezugsdauer des ALG I für Ältere als den „größten Sündenfall" der großen Koalition. Die Verlängerung fördere die „Vorruhestandsmentalität" – besonders in kleinen Unternehmen.*

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.bundestag.de/petition
Neue Möglichkeit, Petitionen auch online an den Bundestag zu richten

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
„Arbeitsmarkt aktuell" vom DGB: Jugendarbeitslosigkeit wird unterschätzt

IGB

Scharfe Kritik an Weltbank

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) und die globalen Gewerkschaftsverbände, die „Global Unions", haben den jährlich erscheinenden Bericht der Weltbank „Doing Business 2008" scharf kritisiert. Der Grund: In dem Bericht werden zum wiederholten Male Länder mit Spitzennoten ausgezeichnet, die die Rechte von ArbeitnehmerInnen massiv missachten. IGB-Generalsekretär Guy Ryder erklärte dazu: „Doing Business 2008 vergibt bessere Noten für die ‚Beschäftigung von Arbeitnehmern' an Afghanistan, Georgien, Haiti, die Mongolei und Papua-Neuguinea, nur weil sie ihre Arbeitsmärkte dereguliert haben, als an wohlhabende Volkswirtschaften mit geringer Arbeitslosigkeit." Damit fördere Doing Business ein äußerst gefährliches Modell für die Reform des Arbeitsmarktes.

Zu Grunde liegt dem Bericht der Weltbank die unbegründete Doktrin, dass Deregulierung – und damit auch der Abbau von Arbeitnehmerrechten – zu einem höheren Wirtschaftswachstum führt. Als „Musterbeispiel" nennt „Doing Business 2008" in diesem Jahr die neuen Arbeitsgesetze in der früheren Sowjetrepublik Georgien. Diese erlaubten es dem Arbeitgeber ohne die Angabe von Gründen ArbeitnehmerInnen zu entlassen. Zudem würden die Gewerkschaften marginalisiert und könnten bei Verdacht, soziale Konflikte zu fördern, verboten werden, so eine IGB-Untersuchung. Auch Kolumbien, China und Saudi-Arabien schneiden bei „Doing Business" wieder gut ab. Ryder forderte die Weltbank auf, das entsprechende Kapitel im Bericht ganz zu streichen. •

EU-Projekt

Der Zauber der Arbeitswelt

Viel Bewegung gibt es auf EU-Ebene derzeit bei Regelungen zu Arbeitsbeziehungen und zu Arbeitsbedingungen – das zeigen nicht zuletzt die Diskussionen und Beschlüsse zur Arbeitszeitrichtlinie und zur Leiharbeit.

Was noch fehlt, ist ein schlüssiges Gesamtkonzept für gute Arbeit in Europa. Einen wichtigen Schritt in diese Richtung macht das EU-Projekt „Zukunft von Arbeitsbeziehungen und Arbeit in Europa" – kurz: ZAUBER. Unterstützt wird das Projekt unter anderem von DGB, von der Hans-Böckler-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung. Nach Workshops in Rom, Düsseldorf, Warschau, Berlin und Wien findet im Rahmen des Projekts vom 13. bis 15. November ein internationaler Kongress zum Thema „Zukunft von Arbeitsbeziehungen und Arbeit in Europa" statt. Auf dem Kongress in Osnabrück treten ExpertInnen aus Wissenschaft, Gewerkschaften und Wirtschaft in den Dialog. Das Ziel: Konkrete Vorschläge zur Zukunft der Arbeit in Europa sollen in eine gemeinsame „Osnabrücker Erklärung" münden. •

www.einblick.dgb.de/links

Flächentarif immer seltener

Anteil der Beschäftigten in der Privatwirtschaft*, die einem Flächentarifvertrag unterliegen, 2000 und 2007 (in Prozent)



*ohne Landwirtschaft und Organisationen ohne Erwerbszweck
Quelle: IAB-Betriebspanel 2000 und 2007

Die Zahl der Beschäftigten, für die ein Flächentarif gilt, sinkt seit Jahren: In Westdeutschland sind es noch 52 Prozent der ArbeitnehmerInnen, in Ostdeutschland gerade einmal 33 Prozent. Das zeigt eine aktuelle Auswertung des Betriebspanels des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Dabei sei die Entwicklung in den Branchen durchaus unterschiedlich: Die höchste (Flächen-)Tarifbindung gibt es in der Bauwirtschaft. In der ostdeutschen Bauwirtschaft ist der Anteil der Beschäftigten mit Flächentarifvertrag seit 2000 sogar minimal gestiegen. Ein Grund: Tarifverträge zu Mindestlohnregeln wurden in der Bauwirtschaft für allgemeinverbindlich erklärt.

Plan zur Finanzkrise

Alternativlos

Der DGB hält den von der Bundesregierung gesetzten Rettungsplan für die Finanzmärkte für richtig. Das Gesetzespaket sei als Notfallmaßnahme aktuell alternativlos, müsse aber durch mittel- und langfristige Reformen ergänzt werden. Außerdem sei der Unternehmenszweck von Banken und Finanzinstituten neu zu bestimmen. •

Die Stellungnahme des DGB im Wortlaut: www.einblick.dgb.de/links

Studie

Grüne Jobs als Chance

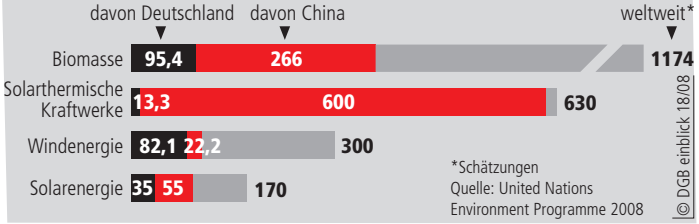
„Grüne Jobs", also Beschäftigung im Umweltschutz und im Bereich der erneuerbaren Energien, bedeuten eine enorme Chance, künftig zwei wichtige Herausforderungen für eine weltweit nachhaltige Entwicklung zu meistern: mehr und bessere Arbeitsplätze sowie „gute Arbeit" weltweit zu schaffen und den Klimawandel in den Griff zu bekommen. Das ist das Fazit einer umfangreichen gemeinsamen Studie des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP), der Internationalen Arbeitsorganisation ILO und des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB).

Zwar habe sich inzwischen bei fast allen Akteuren die Erkenntnis durchgesetzt, dass es negative Beschäftigungseffekte hat, sich nicht mit Umweltschutzproblemen und dem Klimawandel auseinanderzusetzen – etwa durch knapper werdende Ressourcen und die finanziellen Folgen von Umweltkatastrophen. Trotzdem würden immer noch zu wenige Länder in „grüne Jobs" investieren. Zu den „Vorreitern" gehören laut Studie beispielsweise Japan, Deutschland, Brasilien und China. Dabei machen die AutorInnen mit Blick auf Länder wie China auch klar: Der Einstieg in eine „grüne Zukunft" kann nur nachhaltig gelingen, wenn nicht nur mehr, sondern auch gute Arbeitsplätze entstehen: mit einem gerechten Entgelt für Beschäftigte, mit fairer Bezahlung von Kleinbauern und grundlegenden Arbeitnehmer- und Menschenrechten. •

www.einblick.dgb.de/links

Grüne Jobs weltweit

Beschäftigte in ausgewählten Bereichen der erneuerbaren Energien 2006 (in Tausend)



Deutschland und China sind zwei der Vorreiter im Bereich „grüne Jobs" – zumindest was die Zahl der Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien betrifft.

Demografischer Wandel

Tarifpolitik kann Zeichen setzen

Den demografischen Wandel tarifpolitisch positiv gestalten – das ist ein Ziel, das die Gewerkschaften aktiv betreiben. Mit einigem Erfolg, wie etwa der von der IG BCE ausgehandelte Tarifvertrag „Lebensarbeitszeit und Demografie" zeigt.

An den Herausforderungen des demografischen Wandels kommt niemand vorbei. So unterschiedlich die prognostizierten Zahlen und Szenarien auch sind – eines ist klar: die Altersstruktur in der Gesellschaft und vor allem auch in der Arbeitswelt wird sich in den kommenden Jahrzehnten grundlegend wandeln.

Diesen Wandel gilt es zu gestalten – das weiß die Politik ebenso wie Wirtschaft und Gewerkschaften. Trotzdem gehen die einzelnen Akteure am Arbeitsmarkt mit unterschiedlich großem Engagement an die praktische Umsetzung dieser Erkenntnis. Die Bundesregierung etwa zögert seit geraumer Zeit eine Neuregelung der geförderten Altersteilzeit hinaus. Und auch beim Schutz der für die Gestaltung der Lebensarbeitszeit so wichtigen Langzeitarbeitskonten ist die große Koalition nach Meinung der Gewerkschaften zu kurz gesprungen. Auch die Arbeitgeber fördern die Beschäftigungsbedingungen Älterer häufig nicht in dem Maß, wie es der demografische Wandel erfordern würde (siehe Grafik).

Schon anders die Gewerkschaften: Seit geraumer Zeit bemühen sie sich nicht nur mit politischer Lobbyarbeit, sondern mit konkreter Tarifpolitik gemeinsam mit den Arbeitgebern, den demografischen Wandel für die Beschäftigten positiv und verträglich zu gestalten.

Zum Beispiel die IG BCE mit dem Tarifvertrag „Lebensarbeitszeit und Demografie". Der in diesem Jahr mit dem Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) abgeschlossene Vertrag umfasst Regelungen zu praktisch allen Themen, die mit Blick auf die künftigen Altersstrukturen der Belegschaften von Bedeutung sind: alters- und alternsgerechte Arbeitsorganisation, Qualifizierung, Gesundheitsförderung, Altersteilzeit, Langzeitkonten, betriebliche Altersvorsorge, Teilrenten und Berufsunfähigkeit – branchenweit.

Anfang Oktober haben sich die Sozialpartner der Chemiebranche jetzt an die praktische Umsetzung der Tarifregelungen gemacht: Auf einer Fachtagung am 8. und 9. Oktober in Berlin stellten IG BCE und BAVC Betriebsräten und UnternehmensvertreterInnen gemeinsame Erläuterungen zu den einzelnen Bestandteilen des Vertragswerks vor. Denn die „Umsetzung aus einem Guss" bezieht vor allem die Akteure der betrieblichen Mitbestimmung mit ein: Noch in diesem Jahr sollen die Betriebsparteien für ihr Unternehmen die Altersstruktur und den Qualifikationsbedarf genau analysieren – das ist im Tarifvertrag festgelegt. Danach werden unter anderem so genannte „Demografiefonds" auf betrieblicher Ebene eingerichtet – über die Verwendung der Mittel entscheiden Betriebsräte und Arbeitgeber gemeinsam. Dabei soll es möglich sein, die im Tarifvertrag vorgesehenen Instrumente zu kombinieren.

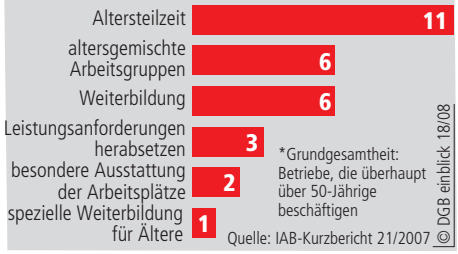
„Uns ist es gelungen, eine Beschäftigungsbrücke zwischen Jung und Alt zu bauen", erklärte der stellvertretende IG BCE-Vorsitzende Ulrich Freese auf der gemeinsamen Fachtagung. Jetzt müssten aus den im Tarifvertrag formulierten Ansprüchen „erfahrbare Regelungen werden". Auch BAVC-Präsident Eggert Voscherau ist zuversichtlich, dass die Sozialpartner „den demografischen Wandel mit der neuen ‚Chemie-Formel' gemeinsam gestalten können".

Unterstützung für den Tarifvertrag „Lebensarbeitszeit und Demografie" kam auf der Fachtagung auch von der Politik. Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) erklärte, die Tarifpartner hätten „Trends gesetzt, um die moderne Arbeitswelt zu gestalten". Der Umgang mit dem demografischen Wandel sei „wesentlich für nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg", so Scholz.

Wie hoch die Chance ist, dass etwa bei der 2009 auslaufenden Regelung zur geförderten Altersteilzeit auch die Bundesregierung diesen Umgang mit dem demografischen Wandel mitgestalten wird, ließ Scholz dabei weitgehend offen. Die Perspektive für eine weitere Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit sei „nicht groß". Dazu fehle das, was in einer Demokratie unbedingt notwendig sei, so Scholz: „Derzeit gibt es dafür keine Gesetzgebungsmehrheit." •

Potenzial selten gefördert

Anteil der Betriebe*, die betriebliche Maßnahmen für über 50-Jährige anbieten (in Prozent)



Den demografischen Wandel zu gestalten, heißt auch, die Potenziale Älterer zu fördern und zu nutzen sowie einen verträglichen Ausstieg aus dem Erwerbsleben zu ermöglichen. Noch ist diese Botschaft nicht bei allen Arbeitgebern gleichermaßen angekommen. Nur knapp jeder zehnte Betrieb, der über 50-Jährige beschäftigt, bietet Möglichkeiten zur Altersteilzeit. Bei anderen betrieblichen Maßnahmen für Ältere ist die Quote noch niedriger.

Aktiv und erfolgreich

Nicht nur die IG BCE, alle DGB-Gewerkschaften können tarifpolitische Erfolge bei der Gestaltung des demografischen Wandels vorweisen.

Ein weiteres aktuelles Beispiel: Erst kürzlich hatte die IG Metall mit den neuen Regelungen zur Altersteilzeit in der Metall- und Elektroindustrie einen „arbeitspolitischen Meilenstein" gesetzt, wie der 1. Vorsitzende der Gewerkschaft, Berthold Huber, gegenüber einblick erklärte (einblick 16/2008).

Allein ein Blick ins WSI-Tarifarchiv zeigt das tarifpolitische Engagement aller Gewerkschaften: Dutzende Tarifverträge zur Altersteilzeit und zu Arbeitszeitkonten – in fast allen Branchen, für alle Landesteile.

einblick hat eine Linksammlung zum Thema zusammengestellt:
www.einblick.dgb.de/links

PROJEKTE UND PARTNER

WSI-Herbstforum

Renaissance des Staates

Das Dogma wirtschaftsliberaler Kräfte „Der Markt wird's schon regeln" hat ausgedient – nicht nur die aktuelle Krise an den Finanzmärkten zeigt das. Auch der jahrelang proklamierte Rückzug des Staates aus der Wirtschaft und aus dem Arbeitsmarkt hat nachweislich schwerwiegende Folgen für viele BürgerInnen. Das diesjährige Herbstforum des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung widmet sich darum am 27. und 28. November dem Thema „Rückkehr des Staates – Öffentliche Verantwortung für Wirtschaft und Beschäftigung". In drei Themenpanels diskutieren ExpertInnen die Zukunft der öffentlichen Investitionen, die Perspektiven der öffentlichen Wirtschaftsförderung und der Daseinsvorsorge. •

www.einblick.dgb.de/links

Tagung

Big Boss watching

Einige Arbeitgeber scheinen keine Hemmungen mehr zu kennen – immer mehr Bespitzelungsfälle in der Wirtschaft werden bekannt: ob die Beschattung von Betriebsräten bei Siemens, die gezielte Überwachung von MitarbeiterInnen bei Lidl oder der Abhörskandal von ArbeitnehmervertreterInnen im Aufsichtsrat der Telekom. Auf politischer Ebene hat sich allerdings wenig getan. DGB und ver.di wollen mit der Tagung „Arbeitnehmerdatenschutz – jetzt gesetzlich regeln" am 13. November in Berlin auf den unzureichenden Schutz von ArbeitnehmerInnen hinweisen und Impulse für die Politik geben. •

www.einblick.dgb.de/links

Fachtagung

Vereinbarkeit konkret

DGB und Gewerkschaften sind sich einig: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein zentrales Zukunftsthema. Um die gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, veranstaltet der DGB am 11. November in Berlin eine Fachtagung zum Thema. Eröffnet wird die Tagung vom DGB-Vorsitzenden Michael Sommer und von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU). In Themenblöcken präsentieren ExpertInnen familienpolitische Möglichkeiten und Erfolge aus der Bildungs- und Jugendarbeit und Beispiele guter Praxis aus betrieblichen Maßnahmen. •

www.einblick.dgb.de/links

neue**Bücher**

Den Finger in eine „klaffende Wunde" der deutschen Gesellschaft legt das Buch *„Kein Vaterland, nirgends"* von Birand Bingül: „Wir produzieren immer mehr Verlierer", lautet die Ausgangsthese des Tagesschau-Korrespondenten. Fünf Millionen Menschen seien in den letzten Jahren aus der Mitte der Gesellschaft abgestiegen. Mit eindrucksvollen Zahlen belegt Bingül die zunehmende Spaltung und erklärt anschaulich die soziologischen Hintergründe. Er fordert die Politik auf, den Ankündigungen einer Bildungsreform endlich Taten folgen zu lassen – und das mit Recht. Doch seine Gesamtanalyse macht es schwer, dass Buch als Wegweiser aus der Krise zu sehen. Bingüls Rat: Eine neue deutsche Identität muss her. Und das wirkt bei aller Prägnanz seines Buchs nebulös: eine gängige Antwort derjenigen, denen im Angesicht der gesellschaftlichen Erosion sonst nicht mehr viel einfällt.

Birand Bingül: Kein Vaterland, nirgends. Droemer Knaur Verlag, München 2008, 240 Seiten, 16,95 Euro.

„Geiz ist geil" – einige Werbeslogans haben sich in den letzten Jahren bis zur Unerträglichkeit ins kollektive Bewusstsein gegraben. Kein Mensch kommt im Alltag an Konsumanreizen vorbei. Wolfgang Königs Buch *„Die Kleine Geschichte der Konsumgesellschaft"* kommt deshalb gelegen, um sich über die historische Genese der modernen Konsumgesellschaft einen fundierten Überblick zu verschaffen. Von den Ursprüngen bis zu den Entwicklungen im 20. Jahrhundert beleuchtet der Autor die Evolution des Konsums. Fazit: Ein gutes Buch, um eigene Konsumgelüste zu reflektieren.

Wolfgang König: Kleine Geschichte der Konsumgesellschaft – Konsum als Lebensform der Moderne. Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2008, 294 Seiten, 24,90 Euro.

Hans-Böckler-Stiftung

Deutscher Gender-Index

Ein Blick auf eine „Gleichstellungslandkarte": Landkreis X ist grün eingefärbt und hat viele gleichstellungsfördernde Maßnahmen umgesetzt, Landkreis Y ist tief rot – Gleichstellung scheint hier ein Fremdwort zu sein. In Schweden ist das mit dem so genannten „JämIndex" längst Realität – und bald auch für Deutschland: Die Hans-Böckler-Stiftung stellt auf einer Tagung am 3. November in Berlin gemeinsam mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung den deutschen „Gender-Index" vor, der die regionalen Lebensverhältnisse von Frauen und Männern anhand ausgewiesener Indikatoren beschreibt. •

www.einblick.dgb.de/links

Migration

Nachzug von Familien

Bei der Novellierung des Zuwanderungsgesetzes hat sich auch für den „Nachzug" von Familien in Deutschland lebender AusländerInnen einiges geändert. Der „Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.", Kooperationspartner des DGB in der Migrationspolitik, hat dazu eine Broschüre herausgegeben. Sie beschreibt „Erfahrungen mit der Verschärfung beim Ehegattennachzug". Die Berichte von Betroffenen und Beratungsstellen zeigen, was beim Familiennachzug noch im Argen liegt. •

Bestellung: www.einblick.dgb.de/links

interregio

Der ***DGB-Bezirk Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt*** lädt am 31. Oktober zur ***Fachtagung*** des Hochschulpolitischen Arbeitskreises (HOPOAK) nach Hannover ein. Unter dem Titel „Qualität der Lehre" diskutieren ExpertInnen, GewerkschafterInnen und Betroffene die Zukunft der Lehre an den Universitäten.

www.niedersachsen.dgb.de

Der ***DGB Hamburg*** hat eine ***energiepolitische Grundsatzerklärung*** „Energiepolitik für Hamburg" vorgestellt. Darin wird eine Konzentration auf die Wind- und Sonnenenergie gefordert, um deren Anteil an der Stromerzeugung möglichst schnell zu erhöhen. Mehr energiepolitische Anstrengungen in der Hansestadt könnten zu nachhaltigen Innovationen führen und so Arbeitsplätze schaffen.

www.dgb-hamburg.de/info-tipps.php

NGG-Gewerkschaftstag

Impulse geben

Auf ihrem Gewerkschaftstag in Berlin will die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) wichtige Weichen stellen: vom Mindestlohn bis zur Mitgliedergewinnung. Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg im einblick-Interview.

■ Auf einem Gewerkschaftstag wird immer auch zurückgeblickt auf die Arbeit und die Erfolge der vergangenen Jahre – zum Beispiel eure gemeinsam mit ver.di gestartete Mindestlohn-Initiative. Wie lautet dein Resümee und wie geht es weiter?

■ *Ich wage die Behauptung, dass die gemeinsame Initiative Mindestlohn von ver.di und NGG – die jetzt glücklicherweise vom gesamten DGB übernommen worden ist und getragen wird – die erfolgreichste Kampagne der deutschen Gewerkschaftsbewegung der letzten Jahre ist.*
Vor drei Jahren war es noch neoliberaler Mainstream zu sagen: Wir müssen neue Arbeit schaffen, egal zu welchem Preis. Durch die Aktivitäten vieler Kolleginnen und Kollegen vor Ort haben wir einen echten Stimmungsumschwung herbeiführen können. Und Meinungsumfragen – egal von welchem Institut – zeigen: Wir haben eine Zustimmung zum Mindestlohn von 70 bis 80 Prozent – quer durch alle Bevölkerungsgruppen.
Deshalb glaube ich, dass wir gut beraten sind, wenn wir diese Mindestlohn-Initiative noch einmal sehr kraftvoll zuspitzen – auch im Hinblick auf die Wahlen im nächsten Jahr. Zumindest zwischen ver.di und uns gilt die Verabredung, dass wir das im nächsten Jahr tun werden.

■ Du hast die kommenden Wahlen bereits angesprochen – euer Gewerkschaftstag liegt am Beginn eines „Superwahljahres". Welches Signal wird von diesem Gewerkschaftstag an die Politik ausgehen?

■ *Sicherlich die Forderung, sich wieder mehr den Menschen zuzuwenden. Für uns hat im „Superwahljahr" neben der Bundestagswahl und den Landtagswahlen vor allem die Europawahl eine ganz besondere Bedeutung. Denn – machen wir uns nichts vor – Europa läuft Gefahr, nicht mehr ernst genommen zu werden. Auf die Ängste der Menschen gibt es keine befriedigenden Antworten.*
Die Bürgerinnen und Bürger nehmen Europa wahr als ein Europa des Kapitals, als ein Europa der Finanzmärkte, als ein Europa der Wirtschaft – nur das Soziale kommt absolut zu kurz. Die Politik muss deshalb begreifen: Der Mensch steht im Mittelpunkt.

■ Wie läuft für die NGG die sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Arbeitgeberverbänden?

■ *Manchmal ist es so, dass Zusammenarbeit in Sonntagsreden beschworen wird – und von Montag bis Samstag sieht die Realität dann ein wenig anders aus. Es gibt nach wie vor Arbeitgeber, die den Wunschtraum haben, dass wir die Arbeitszeiten verlängern – und das am besten noch zum Nulltarif. Diese Wunschträume werden wir nicht erfüllen. Deutschland ist Exportweltmeister, Deutschland ist Flexibilisierungsweltmeister, was die Arbeitszeit angeht – da sind wir sehr kreativ, darüber können wir mit den Arbeitgebern gerne reden. Aber eine Arbeitszeitverlängerung machen wir nicht mit.*
Das ist die eine Seite der Medaille. Aber natürlich gibt es auch gute Zusammenarbeit. Wir können stolz darauf sein, bei der tariflichen Altersvorsorge eine ganze Menge an positiven Regelungen geschaffen zu haben – mit verbindlichen Arbeitgeberbeiträgen. Das funktioniert noch nicht in allen Branchen so, wie wir uns das vorstellen. Aber unterm Strich sind das sehr positive Entwicklungen.

■ Wie sieht es bei eurer Mitgliederentwicklung aus? Welche Instrumente der Mitgliederwerbung und -bindung haben sich bewährt, wie wird es in Zukunft aussehen?

■ *Richtig ist zunächst einmal – das müssen wir leider eingestehen – dass unsere Mitgliederentwicklung der letzten fünf Jahre unterm Strich negativ ist. Wenn man die Zahlen aber differenzierter betrachtet, zeigen sich sehr positive Trends. Wir*



Franz-Josef Möllenberg, 55, ist seit 1992 Vorsitzender der NGG.

haben bei den erwerbstätigen Mitgliedern unseren Stand praktisch halten können. Wir haben darüber hinaus in Branchen wie dem Hotel- und Gastgewerbe oder dem Bäckerhandwerk tatsächlich ein Netto-Plus an Mitgliedern.
Mir ist deshalb überhaupt nicht angst und bange. Wir machen in vielen Regionen und Landesbezirken die Erfahrung, dass eine Trendwende möglich ist. Der entscheidende Dreh- und Angelpunkt ist, uns auf die eigene Kraft zu besinnen. Wir müssen klar machen: „Kolleginnen und Kollegen – wir haben es in der Hand." Da wird der Gewerkschaftstag zusätzliche Impulse geben.

■ Eure Beitragseinnahmen konntet ihr zuletzt erstmals wieder steigern.

■ *Das stimmt. Geld ist wichtig. Geld brauchen wir, um die Betreuung von Mitgliedern und Aktivitäten finanzieren zu können und um durchsetzungsfähig zu sein, um Arbeitskämpfe führen zu können. Aber wir brauchen nicht nur Geld, wir brauchen vor allem Mitglieder. Wir brauchen beides. Handlungsfähigkeit und Durchsetzungsfähigkeit können wir nur verbessern, wenn wir mehr Mitglieder und mehr Beitragseinnahmen haben.* ●

Zukunft gestalten

Unter dem Motto „Zukunft gestalten – Gerechtigkeit schaffen!" findet vom 20. bis 24. Oktober der 15. ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) in Berlin statt.

Die Delegierten erwartet ein volles Programm: Über insgesamt 170 Anträge wird der Gewerkschaftstag abstimmen – unter anderem zur Sozialpolitik, zur Wirtschafts- und Steuerpolitik sowie zur Tarifpolitik.

Ein zentrales Anliegen der NGG: die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. „Dort, wo wegen der Verweigerungshaltung der Arbeitgeber das Tarifsystem an seine Grenzen kommt", müsse der Staat gegen Armutslöhne handeln, heißt es im Antrag des Hauptvorstands zum Mindestlohn. Zu Beginn müsse der gesetzliche Mindestlohn 7,50 Euro pro Stunde betragen. Danach müsse er dynamisiert werden und „schnell auf zumindest 9 Euro pro Stunde erhöht werden", so der Antrag.

Auch der Geschäftsführende Hauptvorstand der Gewerkschaft wird neu gewählt.

www.ngg.net/ngg_kongress/

Langfassung des Interviews:
www.einblick.dgb.de

kurz&bündig

Die IG Metall bietet einen besonderen Download anlässlich der aktuellen Tarifrunde an. Die Rapper Torben und Wojna aus Duisburg, beide Gewerkschafter, fordern mehr Verteilungsgerechtigkeit und bekräftigen in ihrem Song „Es geht um mehr". Download des Songs und Klingeltons unter:
www.metall-tarifrunde-2008.de

Der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg bezweifelt die Wirksamkeit von Fahrverboten als Sanktion zur Bekämpfung von Steuerdelikten und Volksverhetzung. Richtig seien vielmehr hohe Geld- und Haftstrafen. Hintergrund: eine entsprechende Bundesratsinitiative von Hamburg.

TRANSNET begrüßt die Verschiebung des geplanten Börsengangs der Mobility & Logistics AG. Der Bund sei jetzt in der Pflicht. Er müsse „sein Unternehmen weiter unterstützen – auch finanziell". Gelder, die die Bahn benötigt, müsse der Bund auch weiterhin zur Verfügung stellen.

Der ver.di-Fachbereich 13 „Besondere Dienstleistungen" und das Netz der Technologieberatungsstellen im DGB (TBS-Netz) bieten im Rahmen ihrer Kampagne „Soziale Standards in Call Centern" Themenblätter, Seminare und gemeinsame Aktivitäten für und mit Beschäftigten an.
www.besondere-dienste.verdi.de/callcenter/mindeststandards

Sozialwahl in Luxemburg

Grenzgänger an die Urne

Am 12. November 2008 stehen in Luxemburg Sozialwahlen für die Arbeitnehmerkammer an. Das betrifft auch über 30 000 Deutsche, die täglich in das Nachbarland pendeln, um dort zu arbeiten. Der DGB ruft gemeinsam mit dem luxemburgischen Gewerkschaftsbund OGBL die deutschen GrenzpendlerInnen zur Teilnahme an der Wahl auf. Die Luxemburger Arbeitnehmerkammer vertritt rund 400 000 Beschäftigte und RenterInnen im Großherzogtum, muss bei Gesetzesvorhaben angehört werden und kann eigene Initiativen ins Parlament einbringen. Neben den GrenzpendlerInnen können auch RentnerInnen an der Wahl teilnehmen, die vormals in Luxemburg gearbeitet haben. 2003 beteiligten sich fast 70 Prozent der Beschäftigten an der Luxemburger Sozialwahl, allerdings nahmen gerade einmal 15 Prozent der Grenzpendler teil.

Gerade erschienen ist außerdem der „Ratgeber für Grenzgänger – Deutschland Luxemburg", herausgegeben von der Arbeitskammer des Saarlandes. Der Ratgeber kostet sechs Euro zuzüglich Porto. •

Arbeitskammer des Saarlandes
Abteilung Öffentlichkeitsarbeit
Fritz-Dobitsch-Str. 6-8, 66111 Saarbrücken

Initiative

Handeln statt Wegsehen

Ganz konkret in der Arbeitswelt, vor Ort in den Betrieben gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus vorzugehen – das ist das Ziel der Initiative „Handeln statt Wegsehen" in Berlin. Ein gemeinsames Projekt der Sozialpartner: Neben den Initiatoren – dem DGB Berlin-Brandenburg, dem ver.di-Bezirk Berlin und dem Handelsverband Berlin-Brandenburg – unterstützen auch die IHK und die Handwerkskammer Berlin die Initiative.

In Kooperation mit der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin" sollen kleine und mittlere Betriebe sowie Berufsschulen über Info- und Unterrichtsmaterial sowie mit unbürokratisch und schnell organisierten Workshops konkrete Hilfe bekommen, um sich mit der Problematik (rechts-)extremer Denkmuster auseinanderzusetzen. •

www.handeln-statt-wegsehen.de

Film

Der Weg des Geldes

Den „Film zur Finanzmarktkrise" nennen ihn bereits einige Feuilletons. Und das neue Werk des österreichischen Filmemachers Erwin Wagenhofer könnte tatsächlich kaum zu einem besseren Zeitpunkt in die Kinos kommen – auch wenn er schon vor dem aktuellen Erdbeben in der Finanzbranche abgedreht war.

Der vom DGB unterstützte Dokumentarfilm „Let's Make Money" („Lass uns Geld machen", Filmstart: 31. Oktober) fragt, was mit unserem Geld passiert, wenn wir es in unterschiedlichen, teils dubiosen Finanzprodukten anlegen.

„Let's Make Money" zeigt eindrucksvoll und beklemmend, was diese Mentalität weltweit bewirkt. Der Film zeigt beispielsweise, wie US-Konzerne in Ghana nach Gold schürfen und dabei gerade einmal drei Prozent des Umsatzes in dem afrikanischen Staat selbst „hängen bleiben". Von diesem Wert muss Ghana dann noch den Kredit bei der Weltbank für die Erschließung der Goldvorkommen abstottern. Wagenhofers Film lässt auch die Finanzprofis der Bankenwelt selbst zu Wort kommen. Einer von ihnen verrät Wagenhofer eine Redensart der Branche: „Die beste Zeit zu kaufen ist, wenn Blut auf den Straßen klebt." •

www.letsmakemoney.at

Erfahrung und Engagement



Im August hat der DGB die Aktion „Aufsichtsrat des Monats" gestartet. Das Ziel: der Unternehmensmitbestimmung ein Gesicht geben. Jeden Monat wird im Rahmen der Aktion ein Aufsichtsratsmitglied der „Arbeitnehmerbank" porträtiert – anhand eines Fragebogens, der zeigt, wie sie arbeiten, was sie beschäftigt und wie sie über ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat denken. Jetzt geht die Aktion bereits in die dritte Runde.

„Aufsichtsrat des Monats" im Oktober ist **Klaus Schörnich.** Der 55-Jährige ist stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei der Stadtwerke Düsseldorf AG – und



bringt jede Menge Erfahrung für sein Engagement im Interesse der Beschäftigten und des Unternehmens mit: Seit 1981 ist der gelernte Handwerker im Betriebsrat des Unternehmens aktiv, inzwischen als Betriebsratsvorsitzender. Neben seinem Mandat im Stadtwerke-Aufsichtsrat ist ver.di-Mitglied Schörnich außerdem Mitglied im Aufsichtsrat bei EnBW.

Das komplette Porträt von Klaus Schörnich ist auf der Aktionsseite online:
www.dgb.de/aufsichtsrat

Europapolitik

Vorrang für soziale Grundrechte



Die europäischen Gewerkschaften fordern eine „soziale Fortschrittsklausel" in den Europäischen Verträgen. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer erklärt den Hintergrund.

Der Prozess der europäischen Integration gerät immer mehr in die Schieflage. Während der Binnenmarkt zunehmend an Konturen gewinnt, ist die soziale Gestaltung der EU ins Stocken geraten. Die EU-Kommission hat sich einem marktliberalen Kurs verschrieben, im Rat setzen sich die Mitgliedstaaten durch, die möglichst niedrige soziale Standards wollen. Die Folge ist: Die Akzeptanz der Menschen für das Projekt Europa schwindet. Das hat zuletzt das Nein der Iren zum Lissabon-Vertrag gezeigt.

Europa befindet sich in einer schweren Legitimitätskrise. Dennoch verändern die europäischen Eliten ihren Kurs nicht. Mit vier Urteilen zur EU-Entsenderichtlinie und zur Dienstleistungsfreiheit – Rüffert, Laval, Viking und EU-Kommission gegen Luxemburg – hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) aus Sicht der Gewerkschaften nun das Fass zum Überlaufen gebracht und **Lohn- und Sozialdumping Tür und Tor geöffnet.** Der EuGH hat in diesen Urteilen zahlreiche nationale Schutzvorschriften für entsandte ArbeitnehmerInnen für europarechtswidrig erklärt, indem er die in der Richtlinie festgelegten Mindest-Schutzrechte in Maximalstandards umgedeutet hat. Damit wird die ursprüngliche Absicht der Richtlinie, Mitgliedstaaten, Unternehmen und Beschäftigte vor unfairem Wettbewerb zu schützen, ins Gegenteil verkehrt.

Diesen Trend in der europäischen Politik nehmen die Gewerkschaften nicht länger hin. Wir sagen: Die Zeit ist **reif für einen radikalen Politikwechsel** hin zu einer sozialeren Politik. Andernfalls droht die Idee eines vereinten Europas großen Schaden zu nehmen. Wir brauchen ein Europa, das für alle BürgerInnen und nicht nur für die Wirtschaft attraktiv ist. Soziale Grundrechte müssen grundsätzlich Vorrang vor den Binnenmarktfreiheiten haben. Ein solcher Vorrang gehört in Form einer „sozialen Fortschrittsklausel" in die europäischen Grundlagenverträge – schnellst möglich. 2009 stehen die nächsten Europawahlen an. Wenn die europäische Politik kein klares Signal setzt , Lohn- und Sozialdumping zu verhindern, dann **wird sie im Juni 2009 die nächste Quittung erhalten** – mit möglicherweise einer noch geringeren Wahlbeteiligung als 2004, mit noch mehr Zulauf für europafeindliche Listen, mit einer Schwächung des Europaparlamentes, der einzigen Institution der EU, die direkt die BürgerInnen Europas vertritt.

Wie eine solche Fortschrittsklausel aussehen könnte, dazu hat der EGB in einem Protokoll zum „Sozialen Fortschritt" Vorschläge gemacht. Neben der Verankerung des Vorrangs der Grundrechte sollte sich die EU nicht nur zu wirtschaftlichem, sondern **auch zu sozialem Fortschritt verpflichten** und definieren, was dazu gehört.

Ein erster Schritt, um diese Vertragsänderung durchzusetzen, könnte eine Protokollerklärung sein, die im Vorfeld des nächsten irischen Referendums aufgenommen wird. Falls das Referendum erfolgreich verläuft, könnte die Klausel dann bei der nächsten Regierungskonferenz als ordentlicher Bestandteil der Verträge beschlossen werden. Damit das Projekt des europäischen „gemeinsamen Hauses" eine Zukunft hat, ist aus Sicht der Gewerkschaften die Fortschrittsklausel die **grundlegende Voraussetzung für weitere Integrationsschritte.**

Die Klausel allein reicht aber nicht aus, um künftig sicherzustellen, dass das Prinzip „Gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort" bei der Entsendung von Arbeitnehmerinnen und -nehmern nicht unterlaufen wird. Dringend notwendig ist auch **eine Revision der Entsenderichtlinie,** um zu verhindern, dass die Richtlinie als reines Binnenmarktinstrument missverstanden wird.

Angesichts der weit reichenden Folgen der EuGH-Urteile für die ArbeitnehmerInnen brauchen wir Gesetzesänderungen und politische Initiativen auf allen Ebenen – in Europa, im Bund und in den Ländern. Der Bundesregierung stünde es gut an, im Rat die Initiative für eine Erklärung zum Vorrang der Grundrechte auf den Weg zu bringen. Bislang hält sie sich mit einer Stellungnahme dazu vornehm zurück. Aber auch zu Hause müssen Bund wie Länder ihre Hausaufgaben erledigen. Dazu gehört die Aufnahme aller Branchen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz ebenso wie die **Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns.**

Die Folgen der EuGH-Entscheidungen zeigen, dass eine isolierte Politik auf nationaler Ebene heute nicht mehr möglich ist. Sie machen aber auch deutlich, dass in Europa **die Balance zwischen sozialer Gestaltung und dem Ausbau des Binnenmarktes massiv gestört ist.** Wenn sich dieser Kurs weiter fortsetzt, dann ist das Projekt Europa ernsthaft in Gefahr. Wer ein starkes und soziales Europa will, der muss auch etwas dafür tun. Die Gewerkschaften sind dazu bereit. •

Forderungen an Europa, Bund und Länder

Als Reaktion auf die jüngsten vier Urteile des Europäischen Gerichtshofs zur Entsenderichtlinie (einblick 7/08 und 12/08) hat der DGB-Bundesvorstand am 7. Oktober einen umfangreichen Forderungskatalog beschlossen. Um das Prinzip „Gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort" sicherzustellen, bestehe politischer Handlungsbedarf auf allen Ebenen – EU, Bund und Länder.

Während auf europäischer Ebene der Vorrang der sozialen Grundrechte vor den Binnenmarktfreiheiten sowie eine Revision der Entsenderichtlinie durchgesetzt werden müssten, soll der Bund die Umsetzung der europäischen Mindeststandards konsequenter kontrollieren, alle Branchen ins Entsendegesetz aufnehmen und einen gesetzlichen Mindestlohn einführen. Bestehende Tariftreuegesetze der Länder müssten erhalten bleiben und zusätzliche geschaffen werden.

Die DGB-Gewerkschaften wollen ihre Forderungen in zugespitzter Form 2009 in den Europa- und den Bundestagswahlkampf einbringen.

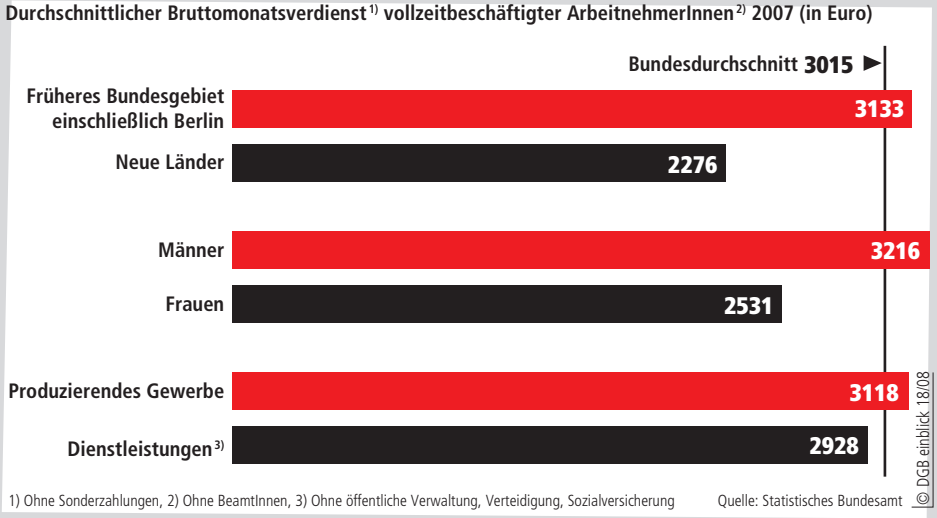
Der Beschluss im Wortlaut:
www.einblick.dgb.de

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

die DGB grafik

BRUTTOLÖHNE: Frauen und Ostdeutsche unterm Schnitt

3015 Euro brutto: Das verdienten die deutschen Vollzeitbeschäftigten durchschnittlich im vergangenen Jahr. Aber die Unterschiede zwischen den einzelnen Arbeitnehmergruppen sind groß. Beschäftigte in Ostdeutschland liegen immer noch deutlich unterm Schnitt. Frauen verdienten 2007 rund 480 Euro weniger als den Bundesdurchschnitt – und rund 680 Euro weniger als ihre männlichen Kollegen. Überm Schnitt lagen die Gehälter im Westen, bei Männern und im produzierenden Gewerbe.



personalien

••• ***Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen,*** 57, zuvor DGB-Vorsitzender in der Region Köln-Leverkusen-Erft-Berg, wird ab dem 1. November Bereichsleiter Politik und Planung der ver.di-Bundesverwaltung in Berlin. Der promovierte Historiker war bis 2001 Bundesvorstandssekretär beim DGB-Bundesvorstand.

••• ***Heiko Messerschmidt,*** 32, ist seit dem 1. Oktober neuer Pressesprecher der IG Metall Küste. Messerschmidt arbeitete zuvor als Redakteur beim NDR-Hörfunk mit den Themenschwerpunkten Wirtschaft und Landespolitik. Er folgt Daniel Friedrich, der künftig für die Tarif- und Betriebspolitik im Bezirk Küste der IG Metall zuständig ist.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

20.10. DGB, „Neue Bildung für das Land – DGB-Kompass zum Bildungsgipfel", Berlin

20.-24.10. NGG, 15. Ordentlicher Gewerkschaftstag, Berlin

21.10. DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main, Vortrag „Flexibilität und soziale Sicherheit – Die Wirkung atypischer beziehungsweise prekärer Beschäftigung auf die Sozialsysteme", Frankfurt/M.

23.10. Friedrich-Ebert-Stiftung, „Lebenslauforientierte Arbeitsmarktpolitik – Wege zu einer neuen Balance zwischen individueller Verantwortung und Solidarität", Mainz

24.10. Welttag der Information über Entwicklungsfragen

24.10. Tag der Vereinten Nationen

24.-26.10. IG BAU, Seminar der Bundesfrauenkonferenz „Arbeitszeit – Lebenszeit", Steinbach

24.-26.10. Attac Deutschland, Kongress „Auf dem Weg zum Grundeinkommen. Bedingungslos und existenzsichernd", Berlin

29.10. ver.di, Veranstaltungsreihe „sicht.weisen", „Gute Arbeit – braucht ein gutes Betriebsklima", Berlin

30.10.-2.11. Transparency International, 13. Internationale Anti-Korruptionskonferenz „Global Transparency: Fighting corruption for a sustainable future", Athen/Griechenland

31.10.-1.11. Hans-Böckler-Stiftung, Forschungsnetzwerk Makroökonomie und Makropolitik, Internationale Konferenz „Macroeconomic Policies on Shaky Foundations – Whither Mainstream Economics?", Berlin

3.11. Hans-Böckler-Stiftung, „Gender-Index – eine Landkarte der Gleichstellung für Deutschland", Berlin

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Sebastian Henneke, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Herr Staatssekretär, erinnern Sie mich mal daran. Wir müssen einen Redakteur für Gesetzesnamen einstellen."

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) in seiner Rede auf einer IG BCE-Tagung am 8. Oktober in Berlin zu seinem Staatssekretär Franz Thönnes. Scholz hatte zuvor in seiner Rede das „Gesetz zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Absicherung flexibler Arbeitszeitregelungen" erwähnt.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 03.11.2008 19/08

DGB

inhalt

Seite 3
Schutzschirm für Arbeit
Nach dem Bankenrettungspaket muss die Bundesregierung jetzt schnell Maßnahmen zum Schutz von Unternehmen und Arbeitsplätzen ergreifen, fordert der DGB

Seite 5
Signal für ein soziales Europa
Mit der Verabschiedung des so genannten Andersson-Bericht stärkt das EU-Parlament den Stellenwert der Arbeitnehmerrechte in Europa

Seite 7
Mehr als Symbolpolitik
DGB-Vorstand Annelie Buntenbach beschreibt, was die Gewerkschaften vom Integrationsgipfel im November erwarten – vor allem konkretere Ergebnisse als beim Bildungsgipfel

Gender-Index

Landkarte zur Chancengleichheit

Alle politischen Entscheidungen auf ihre geschlechtsspezifischen Auswirkungen überprüfen – das ist das Prinzip von Gender Mainstreaming. Aufgrund von EU-Vorgaben muss auch die deutsche Politik diese Strategie – auf allen Ebenen – umsetzen. Doch auch wenn der Wille da ist, fehlt es gerade in den Kommunen und Kreisen oft an geeignetem Datenmaterial. Das wird nun anders – dank des neuen Gender-Index, der den Stand der Gleichstellung in den Regionen zeigt und nicht zuletzt aufgrund des beharrlichen Engagements von Gewerkschaftsfrauen realisiert wurde.

Am 3. November wurde der Gender-Index in der schwedischen Botschaft in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Ort ist nicht zufällig: In Schweden stellt das statistische Zentralamt seit Langem einen jährlichen „Gender-Equality Index", den so genannten JämIndex, auf. Jetzt hat durch das gemeinsame Projekt von Hans-Böckler-Stiftung und dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) auch Deutschland eine „Landkarte zur Chancengleichheit".



Das Online-Portal zum Gender-Index zeigt den regionalen Stand der Chancengleichheit:
www.gender-index.de

Das Online-Portal zum Index zeigt mit Zahlen und Grafiken für jeden Landkreis und jede kreisfreie Stadt, wie es um die Chancengleichheit von Frauen und Männern bei Schlüsselthemen bestellt ist: Beruf, Ausbildung, politische Partizipation, Einkommen. Insgesamt 19 Indikatoren haben Expertinnen des BBR ausgewertet. Sie reichen von der Erwerbsquote von Frauen und Männern bis zum Verhältnis von weiblichen und männlichen Ratsmitgliedern. „Der Gender-Index zeigt, dass jede Region gute Index-Werte erreichen kann, wenn sie will", sagt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. „Diese neue Vergleichbarkeit wird den politischen Wettbewerb um mehr Chancengleichheit verstärken."

Das Online-Portal zum Index visualisiert die Ergebnisse: Farblich gekennzeichnete Deutschlandkarten machen die regionalen Unterschiede sichtbar. Ist ein Landkreis oder ein Stadt dunkelrot eingefärbt, sind die Unterschiede zwischen Frauen und Männern besonders groß.

Der Gender-Index soll konkrete Wege für eine regionale Gender-Mainstreaming-Politik eröffnen. Kommunen mit guten Werten können mit einem echten Standortvorteil werben. Für Regionen mit schlechten Werten ist die Veröffentlichung des Index ein „Warnschuss". In den folgenden Jahren können sie verfolgen, wie sich ihr Engagement für mehr Chancengleichheit bei den einzelnen Indikatoren auswirkt.

Zwei Trends zeigt der aktuelle Index: In ostdeutschen Regionen sind Frauen und Männer eher gleichgestellt. Und in Westdeutschland sind Großstädte in Sachen Chancengleichheit in der Regel den ländlichen Gebieten überlegen. Ein guter Indexwert steht aber nicht unbedingt dafür, dass eine Region prosperiert und hohe Lebensqualität bietet. „Im Extremfall kann Chancengleichheit auch bedeuten: Frauen und Männer haben gleich schlechte Chancen", erklären die Index-Expertinnen Katrin Meyer und Antonia Milbert vom BBR. Hilfestellung bei der detaillierten regionalen Auswertung und der Entwicklung von Strategien für mehr Chancengleichheit bietet die gewerkschaftsnahe Berliner Beratungsfirma Wert.Arbeit *(www.wertarbeitgmbh.de)*. •

plusminusBERLIN

+ ***Die medienpolitische Sprecherin der Grünen, Grietje Staffelt, kritisiert, dass die Ministerpräsidenten mit dem neuen Rundfunkstaatsvertrag ARD und ZDF in der Online-Welt ausgebremst haben. Das freue nur die „Verlegerlobby", nicht aber die ZuschauerInnen.***

– ***Für Jörg Bode, parlamentarischer Geschäftsführer der FDP in Niedersachsen, ist Armut in Deutschland nur ein Problem der Statistik. Nur weil die oberen Einkommen steigen, würde sich die Grenze, ab der man als arm gilt, nach unten verschieben. Wie beruhigend, Herr Bode.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.lohnspiegel.de
Der Lohnspiegel des WSI-Tarifarchivs mit erweitertem Angebot: jetzt 250 Berufe im Vergleich

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Stellungnahme des DGB zum Diskussionspapier „Ökologische Industriepolitik" des Bundesumweltministeriums

Hartz IV

Optionskommunen nicht besser

Die so genannten Optionskommunen haben bei der Betreuung und Vermittlung von Arbeitslosen nicht mehr Erfolg als die Arbeitsgemeinschaften von Bundesagentur für Arbeit und Kommunen (ARGEn). Das zeigt eine Untersuchung des Bereichs Arbeitsmarktpolitik des DGB.

In den Optionskommunen, die bei der Hartz IV-Einführung von den damaligen Oppositionsparteien CDU und CSU als „Feldversuch" durchgesetzt wurden, nehmen die Kommunen in alleiniger Trägerschaft die Betreuung von LeistungsbezieherInnen und Arbeitslosen nach Hartz IV wahr. Obwohl die Befürworter des Optionsmodells ihm eine höhere Effizienz – etwa bei der Arbeitsvermittlung – zusprechen, sei diese Behauptung angesichts der vorliegenden Statistiken nicht zu halten. „Per Saldo" schnitten die Optionskommunen „keinesfalls besser ab" als die ARGEn, so die DGB-Analyse. In einigen Bereichen weisen sie sogar schlechtere Werte auf: In 2007 sank die Zahl der „erwerbsfähigen Hilfeempfänger" (15 bis 64 Jahre) im Bundesdurchschnitt um 4,7 Prozent – bei den Optionskommunen nur um 3,3 Prozent.

Außerdem treten bei den Optionskommunen im Schnitt häufiger die Mängel auf, die der Bundesrechnungshof erst im April 2008 wieder am Hartz IV-System bemängelt hat: Während etwa bei ARGEn in den vom Rechnungshof überprüften Fällen 30 Prozent der „erwerbsfähigen Hilfebedürftigen" keine Vorschläge für Arbeitsstellen oder Arbeitsgelegenheiten erhalten hatten, waren es bei den Optionskommunen über 50 Prozent.

Die DGB-Untersuchung ist auch deshalb von Bedeutung, weil laut eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts von Ende 2007 die ARGEn gegen das Grundgesetz verstoßen und bis Ende 2010 ein neues Modell gefunden werden muss. Nach dem Urteil hatte vor allem die Union die Optionskommunen erneut als Modell für ganz Deutschland ins Gespräch gebracht. •

www.einblick.dgb.de/links

Schülerbündnis

Schulstreik

Nach den mäßigen Ergebnissen des Bildungsgipfels von Bund und Ländern fordert das Schülerbündnis „Bildungsblockaden einreißen" SchülerInnen in 18 deutschen Städten auf, am 12. November an einem Schulstreik teilzunehmen. Die Initiative setzt sich für kostenlose Bildung für alle, volle Lernmittelfreiheit, die Abschaffung von Studiengebühren, kleinere Schulklassen und mehr Lehrerstellen ein. Den Aufruf des Schülerbündnisses unter dem Motto „Kostenlose und gute Bildung. Sonst Schulstreik" haben auch viele junge GewerkschafterInnen unterzeichnet. •

www.schulaction.org

Euro-Betriebsräte

EU-Parlament legt Fahrplan fest

Das Europäische Parlament (EP) will seine Beratungen über eine Neufassung der Richtlinie über Europäische Betriebsräte (EBR) bis Dezember abschließen. Diesen Fahrplan hat der Sozialausschuss des EP jetzt vorgelegt. Damit sind die Chancen gewachsen, dass die Rechte der EBR noch vor der Neuwahl des EP im Juni 2009 verbessert werden – zumal auch Frankreich dieses Vorhaben während seiner EU-Ratspräsidentschaft bis Jahresende abschließen will.

Seit 1999 ist eine Revision der Richtlinie überfällig, sie war in der Vergangenheit aber immer am Widerstand der Arbeitgeber gescheitert *(einblick 10/08)*. Die EU-Kommission hat nun Anfang Juli einen Vorschlag für eine geänderte Richtlinie vorgelegt, der aus Sicht der Gewerkschaften weit hinter dem Notwendigen zurückbleibt *(einblick 13/08)*.

Im Sommer forderte der französische Arbeitsminister Xavier Bertrand die europäischen Sozialpartner auf, auszuloten, ob sie sich nicht doch auf gemeinsame Positionen verständigen könnten. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) sowie die Arbeitgeberverbände Business Europe, UEAPME und CEEP einigten sich daraufhin auf acht Punkte, die sie Ende August an Bertrand übermittelten.

„Mit den Empfehlungen der Sozialpartner sind die Chancen erheblich erhöht worden, bis Ende 2008 zu einem Ergebnis zu kommen", erklärt Reiner Hoffmann, Vize-Generalsekretär des EGB. Zwar seien nicht alle gewerkschaftlichen Forderungen umgesetzt worden, dennoch sei das Ergebnis tragfähig und würde die Arbeit der EBR verbessern. Hoffmann betont insbesondere die „deutlich bessere Definition von Information und Konsultation", die Anerkennung der Rolle der Gewerkschaften bei den Verhandlungen zur Einrichtung von EBR sowie die Verankerung eines Weiterbildungsanspruchs.

Vor allem deutsche GewerkschafterInnen kritisieren, dass die Empfehlungen gewerkschaftliche Kernforderungen nicht berücksichtigen – etwa die nach wirksamen Sanktionen, falls Arbeitgeber gegen die Richtlinie verstoßen. Die Kritiker hoffen, dass die Beratungen des EP noch Verbesserungen bringen. Am 17. November beschäftigt sich der Sozialausschuss mit der Richtlinie, das EP-Plenum soll zwischen dem 15. und 18. Dezember abschließend beraten. In der gleichen Woche tagt auch der EU-Rat. •

Zeitarbeit

Gelbe Gewerkschaft überprüfen

Es ist ein Schulterschluss von Gewerkschaften und Politik gegen Lohndumping in der Leiharbeit: ver.di hat gemeinsam mit der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales einen Antrag beim Arbeitsgericht Berlin gestellt. Das Gericht soll feststellen, dass die „Tarifgemeinschaft christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen" (CGZP) nicht tariffähig ist. Die CGZP hat praktisch keine eigenen Mitglieder und hätte so – beispielsweise in Arbeitskämpfen – keine Durchsetzungskraft. „Damit erfüllt die CGZP nicht die Kriterien einer Gewerkschaft", erklärte ver.di-Vize Gerd Herzberg.

Die CGZP hat mit Arbeitgebern der Zeitarbeitsbranche mehrfach Tarifverträge mit Dumpinglöhnen abgeschlossen. So liegen Abschlüsse der „christlichen Tarifgemeinschaft" mehr als 18 Prozent unter einem 2003 erstmals von der DGB-Tarifgemeinschaft vereinbarten Mindesttarifentgelt.

Eigentlich gilt in der Zeitarbeit der Grundsatz, dass LeiharbeiterInnen ab dem ersten Tag ebenso entlohnt werden wie die Stammbelegschaft im Entleihbetrieb. Eine Ausnahmeregelung zu diesem „Equal-Pay-Grundsatz" im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz macht aber Tarifdumping durch „gelbe Gewerkschaften" wie die CGZP möglich: Der Grundsatz gilt nur, wenn ein Tarifvertrag nichts Anderes regelt. •

Finanzmarktkrise

Investitionsprogramm als Schutzschirm

Welchen Namen das Kind am Ende auch trägt: Das Paket der Bundesregierung für den Schutz von Wirtschaft, Unternehmen und Arbeitsplätzen in Folge der Finanzkrise muss schnell kommen, meint der DGB.

Nach dem Rettungspaket für deutsche Banken muss jetzt auch etwas zum Schutz von Konjunktur, Unternehmen und Arbeitsplätzen vor negativen Folgen der Finanzmarktkrise getan werden: Soweit herrscht Einigkeit in der großen Koalition. Nur über die Instrumente werden CDU, CSU und SPD wohl noch einige Zeit diskutieren. Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) will die Steuern senken, Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) und weite Teile der CDU sind strikt dagegen. Die SPD will ein Konjunkturprogramm auflegen und damit das Programm zur energetischen Gebäudesanierung aufstocken und die Verkehrsinfrastruktur ausbauen. CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla hält aber ein „breit angelegtes Konjunkturprogramm, wie es in den 70er Jahren üblich war", für den falschen Weg.

Zu lang darf die Diskussion innerhalb der Koalition nicht mehr dauern, meint DGB-Vorstand Claus Matecki: „Welchen Namen das Programm am Ende auch trägt: Es muss schnell kommen." Es müsse wirken können, „bevor eine Welle des Pessimismus einsetzt und diese die Konjunktur unter sich begräbt", erklärt Matecki.

Ähnlich äußert sich auch das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung. Die Krise der Finanzmärkte und ein Einbruch der Weltkonjunktur könnten „innerhalb des kommenden Jahres überwunden werden", so eine aktuelle IMK-Analyse. Dafür sei aber auch eine „expansiv ausgerichtete Wirtschaftspolitik mit Konjunkturprogrammen" nötig – und: Wenn die Regierungen und Notenbanken in Europa und Amerika zu langsam handeln würden, „könnten die Volkswirtschaften beiderseits des Atlantik schon bald in einen Teufelskreis geraten".

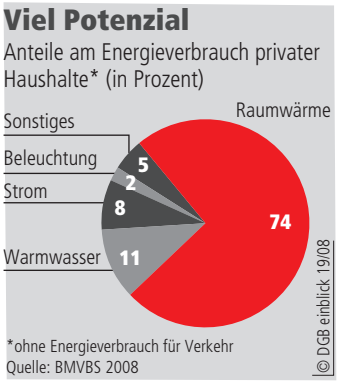
Voraussichtlich am 5. November will das Bundeskabinett sein Programm beschließen. Finanziell wird es wohl nicht so umfassend ausgestattet sein, wie es der DGB für nötig hält. „Wer 500 Milliarden für die Rettung der Banken bereitstellt, der muss auch 25 Milliarden für den Schutz von Unternehmen und Arbeitsplätzen aufbringen können", meint Claus Matecki. Das wäre rund ein Prozent des hiesigen Sozialprodukts.

Ein „Schutzschirm für Arbeit" – so lassen sich die Forderungen der Gewerkschaften zusammenfassen. Die Schwerpunkte, die jetzt für ein Investitionsprogramm der öffentlichen Hand aus Sicht des DGB nötig wären, sind klar: Klimaschutz, Bildung und Konsumanreize für untere und mittlere Einkommen.

Auch die konkrete Ausgestaltung eines 25-Milliarden-Programms hat der DGB bereits skizziert. Neun Milliarden Euro sollen in die Bildung fließen: Für jedes dritte Kind unter drei Jahren solle „innerhalb kürzester Zeit" ein Betreuungsplatz geschaffen werden. Außerdem müssten mindestens sechs von zehn Kindern unter sechs Jahren eine Ganztagsbetreuung in Anspruch nehmen können. Dafür wären nach einem Gutachten der Hans-Böckler-Stiftung *(einblick 15/08)* rund 66 000 neue PädagogInnen-Stellen nötig. Außerdem solle der Staat künftig die Elternbeiträge für vorschulische Einrichtungen übernehmen.

Sechs Milliarden Euro sieht der Vorschlag des DGB für Investitionen in den Klimaschutz vor. Allein das Programm zur energetischen Gebäudesanierung der KfW-Bankengruppe soll auf 1,4 Milliarden aufgestockt werden.

Um Konsumanreize für untere und mittlere Einkommen zu bieten und so die Binnennachfrage zu stärken, setzt der DGB zehn Milliarden Euro an: Unter anderem sollen das steuerfreie Existenzminimum und die Hartz IV-Regelsätze angehoben werden. Auch der Regelsatz für Kinder soll um 30 Euro erhöht werden und die Länder müssten kostenlose Mittagessen in Schulen und Kindertagesstätten anbieten.



Mehr Geld für die energetische Gebäudesanierung zur Verfügung zu stellen ist ein derzeit häufig diskutierter Vorschlag für höhere öffentliche Investitionen in Folge der Finanzmarktkrise. Eine Aufstockung der Mittel wäre nicht nur konjunktur-, sondern auch klimapolitisch sinnvoll: Drei Viertel des Energieverbrauchs von Wohngebäuden entfällt auf die Raumwärme.

Besonderen Investitionsbedarf gibt es über diese Forderungen hinaus laut der IG Bauen-Agrar-Umwelt bei der kommunalen Infrastruktur: bei Kanalisationen, Verkehrsinfrastruktur, Schulen und Kindergärten. „Wenn wir jetzt den Einstieg in diese dringend notwendigen Zukunftsinvestitionen finden, dann stützen wir die Wirtschaft, sichern Arbeitsplätze und Lebensqualität für Millionen Menschen", so der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel. •

Zynische Arbeitgeber

Den Arbeitgebern taugt die Finanzkrise schon jetzt als Argument gegen Lohnerhöhungen und Mindestlöhne.

Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt forderte erst jüngst, die Mindestlohngesetze wegen der Finanzkrise zu stoppen. „Es ist zynisch, wenn Herr Hundt die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für das Versagen der Politik und gieriger Manager bluten lassen will", erklärte dazu DGB-Vorstand Claus Matecki.

In den aktuellen Tarifrunden nutzen die Arbeitgeber die Finanzkrise zum üblichen Ruf nach Lohnzurückhaltung. Mit Blick auf die Verhandlungen in der Metall- und Elektroindustrie verteidigte der 1. Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, die Acht-Prozent-Forderung seiner Gewerkschaft. Sie sei ein „Stabilitätsfaktor für die Konjunkturentwicklung". Außerdem erhöhe die Finanzkrise zwar die wirtschaftlichen Risiken der Metall- und Elektroindustrie, konkrete Kreditprobleme gebe es bei Metallunternehmen aber nicht – heißt es bei der IG Metall.

Der stellvertretende Vorsitzende der NGG, Claus-Harald Güster, betonte, die Beschäftigten dürften nicht zweimal bestraft werden: Als Steuerzahler bei der Stützung der Banken und als Arbeitnehmer durch Lohnzurückhaltung.

PROJEKTE UND PARTNER



Es ist keine schöne Welt – die „freie Welt" im neuen Spielfilm des britischen Regisseurs Ken Loach. *It's a free world* zeigt die Welt von Angie, einer 30-jährigen Londonerin, die sich von einem schlecht bezahlten Job zum anderen hangeln muss – ohne Sicherheit und Auskommen für sich und ihren elfjährigen Sohn Jamie. Um diesem Schicksal zu entkommen, macht sie sich als Personalvermittlerin selbstständig und verliert sich und ihre Menschlichkeit in der Halbwelt der „Menschenschieber". Schnell wird klar: Ohne die legalen und illegalen BilligarbeiterInnen aus aller Welt würde ihre „Geschäftsidee" nicht funktionieren. Ken Loach erzählt die Tragödie eines Opfers der markt- und profitorientierten Gesellschaft, das zur Täterin wird. Am 27. November kommt „It's a free world" bundesweit in die Kinos.

www.free-world-der-film.de

Leitfaden

Nazis raus

Die Zeiten, in denen man Nazis an Springerstiefeln und Glatzkopf erkennen konnte, sind längst vorbei. Vielmehr konzentrieren sich Rechtsradikale heute auf „bürgerliche" Strategien: Geschulte Kader tauchen auf Diskussionsabenden und Veranstaltungen demokratischer Organisationen auf – ihr Ziel: Parolen im öffentlichen Raum platzieren, Tabus brechen und TeilnehmerInnen mit ihrer Strategie überrumpeln. Die DGB-Jugend hat deshalb den Leitfaden „Öffentliche Veranstaltungen ohne Störung von Rechtsextremen" veröffentlicht. Die Broschüre zeigt Möglichkeiten, Nazis eine Teilnahme zu verweigern, sowie Maßnahmen, um ihre Gesinnung bloßzustellen. •

Kostenlos bestellen: www.dgb-jugend.de

Diskussion

Altersarmut verhindern

Dank Hartz IV, prekärer Beschäftigung und der Rente mit 67 zeichnet sich bereits jetzt vermehrte Altersarmut ab. Was kann die Politik tun, um das zu verhindern? Diese Frage wird am 12. November auf der gemeinsamen Veranstaltung „Zukunft der Alterssicherung – Altersicherung hat Zukunft" von DGB, Hans-Böckler-Stiftung und Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin diskutiert. •

www.einblick.dgb.de/links

interregio

••• Der ***DGB Niedersachsen-Mitte*** hat gemeinsam mit kirchlichen und gewerkschaftlichen Partnern den ***Kreativ-Wettbewerb „In Würde arbeiten?!"*** ausgeschrieben. Der Wettbewerb will die Schwierigkeiten vieler arbeitender Menschen in den Mittelpunkt rücken: geringfügige Beschäftigung, Löhne, die für ein Leben in Würde nicht reichen, Leiharbeit, drohender Arbeitsplatzverlust. Teilnehmen können alle, die mit diesen Herausforderungen selbst konfrontiert sind – und sie in Text, Bild oder Musik darstellen wollen. Einsendeschluss ist der 31. Dezember 2008.

Mehr Infos: www.einblick.dgb.de/links

••• Der Fachbereich Medien von ***ver.di Hessen*** hat ein ***Projektbüro für Medienschaffende*** in Frankfurt/Main eröffnet. Im Rahmen des Projekts connexx.av ist es gewerkschaftliche Anlaufstelle für die Beschäftigten der kleinen und mittleren Unternehmen der Medienbranche in der Main-Region. Connexx.av will die Mitbestimmung stärken und so die Arbeitsbedingungen und Lebensqualität Medienschaffender verbessern. Entsprechende Projektbüros existieren bereits in einigen Großstädten.

Kontakt zum Frankfurter Büro:
Tel. 069/25 69 15 24
www.connexx-av.de

Fachtagung

Gering Qualifizierte weiterbilden

Die Bildungsdebatte ist in vollem Gange. Eine potenzielle Zielgruppe wird dabei oft übersehen: die „gering Qualifizierten" im Betrieb. Unter dem Titel „Betriebliche Weiterbildung für gering Qualifizierte – ein blinder Fleck in der aktuellen Bildungsdebatte?" widmet sich deshalb die Wert.Arbeit GmbH in Kooperation mit dem Berufsfortbildungswerk und dem DGB Berlin-Brandenburg dem Themenfeld. Am 25. November diskutieren ExpertInnen aus Politik, Gewerkschaften und Wirtschaft die Chancen und Möglichkeiten von Weiterbildung für diese Beschäftigtengruppe. •

www.einblick.dgb.de/links

Hans-Böckler-Stiftung

Betriebliche Vereinbarungen gesucht

Betriebsräte können mit betrieblichen Vereinbarungen vielfältig Einfluss auf betriebliche Veränderungen nehmen. Solche Vereinbarungen sammelt das Archiv „Betriebliche Vereinbarungen" der Hans-Böckler-Stiftung.

Das Archiv sucht jetzt aktuelle Vereinbarungen aus 2008 – im Fokus: Vereinbarungen zu betrieblichen Reorganisationsprozessen, zur Schichtarbeit, zum demografischen Wandel und zu Personalauswahlverfahren. Als Dank für alle Einsendungen von Betriebsräten gibt es eine kostenlose Analyse aus der mittlerweile 10 000 Betriebs- und Dienstvereinbarungen umfassenden Datenbank. •

www.boeckler.de/398.html

Gesprächskreis

Integration und Arbeitsmarkt

Von gleichberechtigter Teilhabe am Erwerbsleben sind viele MigrantInnen in Deutschland weit entfernt. Ihre Arbeitslosenquote ist doppelt so hoch wie der Durchschnitt, häufig arbeiten sie in atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Die Veranstaltung „Atypische Beschäftigung und prekäre Arbeit von Einwanderern" von DGB und Friedrich-Ebert-Stiftung widmet sich am 24. November in Berlin diesem Problemfeld. Der Ansatz: Eingliederung in die Arbeitswelt ist eine wesentliche Voraussetzung für Integration. •

Auto Club Europa

Klima-Impuls für PKW

Der Auto Club Europa (ACE) fordert die Einführung einer CO_2-basierten Kfz-Steuer. Eine Senkung der Kfz-Steuer kann sich ACE-Chef Wolfgang Rose unter einer Bedingung vorstellen: Um die Konjunktur in der Autobranche anzukurbeln und gleichzeitig den Klimaschutz zu fördern, sollte die Steuer nicht länger nach Hubraum sondern nach dem CO_2-Ausstoß bemessen werden. Ferner begrüßt Rose die Überlegungen der großen Koalition, finanzielle Anreize für den Kauf Sprit sparender Fahrzeugen zu geben. •

www.ace-online.de

Der Andersson-Bericht im EU-Parlament

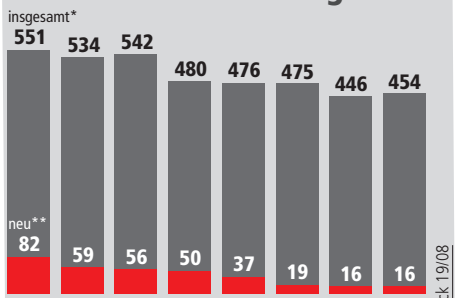
Signal für ein soziales Europa

Die Sorge um die soziale Dimension Europas treibt nicht nur die Gewerkschaften um. Auch eine Mehrheit der EU-Parlamentarier weiß, wie wichtig es ist, dass im Prozess der europäischen Integration die Balance zwischen Binnenmarktfreiheiten und Arbeitnehmer-Grundrechten gewahrt bleibt. Das hat zuletzt die Zustimmung des Europarlaments zum Bericht „über die Herausforderungen für Tarifverträge in der EU" gezeigt.

Dass der Europäische Gerichtshof in vier Urteilen zur EU-Entsenderichtlinie nationale Schutzvorschriften für entsandte ArbeitnehmerInnen für europarechtswidrig erklärt hat, hat nicht nur die Gewerkschaften auf den Plan gerufen. Unter der Federführung des schwedischen Sozialdemokraten Jan Andersson, Vorsitzender des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, wurde ein Bericht „über die Herausforderungen für Tarifverträge in der EU" erarbeitet. Am 22. Oktober wurde er mit großer Mehrheit vom EU-Parlament angenommen. Zwar musste der Bericht einige Abstriche gegenüber der ersten Fassung machen – insbesondere wegen des Widerstands vor allem von osteuropäischen konservativen Abgeordneten. Dennoch enthält er einige grundlegende Aussagen – ganz im Sinne der Gewerkschaften. So spricht sich der Bericht dafür aus, dass der Binnenmarkt nicht über Tarifautonomie und Streikrecht gestellt werden darf. Die Staatsangehörigkeit des Arbeitnehmers dürfe nicht zu Ungleichheiten im Bezug auf Arbeitsbedingungen, Entgelt oder die Wahrnehmung von Grundrechten führen. Im Primärrecht der EU, also in den Europäischen Verträgen, müsse „das Gleichgewicht zwischen den Grundrechten und den wirtschaftlichen Freiheiten" verankert werden, um einen Wettbewerb um niedrigere Sozialstandards zu verhindern. •

Nur wenn es in einem EU-Staat gesetzliche Mindestlöhne gibt oder Tarifverträge als allgemein verbindlich erklärt wurden, sagt das EuGH in seinem Rüffert-Urteil, gelten diese Mindeststandards auch für entsandte ArbeitnehmerInnen. Doch es existieren weder in jedem EU-Land gesetzliche Mindestlohnstandards, noch gibt es überall die Handhabe, Tarifverträge als allgemeingültig zu erklären. Hierzulande gilt das schon, doch immer weniger Tarifverträge nehmen diese Hürde. Das WSI-Tarifarchiv schätzt, dass aktuell noch rund 570 000 Beschäftigte in den Geltungsbereich von allgemeinverbindlichen Lohn- und Gehaltstarifverträgen fallen.

Immer weniger allgemeinverbindliche Tarifverträge



*allgemeinverbindliche Tarifverträge am 1. Januar, ** Im Laufe des Jahres neu für allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge
Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2008

Die vier Urteile des Europäischen Gerichtshofes (EuGH)

LAVAL: *Die lettische Firma Laval erhielt von der schwedischen Gemeinde Laxholm den Auftrag, eine Schule zu renovieren, weigerte sich aber, den schwedischen Flächentarif einzuhalten. Daraufhin wurde die Baustelle von schwedischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern blockiert. Das EuGH bekräftigte in seinem Urteil vom 18. Dezember 2007 zwar das Streikrecht, erklärte aber die Aktionen gegen Laval als unvereinbar mit der EU-Entsenderichtlinie und der Dienstleistungsfreiheit (C-341/05).*

RÜFFERT: *Am 3. April 2008 entschied der EuGH, dass das Land Niedersachsen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge keine Tariflöhne vorschreiben kann, wenn sie nicht für allgemeinverbindlich erklärt wurden (C-346/06).*

VIKING: *Die finnische Reederei Viking Line plante, eines ihrer Fährschiffe auf Estland umzuflaggen und die Besatzung durch estnische, niedriger entlohnte Seeleute zu ersetzen. Das versuchten die finnische Seeleutegewerkschaft und die Internationale Transportarbeiter-Föderation zu verhindern. Zwar erkannte das EuGH am 11. Dezember 2007 an, dass das Streikrecht auch die Niederlassungsfreiheit eines Unternehmens im Binnenmarkt einschränken darf, setzte aber strenge Kriterien für die Rechtmäßigkeit grenzüberschreitender kollektiver Aktionen (C-438/05).*

LUXEMBURG: *Die EU-Kommission hatte gegen Luxemburg geklagt, weil nach Meinung der Kommission nationale Gesetze des Großherzogtums mit ihren arbeitsrechtlichen Schutzvorschriften für entsandte Arbeitnehmerinnen und -nehmer gegen die Entsenderichtlinie verstießen. Bisher mussten in Luxemburg beispielsweise auch ausländische Unternehmen die landesüblichen Tarifverträge einhalten. Das ginge über die Vorschriften der Entsenderichtlinie hinaus, urteilte das EuGH am 19. Juni 2008 (C-319/06).*

Gleicher Lohn …

… für gleiche Arbeit am gleichen Ort: Als Reaktion auf die Urteile des Europäischen Gerichtshofs haben die DGB-Gewerkschaften europäische Arbeitnehmerrechte und eine Revision der EU-Entsenderichtlinie zu einem ihrer politischen Schwerpunkte der nächsten Monate gemacht (einblick 18/08). Insbesondere auch in Hinblick auf die Europawahlen 2009 fordern die Gewerkschaften auf allen Ebenen – EU, Bund und Länder – zahlreiche Maßnahmen – von einem gesetzlichen Mindestlohn über die Verankerung des Vorrangs sozialer Grundrechte bis zur Revision der EU-Entsenderichtlinie.

Die DGB-Gewerkschaften wollen ihre Forderungen in zugespitzter Form 2009 in den Europa- und den Bundestagswahlkampf einbringen.

Aber auch auf europäischer Ebene wollen die Gewerkschaften in den nächsten Monaten mit zahlreichen Aktionen für eine Gleichbehandlung aller ArbeitnehmerInnen und konsequente Maßnahmen gegen die Finanzkrise streiten, die verhindern sollen, dass deren Folgen wieder einmal nur die ArbeitnehmerInnen tragen müssen.

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Der Andersson-Bericht „über die Herausforderungen für Tarifverträge in der EU" im Wortlaut

kurz&bündig

Die GdP fordert von der Bundesregierung eine Klarstellung über die geplanten Befugnisse der Bundeswehr im Innern. Die Fälle für den Einsatz müssten genau festgeschrieben werden. „Da darf es keine Interpretationsspielräume geben", so der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg.

Die geplante Ausschreibung des gesamten Regionalverkehrs in Brandenburg stößt bei TRANSNET auf massive Kritik. Verkehrspolitische Ziele müssten im Vordergrund stehen und nicht die „Ausschreibung um der Ausschreibung willen". Außerdem müsse auch Tariftreue in die Ausschreibungskriterien aufgenommen werden.

ver.di fordert, den Auswirkungen der Finanzmarktkrise mit einem koordinierten europäischen Konjunkturprogramm entgegenzutreten. Frank Bsirske unterstützt daher die Forderung des EU-Ratsvorsitzenden Sarkozy nach einer europäischen Wirtschaftsregierung. Dies sei eine wichtige Voraussetzung für ein soziales Europa.

Mit rund 20 Infoblättern liefert die IG Metall „Argumente zur Tarifrunde" in der Metall- und Elektroindustrie und widerlegt die Forderungen der Arbeitgeber nach Lohnzurückhaltung. Mit Blick auf die Finanzmarktkrise lautet eines der Argumente „Keine Kreditprobleme bei Metallunternehmen".
www.igmetall.de

Preisverleihungen

Unbequemer Journalismus

Die Gewerkschaften wettern nicht nur gegen den neoliberalen Mainstream in den Medien. Mit Journalistenpreisen und Recherchestipendien fördern sie ganz konkret „aufgeklärten, unabhängigen, unbequemen Journalismus", erklärte Jürgen Peters, Verwaltungsratsvorsitzender der Otto-Brenner-Stiftung (OBS) der IG Metall, anlässlich der diesjährigen Verleihung ihres Journalistenpreises Mitte Oktober in Berlin.

Die OBS zeichnet mit dem „Otto-Brenner-Preis für Kritischen Journalismus" alljährlich Medienschaffende aus, die dem Motto des Preises „Gründliche Recherchen statt bestellter Wahrheiten" besonders gerecht geworden sind. Den ersten Preis erhielten in diesem Jahr Anita und Marian Blasberg für ihren Beitrag „Abschiebeflug FHE 6842" in DIE ZEIT, der sich mit der EU-weit organisierten Zwangsabschiebung von Flüchtlingen auseinandersetzt. Die Reportage zeige mit „grandioser Recherche", wie falsche Flüchtlingspolitik „geradewegs in die Unmenschlichkeit" führe, so die Begründung der Jury. Der zweite und dritte Preis ging an den WDR-Autor Jürgen Döschner für seine Hörfunksendung „Fire and forget – Krieg als Geschäft" sowie an Steffen Judzikowski und Hans Koberstein vom ZDF-Magazin „Frontal 21" für die Dokumentation „Das Kartell – Deutschland im Griff der Energiekonzerne".

Christian Bomarius, Berliner Zeitung, wurde mit einem Spezialpreis als Autor ausgezeichnet, der in seinen Leitartikeln die Grund- und Freiheitsrechte scharfsinnig und pointiert verteidigt. Den Medienprojektpreis erhielt die freie Journalistin Andrea Röpke für ihre Arbeiten zum Thema Rechtsextremismus. Außerdem vergab die OBS in Kooperation mit der Journalistenvereinigung „Netzwerk Recherche" drei Recherche-Stipendien.

Für „unbequemen Journalismus" bekannt ist auch der Enthüllungsjournalist Günter Wallraff. Erst kürzlich hatte Wallraff sich als Mitarbeiter in eine für Lidl tätige Großbäckerei eingeschleust und dort menschenunwürdige Arbeitsbedingungen aufgedeckt – mit Erfolg: Inzwischen hat der Betrieb einen Betriebsrat, und die Beschäftigten erhielten Lohnerhöhungen von über 20 Prozent. Für sein Lebenswerk verlieh die NGG Wallraff auf ihrem Gewerkschaftstag im Oktober den NGG-Journalistenpreis. Derzeit arbeitet Wallraff an einer Stiftung zu „investigativem Journalismus" für engagierte JournalistInnen, WissenschaftlerInnen und GewerkschafterInnen. ●

www.otto-brenner-preis.de, www.ngg.net

NGG-Gewerkschaftstag

Mindestlohndebatte zuspitzen

Mindestlohn, Rente mit 67 und die aktuelle Finanzmarktkrise – diese Themen bestimmten den NGG-Gewerkschaftstag vom 20. bis 24. Oktober in Berlin.

„Es kann nicht sein, dass mit Milliarden Steuergeldern die Banken gestützt werden und für die arbeitenden Menschen keine Mindeststandards gelten sollen", erklärte der auf dem Gewerkschaftstag wiedergewählte NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg.

Der Gewerkschaftstag votierte mit großer Mehrheit für den Antrag des Hauptvorstands zum Mindestlohn. Er fordert die Einführung einer gesetzlichen Lohnuntergrenze von 7,50 Euro, die dynamisiert werden und schnell auf 9 Euro steigen müsse. Beschlossen wurde zudem, dass es eine Schwerpunktaufgabe der NGG in den kommenden Jahren sein soll, insbesondere Niedriglohn-Tarifverträge zu verbessern und eine Strategie zu entwickeln, damit es mittelfristig keine Tarifverträge mit Stundenlöhnen unter 7,50 Euro gibt.

Gemeinsam mit ver.di hat die NGG zudem vereinbart, die Mindestlohninitiative im „Superwahljahr" 2009 noch einmal zuzuspitzen. „Stimmen Sie für den Mindestlohn" solle die Kernaussage sein, so Möllenberg. „Wenn Parteien da nicht mitmachen, dann werden sie es sich gefallen lassen müssen, dass wir sie Hungerlohnpartei nennen." Möllenberg kündigte fürs kommende Jahr außerdem eine gemeinsame Kampagne von NGG, ver.di und mehreren Sozialverbänden an, die den Mindestlohn, die Rente mit 67 und Altersarmut thematisieren soll.

Zum DGB als Bund der Gewerkschaften sagte Möllenberg in seiner Grundsatzrede: „Wir brauchen einen politisch starken DGB." Er würde sich wünschen, dass alle Einzelgewerkschaften sich einig wären, Themen wie Sozial- oder Steuerpolitik dem DGB zu überlassen. Ziel der NGG sei, „dass der DGB politisch stärker wird und dass der DGB auch regionale Strukturen hat". ●

DGB-Jugend

Goldene Raffzähne

Auf dem Alternativen Bildungsgipfel eines Aktionsbündnisses aus Studierenden, SchülerInnen und jungen GewerkschafterInnen, der parallel zum offiziellen Bildungsgipfel in Dresden stattfand, haben DGB-Jugend und fairwork e.V. die „Goldenen Raffzähne 2008" verliehen. Das Ziel: auf unzureichende Arbeitsbedingungen vieler PraktikantInnen aufmerksam zu machen. „Ausgezeichnet" wurde die Berliner Firma x:hibit, bei der nach Angaben von fairwork e.V. die Hälfte der Mitarbeiter Praktikanten sind. ●

Integrationspolitik

Symbolpolitik ist keine Lösung

Nach dem Gipfel ist vor dem Gipfel: DGB-Vorstand Annelie Buntenbach beschreibt, was die Gewerkschaften vom 3. Integrationsgipfel am 6. November erwarten, damit er konkretere Ergebnisse bringt als der Bildungsgipfel drei Wochen zuvor.

Der Bildungsgipfel hat gezeigt: Eine Gipfelpolitik, die nur allgemeine Ziele formuliert, statt konkrete Vereinbarungen zur Lösung struktureller Probleme zu treffen, kann gesellschaftliche Herausforderungen nicht bewältigen. So vereinbarten Bund und Länder zwar, die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss bis 2015 zu halbieren. Doch es wurden keinerlei Verabredungen getroffen, mit welchen Mitteln dieses Ziel erreicht werden soll. Selbst die im Rahmen des letzten Integrationsgipfels zugesagten Selbstverpflichtungen spielten keine Rolle mehr. 2007 hatten die Kultusminister etwa versprochen, sich dafür einzusetzen, dass die aufgrund sinkender Schülerzahlen frei werdenden Mittel im Bildungssystem verbleiben.

Dabei gehören diese und all die anderen Verpflichtungen von Bund und Ländern ganz oben auf die Agenda des 3. Integrationsgipfels. Hier muss eine Zwischenbilanz gezogen werden: Was ist von dem im letzten Jahr verabredeten Nationalen Integrationsplan tatsächlich umgesetzt worden? Eines ist klar: **Integration entscheidet sich vor allem in der Bildungspolitik und auf dem Arbeitsmarkt.** Und hier muss dringend etwas passieren.

Der DGB und die Gewerkschaften haben die Entwicklung des Nationalen Integrationsplans aktiv unterstützt. Dabei konnten wir auf langjährige Erfahrungen in den verschiedensten Feldern zurückgreifen. Dass ArbeitnehmerInnen ausländischer Staatsangehörigkeit – anders als bei den Wahlen zu den Parlamenten – bei den Betriebs- und Personalratswahlen schon lange das aktive und passive Wahlrecht haben, hat die Kultur in den Gewerkschaften mitgeprägt. Ausländische Betriebsräte genießen auch bei den deutschen Beschäftigten ein hohes Ansehen – das zeigt die steigende Zahl ausländischer Betriebsratsvorsitzender. Dennoch entspricht der Ausländeranteil in den Betriebsräten noch nicht ihrem Anteil an den Beschäftigten. Maßnahmen, wie etwa die Wahlunterlagen in den wichtigsten Sprachen der MigrantInnen zu veröffentlichen, bleiben also weiter nötig.

Nach wie vor sind Jugendliche mit Migrationshintergrund bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz benachteiligt. Sie werden häufiger in Warteschleifen abgeschoben, die ihre Chancen nur wenig verbessern – wie dem von Bund und Arbeitgebern hoch gelobten Programm zur Einstiegsqualifizierung (EQJ). **Gewerkschaften setzen stattdessen auf Tarifverträge und konnten dabei einiges erreichen** – etwa mit dem Programm „Start in den Beruf" in der Chemischen Industrie. Dessen Erfolgsquote beträgt knapp 80 Prozent – rund die Hälfte der geförderten Jugendlichen ist ausländischer Herkunft. Und der im Februar 2008 abgeschlossene „Tarifvertrag zur Förderung von Ausbildungsfähigkeit" in der Metall- und Elektroindustrie NRW sichert den teilnehmenden Jugendlichen eine Ausbildungsvergütung und die Übernahme in eine voll qualifizierende betriebliche Ausbildung zu.

Was die Gewerkschaften unternehmen, um die Chancen von MigrantInnen in Bildung und Ausbildung zu verbessern und Gleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt durchzusetzen, orientiert sich an dem Ziel, vorhandene Kompetenzen anzuerkennen und zu fördern. Gleichzeitig sind aber auch **Maßnahmen dringend nötig, um Vorurteile abzubauen und strukturelle Diskriminierungen zu beseitigen.** Die Gewerkschaften fordern, dass sich auch praktisch etwas tut, dass endlich Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Integrationspolitik geschaffen werden. Da hält sich die Freude über eine Politik in Grenzen, die bei der Verteilung von bunt bedrucktem Papier oder der Verkündigung von symbolträchtigen Begriffen stecken bleibt. So sprach z.B. die CDU-Bundestagsfraktion – die wie bei der Bildungs- auch in der Integrationspolitik eher auf Symbolik setzt – schon vor dem letzten Integrationsgipfel vom „Integrationsland Deutschland".

Zu diesen Rahmenbedingungen für Integration gehört, **Einbürgerung als Bestandteil eines generationsübergreifenden Integrationsprozesses zu begreifen** und nicht als Endpunkt einer erfolgreichen Integration. Statt den Ehegattennachzug einzuschränken, geht es darum, die integrationsfördernde Wirkung des Zusammenlebens in der Familie anzuerkennen. Und statt MigrantInnen für gesellschaftliche Missstände verantwortlich zu machen, muss die Bekämpfung von Rassismus und Intoleranz integraler Bestandteil der Integrationspolitik sein. Es gibt noch viel zu tun – der 3. Integrationsgipfel darf nicht zu einer weiteren Symbolveranstaltung werden. Wir brauchen eine ehrliche Bilanz – und einen verbindlichen Arbeitsplan, in dem die nächsten Schritte der Umsetzung und Erweiterung des Integrationsplans vereinbart werden. •

Partizipation statt Ausgrenzung

Als „Meilenstein in der Zuwanderungspolitik" wurde 2007 die Verabschiedung des Nationalen Integrationsplanes gefeiert. Bund, Länder und Kommunen, Wirtschafts- und Sozialverbände, Migrantenorganisationen und Gewerkschaften haben mit ihm mehr als hundert Selbstverpflichtungen



Annelie Buntenbach, 53, ist im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand unter anderem für Migration und Antirassismus zuständig.

abgegeben. Unter dem Titel „Partizipation statt Ausgrenzung" hat der Bereich Migrations- und Antirassismuspolitik beim DGB-Bundesvorstand einen ausführlichen Zwischenbericht zur Umsetzung des Integrationsplans veröffentlicht. Er informiert unter anderem über die Umsetzung der gewerkschaftlichen Selbstverpflichtungen. Dargestellt werden einzelne gewerkschaftliche Handlungsfelder – von der Bildung über Arbeit und Ausbildung bis hin zum Aufenthaltsstatus.

Der Bericht ist kostenlos, es fallen lediglich Versandkosten an.
www.dgb-bestellservice.de

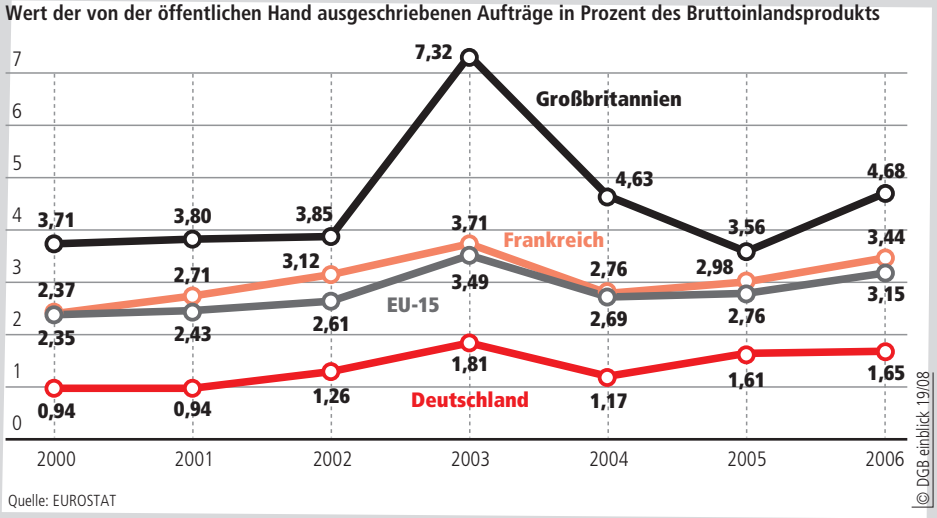
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

ÖFFENTLICHE INVESTITIONEN: Deutschland mit Nachholbedarf

Angesichts der Finanzmarktkrise wird neben dem bereits beschlossenen Bankenrettungspaket derzeit viel über staatliche Investitions- und Konjunkturprogramme diskutiert. Ein Blick auf die übrigen Staaten der „alten EU" der 15 zeigt: Deutschland liegt ohnehin seit Jahren beim Wert der öffentlichen vergebenen Aufträge deutlich unterm Schnitt. Andere Staaten, wie Großbritannien oder Frankreich, investierten im selben Zeitraum den zwei- bis dreifachen Anteil ihres Bruttoinlandsprodukts.



personalien

••• ***Franz-Josef Möllenberg,*** 55, ist auf dem Gewerkschaftstag der NGG als Vorsitzender wiedergewählt worden. Möllenberg erhielt 89 Prozent der abgegebenen Stimmen. Zu den stellvertretenden Vorsitzenden wählten die Delegierten ***Michaela Rosenberger,*** 48, (93 Prozent), und ***Claus-Harald Güster,*** 49, (72 Prozent). Rosenberger hat dieses Amt bereits seit 2003 inne. Güster, bisher Referatsleiter Brauwirtschaft in der NGG-Hauptverwaltung, wurde erstmals in den dreiköpfigen Geschäftsführenden Hauptvorstand gewählt. Er folgt ***Gunold Fischer,*** 64, der aus Altersgründen nicht mehr zur Wiederwahl antrat.

••• ***Andreas Henke,*** 38, bisher Sekretär in der ver.di-Landesbezirksverwaltung Baden-Württemberg, ist seit 1. Oktober Pressesprecher des ver.di-Landesbezirks Baden-Württemberg.

••• ***Alexandra Kramer,*** 32, Juristin, zuvor beim Verbindungsbüro des DGB in Brüssel, ist seit dem 15. September politische Referentin im Bereich Europapolitik des DGB-Bundesvorstands.

••• ***Ramona Kulisch,*** Diplom-Pädagogin, 33, hat nach einjähriger Vakanz der Stelle im August die Leitung des interkulturellen Kompetenzzentrums des Bereichs Migration & Qualifizierung des DGB-Bildungswerks übernommen.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Sebastian Henneke, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

3.11. DGB Rheinland-Pfalz, „Gute Arbeit gestalten – den demografischen Wandel meistern – das TBS-Projekt ALTER", Trier

4.11. US-Präsidentschaftswahl

4.11. DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main, Vortrag, „Gute Arbeit in Europa – welche Folgen hat die weitere Öffnung der Arbeitsmärkte 2009/2011?", Frankfurt/M.

10.11. Arbeit und Leben NRW und ver.di NRW, 5. IT-Forum „vernetzen, verstehen, verändern", Düsseldorf

11.11. DGB, Tagung „Familienpolitik als gewerkschaftliches Handlungsfeld", Berlin

11.11. DGB und Bundesumweltministerium, Tagung „Die soziale Dimension von Umwelt und Gesundheit", Berlin

11./12.11. DGB und Zeitschrift *Personalrat* 12. Schöneberger Forum, „Der öffentliche Dienst im Wandel, Neue Aufgaben – effektive Strukturen – motivierte Beschäftigte", Berlin

12.11. DGB, Hans-Böckler-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Fachtagung „Zukunft der Alterssicherung – Alterssicherung hat Zukunft", Berlin

12.11. DGB Hessen-Thüringen, Diskussion: „Wie wir wurden, was wir sind – 90 Jahre Frauenwahlrecht", Frankfurt/M.

14.11. GEW, Herbstakademie 2008 „Prekäre Arbeit in der Weiterbildung", Weimar

17.11. Arbeit und Leben NRW, Erstes NRW-Logistikforum „Interessenvertretung in einer boomenden Branche", Dortmund

Schlusspunkt.

„Es sind sehr kurze und prägnante Sätze. Wenn einer wissen will, wo man das lernen kann: Grundgesetz lesen!"

Der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering auf dem NGG-Gewerkschaftstag am 20. Oktober über seinen Redestil.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 17.11.2008 20/08

DGB

inhalt

Seite 2
Negativer Effekt
Und sie schaden doch: Eine Studie des Bundesbildungsministeriums zeigt die negativen Effekte von Studiengebühren

Seite 3
Wahlkampfthema Mindestlohn
Der Druck auf die Politik wächst. NGG und ver.di schalten sich mit einer Kampagne zum gesetzlichen Mindestlohn in die Wahlkämpfe 2009 ein

Seite 5
Der Auftrag bleibt
„Zeiten ändern sich – der Auftrag bleibt". Unter diesem Motto treffen sich vom 23. bis 27. November die Delegierten des TRANSNET-Gewerkschaftstags, um ihre Organisation fit für die Zukunft zu machen

Michael Sommer zur DGB-Strukturreform

Eine gute Zukunft für den DGB und die Gewerkschaften

Mit einer grundlegenden Strukturreform will der DGB die Weichen für die Zukunft stellen. Dazu haben die Vorsitzenden von DGB und Mitgliedsgewerkschaften Anfang November gemeinsame Eckpunkte vorgelegt. Der DGB-Vorsitzende ***Michael Sommer*** *erläutert im einblick, wie die Reform den DGB finanziell und organisatorisch langfristig handlungsfähig machen soll:*

Der Wind weht wieder rauer, aber er bläst für die Gewerkschaften von hinten. So lässt sich die gegenwärtige politische Großwetterlage zusammenfassen. Die Finanzkrise, so viel ist sicher, wird nicht ohne Folgen für die Realwirtschaft bleiben. Für die Arbeitgeber wird die Versuchung groß sein, die Verwerfungen auf den Finanzmärkten für ihre Zwecke zu nutzen und Druck auf die Beschäftigten und deren VertreterInnen auszuüben. Einen Vorgeschmack bietet die gegenwärtige Tarifauseinandersetzung in der Metallbranche.

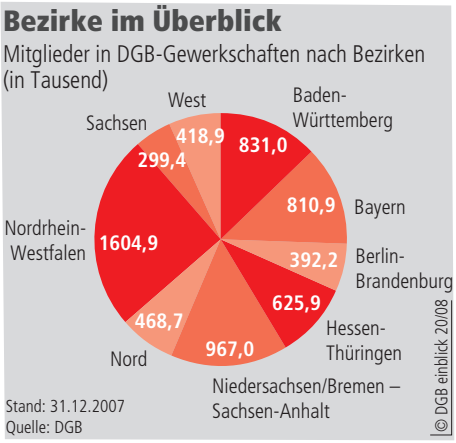
Gleichzeitig ist die ewige Litanei des orthodoxen Neoliberalismus in einem Maße diskreditiert wie vor 20 Jahren der Marxismus-Leninismus. Deregulierung, Entbürokratisierung, weniger Staat, mehr Eigenverantwortung – man will es nicht mehr hören.

Deswegen: Trotz der Krise bietet die gegenwärtige Stimmungslage große Chancen für die Gewerkschaftsbewegung. Denn die Menschen wissen: Deutschland braucht mehr denn je starke Gewerkschaften. Und: Die Gewerkschaften brauchen einen starken DGB, der ihre politische Schlagkraft bündelt.

Darum habe ich in den vergangenen Monaten sehr viele Gespräche über die Zukunft des DGB geführt. Mehrfach habe ich mich mit den Vorsitzenden der Gewerkschaften getroffen, um die unterschiedlichen Vorstellungen über Aufgaben und Struktur des Bundes der Gewerkschaften zu vereinheitlichen. Dies ist gelungen. Nun liegt ein gemeinsam von allen Vorsitzenden getragenes Eckpunktepapier zur Strukturreform des DGB vor. Das Ergebnis bietet eine solide Basis für die künftige Arbeit des Bundes der DGB-Gewerkschaften. Es sichert die organisatorischen und finanziellen Grundlagen für die künftige Gewerkschaftsarbeit in Deutschland.

Jetzt gilt es, die Reform umzusetzen. Dafür brauchen wir die Mithilfe und das Engagement aller haupt- und ehrenamtlichen DGB-MitarbeiterInnen. Das schaffen wir nur gemeinsam. Die Strukturreform bietet eine große Chance. Denn sie ist nicht aus finanzieller Not geboren. Sie ist vielmehr eine strategische Entscheidung darüber, wie

Fortsetzung auf Seite 7



Neun Bezirke und 88 Regionen – so präsentiert sich der DGB zurzeit in der Fläche. Mit seiner Strukturreform will der DGB näher ran an die Gewerkschaftsmitglieder. Deshalb soll der DGB künftig in allen 429 Landkreisen und kreisfreien Städten durch ehrenamtlich gewählte Vorsitzende präsent sein. Die DGB-Regionen sollen in DGB-Unterbezirke übergehen.

plusminusBERLIN

+ ***FDP-Innenexperte Max Stadler kritisiert den unzureichenden Schutz von Journalisten im geplanten BKA-Gesetz. Ihr Zeugnisverweigerungsrecht über Gespräche mit Informanten werde in „unzulässiger Weise" beschnitten. Dieses Recht sei aber „rechtsstaatlicher Standard".***

– ***Was die Finanzkrise mit Antidiskriminierungsregeln zu tun hat? Der CSU-Wirtschaftsexperte Alexander Dobrindt meint: Neue Richtlinien der EU würden die Bürokratiekosten für die Wirtschaft in die Höhe treiben und das müsse „mit Blick auf die Folgen der Finanzkrise unterbleiben".***

Der Surf-Tipp fürs Internet

http://de.youtube.com/wwwdgbde
Youtube-Kanal des DGB

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Eckpunkte der Vorsitzenden der Mitgliedsgewerkschaften und des DGB zur DGB-Strukturreform

Studiengebühren

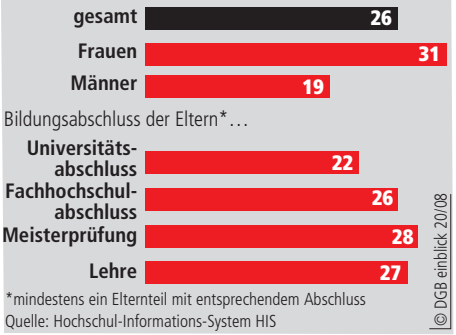
Negativer Effekt

Vor dem Bildungsgipfel hielt das Bundesbildungsministerium die Studie unter Verschluss – trotzdem sickerten erste Ergebnisse durch. Jetzt ist die Untersuchung „Studiengebühren aus Sicht von Studienberechtigten" von Ministerium und Hochschul-Informations-System (HIS) veröffentlicht – und sie bestätigt: Studiengebühren schrecken einen beachtlichen Anteil junger Menschen mit Hochschulzugangsberechtigung ab: Über ein Viertel aller Studienberechtigten, die sich gegen ein Studium entschieden, gaben als einen Grund an, Studiengebühren würden ihre „finanziellen Möglichkeiten übersteigen".

Das Bildungsministerium versucht derweil, die Ergebnisse herunterzuspielen. Bei der Entscheidung gegen ein Studium spielten Studiengebühren eine „untergeordnete Rolle". Tatsächlich wurden andere Gründe häufiger genannt: etwa der Wunsch, möglichst schnell Geld zu verdienen. Fakt aber ist: Bis zu 18 000 SchulabgängerInnen des Jahrgangs 2006 gaben an, sich ein Studium aufgrund von Studiengebühren nicht leisten zu können. Der Anteil von Frauen ist dabei höher als der von Männern (siehe Grafik). •

Studiengebühren schrecken ab

Anteil der Studienberechtigten, die als einen Grund für einen Studienverzicht angaben, Studiengebühren überstiegen ihre finanziellen Möglichkeiten, 2006 (in Prozent)



*mindestens ein Elternteil mit entsprechendem Abschluss
Quelle: Hochschul-Informations-System HIS

In jedem vierten Fall sind Studiengebühren ein Grund für den Verzicht auf ein Studium.

Familienpolitik

Elterngeld erfolgreich

Ende Oktober hat das Bundesfamilienministerium seinen „Elterngeldbericht 2008" vorgelegt. Inzwischen beantragen 16 Prozent der Väter die so genannten „Partnermonate". Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen hat zusätzliche 260 Millionen Euro für Elterngeldzahlungen aus dem Bundeshaushalt gefordert. Auch der DGB steht hinter dem Elterngeldmodell, sieht aber noch Nachholbedarf – etwa bei den Berechnungsgrundlagen für Geringverdienende.

Das Familienministerium hat außerdem das Förderprogramm „Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung" erweitert. Es unterstützt Unternehmen, die Betreuungsplätze für Kleinkinder ihrer Beschäftigten einrichten. Bisher konnten nur kleine und mittlere Betriebe die Förderung beantragen, jetzt ist eine Teilnahme am Programm von der Unternehmensgröße unabhängig. Zudem werden künftig auch Hochschulen unterstützt, die Betreuungsplätze für Kinder von Studierenden schaffen. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

ILO-Report

Ungleichheit wächst

Die Einkommensungleichheit in fast allen Staaten ist „enorm und wächst", so der „World of Work Report" der Internationalen Arbeitsorganisation ILO – weltweit. Zwar hätte das weltweite Wachstum der globalisierten Wirtschaft seit Anfang der 1990er Jahre „Millionen neuer Jobs geschaffen", gleichzeitig hätte die Mehrzahl der arbeitenden Menschen von den ökonomischen Gewinnen aber kaum oder gar nicht profitiert. Außerdem wachse auch in den westlichen Industrienationen die Kluft zwischen Durchschnitts- und Spitzeneinkommen mit zunehmender Geschwindigkeit. In den USA verdienten die Vorstandschefs der 15 größten Konzerne im Jahr 2007 das 520-Fache des Durchschnittslohns. 2003 war es „nur" das 360-Fache.

Angesichts der Finanzmarktkrise warnt die ILO davor, dass sich die Einkommensungleichheit weltweit noch verschärfen könne. Voraussichtlich würde die „Hauptlast der Kosten der finanziellen und wirtschaftlichen Krise von Hunderten Millionen Menschen getragen", die zuvor „nicht vom vorangegangenen Aufschwung profitiert haben". •

Der „World of Work Report 2008" online: www.einblick.dgb.de/links

Integration

Zwiespältige Bilanz

Licht und Schatten sieht der DGB bei der bisherigen Umsetzung des Nationalen Integrationsplans (NIP) des Bundes. Anlässlich des 3. Integrationsgipfels am 6. November zog der Gewerkschaftsbund eine erste Bilanz.

Positiv bewertet der DGB, dass deutlich mehr Mittel für das Bundesprogramm „Soziale Stadt" zur Verfügung gestellt wurden. Allerdings gibt es auch deutliche Kritik: Bei einem Teil der insgesamt 134 von der großen Koalition abgegebenen Selbstverpflichtungen sei bisher nicht erkennbar, „ob und wann sie umgesetzt werden", erklärte DGB-Vorstand Annelie Buntenbach. Teilweise seien keine Haushaltsmittel für die geplanten Programme eingestellt worden, in anderen Bereichen habe es deutliche Kürzungen gegeben. •

EGB und DGB

Europäische Demo in Straßburg

Am 16. Dezember werden Zehntausende GewerkschafterInnen am Sitz des Europäischen Parlaments in Straßburg für ein sozialeres Europa demonstrieren. Zu der Demonstration haben der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) und seine Mitgliedsgewerkschaften aufgerufen. Sie setzen sich unter anderem für mehr Rechte für Europäische Betriebsräte und gegen eine Verschlechterung der Arbeitszeitregulierung in Europa ein.

Auch der DGB ruft zur Teilnahme an der Demonstration auf – aus Deutschland werden rund 3000 TeilnehmerInnen erwartet. „Wir wehren uns gegen eine Politik, die soziale und arbeitsrechtliche Standards in Europa verschlechtert", heißt es im DGB-Aufruf. •

Der Aufruf online: www.einblick.dgb.de/links

geplant ... beschlossen

Der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand (GBV) hat Anfang November eine Stellungnahme zum Gesetzentwurf für ein neues Bundesdatenschutzgesetz verabschiedet. Außerdem beschloss der GBV eine weitere Stellungnahme zum Entwurf des Gesetzes zur steuerlichen Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung.

Mehr zu den Beschlüssen: www.einblick.dgb.de/hintergrund

Mindestlohn

Kampagne gegen Brandschutzmauern

Der Druck auf die Politik wächst. Die Gewerkschaften lassen beim Mindestlohn nicht locker. NGG und ver.di schalten sich mit einer Kampagne in die Wahlkämpfe 2009 ein. Außerdem fordern die DGB-Gewerkschaften die Aufnahme weiterer Branchen ins Arbeitnehmerentsendegesetz.

Der Niedriglohnsektor wuchert weiter – auf politischer Ebene tut sich allerdings wenig, um diesen Trend zu stoppen. Dabei ist die Stimmung im Land eindeutig: Gegenüber der letzten Mindestlohn-Umfrage vom März diesen Jahres ist die Zustimmung in der Bevölkerung nochmals gestiegen. 80 Prozent der Deutschen befürworten die Einführung von Mindestlöhnen. Sogar 81 Prozent der CDU/CSU-AnhängerInnen sind für existenzsichernde Lohnuntergrenzen. Doch die Ansichten von konservativer Basis und Regierungspersonal klaffen weit auseinander. Wirtschaftsminister Glos (CSU) möchte sogar eine „Brandschutzmauer gegen Mindestlöhne" errichten.

Vor allem wegen des massiven Widerstands aus den Reihen der CDU/CSU-Verantwortlichen wollen NGG und ver.di mit der Kampagne „Stimmen für den Mindestlohn – Mindestlohn per Gesetz" den Druck auf die politischen Akteure im Wahljahr 2009 erhöhen. „Wir werden uns in die Wahlkämpfe einmischen. Unsere gemeinsame Kampagne soll den Stimmen der ArbeitnehmerInnen sowie der gesamten Bevölkerung Nachdruck verleihen", sagte ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske zum Auftakt der Kampagne. Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg kritisiert die aktuelle Praxis am Arbeitsmarkt durch die „Subventionierung von Armutslöhnen durch Steuergelder". Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von zunächst 7,50 Euro sei ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit.

Und so soll es gehen: Mit symbolischen Wahlboxen werden NGG und ver.di in Betrieben, auf politischen Versammlungen und auf öffentlichen Plätzen bundesweit Stimmen für den gesetzlichen Mindestlohn sammeln. Die Stimmen werden als Video- und Bildbotschaften auf der Homepage *www.mindestlohn09.de* veröffentlicht. In den jeweiligen Wahlkreisen soll ein „Kandidaten-Check" den PolitikerInnen beim Thema Mindestlohn auf den Zahn fühlen. Der Webauftritt soll den UnterstützerInnen zudem ermöglichen, sich für gemeinsame Aktionen zu vernetzen. Der erste Höhepunkt soll die Neuwahl am 18. Januar 2009 in Hessen sein. Die Chancen für einen erfolgreichen Verlauf der Kampagne stehen gut. Eine Umfrage von Infratest dimap belegt: 72 Prozent aller Befragten wünschen sich, dass der einheitliche gesetzliche Mindestlohn ein wichtiges Wahlkampfthema wird.

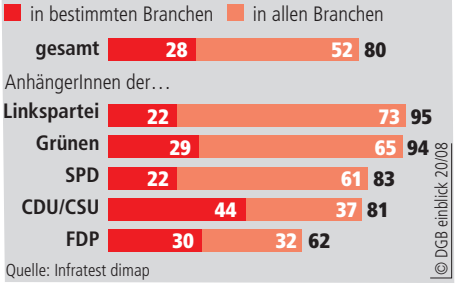
Anfang November beschäftigte sich der Bundestagsausschuss Arbeit und Soziales bei einer Sachverständigenanhörung mit der Ausweitung des Arbeitnehmerentsendegesetzes und der Neufassung des Mindestarbeitsbedingungengesetzes. VertreterInnen von DGB und gewerkschaftsnahen Einrichtungen forderten gemeinsam mit den Betriebsräten der Leiharbeitsfirma Randstad die zügige Aufnahme aller Branchen ins Entsendegesetz und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns.

Insgesamt haben acht weitere Branchen die Aufnahme beantragt. Dazu gehören: Zeitarbeitsbranche, Pflegedienste, Entsorgungswirtschaft, Wach- und Sicherheitsgewerbe, textile Dienstleistungen, Weiterbildung, private Forstwirtschaft und Bergbauspezialarbeiten.

Gute Erfahrungen mit dem Arbeitnehmerentsendegesetz hat die IG BAU bereits gemacht. In fünf Branchen konnte sie in den vergangenen elf Jahren Mindestlöhne durchsetzen. Zusammen mit dem Deutschen Forstunternehmensverband hat sie gerade die Aufnahme der privaten Forstwirtschaft ins Gesetz beantragt. Der zugrunde liegende Tarifvertrag sieht zurzeit einen Mindestlohn von 8,50 Euro ab dem 1. April 2008 vor. Der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel nimmt die große Koalition in die Pflicht: „Der Wettbewerb über die Qualität der Leistung soll künftig Vorrang haben vor dem Unterbietungswettbewerb über die Löhne." •

Mehrheit bei allen Parteien

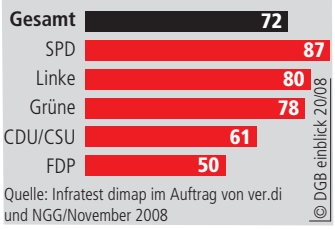
Anteil der wahlberechtigten Bundesbürger, die für die Einführung eines Mindestlohns sind (in Prozent)



Die Bevölkerung ist sich über alle Parteigrenzen hinweg einig: Der Mindestlohn muss kommen.

Mindestlohn im Wahlkampf 2009

Als Wahlkampfthema gewünscht – Wahlberechtigte gesamt/nach Parteipräferenz (in Prozent)



Könnten die WählerInnen Einfluss auf die Ausrichtung der kommenden Wahlkämpfe nehmen, stünde fest: Der Mindestlohn wäre zentraler Bestandteil der Parteiprogramme.

Schutz vor Lohndumping

Fast 23 Prozent der Beschäftigten in Deutschland sind laut dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung Niedriglohnempfänger.

Die Aufnahme von Branchen in das Arbeitnehmerentsendegesetz ist eine Möglichkeit, Mindestlöhne zu sichern. Bisher gilt das für sieben Branchen: Bauhauptgewerbe, Abbruchgewerbe, Maler- und Lackiererhandwerk, Dachdeckerhandwerk, Gebäudereiniger, Elektrohandwerk und Briefdienstleistungen. Laut Bundesarbeitsministerium sind in diesen Branchen zurzeit 1,8 Millionen ArbeitnehmerInnen vor sittenwidrigen Löhnen geschützt. Die Mindestlöhne erstrecken sich von 7,50 Euro (Ungelernte Maler/Lackierer/Ost) bis zu 12,85 Euro (Ausgebildete ArbeitnehmerInnen/Bauhauptgewerbe/West). In acht Branchen haben Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften gemeinsam die Aufnahme ins Entsendegesetz beantragt. Wenn der Gesetzgeber diesen Anträgen folgt, würden weitere rund 1,4 Millionen Menschen von Mindestlöhnen profitieren.

Im Internet

www.einblick.dgb.de

Hintergrundinfos zu Mindestlöhnen und zum Arbeitnehmerentsendegesetz

PROJEKTE UND PARTNER

Erwerbslose

Neuer Dachverband geplant

Bereits vor einigen Wochen hatte die Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen e.V. (BAG-SHI) Insolvenz anmelden müssen *(einblick 16/08)*. Die Initiatoren der BAG-SHI kündigten nach dem Insolvenzantrag an, ihre Arbeit – gegebenenfalls in neuer Form – fortführen zu wollen. Mitte November fand jetzt ein Treffen von VertreterInnen unabhängiger Erwerbsloseninitiativen statt. Es sei diskutiert worden, „wie es nach dem absehbaren Ende der BAG-SHI weitergehen kann", so der BAG-SHI-Vorsitzende Andreas Geiger. •

Aktion

Gegen Gewalt an Frauen



Die Frauenorganisation „Terre des Femmes" ruft auch in diesem Jahr zu einer „Fahnenaktion" anlässlich des Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen am 25. November auf. An der Aktion haben sich in den Vorjahren über 1000 Städte und Gemeinden – und auch zahlreiche Gewerkschaftsbüros – beteiligt und vor Rathäusern und öffentlichen Gebäuden Fahnen und Banner gehisst, um auf die Unterdrückung von Frauen weltweit hinzuweisen. Neben öffentlichen Einrichtungen ruft „Terres des Femmes" auch Privatpersonen auf, sich zu beteiligen. Fahnen und Banner gibt es auf der Internetseite. •

www.frauenrechte.de

WSI-Tarifarchiv

Plus beim Weihnachtsgeld

Das WSI-Tarifarchiv hat zum Jahresende die tariflichen Weihnachtsgeldzahlungen in über 20 Branchen unter die Lupe genommen. In vielen Branchen gibt es im Vergleich zum Vorjahr ein deutliches Plus – bis zu 11,1 Prozent. Die Beschäftigten in tarifgebundenen Betrieben hätten damit „von den besseren Tarifabschlüssen in dieser Tarifrunde" profitiert, so der Leiter des WSI-Tarifarchivs, Reinhard Bispinck. •

www.einblick.dgb.de/links

Ratgeber

Schwanger in der Ausbildung

Eine Schwangerschaft in der Ausbildung wirft viele Fragen auf. Antworten gibt der Ratgeber „Ausbildung, schwanger – und jetzt?" der DGB-Jugend. Die Broschüre greift alle Aspekte einer Schwangerschaft in der Ausbildung auf: zum Beispiel Maßnahmen zum Gesundheitsschutz, die im Betrieb gewährt werden müssen – oder Wege, sich finanzielle und ideelle Unterstützung zu organisieren. Der Ratgeber kann für 14 Cent plus Porto und Verpackung bestellt werden. •

www.dgb-bestellservice.de

neueBücher

Undercover in die Armut: Für viele PolitikerInnen und VerteidigerInnen der Agenda-Politik ist die Lebenswelt von LeiharbeiterInnen und Ein-Euro-JobberInnen ein fremdes Universum. All jenen – und allen anderen – sei das Buch *Arm trotz Arbeit* ans Herz gelegt. Autor Markus Breitscheidel hat sich anderthalb Jahre auf ein Leben in den Niederungen des sozialen Sicherungssystems eingelassen. Während dieser Zeit hat er in bester Wallraff-Tradition die Rücksichtslosigkeit von Leiharbeitsfirmen, eine drangsalierende Bürokratie und die Gefühlswelt der Menschen in prekärer Beschäftigung selbst erfahren. Schockierend dokumentiert er, wie es in der „schönen neuen Arbeitswelt" aussieht. Wer nach der Lektüre dieses Buches weiterhin das neoliberale Mantra „Gut ist, was Arbeit schafft" propagiert, muss sich gefallen lassen, als erkenntnisresistenter Ideologe abgestempelt zu werden.

Markus Breitscheidel: Arm durch Arbeit – Ein Undercover-Bericht. Econ Verlag, Berlin 2008, 218 Seiten, 18 Euro.

Workshop

Prävention weiterentwickeln

Die Gesetzliche Unfallversicherung (GUV) ist im Wandel. Eine Strukturreform ist bereits beschlossen, und die Diskussionen um Inhalt und Auftrag dauern an. Klar ist: Der Präventionsgedanke wird auch in Zukunft eine wesentliche Rolle spielen. Der Workshop „Die GUV im Wandel" von Hans-Böckler-Stiftung und Bertelsmann Stiftung thematisiert am 3. Dezember in Berlin die Folgen des aktuellen Umbaus der Unfallversicherung „für die Weiterentwicklung und Umsetzung ihrer Präventionsarbeit". •

www.einblick.dgb.de/links

Multimedia-CD

Musik gegen Rechts

Das Netzwerk „schlauer statt rechts", an dem auch die DGB-Jugend NRW beteiligt ist, hat eine Multimedia-CD zur „musikalischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus" herausgegeben. Die Auschwitz-Überlebende Esther Bejarano und die Kölner Hip-Hop-Band „Microphone Mafia" haben speziell für die CD Lieder aufgenommen. Diese Lieder sowie Videos, Präsentationen, Arbeitsblätter und Hintergrundmaterial sind didaktisch und jugendgerecht für den Schulunterricht oder die Jugendarbeit konzipiert. Schulen und anderen Bildungseinrichtungen wird die CD kostenfrei zur Verfügung gestellt. •

www.schlauer-statt-rechts.de

interregio

••• Der ***DGB Baden-Württemberg*** und der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt (KDA) haben eine ***Studie zur Lebenslage von Hartz-IV-EmpfängerInnen*** in Baden-Württemberg vorgestellt. Die befragten Betroffenen berichten darin von ihrer schwierigen Situation: die unzureichenden finanziellen Leistungen, unverhältnismäßige Sanktionen und das negative Bild, dass von ihnen in der Öffentlichkeit gezeichnet wird.

Link zur Studie: www.einblick.dgb.de/links

••• Die ***DGB-Jugend München*** fordert als Mitglied der ***Initiative „Für mehr drin!"*** vom Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV) die Einführung eines Semestertickets für SchülerInnen, Azubis und Studierende zu verbilligten Konditionen. An der Initiative beteiligen sich neben der DGB-Jugend die Studierendenvertretungen der Münchner Hochschulen sowie der Kreisjugendring, der Jugendrat und die Jusos München. Die Resolution der Initiative kann online unterzeichnet werden.

www.ausbildungsticket.de

Im einblick-Interview: Lothar Krauß, Vorsitzender von TRANSNET

Der Auftrag bleibt



Lothar Krauß, 52, ist seit dem 16. Mai 2008 Vorsitzender von TRANSNET.

Langweilig wird es auf dem TRANSNET-Gewerkschaftstag vom 23. bis 27. November kaum werden: Die rund 350 Delegierten müssen sich mit einer Vielzahl von Themen auseinandersetzen – von der Bahnprivatisierung bis zu den Auswirkungen der Finanzkrise auf den Schienenverkehr. Im einblick-Interview erläutert der TRANSNET-Vorsitzende Lothar Krauß die Schwerpunkte.

■ Finanzkrise, Tarifrunde 2009, Bahnprivatisierung, Gewerkschaftskonkurrenz, Boni für den DB-Vorstand, die Verarbeitung des „Seitenwechsels" deines Vorgängers – an Themen mangelt es dem Gewerkschaftstag wahrhaftig nicht. Was sollen die Schwerpunkte sein?

■ *Kontroverse Themen können einem Gewerkschaftstag nur gut tun. Und sicher wird über einige Themen aus der jüngeren Vergangenheit zu diskutieren sein. Aber wir richten unseren Blick in die Zukunft. Die Delegierten werden über fast 500 Anträge abzustimmen haben. Das geht vom JobTicket bis zur Gesundheitspolitik. Doch dabei gibt es auch einen roten Faden: soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Teilhabe der Beschäftigten, eine moderne ökologische Verkehrspolitik, um nur einige Stichworte zu nennen.*

■ Motto des Gewerkschaftstags ist: „Zeiten ändern sich – der Auftrag bleibt". Welcher Auftrag ist damit gemeint? Welches Signal soll vom Gewerkschaftstag ausgehen?

■ *Wir wollen mit diesem Motto auf die Verwurzelung unserer Gewerkschaftsarbeit hinweisen. Denn vor genau 60 Jahren ist die selbstständige Eisenbahnergewerkschaft nach den Jahren der Nazi-Herrschaft wiederbegründet worden. Damals mussten gewerkschaftliche Strukturen und Arbeitnehmerrechte geschaffen werden. Heute müssen wir diese verteidigen und uns gegen Lohn- und Sozialdumping wehren. Unser Auftrag aber ist derselbe: nämlich die konsequente Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten. Dazu, um nur ein Beispiel zu nennen, wollen wir heute den Branchentarifvertrag durchsetzen.*

■ Die Bahnprivatisierung steht weiterhin in der Kritik. Hat der Kompromiss zur Teilprivatisierung noch Bestand? Wird der Gewerkschaftstag auch die Haltung von TRANSNET zur Bahnprivatisierung neu bestimmen?

■ *Der Bund, als Eigentümer der Deutschen Bahn, hat die Teilprivatisierung verschoben. Das war wegen der andauernden Finanzkrise richtig. Er hat aber nicht erkennen lassen, dass er von dem Projekt als solchem abrücken will. Auch insofern bleibt also unser Auftrag bestehen: nämlich dafür zu sorgen, dass die Interessen der Beschäftigten dabei nicht auf der Strecke bleiben. Hier heißt unser Auftrag, den integrierten Konzern zu sichern, denn das bedeutet Erhalt der Beschäftigungssicherung. Dies wiederum setzt voraus, dass sich der DB-Konzern entwickeln kann. Geht das nicht über eine Lösung am Kapitalmarkt, muss der Bund für das nötige Eigenkapital sorgen. Er muss auch dafür sorgen, dass ausreichend Mittel in die Schienen-Infrastruktur fließen.*

■ Leiharbeit, weiterer Personalabbau und Outsourcing, wie etwa die geplante Gründung von 30 „Billig-Tochterunternehmen" – was setzt TRANSNET dem Kurs des Bahnmanagements entgegen?

■ *Beim Thema Zeitarbeit haben wir durchgesetzt, dass diese Kolleginnen und Kollegen dort beschäftigt werden, wo der Bedarf tatsächlich besteht. Also zum Beispiel in den einzelnen Transportbereichen. Außerdem wollen wir eine verbindliche Quote vereinbaren, die Zeitarbeit begrenzt und Missbrauch vermeidet. Beim Personalabbau ist die Grenze erreicht, wenn nicht sogar überschritten. Auch das Bahn-Management begreift langsam, dass man mit weniger Leuten nicht mehr Verkehr auf die Schiene bringt. Und was die Billig-Töchter betrifft: Da können wir die Bahn nur warnen, diesen Weg wirklich zu beschreiten. Das ist nämlich tarifvertraglich ausgeschlossen. Im Übrigen sagen wir den Kolleginnen und Kollegen immer: Das beste Mittel gegen solche Management-Strategien ist ein hoher Organisationsgrad.*

■ Nach der Tarifrunde ist vor der Tarifrunde: Welche Forderungen stellt ihr für 2009 – auch angesichts der veränderten Tariflandschaft der Bahn nach dem Abschluss der GDL? Und wie steht es um die Zusammenarbeit der Bahngewerkschaften?

■ *Wir haben in unseren Tarif-Dialogen mit den Beschäftigten ein umfangreiches Forderungspaket erarbeitet. Einige Kernpunkte sind eine Entgelterhöhung um zehn Prozent, Verbesserungen bei den Arbeitszeiten, insbesondere bessere Planbarkeit bei Schicht- und Wechseldiensten und eine JobTicket-Regelung für alle Konzernunternehmen. Dabei arbeiten wir seit langem eng mit der GDBA zusammen. Seit mehr als drei Jahren gibt es unsere Tarifgemeinschaft. Wir haben es auch nicht an Einladungen an die GDL fehlen lassen. Leider war sie zu einer Zusammenarbeit nicht bereit.*

■ TRANSNET musste in den letzten Jahren deutliche Mitgliederverluste hinnehmen. Wie wollt ihr dem gegensteuern?

■ *Dem allgemeinen Trend konnten wir uns in der Tat leider nicht entziehen – so wie die Gewerkschaften allgemein, wie Parteien und auch Kirchen. Wir hatten und haben auch unter dem Personalabbau in unserem Organisationsbereich zu leiden. Allerdings konnten wir unseren Organisationsgrad bei den so genannten Nicht-bundeseigenen Eisenbahnen ausbauen. Erfreulich ist auch der Zuwachs im Jugendbereich. In jüngster Zeit haben vor allem junge Menschen die Notwendigkeit erkannt, Mitglied einer starken Gewerkschaft, der TRANSNET, zu sein. An diesem Punkt werden wir weiterarbeiten.* ●

TRANSNET-Gewerkschaftstag

Vom 23. bis 27. November tagt im Berliner Hotel Estrel der 18. Ordentliche Gewerkschaftstag der TRANSNET. Sein Motto: „Zeiten ändern sich – der Auftrag bleibt". Mehr als 350 Delegierte und 300 Gäste werden erwartet.

Die Delegierten werden nicht nur fast 500 Anträge beraten und beschließen, sondern auch einen neuen Vorstand wählen. Für den Vorsitz kandidiert Lothar Krauß, 52, der am 16. Mai diesen Jahres zum Nachfolger von Norbert Hansen gewählt wurde, der als Arbeitsdirektor zur Deutschen Bahn AG wechselte. Auch die beiden stellvertretenden Vorsitzenden, Regina Rusch-Ziemba, 53, und Alexander Kirchner, 52, sowie das Vorstandsmitglied Wolfgang Zell, 57, treten erneut zur Wahl an. Nicht mehr kandidieren wird Karl-Heinz Zimmermann, 57. Erstmals zur Wahl für den TRANSNET-Vorstand stellt sich Martin Burkert, 44, TRANSNET-Gewerkschaftssekretär in Nürnberg und SPD-Bundestagsabgeordneter.

Mehr Infos:
www.gewerkschaftstag.de
www.transnet.org

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

IG BCE

Angesichts steigender Weltmarktpreise für Kohle hat die IG BCE gefordert, den heimischen Kohlebergbau über 2018 hinaus fortzusetzen. Der IG BCE-Landesbezirksvorsitzende von NRW, Kurt Hay, kündigte eine Kampagne der Gewerkschaft für die langfristige Weiterführung des Bergbaus an.

GEW

Die GEW fordert ein Bund-Länder-Programm zur Finanzierung von 10 000 Stellen für promovierte NachwuchswissenschaftlerInnen. Das Programm sei notwendig, um einen Generationenwechsel in der Hochschullehre zu vollziehe.

ver.di

Nach dem Rettungspaket für die Banken fordert ver.di – auch als konjunkturpolitische Maßnahme – einen „Rettungsschirm" für Krankenhäuser. Momentan fehle das Geld für etwa 17 000 Stellen, besonders im Pflegebereich. Dieser Investitionsstau von 56 Milliarden Euro müsse teilweise abgebaut werden.

DGB

Der DGB-Kalender für 2009 ist da. Neben einem Kalendarium inklusive Ferien- und Feiertagsübersicht bietet der Kalender jede Menge Extras: die aktuellen Mitgliederzahlen und die Mitgliederstruktur der DGB-Gewerkschaften, Infos zu den wichtigsten gewerkschaftlichen Service-Angeboten und Projekten sowie die Adressen aller DGB-Gewerkschaften und deren Partner. Den DGB-Kalender gibt es bei den DGB-Regionen.



„Frauen bestimmt" lautet das Motto, unter das die Gewerkschaftsfrauen die Veranstaltungen und Aktionen zum 8. März 2009, dem Internationalen Frauentag, stellen.

Schöneberger Forum

Für einen starken Staat

Privatisierung, Deregulierung, Wettbewerbsdruck – beim öffentlichen Dienst und bei der staatlichen Daseinsvorsorge hat die Politik in den vergangenen Jahren mehr und mehr Grenzen überschritten und massive Einschnitte vorgenommen. Auf dem Schöneberger Forum forderte DGB-Vize Ingrid Sehrbrock am 11. November in Berlin deshalb einen starken Staat und die „Renaissance des öffentlichen Dienstes".

Die Krise der Finanzmärkte habe die Grenzen und Probleme der Deregulierung überdeutlich werden lassen, betonte Sehrbrock. Und auch Privatisierung habe sich nicht als Königsweg erwiesen. „Geschäftsmodelle, deren Wettbewerbsfähigkeit auf Dumpinglöhnen basieren – wie etwa bei Postmitbewerbern – dürfen keine Chance haben", so Sehrbrock. Sie forderte Bund und Länder auf, regelmäßig Privatisierungsberichte zu veröffentlichen, in den Privatisierungsmaßnahmen beschrieben „und alle Folgen aufgezeigt werden".

Das diesjährige 11. Schöneberger Forum stand unter dem Motto „Der öffentliche Dienst im Wandel. Neue Aufgaben – effektive Strukturen – motivierte Beschäftigte". Veranstaltet wird das Schöneberger Forum vom DGB und der Fachzeitschrift „Der Personalrat". Es bietet Personalräten, Beschäftigten und GewerkschafterInnen Gelegenheit, sich über Veränderungen im öffentlichen Dienst und in der Beamtenpolitik auszutauschen. ●

www.schoeneberger-forum.de

Journalistentag

Produktivität contra Qualität

Der 22. Journalistentag der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di steht in diesem Jahr unter dem Motto „Journalismus heute – im Spannungsfeld zwischen Produktivität und Qualität". Am 29. November geht es in Berlin in Vorträgen und Diskussionsrunden um aktuelle Entwicklungen in den Medienberufen: von der Qualität der universitären Journalistenausbildung über Online-Journalismus bis zur Frage, ob JournalistInnen nicht längst „entgrenzte multi-tasking Content-Produzenten" sind. ●

www.einblick.dgb.de/links

Ausstellung

Orte des Terrors

Die ver.di-Jugend Cottbus hat den von der Landes-Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg" und weiteren Verbänden initiierten Wettbewerb „Brandenburg Art" gewonnen. Die jungen WettbewerbsteilnehmerInnen sollten „künstlerische Statements" gegen Rechtsextremismus setzen. Die Cottbusser konzipierten die Ausstellung „Um der Zukunft willen nicht vergessen – Orte des Terrors", die der Geschichte zweier KZ-Außenlager von 1933 bis 1945 nachgeht. Beeindruckt waren nicht nur die Jurymitglieder, sondern auch die Verantwortlichen im Brandenburger Landtag. Landtagspräsident Gunter Fritsch (SPD) bot an, den Wettbewerbsbeitrag im Landtagsgebäude in Potsdam zu präsentieren. Die Ausstellung ist dort bis zum 11. Dezember täglich von 8 bis 16 Uhr zu besichtigen. Der Eintritt ist frei. ●

www.landtag.brandenburg.de

„Konkrete Verbesserungen durchsetzen"



Aufsichtsrat des Monats

„Aufsichtsrätin des Monats" im November ist **Hannelore Hesseling.** In ihrer Gewerkschaft, der NGG, ist Hesseling Vorsitzende des Hauptausschusses – dem höchsten ehrenamtlichen Gremium. Und auch in ihrem Unternehmen engagiert sich die 60-Jährige seit langem für die Interessen der Beschäftigten. Seit 1987 ist sie Mitglied im Betriebsrat der Nordmilch AG – und seit 1990 Betriebsratsvorsitzende und Mitglied im Aufsichtsrat. Besonders wichtig für Hesseling: im Aufsichtsrat Einfluss auf die Situation der Beschäftigten bei der deutschen Großmolkerei nehmen zu können. „Konkrete Verbesserungen durchzusetzen", sagt Hesseling, sei ein Kern ihrer Arbeit.



Das komplette Porträt von Hannelore Hesseling ist auf der Aktionsseite online: *www.dgb.de/aufsichtsrat*

DGB-Strukturreform

Fortsetzung von Seite 1

sich die Gewerkschaften und ihr Bund künftig politisch aufstellen.

Hinter dem Konzept steht eine Grundidee: Der DGB ist und bleibt in allererster Linie der von allen Mitgliedsgewerkschaften akzeptierte politische Arm der Einheitsgewerkschaften. Er vertritt ihre Interessen auf allen politischen Ebenen – von den Kommunen über die Länder und den Bund bis nach Europa. Er steht für weitere Aufgaben zur Verfügung, aber nur in enger Abstimmung mit den Mitgliedsgewerkschaften.

Um diese politische Funktion zu stärken, wird der DGB künftig stärker in der Fläche präsent sein. Deshalb werden wir in allen Landkreisen und kreisfreien Städten DGB-Kreis- bzw. -Stadtverbände mit ehrenamtlich tätigen DGB-Vorsitzenden an der Spitze gründen. Damit rücken wir näher an die Menschen heran und verbessern unseren politischen Einfluss auf Kommunen und Kreise. Der DGB wird vor Ort wieder besser erlebbar und bekommt auf lokaler Ebene ein Gesicht. Ein weiterer Vorteil: Mit der stärkeren Präsenz in der Fläche können wir auch die Arbeit der Mitgliedsgewerkschaften in Landkreisen und Städten effektiver als bisher flankieren, die Solidarität der Mitgliedsgewerkschaften organisieren und sie zum Beispiel bei Arbeitskämpfen in bestimmten Regionen unterstützen.

Die Regionen sollen in Unterbezirke aufgehen

Die bisherigen 88 Regionen, denen direkt keine politische Ebene zugeordnet ist, werden künftig in einer wahrscheinlich geringeren Zahl von Unterbezirken aufgehen. Die Vorsitzenden der Unterbezirke und ihre hauptamtlichen MitarbeiterInnen haben zwei zentrale Aufgaben: Sie sollen die ehrenamtliche Arbeit der Kreis- und Stadtverbände unterstützen und unsere politische Vertretung gegenüber Regierungsbezirken und ähnlichen politischen Gliederungen wie z.B. Planungsregionen wahrnehmen. Sie sind den Bezirksverwaltungen angegliedert, bei denen sie ebenfalls mitarbeiten,



Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer erklärt die Grundzüge der geplanten DGB-Reform

und bilden gemeinsam mit den Bezirken die mittlere DGB-Organisationsebene.

Die bisher neun Bezirke, die jeweils für ein Bundesland oder mehrere Länder zuständig sind, werden – wie bisher – die gewerkschaftlichen Interessen gegenüber den Landesregierungen wahrnehmen. Wir werden prüfen, ob die Bezirke Sachsen und Berlin-Brandenburg eigenständig bleiben oder mit anderen Bezirken fusioniert werden.

Auf der Bundesebene wird der Geschäftsführende Bundesvorstand in Zukunft auf vier Mitglieder verringert. Wie die inhaltliche Arbeit und die Zusammenarbeit vor allem mit den Bezirken künftig gestaltet werden, ist nicht Gegenstand der Eckpunkte. Dazu gibt es derzeit eine Qualitäts- und Aufgabenüberprüfung durch die dänische Beratungsfirma Rambøll-Management, die viel Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Non-Profit-Organisationen hat. Es handelt sich hierbei um einen eigenständigen Prozess. Dabei geht es nicht darum, Stellen zu streichen. Die Kolleginnen und Kollegen sollen auch nicht mehr oder länger arbeiten. Vielmehr wollen wir herausfinden, ob wir die Potenziale der Beschäftigten richtig nutzen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den richtigen Stellen einsetzen und ob es Arbeitsabläufe gibt, die Zeit und Energie der Kolleginnen und Kollegen unnötig vergeuden, wie dies in Großorganisationen oft vorkommt. Am Ende hilft dieser Prozess nicht nur, unseren Kolleginnen und Kollegen die Arbeit zu erleichtern, sondern auch, bislang fest gebundene Strukturkosten frei zu machen.

Denn Eines ist völlig klar: Auch wegen der Reform-Eckpunkte müssen wir unsere fest gebundenen Strukturkosten verringern. Aber das machen wir ohne Personalabbau oder Entlassungen. Zwar werden die Mitgliedsgewerkschaften weiterhin 12 Prozent ihrer Beitragseinnahmen an den DGB überweisen (40 % davon gehen in den Rechtsschutz für ihre eigenen Mitglieder). Aber sie werden den Solidaritätsfonds nicht mehr zusätzlich finanzieren. Das müssen und werden wir künftig aus dem DGB-Etat leisten – und zwar ohne unsere Beschäftigten dafür zur Kasse zu bitten.

Zeit genug für Diskussionen

Ich bin hoch zufrieden mit dem Ergebnis. Und ich gehe davon aus, dass wir es gemeinsam bis Ende 2014 beschließen und umsetzen werden. Die Eckpunkte der Vorsitzenden sind dafür eine gute Vorarbeit. Dabei sind in die Reform auch die Ergebnisse von über vierzig Gesprächen eingeflossen, die ich mit EntscheidungsträgerInnen, gewählten und angestellten hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im DGB und in den Einzelgewerkschaften geführt habe. Der Impuls für die Reform kommt zwar von den Vorsitzenden, wir haben dabei aber nie die Bindung zur Basis verloren, ohne die sich ein solches Projekt nicht stemmen lässt.

Jetzt gibt es Zeit genug für Diskussionen. Und am Ende wird abgestimmt – in den zuständigen Gremien und letztlich auf dem ordentlichen DGB-Kongress im Mai 2010. Ich freue mich auf diese Diskussionen und stelle mich gerne der Verantwortung für dieses gelungene Reformkonzept. •

Fit für die Zukunft

„Der DGB stellt sich für die Zukunft auf" – unter dieser Überschrift hat der DGB Anfang November die Eckpunkte einer DGB-Strukturreform präsentiert, auf die sich die Vorsitzenden von DGB und Mitgliedsgewerkschaften zuvor geeinigt hatten.

Neben der Präsenz des DGB in allen politischen Kreisen durch ehrenamtliche Vorsitzende sollen Unterbezirke gebildet werden, die aus den Regionen hervorgehen, und der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand von fünf auf vier Mitglieder verkleinert werden.

Auch künftig werden die Gewerkschaften zwölf Prozent ihrer Beitragseinnahmen an den DGB abführen. Der bisher zusätzlich von ihnen finanzierte Solidaritätsfonds – etwa für gemeinsame Kampagnen – wird künftig aus dem DGB-Etat gespeist.

Für die Reform erforderliche Satzungsänderungen sollen auf dem DGB-Kongress im Mai 2010 verabschiedet werden. Der Reformprozess soll spätestens 2014 abgeschlossen sein. einblick wird diesen Prozess begleiten und in nächster Zeit Akteure aus allen gewerkschaftlichen Organisationsebenen zu Wort kommen lassen.

Im Internet
www.einblick.dgb.de
Themendossier zur Organisationsentwicklung des DGB und der Gewerkschaften

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

LANGZEITARBEITSLOSE: Quote in Deutschland hoch

Für Langzeitarbeitslose ist es in Deutschland schwieriger, wieder in Beschäftigung zu kommen, als in anderen europäischen Staaten. Von den 15 „alten" EU-Ländern hat Deutschland die höchste Quote Langzeitarbeitsloser. Und selbst in der erweiterten EU der 27 schneiden nur drei Länder noch schlechter ab: die Slowakei, Kroatien und Polen. Mit einer Langzeitarbeitslosenquote von 4,7 Prozent – gemessen an der Erwerbsbevölkerung – liegt Deutschland deutlich über dem europäischen Durchschnitt.



personalien

••• ***Susanne Uhl,*** 42, Studium der Politik- und Finanzwissenschaft, zuletzt im Bremer Sonderforschungsbereich „Staatlichkeit im Wandel" wissenschaftlich zu den Themen Europa und Steuern tätig, ist seit dem 1. November Referatsleiterin Steuerpolitik im Bereich Wirtschafts- und Steuerpolitik beim DGB-Bundesvorstand.

••• ***Stefan Gran,*** 32, Studium der Volkswirtschaft an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik (HWP), bisher parlamentarischer Assistent des hessischen SPD-Europaabgeordneten Udo Bullmann, ist ab dem 1. Dezember politischer Referent im Verbindungsbüro des DGB in Brüssel.

••• ***Claudia Menne,*** 46, Bereichsleiterin Frauen- und Gleichstellungspolitik beim DGB-Bundesvorstand, ist als stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Frauenrats wiedergewählt worden.

••• ***Peter Wichtel,*** 59, ver.di-Mitglied sowie Betriebsratsvorsitzender und Aufsichtsratsmitglied der Fraport AG, ist Anfang November von der Konrad-Adenauer-Stiftung als erster Arbeitnehmervertreter mit dem „Preis soziale Marktwirtschaft" ausgezeichnet worden. Der Preis wird seit 2002 für „herausragende Leistungen von Personen im Geiste der Sozialen Marktwirtschaft" verliehen – bisher nur an Unternehmer.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Sebastian Henneke, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
Dieser einblick-Ausgabe liegt der Newsletter „Erfolgsfaktor Familie", herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, bei.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

20./21.11. ver.di-Fachbereich Gemeinden, Personalräteforum, Magdeburg

21.-23.11. DGB-Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin, Seminar „Mit, ohne oder gegen den DGB? Was ist los in der deutschen Gewerkschaftslandschaft?", Flecken Zechlin (Brandenburg)

23.-27.11. TRANSNET, 18. Ordentlicher Gewerkschaftstag, Berlin

24.11. Friedrich-Ebert-Stiftung, Tagung „Atypische Beschäftigung und prekäre Arbeit von Einwanderern", Berlin

25.11. Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen

25.11. DGB Östliches Ruhrgebiet und Netzwerk Evangelische Kirche, Gesprächsabend „Immer mehr – schneller – weiter? Wie sich mein Arbeitsplatz verändert", Dortmund

27./28.11. WSI, WSI-Herbstforum „Rückkehr des Staates – Öffentliche Verantwortung für Wirtschaft und Beschäftigung", Berlin

29.11. DGB Hessen u.a., 4. Hessisches Sozialforum, Frankfurt/M.

1.12. DGB NRW, Diskussionsveranstaltung „Kommunen vor dem Kollaps? Zukunft für alle Städte und Gemeinden!", Oberhausen

Schlusspunkt

„Bauern finden Frau"

Die Online-Ausgabe der Financial Times Deutschland am 31. Oktober in Anlehnung an die RTL-Fernsehsendung „Bauer sucht Frau" zur Ernennung von Ilse Aigner zur neuen Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

URTEILE

Schönheitsoperation

Bei Fehler Opferentschädigung

Eine Schönheitsoperation stellt eine vorsätzliche, rechtswidrige gefährliche Körperverletzung dar, wenn die Zustimmung durch bewusst falsche Aufklärung erschlichen wurde. In einem solchen Fall kommt ein Anspruch des Patienten auf Entschädigung nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten in Betracht.

Der Fall: Bei einer Patientin war es im Anschluss an zwei kosmetische Operationen zu erheblichen Komplikationen gekommen. Die Frau hatte den Arzt im Vorfeld auf Vorerkrankungen aufmerksam gemacht. Der Arzt verschwieg ihr aber, dass wegen dieser Vorerkrankungen die Operationen ein erhebliches Gesundheitsrisiko darstellten. Er tat dies, weil er befürchtete, die Patientin würde sich sonst nicht von ihm operieren lassen. Hierfür wurde der Arzt wegen vorsätzlicher gefährlicher Körperverletzung verurteilt. Die Frau stellte daraufhin einen Antrag nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (OEG). Nach diesem Gesetz können Personen, die Opfer von Gewalttaten geworden sind, einen Anspruch auf Entschädigung gegen den Staat geltend machen. Das beklagte Land lehnte den Antrag jedoch mit der Begründung ab, es habe sich hier lediglich um einen Kunstfehler gehandelt. Das sei nicht vom Gesetz erfasst. Die dagegen erhobene Klage hatte Erfolg.

Das Landessozialgericht: Das Verhalten des Arztes, durch unzureichende Aufklärung der Patientin die (rechtsunwirksame) Einwilligung in die Operationen zu erlangen, stellt eine gravierende Missachtung der Persönlichkeitsrechte der Patientin dar. Der Arzt hat bewusst die Frau daran gehindert, sich in ihrer persönlichen Integrität zu schützen. Hieraus folgt objektiv die nach dem Gesetz erforderliche feindselige Tendenz der Körperverletzung. Die Auffassung, ärztliche Kunstfehler seien nicht vom Schutzzweck des Gesetzes umfasst, findet im Gesetz keine Stütze.

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen,
Urteil vom 21. Mai 2008 - L 10 VG 6/07

Arbeitslosengeld II

Eigenheimzulage ist kein Einkommen

Bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes II wird eine Eigenheimzulage nicht als Einkommen berücksichtigt, wenn diese zur unmittelbaren Bezahlung von Handwerkern oder zum Kauf von Baumaterial verwendet wird.

Der Fall: Der allein stehende Arbeitslose lebt in einem Eigenheim. Sein Antrag auf Arbeitslosengeld II (Alg II) wurde mit der Begründung abgelehnt, ihm sei eine Eigenheimzulage in Höhe von 5.112 Euro ausgezahlt worden, insoweit ruhe sein Anspruch. Die dagegen erhobene Klage hatte Erfolg.

Das Bundessozialgericht: Die Eigenheimzulage ist bei der Berechnung des Alg II auch dann und insoweit nicht als Einkommen bedarfsmindernd zu berücksichtigen, als der Hilfebedürftige die Eigenheimzulage nachweislich zur baulichen Errichtung einer angemessenen Immobilie in Eigenarbeit verwendet oder er damit entsprechende Handwerkerrechnungen bezahlt. Sind die Ausgaben für Eigenleistungen (Baumaterial usw.) oder zur Bezahlung von Handwerkerrechnungen noch nicht erfolgt, reicht es aus, wenn der Alg-II-Bezieher eine entsprechende Verwendungsabsicht darlegt; auch in diesem Fall ist bei der Eigenheimzulage von zweckgebundenem Einkommen auszugehen.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 30. September 2008 - B 4 AS 19/07 R

Schwarzarbeit

Berechnung nach Steuerklasse VI

Bei illegalen Beschäftigungsverhältnissen kann die Deutsche Rentenversicherung Sozialversicherungsbeiträge auf der Grundlage einer fiktiven Nettolohnvereinbarung nach erheben. Grundlage der nach zu entrichtenden Sozialversicherungsbeiträge sind die Einnahmen des Beschäftigten einschließlich der darauf entfallenden Steuern. Weil keine Steuerkarte vorliegt, ist die hinzuzurechnende Lohnsteuer nach Steuerklasse VI zu berechnen.

Sozialgericht Dortmund,
Urteil vom 8. September 2008 - S 25 R 129/06

Unfallversicherung

Bei Zweifel über Tätigkeit keine Rente

Steht nicht zweifelsfrei fest, dass ein Versicherter zum Zeitpunkt eines tödlichen Unfalls einer versicherten Tätigkeit nachging, besteht kein Anspruch auf Hinterbliebenenrente.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 20. Mai 2008 - L 3 U 9/07

Videoüberwachung

Betriebspartner können sie einführen

Arbeitgeber und Betriebsrat sind grundsätzlich befugt, eine Videoüberwachung im Betrieb einzuführen. Ob der damit verbundene Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Arbeitnehmer zulässig ist, richtet sich nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

Bundesarbeitsgericht,
Beschluss vom 26. August 2008 - 1 ABR 16/07

Ordentliche Kündigung

Anderweitiger Einsatz geht vor

Eine ordentliche Beendigungskündigung ist unverhältnismäßig, wenn die Möglichkeit besteht, den Arbeitnehmer auf einem anderen freien Arbeitsplatz gegebenenfalls auch zu schlechteren Arbeitsbedingungen weiterzubeschäftigen. Die Weiterbeschäftigungsmöglichkeit muss für den Arbeitnehmer geeignet sein. Der Arbeitnehmer muss unter Berücksichtigung angemessener Einarbeitungszeiten den Anforderungen des neuen Arbeitsplatzes entsprechen.

Der Arbeitgeber kann sich nicht darauf berufen, ein freier Arbeitsplatz sei bereits vor dem Kündigungszeitpunkt besetzt worden, wenn bei der Neubesetzung der Stelle der Wegfall des Arbeitsplatzes des gekündigten Arbeitnehmers schon feststand.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 5. Juni 2008 – 2 AZR 107/07

Heilpraktiker

Auf ärztliche Behandlung hinwirken

Ein Heilpraktiker darf den Patienten bei schwerwiegenden Erkrankungen nicht im Glauben lassen, eine ärztliche Behandlung werde durch den Heilpraktiker ersetzt. Er muss die Gefahren im Auge behalten, die sich daraus ergeben können, dass seine Patienten medizinisch gebotene Hilfe nicht oder nicht rechtzeitig in Anspruch nehmen.

Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg,
Beschluss vom 2. Oktober 2008 - 9 S 1782/08

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 01.12.2008 21/08

DGB

inhalt

Seite 3
Ein-Euro-Jobs zurückfahren
Die geplante Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente stößt in einigen Punkten beim DGB auf Kritik. Vor allem die Ein-Euro-Jobs müssten deutlich zurückgefahren werden

Seite 5
Mehr prekäre Beschäftigung
Junge Beschäftigte sind die Verlierer auf dem Arbeitsmarkt. Das zeigt eine Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit mit Fokus auf junge Beschäftigte unter 30 Jahren

Seite 7
Eindeutige Normen
Arbeitsrechtler Peter Wedde erklärt, warum jetzt ein Gesetz zum Arbeitnehmerdatenschutz kommen muss

Rentenversicherung

BDA gaukelt Entlastungen vor

Der DGB hält zurzeit Senkungen des Beitragssatzes zur Rentenversicherung für voreilig. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) sieht das ganz anders.

Wie FAQs („Frequently asked questions") liest sich das aktuelle BDA-Positionspapier zur Rentenpolitik. Zu 16 Fragen erklärt die BDA in 16 knappen Antworten, warum sie den Beitragssatz zur Rentenversicherung von 19,9 auf 19,6 Prozent senken will. Der Tenor: Die Beitragssenkung würde die ArbeitnehmerInnen entlasten und so in der anstehenden Rezession die Kaufkraft stärken und den Konsum anschieben. Und: Die Rücklagen der Rentenversicherung seien so groß, dass kein Risiko für das Rentensystem bestehe.

DGB-Vorstand Annelie Buntenbach kritisiert den BDA-Vorstoß: Er gaukele den Beschäftigten die milliardenschweren Entlastungen lediglich vor. Zwar würden Durchschnittsverdienern mit 2500 Euro Bruttoeinkommen tatsächlich 3,75 Euro mehr im Monat bleiben. Dafür müssten die ArbeitnehmerInnen aber auch das „Doppelt- und Dreifache" für die private Altersvorsorge zurücklegen, erklärt Buntenbach. Denn letztlich drohten durch die Beitragssenkungen weitere Rentenkürzungen.

Mehr private Vorsorge statt langfristig gesicherter gesetzlicher Rente – und damit de facto den weiteren Rückzug der Arbeitgeber aus der solidarischen Finanzierung der Sozialversicherungen: Das vermutet der DGB als eigentliches Ziel hinter den Arbeitgeberforderungen. Noch stärker privat vorzusorgen sei aber „für die meisten, gerade die jüngeren Beschäftigten kaum zu machen", meint Buntenbach.

Auch der DGB will angesichts der anstehenden Rezession die Kaufkraft stärken – dafür müssten aber nicht die Rücklagen der Rentenversicherung angezapft werden. „Wenn die Arbeitgeber endlich anständige Löhne für gute Arbeit zahlen und das Lohndumping durch Mindestlöhne gestoppt wird", so Buntenbach, „dann haben die Beschäftigten mehr Netto in der Tasche, und die Rentenversicherung wird automatisch stabiler."

Diese Stabilität will auch das Bundesarbeitsministerium sichern, bevor über Beitragssenkungen diskutiert wird. Arbeitsminister Olaf Scholz lehnte deshalb den BDA-Vorschlag umgehend ab und will zunächst die gesetzlich festgelegte „Nachhaltigkeitsrücklage" füllen. Die wäre aber frühestens 2012 aufgebaut, so der aktuelle Rentenbericht der Regierung. •



Während der Beitrag zur Rentenversicherung in den vergangenen Jahren weitgehend stabil geblieben ist, befindet sich der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung in der Amtszeit der großen Koalition im Sinkflug. Jetzt fordert die Wirtschaft, auch den Rentenbeitragssatz zu senken.

plusminusBERLIN

+ ***Mit der Gesundheitsreform wurde eine Versicherungspflicht eingeführt. Viele „Rückkehrer" in die gesetzliche Krankenversicherung können ihre Beiträge aber nicht zahlen, so die Bundesregierung. Frank Spieth (Die Linke) fordert deshalb auch für diese „Rückkehrer" den vollen Versicherungsschutz.***

– ***Der Investitionsbedarf im Bildungssystem taugt für den Unions-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder als Argument gegen Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst der Bundesländer. Im „Bereich Bildung und Erziehung ist Einiges zu schultern", die Tarifverhandlungen würden deshalb schwierig.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.etuc.org/a/5552
Portal des EGB zur europäischen Gewerkschaftsdemo am 16. Dezember in Straßburg

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
DGB-Merkblatt: Weihnachtsgeld 2008 – tarifliche und rechtliche Ansprüche

Euro-Betriebsräte

EU-Abgeordnete für mehr Rechte

Der Beschäftigungs- und Sozialausschuss des EU-Parlaments (EP) hat sich am 17. November für eine Ausweitung und Präzisierung der Beteiligungsrechte der Euro-Betriebsräte ausgesprochen. Die EU-Parlamentarier fordern die Mitgliedstaaten unter anderem auf, „abschreckende Sanktionen" bei Verstößen gegen das Gebot der rechtzeitigen Unterrichtung und Anhörung der Euro-Betriebsräte einzuführen. Parlament, Kommission und europäische Sozialpartner sind nun gefordert, einen tragfähigen Kompromiss zu entwickeln. Aus Sicht des DGB gehört dazu neben spürbaren Sanktionsregelungen insbesondere eine Erweiterung der Definition, was zu „länderübergreifenden Angelegenheiten" gehört, um sicherzustellen, dass bei Standortverlagerungen die EBR beteiligt werden. Außerdem fordert der DGB die Abkehr von einer Mandatsschwelle von 50 Beschäftigten pro Mitgliedstaat, weil das kleinere Belegschaften vom Recht auf Information und Anhörung ausschließen würde.

Geplant ist, dass das EP am 16. Dezember und der Rat am darauf folgenden Tag über die Richtlinie beschließt. Um die gewerkschaftlichen Forderungen für mehr Beteiligung – nicht nur bei der EBR-Richtlinie – zu bekräftigen, demonstrieren die europäischen Gewerkschaften am 16.12. in Straßburg. Was der DGB vom künftigen EP erwartet, hat er in einem Positionspapier zusammengefasst. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

EU-Konjunkturplan

Aktivitäten bündeln

Die EU-Kommission hat Ende November ihren Konjunkturplan in Folge der Finanzkrise vorgestellt. Er empfiehlt den Mitgliedsstaaten verschiedene Maßnahmen, um die anstehende Rezession möglichst schnell zu überwinden. Insgesamt setzt die Kommission auf ein europaweites Konjunkturpaket im Umfang von 200 Milliarden Euro – den Großteil davon werden die Mitgliedsstaaten schultern müssen. Man wolle die gemeinsamen Aktivitäten in der EU bündeln, erklärte Kommissionspräsident Barroso. Das heiße aber nicht, „dass alle das Gleiche tun müssen".

Die EU-Kommission will dafür sorgen, dass die Europäische Investitionsbank angeschlagenen Unternehmen mit günstigen Krediten hilft und will die strengen Verschuldungskriterien des Stabilitätspaktes vorübergehend lockern, um den Mitgliedstaaten mehr Spielraum für konjunkturpolitische Maßnahmen zu geben. Außerdem empfiehlt sie Mehrwertsteuersenkungen.

Aus Sicht des DGB sei es zu begrüßen, dass die EU-Kommission bemüht ist, einen konjunkturpolitischen Kraftakt aller Mitgliedstaaten voranzubringen, erklärte DGB-Chefökonom Dierk Hirschel. Für die Ausgestaltung gebe es bei den deutschen Gewerkschaften aber eine klare Präferenz für öffentliche Investitionen. Diese hätten erwiesenermaßen einen größeren Wachstums- und Beschäftigungseffekt als Steuersenkungen.

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat gemeinsam mit den europäischen Arbeitgeberverbänden BUSINESSEUROPE, UEAPME und CEEP die französische Ratspräsidentschaft und die EU-Kommission aufgefordert, noch vor dem EU-Gipfel im Dezember ein „Drei-Parteien-Gespräch" zwischen Sozialpartnern und Regierungen zu den Folgen der Finanzkrise zu organisieren. •

Datenschützer

Jobcard bedenklich

Kaum ein Thema wird derzeit so kontrovers diskutiert wie der Datenschutz – ob beim Entwurf des neuen BKA-Gesetzes oder aufgrund aktueller Skandale in der Wirtschaft (siehe Seite 7). Viel Diskussionsstoff für die Jahreskonferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder, die im November in Bonn stattfand.

Nicht weniger als zehn Entschließungen verabschiedeten die DatenschützerInnen. Besondere Kritik übten sie etwa am von der Bundesregierung geplanten elektronischen Entgeltnachweis (ELENA) – der so genannten „Jobcard": Nach den bisherigen Plänen sollen in einer zentralen Datenbank alle für die Berechnung von Sozialleistungen relevanten Daten aller deutschen ArbeitnehmerInnen gespeichert werden. Das ELENA-Projekt ist Teil des Bundes-Programms zum Bürokratieabbau. Angesichts der „höchstvagen Erwartungen auf langfristige Effizienzsteigerungen" sei die Datenerhebung über die Jobcard aber unverhältnismäßig. Es gebe weiterhin „verfassungsrechtliche Bedenken", so die Datenschutzbeauftragten. Eine umfangreiche Datensammlung wie die ELENA-Datenbank wecke außerdem „Begehrlichkeiten, die Daten für andere Zwecke zu verwenden".

Angesichts „einer Reihe gravierender Datenschutzverstöße in den letzten Monaten" – etwa bei der Telekom – sprachen sich die 17 DatenschützerInnen außerdem für gesetzliche Regelungen aus, die bei Datenschutzpannen oder Datenmissbrauch für mehr Transparenz sorgen sollen. •

Alle Entschließungen der Konferenz: www.einblick.dgb.de/hintergrund

Sozialgerichte

Hartz IV schafft Jobs

Bereits Anfang des Jahres berichtete *einblick* über eine Flut von Klagen vor deutschen Sozialgerichten, die in Zusammenhang mit den Hartz-Reformen stehen *(einblick 3/2008)*. Allein von 2005 auf 2007 hatte sich die Zahl der Verfahren mehr als verdoppelt.

Das größte deutsche Sozialgericht – das Berliner Sozialgericht – meldete jetzt „Land unter". Zwar liege das Gericht bei der Erledigungsquote im Bundesvergleich vorn, bis Jahresende würden sich aber voraussichtlich 16 000 unerledigte „Hartz-IV-Verfahren" ansammeln, erklärte ein Gerichtssprecher. Berlins Justizsenatorin Gisela von der Aue (SPD) reagierte und kündigte an, die Zahl der Richterstellen um über 50 Prozent auf dann 117 RichterInnen erhöhen zu wollen. •

ILO-Report

Schwierige Zeiten

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) warnt vor weltweiten Reallohneinbußen von ArbeitnehmerInnen durch die Finanzkrise. Die ILO erwartet für 2008 einen Reallohnzuwachs von nur 1,7 Prozent und für 2009 von 1,1 Prozent. In einer Reihe von Ländern müsse man sogar von einem Rückgang der Löhne ausgehen – dabei müssten die regionalen Unterschiede beachtet werden. Laut ILO-„Global Wage Report" gehört Deutschland zu den Industrieländern, in denen seit 1995 die Kluft zwischen den höchsten und den niedrigsten Löhnen am schnellsten gewachsen ist. Ländern wie Frankreich, Spanien und Brasilien gelang es hingegen, diesen Trend abzuwehren. Die ILO empfiehlt, die Binnennachfrage zu stärken und fordert die Einführung von Mindestlöhnen. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Arbeitsmarktpolitik

Weiterbildung statt Ein-Euro-Jobs

Lange hat das Arbeitsministerium an Vorschlägen für eine Umstrukturierung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente gearbeitet – jetzt geht es Schlag auf Schlag. Mitte November war der Gesetzentwurf in erster Lesung im Bundestag, noch im Dezember soll er verabschiedet werden. Der DGB fordert bis dahin noch umfangreiche Korrekturen.

Hinter dem Regierungsentwurf verbirgt sich nicht weniger, als die größte Arbeitsmarktreform in der Amtszeit der großen Koalition. Seit Monaten standen beim Arbeitsministerium alle Instrumente zur Arbeitsförderung und Eingliederung von Arbeitssuchenden in den Arbeitsmarkt auf dem Prüfstand: Mit dem erklärten Ziel, die Zahl der Maßnahmen zu reduzieren.

Ein Ergebnis: Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) werden auf Drängen der Union komplett abgeschafft, die Ein-Euro-Jobs aber bleiben. Vor allem dieser Punkt stößt auf deutliche Kritik des DGB. Langzeitarbeitslose würden dadurch weiter benachteiligt. Denn die kurzfristigen Ein-Euro-Jobs bieten mit einer durchschnittlichen Beschäftigungszeit von nur sechs Monaten weit weniger Chancen auf eine Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt, als die langfristiger und nachhaltiger angelegten ABM. Dass die Ein-Euro-Jobs als Arbeitsmarktinstrument wenig effektiv sind, hat auch der Bundesrechnungshof bestätigt: Die Mehrheit der TeilnehmerInnen ist auch nach Ende der „Maßnahme" weiter hilfebedürftig. Die Zahl der Ein-Euro-Jobs solle deshalb deutlich zurückgefahren und etwa durch Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung ersetzt werden, fordert DGB-Arbeitsmarktexperte Wilhelm Adamy: „Ein-Euro-Jobs müssen ein Ausnahmetatbestand werden."

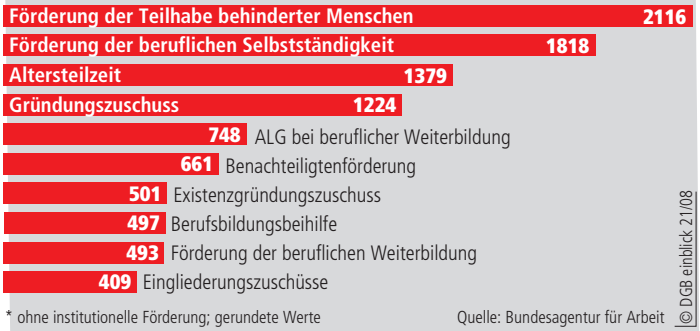
Weiterer Kabinettsplan: Die ArbeitsvermittlerInnen sollen mehr Ermessensspielräume bei der Vergabe von Leistungen bekommen. „Mehr Flexibilität" soll das laut Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) bringen, statt „im großen Maßstab alles nach Detailhubereien zu organisieren". Der DGB befürchtet aber, dass genau das in Kombination mit vorgesehenen Verschärfungen verschiedener Sanktionsmechanismen „bestehende Nachteile eher verstärkt" – der Ermessensspielraum also nach unten ausgelegt wird. Sinnvoller sei es, den FallmanagerInnen in den Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) echte finanzielle Entscheidungsgewalt zu geben, wenn sie Arbeitssuchenden und Hilfebedürftigen individuelle Angebote zur Sucht- und Schuldnerberatung oder zur Kinderbetreuung machen wollten. Der DGB unterstützt deshalb den im Gesetzentwurf geplanten so genannten „Experimentiertopf". Zwei Prozent des Finanzvolumens der aktiven Arbeitsförderung sollen zur Verfügung gestellt werden, um individuelle Förderangebote zu machen. Neben dem DGB fordern auch Länder und Kommunen, diesen Prozentsatz noch aufzustocken.

Grundsätzlich positiv beurteilt der Gewerkschaftsbund die geplanten Programme, um jungen Menschen ohne Schulabschluss zumindest den Hauptschulabschluss zu ermöglichen. Trotzdem setzt sich damit ein Trend fort, den der DGB seit Längerem kritisiert: Statt gesamtgesellschaftliche Ausgaben aus Steuermitteln zu finanzieren, werden die Kosten den Beitragszahlern der Arbeitslosenversicherung aufgebürdet. Damit würde die Solidargemeinschaft – vor allem die kleinen und mittleren Beitragszahler – für „Defizite im schulischen Bildungssystem in Haftung genommen", meint Adamy.

Auch beim Arbeitslosengeld I (ALG I) sieht der DGB Nachholbedarf – und will den Kreis der Arbeitslosen erhöhen, die Anspruch auf ALG I haben. Bisher gilt das für Arbeitslose, die in den letzten zwei Jahren vor dem Jobverlust mindestens 12 Monate sozialversichtungspflichtig beschäftigt waren. Der DGB will diesen Zeitraum auf drei Jahre erhöhen und hat in der Experten-Anhörung zum Gesetzentwurf entsprechende Vorschläge gemacht. Als Ergebnis der Anhörung hoffe er darauf, dass sich die Koalition noch auf diese Änderung verständige, erklärt Adamy. •

Breites Spektrum

Die zehn größten Einzelposten bei den Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit aus den Bereichen „Integrationsorientierte Instrumente" und „Leistungen der aktiven Arbeitsförderung" 2007 (in Millionen Euro)*



* ohne institutionelle Förderung; gerundete Werte

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Leistungen der Bundesagentur für Arbeit decken ein breites Spektrum ab. Manche sind im Sozialgesetzbuch festgelegt, andere gehören zum Bereich „Sonstige Leistungen der aktiven Arbeitsförderung". Einige der Arbeitsmarktinstrumente sollen jetzt abgeschafft oder neu geordnet werden.

Modellsuche

2009 werden die ersten Debatten zu einer weiteren „Großbaustelle" der Arbeitsmarktpolitik beginnen müssen: Ende 2007 hat das Bundesverfassungsgericht die Zusammenarbeit von Kommunen und Bundesagentur für Arbeit in Arbeitsgemeinschaften, den so genannten ARGEn, für verfassungswidrig erklärt. 2010 muss ein neues Konzept stehen. Derzeit gibt es drei Modelle der „Hartz-IV-Betreuung":

In den Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) nehmen Bundesagentur für Arbeit (BA) und Kommunen die entsprechenden Aufgaben gemeinsam wahr. Das Modell ist das am weitesten verbreitete, in insgesamt 353 Städten und Gemeinden haben seit 2005 ARGEn ihre Arbeit aufgenommen.

Beim Optionsmodell nehmen die Kommunen in alleiniger Trägerschaft die entsprechenden Aufgaben wahr. Derzeit wird das Modell in 69 Städten und Gemeinden praktiziert.

Beim Modell der getrennten Trägerschaft (21 Kommunen) übernimmt die BA Arbeitsvermittlung und Auszahlung von ALG II, die Gemeinden die übrigen Aufgaben.

Hintergrund

www.einblick.dgb.de

Stellungnahme des DGB zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente

PROJEKTE UND PARTNER

Fachtagung

Das Internet der Dinge

Viele aktuelle Fragen der Arbeitswelt drehen sich um die Digitalisierung und ihre Auswirkung für die ArbeitnehmerInnen. Gefährdet die Rationalisierung Jobs? Welche Qualifikationen brauche ich? Lassen Computer und Vernetzung nur noch Platz für schlecht bezahlte „Einfacharbeitsplätze"? Werde ich in Zukunft rund um die Uhr überwacht? Das sind nur einige Aspekte, die auf der Fachtagung „Das Internet der Dinge – die Informatisierung der Arbeitswelt und des Alltags" der Hans-Böckler-Stiftung am 3. und 4. Dezember in Berlin diskutiert werden. Unter anderem werden in Arbeitsgruppen Mechanismen und Chancen der Digitalisierung debattiert. •

www.einblick.dgb.de/links



Ratgeber

Jobben in der Kneipe

Nebenjobs in Kneipen und Restaurants sind bei Studierenden und SchülerInnen sehr beliebt. Sie bieten flexible Arbeitszeitplanung – Trinkgeld inklusive. Allerdings werfen Jobs im Gastronomiegewerbe auch Fragen auf: Wie lange muss ich arbeiten, wenn die Kneipe voll ist? Mein Chef will keinen Vertrag, ist das ok? Was ist, wenn ich krank bin? Antworten gibt der Ratgeber „Stimmt so – Jobben in Restaurants, Kneipen und Hotel" der DGB-Jugend und der NGG. Mit umfangreichen Informationen zu Überstunden, Mankogeld und Dienstkleidung gibt die Broschüre einen guten Überblick zu allen Regelungen rund um Jobs im Gastrobereich. Erhältlich ist der Ratgeber für 2,45 Euro inklusive Versandkosten. •

www.dgb-bestellservice.de

neue**Bücher**

Consulting als Chance: Betriebliche Mitbestimmung wird zusehends komplexer – fortwährende Restrukturierungen, global operierende Unternehmen und täglich neue Wirtschaftsanglizismen verlangen ArbeitnehmervertreterInnen viel ab. Externe Beratung ist eine Möglichkeit, sich die nötige Kompetenz zu sichern. Die Hans-Böckler-Stiftung zeigt in dem Reader *Beratung anders. Consulting für Betriebsräte und Gewerkschaften* die aktuellen Entwicklungen auf. In verschiedenen Beiträgen schildern ExpertInnen die Perspektiven und Möglichkeiten externer Betriebsratsberatung. Ein Gebiet, auf dem BeraterInnen mittlerweile nicht mehr wegzudenken sind, ist die Betriebsratsarbeit auf europäischer Ebene. Mehrere Beiträge setzen sich mit der vielschichtigen transnationalen Dimension der Arbeitnehmervertretung auseinander.

Klaus Kost (Hrsg.): Beratung anders. Consulting für Betriebsräte und Gewerkschaften, Schüren Verlag, Marburg 2008, 224 Seiten , 19,90 Euro

Arbeitsrecht kompakt: Das deutsche Arbeitsrecht ist kompliziert und unübersichtlich. ArbeitnehmerInnen oder Betriebsräte, die sich „mal eben" zu einer Frage informieren wollen, müssen sich durch einen Wust von Gesetzen, Verordnungen und aktuellen Rechtsurteilen wühlen. Für Abhilfe will ein neuer umfassender *Kompaktkommentar zum Individual-Arbeitsrecht* sorgen. Mit Beiträgen etwa zum Arbeitnehmer-Entsendegesetz, zum Kündigungsschutz oder zum Bundesdatenschutzgesetz stellen ArbeitsrechtlerInnen die aktuelle Sachlage dar und geben Tipps und Anmerkungen zur praktischen Anwendung.

Peter Wedde (Hrsg.): Arbeitsrecht – Kompaktkommentar zum Individualrecht mit kollektivrechtlichen Bezügen. Bund-Verlag, Frankfurt am Main 2008, 1395 Seiten, 89,90 Euro (79,90 Euro Subskriptionspreis bis 31.01.2009).

FES-Veranstaltung

Wer versorgt die Alten?

Zwei Drittel der privaten Pflege alter Menschen wird von Frauen geleistet. Aufgrund der demografischen Entwicklung wird der Pflegebedarf in Zukunft noch steigen. Wie kann private Pflege auf mehr Schultern – auch männliche – verlagert werden? Wo erhalten Betroffene Rat? Welche finanzielle Unterstützung gibt es? Solchen Fragen widmet sich die Veranstaltung „Wenn Töchter nicht mehr pflegen…– zur Zukunft der privaten Pflegearbeit" der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) am 11. Dezember in Berlin. In Diskussionen und Vorträgen sollen Perspektiven und Möglichkeiten erläutert werden. •

www.einblick.dgb.de/links

Arbeit und Leben

Neues Bildungsprogramm

Der gewerkschaftsnahe Bildungsträger „Arbeit und Leben" hat das neue Jugendbildungsprogramm 2009 veröffentlicht. Die Seminare umfassen im kommenden Jahr die Schwerpunkte Arbeit, Zivilcourage, interkultureller Dialog, Globalisierung, Geschlechterrollen und Medien. Angesprochen sind alle Jugendlichen, die sich für Politik und Gesellschaft interessieren. „Arbeit und Leben" ist eine Einrichtung der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung, getragen vom DGB und den Volkshochschulen. Die Broschüre kann im Internet kostenlos heruntergeladen werden. •

www.arbeitundleben.de

interregio

••• Eine ***Umfrage*** der ***DGB-Jugend Berlin-Brandenburg*** unter 1500 Auszubildenden in der Region hat ergeben, dass über 90 Prozent die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 7,50 Euro unterstützen. Die Vergütung in der Erstausbildung beträgt in Ostdeutschland durchschnittlich 350 Euro monatlich – das reicht kaum für ein eigenständiges Leben. Wer keinen betrieblichen Ausbildungsplatz findet, dürfe laut Gesetz sogar mit noch weniger „abgespeist werden", erklärt Bezirksjugendsekretär Daniel Wucherpfennig: mit Ausbildungsvergütungen zwischen 92 und 270 Euro. In Berlin-Brandenburg trifft das bereits auf jeden zweiten Azubi zu. Die DGB-Jugend fordert daher eine Mindestausbildungsvergütung von 500 Euro pro Monat.

www.berlin-brandenburg.dgb.de

••• Die ***DGB-Jugend Köln*** hat im Vorfeld der Kommunalwahlen 2009 in NRW ihr ***Positionspapier*** „Ausbildung für alle" vorgestellt. Stephan Otten, Jugendbildungsreferent des DGB Köln, erklärte, die Parteien müssten sich bei den Wahlen an jugendpolitischen Themen messen lassen. Die DGB-Jugend fordert von der Stadt Köln mehr Anstrengungen, um Jugendlichen bessere Zukunftsperspektiven zu bieten. Insbesondere sei ein besseres Übergangsmanagement von Schule in Ausbildung und Beruf vonnöten. Darüber hinaus setzen sich die jungen GewerkschafterInnen für Mindeststandards bei Praktika und für bezahlbaren Wohnraum für Azubis und Studierende ein. *Das Positionspapier zum Download: www.einblick.dgb.de/hintergrund*

DGB-Index Junge Beschäftigte

Jung, prekär und unterbezahlt

Sie sind jung, sie arbeiten unter prekären Bedingungen, und sie sehen ihre Zukunft alles andere als rosig: Die Einkommenssituation junger Beschäftigter in Deutschland hat sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich verschlechtert. Das ist ein Ergebnis der Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit 2008 „Junge Beschäftigte".

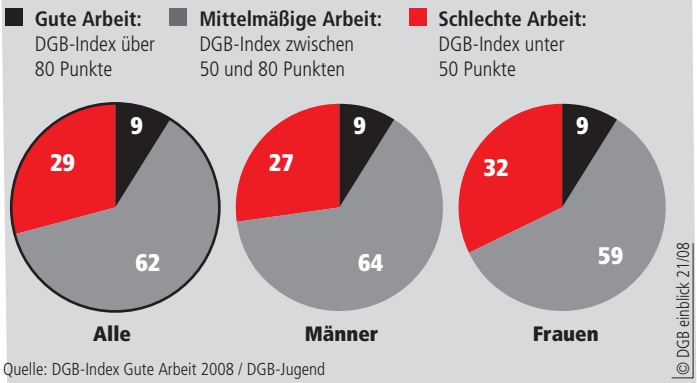
Junge Beschäftigte sind die Verlierer auf dem Arbeitsmarkt. „Während die Ansprüche in allen Branchen steigen und junge Beschäftigte heute höhere Qualifikationen mitbringen, entwickelt sich das Einkommensgefüge auseinander", fasst die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock zusammen. Mehr als 60 Prozent der jungen Beschäftigten arbeiten unter unsicheren Arbeits- und Einkommensbedingungen: entweder zu Niedriglöhnen unter 1500 Euro (20 Prozent) und/oder befristet (26 Prozent), in Zeitarbeit (5 Prozent) oder in Minijobs (10 Prozent).

Das hat Folgen: 67 Prozent der jungen Menschen haben Angst um ihre berufliche Zukunft. Insbesondere Aspekte, die für sie besonders wichtig sind, wie ein faires Einkommen und berufliche Sicherheit, werden von den jungen Beschäftigten am negativsten bewertet. Glücklich in die Zukunft schauen sie dabei natürlich nicht. Im Gegenteil: Angesichts ihrer aktuellen prekären Arbeitssituation machen sich viele junge Menschen schon heute Sorgen um ihr Auskommen im Alter. Lediglich fünf Prozent erwarten, dass ihre Rente ausreichend sein wird. Weniger als die Hälfte der jungen Beschäftigten glaubt, ihre derzeitige Tätigkeit bis zur Rente ausüben zu können. Ihr aktuelles Einkommen brauchen sie für den täglichen Lebensunterhalt. So haben sie wenig Möglichkeit, privat Vorsorge für das Alter zu betreiben.

Besonders häufig sind junge Beschäftigte in der Zeitarbeit zu finden – eine Branche, die kaum stetige Beschäftigung fördert. Die Quote der ZeitarbeiterInnen ist mit fünf Prozent unter jungen Beschäftigten doppelt so hoch wie im Schnitt aller Erwerbstätigen.

Junge Beschäftigte: Gute Arbeit Mangelware

Arbeitsqualität aus der Sicht von Beschäftigten unter 30 Jahren (in Prozent)



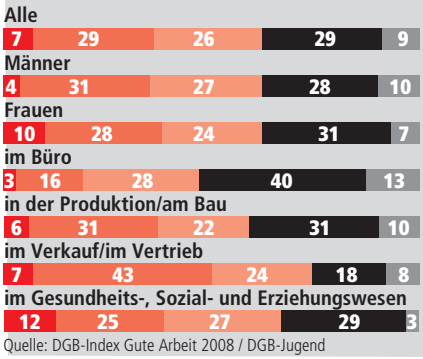
Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2008 / DGB-Jugend

© DGB einblick 21/08

Nicht einmal jede/r zehnte junge Beschäftigte hat gute Arbeitsbedingungen. Dafür fällt fast ein Drittel unter die Kategorie „schlechte Arbeit". Junge Frauen schneiden dabei noch schlechter ab als Männer.

Unter 30-Jährige: Immer mehr Niedriglöhner

Bruttoeinkommensverteilung von jungen Vollzeitbeschäftigten – ohne Azubis (in Prozent)



Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2008 / DGB-Jugend

© DGB einblick 21/08

Je nach Beschäftigungsbereich arbeiten bis zu 50 Prozent (Verkauf/Vertrieb) der unter 30-Jährigen Vollzeitbeschäftigten zu Niedriglöhnen von unter 1500 Euro brutto im Monat.

„Das ist auch aus wirtschaftlicher Perspektive kurzsichtig, denn die Unternehmen sind auf qualifizierte Fachkräfte angewiesen. Und aus politischer Sicht ist die prekäre Lage vieler junger Beschäftigter ein Skandal und hat mit guter Arbeit nichts zu tun", bekräftigt DGB-Vize Sehrbrock. „Diese Entwicklung trifft junge Beschäftigte besonders hart und macht sie zur arbeitsmarktpolitischen Manövriermasse."

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende sieht in der Einführung eines Mindestlohns von zunächst 7,50 Euro eine der „notwendigen politischen Antworten auf diese Situation. Viele junge Beschäftigte wären nicht länger gezwungen, trotz Vollzeitjob ihren Eltern, Partnern oder dem Steuerzahler auf der Tasche zu liegen."

DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf fordert die Arbeitgeber auf, jungen MitarbeiterInnen „eine Perspektive zu geben, statt ihnen möglichst viel Arbeitskraft für möglichst wenig Geld abzufordern. Jobs für junge Beschäftigte müssen sicherer werden: durch möglichst viele unbefristete Arbeitsverträge, eine faire Bezahlung und gute Qualifizierung." Ein wichtiger Beitrag zu besseren Berufsaussichten sei auch die Übernahme junger Menschen nach der Ausbildung. •

Jahrbuch Gute Arbeit

Gute Arbeit ist ein Kernthema der Gewerkschaften. Doch wie lassen sich gute Arbeitsbedingungen angesichts des durch die Finanzkrise erhöhten Drucks auf ArbeitnehmerInnen durchsetzen? Was macht gute Arbeit aus? Welche politischen Rahmenbedingungen sind erforderlich?

Antworten auf alle diese Fragen will das neue Jahrbuch „Gute Arbeit" aus dem Bund-Verlag bieten. Es führt nicht nur die Debatte fort, sondern stellt auch faktenreich und detailliert die vielfältigen Facetten von guter Arbeit vor und präsentiert praxisnah und handlungsorientiert gewerkschaftliche Initiativen, Projekte und Kampagnen, um die Arbeitsqualität der Beschäftigten zu verbessern.

Lothar Schröder/Hans-Jürgen Urban (Hrg.), ***Gute Arbeit. Handlungsfelder für Betriebe, Politik und Gewerkschaften.*** *Ausgabe 2009, Bund-Verlag, Frankfurt/Main 2008, 373 Seiten, 39,90 Euro*

Mehr Infos:
www.einblick.dgb.de

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Der NGG-Hauptvorstand will in der Tarifrunde 2009 Lohnsteigerungen von fünf bis sieben Prozent erreichen. In Tarifgebieten, in denen die untersten Tariflöhne unter 7,50 Euro pro Stunde liegen, sollen diese in einem ersten Schritt auf mindestens 7,50 Euro erhöht und weiter auf neun Euro pro Stunde angehoben werden.

Die GdP hat anlässlich des 25-jährigen Gründungsjubiläums der GdP-Frauengruppe kritisiert, dass es zwar immer mehr Frauen im Polizeidienst gebe, ihre Teilhabe aber nicht in gleichem Maße wachse. Die GdP-Frauen fordern insbesondere Entgeltgleichheit, faire Karrierechancen und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die IG Metall hat die aktuellen Einstiegsgehälter der Fachbereiche Automobil, Elektro, IT, Maschinenbau, Stahl und Telekommunikation in einem Faltblatt zusammengefasst. Ingenieure, Naturwissenschaftler und Informatiker mit Uni-Abschluss schnitten am besten ab, mussten aber im Vergleich zum Vorjahr Einbußen hinnehmen.
www.igmetall.de

ver.di begrüßt die Novelle des Filmfördergesetzes als Teilerfolg für Filmschaffende, da nun stärker die Belange der Beschäftigten berücksichtigt werden. Leider sei aber die Einhaltung des Branchentarifvertrags nicht zum Kriterium für die Filmförderung geworden.

TRANSNET-Gewerkschaftstag

Raus aus der Krise

Mit Alexander Kirchner als neuem Vorsitzenden will die Gewerkschaft TRANSNET ihr Profil schärfen und die Interessen ihrer Mitglieder wieder stärker in den Fokus ihrer Arbeit stellen. Das ist ein Ergebnis des Gewerkschaftstags, der Ende November in Berlin tagte.

Der neue Vorsitzende Alexander Kirchner geht davon aus, dass TRANSNET gestärkt aus dem Gewerkschaftstag hervorgeht: „Außenstehende sind davon ausgegangen, dass dieser Kongress die Krise noch verstärken werde. Aber die Arbeitgeberseite hat wahrgenommen, dass TRANSNET auch in schwierigen Zeiten zusammenstehen und Geschlossenheit beweisen kann und dass man mit Geschlossenheit Krisen überwinden kann."

Probleme hat TRANSNET genügend: Über die Hälfte der Mitglieder sind RentnerInnen, und auch die Mitgliederentwicklung der letzten Jahre war nicht gerade positiv: Neben der Konkurrenz durch die Lokomotivführergewerkschaft GDL sorgte etwa der Seitenwechsel des ehemaligen Vorsitzenden Norbert Hansen für Unmut an der Basis. Und mit dem Votum der Gewerkschaftsführung der letzten Jahre pro Bahnprivatisierung hatte sich TRANSNET auch innerhalb der DGB-Gewerkschaften für einige Zeit ins Abseits gestellt. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer empfahl bei der Eröffnung des Kongresses, den Aufschub des Börsengangs der Bahn als Chance zu nutzen, die Privatisierung grundsätzlich zu überdenken.

Auf ein eindeutiges Votum für oder gegen Privatisierung möchte sich Kirchner nicht festlegen. Entscheidend seien die Folgen für die Beschäftigten. Es sei an der Zeit, dass wir „Plan B, also die Bahn in Staatshänden als Alternative zur Privatisierung in den Vordergrund stellen". Der Wettbewerb in der Verkehrsbranche dürfe nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird. Nicht die Bahn AG, sondern das gesamte System Schiene müsse die für die Zukunft notwendigen Investitionsmittel bekommen. Wichtig sei vor allem, den integrierten DB-Konzern zu erhalten. •

www.gewerkschaftstag.de

IG BAU

Keine Aufträge für Dumping-Firmen

IG BAU, Zoll und die Arbeitgeberverbände der Bauwirtschaft haben mit dem Land Nordrhein-Westfalen ein „Bündnis gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung am Bau in NRW" geschlossen. Das bevölkerungsreichste Bundesland ist damit das zehnte, in dem die IG BAU mit den Zollbehörden und den Arbeitgebern ein entsprechendes Abkommen durchsetzen konnte.

„Unternehmer, die ihre Arbeitnehmer korrekt beschäftigen, müssen sich gegen Dumpingfirmen behaupten können", erklärt der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel. Das funktioniere aber nur, wenn „fundierte Hinweise und Verdachtsmomente auch gemeldet werden", so Wiesehügel. Daran wollen die Partner der „Bündnisse gegen Schwarzarbeit" gemeinsam arbeiten.

Mit Erfolg: Nicht zuletzt wegen des gemeinsamen Engagements von IG BAU und Arbeitgebern konnte die Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung (FKS) im vergangenen Jahr 190 000 Ermittlungsverfahren erfolgreich abschließen. Bußgelder in Höhe von 77 Millionen Euro wurden verhängt, fast 1400 Freiheitsstrafen ausgesprochen. Und auch bei öffentlichen Aufträgen setzten die Bündnispartner Zeichen: Die NRW-Landesregierung hat sich im jetzt geschlossenen Abkommen etwa dazu verpflichtet, auffällig gewordene Unternehmen konsequent von der Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen auszuschließen. •

DGB Rheinland-Pfalz

Mehr Frauen in Kommunalparlamente

Der DGB Rheinland-Pfalz unterstützt die Kampagne „Frauen machen Kommunen stark" des Landesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen. „Erst wenn Frauen und Männer gleichberechtigt mit Sitz und Stimme in den Parlamenten vertreten sind, kann von echter Demokratie die Rede sein", erklärt der DGB-Landesvorsitzende Dietmar Muscheid. In den rheinland-pfälzischen Gemeinde- und Stadträten liegt der Frauenanteil durchschnittlich bei nur etwa 15 Prozent.

Rheinland-Pfalz ist da keine Ausnahme: Der im November von Hans-Böckler-Stiftung und dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung erstmals vorgestellte „Gender-Index" *(einblick 19/2008)* untersucht unter anderem die politische Partizipation von Frauen und Männern in allen 439 kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands. Das Ergebnis: Überall sind Frauen in der Minderheit. Den besten Index-Wert in der Kategorie „Ratsmitglieder" hat die Stadt Bremen mit minus 0,8 Prozent, Schlusslicht ist der bayerische Landkreis Freyung-Grafenau mit minus 92,1 Prozent. •

www.gender-index.de

Arbeitnehmerdatenschutz

Wir brauchen eindeutige Normen

Nach den spektakulären Datenskandalen, etwa bei der Telekom oder der heimlichen Überwachung von Lidl-Beschäftigten, wird der Arbeitnehmerdatenschutz intensiv diskutiert. Datenschutzexperte Prof. Peter Wedde fordert ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz.

In Folge der Datenschutzskandale besteht im politischen Raum heute Einigkeit, dass ein gesetzgeberisches Handeln notwendig ist. Ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz ist in dieser Legislaturperiode allerdings nicht mehr zu erwarten. Die politischen Aktivitäten beschränken sich derzeit darauf, das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) anzupassen.

ArbeitnehmerInnen können sich damit zum Schutz ihrer personenbezogenen Daten weiterhin nur auf die teilweise schwer verständlichen allgemeinen Vorschriften des BDSG berufen. Damit bleibt für sie fast alles beim Alten. Dabei gibt es in der betrieblichen Praxis **neben den spektakulären großen Skandalen täglich viele kleine.** Das Spektrum reicht vom verdeckten Anbringen einer drahtlosen Spion-Kamera über der Kasse eines Ladengeschäfts bis hin zu heimlichen Auswertungen persönlicher Ordner von Beschäftigten auf deren Arbeitsplatz-PC. Auch das Ausdrucken aller E-Mails, die als Sicherheitskopie auf einem zentralen Server vorhanden waren, gehört mit zu den Aktivitäten, um Mitarbeiter zu überwachen. In einigen Fällen ist das Surf-Verhalten von Beschäftigten ausgewertet worden – Abmahnungen waren die Folge. Alles natürlich **auf Anweisung von Arbeitgebern.** Dass solche Fälle wie diese der breiten Öffentlichkeit nicht bekannt werden, mag daran liegen, dass sie sich nicht in großen Konzernen zugetragen haben, sondern in kleinen oder mittelständischen Einzelhandelsgeschäften, Anwaltsbüros oder Verwaltungen.

Arbeitgebern ist oft nicht bewusst, dass verdeckte oder umfassende Auswertungen personenbezogener Daten gegen einschlägige Gesetze verstoßen können. So wusste beispielsweise ein auf Wirtschaftsrecht spezialisierte Rechtsanwalt nicht, dass die nachträgliche Wiederherstellung und Auswertung von gelöschten E-Mail-Daten auf einem dienstlichen Notebook, dessen private Nutzung erlaubt war, gegen einschlägige Vorschriften des Telekommunikationsgesetzes (TKG) verstößt und strafbar sein kann. Ist Arbeitgebern hingegen die gesetzliche Situation klar, werden **Zugriffe auf personenbezogene Daten oft als gutes Recht oder als Kavaliersdelikt** angesehen.

Besteht im Betrieb ein Betriebsrat, kann er unangemessene Kontrollen begrenzen. Eine besondere Bedeutung kommt hier dem Mitbestimmungsrecht



Prof. Peter Wedde, 53, ist Professor für Arbeitsrecht und Recht der Informationsgesellschaft an der Fachhochschule Frankfurt/Main und Autor zahlreicher Veröffentlichungen zum Arbeits- und Datenschutzrecht.

des § 87 Abs. 1 Nr. 6 Betriebsverfassungsgesetz zu. Diese Norm **räumt Betriebsräten eine Regelungsbefugnis ein,** wenn technische Einrichtungen zu Verhaltens- und Leistungskontrollen geeignet sind. Heimliche, verdeckte oder ausufernde Kontrollen können durch Betriebsvereinbarungen ausgeschlossen werden. Voraussetzung ist allerdings, dass der Arbeitgeber den Betriebsrat gesetzeskonform vorab informiert.

Gibt es keinen Betriebsrat, sind die Beschäftigten völlig auf sich allein gestellt. Merken sie, dass Arbeitgeber mittels technischer Einrichtungen unzulässig auswerten oder kontrollieren, stehen sie vor einem grundlegenden Problem: Sie müssen ihrem Arbeitgeber die Unzulässigkeit seines Handelns darlegen und **einfordern, dass der Arbeitgeber sein rechtswidriges Handeln unterlässt.** Hierbei helfen ihnen zwar die Arbeitsgerichte. Ein Sieg im Prozess bedeutet aber oft zugleich das Ende der betrieblichen Karriere. Wenn der Arbeitgeber ein schlechter Verlierer ist, ist der Verlust des Arbeitsplatzes nicht ausgeschlossen. Wenig tröstlich ist, dass die Rechtsprechung heimliche Überwachungen praktisch immer als unzulässig qualifiziert und offene nur begrenzt zulässt.

Beschäftigte sind also kaum vor unzulässigen Überwachungen rechtlich ausreichend geschützt. Erforderlich wären **gesetzliche Vorgaben, die klare Erlaubnis- und Verbotsnormen enthalten.** Den Arbeitgebern muss durch eindeutige Normen gezeigt werden, was im Umgang mit personenbezogenen Daten ihrer Beschäftigten noch erlaubt und was absolut verboten ist. Ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz würde Rechtsklarheit für Beschäftigte und Arbeitgeber schaffen und könnte – auch in kleinen und mittelständischen Betrieben – die täglichen Verletzungen der Persönlichkeitsrechte wirksam eindämmen. •

Der Fall Telekom

Seit Mai ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen ehemalige Mitarbeiter der Deutschen Telekom AG. In 2005 und 2006 hatten diese unberechtigt Verbindungsdaten von ArbeitnehmervertreterInnen und JournalistInnen ausgespäht. Betroffen von den Bespitzelungen sind nach vorläufigen Erkenntnissen mindestens 55 Personen. Darunter sind der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske, die ver.di-Vorstandsmitglieder Lothar Schröder und Rolf Büttner und DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel. Hinzu kommen 12 Betriebsräte und Mitarbeiter aus deren Stäben, sowie der ehemalige Arbeitsdirektor der Telekom, Heinz Klinkhammer.

Als Grund hatte die Telekom im Mai behauptet, man wollte durch die Ausspähung der Verbindungsdaten undichte Stellen im Konzern ausfindig machen. Ein Großteil der Betroffenen hatte 2005 und 2006 aber kein Mandat im Aufsichtsrat oder stand nicht im Kontakt mit der Telekom.

Lothar Schröder bezweifelt, dass nur die Verbindungsdaten erfasst worden seien. Offenbar handele es sich um einen gezielten Angriff auf die Gremien der betrieblichen Mitbestimmung. Bei der Telekom habe „kriminelles Verhalten zur Geschäftsgrundlage“ gehört, so der ver.di-Vorstand.

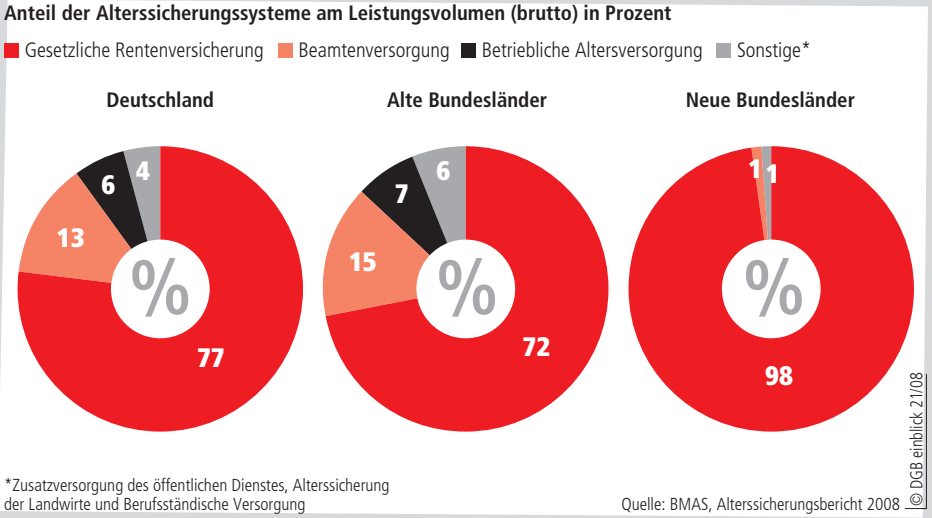
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

dieDGBgrafik

ALTERSBEZÜGE: Drei Viertel aus gesetzlicher Rente

Rund ein Viertel aller Ruhestandsbezüge der heutigen RentnerInnen (ohne private Vorsorge) kommen nicht aus der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV). Zweithäufigste Quelle von Altersbezügen sind mit 13 Prozent Leistungen der Beamtenversorgung. Das zeigt der aktuelle Alterssicherungsberichts der Regierung. Ausnahme: Ostdeutschland. Hier ist die gesetzliche Rentenkasse fast die einzige Bezugsquelle heutiger RentnerInnen. Der DGB fordert den Ausbau der Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung.



*Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes, Alterssicherung der Landwirte und Berufsständische Versorgung

Quelle: BMAS, Alterssicherungsbericht 2008

personalien

••• ***Alexander Kirchner,*** 52, bisher stellvertretender Vorsitzender der TRANSNET, wurde am 24. November vom TRANSNET-Gewerkschaftstag zum neuen Vorsitzenden gewählt (96,3 Prozent). Als stellvertretende Vorsitzende wurden die beiden bisherigen Vorstandsmitglieder ***Regina Rusch-Ziemba,*** 53 (80,4 Prozent), und ***Wolgang Zell,*** 57 (87,0 Prozent), gewählt. Rusch-Ziemba war bereits zuvor TRANSNET-Vize. Neu im TRANSNET-Vorstand sind ***Martin Burkert,*** 44 (77,5 Prozent), und ***Reiner Bieck,*** 45 (81,4 Prozent). Nicht mehr zur Wiederwahl angetreten sind der bisherige TRANSNET-Vorsitzende ***Lothar Krauß,*** 52, und ***Karl-Heinz Zimmermann,*** 57.

••• ***Harald Reutter,*** 52, bisher Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim ver.di-Bundesvorstand, ist ab 1. Januar 2009 Arbeitsdirektor beim TÜV Nord in Hannover.

••• ***Matthias Anbuhl,*** 38, Lehramtsstudium, bisher Leiter des parlamentarischen Verbindungsbüros der GEW, ist ab 1. Januar 2009 Leiter des Bereichs Bildung, Qualifizierung und Forschung beim DGB-Bundesvorstand.

••• ***Egbert Biermann,*** 54, bisher Leiter des Bereichs Öffentlicher Dienst und Beamte beim DGB-Bundesvorstand, wurde Mitte November vom Beirat der IG BCE in den geschäftsführenden Hauptvorstand der Gewerkschaft gewählt. Er folgt ***Wilfried Woller,*** 56, der aus gesundheitlichen Gründen aus dem Vorstand ausgeschieden ist. Biermann ist stellvertretender Landesvorsitzender der CDA in Berlin.

••• ***Conny Dörries,*** 36, Studium der Rechtswissenschaften, zuletzt Bezirksjugendsekretärin beim DGB-Bezirk Hessen-Thüringen, ist seit dem 15. September Projektmanagerin beim ver.di-Projekt connexx.av (Büro Frankfurt/Main).

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

2./3.12. ver.di und Bundesfamilienministerium, Netzwerk-Konferenz für mehr Chancengleichheit im Betrieb, Berlin

3.12. GEW und DGB Baden-Württemberg, Fachtagung „Gut in die Ausbildung", Stuttgart

3./4.12. DGB, ver.di, IG Metall und Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Das Internet der Dinge – die Informatisierung der Arbeitswelt und des Alltags", Berlin

5.12. Internationaler Tag des Ehrenamtes

10.12. Internationaler Tag der Menschenrechte

16.12. EGB und DGB, Demonstration „Mehr Arbeitnehmerrechte in Europa durchsetzen", Straßburg

17.12. Arbeit und Leben e.V., Fachtagung „Demografischer Wandel – Konsequenzen für die öffentlich geförderte (Weiter-)Bildungsberatung", Berlin

Schlusspunkt.

Stricke um den Hals mag der 52-Jährige weder in der Tarifpolitik, noch privat: Auf Krawatten verzichtet der Vize-Chef der TRANSNET.

Aus einem Porträt zu Alexander Kirchner (inzwischen TRANSNET-Vorsitzender) in einer Presseinformation vom TRANSNET-Gewerkschaftstag, mit der die KandidatInnen für den neu zu wählenden Vorstand vorgestellt wurden.

Arbeitsunfall

Auch bei Reparatur am eigenen Auto

Der Fall: Der Arbeitnehmer arbeitete in einem Betrieb, der etwa 1 km von seiner Wohnung entfernt liegt. Am Unfalltag hatte er bis in den Nachmittag gearbeitet, fuhr dann mit seinem PKW nach Hause und nahm ein verspätetes Mittagessen ein. Anschließend wollte er wieder zum Betrieb fahren, um einen Kunden zu beliefern. Als er zu Hause mit seinem Privat-PKW losfuhr, stellte er ein Schleifgeräusch fest. Er hielt an, bockte das tief liegende Fahrzeug mit einem Wagenheber hoch und ging zur Inspektion mit dem Kopf unter das Auto. Durch Abrutschen des Wagenhebers senkte sich das Auto, der Arbeitnehmer wurde eingeklemmt und erlitt eine Schädelbasisfraktur. Die Berufsgenossenschaft lehnte die Anerkennung eines Arbeitsunfalls ab, weil die Instandhaltung des privaten Fahrzeugs eigenwirtschaftlich und unversichert sei. Die Klage dagegen hatte Erfolg.

Das Bundessozialgericht: Der Arbeitnehmer war auf einem versicherten Weg, als er von seiner Wohnung in den Betrieb fahren wollte, um von dort aus einen Kunden mit Material zu beliefern. Der Weg von und zur Arbeit steht nicht nur einmal am Tag unter Versicherungsschutz, sondern gegebenenfalls mehrmals, wenn dieses wiederholte Zurücklegen des Weges durch die versicherte Tätigkeit bedingt und ihr damit zuzurechnen ist. Das gilt auch, wenn eine Reparatur erforderlich ist, um den Weg zur Arbeit fortzusetzen.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 4. September 2007 – B 2 U 24/06 R

Kündigungsschutz

Sozialauswahl nach Alter zulässig

Die Berücksichtigung des Lebensalters im Rahmen der Sozialauswahl bei Kündigungen verletzt nicht das Diskriminierungsverbot.

Der Fall: Der zum Zeitpunkt der Kündigung 51 Jahre alte Arbeitnehmer war als Karosseriefacharbeiter beschäftigt. Der Arbeitgeber ist ein Unternehmen mit ursprünglich über 5000 Arbeitnehmern. Seit 2004 kam es wegen mangelnder Auslastung zu mehreren Entlassungswellen. Im September 2006 einigte sich der Arbeitgeber mit dem Betriebsrat in einem Interessenausgleich auf die Entlassung von 619 namentlich benannten Arbeitnehmern. Darunter befand sich auch der 51jährige. Der Auswahl lag eine Punktetabelle zugrunde. Die Tabelle sah Sozialpunkte unter anderem für das Lebensalter vor. Die Auswahl erfolgte sodann nicht unter allen vergleichbaren Arbeitnehmern, sondern proportional nach Altersgruppen, die jeweils bis zu zehn Jahrgänge umfassten (bis zum 25., 35., 45. und ab dem 55. Lebensjahr). Das hielt der 51jährige für eine Diskriminierung wegen des Alters. Mit seiner Klage hatte er keinen Erfolg.

Das Bundesarbeitsgericht: In der Zuteilung von Sozialpunkten nach dem Lebensalter und in der Altersgruppenbildung lag zwar eine an das Alter anknüpfende unterschiedliche Behandlung. Dies stand aber nicht im Widerspruch zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, das unter anderem die Altersdiskriminierung verbietet. Die Zuteilung von Alterspunkten führt mit einer hinnehmbaren Unschärfe zur Berücksichtigung von Chancen auf dem Arbeitsmarkt und im Zusammenspiel mit den übrigen sozialen Gesichtspunkten (Betriebszugehörigkeit, Unterhalt, Schwerbehinderung) nicht zu einer Überbewertung des Lebensalters. Die Bildung von Altersgruppen wirkt der Überalterung des Betriebs entgegen und relativiert damit zugleich die Bevorzugung älterer Arbeitnehmer.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 6. November 2008 - 2 AZR 701/07

Diskriminierung

Keine Benachteiligung bei Nichteignung

Voraussetzung für eine Benachteiligung im Zusammenhang mit einer Stellenausschreibung ist die objektive Eignung des Bewerbers bzw. der Bewerberin. Wer nicht geeignet ist, kann auch nicht „wegen" unzulässiger Diskriminierung benachteiligt werden.

Landesarbeitsgericht Hamburg,
Urteil vom 29. Oktober 2008 - 3 Sa 15/08

Sozialplanabfindung

Geringer bei vorgezogener Altersrente

Die Betriebsparteien dürfen in Sozialplänen geringere Abfindungsansprüche für Arbeitnehmer vorsehen, die Anspruch auf vorgezogene Altersrente haben. Das gilt auch, wenn der Rentenbezug mit Abschlägen verbunden ist. Sozialpläne dienen dem Ausgleich oder der Milderung der wirtschaftlichen Nachteile, die Arbeitnehmern infolge von Betriebsänderungen entstehen. Den Sozialplanabfindungen kommt daher eine zukunftsbezogene Ausgleichs- und Überbrückungsfunktion zu. Dementsprechend können die Betriebsparteien bei der Beurteilung des Umfangs der voraussichtlichen Nachteile Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung berücksichtigen.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 11. November 2008 - 1 AZR 475/07

Elternzeit

Verlangen muss schriftlich sein

Wer Elternzeit beanspruchen will, muss sie spätestens sieben Wochen vor Beginn schriftlich vom Arbeitgeber verlangen. Die Schriftform ist Wirksamkeitsvoraussetzung. Versäumt der Arbeitnehmer, die Elternzeit in der gesetzlich vorgeschriebenen Form zu beantragen, besteht kein gesetzlicher Sonderkündigungsschutz.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 26. Juni 2008 - 2 AZR 23/07

Betriebsratsarbeit

Internetzugang ist erforderlich

Der Arbeitgeber hat dem Betriebsrat für die Sitzungen, die Sprechstunden und die laufende Geschäftsführung in erforderlichem Umfang Informations- und Kommunikationsmittel zur Verfügung zu stellen. Hierzu gehört auch der Zugang zum Internet. Dieses stellt eine allgemein genutzte, umfassende Informationsquelle dar, die der Betriebsrat zur sachgerechten Wahrnehmung seiner Aufgaben regelmäßig benötigt. Ist die Einrichtung des Internetzugangs ohne weiteres möglich (Freischalten des Personalcomputers des Betriebsrats) und führt die Nutzung nicht zu besonderen Kosten, kann der Arbeitgeber den Internetzugang nicht verwehren. Es ist dabei unerheblich, ob der Betriebsrat Informationen aus dem Internet für gerade anstehende Fragestellungen benötigt; der Betriebsrat muss sich stets aus dem Internet informieren können. Auch ist nicht entscheidend, ob der Betriebsrat die Informationen auch auf anderem Weg erhalten kann und auf welche Weise der Arbeitgeber das Internet nutzt.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg,
Beschluss vom 9. Juli 2008 – 17 TaBV 607/08

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 21/08

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 15.12.2008 22/08

DGB

inhalt

Seite 3
Alleinerziehende chancenlos
Eine aktuelle Untersuchung des DGB belegt, dass Alleinerziehende mehr Unterstützung brauchen

Seite 5
Zukunftsfähige Rente
Mit Aktionswochen gegen Altersarmut startet der DGB ins Superwahljahr 2009

Seite 7
Comeback der Sozialen Marktwirtschaft
Angesichts der Finanzkrise fordert der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt eine Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft

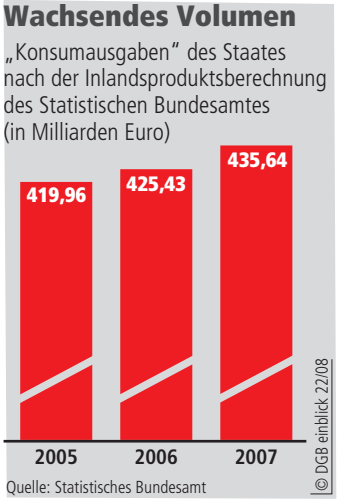
BUCH SPEZIAL
ab Seite 9

Vergaberecht

Selbstverständlichkeiten per Gesetz

Die Gewerkschaften halten den aktuellen Gesetzentwurf der großen Koalition zum Vergaberecht für „völlig unzureichend". Diskussionen zwischen SPD und Union gab es beim Entwurf eines neuen Vergabegesetzes vor allem über die Frage, ob und in welchem Umfang Unternehmen, die öffentliche Aufträge erhalten, an Vorgaben wie Tariftreue oder die Einhaltung ökologischer Standards gebunden werden sollen.

Im Kabinettsentwurf aus dem Frühjahr 2008 hieß es noch, Aufträge dürften nur an „fachkundige, leistungsfähige und zuverlässige Unternehmen" vergeben werden. Im Koalitionskompromiss wird jetzt darüber hinaus zumindest „Gesetzestreue" als weiteres Vergabekriterium gefordert. Damit sei auch gemeint, dass die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO eingehalten werden müssten, erklärte der SPD-Bundestagsabgeordnete Reinhard Schultz gegenüber der *Financial Times Deutschland* (FTD). Das sei nichts weiter als eine Selbstverständlichkeit, kritisiert DGB-Tarifexperte Reinhard Dombre. Die Kernarbeitsnormen sind im Gesetzentwurf zudem nicht einmal explizit erwähnt. Die „Gesamtheit der einzuhaltenden Regeln" aufzulisten, sei „weder möglich noch nötig", heißt es in der Gesetzesbegründung der Koalitionsfraktionen. Diese und andere Stellen des Entwurfs seien „von der Formulierung her merkwürdig" und im Vergleich zur ersten Version aus dem Frühjahr eine „Verschlimmbesserung", meint Gregor Asshoff, Abteilungsleiter für Grundsatzfragen bei der IG BAU.



Öffentliche Investitionen machen rund 13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus.

Dass soziale Aspekte bei der Vergabe öffentlicher Aufträge eine Rolle spielen können, schließt der Gesetzentwurf zwar nicht aus. Sie sollen aber je nach Ermessen nur in die Ausschreibung aufgenommen werden können, „wenn sie im sachlichen Zusammenhang mit dem Auftragsgegenstand stehen". Der Begriff „sozial" werde dabei im Entwurf nicht genau definiert – und müsse konkretisiert werden, heißt es in einer Stellungnahme des DGB. Zu „sozialen Kriterien" müssten neben der Einhaltung der Kernarbeitsnormen unter anderem auch „Fair Trade"-Konzepte und Frauenförderung gehören.

Tariftreue als Vergabekriterium bleibt im Gesetzentwurf weiterhin außen vor. „Unser Anliegen, die Tariftreue obligatorisch zu machen, wurde nicht berücksichtigt", erklärt Asshoff. Mit Blick auf das „Rüffert-Urteil" des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) sei es nicht möglich, Tariftreue bei nicht für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträgen zu fordern, heißt es aus der großen Koalition. Mit dem „Rüffert-Urteil" hatte der EuGH in diesem Jahr das niedersächsische Tariftreuegesetz gekippt. Nur noch Tarifverträge, die die Anforderungen der EU-Entsenderichtlinie erfüllen, sollen über Tariftreuegesetze als Vergabekriterium herangezogen werden können. Das hätte im Gesetzentwurf geregelt werden müssen, heißt es in der DGB-Stellungnahme. •

plusminusBERLIN

+ ***Erika Steinbach (CDU) fordert, dass Sklaverei im nationalen Recht aller Staaten eindeutig unter Strafe gestellt wird. Auch Kinderarbeit und Zwangsprostitution seien moderne Formen der Sklaverei. Derzeit gibt es laut „Anti-Slavery International" weltweit noch über 12 Millionen SklavInnen.***

– ***Es gebe immer noch „Wehrgerechtigkeit" bei den Musterungen, meint Franz Josef Jungs (CDU) Verteidigungsministerium. Die Ausmusterungsquote von 42 Prozent (noch vor acht Jahren nur 10 Prozent) liege lediglich an „falscher Ernährung" und „mangelnder sportlicher Betätigung" der Wehrpflichtigen.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.medienmoral-nrw.de
Protestblog von dju in ver.di und DJV zur Situation der Zeitungen WAZ, NRZ, WR und WP

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
DGB-Konzept für ein Konjunkturprogramm

EBR-Richtlinie

Neufassung vor Abschluss

Um die Neufassung der Richtlinie über Europäische Betriebsräte (EBR) bis Ende des Jahres unter französischer Präsidentschaft sicherzustellen, haben sich Kommission, Rat und Europäisches Parlament (EP) in einem informellen „Trialog" Anfang Dezember auf einen Kompromiss geeinigt. Mitte November hatte der Beschäftigungsausschuss des EP in Ergänzung der Empfehlungen der europäischen Sozialpartner mit großer Mehrheit weiteren Verbesserungen der Richtlinie zugestimmt (*einblick 21/08*). Breite Zustimmung im EP und im Rat der Arbeits- und Sozialminister schien zunächst allerdings keineswegs sicher.

Im erzielten Kompromiss wurde der von der Kommission eingebrachte Schwellenwert von 50 Beschäftigten pro Mitgliedstaat ersatzlos gestrichen. In einem „Erwägungsgrund" wird zudem klargestellt, dass bei Verstößen gegen die Rechte der EBR die Mitgliedstaaten „effektive, angemessene und abschreckende" Sanktionen vorsehen müssen. Nicht gelungen ist es allerdings, „grenzüberschreitende Angelegenheiten", bei denen die EBR beteiligt werden sollen, klar und deutlich zu definieren.

Immerhin heißt es nun in einem Erwägungsgrund, dass eine Maßnahme auch als grenzüberschreitend gewertet wird, wenn sie Auswirkungen auf die ArbeitnehmerInnen in nur einem weiteren Mitgliedstaat hat. Die Zustimmung der Sozialpartner zu diesem Kompromiss wird entscheidend dazu beitragen, ob eine Verabschiedung der Neufassung in erster Lesung im EP in der zweiten Dezemberhälfte gelingt. Der EGB hat seinen Mitgliedsorganisationen „Zustimmung" empfohlen, die nahezu einstimmig angenommen wurde. Auch der DGB trägt den Kompromiss mit, wenn auch nicht euphorisch. Widerstände gibt es nur noch beim britischen Arbeitgeberverband CBI, der aber die Einigung wohl nicht mehr aufhalten kann. •

EGB-Demonstration

Große Beteiligung

Mehr als 2500 deutsche GewerkschafterInnen werden sich an der EGB-Demonstration am 16.12. in Straßburg beteiligen. Für den DGB-Vorstand nimmt DGB-Vize Ingrid Sehrbrock teil. Unter dem Motto „Mehr Arbeitnehmerrechte in Europa durchsetzen" haben DGB, EGB und viele europäische Gewerkschaften zu den Protesten am Sitz des EU-Parlamentes (EP) aufgerufen. Das EP entscheidet in dieser Woche u.a. über mehr Rechte für Europäische Betriebsräte sowie die Verschlechterung der Arbeitszeitrichtlinie. •

www.einblick.dgb.de

Anzeige

Sie wollen über Ihren beruflichen Tellerrand blicken und sind an Wirtschaft und Politik interessiert?

Informieren Sie sich über ein Sozialökonomisches Studium in Hamburg - nach Aufnahmeprüfung auch ohne Abitur!

Infos: www.gdff.de oder www.wiso.uni-hamburg.de/index.php?id=325

Pendlerpauschale

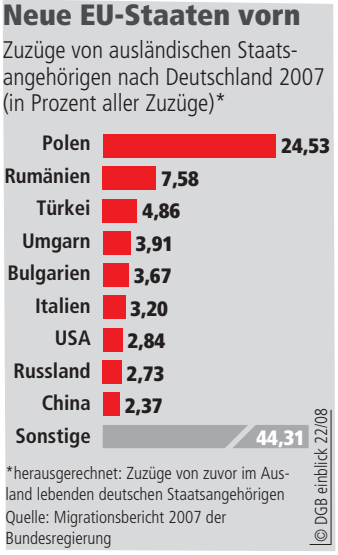
Kürzungen verfassungswidrig

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Dezember gegen die Kürzungen bei der Pendlerpauschale ist ein voller Erfolg für viele ArbeitnehmerInnen – und auch für das gewerkschaftliche Engagement gegen die seit 2007 geltende Regelung. Der DGB hatte bezweifelt, dass die Regelung, Fahrtkosten zur Arbeit erst ab dem 21. Kilometer absetzen zu können, verfassungsgemäß sei. Verschiedene Rechtsgutachten bestätigten diese Einschätzung – und jetzt auch das Bundesverfassungsgericht. Die Neuregelung verstoße gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung, erklärten die Karlsruher Richter. Jetzt gilt bis zu einer möglichen gesetzlichen Neufassung die bisherige Pauschale – rückwirkend seit 1. Januar 2007. DGB-Vorstand Claus Matecki appellierte an die Politik, keine neue gesetzliche Regelung zu verabschieden, die erneut zu Lasten der ArbeitnehmerInnen geht. „Das wäre gerade auch vor dem Hintergrund der Rezession ein falsches Signal", erklärte Matecki. Die rund 20 Millionen PendlerInnen könnten bereits in den ersten drei Monaten des kommenden Jahres mit Rückzahlungen der Finanzämter rechnen, versicherte ein Sprecher des Finanzministeriums – insgesamt in einer Höhe von bis zu drei Milliarden Euro. •

Migration

Familien im Nachteil

Das Bundeskabinett hat Anfang Dezember den vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erstellten Migrationsbericht 2007 beschlossen. Er zeigt, dass sich einige Trends der vergangenen Jahre unverändert fortgesetzt haben: Die Mehrheit der ZuwandererInnen (60 Prozent) kommen weiterhin aus der EU – zum großen Teil aus neuen Mitgliedstaaten (siehe Grafik). Auch der seit 1993 anhaltende Rückgang von Asylanträgen setzt sich fort. Darüber hinaus zeigen die zum Jahresbeginn 2008 verschärften Zuzugsregelungen für EhepartnerInnen bereits in Deutschland lebender AusländerInnen Wirkung: Die Zahl der „Ehegattennachzüge" ging bis August 2008 im Vergleich zum Vorjahr um rund 15 Prozent zurück. Der DGB hatte die verschärften Regeln beim Familiennachzug mehrfach kritisiert: Für den Gewerkschaftsbund ist die Familienanbindung ein wichtiger Aspekt zur besseren Integration. •



Bei der Einwanderungsstatistik belegen die neuen EU-Staaten vier der ersten fünf Plätze.

Schulbedarfspaket

Gerangel statt Hilfe

Die große Koalition hat sich im Koalitionsausschuss Anfang Dezember nicht darauf einigen können, die so genannte „Schulstarthilfe" für bedürftige SchülerInnen über das zehnte Schuljahr hinaus auszuweiten. Grundsätzlich waren sich SPD und Union zwar über diesen Schritt einig, schieben sich jetzt aber gegenseitig den „schwarzen Peter" für das Scheitern zu. DGB-Vorstand Annelie Buntenbach erklärte zum Koalitionsgerangel, es sei „unerträglich", dass „Kinder aus ‚Hartz-IV-Familien' im Regen stehen gelassen werden". Gerade sie hätten die Schulstarthilfe besonders nötig, um „Zugang zu höherer Bildung zu erhalten". •

Arbeitsmarkt

Alleinerziehende chancenlos

Dass Alleinerziehende es auf dem Arbeitsmarkt schwerer haben als Paare mit Kindern oder Kinderlose, ist kein unbekanntes Phänomen. Wie extrem ihre Benachteiligung aber tatsächlich ist, zeigt jetzt eine aktuelle Untersuchung des DGB.

Die Analyse des Bereichs Arbeitsmarktpolitik des DGB-Bundesvorstands zeigt: Wer alleinerziehend ist, hat auf dem Arbeitsmarkt kaum eine Chance auf Existenz sichernde Beschäftigung. 43 Prozent aller Alleinerziehenden-Haushalte sind auf Leistungen aus dem Hartz-IV-System angewiesen – und mit der Zahl der Kinder steigt das Hartz-IV- und Armutsrisiko deutlich (siehe Grafik).

Dabei sind Alleinerziehende keinesfalls seltener erwerbstätig als der Rest der Bevölkerung. Für 58 Prozent ist die eigene Erwerbstätigkeit die wichtigste Einnahmequelle. Trotzdem sind für Alleinerziehende die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt in fast allen Bereichen nachteilig.

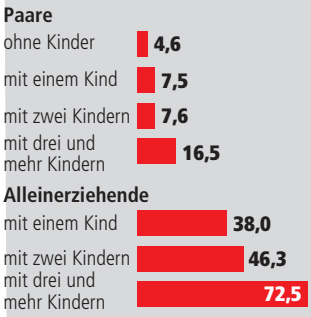
Die Hälfte aller Haushalte mit nur einem Elternteil verfügt über ein monatliches Nettoeinkommen aus Erwerbstätigkeit von unter 1300 Euro. Das deute unter anderem auf einen hohen Anteil von Teilzeitbeschäftigten unter den Alleinerziehenden hin, heißt es in der DGB-Untersuchung. Nicht zuletzt durch die Hartz-Reformen sei zudem der Minijob- und Niedriglohnbereich deutlich ausgeweitet worden. Vor allem Teilzeitstellen wurden dadurch „schlechter bezahlt und damit prekärer", lautet ein Resümee der Untersuchung. Das habe „insbesondere Frauen und damit auch den Großteil der Alleinerziehenden" getroffen – über 90 Prozent aller Alleinerziehenden sind Mütter.

Wer nicht erwerbstätig ist, schafft es kaum wieder aus der Arbeitslosigkeit heraus. Besser gesagt: aus der Langzeitarbeitslosigkeit. Einmal arbeitslos geworden, ist laut DGB-Studie die Wahrscheinlichkeit, nach zwölf Monaten Arbeitslosengeld II (ALG II) beziehen zu müssen, „sehr hoch". Und die Situation alleinerziehender Arbeitsloser hat sich in den vergangenen Jahren noch deutlich verschärft: War 2005 noch jede/r Vierte über ein Jahr ohne Arbeit, ist es inzwischen schon jede/r Dritte. Und die Maßnahmen, die den Alleinerziehenden zum Wiedereintritt in den ersten Arbeitsmarkt angeboten werden, sind weder individuell auf ihre Situation zugeschnitten noch bieten sie Aussicht auf ein Existenz sicherndes Einkommen. Rund ein Drittel bekommt einen Ein-Euro-Job vermittelt – statt Beratung bei der Arbeitssuche, beruflicher Weiterbildung oder der Förderung einer Berufsausbildung. Das liegt weit über dem Durchschnitt aller Arbeitslosen.

„Kinder dürfen nicht länger ein Armutsrisiko sein und den Ausschluss vom Arbeitsmarkt zur Folge haben", fordert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach angesichts der Ergebnisse der Untersuchung. Der DGB hat konkrete Vorschläge gemacht, wie sich die Situation von Alleinerziehenden auf dem Arbeitsmarkt und im Hartz-IV-System verbessern lässt: Schon eine garantierte Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr würde Müttern und Vätern den (Wieder-)Einstieg in die Berufstätigkeit und in Vollzeitstellen deutlich erleichtern. Darüber hinaus fordert der DGB, die Qualifizierung und Betreuung von Alleinerziehenden – von arbeitslosen wie erwerbstätigen – besser auf ihre spezifischen Bedürfnisse auszurichten. Neben speziellen Qualifizierungsangeboten solle die Bundesagentur für Arbeit (BA) einige „Arbeitgeberrisiken" befristet übernehmen – etwa Kosten, die entstehen, wenn das Kind eines Beschäftigten für längere Zeit krank ist. Außerdem müssten gezielte Initiativen der ARGEn dafür sorgen, dass arbeitslose Alleinerziehende auf Stellen mit Existenz sichernden Einkommen vermittelt werden – und nicht wie heute hauptsächlich in Mini- und Ein-Euro-Jobs. Alleinerziehende müssten endlich als besondere Gruppe in die Zielvereinbarungen der für Hartz IV und Arbeitsvermittlung zuständigen Behörden aufgenommen werden, fordert Buntenbach. •

Alleinerziehende häufig auf Hartz IV angewiesen

Anteil von Bedarfsgemeinschaften („Hartz-IV-Empfänger-Haushalte") an allen Privathaushalten mit jeweiliger Familienstruktur Juni 2008 (in Prozent)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit / DGB

© DGB einblick 22/08

Die Unterschiede zwischen Paaren mit Kindern und Alleinerziehenden sind enorm. Während in Haushalten mit zwei Elternteilen selbst bei drei oder mehr Kindern „nur" 16,5 Prozent Hartz-IV-Leistungen beziehen müssen, sind es 43 Prozent aller Alleinerziehenden-Haushalte. Haben Alleinerziehende drei oder mehr Kinder, stehen sie fast zwangsläufig im sozialen Abseits – Drei Viertel dieser Haushalte sind auf Hartz IV angewiesen.

Sorgenkind Deutschland

Im internationalen Vergleich schneidet Deutschland bei der sozialen Situation und den Chancen auf eine Vollzeitbeschäftigung für Alleinerziehende durchgehend schlecht ab.

Verglichen mit anderen OECD-Staaten sei das Armutsrisiko für Alleinerziehenden-Haushalte in Deutschland „erschreckend", besagt die DGB-Studie „Alleinerziehende – Am Arbeitsmarkt allein gelassen". In den vergangenen Jahren hat hierzulande die Kinderarmut wesentlich stärker zugenommen als in anderen Ländern. Und nur in vier der 30 OECD-Mitgliedsstaaten gibt es eine noch höhere Armutsquote von Alleinerziehenden.

Auch Vollzeitstellen sind in Deutschland für Alleinerziehende ein rares Gut. Nur in zwei der 15 „alten" EU-Staaten (Belgien und Niederlande) ist laut der letzten Erhebung von Eurostat die Teilzeitquote noch höher.

Hintergrund

www.einblick.dgb.de

DGB-Studie „Alleinerziehende – Am Arbeitsmarkt allein gelassen"

PROJEKTE UND PARTNER

Hartz IV

Rechtsbruch durch Behörden

Die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS) und der Erwerbslosen- und Sozialhilfeverein Tacheles e.V. werfen den für Hartz IV zuständigen Behörden vor, vermehrt Leistungen abzulehnen oder einzustellen – rechtswidrig und vor allem zu Lasten von Familien mit Kindern. Die Begründung der Behörden: Die betroffenen Haushalte müssten statt Arbeitslosengeld II (ALG II) Wohngeld und Kinderzuschlag beantragen.

Zwar müssten Wohngeld und Kinderzuschlag tatsächlich „vorrangig" beantragt werden, so die Erwerbslosenverbände. Aber solange das Einkommen einer Familie nicht zum Leben ausreiche, bestehe ein Rechtsanspruch auf ALG II, der erst dann erlischt, wenn die anderen Leistungen tatsächlich fließen und den Bedarf zum Lebensunterhalt decken.

Die Erwerbslosenverbände empfehlen daher, sich mit Widersprüchen und Anträgen über die Sozialgerichte gegen diese Praxis zur Wehr zu setzen. Mustertexte gibt es online. •

www.tacheles-sozialhilfe.de

DGB-Workshop

Gesundheit geht vor

Ob Bio-Nahrung oder Sicherheit im Straßenverkehr, alle wissen – Gesundheit geht vor. Ein Stiefkind in der öffentlichen Wahrnehmung ist dagegen der Bereich Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. Besonders in der medizinischen Ausbildung und in Ingenieursstudiengängen ist das Thema unterrepräsentiert. Das will der DGB Sachsen ändern. Mit dem Workshop „Arbeitsschutz/Arbeitsmedizin zur Hochschulausbildung" will er auf die Bedeutung des Themas in der Akademikerausbildung hinweisen. ExpertInnen referieren am 27. Januar 2009 in Dresden über Möglichkeiten der praktischen Umsetzung im Hochschulbetrieb. •

www.dgb-sachsen.de

Anzeige

Der Fachbereich Sozialökonomie (WiSo-Fakultät der Universität Hamburg) bietet ein interdisziplinäres, praxisbezogenes Studium mit den Fächern BWL,VWL, Soziologie und Recht für Berufserfahrene – auch ohne Abitur – an.

Infos: www.gdff.de oder www.wiso.uni-hamburg.de/index.php?id=325

Presserat

Online-Medien unter der Lupe

Ab 2009 erweitert der Deutsche Presserat seine Arbeit und seine Zuständigkeit. LeserInnen können beim Presserat dann auch Beschwerden über „journalistisch-redaktionelle Beiträge" in Tele- und Online-Medien an das Gremium richten. Bisher war der Presserat lediglich das Organ zur Selbstkontrolle der gedruckten Medien. An den Beschwerdeausschuss des Rats kann jede/r eine Beschwerde richten, wenn der Verdacht besteht, ein redaktioneller Beitrag verstoße gegen den Pressekodex. Der Presserat kann „Missbilligungen" sowie Rügen gegenüber Redaktionen und Verlagen aussprechen. Echte Sanktionsinstrumente hat das Gremium allerdings nicht. •

www.presserat.de

DGB-Schulungskonzept

Vereinbarkeit und Gesundheit

Stress am Arbeitsplatz und fehlende Zeit für das Privatleben können zu einer großen Belastung für ArbeitnehmerInnen werden. Darum ist für die Gewerkschaften klar: Betriebliche Gesundheitsförderung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehören zusammen. Mit einem Schulungskonzept für gewerkschaftliche Bildungsträger erläutert der DGB, wie beide Themen in Seminaren verknüpft werden können. Das Konzept sieht verschiedene Module für Betriebs- und Personalräte vor. Es kann für 3,35 Euro (inkl. Porto und Verpackung) bestellt werden. •

www.dgb-bestellservice.de

Anzeige

Die Absolventen des Sozialökonomischen Studienganges haben gute bis sehr gute Berufsaussichten in Unternehmen, Verbänden, Gewerkschaften, Bildungseinrichtungen oder als Selbständige.

Einzelheiten unter www.gdff.de/alumni/index.php

Projekt-Tour

Digitale Kehrseite

Die digitale Revolution bedeutet für viele Menschen schnellere Kommunikation und grenzenlose Unterhaltung. Doch ein Großteil der Hardware wird in China unter oft unmenschlichen Arbeitsbedingungen hergestellt. Das WEED-Projekt „PC Global" möchte, unterstützt von der IG Metall, vom 15. bis 18. Dezember in Deutschland auf die Lebensumstände in der chinesischen IT-Branche hinweisen. Unter dem Motto „The Dark Side of Cyberspace" werden chinesische AktivistInnen in Berlin (15.12.), München (17.12.) und Dresden (18.12.) über ihre Erfahrungen berichten. Unter anderem soll die Frage diskutiert werden, wie gewerkschaftliche Strukturen vor Ort gestärkt werden können und ein besserer Schutz von Arbeitnehmerrechten erreicht werden kann. WEED (World Economy, Ecology & Development) ist eine seit 1990 aktive globalisierungskritische Nicht-Regierungsorganisation. •

www.pcglobal.org

interregio

••• Der ***DGB Berlin-Brandenburg*** hat gemeinsam mit der IHK Berlin, der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz sowie der Vereinigung der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg die ***Berliner Initiative Gesunde Arbeit*** (BIGA) gestartet. Ziel des gemeinsamen Projekts ist die Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Beschäftigten im Bereich des betrieblichen Gesundheitsmanagements. Durch mehr Prävention und die Einbeziehung der ArbeitnehmerInnen ließe sich der Arbeitsschutz verbessern, betont Dieter Scholz, Vorsitzender des DGB Berlin-Brandenburg. Ein Projekt der BIGA ist die Vorstellung von Initiativen, die sich um „gesunde Arbeit" verdient gemacht haben. Die Veranstaltung findet am 28. April, dem Welttag für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit, in Berlin statt.

www.biga.berlin.de

••• Die Ergebnisse der PISA-Studie haben wiederholt belegt: Schulsysteme, in denen die Kinder länger gemeinsam lernen, sind besser in der Lage, soziale Ungleichheiten auszugleichen. Deutschland hingegen manifestiert soziale Ungerechtigkeiten durch eine frühe Selektion der Kinder. Das ***Wissenschaftssymposium 2009*** vom ***DGB-Bezirk NRW*** und der GEW will die neuesten Forschungsergebnisse zum längeren gemeinsamen Lernen analysieren und diskutieren. Dabei steht in den Foren insbesondere die Entkopplung von sozialer Herkunft und schulischem Erfolg im Mittelpunkt.

www.nrw.dgb.de

DGB-Aktionswochen

Rente muss zum Leben reichen

Mit Aktionswochen zur Rente startet der DGB ins „Superwahljahr" 2009 – für eine zukunftsfähige Rente und gegen Altersarmut. DGB-Vorstand Annelie Buntenbach erklärt im einblick-Interview Ziele und Hintergründe.

■ Altersarmut kann viele Gründe haben. Welche Schwerpunkte setzen die Aktionswochen des DGB?

■ *Die Rentenversicherung hat Zukunft, keine Frage. Aber sie wird von zwei Seiten in die Zange genommen – auf der einen Seite durch den Boom an schlecht bezahlten und ungesicherten Jobs und auf der anderen Seite durch die Kürzungen der Rentenleistungen von bis zu 25 Prozent. Wir wollen auf die Probleme, die die Rentenkürzungen, aber auch Lohndumping, Langzeitarbeitslosigkeit, Erwerbsminderung und die Rente mit 67 fürs Alter verursachen, aufmerksam machen. Unsere Lösungsvorschläge für mehr Sicherheit im Alter liegen auf dem Tisch. Wir wollen Politik bewegen. Für eine Rente, die zum Leben reicht. Deshalb ist die Botschaft der DGB-Aktionswochen „Rente muss zum Leben reichen".*



Annelie Buntenbach, 53, ist im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand unter anderem für Sozialpolitik zuständig.

■ Wie sehen die Lösungsvorschläge aus?

■ *Zum einen geht es um den Ausbau der Gesetzlichen Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung – für ein breiteres Fundament, mehr Solidarität und Gerechtigkeit. Die Erwerbstätigenversicherung bezieht nicht nur Politiker und Manager in die Solidarität mit ein – sie bietet auch mehr Sicherheit für die inzwischen mehr als zwei Millionen Solo- oder Scheinselbstständigen, die outgesourct wurden und oft keine Rücklagen fürs Alter haben. Gleichzeitig geht es darum, die Versorgungslücken, die die Politik in den letzten Jahren fürs Alter gerissen hat, zu schließen.*

■ Welche Lücken sind am problematischsten?

■ *Das Sicherungsniveau insgesamt, aber speziell die Absicherung Langzeitarbeitsloser, Geringverdiener und derjenigen, die aus gesundheitlichen Gründen frühzeitig vom Arbeitsmarkt gedrängt werden. Es ist ein Skandal, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich für ihren Betrieb krumm gemacht haben und nicht mehr können, bei der Rente noch mit Abschlägen von mehr als zehn Prozent bestraft werden. Wir wollen sichere Übergänge in den Ruhestand für die Beschäftigten. Deshalb bleiben wir auch bei unserem Nein zur Rente mit 67.*

■ Rentenabschläge sind die eine Seite – die andere ist, dass immer mehr Menschen nicht ausreichend fürs Alter vorsorgen können.

■ *Richtig. Deshalb geht es uns auch darum, dass sich die Beschäftigten über ihre Arbeit eine sichere Rente aufbauen können. Immer mehr Menschen müssen zu Löhnen arbeiten, von denen man nicht leben kann – für das Alter reicht es da schon gar nicht. Aber wer ein Leben lang gearbeitet hat, muss eine auskömmliche Rente bekommen. Dazu gehören anständige Löhne für gute Arbeit – als unterste Grenze Mindestlöhne von nicht unter 7,50 Euro pro Stunde, außerdem Arbeitsplätze, die nicht krank machen, flexible Übergänge und ein ausreichendes Rentenniveau. Zudem müssen Langzeitarbeitslose, Geringverdiener und Erwerbsgeminderte besser abgesichert werden. Die Rente mit 67 muss weg. Denn nur jeder Fünfte schafft es aus regulärer Beschäftigung in die Altersrente.*

■ Was bedeutet die Finanzmarktkrise für die Alterssicherung?

■ *Es ist noch nicht lange her, da hat das „Deutsche Institut für Altersvorsorge", dessen Hauptsponsor die Deutsche Bank ist, behauptet, das Geld fürs Alter sei am Aktienmarkt besser und sicherer angelegt als in der Gesetzlichen Rentenversicherung. Ein lächerlicher und zynischer Höhepunkt der neoliberalen Propaganda, die über Jahre die öffentliche Debatte beherrschte und auch die Politik in die Irre geleitet hat. Mit dem Crash an den Finanzmärkten ist auch diese Propaganda in sich zusammengefallen. Wir sind also an einem Wendepunkt. Doch es geht weiter um unser Geld: Seit der Teil-Privatisierung der Alterssicherung haben die Versicherungskonzerne ein Bein in der Tür – und sie wollen immer mehr vom Kuchen.*

■ Wie soll es nun weitergehen?

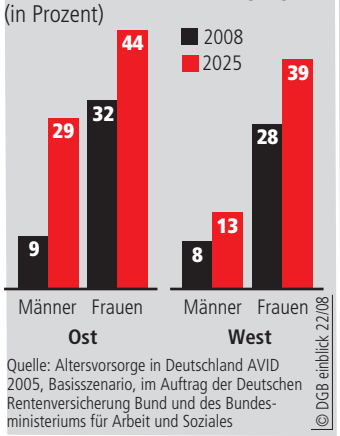
■ *Die Alterssicherung zu privatisieren, ist der falsche Weg. Wir wollen die Gesetzliche Rentenversicherung stabilisieren und zukunftsfähig machen, denn sie bietet noch immer einen verlässlicheren Schutz fürs Alter und bei Invalidität als Privatversicherungen. Die DGB-Aktionswochen sollen ein deutliches Zeichen für das Superwahljahr 2009 setzen. Rente hat Zukunft, da ist mehr drin. Doch dafür muss die Politik dringend etwas tun: Mehr für Langzeitarbeitslose, Geringverdiener, Erwerbsgeminderte und sichere Übergänge statt der Rente mit 67. Das alles ist nötig und machbar.* ●

Aktionen gegen Altersarmut

Mit vielfältigen Aktionen auf allen Ebenen wollen DGB und Gewerkschaften im Wahljahr 2009 mobil machen für eine ausreichende Alterssicherung für alle. Startschuss ist eine Auftakt-Pressekonferenz am 28. Januar 2009 in Berlin. Es folgen DGB-Regionalkonferenzen in Leipzig, Bochum und Mannheim, Innenstadtaktionen in Hannover, zahlreiche regionale Veranstaltungen sowie eine Fahrrad-Aktion.

Altersarmut steigt

Anteil der hochgerechneten Rentenanwartschaften zwischen 400 und 699 Euro an allen Rentenzugängen (in Prozent)



Quelle: Altersvorsorge in Deutschland AVID 2005, Basisszenario, im Auftrag der Deutschen Rentenversicherung Bund und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

© DGB einblick 22/08

Altersarmut, vor allem ein Problem von Frauen, wird künftig in allen Beschäftigtengruppen steigen. So werden 2025 mehr als ein Drittel der Ostdeutschen Renten beziehen, die nicht zur Existenzsicherung reichen.

kurz&bündig

Die GEW kritisiert, dass die Bildungsausgaben, entgegen Versprechen von Bund, Ländern und Kommunen, 2008 nur um 0,8 Prozent gestiegen sind – und damit deutlich geringer als das Bruttoinlandsprodukt. Bereits seit 1995 steigen die Bildungsausgaben geringer als die wirtschaftliche Entwicklung.

Die IG BCE hat mit dem Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) eine neue Sozialpartner-Vereinbarung zum „Diversity Management" vorgestellt. Damit sollen die personelle Vielfalt in den Betrieben besser genutzt und die demografische Entwicklung mehr berücksichtigt werden, um echte Chancengleichheit für alle zu verwirklichen.

Zu den Feiertagen bietet ver.di eine Weihnachtsdekoration besonderer Art: Die Mini-Mindestlohnwahlbox kann als Weihnachtsbaumschmuck oder als Tischdekoration bei der Weihnachtsfeier für den Mindestlohn werben. Download des Mindestlohn-Baumschmucks: www.verdi.de/mindestlohn09

Während der „Schlechtwetter"-Periode am Bau, können Arbeitgeber im dritten Jahr in Folge das von der IG BAU durchgesetzte „Saison-Kurzarbeitergeld" beantragen. Es ermöglicht den Betrieben die nahezu kostenneutrale Weiterbeschäftigung ihrer BauarbeiterInnen in den auftragsschwachen Wintermonaten – und vermeidet so Kündigungen und Arbeitslosigkeit.

DGB-Index Gute Arbeit

Bedingungen in Kitas verbessern

Die Zukunft der Kinderbetreuung wird heiß diskutiert – die Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen und Erzieher stehen dabei leider selten im Vordergrund. Das will ver.di ändern. Eine Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit belegt: 29 Prozent der befragten ErzieherInnen schätzen ihre Arbeitsbedingungen als schlecht ein, weitere 63 Prozent halten sie für mittelmäßig. Nur ein Viertel der ErzieherInnen kann sich vorstellen, das Rentenalter unter den jetzigen Bedingungen gesund zu erreichen. Nur jede/r Zehnte gibt an, während und unmittelbar nach der Arbeit keine gesundheitlichen Beschwerden zu haben. Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske kündigte deshalb an: „Wir wollen das Berufsfeld der ErzieherInnen nachhaltig aufwerten." Ein erster Schritt müsse eine ordentliche Gehaltserhöhung für die Beschäftigten in diesem Bereich sein. Neben der unbefriedigenden Einkommenslage sehen die Befragten vor allem die unsicheren und befristeten Arbeitsverhältnisse als eines der größten Probleme. Sie wünschen sich einen sicheren und unbefristeten Arbeitsvertrag, einen respektvollen Umgang und einen ausreichenden Informationsfluss am Arbeitsplatz. •

Link zur Sonderauswertung: www.einblick.dgb.de/links

Geschichte 2. Mai 1933

Schüler forschen

In Saarbrücken, Fürth und Leipzig, in Reutlingen, Rendsburg und an rund 50 weiteren Standorten erforschen in diesen Wochen SchülerInnen, was am 2. Mai 1933 geschah, dem Tag, an dem die Nationalsozialisten die Gewerkschaftshäuser stürmten. Organisiert wird der bundesweite Schülerwettbewerb für die Klassen acht bis elf aller Schularten von der GIRO, der Gewerkschaftlichen Immobiliengesellschaft für Restitutionsobjekte. Sie hat Preise im Gesamtwert von 25 000 Euro ausgeschrieben, die am 2. Mai 2009 übergeben werden. Bis dahin bewertet eine fünfköpfige Jury die Arbeiten der Schülerinnen und Schüler, die bis zum 12. Januar 2009 abgegeben werden müssen. Die GIRO wird den Wettbewerb 2009 in veränderter Form fortsetzen. •

www.zweiter-mai-1933.de

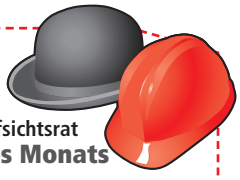
DGB-Broschüre

Fakten gegen die Rente mit 67

Die Rente mit 67 wird ab 2012 nur eingeführt, wenn es auch der Arbeitsmarkt zulässt. So steht es im Gesetz. Das „Netzwerk für eine gerechte Rente", dem DGB, Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Sozialverbänden sowie Interessengruppen angehören, will dies mit einem „Monitoring" künftig überprüfen. Der erste Bericht liegt nun als Broschüre vor. Er zeigt: Die notwendigen Voraussetzungen für die Rente mit 67 sind noch nicht erfüllt. Auch mittelfristig ist kaum zu erwarten, dass ältere Beschäftigte in ausreichendem Maße in der Lage sein werden, über das 65. Lebensjahr hinaus in Arbeit zu bleiben. Einzelexemplare der Broschüre kosten 80 Cent plus Versandkosten. •

www.dgb-bestellservice.de

Prozesse anstoßen



Aufsichtsrat des Monats

„Aufsichtsrätin des Monats" im Dezember ist **Maren Bullermann.** Die 43-Jährige ist Aufsichtsratsmitglied beim Bremer Wohnungsunternehmen GEWOBA AG. Das Unternehmen besitzt oder verwaltet mit seinen über 400 Beschäftigten rund 55 000 Wohnungen. Seit 2002 ist sie im



Betriebsrat, seit 2006 dessen Vorsitzende und seit 2007 Mitglied im Aufsichtsrat. Mitbestimmung auf allen Ebenen ist dem IG BAU-Mitglied besonders wichtig. Als Aufsichtsrätin will sie dazu beitragen, dass wichtige Themen aus der Arbeit des Betriebsrats in den Aufsichtsrat transportiert werden – auch wenn sie im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes nicht „mitbestimmungspflichtig" sind. „Mit offenen Fragen Prozesse anstoßen", das ist Bullermanns Ziel bei der Arbeit im Aufsichtsrat.
Das komplette Porträt: *www.dgb.de/aufsichtsrat*

IG BCE-Online-Portal

Handeln gegen die Krise

Die IG BCE informiert mit einem Online-Portal Betriebsräte und andere betriebliche Akteure darüber, wie sich Auswirkungen der Finanzmarktkrise im Unternehmen abwenden oder sozialverträglich gestalten lassen. IG BCE-Mitglieder können sich auf der Seite beispielsweise eine Materialsammlung zum Thema Kurzarbeit herunterladen. Diverse weitere Informationen sind für alle User zugänglich: Zum Beispiel ein „Analyse-Werkzeug", um das durch die Finanzkrise entstandene oder zu erwartende Risiko für das eigene Unternehmen besser bewerten zu können. •

Link zum IG BCE-Portal: www.einblick.dgb.de/links

Soziale Verantwortung der Unternehmen

Comeback der sozialen Marktwirtschaft

Angesichts der Finanzkrise fordert der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt eine Renaissance der sozialen Marktwirtschaft und eine breit geführte gesellschaftliche Wertedebatte.

Kein Zweifel, es kommen schwierige Zeiten auf uns zu. Die Finanzkrise schlägt durch, hat die – sehr zu Recht so bezeichnete! – Realwirtschaft erreicht. Die Zeichen für eine Rezession mehren sich, doch niemand vermag, Dauer und Tiefe der Krise auch nur einigermaßen verlässlich zu prognostizieren. Dies gilt vor allem auch für die Gutachten einiger Sachverständiger und Institute. Mit ihren Vorhersagen haben die Damen und Herren in der jüngeren Vergangenheit peinlich oft und weit daneben gelegen. Würfeln brächte vermutlich eine höhere Trefferquote.

Wir begrüßen, dass der Sachverständigenrat in seinem jüngsten Gutachten einen Paradigmenwechsel vollzogen hat und **die Vorzüge eines handelnden, Regeln setzenden Staates unterstreicht.** Dies kann allerdings nicht darüber hinweg täuschen, dass der Rat über lange Jahre das hohe Lied der Deregulierung gesungen hat und insofern eine Mitverantwortung für die Lage trägt.

Der Ausgangspunkt der Krise liegt im US-Immobilienmarkt, **die Ursachen jedoch sind Spekulation und Regellosigkeit.** Die Krise zeigt wie unter einem Brennglas, wohin entfesselte Märkte führen. Zügellosigkeit als wirtschaftliches Leitmotiv hat ausgedient. Die Wirklichkeit und neoliberale Ideologie lassen sich nicht in Einklang bringen, die Glaubwürdigkeit der Marktradikalen ist im Kern erschüttert.

Es ist gut, dass in Nordamerika, Ostasien und in der EU Eindämmungs- und Notmaßnahmen auf den Weg gebracht worden sind und dass sich die G-20-Staaten auf mehr Kontrolle und höhere Transparenz auf den Finanzmärkten verständigt haben. Jetzt wird es darauf ankommen, nicht nachzulassen und alle Verwässerungsversuche zu durchkreuzen. Die Finanzmärkte müssen reguliert, die Globalisierung gestaltet werden. Es darf kein Zurück zu den alten Zuständen geben.

Es mag ja sein, dass dieser Erkenntnisschock in einigen deutschen Chefetagen noch nicht ganz verarbeitet ist. Dies ändert jedoch nichts daran, dass es **kein Zurück zum zulassenden und zuschauenden Staat geben wird.** Vielmehr steht der zupackende Staat vor einem Comeback. Die IG BCE wird die Renaissance der sozialen Marktwirtschaft nach Kräften fördern.

In den vergangenen Jahren hatten wir es mit einem alarmierenden Werteverfall zu tun, das Gefühl für Anstand und soziale Gerechtigkeit drohte verloren zu gehen. **Ohne ethische Grundsätze jedoch kann eine soziale Marktwirtschaft nicht funktionieren.** Selbstverständlich müssen die Unternehmen Gewinne machen – schließlich kann nur das verteilt werden, was zuvor erwirtschaftet wurde. Aber die ausschließliche Orientierung an Renditezielen führt in die Sackgasse, zeitigt



Hubertus Schmoldt, 63, ist seit Oktober 1997 Vorsitzender der IG BCE.

über kurz oder lang tief greifende Verwerfungen. Es gibt im Übrigen auch einen Unterschied zwischen tatsächlichen wirtschaftlichen Zwängen und nackter Profitgier. Marktwirtschaft funktioniert nicht von allein, sie braucht Regeln und Werte.

Eben deshalb hat die IG BCE bereits im Jahr 2003 die Kampagne „Modell Deutschland…zuerst der Mensch!" gestartet. Es ging uns von Anfang an darum, eine Wertedebatte voranzutreiben. **Nicht im Elfenbeinturm, sondern praxiswirksam.** Soziale Marktwirtschaft und verantwortliches Handeln bedingen einander. Ein Ergebnis dieser Kampagne ist der von der IG BCE und den Chemie-Arbeitgebern gemeinsam getragene und von Bundespräsident Horst Köhler unterstützte „Wittenberg-Prozess".

Wir haben uns im Sommer 2008 **auf einen Ethik-Kodex verständigt** – damit gibt es erstmals in Deutschland für eine gesamte Branche gemeinsam formulierte ethische Grundsätze. Es kommt nun darauf an, die Leitlinien in den Betrieben wirksam werden zu lassen und ein werteorientiertes, faires Verhalten zu fördern.

Die aktuellen Herausforderungen sind immens. Wir brauchen einen Schutzschirm für Arbeit. Es ist gut, dass die Bundesregierung einen solchen Schirm aufgespannt hat. Aber: **Die Größe des Schirms wird nicht ausreichen,** zudem müssen die Stangen verstärkt werden. Die IG BCE hat konkrete Vorschläge entwickelt und ein Zehn-Punkte-Programm vorgelegt. Wir haben es nicht mit einer konjunkturellen Delle, sondern mit einer Krise zu tun. Statisches Denken und eine zögerliche Grundhaltung helfen jetzt nicht weiter. •

Zehn Punkte für einen „Schutzschirm für Arbeit"

fordert die IG BCE angesichts der internationalen Finanzkrise und ihren Auswirkungen auf Unternehmen und Beschäftigten. Dazu gehören:

- ***der Abschied von Kurzfrist-Denken in den Unternehmen: Mit simplen Kostensenkungsprogrammen kann die Krise nicht bekämpft werden***
- ***mehr Investitionen in Bildung und Infrastrukturmaßnahmen***
- ***keine Verschiebung erforderlicher Maßnahmen bis nach der Bundestagswahl***
- ***Steuerentlastungen und einen Konsum-Barscheck für jeden/n über 250 Euro***
- ***Wiedereinführung der vollen Pendlerpauschale***
- ***steuerliche Absetzbarkeit der Beiträge zur Krankenversicherung ab 2009***
- ***Korrektur von Fehlentwicklungen in der Leiharbeit, um dem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" wieder Geltung zu verschaffen***
- ***der Einsatz tariflicher und arbeitsmarktpolitischer Arbeitszeitinstrumente zur Beschäftigungssicherung***
- ***neue Vergütungssysteme für Manager***
- ***moderate Dividendenausschüttungen für 2008***

www.einblick.dgb/links


ICH WÜNSCHE MIR EINE NEUE HEIZUNGSPUMPE, LIEBLING.
Und von den gesparten Stromkosten ein Wellness-Wochenende!
verbraucherzentrale
Wie Strom sparen?
Energieberatung in Ihrer Verbraucherzentrale:
09001-3637443*
Spargeräte finden Sie unter www.test.de/spargeraete
Wie viel sparen Sie mit einem neuen Gerät?
Die Deutsche Energie-Agentur informiert: www.stromeffizienz.de
*0,14 Euro/Min. aus dem dt. Festnetz, abweichende Preise für Mobilfunkteilnehmer.
KLIMASCHUTZINITIATIVE DES BMU
Klima schutz zahlt sich aus!
Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit
Eine Initiative des Bundesumweltministeriums für mehr Klimaschutz

BUCH SPEZIAL

Lesestoff – mörderisch gut

Mehr *einblick*-Seiten zum Jahreswechsel. Drei Seiten voll mit Büchern zum Schmökern, zum Informieren und vor allem zum Mitfiebern. Denn unser Buch-Spezial präsentiert in diesem Jahr wirklich Kriminelles – von Krimi-Romanen bis zum größten realen Wirtschaftskrimi 2008: dem Crash der Finanzmärkte.

Tod eines Dissidenten

Wenn ein britischer Krimi-Autor über den Tod eines russischen Regierungskritikers schreibt, der unter mysteriösen Umständen in Großbritannien ermordet wird – dann ist die reale Vorlage klar: der bis heute unaufgeklärte Fall des 2006 in London vergifteten Ex-KGB-Agenten und Putin-Kritikers Alexander Litwinenko. Autor Ian Renkin hat einen ähnlichen Plot für den (voraussichtlich letzten) Fall seines in Großbritannien längst zum Kult gewordenen Ermittlers Inspector John Rebus in Edinburgh gewählt. Der Kriminalist sieht sich kurz vor seiner Pensionierung mit dem Mord an einem russischen Lyriker und Dissidenten konfrontiert. Er findet sich schnell in einem unübersichtlichen Machtspiel wieder, in dem russische Diplomaten und Moskauer Oligarchen offensichtlich die Haupt-, aber auch britische Behörden und sogar einige seiner Bekannten und Kollegen zumindest Nebenrollen spielen. Rankin skizziert treffend, wie viele Westeuropäer Menschenrechtsverletzungen und Korruption im heutigen Russland nur noch beiläufig und ohne große Empörung wahrnehmen.



Ian Rankin: ***Ein Rest von Schuld.*** *Wilhelm Goldmann Verlag, München 2008, 541 S., 19,95 Euro.*

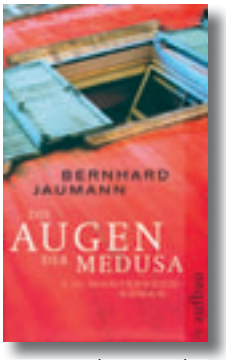
Tiefe Wunden

Eine Frau sitzt verstört im Badezimmer – ihr Mann, ein angesehener Kriminologe, liegt tot auf dem Bett, von dem Kind der vormals angesehenen Familie fehlt jede Spur. Für die Öffentlichkeit scheint der Fall klar: Ein Ehedrama hat hier sein blutiges Ende genommen – eine gedemütigte Ehefrau hat sich an ihrem Mann gerächt. Nur die Journalistin Annika Bengtzon zweifelt und kommt der Wahrheit näher, als ihr lieb sein kann. Ihre Recherchen führen sie tief in einen Strudel aus Lügen und Verstrickungen. „Lebenslänglich" bestätigt einmal mehr, weshalb Liza Marklund zu den führenden skandinavischen Krimi-AutorInnen gehört: klarer Plot, präzise gezeichnete Charaktere und eine packende Story. Dabei gelingt es der Autorin, ein detailliertes Bild der schwedischen Gesellschaft zu entwerfen. Das Buch blickt hinter die bigotte Fassade der modernen Lebens- und Arbeitswelt und zeigt, wie sehr Frauen und Männer an Verletzungen in der Kindheit und überkommenen Geschlechterrollen leiden.

Liza Marklund: ***Lebenslänglich.*** *Kindler/Rowohlt, Reinbek 2008, 495 S., 19,90 Euro.*

Mord, Mafia, Medienmacht

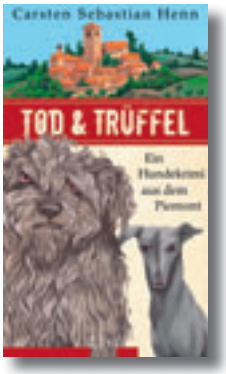
Montesecco ist ein fast verlassenes italienisches Städtchen im Winter. Mit drei Granaten wird der prominente Staatsanwalt Malavoglia in seinem Wagen ermordet. Die Dorfbevölkerung ist außer sich. Innerhalb kürzester Zeit wird Montesecco von Polizisten und Presse belagert. Unter Verdacht steht ein schüchterner 17-Jähriger, der in den Medien als kalter Terrorist dargestellt wird. Der Autor Bernd Jaumann versteht es in seinem Krimi „Die Augen der Medusa" die Mechanismen der Medien und die Folgen für betroffene Menschen spannend umzusetzen. Aus der Perspektive der bodenständigen Einheimischen zeigt er, welche Macht mediale Inszenierung hat und wie man dagegen vorgehen kann. Jaumann kann vor allem mit seiner erzählerischen Finesse, seiner detailreichen Sprache und einem gut dosierten Schuss Ironie überzeugen. Liebevoll skizziert er die bodenständigen EinwohnerInnen und ihre provinzielle Umgebung – so kommt der Kontrast zur meinungsschnellen Berichterstattung der Medien besonders zur Geltung.



Bernhard Jaumann: ***Die Augen der Medusa.*** *Aufbau-Verlag, Berlin 2008, 296 S., 19,95 Euro.*

Windhund und Weinhund

Windhund Niccolò findet eines Morgens sein italienisches Heimatdorf im Piemont menschenleer vor. Für Niccolò gibt es nur eines: seine Menschen wieder finden. Ein Rudeltier wie er kann auf Dauer nicht allein leben. Zu allem Überfluss wird das verlassene Dorf auch noch von einem Pack Wölfe besetzt. Niccolòs größtes Problem: Er ist zwar der schnellste Hund der Umgebung, aber sein Geruchssinn ist nicht besonders ausgeprägt. Um die Fährte seiner Menschen aufzunehmen, braucht er die Hilfe des legendären Trüffelhunds Giacomo, der in der Stadt Alba in einem pompösen Hundepalast leben soll – so eine Vierbeiner-Legende. Als Niccolò die „beste Nase" des Piemonts schließlich findet, entspricht der in die Jahre gekommene Giacomo gar nicht seinen Erwartungen: Seine Nase ist zwar noch so fein wie früher, aber er nutzt das Talent nur noch, um die besten Weine und feinsten Delikatessen der Stadt zu erschnüffeln und sich zu betrinken. Der junge, naive und ungestüme Windhund und der erfahrene, desillusionierte und missmutige Trüffelhund sind ein wunderbares Ermittler-Duo, und „Tod & Trüffel" ist ein Muss für Tierkrimi-Fans, Weinkenner und Liebhaber italienischen Essens.



Carsten Sebastian Henn: ***Tod & Trüffel.*** *List Verlag, Berlin 2008, 333 S., 14,90 Euro.*

Zukunft ohne Öl

Das Ölzeitalter geht zu Ende? Öl ist eine endliche Ressource? Nicht, wenn es nach den beiden Protagonisten von „Ausgebrannt" geht. Sie meinen, einen Weg gefunden zu haben, aus dem Erdreich mit einer speziellen Technik bisher nicht bekannte Ölreserven bergen zu können. Das weckt natürlich das Interesse der Öl-Konzerne. Aber kurz bevor die Erfindung der beiden den endgültigen Durchbruch zu schaffen scheint, versiegen die größten Ölquellen im Nahen Osten. Politische Unruhen, Sabotage-Akte in den letzten öl-exportierenden Häfen und weltweite Panik sind die Folgen. Schließlich versuchen die USA, die verbliebenen Ölquellen durch militärische Einsätze zu schützen: Die politische Lage gerät außer Kontrolle.
Andreas Eschbach entwirft mit „Ausgebrannt" ein Zukunftsszenario für das Ende des Öl-Zeitalters. Diese Skizze enthält mögliche Lösungen und deutliche Warnungen. Und Eschbach zeigt: Die Klimafrage taugt zum spannenden Lesestoff. „Ausgebrannt" ist Polit-Thriller, Science-Fiction-

Roman und Dokumentation zugleich: ein wenig von allem – und trotzdem stimmt die Mischung. Nur die ständigen Zeitsprünge unterbrechen die spannende Story ein wenig zu häufig.

Andreas Eschbech: ***Ausgebrannt.*** *Gustav Lübbe Verlag, Bergisch-Gladbach 2008, 752 S., 9,95 Euro.*

Von Herren und Dienern

Aravind Adigas zu Recht weltweit gefeiertes Romandebüt „Der weiße Tiger" erzählt eine unglaubliche, mörderische Aufsteigergeschichte aus den Abgründen des indischen Kastensystems in das boomende Indien der Globalisierung im 21. Jahrhundert. Balram Halwai, der Ich-Erzähler, stammt aus ärmlichen Verhältnissen, wird später Chauffeur und ist schließlich selbst Unternehmer in Bangalore, dem „Silicon Valley" Indiens. In sieben E-Mails an den chinesischen Ministerpräsidenten schildert er die indische Wirklichkeit zwischen Arm und Reich, Rückständig und Modern: Trotz wirtschaftlichen Aufschwungs als verlängerter digitaler Werkbank der ersten Welt hat sich an den krassen Gegensätzen in der indischen Gesellschaft nichts geändert. Es gibt Herren und Diener, es gibt Dekadenz und Korruption, großen Reichtum und unendliches Elend. Balram selbst gelingt es dank des Mordes an seinem ehemaligen Herrn seinem Sklavendasein im „Großen Hühnerkäfig" zu entkommen. Mit kraftvoller Sprache und viel schwarzen Humor beschreibt Adiga das Indien der Kakerlaken und Call-Center, der alten Traditionen und der Internet-Cafés. Erfrischend respektlos ist Adiga nichts heilig – nicht mal „der gute Gandhi", der nur noch „zahnlos" von der Wand grinst.



Aravind Adiga: ***Der weiße Tiger.*** *C.H.Beck Verlag, München 2008, 319 S., 19,90 Euro*

Arbeitskampf im Sarg

Alles dreht sich um einen lebendig im Sarg begrabenen Mann. Doch Ray Frenchs „Ab nach unten" handelt nicht von Mord und Totschlag, sondern vielmehr geht es um die Sorgen und Nöte von ArbeitnehmerInnen, wenn sie ihren Arbeitsplatz verlieren. Als in einer Kleinstadt in Wales die letzte große Firma im Zuge der Globalisierung schließen will, protestiert der ungelernte



Arbeiter Aidan statt mit Streik oder Werksbesetzung auf sehr eigene Art: Der Mittfünfziger kauft sich einen XXL-Öko-Pappsarg, lässt sich in seinem Garten begraben und schwört, unter der Erde zu bleiben, bis er die Zusage bekommt, dass sein Arbeitsplatz nicht nach Indien verlagert wird. Über Nacht wird Aidan zum Medienstar. Menschen in Not und allerlei schräge Vögel pilgern zum Grab des „Helden der kleinen Leute", und schließlich wird er sogar noch zur Kommunalwahl aufgestellt … So skurril wie die Idee ist, so unterhaltsam und witzig ist die ganze Story. Wie Aidin etwa seinen Alltag im Sarg regelt, treibt einem Lachtränen in die Augen. Vor allem Aidins Kumpels sind ein Fall für sich. Mit derben, aber immer warmherzigen Humor erzählt French vom vermeintlichen Looser, der den Kampf „David gegen Goliath" aufnimmt. Britische Gesellschaftssatire vom Feinsten.

Ray French: ***Ab nach unten.*** *dtv, München 2008, 416 S., 14,90 Euro*



Foto: Gunnar Kunz

Im Interview: Horst Bosetzky

Penetrante Agitation kann langweilen

Der Berliner Soziologie-Professor und Schriftsteller ***Horst Bosetzky,*** *70, alias „-ky", ist nicht nur einer der erfolgreichsten deutschen Krimi-Autoren, sondern auch langjähriger Berliner Landesvorsitzender des Verbandes deutscher Schriftsteller in ver.di.*

Spitzelaffäre bei der Telekom, Finanzkrise, versteckte Kameras bei Lidl: Schreibt die Wirklichkeit inzwischen härtere Krimis, als es sich Krimi-Autoren je in ihrer Phantasie ausmalen könnten?

Eindeutig: Nein! Das Strafgesetzbuch ist dick, und für uns Krimi-Autoren geben eigentlich nur die Straftaten gegen Leben und Gesundheit (Mord, Totschlag, Körperverletzung) und gegen die sexuelle Selbstbestimmung (Vergewaltigung, sexuelle Nötigung, sexueller Kindesmissbrauch, Menschenhandel) etwas her. Ist ein Anlass geringer, sollte man keinen Kriminalroman darüber schreiben! Für die Rahmenhandlung kann man vielleicht noch Vermögensdelikte gebrauchen.

Damit ein Kriminalroman funktioniert, muss es genau umrissene Individuen geben, Menschen aus Fleisch und Blut, die wir lieben oder hassen können, die Täter sind und Opfer werden. Dagegen sind in Ihrer Frage diffuse Institutionen und Organisationen am Werke – und das, was sie an unschönem Verhalten an den Tag legen, ist faktisch und juristisch schwer zu fassen. Ein Kindesmord wühlt uns auf, hinterzieht aber jemand Steuermillionen, dann schimpfen wir nur. Aber könnte man im Krimi nicht jemanden, der an seinem Arbeitsplatz von einer Videokamera beobachtet wird und dies bemerkt, deswegen so zornig werden lassen, dass er seinen Chef erschlägt? Ich habe so etwas vor dreißig Jahren versucht und gelte seither als Begründer oder Erfinder des deutschen Sozio-Krimis. Ich bin aber heute von diesem Rezept – bei allem politischem Wollen – nicht mehr ganz überzeugt, weil penetrante Agitation auch langweilen kann.

Was war für Sie die „kriminellste" Nachricht in diesem Jahr?

Die kam aus dem privaten Bereich, aber wegen des noch laufenden Verfahrens darf ich nicht darüber sprechen. Was das Öffentliche betrifft, so will ich nichts dazu sagen, weil die Antwort nicht eben originell wäre, aber auch Verdrängung angesagt ist, will man nicht in der Psychiatrie landen oder … Hier setzt die Selbstzensur ein. Schrecklich ist natürlich, dass widerspenstige und aus der Mode gekommene deutsche Politiker von ihren Parteien entmannt werden – aber was soll man mit denen machen, die keine Fallschirmspringer sind?

Welches Ereignis der jüngsten Zeit würde Sie am ehesten zu einem Krimi inspirieren?

Da werde ich natürlich nicht die Wahrheit sagen, weil ich mir meinen Plot nicht wegschnappen lassen will. 1970 gab es 30 Krimi-Autoren in der Bundesrepublik. Da war genug Stoff für alle da. Heute aber, wo wir im deutschen Sprachraum zehnmal so viele sind, darf man nichts mehr ausplaudern. Das berühmte gefundene Fressen ist aber ganz sicherlich der Fall des Mannes, der mit seinem Sprengstoff seine Nichte lebensgefährlich verletzt hat, als die ihren Briefkasten öffnen wollte, und der gerade ganze Heerscharen von Polizeibeamten in Atem gehalten hat. Seine Taten sollen, so die Medien, darin begründet sein, dass er seinem Bruder und dessen Familie ihr kleines Glück nicht gönnen wollte.

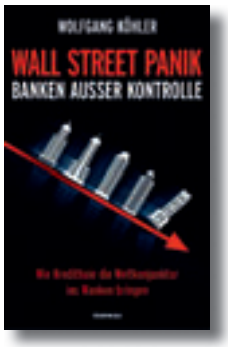
Aktueller Roman: ***Das Attentat.*** *Jaron-Verlag, Berlin 2008, 336 S., 19,90 Euro.*

Reale Wirtschaftskrimis

Konsumieren und damit die Konjunktur stützen: Das wird angesichts der Finanzmarktkrise von vielen Seiten als Gebot der Stunde vorgebracht. Der Einzelhandelsumsatz ließe sich auch beim Bücherkauf ankurbeln. Was wäre da passender, als ein Buch zur Finanzkrise zu kaufen. einblick hat vier aktuelle Titel unter die Lupe genommen.

Wahnsinn mit Methode. Wer meint, bereits zu wissen, was die Sprecherin der Kommunistischen Plattform der Linkspartei zur Finanzmarktkrise zu sagen hat, behält nur zum Teil Recht. Sahra Wagenknechts Buch bietet durchaus eine umfassende und detaillierte Analyse der Hintergründe und der politischen wie wirtschaftlichen Voraussetzungen, die schließlich zum Crash führten. Und in der Analyse blitzt Ideologisches zwar durch, hält sich aber ansonsten in Grenzen. Für Laien bleiben aber doch viele Fragen offen: Zu oft werden Fremdworte und Fachbegriffe mit anderen Fremdworten erklärt.

Sahra Wagenknecht: ***Wahnsinn mit Methode – Finanzcrash und Weltwirtschaft.*** *Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2008, 254 S., 15,40 Euro.*



Wall Street Panik. Der Wirtschaftsjournalist Wolfgang Köhler ist wahrlich nicht blauäugig und marktgläubig. Als Börsenkolumnist (Wirtschaftswoche, DIE ZEIT) warnte er in den 1990er Jahren häufiger vor der „Dot-Com-Blase" – lange bevor diese Blase schließlich platzte. Sein aktuelles Buch können auch Finanzmarkt-Laien ohne Probleme in zwei oder drei Tagen „durchschmökern". Er entlarvt treffend eine Reihe von bewussten Entscheidungen der US-Regierungen, die die Krise erst möglich machten.

Wolfgang Köhler: ***Wall Street Panik – Banken außer Kontrolle.*** *Mankau Verlag, Murnau 2008, 206 S., 18,95 Euro.*

Das Kapital. Der streitbare „Medien-Bischof" von München und Freisingen, Reinhard Marx, bezieht Stellung zur Zukunft der globalen Wirtschafts- und Sozialordnung. Kokett und medienwirksam spielt er im Titel seines Buches „Das Kapital" auf seinen prominenten Namensvetter Karl an. Seine Analyse und Darstellung der Vorgänge auf den Finanzmärkten sowie seine Verweise auf die Tradition der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland sind reich an Beispielen, fundiert und im Kern treffend. Doch der Verweis auf Bibelpassagen bleibt aus säkularer Sicht gewöhnungsbedürftig. Für Anhänger der christlichen Soziallehre ist das Marxsche Kapital anno 2008 sicherlich einen Blick wert. Für alle anderen ist der Rückgriff auf „weltliche Werke" zum entgrenzten Kapitalismus nützlicher.

Reinhard Marx: ***Das Kapital – ein Plädoyer für den Menschen.*** *Pattloch Verlag, München 2008, 320 S., 19,95 Euro.*

Ende der Party. „Ende der Party", der Titel von Lucas Zeises Buch zur Finanzkrise, gilt definitiv für viele Banker und Manager – aber keinesfalls für seine LeserInnen. Die angenehm kurzen Kapitel umfassen alle Phänomene, die man kennen muss, um den Zusammenbruch der Finanzmärkte zu verstehen. Das besondere Kunststück: Zeise gelingt fast immer der Balance-Akt, schwierige Fachthemen allgemein verständlich zu erklären, ohne plumpe Vergleiche à la „eine Hausfrau kauft auf dem Markt Kartoffeln" bemühen zu müssen. Lesenswert!

Lucas Zeise: ***Ende der Party – die Explosion im Finanzsektor und die Krise der Weltwirtschaft.*** *Papyrossa Verlag, Köln 2008, 196 S., 14,90 Euro.*



Coupon 1 Ihres Berechtigungsscheines vorlegen...

...und Geld bekommen!

Besitzer eines Berechtigungsscheines sind Sie, wenn Ihr Lebens- oder Rentenversicherungsverhältnis bei der ehemaligen Deutsche Beamten-Versicherung am 31.12.1989 schon und am 26.04.1990 noch bestanden hat und bei Ihnen keine Gesamtentschädigung vorgenommen wurde.

Nähere Informationen unter www.dbvoer.de oder der Service-Nummer 01803 202608 (*9 Cent je angefangene Minute a. d. dt. Festnetz, ggf. abw. Mobilfunktarif).

DBV ÖR

DBV Öffentlichrechtliche Anstalt für Beteiligungen

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

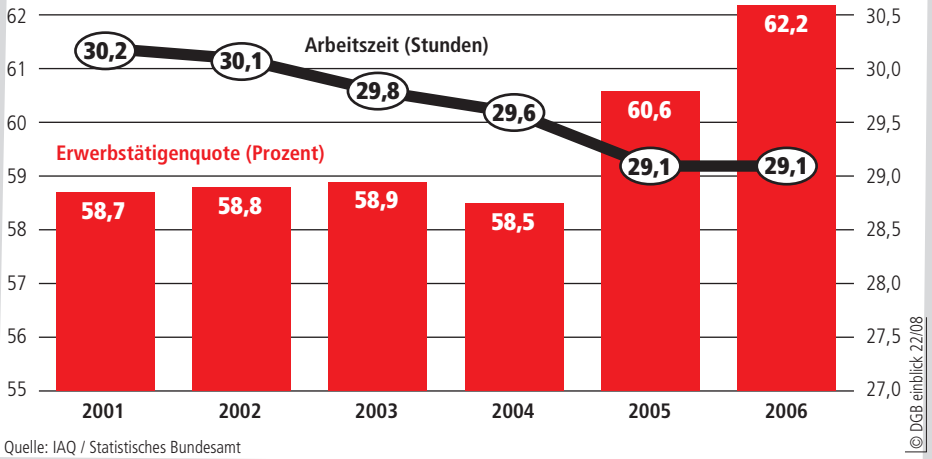
DIES & DAS

die DGB grafik

ERWERBSTÄTIGE FRAUEN: Minijobs statt Vollzeit

Immer mehr Frauen sind erwerbstätig – aber mit kürzeren Wochenarbeitszeiten. Das ist das Ergebnis einer Studie des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ). Der Grund: Während die Erwerbstätigenquote von Frauen in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen ist, stagniert der Anteil der weiblichen Vollzeitbeschäftigten. Stattdessen gebe es einen „Minijob-Boom", so die ForscherInnen. Deshalb ist die deutsche Beschäftigungsquote von Frauen in Vollzeit inzwischen unter EU-Schnitt gesunken.

Durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von abhängig beschäftigten Frauen (Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigte; in Stunden) sowie Erwerbstätigenquote von Frauen (in Prozent)



Quelle: IAQ / Statistisches Bundesamt

42 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

16.12. EGB und DGB, Demonstration „Mehr Arbeitnehmerrechte in Europa durchsetzen", Straßburg

16.12. Julius-Leber-Forum und Friedrich-Ebert-Stiftung, Vortrag „Rechte Jugendkulturen", Heide/Schleswig-Holstein

17.12. Arbeit und Leben e.V., Fachtagung „Demografischer Wandel – Konsequenzen für die öffentlich geförderte (Weiter-)Bildungsberatung", Berlin

20.12. Erweiterung des Schengen-Raums auf Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn

1.1.-30.6. Tschechische EU-Ratspräsidentschaft

8.1. Fritz-Erler-Forum und Friedrich-Ebert-Stiftung, Veranstaltung „Neue Verkehrsregeln für internationale Finanzmärkte?", Mosbach/Baden-Württemberg

16.-25.1. Internationale Grüne Woche, Berlin

18.1. Landtagswahl in Hessen

20.1. Amtseinführung von Barack Obama als 44. Präsident der USA

22./23.1. Hans-Böckler-Stiftung, WSI und Goethe Universität Frankfurt am Main, Tagung „Privatisierung und Ökonomisierung von Krankenhäusern in Deutschland", Frankfurt/M.

23.-25.1. ver.di, Seminar „Mit Genauigkeit zum Ziel – Mitgliederwerbung mit Gender Mainstreaming", Berlin

27.1.-1.2. Weltsozialforum „Amazonia", Belem/Brasilien

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
Der nächste *einblick* erscheint am 26. Januar 2009

personalien

••• ***Martin Stuber,*** 44, bisher Referatsleiter für Verkehrspolitik und Nachhaltigkeit im Bereich Struktur- und Regionalpolitik des DGB-Bundesvorstands, ist seit dem 1. Dezember Leiter des Bereichs.

••• ***Marina Schröder,*** 49, Referatsleiterin Arbeitsschutz beim DGB-Bundesvorstand, ist zur neuen alternierenden Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) gewählt worden. Schröder ist seit 2001 Mitglied des Vorstands des Spitzenverbandes der Berufsgenossenschaften und Unfallkassen.

••• ***Jan Piegsa,*** 32, zuvor unter anderem bei der ver.di-Onlineredaktion und als freier Journalist bei verschiedenen Print-, Online- und Rundfunkmedien tätig, ist seit dem 9. Dezember Redakteur der Internetredaktion des DGB-Bundesvorstands.

••• ***Jochen Nagel,*** 58, wurde Anfang Dezember auf der Landesdelegiertenversammlung der GEW Hessen als Landesvorsitzender wiedergewählt (91,8 Prozent). Die Delegierten bestätigten außerdem die beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden ***Carmen Ludwig,*** 33 (84,4 Prozent) und ***Karola Stötzel,*** 47 (67,2 Prozent) in ihren Ämtern.

Schlusspunkt.

„Viele haben Weihnachtsgeld bekommen."

Aus einer Aufzählung von BDI-Präsident Jürgen R. Thumann, in der er Gründe dafür auflistet, warum die Finanz- und Wirtschaftskrise „nicht so heftig werden muss, wie viele heute meinen" (BDI-Pressemitteilung vom 2. Dezember).

Alkoholverbot

Bei Verstoß fristlose Kündigung

Die fristlose Kündigung eines Gefahrgut-Fahrers, der gegen ein absolutes Alkoholverbot verstoßen hat, ist gerechtfertigt, auch wenn eine Blutalkoholkonzentration von nur 0,2 Promille gemessen wurde. Eine vorherige Abmahnung ist in diesem Falle nicht erforderlich.

Landesarbeitsgericht Köln,
Urteil vom 19. März 2008 - 7 Sa 1369/07

Verdachtskündigung

Sachverhalt muss aufgeklärt werden

Bei Verdachtskündigungen besteht in besonderem Maß die Gefahr, dass der Arbeitnehmer zu Unrecht beschuldigt wird. Daher obliegt es dem Arbeitgeber, vor der Kündigung die ihm auf zumutbare Weise zur Verfügung stehenden Erkenntnismöglichkeiten über den Tathergang auszuschöpfen. Dazu gehört, die Personen zu befragen, die an dem Vorfall beteiligt waren oder Kenntnis über ihn haben.

Hessisches Landesarbeitsgericht,
Urteil vom 17. Juni 2008 - 4/12 Sa 523/07

Gewerkschaftseigenschaft

Die GNBZ ist keine Gewerkschaft

Die Gewerkschaft der Neuen Brief- und Zustelldienste (GNBZ) ist nicht tariffähig. Der Gewerkschaft fehlt es aufgrund personeller Verflechtungen mit der Arbeitgeberseite und erheblicher finanzieller Zuwendungen durch diese an der erforderlichen Gegnerunabhängigkeit. Ebenfalls mangelt es der GNBZ an der notwendigen sozialen Mächtigkeit. Denn sie hat bislang weder in einem nennenswerten Umfang Tarifverträge abgeschlossen noch kann angenommen werden, dass sie aufgrund ihrer Organisationsstärke in der Lage ist oder sein wird, Druck auf die Arbeitgeberseite auszuüben. Schließlich kann sie aufgrund fehlender organisatorischer Leistungsfähigkeit ihre satzungsgemäßen Aufgaben, insbesondere die bundesweite Wahrnehmung der Interessen ihrer Mitglieder, nicht erfüllen.

Arbeitsgericht Köln,
Beschluss vom 30. Oktober 2008 - 14 BV 324/08

Teilzeitarbeit

Bei Ablehnung erneute Geltendmachung

Arbeitnehmer können ihren Wunsch nach einer bestimmten Verteilung der zu verringernden Arbeitszeit nicht mehr ändern, wenn der Arbeitgeber sein Angebot auf Verringerung und Verteilung abgelehnt hat. Der geänderte Verteilungswunsch ist nur durch neuerliche Geltendmachung von Verringerung und Verteilung durchsetzbar.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 24. Juni 2008 - 9 AZR 514/07

Hartz IV

Zuschuss für Kosten der Klassenfahrt

Kinder von Hartz IV Empfängern müssen die Kosten für mehrtägige Klassenfahrten erhalten. Die Leistungspflicht der Grundsicherungsträger besteht in Höhe der tatsächlich anfallenden Kosten. Das Gesetz erlaubt es dem Grundsicherungsträger nicht, für die Kosten der Klassenfahrt einen Höchstbetrag festzusetzen.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 13. November 2008 - B 14 AS 36/07 R

Fristlose Kündigung

Straftat ist wichtiger Grund

Ergeben sich bei einer Personalkontrolle Anhaltspunkte für eine Straftat, so darf der Arbeitgeber eine Kündigung auch dann darauf stützen, wenn dabei Mitbestimmungsrechte verletzt worden sind.

Der Fall: Der Arbeitgeber, ein Drogeriemarkt, führte in einer Verkaufstelle Kontrollen durch. Dabei wurde in der Jackentasche einer Arbeitnehmerin ein Lippenstift aus dem Sortiment des Drogeriemarkts gefunden. Darauf hin sprach der Arbeitgeber eine fristlose Kündigung aus. Die Arbeitnehmerin hat sich gegen die Kündigung gewandt und unter anderem ausgeführt, die Kündigung sei schon deswegen unwirksam, weil bei der Kontrolle das Verfahren einer bestehenden Betriebsvereinbarung zur Personalkontrolle nicht eingehalten worden sei. Mit dieser Auffassung hatte sie keinen Erfolg.

Das Bundesarbeitgericht: Mögliche Verstöße des Arbeitgebers gegen die Regelungen der Betriebsvereinbarung bei der Durchführung der Kontrolle rechtfertigen es nicht, die daraus gewonnenen, unstreitigen Erkenntnisse, nämlich die Auffindung des Lippenstifts in der Tasche der Arbeitnehmerin, bei der Bewertung des wichtigen Grundes außer Acht zu lassen. Ein Verwendungs- und Verwertungsverbot dieser Erkenntnisse kommt allenfalls dann in Betracht, wenn durch das Verhalten des Arbeitgebers bei der durchgeführten Kontrolle Persönlichkeitsrechte der Arbeitnehmerin erheblich verletzt worden wären. Eine derartige Verletzung des Persönlichkeitsrechts der Arbeitnehmerin ist aber im Entscheidungsfall nicht erkennbar.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 13. Dezember 2007 - 2 AZR 537/06

Ein-Euro-Job

Keine Erstattung der Fahrtkosten

Ein-Euro-Jobber müssen die Fahrtkosten zur Arbeitstelle aus der Mehraufwandsentschädigung bestreiten.

Der Fall: Der Arbeitslose wurde vom Grundsicherungsträger in eine Arbeitsgelegenheit vermittelt, in der er 30 Stunden wöchentlich arbeitete und eine Entschädigung für Mehraufwendungen in Höhe von einem Euro in der Stunde erhielt. Der Arbeitslose war der Ansicht, dass die Mehraufwandsentschädigung zu niedrig sei, weil alleine die Monatskarte für öffentliche Verkehrsmittel 51,90 Euro monatlich koste. Bei maximal 130 Euro monatlich, die er als Aufwandsentschädigung erhalte, lohne sich die Arbeit nicht mehr, wenn er hiervon bis zu 40 % alleine für Fahrtkosten ausgeben müsse. Seine Klage auf Erstattung der Fahrtkosten hatte keinen Erfolg.

Das Bundessozialgericht: Bei der Durchführung eines so genannten Ein-Euro-Jobs wird kein Arbeitsverhältnis begründet und auch kein Arbeitsentgelt für die Tätigkeit gezahlt. Vielmehr handelt es sich um einen Anspruch gegen den Grundsicherungsträger und damit um eine Sozialleistung, die zusätzlich zum Arbeitslosengeld II gezahlt wird. Mithin steht den Teilnehmern an einer solchen Maßnahme lediglich ein Anspruch auf Entschädigung für alle Aufwendungen zu, die gerade deshalb anfallen, weil eine Arbeitsgelegenheit wahrgenommen wird. Im vorliegenden Fall beantragt der Arbeitslose lediglich die Mehraufwendungen für eine Monatskarte mit ÖPNV in Höhe von 51,90 Euro. Aus der ihm gewährten Entschädigung in Höhe von bis zu 130 Euro monatlich können alle geltend gemachten Aufwendungen gedeckt werden, die durch den Ein-Euro-Job entstehen, weshalb kein Anspruch auf zusätzlichen Fahrtkostenersatz besteht.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 13. November 2008 - B 14 AS 66/07 R

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 22/08